



# GRAZ 1918 – 1938

HISTORISCHES JAHRBUCH DER STADT GRAZ

BAND 48

HG.: BOUVIER | DORNIK | HOCHREITER | REISINGER | SCHMIDLECHNER

Historisches Jahrbuch der Stadt Graz  
Band 48



Friedrich Bouvier, Wolfram Dornik, Otto Hochreiter,  
Nikolaus Reisinger, Karin M. Schmidlechner (Hg.)

# **Historisches Jahrbuch der Stadt Graz**

## **Graz 1918 bis 1938**

Band 48

Im Auftrag der Stadtmuseum Graz GmbH

Graz 2018

Medieneigentümer: Stadtmuseum Graz GmbH

Herausgegeben von: Prof. Dir. Otto Hochreiter, MA; HR i.R. Dr. Friedrich Bouvier;  
Mag. Dr. Wolfram Dornik; ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Nikolaus Reisinger; ao. Univ.-  
Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Karin M. Schmidlechner

Redaktionelle Mitarbeit: Mag. Dr. Bernhard Bachinger

Abbildung auf dem Umschlag: [www.liga.co.at](http://www.liga.co.at)  
Umschlaggestaltung: [www.liga.co.at](http://www.liga.co.at)

Gesamtherstellung: Leykam Buchverlagsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co. KG  
Druck: Steiermärkische Landesdruckerei GmbH  
Korrektorat & Satz: [www.zwiebelfisch.at](http://www.zwiebelfisch.at)

Digitale Ausgabe: Universität Graz, uni=pub

ISBN: 978-3-7011-0412-3

# Inhaltsverzeichnis

Günter RIEGLER	
Vorwort .....	7
Friedrich BOUVIER – Wolfram DORNIK – Otto HOCHREITER – Nikolaus REISINGER – Karin M. SCHMIDLECHNER	
Einleitung .....	9
 <b>Graz zwischen 1918 und 1938</b>	
 Wolfram DORNIK	
Von der „deutschesten Stadt der Monarchie“ zur „Stadt der Volkserhebung“. Politische Strukturen in Graz 1918–1938: zwischen Brüchen und Kontinuitäten	19
 Bernadette BIEDERMANN – Robert MORETTI – Nikolaus REISINGER – Markus TREBUCH	
Sozio-ökonomische Entwicklungslinien des Alltagslebens in Graz zwischen 1918 und 1938 .....	75
 Karin M. SCHMIDLECHNER – Viktoria WIND	
Frauen in Graz von 1918 bis 1938 .....	119
 Gerald LAMPRECHT – Heribert MACHER-KROISENBRUNNER	
Religiöse Beziehungen in Graz 1918–1938 .....	159
 Nicole-Melanie GOLL	
Vorbeugende Hilfe oder Zwangsmaßnahmen? Entwicklungslinien in der kommunalen Jugendfürsorge in Graz 1917–1938 .....	209
 Anita ZIEGERHOFER	
Der Staatsvertrag von St. Germain und seine Rezeption aus Grazer Sicht .....	229
 Andreas FRAYDENEGG-MONZELLO	
Selbstschutz – Heimatschutz – Frontmiliz: Eine kurze Geschichte der Heimwehrebewegung in Graz .....	247
 Andreas GOLOB	
Volksbildung in Graz am Beginn der Ersten Republik. Der Beitrag der „volkstümlichen Vorträge“ der Universität Graz .....	261

Walter M. IBER – Harald KNOLL	
Stadt in Bewegung. Turnen und Sport im Graz der Zwischenkriegszeit .....	283
Reinhard MÜLLER	
Auf der Suche nach Freiheit und Selbstbestimmung. Ein Streifzug durch die anarchistischen Bewegungen in Graz 1918 bis 1938 .....	295
Ute SONNLEITNER	
Grazer Theaterleben der Zwischenkriegszeit. Kultur-Politik und/oder Heterochronotopie – eine Spurensuche .....	323
Robert MORETTI	
Der Versuch der Instrumentalisierung des „Tattermannbrauches“ in den 1920er-Jahren in Graz .....	341
Hans-Peter WEINGAND	
„Verkörperung des deutschen Dichters, Philosophen und Volksmannes“. Die Grazer Rosegger-Denkmal der Zwischenkriegszeit .....	355
 <b>Aktuelle Forschungen zur Stadtgeschichte</b>	
Levente HORVÁTH	
Ein Verlust ist manchmal auch ein Gewinn: Beobachtungen zur Grazer Stadtbefestigung beim ehemaligen Kommodhaus .....	373
Susanne PINK	
Wiederentdeckung einer Glocke des barocken Grazer Glockengießermeisters Conrad Seiser .....	389
Harald MIESBACHER	
Der Musentempel als Musentümpel. Über eine homosexuelle Affäre an den Grazer Bühnen im Jahre 1910. Ein „Theaterskandal“ im Spiegel der zeitgenössischen Presse samt Folgen für die städtische Kulturpolitik .....	399
Antje SENARCLENS DE GRANCY	
„Mit blanken Waffen“. Kultureller Heimatschutz im Ersten Weltkrieg .....	417
Michael KAHR	
Jazz in Graz von 1965 bis heute. Geschichte und Identität einer Jazz(haupt)stadt .....	435
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	453

## Vorwort

Am 12. November vor genau hundert Jahren, nur einen Tag nach dem in ganz Europa ersehnten Ende des Ersten Weltkrieges, wurde in Wien von der Parlamentsrampe aus die Republik Österreich ausgerufen. Am selben Tag versammelten sich rund 20.000 Menschen auf dem damaligen Franzensplatz vor dem Grazer Schauspielhaus, von dessen Balkon aus der sozialdemokratische Soldatenrat Ludwig Oberzaucher eben diese Nachricht den Grazerinnen und Grazern verkündete. Der Platz sollte fortan Freiheitsplatz genannt werden, eine Freiheit allerdings, die nur 20 Jahre später durch die totalitäre Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, den sogenannten „Anschluss“ Österreichs an das „Deutsche Reich“, verloren gehen sollte. Die beiden Jahreszahlen 1918 und 1938 sind aber weit mehr als nur historisch wichtige Daten in der österreichischen Geschichte, sie bleiben vor allem für die Gegenwart und Zukunft des Landes und auch unserer Stadt von enormer Relevanz. Konfliktfördernde Strukturen und Verhaltensweisen innerhalb von und zwischen Staaten, Gesellschaften, Kulturen oder Religionen waren und sind traurige Konstanten unserer Existenz. Umso mehr muss die Entwicklung, die die Gesellschaft und das politische System in diesen zwanzig Jahren genommen haben, und für Graz in dem monströsen und schandhaften „Ehrentitel“ „Stadt der Volkserhebung“ endete, in ihren Ursachen und Auswirkungen immerwährende Mahnung bleiben. Mit zahlreichen Veranstaltungen, Ausstellungen und Initiativen beteiligt sich die Stadt Graz am Gedenkjahr 2018, stellt sich so ihrer historischen Verantwortung und arbeitet konsequent dunkle und erschütternde Bereiche ihrer Vergangenheit auf, wie es beispielsweise das ehemalige NS-Zwangsarbeiterlager Liebenau darstellt. Die diesjährige Publikation „Graz 1918–1938“ hat das Jubiläum und Gedenkjahr zum Anlass genommen, die Chronik des zerbrechlichen Aufbruchs in die demokratische Republik Österreich des Jahres 1918, der nur zwei Jahrzehnte später so brutal zerschellen sollte, exemplarisch anhand der Geschichte der Stadt Graz zu erzählen. Damit gelingt den Herausgeberinnen und Herausgebern, den Autorinnen und Autoren des nun vorliegenden mittlerweile 48. Bandes des Historischen Jahrbuchs der Stadt Graz einmal mehr, die Leserschaft aus Forschungsergebnissen der Vergangenheit so wichtige Erkenntnisse für die Gegenwart und Zukunft gewinnen zu lassen. Dafür bedanke ich mich und wünsche aufschlussreiche Lektüre.



©Stadt Graz/Foto Fischer

Ihr Dr. Günter Riegler  
Kulturstadtrat



## Einleitung

Graz zwischen dem Ende der Monarchie im Oktober 1918 und dem „Anschluss“ an NS-Deutschland im März 1938 stand bisher insbesondere im (ver-)öffentlich(t)en Bewusstsein nicht im Fokus der Aufmerksamkeit. Wenige Ausstellungen, Veranstaltungen oder populäre Publikationen thematisierten bisher diese zwei Jahrzehnte der kommunalen Geschichte.<sup>1</sup> Wenn, dann wurden sie mit der Zielrichtung als „Nachwehen“ des Unterganges der Monarchie oder als „Vorgeschichte“ des NS-Regimes erzählt, obwohl eine Vielzahl von zum Teil quellenreichen Einzelstudien, die Aspekte dieser zwei Dekaden näher beleuchten, vorhanden sind.<sup>2</sup> Eine umfangreiche Gesamtdarstellung, die diese „Epoche“ in die chronologischen und räumlichen Entwicklungen einbettet, wurde bis jetzt aber noch nicht erstellt.<sup>3</sup> Genau dazu soll der vorliegende Band des Historischen Jahrbuches der Stadt Graz einen Beitrag leisten. Begleitend zur zwischen Oktober 2018 und Jänner 2019 im GrazMuseum gezeigten Ausstellung „Im Kartenhaus der Republik. Graz 1918–1938“, hat ein Team aus Historikerinnen und Historikern den Forschungsstand erhoben, die wichtigsten Thesen zusammengefasst und vorhandene Lücken zu schließen begonnen. Das Ergebnis sind Überblicksdarstellungen, die gemeinsam mit Artikeln zu einzelnen neuen Spezialforschungsergebnissen neue Aspekte und Fragestellungen der Zeit beleuchten. Damit setzen wir sowohl die Tradition der thematischen Schwerpunkte des Historischen Jahrbuches der Stadt Graz als auch die der fachlichen Begleitung von Ausstellungen im Stadtmuseum/ GrazMuseum fort.<sup>4</sup>

### Die Schwerpunktbeiträge dieses Bandes

Bei einem Blick auf den bisherigen Forschungsstand wird ersichtlich, dass es für viele Bereiche der Grazer Stadtgeschichte zwischen 1918 und 1938 noch eine Reihe von unbeantworteten Fragen gibt. Mitverantwortlich dafür ist auch die schwierige Quellenlage, die zum Teil das Ergebnis gezielter Vernichtung, aber auch ein Versäumnis

rechtzeitigen archivischen Handelns ist – das Stadtarchiv Graz wurde erst 1930 gegründet, weshalb das Landesarchiv bis heute für die Stadtgeschichte von Graz einen eminent wichtigen Forschungsort darstellt –, das aus heutiger Perspektive nicht mehr revidierbar ist. Nachlässe der wichtigsten politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, von großen Wirtschaftsbetrieben, wichtigen Vereinen oder Selbstzeugnisse der sogenannten „unbedeutenden Menschen“ fehlen weitgehend oder sind öffentlich nicht zugänglich. Darüber hinaus haben die Verwaltungsreformen und Medienrevolutionen<sup>5</sup> auch in der kommunalen Überlieferung der Zwischenkriegszeit tiefe „Kerben“ hinterlassen.

Die Erforschung der Jahre zwischen 1918 und 1938 wurde in der österreichischen Zeitgeschichtsforschung – im Vergleich zu jener der NS-Zeit – lange eher vernachlässigt. Erst nach der Gründung des Faches „Zeitgeschichte“ ab den 1960er-Jahren wurden auch die Jahre zwischen Republikgründung und „Anschluss“ näher untersucht.<sup>6</sup> Im Zentrum der meist aus der Perspektive der Hauptstadt Wien durchgeführten Forschungen wurde diese Phase einerseits als gescheitertes demokratisches Experiment infolge des von außen „aufgezwungenen“ Zusammenbruches der Donaumonarchie und andererseits als Vorgeschichte des Nationalsozialismus interpretiert. Trotz oder gerade wegen der zu diesem Zeitpunkt in Österreich noch ausgeprägten teilweise auch ideologischen Interpretation dieser zwei Jahrzehnte gibt es bis heute zu wesentlichen Ereignissen, Themen und Personen noch keinen ausgehandelten Begriffs- und Thesenkorpus; wie etwa die Bewertung von Ignaz Seipel oder Engelbert Dollfuß, des Justizpalastbrandes 1927 oder der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur generell.

Mit der 100-jährigen Wiederkehr der Ausrufung der Ersten Republik ist ein wachsendes öffentliches<sup>7</sup> und wissenschaftliches<sup>8</sup> Interesse zu bemerken. Dieser sich im Fluss befindliche wissenschaftliche Diskurs spiegelt sich auch in den Beiträgen dieses Bandes wider: Die Autorinnen und Autoren verwenden für den Zeitabschnitt der „Ständestaat“-Diktatur verschiedene Begriffe – darunter etwa „Austrofaschismus“, „autoritäre ‚Ständestaat‘-Diktatur“ oder „faschistoider ‚Ständestaat‘“ –, die unterschiedliche theoretische Konzepte und methodische Herangehensweisen markieren. Das Ergebnis soll aber nicht begriffliche Beliebigkeit oder eine Relativierung des totalitären Charakters sein: Dass es sich beim „Ständestaat“ um eine rückwärtsgewandte Diktatur handelte, die die Meinungsvielfalt einschränkte, politisch andersdenkende Menschen verfolgte, sich an faschistoiden Konzepten orientierte, sich aber auch im Abwehrkampf gegen eine noch monströsere Ideologie und Diktatur befand, steht außer Zweifel. Wie das von Kurt Schuschnigg und Engelbert Dollfuß repräsentierte System aber adäquat zu bezeichnen und zu bewerten ist, bleibt (derzeit noch!) ein geschichtswissenschaftlicher Diskussionsraum. Diese Vielfalt kann durchaus auch als Bereicherung eines neuen postmodernen Diskurses interpretiert werden, in dem monolithische „Große Erzählungen“ durch Multiperspektivität abgelöst wurden. Die Herausgeberin und die Herausgeber haben sich deshalb auch entschieden, die unterschiedlichen Begrifflichkeiten nicht zu vereinheitlichen, sondern die Entscheidung über die Termini den Autorinnen und Autoren zu überlassen.

Den Abschnitt der Überblicksartikel eröffnet Wolfram Dornik mit seinem Beitrag über die wichtigsten historischen Ereignisse von Graz. Im Zentrum der Betrachtungen

liegen Fragen nach Brüchen und Kontinuitäten der Gewalterfahrung und den politischen Entwicklungen. Vertieft werden seine Ausführungen von Anita Ziegerhofer mit ihrem Beitrag zur Rezeption des Staatsvertrages von St. Germain in Grazer Medien und dem Gemeinderat. Andreas Fraydenegg-Monzello widmet sich der Heimwehrbeziehungsweise Heimatschutzbewegungen in Graz. Die Geschichte der in Graz verhältnismäßig starken anarchistischen Bewegung wird von Reinhard Müller analysiert. Robert Moretti widmet sich der kulturpolitischen Instrumentalisierung eines mittelalterlichen Brauches in den 1920er-Jahren, Hans-Peter Weingand den Bemühungen zur Errichtung eines Denkmals für Peter Rosegger in der Zwischenkriegszeit. Sozialhistorische Entwicklungslinien werden meist als Teil der wirtschafts-<sup>9</sup> oder politikhistorischen<sup>10</sup> Aspekte mitberücksichtigt. Im vorliegenden Band haben Bernadette Biedermann, Robert Moretti, Markus Trebuch unter der Leitung von Nikolaus Reisinger die bisher zu wenigen Fachpublikationen durch ihren Beitrag mit einer Vielzahl von erstmals analysierten Quellen ergänzt. Dabei wurden auch bisher noch nicht herangezogene statistische Quellen sowie Zeitzeuginnen- und Zeitzeugen-Interviews aus dem Oral-History-Archiv der Universität Graz in Beziehung zum Alltagsleben der Menschen gesetzt. Ergänzend dazu geben Nicole-Melanie Goll zur Entwicklung des Jugendamtes der Grazer Magistratsverwaltung, Andreas Golob zur Volksbildung an der Universität Graz, Walter Iber und Harald Knoll zur Entwicklung des Sports und Ute Sonnleitner zum Theaterleben in Graz tiefere Einblicke in die sozialen Beziehungen in der Stadt.

Geschlechtergeschichte gehört zu jenen historischen Disziplinen, die quer über die üblichen fachthematischen Einteilungen hinweglaufen. Für die Zeit zwischen 1918 und 1938 ist auch für den Raum Graz zu konstatieren, dass bereits eine Reihe von diesbezüglichen Studien, in denen vor allem Frauen im Fokus stehen, vorhanden sind, während in Bezug auf Arbeiten, die sich mit Männern auseinandersetzen, eine eklatante Leerstelle zu diagnostizieren ist. Karin M. Schmidlechner hat unter Mitarbeit von Viktoria Wind Geschlechterthemen zwischen 1918 und 1938 in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen gestellt, wobei vor allem die Bereiche Politik, Bildung und Wissenschaft, Arbeit, Gesellschaft und Vereine thematisiert werden.

Die religionsgeschichtlichen Grundzüge der steirischen und Grazer Geschichte der Zwischenkriegszeit sind im Wesentlichen dank der Forschungsanstrengungen verschiedener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der theologischen und geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz in den letzten Jahrzehnten relativ gut aufbereitet.<sup>11</sup> Gerald Lamprecht und Heribert Macher-Kroisenbrunner haben in ihrem Überblicksbeitrag die bisherigen wissenschaftlichen Arbeiten in ihrem Text zusammengefasst und zum Teil durch neue Quellenstudien ergänzt.

## Zur Ausstellung

Ausstellung und Band wurden parallel vorbereitet und die Teams haben sich zum Teil intensiv abgestimmt, um zum einen aktuelle Forschungen in die Kuratierung einfließen zu lassen. Andererseits sollten kuratorische Fragen die Forschungsarbeiten befruchten. Das Konzept der Ausstellung geht ebenso von einem musealen Desiderat des untersuchten Zeitraumes aus: Die Geschichte Österreichs zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Zweiten Weltkrieg – die Zeit der zerfallenden Monarchie, der Ersten Republik, des autoritären „Ständestaates“ und der nationalsozialistischen Diktatur – findet sich nur in wenigen Museen wieder. Ziel der Ausstellung sollte es deshalb sein, zum 100-jährigen Republikjubiläum einen Beitrag zu leisten, diese Wahrnehmungslücke zu schließen. Es geht auch darum, dem Mythos des Bruches – als der sowohl der Zerfall der Monarchie als auch die Machtergreifung von Dollfuß als auch der „Anschluss“ Österreichs an Deutschland verstanden wird – die Frage nach der Kontinuität entgegenzustellen. Phänomene wie die Radikalisierung der Öffentlichkeit, die Steigerung der Aggressionsbereitschaft, der Wunsch nach Autorität, die Konzentration von Macht, die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten, die Negierung von Menschenrechten oder die politische Anwendung von Gewalt finden in totalitären Systemen ihre Klimax, nicht ihre Quelle. Deren Ideen- und Entstehungsgeschichte bildet ein weitverzweigtes Netz aus Aspekten, die sich nicht einfach mittels Kausalzusammenhang von Ursache und Wirkung begreifen lassen und die auch nicht als abgeschlossene Entwicklungen der Vergangenheit aufzufassen sind. Deshalb möchte die Ausstellung dem Weg vom demokratischen Gleichheitsgrundsatz der Ersten Republik in die autoritäre Kontrolle und schließlich in die nationalsozialistische Diktatur mit Fokus auf die Stadt Graz exemplarisch nachgehen.

Modus operandi der Ausstellung werden die Grundprinzipien der demokratischen Republik sein, jene auf die Gleichheit und Mitbestimmung der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger abzielenden Leitgedanken, von denen die am 12. November 1918 erfolgte Ausrufung der Republik getragen war und die per Bundesverfassungsgesetz vom Oktober 1920 festgeschrieben wurden. Aus diesem werden folgende Grundsätze herausgenommen und einer kritischen historischen Prüfung aus der Perspektive von Graz unterzogen: „Artikel 1. Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Und: „Artikel 7. (1) Alle Bundesbürger [heute: Staatsbürger, Anm. d. A.] sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen.“

Die Aspekte der Verfassung eröffnen die Frage, welcher Stellenwert diesen Grundsätzen, also die Kategorien „Recht des Volkes“, „Geschlecht“, „Herkunft“ und „Bekenntnis“, jeweils in monarchischen, demokratischen und autoritären Systemen beigemessen wird. Thematisiert werden dabei im Besonderen die politischen Entwicklungen, die sozialen Entwicklungen, die Geschlechterfrage und die religiösen Beziehungen. Der zeitliche Hauptfokus der Ausstellung liegt auf der Zwischenkriegszeit, jedoch wird die Tragweite der demokratischen Errungenschaften im Mittelpunkt stehen und diese wird erst im Kontrast zur Monarchie und zur Diktatur in vollem Ausmaß verständlich.

Die Ausstellung ist somit keine heroische Republikausstellung, sondern im postheroischen Gestus der Versuch nicht durch, sondern statt Wertsetzung (was nicht selten auf eine ideologische parteipolitische Instrumentalisierung hinausläuft) ein Nachdenken über Werte zu initiieren. In einem demokratischen Sozialstaat bietet die Verfassung einen unverzichtbaren Rahmen für Toleranz, Solidarität, Konsens und freiwillige Partizipation – universale Prinzipien der Freiheit und Gleichheit, die jenseits von „gut“ und „böse“ auf das Zusammenleben in staatsrechtlicher Verbundenheit zielen und die – nach wie vor aktuell – zu hinterfragen und zu erarbeiten sind. Durch das Angebot, sich mit den Prinzipien und Institutionen des Verfassungsstaates zu identifizieren, ist die Ausstellung in dem Sinne verfassungspatriotisch, indem sie die österreichische Verfassung in ihrem Ursprung als Gemeingut, das Gemeinschaft ermöglicht, in Erinnerung ruft.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass Graz völlig isoliert von der gesamtösterreichischen und europäischen Geschichte betrachtet wird. Graz bildet das Beispiel, an dem die Auswirkungen der größeren Zusammenhänge und Entwicklungen exemplifiziert werden. In welche „Lage“ musste sich die Stadt jeweils einfinden? Was bedeuteten die politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Veränderungen konkret für das Leben in Graz? Wie hat die Stadt darauf reagiert? Wo war sie selbst Akteurin? Welche Akteurinnen und Akteure waren in ihr tätig?

Die Ausstellung veranschaulicht das politische Umfeld und die Lebenswelten in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg bis in die 1930er und möchte vermitteln, von welchem Klima diese geprägt waren. In einer zeitgemäß vielschichtigen, multiperspektivischen Herangehensweise werden folgende die Verfassung widerspiegelnde Bereiche abgesteckt und für Graz eingehender herausgearbeitet: „Politische Entwicklung“, „Soziale Entwicklung“, „Geschlechterthemen“ und „Religiöse Beziehungen“. Es soll dargestellt werden, aus welchen komplexen Bedingungen und Dynamiken die Atmosphäre beschaffen war, in der sich das autoritäre, faschistische Gedankengut festigen konnte. Welche Mitsprache- und Gestaltungspositionen waren verfügbar und weshalb, um Machtinstanzen zu etablieren und autoritären Einfluss geltend machen zu können? Wie viel Freiräume und welche Abhängigkeiten verursachten unter anderem die damaligen wirtschaftlichen Bedingungen, die Geschlechterverhältnisse, die Familienstrukturen, das soziale Gefüge, der Glaube, die Lebenskultur?

Gerade mit Blick auf die Grazer Kunst und Kultur der Zwischenkriegszeit, die in der Ausstellung einen tragenden Erzählstrang einnehmen wird, zeigen sich das Bedürfnis nach Aufbruch, eine zweifelnde Haltung gegenüber „Herrschaft“ und Tendenzen des Protestes und Widerstandes, für die die unterschiedlichen Parteien auf ihre Weise Resonanzkörper bildeten beziehungsweise zu bieten suchten.

## **Aktuelle Forschungen zu Graz**

An die Herausgeberinnen und Herausgeber des Historischen Jahrbuches der Stadt Graz wurden (wieder) eine Reihe von aktuellen Forschungsergebnissen zur Stadtgeschichte herangetragen. Wir freuen uns, auch in diesem Band einige neue Aspekte präsentieren zu können: Levente Horváth widmet sich den archäologischen Grabungen, die bei den Baumaßnahmen am ehemaligen „Kommodhaus“ Ecke Einspinnergasse/Burggasse alte Vermutungen bestätigen und neue Erkenntnisse zur Bauweise der südöstlichen Stadtbefestigungsanlagen der Neuzeit zutage fördern konnten.

Susanne Pink widmet sich in ihrem Beitrag der Glockengießerkunst des frühen Barocks. Das Fundstück befindet sich zwar außerhalb von Graz, auf Schloss Schwarzenegg in der Marktgemeinde Wildon, wurde jedoch vom Grazer Glockengießer Conrad Seiser angefertigt.

Einen großen chronologischen Sprung vollzieht der darauf folgende Beitrag von Harald Miesbacher. Er widmet sich einem „Theaterskandal“ des frühen 20. Jahrhunderts. In einer heftig geführten politischen Kontroverse wurden homosexuelle Beziehungen von Mitgliedern des Grazer Schauspielhauses und der Oper, Günstlingswirtschaft und „Management“-Fehler der Leitung rund um Heinrich Hagin kontrovers diskutiert, die letztlich die Ablöse von Letzterem nach nur knapp drei Jahren auslöste.

Antje Senarclens de Grancy widmet sich in ihrem Beitrag der propagandistischen (Selbst-)Mobilisierung des Vereins für Heimatschutz in Steiermark. Der Verein musste sich, wie viele ähnliche Organisationen, mit dem Kriegsausbruch 1914 neu verorten. Er stellte sich bedingungslos in den Dienst der kulturellen Mobilisierung und trug damit langfristig zur kulturpolitischen Verschärfung des Diskurses bei.

Den Abschluss des Bandes bildet Michael Kahr, der mit seinem Beitrag eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse des vom FWF finanzierten und an der Musikuniversität Graz zwischen 2011 und 2013 durchgeführten Forschungsprojektes „Jazz & the City: Identität einer Jazz(haupt)stadt“ gibt. Darin stellt er die wesentlichen institutionellen und personellen Entwicklungslinien seit der Gründung des Instituts für Jazz 1965 bis ins 21. Jahrhundert dar.

## **Dank**

Abschließend sei noch jenen Dank ausgesprochen, die am Entstehen des vorliegenden Bandes mitgewirkt haben: Zuerst den Autorinnen und Autoren, die sich auf das Schreiben und auch einen intensiven Diskussionsprozess um ihre Beiträge eingelassen haben. Es sei auch Stadtrat Günter Riegler, als Vertreter der Stadt Graz, für die Bereitstellung der finanziellen Rahmenbedingungen zur Herausgabe des Historischen Jahrbuches der Stadt Graz gedankt. Unverzichtbar für das rasche und professionelle Erscheinen des Bandes waren: Bernhard Bachinger (Redaktion), Elisabeth Klöckl-Stadler (Lektorat und Layout), das Team des Leykam-Verlages (Druck und Vertrieb), Grafikbüro liga (Umschlaggestaltung) sowie Vizedirektorin Sibylle Dienesch, Maria Dorrer und Marie Truhlar vom GrazMuseum und Stadtarchiv Graz.

Wieder hat das Open-access-Büro der Universität Graz das digitale Erscheinen des Bandes ermöglicht. Wir sind sehr froh, dass hierfür nun auch langfristig die vertragliche Basis geschaffen wurde und danken dafür Werner Schlacher und Christian Kaier von der Universitätsbibliothek der Universität Graz sowie Vizerektor Peter Scherrer!

Graz, August 2018

- 1 So beinhalten etwa die 2016 neu eröffneten Räume der Dauerausstellung zum 20. Jahrhundert im GrazMuseum einen Abschnitt zu den Jahren 1914–45. Unter den zahlreichen Ausstellungen des Museums im Palais/Museum für Geschichte des Universalmuseums Joanneum in den letzten Jahren behandelt lediglich eine überwiegend besagten Zeitabschnitt 1918–1938: Streiflichter. Film und Kino in der Steiermark 1896–1945 (28.2.–2.11.2014). Pars pro toto aus dem Bereich populärer Sachbücher sei auf die wenigen Seiten zur Ersten Republik/„Ständestaat“ hingewiesen in: Werner STRAHALM, Peter LAUKHARDT: Graz. Eine Stadtgeschichte, Graz 2003, 283–303.
- 2 Ein konziser Forschungsüberblick würde den Rahmen dieser Einleitung sprengen. Hervorgehoben sollen an dieser Stelle exemplarisch Heimo Halbrainer und Eduard Staudinger werden. Darüber hinaus sei auf die in den einzelnen Texten im Anmerkungsapparat nachgewiesenen historiographischen Texte verwiesen.
- 3 Als forschungsgeleiteter Überblick liegt derzeit lediglich der Abschnitt zu Graz zwischen 1918 und 1938 von Meinhard Brunner vor: Meinhard BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz. Bd. 1. Lebensraum – Stadt – Verwaltung, Graz 2003, 215–310.
- 4 Wie etwa der Doppelband 18/19 zu „Graz 1938“, der parallel zur Ausstellung „Graz 1938 – Illusionen, Ängste, Wirklichkeiten“ erschien. Die Ausstellung war von Februar bis Mai 1988 im Stadtmuseum Graz zu sehen. Zum Band siehe Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988.
- 5 Erledigungen über Telefonie sowie die Umstellung von Buch- auf Karteiprotokollierung.
- 6 Die dabei entstandenen Forschungsarbeiten gelten aber bis heute noch als Standardliteratur, so unter anderem: Walter GOLDINGER, Dieter A. BINDER: Geschichte der Republik Österreich 1918–1938, Wien/München 1992; Erika WEINZIERL, Kurt SKALNIK (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. 2 Bd., Graz/Wien/Köln 1983.
- 7 Siehe insbesondere die im Haus der Geschichte Niederösterreich sowie vom Bundesministerium für Inneres 2017/18 gezeigten Ausstellungen zur Ersten Republik.
- 8 Emmerich Tálos’ Standardwerk ist 2014 bereits in siebenter Auflage erschienen: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938, Wien/Berlin 2014. Darüber hinaus auch: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, 2 TB, Wien/Köln/Weimar 2015; Stefan KARNER (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938, Innsbruck/Wien/Bozen 2017; Anton PELINKA: Die gescheiterte Republik: Kultur und Politik in Österreich 1918–1938, Wien/Köln/Weimar 2017; Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien/Köln/Weimar 2013; uvm.
- 9 Wie etwa bei: Andreas FRAYDENEGG-MONZELLO: Volksstaat und Ständeordnung. Die Wirtschaftspolitik der Steirischen Heimwehren 1927–1933, Wien/Köln/Weimar 2015; Franz JÄGER: Wirtschaftsgeschichte 1800 bis 2000, in: BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz, Bd. 2, 159–238; Gerald SCHÖPFER: Handel und Gewerbe in Graz in den Dreißigerjahren, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, 243–262.
- 10 Wie etwa bei: Meinhard BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, in: BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz, Bd. 1, 215–310.
- 11 Christa EISNER: Die Altkatholische Kirche von 1918 bis 1945, in: ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau, TB 2, 403–410; Ernst-Christian GERHOLD: Die evangelische Kirche 1918 bis 1945, in: ebenda, 377–402; Maximilian LIEBMANN: Die Katholische Kirche in turbulenten Zeiten, in: ebenda, 327–376; Alois RUHRI: Christentum und Kirche von der Gegenreformation bis zur Gegenwart, in: BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz, Bd. 3, 135–252.

## **Graz zwischen 1918 und 1938**



## **Von der „deutschesten Stadt der Monarchie“ zur „Stadt der Volkserhebung“**

**Politische Strukturen in Graz 1918–1938: zwischen Brüchen und Kontinuitäten**

Zur Analyse der politischen Ereignisse und Strukturen, auch wenn es sich um einen begrenzten zeitlichen und topografischen Raum handelt, ist eine klar abgegrenzte Herangehensweise zu wählen. Räumlich orientiert sich der Beitrag am Stadtgebiet von Graz in seiner heutigen Ausdehnung (das heißt inklusive der 1938 eingemeindeten Kommunen), zeitlich liegt der Schwerpunkt zwischen der Republikgründung im Oktober 1918 bis zur NS-Machtergreifung im März 1938.<sup>1</sup> Um sich aber innerhalb dieser Koordinaten nicht in einer Auflistung von Ereignissen, einer chronologischen Namens- und Themenlistung zu verlieren, wurde der Ansatz einer Mikrogeschichte (Mikro-Historie) nicht als „Blick auf die kleinen Dinge“, sondern als Methode zum „Schauen im Kleinen“ gewählt. Denn, Graz kann in dieser Zeit nicht als isolierte „Insel“ betrachtet werden, sondern muss in seinem übergeordneten räumlichen – steirischen, österreichischen oder gar (mittel-)europäischen – und zeitlichen – spätes 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts<sup>2</sup> – Kontext betrachtet werden. Diese Ebenen sollen aber nicht hierarchisch oder konzentrisch, sondern als Elemente von unterschiedlich starken Strukturen gedacht werden.<sup>3</sup> Diese Netzwerke zwischen Menschen, aber auch thematischen, institutionellen, wirtschaftlichen oder kulturellen Verflechtungen werden je nach Relevanz mit den überregionalen Ebenen in Beziehung zu setzen sein.

Ausgangspunkt der folgenden Untersuchung ist die Annahme, dass seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die gesellschaftspolitischen Eliten in Graz sich nicht nur kulturell der deutschen Nation zugehörig fühlten, sondern dies auch als Programm über alle Parteigrenzen und über alle politischen Brüche hinweg in den Mittelpunkt ihrer Selbstverortung und ihres Handelns stellten. Doch gibt es tatsächlich einen „direkten Weg“ von der „deutschesten Stadt der Monarchie“ zur „Stadt der Volkserhebung“? Bilden das Ausgangs- (1918) und das Endjahr (1938) dieser Betrachtungen überhaupt

einen Bruch in der mikrohistorischen Entwicklung der Stadt? Wo sind Kontinuitäten in den thematischen, funktionalen und personellen Strukturen der Selbstverortung erkennbar, die gegen die Zuschreibung eines „Bruches“ sprechen würden? Handelt es sich vielleicht vielmehr um Konjunkturen?

Diese Fragen sollen nun im Kontext einer fast als Dauerzustand zwischen 1914 und 1945 zu beschreibenden Gewalterfahrung und ihrer Auswirkungen auf die politischen Diskurse in den historischen Momenten der Jahre 1918, 1934 oder 1938 („Ereignis“) untersucht werden. Wo und wie manifestierte sich diese Erfahrung der erlebten physischen Gewalt, lebensbedrohender Not-, Armut- und Mangelerfahrung im politischen Diskurs? Konkreter sollen auch die Akteure und ihre Netzwerke offengelegt werden.

Als dritte Analyseebene soll untersucht werden, wie insbesondere die überregionalen Konzepte von der Monarchie bis hin zur Republik und zum „Ständestaat“ auf kommunaler Ebene umgesetzt wurden? Handelte es sich dabei immer um Adaptierungen oder Systembrüche mit Elitenaustausch? Für Graz soll auch die Frage nach der Selbstverortung des „Roten Graz“ als politischer Gegenentwurf zum deutschnational-bürgerlichen Milieu der Stadt einerseits und dem konservativ-bäuerlichen regionalen Umfeld der Steiermark andererseits diskutiert werden. Für die Zeit zwischen dem „roten“ und dem „braunen“ Graz stellt sich damit aber auch die Frage, ob das „ständische“ Graz sich hier neu erfand oder an alte Traditionen anknüpfte.

Diese drei Felder bilden quasi die Matrix, vor der die Ereignisse in und um Graz zwischen 1918 und 1938 im Folgenden untersucht werden sollen. Wobei vorauszuschicken ist, dass sich aufgrund des unausgeglichene bisherigen Forschungsstandes nur ein grober Überblick ergeben kann.

## **Vorgeschichte: Das Ende von Krieg und Monarchie**

Die letzten Jahre der Habsburgermonarchie und die vier Jahre Krieg weisen für Graz einige Spezifika auf. An dieser Stelle sollen und können dazu lediglich in aller Kürze einige Aspekte zusammengefasst werden:<sup>4</sup>

(1) Seit den 1880er-Jahren war die Gemeindepolitik von deutschnationalen, national-liberalen Politikern geprägt. Die bürgerlichen Parteien, die durch das bis 1914 nicht reformierte Kurienwahlrecht den Gemeinderat dominierten, waren zwar zerstritten, jedoch im Ziel, eine starke politische Beteiligung der vorwiegend politisch „links“ orientierten Arbeiterschaft zu verhindern, geeint. Eine weitere Klammer für die den Gemeinderat dominierenden, bürgerlichen Parteien war der Deutschnationalismus und eine antihabsburgische Stimmung.<sup>5</sup> In enger Koalition mit den deutschnationalen Studenten und Professoren der Universität standen seit den 1880er-Jahren „Nadelstiche“ gegen Thron und Altar an der Tagesordnung. Graz positionierte sich als „Deutscheste Stadt der Monarchie“ und stellte gemeinsam mit den untersteirischen Städten Maribor/Marburg, Ptuj/Pettau und Celje/Cilli den nationalen („deutschen“) Führungsanspruch im Kronland. In diesem Umfeld bildete sich ein Netzwerk völkisch-nationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie etwa der Verein Südmark, die einen

erheblichen Einfluss auf die gesellschaftspolitischen Eliten ausübten.<sup>6</sup> Ähnliches gilt es für den Antisemitismus zu sagen, denn obwohl der jüdische Bevölkerungsanteil in Graz vor 1914 ausgesprochen gering war (und sich auch nach 1918 nicht stark vergrößerte), ist ein breiter, antisemitischer Grundkonsens festzustellen, der insbesondere im akademischen Umfeld radikale Formen annehmen konnte.<sup>7</sup>

(2) Im Juni 1914 endete der Gemeinderat im Chaos und die Statthalterei musste (zum wiederholten Male) einen Regierungskommissär einsetzen. Die schon eingeleiteten Neuwahlen wurden vorerst wegen des Kriegsbeginns ausgesetzt und dann gezielt von der Statthalterei hinausgezögert. Das Wirken von Regierungskommissär Anton Underrain von Meysing sollte sich in der kriegsbedingten Versorgungskrise fatal für die Stadt auswirken. Andersorts entwickelten sich die kommunalen Vertretungen nämlich im Laufe des Krieges durch Umgehung oder „kreative Interpretation“ der verordneten Regelungen als kreative Makler der Interessen „ihrer“ Bevölkerung.<sup>8</sup> In Graz fehlte eine solche improvisierende Kraft.

(3) Die Etablierung eines „Burgfriedens“ zwischen allen gesellschaftlichen Gruppierungen, die alle politischen Fragen für die Dauer des Krieges zurückstellen und alle Kraft auf die Niederrichtung des „Feindes“ konzentrieren sollte, blieb von Anfang an eine Propaganda-Chimäre. Die jahrzehntelange deutschnationale Selbstverortung äußerte sich in gezielten Übergriffen auf slowenische/slawische Organisationen, Personen und Symbole.<sup>9</sup> Trotz aller Beschwörungen der gemeinsamen „Heimatfront“ konnte schon 1914 keine „Kriegsgemeinschaft“ etabliert werden, die alle vorangegangenen Konflikte hätte überlagern können. Zunehmende ökonomische und individuelle Entbehrungen, der Verlust durch Tod und Verwundung verstärkten die Parallelität der Zustimmung und Ablehnung des Krieges, wenn auch mit einer wachsenden Tendenz zu Letzterer.<sup>10</sup>

(4) Die bereits kurz nach Kriegsausbruch gesamt Cisleithanien erfassende Versorgungskrise wirkte sich für Graz neben der fehlenden kommunalpolitischen Vertretung auch wegen der binnenwirtschaftlichen Abschottung Ungarns (Transleithanien) und des Ausfalls der traditionell wichtigen Außenhandelsbeziehungen nach Südosteuropa und Italien besonders stark aus. Von der Stadt verwaltete Lebensmittelkarten zur Verteilung von knappen, besonders wichtigen Lebensmitteln sowie Auspeisungen in Volks- und Kriegsküchen sollten die größte Katastrophe verhindern.<sup>11</sup> Frauen und Kinder hatten die Last einer überproportional aufwendigen Lebensmittelversorgung für die Familie zu stemmen. Gleichzeitig weitete sich der kriegsbedingte Beschäftigungsanteil von Frauen in der Industrie und der Zivilgesellschaft aus. Bereits Ende 1916 waren 40.000, Ende 1917 bereits 80.000 Personen als Anspruchsberechtigte für Lebensmittelzuteilungen registriert. Oft spontane Demonstrationen von Frauen oder Arbeitern zur Verbesserung der Versorgung häuften sich ab Herbst 1916. Wie gespannt die Lage im Winter 1917/18 bereits in der gesamten Monarchie war, zeigte der Jännerstreik 1918, bei dem mehrere Hunderttausend Arbeiter, vor allem in den Industriegebieten rund um Wien und Wiener Neustadt, aber auch in der Ober- und Weststeiermark

in den Ausstand traten. 40.000 Arbeiter demonstrierten an ihrem Höhepunkt in Graz: Dabei wurden nicht nur Rufe nach „Brot“, sondern auch nach „Friede“ immer lauter. Sozialdemokratische Funktionäre schafften es, durch Verhandlungen die Streikbewegung einzufangen, ein Teil der Arbeiterschaft blieb aber auch in Graz weiterhin unzufrieden, wie ein neuerlicher Streik der Metallarbeiter Anfang Mai deutlich machte.<sup>12</sup>

(5) Zwar kamen auch in Graz nach den Erfolgen der russischen Truppen in Galizien und der Bukowina schon im Herbst 1914 erste Flüchtlinge und Internierte („Lager Thalerhof“) an,<sup>13</sup> eine ganz andere Dimension sollte durch die Eröffnung der Kämpfe zwischen Italien und Österreich-Ungarn im Sommer 1915 erreicht werden. Graz wurde zum „Hinterland“ („Etappengebiet“) der Isonzofront und damit zu einem Dreh- und Angelpunkt dieses Kriegsschauplatzes. Hunderttausende Flüchtlinge und Kriegsgefangene wurden über Graz in die im Kronland oder in anderen Teilen der Monarchie situierten Lager aufgeteilt, Tausende in der Stadt untergebracht. Das neue Landeskrankenhaus und die im Kronland entstehenden Etappen-Spitalseinrichtungen, wie etwa jene in Feldbach, wurden zum Aufnahmepunkt der von der Isonzofront kommenden physisch und psychisch Verwundeten. Ihre Versorgung beim Durchtransport und ihre langfristige Pflege durch insbesondere Grazer Frauen aus dem bürgerlichen Milieu gaben den Folgen des industriellen Mordens bald schon ein reales, erschreckendes Bild.<sup>14</sup>

(6) Die immer prekärer werdende Versorgungslage und die Wiedereröffnung des Reichsrates in Wien erhöhten auch den Druck auf die Statthalterei, die Neukonstituierung des Gemeinderates zuzulassen. Dies führte in Graz sogar zu der vor 1914 nahezu undenkbaren Situation, dass die bürgerlich-nationalen Parteien und die Sozialdemokraten im Sommer 1917 gemeinsam fast „handstreichartig“ Neuwahlen des Gemeinderates durchsetzen konnten, sodass sich im Dezember eine neue Gemeindevertretung mit einem neuen Bürgermeister, dem Deutschnationalen Apotheker Adolf Fizia, etablierte. Doch durch diese wieder zugelassene, kommunale Partizipation wurde keineswegs die staatliche Legitimation gestärkt oder gar „Druck“ herausgenommen. Im Gegenteil: Die auf nationale Selbstbestimmung pochenden, den monarchischen Gesamtstaat kritisierenden Stimmen wurden lauter. Der seit 1917 geübte überparteiliche Konsens der politischen kommunalen Elite wurde auf Ebene der Geschäftsführung des Gemeinderates im Laufe des Jahres 1918 weitergeführt.

Wie diese sechs Schlaglichter andeuten, hatte der „Große Krieg“, wie der Erste Weltkrieg von den Zeitgenossen genannt wurde, nicht den 1914 von vielen „ersehnten“ Effekt eines „reinigenden Gewitters“, sondern verschärfte die vorhandenen desintegrativen Kräfte im Reich wie ein Katalysator. Das Ergebnis war eine Implosion einer als unrettbar angesehenen politischen Ordnung, die weder unter den Führungseliten noch unter der breiten Masse der Arbeiter – unter Umständen noch unter der bäuerlichen Bevölkerung – eine Mehrheit hinter sich hatte. Die Politik der „wohldosierten Unzufriedenheit“ war letztlich zu wenig konsensbildend, sondern verschärfte lange vorhandene Problemlagen noch weiter.<sup>15</sup>

## **(K)Ein Bruch? Oktober 1918 bis Juni 1919**

Die „Revolution“ des Oktobers und Novembers 1918, die die Habsburger von ihrem Thron vertrieb und die Kronländer in neue territoriale und politische Entitäten umwandelte, hatte vielerlei Charakteristika: Das „Revolutionäre“ im Sinne einer Revolte auf der Straße, wie dies unter den dominanten Geschichtsbildern von 1789 oder 1848 vorgestellt wird, war das geringste Moment. Jedoch war es eine Revolution der Eliten, die „von oben“ ein neues politisches System, gemeinsam mit dem Willen, dem „alten“ habsburgischen Staat ein Ende zu setzen, verbanden. Die kollektive Kriegsmüdigkeit, die die Bevölkerung an der Heimatfront wie die Soldaten an der militärischen Front spätestens mit dem Winter 1917/18 erfasst hatte, verschärfte sich als Folge des anhaltenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Versagens.<sup>16</sup>

Unmittelbar in diesen Tagen erreichte eine neue Katastrophe Graz: die „Spanische Grippe“. Zwischen 13. und 26. Oktober schwollen die Sterbefälle mit über 140 Toten pro Woche auf einen neuen Höhepunkt an. In den darauffolgenden Wochen waren die Todesfälle wieder rückläufig.<sup>17</sup> Die dramatischen Konsequenzen dieser Pandemie hatten aber zweifelsohne eine eskalierende Wirkung auf die schon vorhandene pessimistische, auf Frieden drängende Stimmung.<sup>18</sup>

Das „Völkermanifest“ von Kaiser Karl vom 16. Oktober 1918 ließ die sich als besonders „deutsch“ fühlenden Grazer Kommunalpolitiker sich besonder offen und rasch an die „nationale Neugestaltung“ machen. Bereits fast eine Woche zuvor hatte der Grazer Gemeinderat am 10. Oktober einen Dringlichkeitsantrag beschlossen, in dem sich die Gemeindevertretung einstimmig dafür aussprach, dass „[...] auch unser Volk das gleiche Recht [gemeint war das nationale „Selbstbestimmungsrecht“, Anm. d. A.] beanspruchen und ausüben will in einem alle Deutschen der Monarchie umschließenden Staate auf demokratischer Grundlage mit vollkommen freier politischer und wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeit.“ Alle Stellen sollten „sofort alles“ veranlassen, „was die Erfüllung dieser Forderung mit größter Beschleunigung“ erlaubte.<sup>19</sup> In der gleichen Sitzung stellte Bürgermeister Fizia – auch in Bezug auf die Krise in der Lebensmittel- und Kohleversorgung – öffentlich die Zentralverwaltung infrage.<sup>20</sup>

Fizia wurde in den darauffolgenden Tagen in Graz zu einer zentralen Figur der „Revolution von oben“: am 17. Oktober fanden Vertreter der steirischen Industriellen und der Arbeiterschaft in einem Sitzungszimmer der k.k. priv. Steiermärkischen Escompte Bank in der Herrngasse 15 zusammen, um die Aufrechterhaltung des Transportes und das Ausbleiben von Streiks zu garantieren. Für 20. Oktober beschloss man die Einberufung eines steiermarkweiten „Wohlfahrtsausschusses“. Zirka 40 Herren aus Wirtschafts- und Konsumentenorganisationen, Vertreter der politischen Parteien und Kommunalpolitiker aus Graz, Judenburg, Leoben und Marburg trafen sich im Hotel Erzherzog Johann und wählten ein nach dem Proporz zwischen Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Christlichsozialen zusammengesetztes, bewusst an die Französische Revolution angelehntes Gremium bestehend aus 24 Männern; zwölf Männer bildeten das Exekutivkomitee. Noch in den Stunden nach der Versammlung sprach eine Delegation bei Statthalter Manfred von Clary und Aldringen vor: Sie teil-

ten Clary den Beschluss des Wohlfahrtsausschusses mit, Viktor Wutte (Deutschnationaler) und Arnold Eisler (SDAP) als „Landesverweser“ mit der Verwaltung des Landes zu betrauen. Perplex, und auf den revolutionären Charakter dieser Forderung hinweisend, pochte Clary auf die notwendige Zustimmung des Ministerpräsidenten.<sup>21</sup>

Der Wohlfahrtsausschuss – in dem für Graz neben Bürgermeister Fizia auch die Bürgermeister-Stellvertreter Alois Ausobsky und Eduard Gargitter, Gemeinderat Reinhold Machold sowie der Reichsratsabgeordnete Vinzenz Muchitsch vertreten waren – beschloss, seine Forderungen in Form eines Aufrufes zu veröffentlichen und eine Delegation zu Verhandlungen nach Wien zu entsenden. Am 26. Oktober genehmigten die Wiener Zentralstellen die Ernennung von Wutte und Eisler. Clary musste zurücktreten.<sup>22</sup>

In der Gemeinderatssitzung vom 28. Oktober erklärte Fizia polternd:

„Wie es den Herren bekannt ist, hat sich in Wien der deutsche Nationalrat gegründet, welche als die einzige legitime Körperschaft anzusehen sein wird, der die politische Führung der Deutschen des ehemaligen Staates Österreich in die Hand nehmen soll. [...] wir erwarten, daß er die Regierungsgewalt über die deutschen Länder des ehemaligen Staates [sic! Anm. d. A.] so rasch als möglich restlos in die Hand nehme und setzen voraus, daß die Auflösung des alten Staates nicht in der Weise erfolge, daß die deutschen Teile den Rest des alten Österreich darstellen. Wir verlangen eine reinliche Scheidung vom alten Österreich durch vollständige Loslösung der Ostmark [sic! Anm. d. A.] und durch sein selbständiges Bestimmungsrecht über die Regierungsform und die Beziehungen zu den anderen Staaten.“<sup>23</sup>

Bereits zwei Tage nach der Annahme der beiden Vertreter des Wohlfahrtsausschusses durch die Zentralstellen in Wien stellte der Bürgermeister von Graz das Ende der Habsburgermonarchie als Fakt hin und forderte die Bildung eines von seiner Vergangenheit und den anderen sich herausbildenden nationalen Entitäten unabhängigen Staates, den er als „Ostmark“ bezeichnete!

Unterdessen formierte sich in Wien am 21. Oktober die provisorische „deutschösterreichische“ Nationalversammlung, die für das „deutsche Volk in Österreich“, für das geschlossene deutsch besiedelte Gebiet der Monarchie, die Bildung „seiner staatlichen Ordnung“ für sich beanspruchte und einen Vollzugsausschuss einsetzte; am 30. Oktober folgte der Beschluss zur Einsetzung einer provisorischen Staatsregierung unter Karl Renner. Rund um den 31. Oktober fand eine provisorische Landesversammlung in der Steiermark zusammen, die sich am 6. November konstituierte und eine provisorische Landesverfassung beschloss. In der gleichen Sitzung wurde auch ein neuer Landesausschuss beschlossen. Wilhelm von Kaan (Deutschnationale) wurde zum Landeshauptmann, Anton Rintelen (Christlichsoziale) und Josef Pongratz (Sozialdemokraten) wurden zu seinen Stellvertretern gewählt.<sup>24</sup> Am 12. November wurde in Wien die „demokratische Republik“ Deutschösterreich proklamiert, Kaiser Karl verzichtete auf jeden „Anteil an den Regierungsgeschäften“. In Graz erfolgte die Proklamation der Republik in einer von den Sozialdemokraten organisierten Versammlung am Franzensplatz vom Balkon des Schauspielhauses durch den sozialde-

mokratischen Soldatenrat Ludwig Oberzaucher (nicht durch den bereits sechs Tage zuvor gewählten Landeshauptmann Kaan!).<sup>25</sup>

Die Stimmung in der Grazer Gemeindevertretung brachte Fizia in der Sitzung am Nachmittag des 14. Novembers zum Ausdruck:

„[...] Ereignisse von weltgeschichtlicher Bedeutung haben sich in den letzten Tagen abgespielt, Ereignisse, welche tief in das Leben jedes einzelnen und der Gemeinde eingreifen. Am 12. November wurde der Freistaat Deutsch-Österreich ausgerufen und am 12. November wurde die Angliederung des Freistaates an die große deutsche Republik einstimmig beschlossen. [...] Alles, wofür alle freiheitlich Gesinnten gekämpft und gelitten haben, ist nun in Erfüllung gegangen und das, was das Jahr 1848 vergeblich gewollt, ist nun endlich zur Tat geworden. [...]“<sup>26</sup>

In der gleichen Sitzung wurde einstimmig, unter Heil- und Bravorufen die Umbenennung des Franzensplatzes in Freiheitsplatz beschlossen.<sup>27</sup>

Die vordringlichste Aufgabe des Wohlfahrtsausschusses wie auch der ihm folgenden provisorischen Landesregierung sowie der vorerst ohne Änderungen fortbestehenden kommunalen Vertretungsorgane von Graz war es, die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung der Stadt aufrechtzuerhalten. Wutte und Eisler gelang es, Lebensmittel aus militärischen Depots aufzuspüren, teilweise aus der Schweiz, Ungarn und Kroatien einzuführen – unter dem Eindruck der gespannten Lage der sich konstituierenden und militärisch definierenden Grenzen der neuen Staaten keine leichte Aufgabe.<sup>28</sup>

Die zweite zentrale Aufgabe der sich soeben bildenden neuen politischen Exekutivorgane war die Sicherung von Ruhe und Ordnung. Massenhaft strömten Soldaten von der Front und aus der Kriegsgefangenschaft heim, auch formierten sich militärische Einheiten zur Grenzverteidigung, die zusätzliche Dynamik in die Situation brachten. Graz diente als Umschlagplatz für Waffen, Proviant oder Mannschaftstransport. Neben den im Raum Graz operierenden Gendarmerie- und Polizeieinheiten sorgte das Grazer Bürgerkorps für Sicherheit,<sup>29</sup> das bereits 1914 für Sanitätshilfe und Kinderbetreuung eingerichtete Arbeiterhilfskorps sowie die Studentenkompanien. In der direkten Umgebung bildete sich auch in Gösting eine Heimwehr, deren Ausschuss etwa auch zwei Sozialdemokraten angehörten.<sup>30</sup> Anfang November beauftragte der Staatsrat den deutschnationalen Reichsratsabgeordneten August Einspinner und der Wohlfahrtsausschuss den Sozialdemokraten Hans Resel als Militärbevollmächtigte. Sie beide fungierten als oberste militärische Sicherheitsorgane für die Steiermark, ihnen wurde am 7. November Franz Huber jun. von den Christlichsozialen beige stellt. Um Ordnung in das chaotische Entstehen von paramilitärischen Einheiten zu bringen, einigten sich die Militärbevollmächtigten mit dem Staatsrat am 15. November auf Organisationsrichtlinien: Auf Gemeindeebene sollten Heimwehren, auf Landesebene Sicherheitswehren gebildet werden, die sich aus ehemaligen Soldaten, Mitgliedern der Arbeiterhilfskorps, Bürgervereinigungen etc. zusammensetzten; sie ergänzten die vom Staatsrat organisierten Volkswehren.<sup>31</sup> Heim- und Sicherheitswehren unterstanden den Militärbevollmächtigten. In Graz wurde die Stadtwehr (ab 1. Dezember

Volkwehrkommando) gebildet.<sup>32</sup> Parallel dazu entstanden ab 4. November auch in Graz Soldatenräte, in denen es vor allem der sozialdemokratische Funktionär Ludwig Oberzaucher verstand, sich Gehör und Gefolgschaft zu verschaffen.<sup>33</sup>

Wie wenig 1918 auf kommunaler Ebene ein Bruch der geltenden Ordnung war, zeigt der Umstand, dass ein neues städtisches Statut als nicht notwendig erachtet wurde. Das auf dem Gemeindegesetz von 1869 basierende Statut blieb ebenso bestehen wie das Gesetz selbst. Korrekturen waren lediglich in Bezug auf einzelne Passagen, wie etwa die Gemeindewahlordnung, notwendig.<sup>34</sup> Geändert wurde auch das Gelöbnis des Bürgermeisters, der nun die „Treue der Republik Österreich und ihrer Verfassung“ geloben musste.<sup>35</sup>

In dieser gespannten sozialen Lage versuchte sich die Kommunistische Partei Deutschösterreichs (KPDÖ) zu etablieren.<sup>36</sup> Es gab zwar ein Potenzial Unzufriedener, die sich an linken, revolutionären Ideen orientierten,<sup>37</sup> kommunistische Parteistrukturen hatte es aber bis dahin noch nicht gegeben. In Wien gründete sich die KPDÖ am 3. November, erste Kontakte mit Grazer Arbeitern gab es in den darauffolgenden Wochen. Die erste kommunistische Versammlung im heutigen Graz fand am 7. Dezember in Eggenberg im Gasthaus Häuselbauer statt (wegen eines Formfehlers bei der Anmeldung gleich aufgelöst). Wie auch andernorts versuchten insbesondere sozialdemokratische Funktionäre den Aufbau der KPDÖ in Graz sofort zu behindern. Veranstaltungen wurden von eigenen Funktionären überschwemmt und manchmal traten sogar Spitzenfunktionäre als Redner auf, um die Veranstaltungen zu kanalisieren und aufzulösen. Zum Jahreswechsel 1918/19 kamen aus Russland von den Bolschewiki geschulte ehemalige Kriegsgefangene zurück, deren Ziel es war, den Aufbau parlamentarischer Strukturen zu behindern und stattdessen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zu bilden.<sup>38</sup> Heinrich Brodnig und Leopold Marsch kamen Anfang Jänner 1919 mit dem Ziel des Aufbaus von Parteistrukturen nach Graz. Am 11. Jänner konnte bereits eine Versammlung mit 700 Personen im Gasthaus Zum Sandwirt in der Griesgasse organisiert werden. Weitere Veranstaltungen am Freiheitsplatz und in Eggenberg sowie im Gasthaus Zum Grünen Baum in der Mariahilferstraße waren bestens besucht. Trotzdem war die Situation für die kommunistischen Funktionäre nicht leicht: Die Arbeiter „sind seit Jahren organisiert und schwimmen ganz im sozialdemokratischen Fahrwasser“, wie Brodnig fast resignierend Anfang Februar monierte.<sup>39</sup>

Die Sicherheitsbehörden lenkten nun zunehmend ihre Aufmerksamkeit auf die kommunistischen Aktivitäten. Bürgermeister Fizia forderte bereits am 20. Februar nicht in der Steiermark heimatberechtigte Personen, die sich als kommunistische Sympathisanten zu erkennen gaben, sofort auszuweisen.<sup>40</sup> Dies geschah unter dem Eindruck der Ereignisse dieses Tages: Sozialdemokratische Volkwehrmänner organisierten einen Protestzug von 3.500 Heimkehrern zum Militärkommando. Sie forderten, Invalide, Kriegswaisen und -witwen besser zu unterstützen, die Arbeitslosenhilfe zu erhöhen und Soldaten eine Abfertigung von 300 Kronen auszubezahlen. Während die sozialdemokratischen Funktionäre mit Verhandlungen mit dem Militärbevollmächtigten begannen, zogen die Demonstranten zum Freiheitsplatz, um dort auf die Antwort zu warten. Brodnig nutzte die Gelegenheit zu einer Rede, in der er die Forde-

rungen noch einmal erhöhte und binnen zwei Tagen eine Antwort forderte, denn sonst könnte „das aufgespeicherte Explosionsmaterial leicht zu etwas führen“. Er kündigte für den 22. Februar eine Versammlung an, bei der die Antwort des Landeshauptmannes auf die Forderungen entgegengenommen werden sollte. Die Sicherheitsbehörden waren in höchster Alarmbereitschaft: Fizias Vorschlag wurde aufgenommen und alle Nichttheimatberechtigten, derer man habhaft werden konnte, wurden ausgewiesen. Am 22. wurden strategisch wichtige Punkte in der Stadt durch Polizei, die Volkswehr und die Studentenwehr besetzt; Landeshauptmannstellvertreter Rintelen reiste extra nach Wien, um 620 Mann von der niederösterreichischen Gendarmerie zu mobilisieren. Trotzdem sammelten sich kurz nach Mittag bereits Schaulustige und Demonstranten an den Absperrungen in der Sporgasse, Sackstraße, Herrengasse und dem Murvorplatz (heute Südtirolerplatz). Die von Kaan zugesagten 300 Kronen wurden von Brodnyg und Maresch als unzureichend abgelehnt. Die kommunistischen Funktionäre vermuteten hinter der massiven Präsenz der Sicherheitskräfte eine Provokation und zogen in einem Protestzug nach Gösting zu einer Ausweichversammlung. Die am Murvorplatz verbliebenen Demonstranten zogen zur Andräschule, um vom dort untergebrachten Arbeiterhilfskorps zu fordern, dass es die Sicherung der Absperrungen anstatt der deutschnationalen Studentenwehr übernehme. Als jenes dann tatsächlich am Murvorplatz ankam, brach Jubel aus. Studentenwehr und Volkswehr befürchteten einen Angriff und schossen: vier Tote und 13 Schwerverletzte waren die Folge. Die Studenten flohen in das Rathaus, das nun von den Demonstranten besetzt wurde. Wieder fielen Schüsse, wieder waren ein Toter und viele Verletzte zu beklagen. Die Studenten wurden entwaffnet und vom Arbeiterhilfskorps nach Hause begleitet. Unterdessen begann die Verhaftung von 22 kommunistischen Funktionären, denen die Schuld an den Ereignissen angelastet wurde.<sup>41</sup>

Fast eine Woche vor diesen dramatischen Ereignissen fanden am Sonntag, dem 16. Februar, die ersten demokratischen und freien Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung statt. Die Wahlbeteiligung in der Steiermark war mit 85,2 Prozent im Bundesschnitt, in Graz lag diese bei 76,6 Prozent, was zum Teil dem Boykottaufruf<sup>42</sup> der sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Höhepunkt ihrer Aktivitäten befindenden kommunistischen Funktionäre zuzuschreiben sein dürfte. Die SDAP erreichte in der Landeshauptstadt 32,8 Prozent, die Christlichsozialen 19,2 Prozent und die deutschnationalen Gruppen kamen zusammen auf 24,6 Prozent. Letzterer Wert ist auch aus der langen deutschnationalen Parteitradition in Graz erklärbar. Trotzdem kündigte sich damit ein Erfolg der Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen an.<sup>43</sup>

Die Wahlkämpfe zur Nationalratswahl und jene zur ihr folgenden Landtags- und Grazer Gemeinderatswahl ähnelten sich: Den sozialdemokratischen Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der von ihr gepflegten klassenkämpferischen Revolutionssymbolik standen fast geschlossen die bürgerlich-konservativen und nationalen Parteien gegenüber. Befeuert wurde die Klassenkampf-Rhetorik durch die Errichtung der Räterepubliken in Ungarn (März) und Bayern (April). Auf kommunaler Ebene behandelten die Plakate, Flugblätter und Wahlkampfreden die Bekämpfung der Versorgungsschwierigkeiten, der Inflation, der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit.<sup>44</sup> Einzig und allein im Wunsch nach dem Anschluss an Deutsch-

land waren sich (fast) alle Parteien auf allen politischen Ebenen einig. Der Grazer Gemeinderat verabschiedete am 8. Mai einstimmig noch einen dementsprechenden Dringlichkeitsantrag.<sup>45</sup>

Die neue Gemeindevahlordnung war am 14. April durch den – durch Ergänzungswahlen am 31. Oktober 1917 weiter von sozialdemokratischen Abgeordneten verstärkten – Gemeinderat beschlossen worden: Entsprechend dem Wahlrecht für die konstituierende Nationalversammlung beziehungsweise den Landtag war jeder deutsch-österreichische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts mit Vollenendung des 20. Lebensjahrs wahlberechtigt; das passive Wahlrecht wurde mit Vollenendung des 26. Lebensjahrs bestimmt. Die Ermittlung der Mandate sollte nach dem „Linzer System“ nach Hagenbach und Bischoff und damit nicht nach dem in der nationalen Wahlordnung vorgesehenen d’Hondschen System erfolgen.<sup>46</sup>

Bei den am 11. Mai abgehaltenen Wahlen zum Landtag stellte sich aber trotzdem eine Überraschung ein: Vermutlich lag dies auch daran, dass nicht alle Parteien wieder ihre Wähler vom Februar mobilisieren konnten, denn die Wahlbeteiligung sackte auf 70 Prozent ab. Die Christlichsozialen gewannen im Wahlkreis Graz und Umgebung 39,5 Prozent (steiermarkweit: 46,5 Prozent), die Bauernpartei 6,7 Prozent (12,7 Prozent), die Deutschnationalen zusammen 14,3 Prozent (6,5 Prozent) und die Sozialdemokraten 39,4 Prozent (34,3 Prozent). Zwar hatten die Sozialdemokraten im städtisch und industriell geprägten Wahlkreis einen beachtlichen Erfolg erreichen können, jedoch zu wenig, um den Landeshauptmann zu erobern. Schon in diesem Ergebnis machte sich für Graz die deutschnationale Stärke und die Schwäche der Christlichsozialen im Vergleich zum restlichen Bundesland bemerkbar.

Noch deutlicher kam dies im Ergebnis der Gemeinderatswahlen zum Ausdruck: Bei einer auffällig geringen Wahlbeteiligung von nur 57 Prozent<sup>47</sup> konnte das Wahlbündnis Nationalmittelständische und christlichsoziale Bürgerpartei (Grazer Bürgerverein, Nationale Mittelstandspartei und Christlichsoziale Partei) zwar mit 48,1 Prozent die Mehrheit an Stimmen erreichen, die Sozialdemokraten zogen aber mit 41,4 Prozent als stärkste Einzelpartei in den Gemeinderat ein; die Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher erreichte 6,8 Prozent, die Deutschvölkische Einigungspartei 2,5 Prozent und die Partei der Freien Republikaner Deutschösterreichs 1,2 Prozent. Mit Ausnahme Letzterer zogen alle anderen in den Gemeinderat ein, der sich am 13. Juni konstituierte und in dem mit 41 von 47 Stimmen Vinzenz Muchitsch zum ersten sozialdemokratischen Bürgermeister gewählt wurde.<sup>48</sup> Karl Engelhofer von den Christlichsozialen wurde zum ersten, Altbürgermeister Fizia zum zweiten Bürgermeisterstellvertreter gewählt.<sup>49</sup>

Die konstituierende Sitzung des Gemeinderates fand unter dem Eindruck der wenige Tage zuvor bekannt gewordenen Friedensbedingungen der Siegermächte für „Deutschösterreich“ statt. Muchitsch, der als Reichsratsabgeordneter an der Ausrufung der Republik Deutschösterreich in Wien teilgenommen hatte, nahm auch am Beginn seiner Antrittsrede ausführlich mit „Schmerz und Trauer“ Stellung dazu: „Vier Millionen Deutsche sollen vom Mutterland losgerissen und fremden Unterdrückern als Beute hingeworfen werden. Alle nationalen und wirtschaftlichen Zusammenhänge des deutschösterreichischen Volkes sollen zerstört, das deutsche Volk der Alpenländer

soll wirtschaftlich erdrosselt werden.“ Und weiter: „Nur im Anschlusse an Deutschland, an diesen großen Volkskörper mit seiner bedeutenden Volkswirtschaft, können wir unser wirtschaftliches Leben retten und unsere errungenen Freiheiten sichern.“<sup>50</sup> Mit diesen Worten sprach Muchitsch nicht nur in der Tradition der bis dahin deutsch-national dominierten kommunalpolitischen Elite, er befand sich auch im Mainstream der sozialdemokratischen Führung in „Deutschösterreich“, die, wie Außenminister Otto Bauer es ausdrückte, sich mit einem „Diktat des Siegers“ konfrontiert sah.<sup>51</sup>

Darüber hinaus zeichnete Muchitsch in seiner Rede die von ihm als besonders vordringlich zu behandelnden kommunalen Maßnahmen vor. Naturgemäß begann er mit der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung, hob die Bedeutung der Sanierung der Stadtfinanzen und der Schaffung von Groß-Graz hervor. Zur Aufrechterhaltung der Versorgung und Reduktion von Kostensteigerungen betonte er die Kommunalisierung der Straßenbahnen sowie des Gas- und Elektrizitätswerkes, forderte das Vortreiben des Kanalisierungsprojektes, die Behebung des Wohnungsmangels (1.700 gemeldete Wohnungssuchende!) und Maßnahmen zur Jugendfürsorge (Kinderhorte, Ferienkolonien, Kinderbetreuungseinrichtungen). Er schloss mit dem Anspruch einer Verwaltungsreform, denn: „Volksfremder Bürokratendünkel muß, soweit er noch vorhanden ist, verschwinden. Der neue frei republikanische Geist muß unsere Verwaltung durchziehen, damit sie sich das Vertrauen der ganzen Bevölkerung erwirbt.“<sup>52</sup>

### **Partei politischer Neustart im Graz der frühen Zwischenkriegszeit**

Der Gemeinderat, der den ersten Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zum Bürgermeister von Graz gewählt hatte, war 1919 weit von einer sozialdemokratischen Mehrheit wie jener des „Roten Wien“ entfernt. Muchitsch musste deshalb von Beginn an kompromissfähig sein. Wie sah die politische Parteienlandschaft in Graz ab 1919 aus? Wer war das Gegenüber der Sozialdemokraten?

(1) Der Gemeinderat von 1919 wurde dominiert vom national-bürgerlichen Wahlbündnis. Es setzte sich aus drei Parteien zusammen: Der Christlichsozialen Partei mit elf, dem Grazer Bürgerverein mit acht und der Nationalen Mittelstandspartei mit fünf Mandaten. Während die beiden Letzteren aus dem deutschnationalen Feld hervorgingen, waren die Christlichsozialen in Graz bis dahin organisatorisch und personell verhältnismäßig schwach aufgestellt. Sogar als Karl Lueger, der ausgesprochen erfolgreiche Wiener Christlichsoziale Bürgermeister, 1894 in Graz eingriff, um die Einigung zwischen den Nationalliberalen und Christlichsozialen zu erreichen, war dies nicht von Erfolg gekrönt.<sup>53</sup>

Das bürgerliche, politische Feld dominierten die großdeutsch und wirtschaftsliberalen Vereinigungen, denen der Spagat zwischen den Interessen der großen Wirtschaftstreibenden, Händler, Industriellen und den Vertretern der freien Berufe (insbesondere Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker etc.) auf der einen, und jenen der Kleingewerbetreibenden auf der anderen Seite gelang. Als einigende Klammer diente der weit verbreitete Antisemitismus und eine radikale deutschnationale, völkische Rhetorik, die ins-

besondere mit Blick auf die untersteirischen Städte die Gefahr der Slownisierung und Proletarisierung durch Zuwanderung aus gemischtsprachigen Gebieten an die Wand malte.<sup>54</sup> Hinzu kam die intellektuelle Basis im Umfeld der Universität über ein eng miteinander vernetztes nationalvölkisches Vereins- und Studentenwesen;<sup>55</sup> Letzteres sah sich vielmehr in der Tradition von Georg von Schönerer als von Lueger.<sup>56</sup>

Zum Jahreswechsel 1918/19 sah es kurz danach aus, als würden die jahrzehntelang zerstrittenen Nationalliberalen sich als Deutschdemokratische Partei für Steiermark gesammelt konstituieren. Die Parteineugründung erfolgte am 29. November 1918, Fizia und ein Großteil seines Grazer Teams stellten die Parteileitung, die erst schrittweise um Funktionäre aus den übrigen Teilen der Steiermark ergänzt wurde. Die für die Deutschnationalen ernüchternden Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung führten zum Aufbrechen alter Konflikte. Insbesondere die Listenkopplung mit den Christlichsozialen führte zu heftigen Konflikten und damit zur neuerlichen Partikularisierung.<sup>57</sup> Fizia musste eingestehen, dass das Projekt der Sammlung aller bürgerlichen, nationalen und liberalen Kräfte unter einem Dach gescheitert war. Aus Angst, damit von den Arbeitern in Graz überrollt zu werden, suchte er für die Gemeinderatswahlen trotzdem wieder das Bündnis mit den Christlichsozialen. Er musste für das Zugeständnis seiner Spitzenkandidatur den Christlichsozialen überproportional viele wählbare Plätze auf der Liste gewähren. Den Wahlkampf 1919 hatten die Parteien des Bündnisses aber weitgehend unabhängig voneinander geführt.<sup>58</sup>

Die Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher mit Hans Schüller und Roman Herz, die zu den heftigsten Kritikern des Wahlbündnisses mit den Christlichsozialen gehörten, zog 1919 mit drei Mandataren in den Gemeinderat ein. Sie gründete ihre Tradition auf die deutschnationale, antiklerikale Parteitradition, die jedoch Fragen des „Kulturkampfes“ über jene des „Klassenkampfes“ stellte. Sie waren bis 1914 in der Partei der „Festbesoldeten“ vertreten, die insbesondere Beamte und Angestellte repräsentierte und oft gemeinsam mit den Sozialdemokraten gegen die deutschnationale Bürgermeisterpartei Stellung bezog. Sie löste sich noch vor der nächsten Gemeinderatswahl auf.<sup>59</sup>

Ebenso als deutschnationale Partei zu verorten und nicht im Wahlbündnis von 1919 vertreten war die Deutschvölkische Einigungspartei, die sich zu einer „völkisch, freiheitlichen, antisemitischen Weltanschauung“ bekannte.<sup>60</sup> Ihr einziger Gemeinderats-Mandatar, Gymnasialprofessor Walter Bienert, nahm darüber hinaus eine klar antimarxistische Orientierung ein, weshalb für Bienert und seine Parteikollegen eine Kooperation mit den Sozialdemokraten undenkbar war. Bienert engagierte sich schon bald für den Bürgerverein.<sup>61</sup>

(2) Der für die Christlichsozialen typische Dualismus aus katholisch-konservativen Vertretern der ländlichen Regionen und des (klein-)städtischen Kleinbürgertums hatte für die Steiermark vor 1914 kaum Erfolge gebracht. Demnach starteten die Christlichsozialen in Graz 1918/19 fast bei null.<sup>62</sup> Die Partei begann sich im Oktober und November 1918, während in Graz bereits der Wohlfahrtsausschuss wirkte, vom Umland heraus zu einigen und mit Anton Rintelen eine Integrationsfigur zu finden, die das dafür notwendige Rüstzeug und die Netzwerke aus Graz mitbrachte. Der Betreiber

der F. S. Enghofer Zuckerwarenfabrik in Graz („Firn“, „Arosa“ etc.), Karl Enghofer, führte die Grazer Christlichsozialen sowohl in den Wahlkampf 1919 als auch in jenen 1924. Besonders gut schafften sie es, Frauen anzusprechen, die über den Verein Katholische Frauenorganisation und eine dort etablierte politische Sektion eingebunden waren. Ideologisch positionierten sich die Christlichsozialen als katholisch-konservativ, zum Teil antisemitisch und vor allem antimarxistisch und antirevolutionär.<sup>63</sup> Die national-völkische Rhetorik ihrer deutschnationalen bürgerlichen Gegenüber widersprach dem übernationalen christlichen Charakter und brachte die beiden „bürgerlichen“ Bewegungen immer wieder in Auseinandersetzungen.<sup>64</sup>

Im Sommer 1921 einigten sich unter dem christlichsozialen Landeshauptmann Anton Rintelen die verschiedenen Heimwehren steiermarkweit; anfänglich bezeichneten sie sich als Selbstschutzverband Steiermark, ab 1924 Heimatschutzverband Steiermark beziehungsweise umgangssprachlich schlicht Steirischer Heimatschutz.<sup>65</sup> Die Leitung übernahm im Herbst 1923 der aus Marburg an der Drau stammende Judenburger Rechtsanwalt Walter Pfrimer. Die einzelnen Organisationen hatten sich zwischen Herbst 1918 und Frühjahr 1919 als lokale Selbstschutzorganisationen etabliert und waren anfänglich noch nicht klar politisch positioniert, wenn auch mit einer antirevolutionären Agenda. Unter Pfrimer begann sich die strategische und politische Ausrichtung des neuen Wehrverbandes klarer herauszukristallisieren: Es galt, vor allem unter dem Einfluss obersteirischer Industrieller, die Abwehr von Streiks zu organisieren und ein Gegengewicht zu den Arbeiterwehren zu bilden.<sup>66</sup> Wenn auch organisatorisch und namentlich meist getrennt auftretend, so doch ideologisch im selben Fahrwasser und finanziell von Pfrimer meist abhängig, war der auf Graz fokussierte Frontkämpferverband Steiermark.<sup>67</sup>

(3) Beim Bund der freien Republikaner handelte es sich um eine Abspaltung der Christlichsozialen, jedoch mit konfusen „linken“, antikapitalistischen und lebensreformerischen Tendenzen. Sie kandidierten sowohl 1919 als auch 1924 bei der Gemeinderatswahl, zogen jedoch nur 1924 in den Gemeinderat ein.<sup>68</sup> Politisch waren sie nicht klar einzuordnen. Flugblätter und insbesondere ihre Parteizeitung orientierten sich an populistischen, aber insbesondere antisozialdemokratischen Parolen.<sup>69</sup> Ihre Protagonisten – Franz Scheucher, Redakteur des „Grazer Tagblattes“, Ernst Stummer, zuvor Parteisekretär der Christlichsozialen, Franz Bradatsch und Sattlermeister Viktor Koteschowitz – verstrickten sich nach kurzer Zeit in heftige Fraktionskämpfe. Vertreter der Partei waren 1924/25 laufend in Gerichtsverfahren mit Vorwürfen der Untreue, Bestechung und Verleumdung konfrontiert, die Partei war praktisch handlungsunfähig.<sup>70</sup>

(4) Die 1920 gegründeten Nationalsozialisten spielten in den Jahren nach der Republikgründung in Graz selbstredend noch keine Rolle. Jedoch gab es ihre ideologischen Vorläufer auch in der Steiermark: Die 1918 noch vor Kriegsende in Cisleithanien – mit Schwerpunkt in den sudetendeutschen und schlesischen Gebieten – gegründete Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP), hatte programmatisch große Ähnlichkeiten mit der späteren NSDAP. Jedoch verstand man sich trotzdem als demokratische Partei, die versuchte, nationale und soziale Perspektiven zu vereinen;

gleichzeitig war man aber klar antikapitalistisch, antimarxistisch, antiklerikal und antisemitisch. Getragen wurde die Partei vom Deutschen Nationalsozialistischen Verein für Österreich, der in Graz von Richard Stocker geleitet wurde. Mit Gründung der NSDAP unter Adolf Hitler in München begann auch der nicht immer friktionsfreie Austausch mit der DNSAP. Lautstark bemerkbar machten sich die Nationalsozialisten erst 1923, als sie bei zwei Veranstaltungen bereits mit ihrer „Ordnergruppe“ beim Sandwirt in der Griesgasse die Hakenkreuzfahne hissten und mit wüstem Antisemitismus die lokale jüdische Bevölkerung verschreckten.<sup>71</sup>

(5) Die Sozialdemokraten hatten seit den 1880er-Jahren ausgesprochen erfolgreich in den Arbeiterbezirken Lend und Gries, aber auch in den von Industrie geprägten Vororten Vereinsstrukturen aufgebaut; seit 1890 erschien in Graz der „Arbeiterwille“, seit 1894 wöchentlich.<sup>72</sup> 1895 kandidierten die Sozialdemokraten erstmals bei Gemeinderatswahlen. Aufgrund des Zensuswahlrechts noch ausgesprochen benachteiligt, schafften sie es erst 1900, mit zwei Mandataren in den Gemeinderat einzuziehen (offensichtlich mit tatkräftiger Unterstützung von Kleingewerbetreibenden und kleineren Geschäftsleuten). Ab 1905 waren die Mandate des dritten Wahlkörpers fast durchgehend mit sozialdemokratischen Abgeordneten besetzt, für kurze Zeit stellten die Sozialdemokraten mit Alois Ausobsky sogar den zweiten Bürgermeisterstellvertreter.<sup>73</sup> Nach 1918 schafften sie es mit einer zwar an Wien orientierten,<sup>74</sup> jedoch mit einer sehr pragmatischen, weniger an marxistische Rhetorik angelehnten Kommunalpolitik konsequent ihr Wählerreservoir auszubauen. Die Grazer Sozialdemokraten gehörten bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 zu deutlichen Befürwortern eines Anschlusses an die Deutsche Republik. Auch waren die lokalen Sozialdemokraten nicht frei von Antisemitismus, der sich aber insbesondere aus einer antikapitalistischen Kritik speiste und nicht mit dem sich aus dem christlichen Antijudaismus der Christlichsozialen und dem aus der völkischen Rassenideologie speisenden Rassismus der deutschnationalen Parteien gleichzusetzen ist.<sup>75</sup>

Am 16. September 1923 fand auch in Graz die Gründungsfeier des davor schon in Wien beziehungsweise auf Bundesebene gegründeten sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzbundes“ statt.<sup>76</sup> Hauptziel der Organisation war, wie der Name schon sagte, der Schutz der Republik. Insbesondere sollte ein Gegengewicht zu den Heimwehren und der von ihnen ausgehenden Gefahr für die „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ gebildet und „die Abwehr einer jeden gewaltsamen Störung oder eines Putsches“ gesichert werden. Als internes Ziel wurde ausgegeben, bürgerliche Aufmärsche an „demonstrativem Charakter“ zu überbieten, die Geschlossenheit und Macht der Sozialdemokratie unter Beweis zu stellen. Zur Gründung kamen aus der gesamten Stadt und der Steiermark Delegationen auf den Trabrennplatz (am heutigen Messegelände), insgesamt 9.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Festredner, darunter auch Bundesparteiohmann Karl Seitz und der Grazer Bürgermeister Muchitsch sowie sozialdemokratische Landesräte, hoben besonders die republikschützende Funktion und das Zusammenwirken mit dem Bundesheer hervor. Ähnliches wiederholte sich zwei Monate später bei den sozialdemokratischen Feierlichkeiten anlässlich des fünfjährigen Republikjubiläums in der Industriehalle.<sup>77</sup>

(6) Die linken Alternativen zur Sozialdemokratie waren in Graz weitgehend marginalisiert: Die Anarchisten, wenn auch in Graz und den Arbeitergemeinden Eggenberg, Gösting und Andritz verhältnismäßig stark vertreten, spielten im öffentlichen politischen Diskurs kaum eine Rolle.<sup>78</sup>

Aus der Schockstarre, die den Ereignissen am Murvorplatz folgte, erwachten die kommunistischen Funktionäre rasch mit der Ausrufung der Räterepublik in Ungarn. Eine Welle der Begeisterung ging durch die Reihen vieler Arbeiter, die eine politische Alternative zum ernüchternden Ergebnis der Parlamentswahlen erhofften. Im Mai und Juni konnten 1.000 bis 2.000 Teilnehmer zu kommunistischen Veranstaltungen in Graz mobilisiert werden. Die Sozialdemokratie ging entschieden gegen die Kommunisten in Graz und der Obersteiermark vor. Letztlich erholten sie sich in den folgenden Jahrzehnten nicht mehr von dieser Desorganisation und verharren selbst in Fraktionskämpfen.<sup>79</sup>

Als alternative politische Konzepte bestanden auf der katholischen Seite noch die Vereine um den antisemitischen Sozialreformer Johannes Ude und jene des deutschen Priesters Max Josef Metzger. Beide standen in der Tradition des seit den 1860er-Jahren innerhalb des internationalen Katholizismus wirkenden Pazifismus.<sup>80</sup>

### **Kommunale Politik zwischen Anspruch und Realität, Juni 1919 bis 1933/34**

Die neue Stadtverwaltung unter Bürgermeister Muchitsch stand 1919 vor einer Reihe von Herausforderungen: Die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Energieträgern war seit Herbst 1914 schlecht, seit 1916 prekär. Die Umstellung von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft einerseits und die Neuorientierung der näheren Wirtschaftsnetzwerke durch das Entstehen eines neuen, differenzierten und abgeschotteten mitteleuropäischen Handelsraumes ab 1918 und insbesondere das Abbrechen der europaweiten Transportwege, an deren Schnittstelle Graz lag (Endpunkt der ungarischen Westbahn und wichtiger Umschlagplatz entlang der Südbahn), brachte immense Umstellungsschwierigkeiten.<sup>81</sup>

Eine zusätzliche Aufgabe war, dass schon während des Krieges Tausende Flüchtlinge in Graz untergebracht werden mussten, die erst 1917/18 in das völlig zerstörte Fronthinterland in Galizien, der Bukowina (Ostfront) und andererseits nach Istrien, Triest, Krain und Görz-Gradisca (Isonzo-Front) zurückkehren konnten. Ab Ende 1918 und insbesondere 1919 kamen dann deutschsprachige, nun in Ungarn und dem Königreich der Slowenen, Kroaten und Serben (SHS-Staat) als Minderheiten geltende ehemalige politische, militärische und gesellschaftliche Verwaltungsbeamte mit ihren Familien nach Graz.<sup>82</sup> So wuchs trotz des kriegsbedingten Rückganges bei den Geburten und der hohen Sterbefälle (Gefallene, Hunger- und Grippetote) die Grazer Stadtbevölkerung zwischen 1910 und 1920 von 151.781 auf 157.032.<sup>83</sup> Die Gemeindeverwaltung reagierte auf die daraus resultierende Wohnungsnot 1919 mit kurzfristigen Maßnahmen: Das noch am 1. Juni 1918 errichtete Wohnungsamt hatte die

Aufgabe, eine Evidenz über das Wohnwesen in Graz zu halten, gemeinnützige und private Wohnbautätigkeit zu fördern und dafür auch Bauland zu erwerben oder weiterzuvermitteln.<sup>84</sup> Der Gemeinderat setzte sich auch dafür ein, Militäreinrichtungen und Baracken zur Unterbringung von Obdachlosen zu erwerben, und errichtete auf Empfehlung des Staatsamtes für soziale Fürsorge einen Vollzugausschuss.<sup>85</sup>

Im Bereich der Lebensmittelversorgung sollten Preisstützungen, städtische Initiativen zur Lebensmittelversorgung, Ausspeisungsaktionen in den Schulen und internationale Hilfslieferungen das Ausbrechen einer schweren Hungersnot verhindern.<sup>86</sup> Eine der Selbsthilfemaßnahmen, die die Stadtverwaltung der Bevölkerung wieder in die Hand geben wollte, war die Ermöglichung des „Rucksackverkehrs“; das heißt, das Eintauschen von Lebensmitteln gegen Luxus- und andere Bedarfsgüter bei Bauern im Umland. Diese, schon gegen Ende des Krieges teilweise erlaubte und inoffiziell sogar unterstützte, Maßnahme zur Versorgung förderte zwar das Florieren des Schwarzmarktes und konterkarierte eine koordinierte Verteilung der vorhandenen Ressourcen, war aber aus Sicht der Gemeindepolitik alternativlos.<sup>87</sup>

Wie gespannt die Lage der Bevölkerung noch eineinhalb Jahre nach Ende des Krieges war, sollte am 7. Juni 1920 sichtbar werden: Als nun endlich die ersten Frühjahrsernten auf den Grazer Märkten feilgeboten wurden und die Preise noch immer hoch blieben, eskalierte die Situation. Bereits um 8 Uhr morgens begannen Streitereien zwischen Kunden und Marktbes chickern am Kaiser-Josef-Platz über die Kirschenpreise (deshalb später auch verharmlosend als „Kirschenrummel“ bezeichnet): Sie kosteten 15 bis 16 Kronen das Kilo, normalerweise lag der Preis bei der Hälfte oder zwei Drittel günstiger. Im Laufe des Vormittags weiteten sich die Proteste auch auf den Markt am nahen Jakominiplatz aus. Zu Mittag glichen beide Plätze Trümmerfeldern. Es war aber noch zu keinen schweren Gewalttaten gekommen, die Exekutive war in der Minderzahl und griff noch nicht ein. Gegen den frühen Nachmittag weiteten sich die Proteste aus, die Demonstrationen züge wurden von Studenten, Schülern, Arbeitslosen, ehemaligen Offizieren etc. erweitert. Preisfragen traten in den Hintergrund, die Parolen bekamen immer mehr antisemitischen und Antiregierungscharakter. Am Bismarckplatz (heute Eisernes Tor) und in der Herrengasse kam es zu ersten großen Zusammenstößen mit der Sicherheitswache. Um 15:30 Uhr musste der Straßenbahnverkehr eingestellt werden, weil immer wieder Fahrgäste aus den Wagen geholt, beschimpft und verprügelt wurden – meist unter dem Vorwand „jüdische Wucherer“ zu sein. Zwischen 16:00 und 17:00 Uhr wurde die Gegend zwischen Hauptplatz und Jakominiplatz geräumt, doch die Menge wich auf das rechte Murufer aus. In der Annenstraße wurden gezielt Geschäfte von jüdischen Eigentümern geplündert, das Annenkino gestürmt: „Heraus mit den Juden aus dem Kino. Nieder mit den Schundfilmen“ war laut einem Bericht im „Grazer Morgenblatt“ zu hören. Um 18:00 Uhr drängten Gendarmerie- und Volkswehreinheiten die Demonstranten auf den Murvorplatz, wo um 19:00 Uhr Schüsse fielen:<sup>88</sup> 13 Menschen starben, Dutzende wurden zum Teil schwer verletzt, 40 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden bei den Protesten am Nachmittag verhaftet.<sup>89</sup> In den darauffolgenden Tagen gewann wieder die Vernunft die Oberhand: Frauen forderten von der Stadtverwaltung, dass diese die Beschickung der Grazer Märkte wieder organisieren und die Preise regulieren solle.<sup>90</sup> Am 12. Juni

wurde eine Städtische Kommission mit Vertretern der Markthändler, Gärtner und Parteien zur Preisregelung und -kontrolle auf den Grazer Märkten eingerichtet.<sup>91</sup>

Erst langsam, im Laufe der ersten Hälfte der 1920er-Jahre, besserte sich die Versorgung schrittweise. 1922 wurde letztlich die staatliche Lebensmittel-Bewirtschaftung eingestellt und damit auch die Warenabteilung des städtischen Ernährungsamtes liquidiert.<sup>92</sup> Dies ist etwa auch anhand der im Gemeinderat behandelten Themen sowie in Angriff genommenen städtischen Projekte sichtbar: Lebensmittelfragen traten in den Hintergrund, lange aufgeschobene Infrastrukturmaßnahmen wurden nun umgesetzt. Neben sozialem Wohnbau, schul- und jugendpolitischen Maßnahmen waren die Kommunalisierung des Gas- und Elektrizitätswerkes, die Sanierung des Straßennetzes und die Elektrifizierung und der Ausbau der Straßenbeleuchtung und der 1925 begonnene Bau einer Schwemmkanalisation wichtige Themen.<sup>93</sup> Gleichzeitig hatte die Grazer, stark auf Handel-, Kleingewerbe- und einige Industriezweige konzentrierte Wirtschaft aber unter den handelspolitischen Schutzmaßnahmen (wie etwa Zölle auf Holzexporte) zu leiden; es fehlte die Binnenkaufkraft, um die Absatzschwierigkeiten im sich nun abschottenden mitteleuropäischen Wirtschaftsraum wettzumachen.<sup>94</sup>

Die österreichische Bundesregierung suchte international um Hilfe an, um die zu Beginn der 1920er-Jahre galoppierende Inflation einzudämmen. Ignaz Seipel, der seit Mai 1922 amtierende Bundeskanzler, erreichte mit den am 4. Oktober in Genf unterzeichneten Protokollen eine Anleihe des Völkerbundes im Umfang von 650 Millionen Goldkronen. Der wirtschaftliche Preis dafür war hoch: Österreich wurde zu radikalen Sparmaßnahmen, darunter einem Beamtenabbau und einem Stopp der Praxis der Geldentwertung, verpflichtet. Die Staatsfinanzen kontrollierte Adolf Rudolf Zimmermann als Generalkommissär des Völkerbundes. Es gab auch einen politischen Preis für das Abkommen: Die Unabhängigkeit Österreichs wurde vom Völkerbund garantiert, gleichzeitig musste Österreich neuerlich dem Anschluss an Deutschland entsagen. Innenpolitisch entbrannte darum ein heftiger Streit: Die aus den Protokollen sich ergebenden Sparmaßnahmen wurden den Regierungsparteien, die sich aus den Christlichsozialen und den Deutschnationalen zusammensetzten, zugeschrieben. Die Sozialdemokraten verweigerten ihre Zustimmung zur Ratifizierung.<sup>95</sup> Die Nachbeben der Budgetsanierung erreichten auch Graz: Aufgrund der Ungewissheit über die steuerpolitischen Grundlagen konnte der Gemeinderat bis Ende 1922 kein Budget für 1923 beschließen, sondern beschloss lediglich ein Provisorium für das erste Quartal. Erschwert wurde die Budgetgestaltung auch dadurch, dass ein vom Nationalrat bereits beschlossener Kredit für autonome Gemeinden vom Finanzminister gestoppt wurde. Die Stadt geriet dadurch sogar hinsichtlich ihrer laufenden Verbindlichkeiten in arge Bedrängnis. Gleichzeitig musste der Gemeinderat noch im Dezember eine außerordentliche Arbeitslosenunterstützung in Form von Brennmaterial beschließen, da viele der Tausenden Arbeitslosen in der Stadt nur die geringe öffentliche Hilfe oder gar nichts mehr bekamen.<sup>96</sup>

Die anhaltende wirtschaftliche Krisensituation bewirkte letztlich die Prolongierung des Geburtenrückganges, nun aber kombiniert mit einer ausbleibenden Zuwanderung beziehungsweise sogar Abwanderung aus dem Stadtgebiet. Die Wirtschaftsflüchtlinge aus Graz zog es nach Wien, Nordamerika oder Westeuropa. Die Bevölkerung sank von 1920 bis 1923 um fast 4.300 Einwohner auf 152.706 und blieb in diesem Bereich

bis 1934 relativ stabil.<sup>97</sup> Der Zuzug der steirischen Binnenmigration verlagerte sich auf die industriell geprägten Umlandgemeinden, die zum Teil beträchtliche Wachstumsraten auch in den 1920er-Jahren aufwiesen.<sup>98</sup>

Ein weiterer Ausdruck der nachkriegsbedingten gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse im Zeichen dieser prolongierten Krise war eine „Opfer“-fokussierte Erinnerungspolitik. Sinngemäß für ertragenes Leid und durch idealisierte Vergangenheit sollte neuen Halt vermitteln. Der Höhepunkt der Denkmalsetzungen für die Kriegstoten des Ersten Weltkrieges wurde in Graz 1921/22 erreicht: In fast allen Umlandgemeinden und der Stadt wurden – meist auf Initiative des Kameradschaftsbundes und mitunterstützt von den Heimwehren beziehungsweise dem Heimatschutz – rund um diese zwei Jahre Kriegerdenkmäler errichtet. Besonders häufig kamen dabei Entwürfe von Wilhelm Gösser zur Ausführung. Fast zehn Jahre später, im Jahr 1932, wurde dann das Denkmal für das Grazer Infanterieregiment Nr. 27 am Schlossberg, wieder von Gösser, eingeweiht. Prägende Elemente dieses Heldenkults waren ein heroisches Männlichkeitsideal, „Heimatliebe“ und „Kameradschaft“.<sup>99</sup> Neben der Erinnerung an den Krieg spielten erinnerungskulturelle Maßnahmen wie gezielte topografische Benennungen eine wichtige Rolle, meist in Erinnerung an als Unrecht empfundene Abtrennungen deutschsprachiger Gebiete: So wurden 1926 der Stadtkai in Marburger Kai und die Feldgasse in St. Peter in Marburger Gasse umbenannt, 1928 folgte die Umbenennung des Mur(vor)platzes in Südtirolerplatz.<sup>100</sup>

Die Gemeinderatswahlen am 25. Mai 1924 wurden auf Basis einer der Verfassung von 1920 angepassten Gemeindewahlordnung durchgeführt.<sup>101</sup> Zur Wahl schlossen sich wieder die Christlichsoziale Partei und die Großdeutsche Volkspartei zu einer Einheitsliste mit den beiden Vizebürgermeistern Fizia und Englhofer als Spitzenkandidaten zusammen. Für die Sozialdemokraten trat Bürgermeister Muchitsch als Spitzenkandidat an. Unter dem Eindruck der Verschärfung der politischen Rhetorik auf Bundes- und Landesebene, und insbesondere mit der klaren marxistischen Begriffs- und Themensetzung der Sozialdemokratie – deren Ziel ja auch ein Containment gegenüber der linken Konkurrenz durch kommunistische (Gewerkschafts-)Funktionäre war –, verschärfte sich auch der Ton in Graz. Das Hauptthema war die Lösung der Wirtschaftskrise durch volkswirtschaftliche Umverteilung (Besteuerung Vermögender). Dabei traten die Sozialdemokraten gegen die von der Regierung vorangetriebenen Einsparungsmaßnahmen als Folge der Genfer Sanierung auf.<sup>102</sup>

Bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent gewann wieder das bürgerliche Wahlbündnis mit 46,67 Prozent (22 Mandate), die Sozialdemokraten erreichten mit 45,47 Prozent (22 Mandate) aber einen neuen Rekordwert; der Bund der freien Republikaner (4,02 Prozent) und die erstmals auf kommunaler Ebene in Graz antretende NSDAP (3,84 Prozent) errangen jeweils zwei Mandate.<sup>103</sup> Trotz aller Wahlkampf-rhetorik hielten sich die Gemeinderatsparteien überwiegend an die informelle politische Etikette und wählten mit 45 von 47 abgegebenen Stimmen wieder Muchitsch als Vertreter der stimmenstärksten Partei zum Bürgermeister. Als seine Stellvertreter wurden Engelbert Rückl von der SDAP (auch Finanzreferent), Rudolf Pertassek von der CSP und Fizia von der Großdeutschen Volkspartei gewählt.<sup>104</sup>

Entgegen dem Beschluss der österreichischen Nationalsozialisten, sich auf den au-

berparlamentarischen Kampf zu konzentrieren, vertraten die Grazer NS-Funktionäre die Position, es ihren Mitgliedern zu überlassen, eigene Kandidatenlisten aufzustellen. Das Erringen der zwei Mandate konnte als mäßiger Erfolg verbucht werden, in Linz konnte 1923 bei der Gemeinderatswahl fast der doppelte prozentuelle Stimmenanteil (7,9 Prozent) errungen werden. Die beiden Mandatäre in Graz, Josef Melber und Ludwig Pratter, wurden im Gemeinderat in den „deutschvölkischen“ und den „Wohnungs-Ausschuss“ gewählt, beide konnten aber nicht die gesamte Funktionsperiode wirken.<sup>105</sup>

Unterdessen ging – unter polizeilicher Überwachung – der organisatorische Aufbau des Republikanischen Schutzbundes in Graz weiter. Funktionäre hielten regelmäßig vor Jugendlichen Vorträge über die von den Heimwehren ausgehenden Gefahren; die immer lautstärker auch in Graz wirkenden Nationalsozialisten galten noch nicht als Hauptfeindbild. Das Vereinslokal lag in der Ungergasse 25. Neben dem Ziel des Schutzes der republikanischen Einrichtungen vor den Gefahren der „bürgerlichen Kampforganisationen“ trat auch (aufgrund der Gewalteskalation beim Justizpalastbrand am 15. Juli 1927) die deeskalierende Funktion gegenüber den eigenen Genossen vermehrt zutage. Wie Theodor Körner es am 25. November 1927 vor 550 Schutzbündlern in den Juliensälen betonte: „Wer im Schutzbund ist, hat die Parteifahne zu schützen und zu verteidigen. Er muß tapfer sein und der Partei stets treu bleiben. Sollte es zu einem Wirbel kommen, so muß der Schutzbündler jeden Unbesonnenen beim Kragen fassen und zurecht weisen.“<sup>106</sup> Dementsprechend wurde für eine enge organisatorische Bindung zwischen Partei- und Schutzbundleitung gesorgt: Im Herbst 1929 übernahm Vizebürgermeister Rückl die Funktion des Stadtkommandanten des Schutzbundes. Unter seiner Leitung begann der Schutzbund auch mit der nächtlichen Bewachung von Partei- und eigenen Gebäuden.<sup>107</sup> Beim Generalappell in der Industriehalle betonten Rückl und Körner gegenüber den fast 2.500 Schutzbündlern, Jugend- und zivilen Ordnern aber weiterhin die Aufrechterhaltung der Bereitschaft zur Bekämpfung der Gefahr der von den „bürgerlichen Parteien“ ausgehenden Bemühungen zur Verfassungsänderung.<sup>108</sup>

Die Aufrüstung des Schutzbundes und die revolutionäre, klassenkämpferische Rhetorik der Sozialdemokratie am Linzer Parteitag 1926 führten zu einem Aufschwung des eigentlich um die Mitte der 1920er-Jahre in der Krise steckenden, partikularisierten Steirischen Heimatschutzes. Gemeinsam mit den zahlenmäßig geringeren steirischen Heimwehren und den westösterreichischen Heimwehrgruppen bildete man nun unter der Führung Pfrimers den Bund der österreichischen Selbstschutzverbände. Der im Grazer deutschnationalen, studentischen Milieu sozialisierte Pfrimer vertrat eine faschistische Linie. Vor allem unter dem antimarxistischen Banner schaffte er es, trotz seines eigenen Antiklerikalismus ein Bündnis mit den obersteirischen, katholisch (oder evangelisch!) geprägten Bauernschaften einzugehen.<sup>109</sup> Insbesondere der ab 16. Juli 1927 auch in der Steiermark durchgeführte Streik als Folge des polizeilichen Vorgehens beim Brand des Justizpalastes am Tag zuvor nutzte Pfrimer zur Mobilisierung und als Zeichen der Wehrhaftigkeit des Heimatschutzes. Um Graz hatte sich die Situation zugespitzt: Die Landesregierung floh kurzfristig nach Feldbach. Pfrimer drohte mit den obersteirischen Verbänden nach Graz zu marschieren. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juli beendeten die Sozialdemokraten den Streik, ein bewaff-

netter Zusammenstoß war knapp vermieden worden. – Die Arbeiterschaft war aber ob der 90 Toten in Wien weiterhin empört und sah das Zurückweichen des Schutzbundes und der sozialdemokratischen Funktionäre als Niederlage an. Pfrimer wiederum hatte sich österreichweit einen Namen als antimarxistischer und energischer Anführer einer schlagkräftigen Truppe bewiesen.<sup>110</sup>

Nicht nur im konservativen bürgerlichen und bäuerlichen Lager stand die deutsch-nationale Frage weiterhin ganz oben auf der Agenda. Wie schon in seiner Rede beim Antritt als Bürgermeister 1919 oder bei der Stadtbildausstellung 1928 zum Ausdruck gebracht, war Muchitsch ungebrochen ein Befürworter eines Anschlusses an die deutsche Republik. Dies war weiterhin eine einigende Klammer in der Stadtpolitik. Am 24. Juli 1928 erfolgte die Gründung der Ortsgruppe Graz des seit 1925 bestehenden „Österreichisch-Deutschen Volksbundes“. Die Obmannschaft übernahm Muchitsch, zur Vereinsleitung zählten aber auch Fizia und der christlichsoziale Vizebürgermeister Hans Konrad. Zu der am gleichen Tag am Freiheitsplatz abgehaltenen „Anschlusskundgebung“ kamen 10.000 Menschen.<sup>111</sup>

Daneben bestand eine vitale Szene deutschnationaler und völkischer Vereine, die sich verschiedener kultureller Fragen annahm: Der Deutsche Schulverein Südmark – wie sich ab 1925 der Zusammenschluss des Deutschen Schulvereins und des Vereins Südmark bezeichnete – gehörte zu den besonders prominenten und sehr breit aufgestellten Vereinen. Ziel war die Unterstützung bildungspolitischer Arbeit zur „Verteidigung“ der „Sprachgrenze“ gegenüber dem Slawentum. Proponenten wie Hans Kloepfer, Wilhelm Gösser, Viktor (von) Geramb, Hanns Koren, Leopold Stocker oder Hans Ludwig Rosegger verfolgten ein volks- und heimatschützerisches Programm, in das die Dominanz des Deutschtums und dessen Zugehörigkeit zur (groß-)deutschen Kulturmission in eine lange historische Tradition eingebettet wurden. Graz wurde damit, in der Tradition des von Peter Rosegger mitbegründeten und -geprägten „Heimat“-Diskurses der Jahrhundertwende 1900, zu einer der wichtigsten Bühnen der intellektuellen Verknüpfung von völkischem Nationaldiskurs und bewahrender, kultureller Heimat-Schutzmission.<sup>112</sup>

Das Konzept der „Heimat“ mit seiner Sprache, Tradition und „Volk“ bewahrenden Funktion dominierte die identitätskonstitutiven Diskurse. Der sich im deutschen Sprachraum exklusiv entwickelnde „Heimat“-Diskurs bildete dabei ein die regionalen Dialekte übergreifendes, urbanes Konzept, das mit einem Rückgriff auf scheinbar „uralte“ (erfundene!) Traditionen einen verbindenden, deutschen Identitätsraum schuf.<sup>113</sup> „Heimatsfremd“ waren insbesondere slawische und jüdische Einflüsse, die eigene Tradition wurde bis auf keltische Wurzeln und die „bayrische Besiedlung“ des südösterrösterreichischen Raumes im 10. und 11. Jahrhundert zurückimaginiert. Die Vorstellung von „Österreich“ spielte in diesem Diskurs eine untergeordnete Rolle, die regionalen Identitäten waren das konstitutive, die Zugehörigkeit zur deutschen Identität das verbindende Element.<sup>114</sup> Das Netzwerk der diskursprägenden Proponenten umspannte nicht nur die lokale bürgerliche und politische Elite, sondern erstreckte sich über viele deutsche Regionen bis in die Schweiz. In Graz war es insbesondere Geramb, der vom Volkskundemuseum ausgehend ein „Heimat-Imperium“ schuf.<sup>115</sup>

Volkswirtschaftlich hatte sich in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre eine gewisse

Beruhigung eingestellt: Die Einführung des Schillings 1925 als Folge der ab 1922 erfolgten Genfer Sanierung<sup>116</sup> sowie eine vorsichtige Handels-Annäherung der ehemaligen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, mit einem Abbau von wechselseitigen Zollbeschränkungen, wirkten sich auch positiv auf die steirische und in weiterer Folge Grazer Situation aus. Diese Stabilisierung wurde auch in Infrastrukturinitiativen umgemünzt: Etwa verbesserten das Laufkraftwerk Pernegg (1925–28), das Packer Staukraftwerk (1929–31) oder das Laufkraftwerk Laufnitzdorf (1929–31) die öffentliche Stromversorgung für die Industrie und gleichzeitig die Auftragslage der steirischen und Grazer Baufirmen.<sup>117</sup> Mit der Eröffnung der neuen Kalvarien(berg)- (1927) und der Schönaubrücke (1926) fanden auch die Baumaßnahmen im Stadtgebiet ihre Fortsetzung.<sup>118</sup>

Muchitsch gelang es 1925, eine 2,5-Millionen-Dollar-Anleihe eines New Yorker Bankhauses zu bekommen. Damit war der Spielraum geschaffen, um die Schwemmkanalisation sowie Wohnbaumaßnahmen in Angriff zu nehmen.<sup>119</sup> Die kommunalpolitischen Baumaßnahmen bekamen in einem unter der Leitung des Architekten Karl Hoffmann erstellten Verbauungs- und Regulierungsplan ihre große Vision, dessen Umsetzung der neu geschaffene Stadtplanausschuss des Gemeinderates vorantreiben sollte. Die sozialdemokratische Stadtpolitik setzte also nicht nur auf Zweckbauten, sondern wollte die Stadt zu einem neuen Lebensraum verändern: Wie in der anlässlich des 800-Jahr-Jubiläums 1928 veranstalteten, in der Industriehalle gezeigten „Stadtbildausstellung. Alt- und Neu-Graz“ war der von Muchitsch formulierte Auftrag zu zeigen, „wie unsere Väter gewirkt und geschafft und durch den neuen Stadtbauplan auch Zeugnis dafür ablegen, dass die derzeitige Gemeindeverwaltung trotz aller Nöte der Zeit, [...], damit Graz als die südöstlichste Großstadt des geschlossenen deutschen Sprachgebietes einst ihren Schwestern im Reiche ebenbürtig und vollwertig in das deutsche Mutterland einziehen kann.“<sup>120</sup> Sechs der 26 bespielten Säle widmeten sich nur den neuen „technischen Großaufgaben der Stadt“ und dem daraus resultierenden Verbauungsplan. Die sozialdemokratische Stadtpolitik wollte also die historische Bausubstanz mit dem aktuellen sozial- und nationalpolitischen Auftrag im Städtebau verbinden.<sup>121</sup>

Die Stadt organisierte 1928 einen wahren Veranstaltungsmarathon zum – wissenschaftlich umstrittenen – Jubiläum. Im Bürgermeisteramt wurde ein eigenes „Festbüro“ eingerichtet, welches die Maßnahmen koordinierte: Vier Großausstellungen – zwei davon wirtschaftliche, eine künstlerische und die oben erwähnte historisch-städteplanerische Stadtbild-Ausstellung –, Jubiläumspublikationen und eine Reihe von kleineren Veranstaltungen.<sup>122</sup> Nicht ganz ungerechtfertigt wurde von oppositioneller Seite kritisiert, dass der Reigen schon fast den Charakter einer Zehn-Jahre-Muchitsch-Bürgermeister-Feier annehmen würde. Tatsächlich verstand es der Bürgermeister geschickt, die in den 1920er-Jahren gesetzten Infrastrukturmaßnahmen in diesem Jahr zu einem Gesamtbild zusammenzufügen.<sup>123</sup> Ein weiteres Ergebnis war die Initialzündung für die 1930 tatsächlich erfolgte Gründung von Stadtmuseum und Stadtarchiv.<sup>124</sup>

Muchitsch bemühte sich als Bürgermeister, aber auch als Landtagsabgeordneter, eine großflächige Eingemeindung der mittlerweile schon herangewachsenen Vororte zu erreichen. Kurz nach Kriegsende konnte schon fast Einigung in dieser Frage zwi-

schen den Parteien erreicht werden, doch war die Angst bei den christlichsozialen und deutschnationalen Politikern, durch das Hinzukommen der bevölkerungs- und vor allem arbeiterreichen Gemeinden Gösting, Eggenberg und Andritz noch stärker ins Hintertreffen zu kommen, zu groß; auch die betroffenen Gemeinden zeigten wenig Begeisterung für das Projekt „Groß-Graz“. 1928 unternahm Muchitsch erneut einen Anlauf, der jedoch ebenso wie jener 1931 in Ausschüssen des Landtages versandete.<sup>125</sup>

Die letzte demokratische Wahl des Gemeinderates wurde aus organisatorischen Gründen um einige Wochen auf 21. April 1929 vorverlegt. Das Besondere an dieser Wahl war, dass die bürgerlich-nationalen Parteien nicht mehr als Einheitsliste, sondern getrennt antraten. Die Christlichsozialen hatten einen neuen Listenführer, Franz Strafella; die Großdeutsche Volkspartei trat auch auf kommunaler Ebene unter dem bundespolitisch beeinflussten neuen Namen Nationaler Wirtschaftsblock an. Die SDAP kandidierte wieder mit Muchitsch als Spitzenkandidaten. Neu standen zur Wahl der Wirtschaftsbund der Stände, die Kommunistische Opposition (Links-Kommunisten) und die KPÖ. Wieder trat die NSDAP (Hitlerbewegung) an.<sup>126</sup>

Auch wenn sich die volkswirtschaftliche Lage gebessert hatte, blieb die politische Rhetorik vergiftet: Die klassenkämpferischen Töne hatten sich sogar noch verschärft, Veranstaltungen der politischen Gegner wurden gestört. Trotzdem flachte der Aufschwung der Nationalsozialisten in Graz ab. Muchitsch und die SDAP versuchten „ihre Aufbauarbeit“ mit dem Baubeginn der Schwemmkanalisation, dem Ausbau der Beleuchtung und Befestigung der Straßen, dem Aufbau der Fürsorgetätigkeit, dem sozialen Wohnbau und dem Mieterschutz zu verteidigen. Die Nervosität insbesondere bei den Christlichsozialen lag offen: Sie riefen die „moralische Wahlpflicht“ aus, drohten „Wähler und Wählerinnen, welche der Pflicht gegenüber der Partei nicht nachkommen“ evident zu halten und ihnen in Zukunft „Unterstützung“ zu verweigern.<sup>127</sup>

Die Wahlbeteiligung erreichte mit 85 Prozent ihren ersten Höhepunkt bei Gemeinderatswahlen in Graz. Als deutliche Gewinner traten die Sozialdemokraten hervor, die mit 48,53 Prozent (24 Mandate) ihr bestes Ergebnis einfuhren; die Christlichsozialen erreichten 31,97 Prozent (16 Mandate), der Nationale Wirtschaftsblock 13,89 Prozent (sieben Mandate), der Wirtschaftsbund der Stände 2,9 Prozent (ein Mandat) und die NSDAP 1,85 Prozent (ein Reststimmenmandat); die zwei konkurrenzierenden kommunistischen Listen verfehlten mit zusammen 0,86 Prozent den Einzug in den Gemeinderat deutlich.<sup>128</sup>

In Bezug auf die NSDAP ist auffällig, dass sie sich im Vergleich zu den Wahlen 1924 mit einem absoluten Rückgang ihrer Stimmen von 2.832 auf 1.695 verschlechterte. Bei der Verteilung der Stimmen nach Bezirken schnitten sie in den links der Mur gelegenen Bezirken (II.–III. und VI.) mit über 2 Prozent deutlich besser ab, als in den „Arbeiterbezirken“ am rechten Murufer, wo sie 1,15–1,35 Prozent erreichten. Noch etwas ist bemerkenswert: Obwohl um fast 10.000 mehr Frauen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten, stimmten in absoluten Zahlen weniger Frauen (806) als Männer (889) für die NSDAP.<sup>129</sup> Einer der Gründe für dieses schwache Abschneiden war die Zerstrittenheit der Nationalsozialisten in Graz: Neben der NSDAP-Hitlerbewegung traten bei den Nationalratswahlen des Jahres 1927 zwei weitere Listen an. Ein weiterer Grund für die fehlenden Erfolge der Nationalsozialisten in Graz war die Domi-

nanz und lange Tradition der deutschnationalen und völkischen Parteien und Vereine, die dieses Wählersegment (noch) gebunden hatten. Ignaz Temmel überließ deshalb auch Walter Oberhaidacher das Gemeinderatsmandat, der ein charismatischer und vor allem fanatischer Hitler-Anhänger war. Oberhaidacher fungierte seit 1928 auch als Gauleiter der Steiermark und war in die Landesleitung für die Parteiorganisation für Österreich eingebunden.<sup>130</sup>

Trotz langwieriger Verhandlungen konnte erstmals zwischen der SDAP und den Christlichsozialen kein Arbeitsübereinkommen getroffen werden. Muchitsch wurde trotzdem in der konstituierenden Sitzung vom 1. Juli mit 43 von 47 Stimmen zum dritten Mal zum Bürgermeister gewählt. Die Stellvertreter und Stadtratsmitglieder sollten nach dem Proporz beschickt werden, ein dementsprechendes Gesetz musste erst vom Landtag beschlossen werden, weshalb erst am 8. Juli als Stellvertreter wieder der Sozialdemokrat Rückl und der Christlichsoziale Hans Amschl gewählt wurden.<sup>131</sup>

Amschl musste sein Amt als Vizebürgermeister im Oktober 1929 an Strafella abgeben. Dieser war zum Senkrechstarter der Christlichsozialen und engen Vertrauten Verteidigungsminister Carl Vaugoins und Rintelens geworden. Der Multifunktionär Strafella hatte sich 1928 einen Namen in der Beendigung eines Straßenbahnerstreiks gemacht; hatte sich jedoch gleichzeitig in eine Affäre um Insiderhandel mit Aktien von Transportunternehmen verheddert. Ungeachtet dessen forderte Vaugoin die Bestellung von Strafella als Generaldirektor der Bundesbahnen, was Bundeskanzler Josef Schober verweigerte. Die Regierung stürzte ins Chaos und die Folge waren Neuwahlen – Vaugoin wurde neuer Bundeskanzler. Strafella konnte trotzdem nicht gehalten werden, nach Bestätigung des Urteils im Ehrenbeleidigungsprozess gegen die „Arbeiterzeitung“ musste er im Juli 1931 sein Amt zurücklegen.<sup>132</sup> Die Funktion des Vizebürgermeisters im Grazer Gemeinderat übernahm schon im November 1930 Hans Schmid.<sup>133</sup>

Zur Rückzahlung der US-Anleihe und zur Sanierung der maroden Stadtkasse mussten Sonderabgaben zur staatlichen Verkehrssteuer und eine Pflastermaut für Automobile eingehoben werden. 1930 erfolgte die Eröffnung der nach dem deutschen Reformpädagogen Friedrich Fröbel benannten Schule und des anschließenden Parks im Arbeiterbezirk Lend.<sup>134</sup> Die Feuerwehr, Kinder- und Schuleinrichtungen, medizinische und pädagogische Unterstützung der Eltern und Mütter, Bäder, Gärten und insbesondere der Schlossberg wurden ausgebaut. Städtische und genossenschaftliche Wohnbaumaßnahmen sowie das Stadtrandsiedlungsprogramm ersetzten die Notmaßnahmen der unmittelbaren Nachkriegszeit.<sup>135</sup> Im März 1933 wurde das neue Verwaltungsgebäude des Städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes in der Neutorgasse eröffnet – architektonisch und stadtpolitisch ein markanter Kontrapunkt zur weiterhin in Graz dominierenden „Heimatarchitektur“.<sup>136</sup>

Die leicht positive Tendenz der makroökonomischen Entwicklung sowie der städtebaulichen Maßnahmen in Graz in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre wurde durch einen weltweiten Konjunkturerinbruch, ausgehend von einem Kurssturz an der New Yorker Börse ab dem 24. Oktober 1929, zunichte gemacht („Weltwirtschaftskrise“). Ab 1930 schlitterte die steirische Industrie, aufgrund ihres vom Weltmarkt abhängigen hohen Schwerindustrianteils, in eine Krise.<sup>137</sup> Das hatte auch seine Auswir-

kungen auf Graz, das wirtschaftlich eng mit der restlichen Steiermark verknüpft war. Die österreichischen Bundesregierungen reagierten in den 1930er-Jahren mit den gleichen orthodoxen Methoden darauf wie in den 1920er-Jahren nach der Genfer Anleihe: Stabilität der Währung, ausgeglichenes Budget und geringe staatliche Investitionen, reduzierte Sozialmaßnahmen.<sup>138</sup> Noch schwieriger wurde die Lage, als sich ab 1932 wegen des Zusammenbruchs der Creditanstalt 1931 die wirtschaftliche Misere direkt auf die finanzwirtschaftliche Situation noch einmal dramatisch auswirkte: Die Arbeitslosigkeit schnellte auf 21–25 Prozent hoch.<sup>139</sup>

Für die Betroffenen bedeutete dies eine Katastrophe: Das Sozialhilfesystem war überwiegend an das „Heimatrecht“ gebundenen, das heißt, sie hätten in ihre Geburtsgemeinden zurückkehren müssen. Wollten sie das nicht, weil sie weiterhin in der Nähe der Industrie bleiben wollten, mussten sie in Obdachlosigkeit oder in Elendsquartieren ohne soziale Unterstützung ihr Dasein fristen. Die – von nur wenigen angenommene – Alternative war die Rückwanderung in die Heimatgemeinde, wo sie die Kassen von maßlos überforderten Kleingemeinden strapazierten oder die Höfe ihrer Familienmitglieder (wenn diese noch vorhanden waren) belasteten.<sup>140</sup>

### **Omnipräsente Gewalt – latenter „Bürgerkrieg“, 1931–1934**

Der Steirische Heimatschutz unter Pfrimer hatte nach dem für ihn erfolgreichen Jahr 1927 einen Höhenflug zu verzeichnen: Am stärksten zum Ausdruck gebracht wurde dies durch den Aufmarsch anlässlich der Republikgründung in der Grazer Innenstadt am 12. November 1929, bei dem 17.000 „Hahnenschwänzer“ lediglich 12.000 Demonstrationsteilnehmern der sozialdemokratischen Parteiformationen gegenüberstanden.<sup>141</sup> Doch schon wenige Wochen später hatten Pfrimer und die anderen Heimwehrführer eine entscheidende Niederlage einzustecken: Die durch einen Kompromiss mit den Sozialdemokraten zustande gekommene Einigung auf eine Verfassungsnovelle wurde am 7. Dezember beschlossen, enthielt zwar eine Stärkung des Bundespräsidenten, gleichzeitig aber auch eine wechselseitige Kontrolle durch das Parlament. Den Wünschen der Heimwehren wurde nicht entsprochen. Gleichzeitig hatte die zunehmende Skepsis von Teilen der christlichsozialen Bundesführung gegenüber den antidemokratischen und faschistischen Tendenzen („Korneuburger Eid“, 1930), eine desintegrierte Wirkung auf die österreichische und im Speziellen steirische Bewegung. Pfrimer wollte insbesondere angesichts der ökonomischen Eintrübung und der immer lauter werdenden Forderungen nach einem Systemwechsel aufseiten der Arbeiterbewegung wieder seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen und versuchte schon am 19. Oktober 1930 mit zehn Zügen Heimatschutz rund um Graz den Schutzbund zu provozieren. Doch in Graz blieb es ruhig, Pfrimer zog seine Leute zurück.<sup>142</sup>

Pfrimers Position in der österreichischen Heimwehrführung war umstritten.<sup>143</sup> Er war nicht, wie eigentlich vorab paktiert, im September zum Bundesführer, sondern lediglich zu seinem Stellvertreter gewählt worden. In dieser Funktion bekämpfte er vehement das Antreten des „Heimatblocks“ bei den Nationalrats- und Steirischen Landtagswahlen im November 1930. Es war aus seiner Sicht nicht opportun, antipar-

lamentarisch zu agieren und gleichzeitig an demokratischen Wahlen teilzunehmen. Pfrimers Machtposition verschob sich aber, als er nach dem Rückzug von Starhemberg im Mai 1931 die Bundesführung über die Heimwehren übernahm. Seine Anhänger feierten dies mit einem Fackelzug durch die Grazer Innenstadt.<sup>144</sup>

In der Nacht vom 13. auf den 14. September 1931 verkündete er in Reaktion auf einen (erfundenen) sozialdemokratischen Aufstand die Machtübernahme: Er deklarierte sich zum „Staatsführer“ und mobilisierte 14.000 Mann, die die Obersteiermark unter Kontrolle brachten, Graz einschlossen und den Semmering abriegelten.<sup>145</sup> Dieser später als „Pfrimer-Putsch“ bezeichnete Staatsstreich scheiterte, die Aufständischen hatten aber genug Gelegenheit, den Marsch auf Wien abzusagen und nach Hause zu gehen. Trotzdem wurden 140 Putschteilnehmer verhaftet und 4.000 Strafanzeigen erstattet. Pfrimer floh über Marburg nach München, von wo er freiwillig wieder nach Graz zurückkehrte, um sich der gerichtlichen Ahndung zu stellen. Den Schwurgerichtsprozess in Graz nutzten er und seine Mitstreiter zur Rechtfertigung ihres Vorgehens. Entscheidend war jedoch die Aussage von Landeshauptmann Rintelen, dass er sich in seiner Amtsausübung „nie behindert“ gesehen, und es keine Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften gegeben habe. Pfrimer und seine Mitangeklagten wurden freigesprochen und nach der Freilassung von ihren Anhängern in der Grazer Innenstadt fast tumultartig als Helden gefeiert.<sup>146</sup>

Nicht nur lokal, sondern auch auf österreichischer Ebene und in weiten Teilen Europas eskalierte der politische Diskurs: Die Demokratie stand massiv im Zweifel, paramilitärische Organisationen und autoritäre Regime waren in der Offensive. Für Österreich stellten die Monate zwischen Jänner 1932 und März 1933 eine Phase ausgesprochenen Alltagsgewalt („latenter Bürgerkrieg“) dar. Auch in den parlamentarischen Institutionen standen verbale Beschimpfungen und sogar Handgreiflichkeiten an der Tagesordnung. Dabei nahmen die Regierungsinstitutionen eine zunehmend parteiische Stellung ein: Waffensuchungen waren zwischen 1927 und 1932 fast ausschließlich beim Schutzbund durchgeführt worden, bei den Heimwehren beließen die Sicherheitskräfte es bei symbolischen Maßnahmen.<sup>147</sup>

Nach der – aus sozialdemokratischer Sicht – viel zu verhaltenen Reaktion des Sicherheitsapparates sowie des Freispruchs für die Beteiligten des Pfrimer-Putsches war die Bereitschaft des Republikanischen Schutzbundes zur Abrüstung nicht mehr vorhanden. Schon zuvor, im November 1930, reagierte die Polizei auf die (statutenwidrige) Aufrüstung des Schutzbundes mit einer großflächigen Waffendurchsuchung in Graz und den Umgebungsgemeinden, bei der zahlreiche Gewehre und leichte militärische Ausrüstung (Spaten, Telefonrollen, Revolver, Helme etc.) sichergestellt wurden.<sup>148</sup> Im März 1932 hatte Oberzaucher die Landesleitung des Schutzbundes übernommen, die Bezirksleitung und das Stadtkommando in Graz oblag noch immer Rückl, sein Stellvertreter war Karl Gföller. Allein im Stadtgebiet hatte der Schutzbund 1.000 Mitglieder, die neben dem Heim in der Ungergasse auch in einem in der Johann-Resel-Gasse und der Kernstockbaracke in der Gabelsbergerstraße untergebracht werden konnten. In den Umlandgemeinden waren noch einmal über 1.100 Mitglieder verzeichnet. Militärische Übungen wurden nun verstärkt durchgeführt, die in einzelnen Fällen sogar zu Verhaftungen führten. Die äußeren Umstände führten auch in der Schutzbundführung

zu einer Strategiediskussion: Ältere Mitglieder plädierten für eine deeskalierende, defensive Vorgangsweise, junge Sozialisten forderten, bald eine militärische Entscheidung in der Offensive zu suchen. Auf die Ausschaltung des Nationalrates am 4. März 1933 und das Verhindern des Zusammentretens des Parlaments durch Polizeigewalt am 15. März reagierte der Schutzbund in Graz und den Umgebungsgemeinden mit Alarmbereitschaft. Dollfuß verfügte mit 31. Mai 1933 das Verbot der sozialdemokratischen Kampforganisation. In den darauffolgenden Tagen fanden großflächige, zwischen Sicherheitskräften und Bundesheer koordinierte Waffensuchungen in Graz, Andritz, Gösting und Eggenberg statt.<sup>149</sup>

In der österreichischen Historiografie wird der Beginn der Übergangsphase zu einem neuen faschistoiden Regime mit der Ausschaltung des Nationalrates und einer fast im Stakkato folgenden Aushöhlung rechtsstaatlicher Instanzen angesetzt. Den Endpunkt dieser Phase stellt die Proklamation der Verfassung auf „ständischer Grundlage“ am 1. Mai 1934 dar („Maiverfassung“).<sup>150</sup> Der Weg zu dieser neuen Staatsordnung war auch innerhalb der Christlichsozialen kein unumstrittener, und die Sozialdemokratie versuchte auf unterschiedliche Art und Weise sowohl mit demonstrativem Widerstand als auch mit Verhandlungen auf den verschiedenen politischen Ebenen dagegenzuarbeiten. Spätestens aber mit dem Programm, das Dollfuß bei seiner Trabrennplatz-Rede am 11. September 1933 skizzierte und in dem er sich an die faschistischen Vorstellungen der Heimwehren anlehnte, wurde immer deutlicher, welche Richtung die Entwicklungen nehmen würden.<sup>151</sup>

Auf kommunaler Ebene schlug diese Latenzphase aber nur bedingt durch: Trotz aller einschränkenden und die Organisationsarbeit der Sozialdemokratie behindernden Maßnahmen, trotz der offensichtlichen Provokationen gegenüber dem Schutzbund und trotz des wachsenden Drucks der Arbeiterschaft auf die Funktionäre, aktiver aufzutreten, konnte auf kommunaler Ebene Bürgermeister Muchitsch vorerst im Amt bleiben. Wie schwierig die Gesprächsbasis aber schon gewesen sein muss, zeigt der Umstand, dass erstens das Budget 1934 erst im Jänner 1934 beschlossen werden konnte, und zweitens, dass Muchitsch in der letzten Sitzung des Gemeinderates im Jahr 1933 keine Rede mit einem Jahresrückblick inklusive der üblichen Dankesworte an alle Gemeinderats- und Stadtratsmitglieder mehr hielt. Ein Jahr zuvor, am 22. Dezember 1932, hatte er sogar nach über achtstündiger Debatte kurz vor Mitternacht noch die Zeit gefunden, mit optimistischen, wenn auch ernüchternden Worten die „große und fruchtbringende“ gemeinsame Arbeit ausführlich zu loben, auf die „Erneuerung unseres Gemeinwesens“ in der Demokratie hinzuweisen und dafür zu plädieren, die Anstrengungen für alle Bewohner und insbesondere „für die vom Schicksal am härtesten mitgenommenen Mitbürger“ im kommenden Jahr zu verzehnfachen.<sup>152</sup>

Neben der ab 1930 in Graz sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage, und der parallel dazu eskalierenden politischen Rhetorik, machte sich diese Stimmung auch in einem neuerlichen Anwachsen physischer Gewalterfahrung bemerkbar. Nach den Toten im Februar 1919 und im Juni 1920 hatte sich die Situation in Graz fast über die gesamten 1920er-Jahre weitgehend beruhigt gehabt. Vor allem mit dem verstärkten Auftreten der Nationalsozialisten in Graz und insbesondere mit dem Aufbau der Organisationsstrukturen der SA und SS nahm die Gewalt sprunghaft zu. Dies begann

mit Arbeiter-Übergriffen auf protestierende Nationalsozialisten im September 1932, bei denen ein Nationalsozialist getötet und zwei schwer verletzt wurden. Dies nutzten die Nationalsozialisten als Chance, sich als Opfer zu gerieren, und eskalierten nun schrittweise die Situation.<sup>153</sup> Als der Heimatschutz ab 1932 eine immer engere Bindung mit der NSDAP und der SA einging – wenn auch seit Mai 1932 ohne Pfrimer (der sich knapp ein Jahr später offen zur NSDAP bekannte) –, erhielten die Nationalsozialisten ein steiermarkweites, bestens funktionierendes und straff organisiertes Werkzeug für ihre Aktivitäten.<sup>154</sup> Am 13. November 1932, dem Tag nach den sozialdemokratisch geprägten Republikfeiern, bewiesen 13.500 durch das „Rote Graz“ marschierende Heimatschützer ihre Stärke.<sup>155</sup>

Die Nationalsozialisten verschärften auch ihre Propagandatätigkeit: Sie erregten mit Druckschriften, Plakaten und Störungen fremder Parteiveranstaltungen kräftig Aufmerksamkeit. Thematisch konzentrierten sie sich auf antisemitische Aktionen, wie etwa die Veröffentlichung von Listen jüdischer Kaufleute, verbunden mit dem Aufruf, ebendort nicht einzukaufen. Bei der Landtagswahl im November 1930 war dies im Großraum Graz aber noch nicht von besonderem Erfolg gekrönt, lediglich 4.955 Stimmen (= 3,43 Prozent) konnte die NSDAP im Wahlkreis Graz und Umgebung auf sich vereinen.<sup>156</sup> Bei Veranstaltungen 1931/32 kamen auch Redner aus Deutschland und anderen Bundesländern Österreichs. In ihrer Kommunikation wandten sie eine Doppelstrategie an: Grundsätzlich richteten sie sich an alle „deutschen Volksgenossen“, im Spezifischen sprachen sie gezielt konkrete Berufs- und Sozialgruppen an – wie Arbeiter und das Kleinbürgertum. Neben den Parteistrukturen wurden ab 1931/32 Vorfeldorganisationen aufgebaut: „Deutscher Theaterring“, Ortsgruppe des „Kampfbundes für Deutsche Kultur“, „Jugendverband Hitlerjugend“.<sup>157</sup> Für Graz kann diese Aufbauarbeit nicht in Wahlstimmen abgebildet werden. Aber bei den im April 1932 abgehaltenen Gemeinderatswahlen in der Steiermark außerhalb von Graz konnten die Nationalsozialisten ihre Mandate von 21 auf fast 300 erhöhen.<sup>158</sup>

Besonders innerhalb der Studentenschaft war der Nationalsozialistische Studentenverband zunehmend erfolgreich. Diese Stärke führte zunehmend zu Konflikten zwischen katholischen, einen autoritären Ständestaat präferierenden Studenten einerseits und den völkisch, national(-sozialistisch)en andererseits.<sup>159</sup>

Der Besuch des bayrischen Justizministers Hans Frank am 14. Mai 1933 wurde von den Nationalsozialisten zur Propaganda-Offensive genutzt. Die sogenannten „Bummel“ (Spazierengehen in Gruppen und Zurschaustellen von NS-Symbolen) dienten als Strategie zur Provokation der bürgerlichen Bevölkerung, zur Beschäftigung der Polizei und zur Erregung von Aufmerksamkeit. Von Jugendlichen durchgeführt, waren sie mit deren Elan, Ironie und Persiflage auf die Staatsmacht verbunden und hatten damit eine wichtige Funktion in der Besetzung des öffentlichen Raums. Am Tag des Frank-Besuchs wurde sogar ein rot angemaltes Schwein mit der Aufschrift „Dollfuß“ und „Vaugoin“ durch die Herrengasse gejagt. Frank selbst hielt eine umjubelte Rede am Schlossberg, bei der er Dollfuß verhöhnte („Millimeternich“) und zum aktiven Kampf gegen die Regierung aufrief. Tags darauf wurde Frank aus Österreich ausgewiesen. Dieser diplomatische Eklat war der Vorwand für Hitler, über Österreich die „Tausend-Mark-Sperre“ zu erlassen und das Land damit wirtschaftlich in die Knie zu zwingen.<sup>160</sup>

Ein Handgranatenangriff von Nationalsozialisten auf eine Abteilung der Hilfspolizei in Krems, der einen Toten und über zwei Dutzend Verletzte forderte, hatte das Verbot der Tätigkeiten der NSDAP und ihrer Organisationen mit 19. Juni 1933 zur Folge. Gleichzeitig wurde im Sommer 1933 der Steirische Heimatschutz aufgelöst.<sup>161</sup> Die NSDAP setzte unterdessen, gestützt durch Heimatschutzmitglieder oder Frontkämpfer, ihre Propaganda- und Terrormaßnahmen fort,<sup>162</sup> insbesondere an den Grazer Universitäten.<sup>163</sup> Die von den Nationalsozialisten anfänglich als Einschüchterungsmaßnahmen gegen politische Gegner genutzten Fememorde richteten sich nun verstärkt gegen eigene Funktionäre: 145 Todesopfer können in Österreich zwischen Juni 1933 und Juli 1934 als von Nationalsozialisten ausgeführte und von lokalen SS- oder SA-Gruppen beauftragte, politische Morde an (ehemaligen) NS-Aktivisten eingestuft werden.<sup>164</sup>

Sicherheitsminister, Vizekanzler und Wiener Heimatschutzführer Emil Fey ließ 1933 immer systematischer Hausdurchsuchungen bei Einrichtungen und Privatwohnungen von Schutzbund- beziehungsweise sozialdemokratischen Funktionären durchführen. Gleichzeitig versuchte die Wiener sozialdemokratische Parteiführung im Herbst in Verhandlungen mit der Regierung – auf Bundesländerebene unter anderem in Wien und Kärnten – den Handlungsspielraum für die Sozialdemokratie zu verbessern und den Rückbau Österreichs auf demokratische Prinzipien zu erreichen. Gleichzeitig entspann sich innerhalb der Sozialdemokratie ein Konflikt zwischen den konsensorientierten und den konfrontativen Kräften, die die Ausschaltung der Sozialdemokratie in Deutschland zwischen März und Juli 1933 vor Augen hatten und sofortigen, aktiven Widerstand forderten. In den Morgenstunden des 12. Februar 1934 setzten sich Mitglieder des Schutzbundes in Linz Polizeieinheiten bei einer Hausdurchsuchung zur Wehr. Es entbrannten Kampfhandlungen, die sich auf die Industriegebiete Oberösterreichs, Tirols und der Steiermark ausweiteten. In Wien beschloss die Parteispitze die Mobilisierung des Schutzbundes und rief zum Generalstreik auf.<sup>165</sup>

In der Steiermark und in Graz war die Vorgeschichte des 12. Februars ähnlich: Die Sozialdemokraten unter dem seit 1930 amtierenden Landeshauptmannstellvertreter Reinhard Machold ermöglichten am 13. November 1932 den christlichsozialen Landeshauptmannanspruch von Alois Dienstleder (die SDAP stellte keinen eigenen Kandidaten auf und gab ungültige Stimmen ab), kritisierte aber gleichzeitig die autoritären Bestrebungen auf Bundesebene. Die darauffolgenden Sitzungen des Landtages verliefen bis Februar 1934 verhältnismäßig friedlich, ausgleichend und professionell.<sup>166</sup> Während die für 12. November geplanten Republikfeierlichkeiten verboten wurden, sollte zumindest ein Demonstrationsbummel von der Parteizentrale in der Hans-Ressel-Gasse in die Innenstadt ein symbolisches Zeichen setzen. Im Jänner fanden noch kurze Proteststreiks in Graz nach Gleichschaltung der Kammer für Arbeiter und Angestellte statt.<sup>167</sup>

Nach Beginn der Kämpfe in Linz erhielten die Sicherheitsbehörden in Graz den Befehl, sofort alle sozialdemokratischen Partei- und Schutzbund-Funktionäre zu verhaften; das Standrecht wurde erlassen. Der sozialdemokratische „Arbeiterwille“ rief in einer Extraausgabe zu Mittag zum Generalstreik auf, der jedoch nicht zu einer breiten Arbeitsniederlegung führte. Einzelne Schutzbundeinheiten begannen jedoch mit Aktionen: Im Stadtgebiet von Graz wurden am Nachmittag des 12. Februar im

Lend das Polizeiwachzimmer in der Hackergasse sowie die Hirtenschule, beide nahe dem Fröbelpark, besetzt und an der nahen Kalvarienbergbrücke wurde eine Barrikade errichtet. Bis zum Abend gelang es Bundesheer und Polizei diese neuralgischen Punkte zu stürmen und zu entsetzen. Teile der Schutzbündler dieser Aktion zogen sich nördlich des Bahnhofs in die Brückenbauanstalt Waagner-Biro und das Schienenwalzwerk zurück, wo sie ihre sich bereits formierenden Kameraden verstärkten. Das Zentrum der Unruhen um Graz war Eggenberg: Dort traten um 13 Uhr Arbeiter der Glasfabrik in den Streik, der Schutzbund begann das Konsumvereinsgebäude (Kreuzung Franz-Schubert-Gasse und Karl-Morre-Gasse), das Eggenberger Gemeindehaus und den Gendarmerieposten, die Schuhfabrik Humanic und die Industrieanlagen nördlich des Bahnhofs zu besetzen. Die Gendarmerie geriet so unter Druck, dass Bundesheereinheiten angefordert werden mussten, die erst am Vormittag des 13. Februar die Widerstandsnester aushoben, die Schutzbündler verhafteten und in Eggenberg Hausdurchsuchungen durchführten. In Puntigam und Straßgang kam es zu kleinen Einzelaktionen. In Gösting entwickelten sich erst am 13. Februar um den Gendarmerieposten und die Mautstellen heftige Kämpfe.<sup>168</sup>

Steiermarkweit wurden zumindest 59 Tote, in ganz Österreich 314 Tote und 805 verletzte Opfer dieser Kämpfe gezählt. 1.686 Personen wurden in der Steiermark festgenommen; die aus dem Großraum um Graz Verhafteten wurden im Landesgericht oder den „Anhaltelagern“ in Messendorf und in Waltendorf inhaftiert.<sup>169</sup> Am Landesgericht für Strafsachen Graz wurden Verfahren gegen 1.700 Personen eingeleitet, gegen 180 wurden letztlich Anklagen wegen Aufruhr/Aufstand oder Hochverrat erhoben; vor die von 12. bis 21. Februar geltenden Standgerichte wurden 130 Aufständische gestellt, die 20 Todesurteile (8 wurden vollstreckt), 23 Kerkerstrafen, 5 Freisprüche und 82 Verweise an ordentliche Gerichte verhängten.<sup>170</sup> Da in jedem Gerichtssprengel, in dem es zu Aufständen gekommen war, als Abschreckung zumindest ein Urteil auch tatsächlich vollstreckt werden sollte, wurde in Graz der Funktionär Josef Stanek trotz dünner Beweislage exekutiert.<sup>171</sup>

Schon am 12. Februar wurde die SDAP verboten; alle 24 Gemeinderäte sowie die Mitglieder des Stadtsenates verloren ihre Funktionen. Auch Muchitsch wurde seines Amtes enthoben.<sup>172</sup> Gleichzeitig wurden auch in Graz und in der Steiermark alle sozialdemokratischen Wirtschaftsorganisationen (Genossenschaften, Vereine, Verlage etc.) aufgelöst, liquidiert oder beschlagnahmt.<sup>173</sup>

## Die „Ständestadt“ – kommunaler Faschismus? Februar 1934 bis Februar 1938

Provisorisch übernahm Hans Schmid am 12. Februar das Amt des Bürgermeisters und regierte in den folgenden Wochen mit über 125 Verordnungen provisorisch.<sup>174</sup> Am 24. Februar wurde er offiziell, mit den Stimmen der Christlichsozialen und des nationalen Wirtschaftsblocks, zum neuen Stadtoberhaupt gewählt. Am 17. März verfügte die Landesregierung die Auflösung des (Rest-)Gemeinderates, der eine Woche später durch einen provisorischen Stadtrat ersetzt wurde, der nach ständischem Prinzip mit starker Beamtenbeteiligung besetzt war.<sup>175</sup> Die Beamten in den Spitzenpositionen der Magistratsverwaltung waren weitgehend unbehelligt geblieben. Unter den städtischen Arbeitern wurden jedoch 150 wegen Teilnahme am Februar-Aufstand vor einen Disziplinarausschuss gestellt, davon wurden 27 Personen gekündigt, der Rest anderwärtig disziplinarrechtlich behandelt (Pensionierung, Kündigung von Vertragsangestellten, Lohnkürzungen, Ordnungsstrafen).<sup>176</sup> Damit waren innerhalb von zwei Monaten auch auf kommunaler Ebene die restlichen demokratischen Strukturen ausgehebelt und das autoritäre Regime zumindest provisorisch implementiert worden.

Schmid versuchte über ein „Sonder-Programm“ nun provisorisch, ohne eine auf ein Stadtrecht fußende Gemeindevertretung, die neben der laufenden Verwaltung anstehenden Fragen einer Lösung zuzuführen. Als wichtigste Aufgabe sah er die Schaffung eines neuen Stadtrechts. Darüber hinaus sollte umgehend mit der Erstellung eines Budgetvoranschlags für 1935 begonnen und „ein gutes und sicheres Funktionieren der Winterhilfe-Aktion 1934/35“ vorbereitet werden. Als städtebauliche Maßnahmen forderte er Schritte zur Lösung der Fragen der Stadtrandsiedlung, des Projekts Weinzöttlwehr und der Auflösung des linksseitigen Mühlgangs. Im Herbst wurde das Programm erweitert und den Magistratsdienststellen zur Durchführung weitergeleitet, diese mussten regelmäßig über die Erledigung berichten. Auch die städtischen Betriebe, wie das Gas- und Elektrizitätswerk, das Wasserwerk, das Oberlyzeum, die Bestattungsanstalt, der Schlacht- und Viehhof sowie das Pfandleih- und Versteigerungsamt, mussten ihre „Sonder-Programme“ vorlegen und regelmäßig darüber Bericht erstatten.<sup>177</sup> 1935 erhielt das „Sonder-Programm“ seine Neuauflage, das durch städtische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen „im Rahmen der Arbeitsschlacht 1935“ eine volkswirtschaftliche Komponente auf kommunaler Ebene bekam.<sup>178</sup>

Obwohl Schmid auf aktionistische Aktivitäten setzte, gelang es der NS-Propaganda, die Niederschlagung der Kämpfe und das zögerliche Handeln der „alten“ sozialdemokratischen Führungsriege gleichzeitig für sich auszunutzen. Punktuell, insbesondere unter Arbeitslosen und jugendlichen Arbeitern, gelang es ihnen sogar, manche zum Übertritt in ihre Reihen zu überzeugen.<sup>179</sup> Prominente NS-Vertreter flüchteten vor der Verhaftung nach Deutschland, wie etwa Oberhaidacher, und erhielten dort in der „Österreichischen Legion“ eine militärische Ausbildung. Nach einer kurzen Phase der Reorganisation setzten sie mit einem neuen Maßnahmenbündel ihre Arbeit fort: Ihnen dienten dafür vor allem die nicht als explizit nationalsozialistisch geltenden Vereine als Organisationsstrukturen, wie etwa der Deutsche Turnerbund oder die Ortsgruppen des Deutschen Schulvereines Südmark.<sup>180</sup> Die Terroranschläge und Schmierereien auf Briefkästen, Telefonzellen, Eisenbahnanlagen, Stromleitungen,

öffentlichen Gebäuden und jüdischen Gebäuden wurden konsequent fortgesetzt und waren meist aufgrund der verwendeten Symbolik als nationalsozialistische Aktionen erkennbar. Gleichzeitig provozierten insbesondere Jugendliche und Studierende in Graz mit öffentlichen Heil-Hitler-Rufen oder dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes Aufmerksamkeit.<sup>181</sup>

Der NS-Putschversuch im Juli, bei dem Bundeskanzler Dollfuß getötet wurde und in dessen Planungen auch Rintelen involviert war (er war als neuer Bundeskanzler vorgesehen), schlug sich in Graz – ganz im Gegensatz zu weiten Teilen der ländlichen Steiermark – kaum nieder.<sup>182</sup> Der Grund dafür ist nicht ganz klar, dürfte aber in der starken Bundesheer- und Polizeipräsenz in der Stadt gelegen haben, vermutlich auch in Uneinigkeiten innerhalb der NS-Führung. Lediglich das „Anhaltelager“ in Messendorf wurde in der Nacht von 25. auf 26. Juli angegriffen, gemeinsam mit den befreiten Nationalsozialisten hätte eine Aktion im Stadtgebiet durchgeführt werden sollen. Auch als Einzelaktion zu werten ist der Versuch eines kleinen Trupps Putschisten, gegen das Flugfeld Thalerhof vorzurücken, sie wurden aber von einer Bundesheer-Patrouille daran gehindert. Die Niederschlagung des Aufstandes fand auch unter Beteiligung von (österreichischen) regierungstreuen Heimatschutzabteilungen statt; deshalb konnte es in Einzelfällen, auch in Graz, dazu kommen, dass steirische und österreichische Heimatschutzangehörige sich gegenseitig bekämpften, obwohl sie ein Jahr zuvor noch gemeinsam marschiert waren. Bei den darauffolgenden Massenverhaftungen wurden die Kasernen sowie die Brockmannschule in Graz als provisorische Internierungseinrichtungen genutzt. Bei den Militärgerichtsprozessen in Graz gegen die Putschisten wurden 305 Personen verurteilt; steiermarkweit wurden fünf Todesurteile verhängt (zwei vollstreckt, darunter keine Grazer).<sup>183</sup>

Neben Maßnahmen zur Verfolgung der politischen Gegner von „links“ wie von „rechts“ setzte das faschistoide „Ständestaat“-Regime eine gezielte Erinnerungspolitik zur Machtstabilisierung ein. Ähnlich wie die Nationalsozialisten in Deutschland oder die Faschisten in Italien wurde dafür das Toten-(Helden-)Gedenken an den Ersten Weltkrieg weiter instrumentalisiert. Hinzu kamen aber drei weitere Motive: Erstens die gezielte Erinnerung an militärische Führer der Habsburgermonarchie; wie etwa die Errichtung des Tegetthoff-Denkmal 1935.<sup>184</sup> Zweitens, die Erinnerung an die bei den Februarkämpfen und dem NS-Putsch 1934 gefallenen Angehörigen der Sicherheitskräfte und der Heimwehren/des Heimatschutzes; wie etwa am Grazer Zentralfriedhof. Drittens die Erinnerung an Dollfuß; wie etwa in der am 25. Juli 1937 erfolgten Einweihung eines Denkmals am heutigen Opernring, der schon 1934 in Dollfußring umbenannt worden war.<sup>185</sup>

Ganz in diesen Rahmen passt ein ganzer Reigen anlässlich eines von höchsten politischen und militärischen Repräsentanten der Steiermark beehrten Veteranentreffens des III. Korps in Graz im Juni 1935 („Wiedersehensfeier“). Bürgermeister Schmid verfolgte mit seinem Entgegenkommen für die Veranstalter und gezielten Maßnahmen das Ziel, die Erinnerungspolitik in den Städtischen Raum einzuschreiben: „Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 7./6. d.J. mit Zl. aPr 602/35 beschlossen zur Erinnerung an den bedeutendsten österreichischen Heerführer im Weltkrieg 1914–18 die breite (äussere) Jakomini-Strasse in ‚Conrad von Hötzendorf-Strasse‘ umzube-

nennen.<sup>186</sup> Neben der Ehrung für den 1925 verstorbenen, unterdessen zum Symbol für die Wehrhaftigkeit des „Alten Österreichs“ aufgestiegenen, militärisch aber nicht unumstrittenen Generalstabschef des Ersten Weltkrieges, Franz Conrad von Hötzendorf, wurde der Schlossbergkai wieder in „Kaiser-Franz-Josef-Kai“ rück- und die Schulgasse zur Ehrung des Grazer Hausregiments (k.u.k. Infanterieregiment „Albert I. König der Belgier“ Nr. 27) in „Belgiergasse“ umbenannt. Am Mädchenlyzeum in der Sackstraße (heute GrazMuseum) wurde in diesem Rahmen eine Erinnerungstafel an Erzherzog Franz Ferdinand angebracht.<sup>187</sup>

Neben einer gezielten Geschichtspolitik galt es auch, über den Aufbau von Organisationsstrukturen die Bevölkerung zu erfassen. Am 20. Mai 1933 erfolgte die Gründung der Vaterländischen Front (VF), die als berufsständisch organisierte Vertretung für alle Österreicher anstatt der von den Parteien dominierten parlamentarischen Demokratie fungieren sollte. In der Steiermark stand sie anfänglich unter der Führung von Rintelen, und dementsprechend zäh ging ihr organisatorischer Aufbau voran. Erst mit der Übernahme der Geschäfte durch den Dollfuß-Vertrauten Alfons Gorbach im November 1933 und den immer restriktiveren Maßnahmen gegen die anderen Parteien, inklusive „Aufrufen“ an ganze Berufsgruppen zum Eintritt in die VF, verbesserte sich die organisatorische Struktur.<sup>188</sup> Doch einfach war die Situation für die VF von Anfang an nicht. Trotz eines überdimensional großen Verwaltungsapparates in Graz war die Mitgliederzahl sehr gering. Auch mit der Stimmung hatte man zu kämpfen, wie Gorbach in seinem Bericht für das erste Quartal 1934 darstellte:

„Die Stimmung im Lande ist in der vaterlandstreuen Bevölkerung sehr gut. Eine sehr scharfe und überall fühlbare Gegnerschaft steckt im nationalen Bürgertum und in der akademischen Intelligenz, wodurch auch ein grosser Teil der Jugend durchseucht ist. Man schliesst, dass ein Drittel der Bevölkerung in Graz und in den Städten und Märkten dieser gegnerischen Gruppe angehört.“<sup>189</sup>

Ein Stadt-Land-Gefälle, das die VF-Funktionäre noch einige Zeit begleiten sollte.

Mit dem „Frontgesetz“ vom Mai 1936 wurde die VF zur einzig zugelassenen politischen Partei/Bewegung in Österreich. Gemeinsam mit dem als ständestaatliches Auffangbecken für die Arbeiterschaft gegründeten Österreichischen Gewerkschaftsbund, den Mitgliedern des Bundesheers und der Wehrformationen hatte die VF 1937 in der Steiermark rund 350.000 Mitglieder. Als Massenpartei darf sie dennoch nicht verstanden werden, denn die meisten traten nur bei, um einen Arbeitsplatz zu bekommen oder abzusichern. Selbst interne Schätzungen von einzelnen steirischen Ortsgruppen gingen nur von einem Viertel der Mitglieder als „verlässlich vaterländisch“ oder neutral aus, ein Drittel sei „nicht verlässlich vaterländisch“, der Rest war „(scharf) braun“ oder „(scharf) rot“.<sup>190</sup> In Graz nahm beispielsweise im Frühjahr 1935 die Bezirksleitung von Geidorf (III. Bezirk) bei 9.500 Mitgliedern (22.280 Einwohner) von rund 15 Prozent der gesamten Bevölkerung an, „scharf nationalsozialistisch“, und bei 35 Prozent, „zu braun neigend“ eingestellt zu sein; für den Arbeiterbezirk Lend (IV. Bezirk) schätzten die zuständigen Stellen bei 7.500 Mitgliedern (36.000 Einwohner) 20 Prozent der Bevölkerung als „scharf nationalsozialistisch“ und 10 Prozent als „scharf rot“ ein.<sup>191</sup>

Für Schuschnigg wurden auch die Wehrverbände zum Problem, denn sie übten unvermindert Druck auf die politische Führung zu einer stärkeren faschistischen Ausrichtung aus. Nach ihrer zumindest offiziellen „Entmilitarisierung“ 1935 erfolgte die Auflösung des österreichweiten Heimwehrsammelbeckens 1936. Als Ersatz wurde im Mai die „Frontmiliz“ geschaffen.<sup>192</sup>

Die Maßnahmen zum Aufbau einer Einheitspartei und ihrer Vorfeldorganisationen zur Integration der linken Arbeiterschaft bedeuteten aber auch in Graz nicht, dass dadurch jeglicher linker Widerstand gebrochen worden wäre. Zwar verhedderten sich die Sozialdemokraten auch weiterhin in Konflikten um die „richtige Antwort“ auf die Ereignisse und Folgen des Jahres 1934: ältere, pragmatischere Sozialdemokraten setzten weiterhin auf Verhandlungen und Ausgleich, während die Jüngeren und Intellektuelle mit aktionistischen Maßnahmen einen Zweifrontenkrieg gegen beide Faschismen – „Ständestaat“ und Nationalsozialismus – präferierten.<sup>193</sup> Einige Sozialdemokraten wechselten auch zu den Kommunisten, die straffer organisiert waren und aufsehenerregendere Aktionen setzten.<sup>194</sup> Entscheidend für die Schwächung der Netzwerke im Großraum Graz war aber auch, dass 174 linke Steirerinnen und Steirer in den Spanischen Bürgerkrieg aufseiten der Republik zogen, da sie dort den wichtigsten Schauplatz im Kampf gegen den europäischen Faschismus sahen (und ein wenig Abenteuerlust war natürlich auch dabei).<sup>195</sup>

Die Niederschlagung des Juli-Putsches hatte für die NS-Organisationsstrukturen in der Steiermark wie auch in Graz stärkere Auswirkungen als das vorangegangene einjährige Betätigungsverbot. Die sich rasch wieder reorganisierenden Einrichtungen und Netzwerke versuchten durch informelle Kontakte Erleichterungen für Verhaftete zu erreichen und die VF zu unterwandern; unter den dabei aktiven war auch der Grazer Rechtsanwalt Julius Kaspar. Die NSDAP gab vorerst die Devise aus stillzuhalten. Adolf Hitler spielte auf Zeit und wollte durch gezielten außenpolitischen Druck die faschistoide „Ständestaat“-Diktatur zu Fall bringen. Dazu diente auch das Juli-Abkommen von 1936, mit dem Nationalsozialisten in politische Positionen eingebunden wurden. Die – neben der West-, Mittel-, Süd- und Südoststeiermark – für Graz zuständige SA-Brigade 5 (sie bestand aus zwei Standarten, einer Motorradstaffel, einem Stabssturm und einer Gliederung für die Studentenschaft) wurde zumindest einmal von der Polizei ausgehoben. Die dabei beschlagnahmten Dokumente legten die Konflikte über die Vorgangsweise innerhalb der SA offen. Die unter dem Kommando des späteren Gauleiters Sigfried Uiberreither stehende Brigade verfolgte eine eigene Strategie: Durch gezielte gewaltsame Provokationen der Polizei sollte ein Eingreifen NS-Deutschlands herbeigeführt werden.<sup>196</sup> Die Gewalt der Nationalsozialisten richtete sich unterdessen auch nach innen: Die Fememorde gingen weiter. Besonders spektakulär war die Ermordung von Leopold Kralik am Abend des 1. April 1936.<sup>197</sup> Auch an den Universitäten etablierten sich die nationalsozialistischen Studierenden über den Studentenbund und die nationalen Burschenschaften zunehmend. Propagandaveranstaltungen der VF und ihrer Studentenorganisationen wurden gezielt durch Lärmen und Singen von NS-Liedgut gestört.<sup>198</sup>

Ein Treffen des kommissarischen steirischen Gauleiters, Sepp Helfrich, mit dem im Juliabkommen 1936 als Verbindungsmann zu Hitler als Minister eingesetzten

Edmund Glaise-Horstenau mündete in die Bildung des „Volkspolitischen Referates“ innerhalb der VF als Integrationsbecken für die „nationale Opposition“<sup>199</sup>, wie die illegalen Nationalsozialisten genannt wurden. In der Steiermark übernahm Armin Dadiou dessen Führung.<sup>200</sup>

Das im März 1934 etablierte Provisorium der Gemeindeordnung wurde erst zwei Jahre später durch ein neues, dem Artikel 124 der „Maiverfassung“ entsprechendes Stadtrecht ersetzt: Das Gemeindestatut von 1936 sah einen deutlich erweiterten, der Verantwortung des Bürgermeisters unterstellten „eigenen Wirkungsbereich“ vor.<sup>201</sup> Anstelle des Gemeinderates wurde der ständisch beschickte Gemeindetag gestellt. Die Gemeindeangehörigen waren nur noch mittelbar über die beruflichen Stände und kulturellen Gemeinschaften an der Willensbildung beteiligt. Eine – zumindest teilweise – Wahl der Gemeindeorgane, wie selbst noch im provisorischen Gemeindestatut von 1850, war nicht mehr vorgesehen. Der Bürgermeister wurde vom Gemeindetag gewählt und vom Landeshauptmann bestätigt; er stand dem Gemeinderat (entspricht der Stadtregierung) vor, der aus fünf Mitgliedern bestand, darunter auch zwei Bürgermeisterstellvertreter. In der Gelöbnisformel des Bürgermeisters wurde die „Republik Österreich“ durch das „Vaterlande“ ersetzt, und sie endete nun mit „So wahr mir Gott helfe“ (§ 9 Abs 2). Bemerkenswert ist eine Beifügung in der Gelöbnisformel der Mitglieder des Gemeindetages: Neben dem Versprechen, das Mandat „uneigennützig, unparteiisch und mit voller Hingabe auszuüben“, musste auch „der deutsche Charakter der Stadt jederzeit“ gewahrt werden (§ 13 Abs 1).

Der Gemeindetag konstituierte sich am 30. Jänner 1937; auffällig bei der Zusammensetzung war ein massiver Überhang von Vertretern aus Gewerbe, Industrie und Handel, Beamten und Akademikern. Als Vertreter der Arbeiterschaft war lediglich Josef Krainer als Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte vertreten. Er wurde aber als Stadtrat und Bürgermeisterstellvertreter aufgewertet. Zweiter Bürgermeisterstellvertreter war der Hafnermeister Karl Lipp.<sup>202</sup> Damit war die Struktur des ständischen Prinzips, wenn auch auf Bundesebene nur rudimentär umgesetzt, auf kommunaler Ebene etabliert worden.<sup>203</sup>

Die wirtschaftliche Krise hatte sich immer noch nicht gelegt, im Gegenteil: die Sanierungen hatten Österreich volkswirtschaftlich – insbesondere im Vergleich zu NS-Deutschland – stark ins Hintertreffen gebracht. Die Arbeitslosenquote lag zur Mitte der 1930er-Jahre weiterhin bundesweit bei knapp unter 25 Prozent. Auch wenn einige große Infrastrukturprojekte gestartet wurden, waren Armut und Arbeitslosigkeit groß. Die Fürsorgepolitik verlagerte ihren Schwerpunkt von der Gesundheits- und Jugendfürsorge hin zur Erwachsenenfürsorge. Neue Abgaben zur Stabilisierung des Budgets, wie die Fahrradabgabe, bewirkten Proteststürme.<sup>204</sup> Lediglich die – sich bereits seit 1921 unter deutscher Eigentümerschaft befindliche – obersteirische Schwerindustrie konnte vom von NS-Deutschland ausgehenden Wirtschaftsaufschwung profitieren. Das kam der steirischen Wirtschaft zugute. Dieser Aufschwung wurde von der lokalen („illegalen“) NS-Propaganda auch ausgeschlachtet.<sup>205</sup> Massiv wirkte sich der Konjunkturerinbruch auf die Geburtenrate aus: Zwischen 1934 und 1939 wies die Stadtbevölkerung ein weiteres Geburtenminus von 6.361 aus, was auch mit dem Wanderungssaldo von 3.263 nicht ausgeglichen werden konnte.<sup>206</sup>

Nachdem nun über ein Jahrzehnt keine großen Lebensmittelversorgungsmaßnahmen notwendig gewesen waren, mussten diese ab 1930 wieder ergriffen werden: In Graz fanden etwa im Winter 1937/38 rund 8.100 Volksausspeisungen täglich [sic!] statt, bei denen in der gesamten Saison 931.090 Essensportionen an Erwachsene und Kinder ausgegeben wurden. Die Frustration aufgrund der nicht enden wollenden Misere, aber auch die psychologischen Folgen<sup>207</sup> erhöhten auch in Graz unter breiten Bevölkerungsschichten die Bereitschaft, sich den scheinbar erfolgreicherem, radikaleren Konzepten – wie insbesondere jenen der Nationalsozialisten – zuzuwenden.<sup>208</sup>

Trotz aller Versuche der faschistoiden „Ständestaat“-Diktatur, sich auf den verschiedenen Ebenen zu etablieren, gelang dies nicht. Eindrucksvoll schildert dies auch der VF-Landesführer Gorbach in einem dramatisch zu lesenden Lagebericht über die Situation in der Steiermark im Sommer 1937. Nachdem er vor allem die in der Obersteiermark über die Montan- und Schwerindustrie betriebene NS-Wirtschaftspolitik und -Propaganda beklagte, kommt Gorbach auf Graz zu sprechen:

„Die psychologischen Einflüsse [des Nationalsozialismus, Anm. d. A.] sind vor allem auf dem Gebiete des Antisemitismus', der als relativ harmloser Vorläufer des Nationalsozialismus' von vielen Menschen gar nicht richtig erkannt wird, in Graz so weit gediehen, daß dort der Antisemitismus schon nahezu wie in Deutschland als eine förmlich legale Einrichtung besteht. Zumindest wird in den bürgerlichen Grazer Kreisen jede Beziehung von Juden und Nichtjuden so genau registriert, daß es für Angehörige der bürgerlichen Stände kaum mehr tunlich ist, sich mit Juden in der Öffentlichkeit zu zeigen. Wer sich darüber hinwegsetzt, verfällt einfach dem Boykott und der Verachtung seiner Standesangehörigen und Bekannten und sonstigen stillen und öffentlichen Anfeindungen, welche ihm das Leben unerträglich machen. Als über die nazifreundliche Erscheinung des Antisemitismus hinausgehend und direkt gegen Oesterreich gerichtet ist das herausfordernde Vorgehen der Grazer Universitätsbehörden zu verzeichnen. Es ist an der Grazer Universität an der Tagesordnung, daß bei schriftlichen Behandlungen von Personalfragen ganz offen erklärt wird, dieser oder jener Stellenwerber könne nicht in Betracht gezogen werden, weil er durch seine Betätigung in der Vaterländischen Front politisch so stark exponiert sei, daß dies mit dem Geist des 11. Juli Abkommens [1936, Anm. d. A.] nicht mehr in Einklang gebracht werden könne. Diese geschilderten Zustände wirken sich sowohl bei den Arbeitern als auch in den steirischen Beamtenkreisen so zermürend aus, daß auch die patriotischen Elemente sich schließlich der Passivität der Wiener Zentralstellen anpassen und den Kampf für Oesterreich so einschränken, daß sie wenigstens einigermaßen unbehelligt leben können. [...] Angesichts dieser Feststellungen muß man vom österreichischen Standpunkt aus ob dieser Zustände in der Steiermark ernstlich besorgt sein, da dieselben, wenn nicht ehebaldigst zweckdienliche Gegenmaßnahmen einsetzen, zweifellos auf die benachbarten Bundesländer überzugreifen drohen.“<sup>209</sup>

## Die nationalsozialistische Machtaneignung in Graz, Februar/März 1938

Das für Schuschnigg dramatische Ergebnis, das aus den „Verhandlungen“ in Berchtesgaden am 12. Februar 1938 folgte, konnte nicht lange geheim gehalten werden. Am 15. Februar wurde zwar ein Kommuniqué in Berlin und Wien veröffentlicht, jedoch war tags darauf die wahre Dimension der nationalsozialistischen Erpressung offensichtlich geworden: Hitler hatte von Schuschnigg die freie Betätigung der Nationalsozialisten sowie die Aufnahme von Arthur Seyß-Inquart in die Bundesregierung als Innen- und Sicherheitsminister ultimativ gefordert und durchgesetzt.<sup>210</sup> Damit brachen bei den Nationalsozialisten in der Steiermark, die nicht den „evolutionären“ Weg der Machtergreifung wählten, sondern diese „revolutionär“, also über gewaltsame Mittel erreichen wollten, alle Dämme.

Die in Graz seit Anfang Februar laufende Propagandaoffensive mit Flugblättern und Übergriffen auf jüdische Geschäfte wurde am 19. Februar mit einer Massendemonstration „gekrönt“, bei der Tausende Nationalsozialisten mit Fackeln und Lieder singend durch die Stadt zogen. Kurzzeitig wurden am Rathaus sogar eine Hakenkreuz-Fahne gehisst und ein Hitler-Bild angebracht. Uiberreither, Vertreter des radikalen Weges, spielte eine entscheidende Rolle; ähnlich wie Julius Ringel, Leiter des Nationalsozialistischen Soldatenringes in der Steiermark. Die straff organisierten SA-Einheiten bildeten das Schlüsselement.<sup>211</sup> Nach eigenen Einschätzungen konnten sich die Nationalsozialisten in den städtischen Beamtenkreisen und jenen der Landesregierung auf „mindestens 70 Prozent“ Unterstützer verlassen.<sup>212</sup> Bezeichnenderweise trat sogar der seit 1930 als Magistratsdirektor fungierende Alexander Braun noch vor dem 12. März 1938 der NSDAP bei und konnte so seine Funktion weiterhin ausüben.<sup>213</sup>

Am 20. Februar, als Hitlers Rede vor dem Reichstag in Berlin auch erstmals in Österreich im Radio übertragen wurde, wiederholten sich die Großdemonstrationen in Graz unter SA-Führung (30.000–40.000 Teilnehmer) und anderen steirischen Orten.<sup>214</sup> Tags darauf wollte die Vaterländische Front mit einer Gegenveranstaltung den öffentlichen Raum in Graz wieder für sich zurückerobern.<sup>215</sup> Am 24. Februar sollte eine Rede Schuschniggs vom Rathaus aus übertragen werden. Die Nationalsozialisten riefen zu einer Großkundgebung und zur Beflaggung der Stadt auf. Tausende zogen direkt von einem Begräbnis eines SA-Mannes vom St. Peter Friedhof über den Freiheitsplatz zum Hauptplatz, störten die Übertragung durch Singen von NS-Liedern und erzwangen die Abschaltung der Lautsprecher. Wieder wurde das Aufziehen einer Hakenkreuzfahne am Rathaus gefordert, was nach Verhandlungen zwischen Landeshauptmann Stepan, Bürgermeister Schmid<sup>216</sup> und Dadieu auch tatsächlich erfolgte.<sup>217</sup> Stepan forderte tags darauf die Absetzung von Schmid als Bürgermeister, der dieser Forderung nach eigenen Angaben durch seinen Rücktritt zuvorkam.<sup>218</sup> Sogar international erhielten die Vorgänge in Graz mit Artikeln in der „New York Times“ oder der „London Times“ Aufmerksamkeit. – Graz und die Steiermark galten als „Hochburgen des Nazismus“.<sup>219</sup>

Seyß-Inquart – Vertreter und Garant des „evolutionären“ Weges – wurde von Schuschnigg aufgefordert, „seine Leute“ wieder unter Kontrolle zu bringen. In der Nacht vom 26. auf den 27. Februar war ein Fackelmarsch der Nationalsozialisten geplant. Bundesheer und zusätzliche Polizeieinheiten aus Wien und Niederösterreich

wurden nach Graz verlegt, sogar Flugzeuge kreisten über der Stadt und Maschinengewehrstellungen sollten die militärische Rückeroberung des öffentlichen Raumes unterstreichen.<sup>220</sup> Für den 27. Februar planten die Nationalsozialisten einen „Deutschen Tag“ in Graz, zu dem Zehntausende anreisen sollten. Die Regierung untersagte die Veranstaltung. Uiberreiter beharrte vorerst darauf; nach langen Verhandlungen konnte die Absage erreicht werden. Stattdessen organisierte der steirische VF-Obmann Gorbach eine Großkundgebung zur Unterstützung Schuschniggs und der Unabhängigkeit Österreichs, an der sogar prominente Arbeitervertreter teilnahmen. Dies erweckte jedoch wieder den Zorn der Nationalsozialisten, die nun die Ablöse Gorbachs forderten. Am 1. März setzten sie ein deutliches Zeichen: Anlässlich des Besuches von Innenminister Seyß-Inquart in Graz, bei dem er mit Gorbach und Dadiou zusammentraf und die steirischen Nationalsozialisten zu beruhigen versuchte, begann vor dem Haus von Dadiou in der Merangasse eine Großkundgebung mit anschließendem Fackelzug durch die Stadt. Seyß-Inquart soll dabei sogar selbst lange den eigentlich nicht offiziell erlaubten Hitler-Gruß vor den vorbeiziehenden SA-Männern gezeigt haben. Tags darauf bekräftigte er diese Position noch in einer Rede vor öffentlich Bediensteten. Schuschnigg, über dieses Vorgehen informiert, geriet in Rage. Ein britischer Journalist erklärte Graz bereits zur „Kolonie Nazideutschlands“.<sup>221</sup>

Armin Dadiou berichtet in seinen Erinnerungen vom Auflegen von Listen in „Ämter, Dienststellen und Betrieben“, „in welchen die Zugehörigkeit zur nationalen Opposition, vertreten durch das Volkspolitische Referat der Vaterländischen Front, durch Unterschrift bekundet werden konnte“.<sup>222</sup> Seit 23. Februar versuchte die Stadtverwaltung selbst wieder das Heft des Handelns an sich zu reißen. Den städtischen Beamten wurde die Teilnahme an den Schuschnigg-Reden während der Dienstzeit ermöglicht und in Runderlässen wurden sie daran erinnert, dass das Tragen von Hakenkreuzabzeichen auf öffentlichen Plätzen weiterhin verboten sowie jegliche politische Betätigung in der Dienstzeit jedenfalls zu unterlassen sei – die Dienststellen mussten die Kenntnisnahme dieser Erlasse von allen Beamten unterzeichnen lassen.<sup>223</sup>

Am 3. März wurde Landeshauptmann Stepan – weil er von Bürgermeister Schmid wegen des Hissens der Hakenkreuzfahnen den Rückzug gefordert hatte – durch Rudolph Trummer ersetzt. Am 7. März begannen Nationalsozialisten mit der Landesregierung über die Aufnahme von Vertretern ihrer Partei in die Landesregierung und auf Schlüsselstellen der Polizei zu verhandeln.<sup>224</sup>

Mit der Absetzung – beziehungsweise „Beurlaubung“ – Schmidts am 25. Februar hatte die Stadt keine offizielle oberste Vertretung. Die Hintergründe sind bis heute unklar, die Quellenlage dazu dünn und widersprüchlich.<sup>225</sup> Der Schriftverkehr der Stadtverwaltung weist darauf hin, dass Josef Krainer als „geschäftsführender Bürgermeister-Stellvertreter“ ein Provisorium errichtete.<sup>226</sup> Vermutlich konnten sich die Vertreter der Landesregierung in den Gesprächen mit den Nationalsozialisten („Volkspolitisches Referat“), die bei der Besetzung von Ämtern ein zunehmend gewichtiges Wort mitsprachen, nicht einigen. Es steht die Frage im Raum, ob die in Graz überproportional stark vertretenen Anhänger der radikalen „revolutionären“ Strategie hofften, nicht nur einen Zwischenkandidaten aus dem Umfeld des „Volkspolitischen Referates“, sondern eventuell sogar einen offen deklarierten Nationalsozialisten als

Kandidaten durchzubringen.<sup>227</sup> Jedenfalls war die Grazer Stadtverwaltung damit in einem Machtvakuum gefangen, das den Nationalsozialisten im öffentlichen Raum viel Platz ließ. Ein Bericht von zwei Sturmkorps-Angehörigen Anfang März an das Wiener Generalsekretariat der Vaterländischen Front zeichnet ein dramatisches Bild von der steirischen Landeshauptstadt: „Es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, dass man froh sein muss, wenn man unter 100 Leuten 5 trifft, die kein Hackenkreuz tragen. Sämtliche Lokale, Gast- und Kaffeehäuser sind von Nationalsozialisten besetzt. Der Gruss ‚Heil Hitler‘ wird in Graz genau so gehandhabt, wie anders wo ‚Guten Tag‘.“<sup>228</sup>

Laut Schuschnigg reifte in ihm aufgrund der Ereignisse in Graz und der Steiermark Anfang März der Entschluss, den Ausweg über eine Volksbefragung über „ein freies und deutsches, unabhängiges, soziales, für ein christliches und einiges Österreich“ zu suchen.<sup>229</sup> Am 9. März verkündete er diese Befragung, die am 13. März stattfinden sollte. Die österreichischen Nationalsozialisten reagierten nervös und aggressiv darauf, denn sie fürchteten ein Präjudiz. In Graz erwogen sie sogar Möglichkeiten zur Verhinderung der Durchführung der Abstimmung.<sup>230</sup>

Am 11. März kündigte Dadiou in Graz an, dass die Machtübernahme kurz bevorstehe. Die Geschäfte schlossen an diesem Tag um 12 Uhr. Zahlreiche Häuser in der Stadt wurden beflaggt, SA und SS marschierten auf, jedoch griffen Militär und Polizei nicht mehr ein. Als am Abend Schuschnigg zurücktrat, wurde dies in Graz von Nationalsozialisten gefeiert. Landeshauptmann Trummer legte sein Amt zurück und Sepp Helfrich – illegaler Gauleiter der Steiermark – trat an seine Stelle; Dadiou wurde Landesstatthalter. Kaspar trat am 12. März sein Amt an und versprach in seiner Antrittsrede „Brot und Arbeit für alle Grazer“.<sup>231</sup> Damit waren, bevor noch ein deutscher Soldat seinen Fuß in die Steiermark setzte, die Schlüsselpositionen der Stadt- und der Landesverwaltung nationalsozialistisch.<sup>232</sup>

Bereits am 14. März wurde der „ständische“ Gemeindegtag offiziell aufgelöst, am 17. März die Beamtenschaft auf Adolf Hitler vereidigt<sup>233</sup> und sofort mit deren „Säuberung“ begonnen.<sup>234</sup> Der neue kommissarische, erst 1939 auch bestätigte Oberbürgermeister Kaspar konnte sein Amt, was nicht immer der Normalfall war, ununterbrochen bis zum 8. Mai 1945 ausführen. Wie er selbst angab, war er seit 1. Jänner 1934 illegales NSDAP-Mitglied und gehörte seit April 1936 der SS an. Während der „Verbotszeit“ setzte er sich nach eigenen Angaben für 350 Parteigenossen vor Gerichts- und Verwaltungsbehörden ein.<sup>235</sup>

In den Morgenstunden des 12. März begann der Einmarsch der deutschen Truppen nach Österreich.<sup>236</sup> Auf organisierten Widerstand stieß die Wehrmacht nirgends, vielmehr wurde sie mehr durch logistische Schwierigkeiten und jubelnde Menschen behindert. Am 13. März landeten Fallschirmjäger des Regiments „General Göring“ am Flughafen Thalerhof, tags darauf trafen die ersten motorisierten Aufklärungseinheiten unter Jubel in Graz ein. Als reguläre Truppen kam am 19. März das Gebirgsjägerregiment Nr. 99 in Graz an und blieb bis Ende Mai hier. Auf den bis heute überlieferten Jubelbildern – für Graz von Hanns Wagula eingefangen und zu einem Propagandafilm montiert – nicht zu sehen sind diejenigen, deren Verfolgung sofort begann: in erster Linie die jüdischen Bürger von Graz, die sich in ihren Wohnungen versteckten und die in den März-Tagen von Drangsalierungen und „wildem Arisierung“ betroffen

waren;<sup>237</sup> weiters Roma und Sinti, Kommunisten, Sozialdemokraten und andere, die sich als NS-Kritiker bemerkbar gemacht hatten. Auch die lokalen Vertreter des faschistoiden „Ständestaat“-Regimes wurden verhaftet oder unter Hausarrest gestellt, wie die beiden abgesetzten Landeshauptmänner Stepan und Trummer, Gorbach oder Franz Zelburg (Sicherheitsdirektor für die Steiermark 1936–38); sogar Fürstbischof Ferdinand Stanislaus Pawlikowski wurde – als einziger Bischof im deutschen Sprachraum – für 24 Stunden festgehalten.<sup>238</sup>

Noch im Frühjahr und Sommer wurden Rüstungsaufträge öffentlichkeitswirksam an Grazer Industriebetriebe vergeben beziehungsweise der Start von städtischen Infrastrukturprojekten in Angriff genommen. Die „Volksabstimmung“ am 10. April brachte auch aufgrund der bereits einsetzenden Terror- und Zwangsmaßnahmen die erwartbaren 99,7 Prozent Zustimmung. Im Juli wurde Graz der Titel „Stadt der Volkshebung“ propagandawirksam verliehen. Mit 1. Oktober 1938 wurde die Deutsche Gemeindeordnung in der „Ostmark“ und damit auch in Graz in Kraft gesetzt.<sup>239</sup>

Bereits im Juni begann Kaspar mit den Vorarbeiten zur Eingemeindung der Umgebungsgemeinden: „Damals [1928] ist die Verwirklichung von Gross-Graz vor allem aus parteipolitischen und wahlgeometrischen Gründen gescheitert. Im Dritten Reich fallen diese Gründe weg und kann nunmehr das Problem Gross-Graz durch Eingemeindung der Umgebungsgemeinden ohne Voreingenommenheit neuerlich zur Beratung gestellt werden.“ Für 23. Juni wurden alle betroffenen Gemeinden zu einer Besprechung eingeladen, vorab sollten sie die Jahresabschlüsse 1936 und 1937 sowie den Haushaltsplan 1938 übermitteln.<sup>240</sup> Per 30. September wurde die Eingemeindung der ehemaligen Vororte verordnet, am 28. Oktober erfolgte die formelle Übernahme.<sup>241</sup>

Was mit führenden Stadtpolitikern wie Muchitsch oder Schmid geschah, ist untermessen noch nicht genauer erforscht. Muchitsch selbst – in der Bevölkerung auch nach 1938 sehr beliebt –, konnte seinen Lebensabend in Graz weitgehend unbehelligt jedoch völlig zurückgezogen verbringen. Er verstarb am 18. September 1942. Bei seinem Begräbnis hielt Kaspar eine Grabrede.<sup>242</sup>

## Schluss und Ausblick

Die Frage nach Kontinuitäten innerhalb der Jahrzehnte zwischen 1918 und 1938 beziehungsweise zwischen dem späten 19. Jahrhundert und der NS-Zeit war eine der Ausgangspunkte dieser Untersuchung. Einige Elemente von langer Dauer sind eminent: Zum einen ist es der deutschnationale Grundkonsens, der von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts – sicherlich in unterschiedlichen Ausprägungen und Nuancen („Konjunkturen“) – für Graz postuliert werden kann. Auch im „Roten Graz“ hatte die Stadt einen prononcierten Befürworter eines Anschlusses an ein demokratisches Deutschland als obersten städtischen Repräsentanten. Leider kann aufgrund der Quellenlage wenig zu Muchitschs Positionierung zu dieser Frage für die Zeit ab der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland ab 1933, nach seiner eigenen politischen Ausschaltung nach dem Februar 1934 beziehungsweise nach dem „Anschluss“ an das NS-Regime gesagt werden.

Die eingangs postulierte latente militärische Gewalterfahrung konnte in Form von Drohungen, aber auch in konkreter Gewaltausübung innerhalb des Stadtgebietes über den gesamten Zeitraum beobachtet werden: Als Beispiele seien etwa die Murvorplatzproteste 1919, die Machtdemonstrationen durch Aufmärsche paramilitärischer Organisationen, die physischen Angriffe bei Parteiveranstaltungen, der Putschversuch von Pfrimer 1931, der sozialdemokratische Aufstand im Februar und der NS-Putschversuch im Juli 1934 oder die nationalsozialistische Gewalt durch Anschläge und Fememorde in der ersten Hälfte der 1930er-Jahre angeführt.<sup>243</sup> Einen Bruch zur parteipolitischen Konnotation dieser latenten Gewalterfahrung stellten die Lebensmittel- beziehungsweise sozialpolitischen Unruhen im Juni 1920 dar („Kirschenrummel“). Gewalt war offensichtlich als politisches Lösungsmittel, sei es in einer offensiven oder defensiven Ausrichtung, omnipräsent. Gewaltlose Mittel wurden zwar immer wieder beschworen, ein expliziter Pazifismus blieb aber marginalisiert.

Als Kontinuität, wenn auch mit konjunkturellen Schwankungen verbunden, können Hunger und Obdachlosigkeit als systemimmanente, indirekte Gewalterfahrung definiert werden: Seit 1914 bis in die frühen 1950er-Jahre gehörte der tägliche Überlebenskampf für große Teile der Bevölkerung des Grazer Stadtgebietes zum Alltag. Für den gesamten Zeitraum betraf dies insbesondere große Teile der Arbeiterschaft, die im Speziellen von den Auswirkungen der makroökonomischen Rahmenbedingungen betroffen waren. Damit in enger Verbindung standen Krankheit und Tod, aber auch Kriminalität, Auswanderung oder Prostitution. Körperliches Leid, Verlust von Angehörigen durch Tod oder die Folgen der Beeinträchtigung der körperlichen Integrität von Familienmitgliedern oder Freunden prägten über Jahrzehnte hinweg alle Lebensbereiche. – Der Einfluss dieser Gewalterfahrung darf für die individuellen Biografien, aber auch für die gesellschaftlichen Diskurse nicht unterschätzt werden.

Die Frage nach Brüchen, und an welchen Daten diese festmachbar sind, ist für Graz zwischen 1918 und 1938 nicht einfach beantwortbar. Jedenfalls können makrohistorische Eckdaten nicht einfach analogisiert werden. Zwar stellten die Vorgänge im Oktober/November 1918, vom 12. bis 15. Februar 1934 und vom Februar/März 1938 auch in Graz revolutionäre Vorgänge dar, die mit Massenbewegungen im öffentlichen Raum, zum Teil auch mit Waffengewalt, und einer gleichzeitigen Elitentransformation einhergingen, jedoch waren diese kurzen Phasen nicht immer mit einer sofortigen Wirkung verbunden, sodass immer eindeutig von einem „Bruch“ gesprochen werden könnte:

1. Der Übergang von der Monarchie zur Republik war auf kommunaler Ebene ein mehrmonatiger, demokratischer Übergang. Dessen einziges Blutvergießen, die Vorgänge am Murvorplatz im Februar 1919, hatte weniger eine revolutionäre Zielrichtung – sie stellten vielmehr einen Sozialprotest dar, der insbesondere von Kriegsheimkehrern ausging, von einzelnen kommunistischen Funktionären befeuert und in Kombination mit dem „Versagen“ von Teilen der lokalen, offensichtlich überforderten, provisorischen Sicherheitskräfte (vor allem Studentenwehren) eskaliert wurde. Die in Wien beschlossenen republikanischen Grundsätze wurden

schrittweise bis auf kommunale Ebene hinab dekliniert und fanden in der Wahl von Muchitsch als neuem Bürgermeister im Juni 1919 ihr finales Ergebnis. Der Großteil der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Eliten blieb unangetastet, tauschte in einzelnen Fällen lediglich die Funktionen.

2. Der Februar 1934 hatte Todesopfer in den Tagen des Umbruchs zur Folge und unzählige Verhaftungen und Internierungen sowie eine vollständige Entfernung der Sozialdemokratie; die christlichsozialen Funktionäre blieben und übernahmen die Gesamtkontrolle – also nur ein „halber“ Bruch der Eliten. Die für die bundespolitische Ebene so charakteristischen Schritte zum Aufbau eines autoritären Regimes ab März 1933 spiegeln sich im Grazer Rathaus nicht in diesem Ausmaß wider, sondern wurden erst nach dem Februar 1934 in der Phase der provisorischen „Ständestadt“ bis zum neuen Statut von 1936 nachgeholt. Die sozialdemokratische Stadtregierung konnte das gesamte Jahr 1933 noch in ihren Ämtern verbleiben, jedoch gelangen in dieser Phase kaum noch überparteiliche Kompromisse und an ein produktives Arbeiten war nicht mehr zu denken.
3. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte in Graz nicht nur durch ihre schon vor dem 12. März 1938 erfolgte Destabilisierung und Unterwanderung der „ständischen“ Stadtverwaltung, sondern auch durch die Besetzung des öffentlichen Raumes (vor allem der Universität und der Hochschule sowie der Schulen) ein besonderes Gesicht. Sie ist damit, und aufgrund der Geschwindigkeit, mit der sie in den Tagen nach dem 12. März umgesetzt wurde, als offensichtlichster systematischer Bruch einzustufen.

Nach all dem bisher „Geschriebenen“, was lässt sich bisher noch nicht „sagen“? Auch wenn die Ereignisse Anfang 1938 und ihre Vorgeschichte immer mehr an Deutlichkeit gewinnen, noch sind viele Bereiche als stadthistorisches Forschungsdesiderat anzusehen. Etwa die Frage, wie es den Nationalsozialisten gelingen konnte, sich zwischen 1933 und Ende 1937 derart machtvoll zu organisieren, dass sie im Februar und März 1938 innerhalb kurzer Zeit Tausende zu Demonstrationen mobilisieren konnte. Dies ist deshalb so brisant, da in den 1920er-Jahren die Steiermark eigentlich nicht als besonders nationalsozialistisch anzusehen war. In Graz hatte die NSDAP zwischen 1924 und 1929 sogar einen Rückgang bei ihren Wählern zu verzeichnen und auch die Beteiligung am Juli-Putsch 1934 war in Graz nicht besonders stark.<sup>244</sup> Das Bündnis zwischen Heimatschutz und Nationalsozialisten war für Graz nur eingeschränkt relevant, da der Heimatschutz hier kein Massenphänomen war. Dadiu deutete in seinen Erinnerungen an, dass es den Nationalsozialisten gelungen war, das deutschnationale Bürgertum für sich zu gewinnen.<sup>245</sup> Das Infiltrieren des dementsprechenden Vereins-, Studenten- und Volkskulturwesens sowie der Beamtenschaft spielte dabei offensichtlich eine entscheidende Rolle. Auch scheint das Ausschalten der demokratischen Partizipation und der rechtsstaatlichen Prinzipien nicht förderlich für das auf kommunaler Ebene so charakteristische und wichtige Prinzip der Einbindung gewesen zu sein. Zwar wurde unter den Vorzeichen der „ständischen Stadt“ versucht, Arbeiter und Deutschnationale zu integrieren, doch war die bürgerliche Dominanz so erdrückend, dass auch die Wahl des einzigen Arbeitervertreters im Gemeindegang zum Bürger-

meisterstellvertreter dieses offensichtliche Ungleichgewicht nicht ausgleichen konnte. Auch die in letzter Sekunde betriebenen Versuche, Arbeitervertreter zur offenen Teilnahme an Propaganda-Veranstaltungen der VF zu motivieren, waren nicht mehr von besonderem Erfolg gekrönt.

In welchem Verhältnis standen die Ereignisse zu jenen in anderen vergleichbaren Städten? Dies bringt uns wieder dazu, dass bisher kaum mikrohistorische Untersuchungen zum faschistoiden „Ständestaat“ vorliegen<sup>246</sup> und damit einen Vergleich über verschiedene österreichische Regionen und Städte hinweg erlauben würden. Dies gäbe uns mehr Einblick in die tatsächliche Fundierung des Dollfuß-/Schuschnigg-Regimes. Sehr deutlich kommt im vorliegenden Beitrag jedoch hervor, dass das Regime lokal auf einen starken Bürgermeister setzte, der mit relativ großen Freiheiten innerhalb des neuen „ständischen“ Rahmens autoritär regierte und dafür wechselnde Bündnisse einging.

Noch zu wenig untersucht ist auch, wie sich die „Ständestadt“ gegenüber dem Deutschnationalismus unter dem Kontext des „neuen“, wenn auch „deutschen“ Österreich-Bewusstseins positionierte. Eine vor allem für Graz eminent wichtige Fragestellung, denn die großdeutsche Orientierung zählte zu den Konstanten der Grazer Kommunalpolitik. Deutschnationale Organisationen, die in ihrer Mehrheit auch einen antimarxistischen, antisemitischen und völkischen Kurs verfolgten, bildeten offensichtlich die Basis, auf der die Nationalsozialisten aufsetzen konnten. Fraglich ist aber, wie die seit 1919 zur politischen Elite der Stadt aufgestiegenen Sozialdemokraten, und hier insbesondere die aus ihren Reihen kommenden städtischen Beamten und Arbeiter, darauf reagierten: Schlossen sie sich den Nationalsozialisten an, oder gingen sie mit ihnen ein Zweckbündnis ein, um endlich den auch unter ihnen weiterhin befürworteten Anschluss an Deutschland und gleichzeitig das Ende des von beiden verhassten „Klerikalfaschismus“ zu erreichen? Damit stünden wir aber vor der Aufgabe zu entschlüsseln, wie der Ausgleich zwischen zumindest Teilen der vormalig sozialdemokratischen Arbeiterschaft und den deutschnationalen Bürgerlichen gelang, gerade in einer Stadt, in der sich diese beiden Blöcke seit Jahrzehnten diametral gegenüberstanden? Bildeten die Bündnisse, die 1917 zum Sturz des Regierungskommissärs und im Oktober/November 1918 im „Wohlfahrtsausschuss“ eingegangen wurden, gar die Blaupause für ein neues Bündnis ab 1934? Auch im Sinne des Verständnisses des „österreichischen Weges“ in den Nationalsozialismus kann eine nähere Untersuchung dieser Fragen auf mikrohistorischer Ebene durchaus erkenntnisreich ausfallen, wenn auch die spezifischen kommunalen Kontexte immer berücksichtigt werden müssen und relativierend wirken.<sup>247</sup>

- 1 Dieser kulturanthropologische Ansatz wurde ab den 1970er-Jahren als neue Alltags- und Sozialgeschichte entwickelt: Hans MEDICK: Mikro-Historie, in: Winfried SCHULZE (Hg.): Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie, Göttingen 1994, 40–53.
- 2 Wie im Sinne von Fernand Braudels verschiedenen Zeitebenen „longue durée“ (lange Dauer, Strukturen), „moyenne durée“ (mittlere Dauer, Konjunkturen) und „événement“ (Ereignis): Fernand BRAUDEL: Geschichte und Sozialwissenschaften. Die longue durée, in: Marc BLOCH et al. (Hgg.): Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zu einer systematischen Aneignung historischer Prozesse, Frankfurt am Main 1977, 47–85.
- 3 Siehe dazu insbesondere die Arbeiten von Ernst Langthaler, der diese theoretische Konzeption vorwiegend an dörflichen/ländlichen Strukturen erarbeitet hat: Ernst LANGTHALER, Vom Behälter zum Netzwerk? Raum in mikrohistorischer Perspektive, in: Ewald HIEBL, Ernst LANGTHALER (Hgg.): Im Kleinen das Große suchen, Innsbruck/Wien 2012, 57–68.
- 4 Entgegen der historiografischen Aufarbeitung der Zwischenkriegszeit sind die Jahre 1914 bis 1918 für Graz und die Steiermark noch weitgehend als Desiderat anzusehen. An dieser Stelle sollen und können deshalb nur einige Aspekte der Folgen des Ersten Weltkrieges für die Stadt herausgearbeitet werden, siehe unter anderem: Alfred ABLEITINGER: Unentwegt Krise. Politisch-soziale Ressentiments, Konflikte und Kooperationen in der Politik der Steiermark 1918 bis 1933/34, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, TB 1, Wien/Köln/Weimar 2015, 21–176, hier: 23–33; Hannes LEIDINGER: Der Untergang der Habsburgermonarchie, Innsbruck/Wien 2017, 353–358; Martin MOLL: Die Steiermark im Ersten Weltkrieg. Der Kampf des Hinterlandes ums Überleben 1914–1918, Wien/Graz/Klagenfurt 2014; Bernhard THONHOFER: Graz 1914. Der Volkskrieg auf der Straße, Wien/Köln/Weimar 2018.
- 5 Siehe im Detail dazu auch: Peter SCHINTLER: Die Stadt Graz. Politische Geschichte und öffentliche Wahrnehmung von 1885 bis 1914. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2014.
- 6 Mit den geschlechtsspezifischen Aspekten herausgearbeitet in: Heidrun ZETTELBAUER: „Die Liebe sei Euer Heldentum“. Geschlecht und Nation in völkischen Vereinen der Habsburgermonarchie, Frankfurt am Main 2005.
- 7 Gerald LAMPRECHT: Fremd in der eigenen Stadt. Die moderne jüdische Gemeinde von Graz vor dem Ersten Weltkrieg, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 223–228. Dies entspricht zum Teil der europaweiten Entwicklung des Nationalismuskurses: Eric J. HOBSBAWM: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt am Main 2005, 143–145.
- 8 MOLL: Die Steiermark im Ersten Weltkrieg, 85–115. Tatsächlich begann noch 1918 die neue, legitimierte Gemeindevertretung mit dem selbstständigen Aufbringen von Lebensmitteln am Schwarzmarkt in der Untersteiermark: Franz Christian WEBER: „Wir wollen nicht hilflos zu Grunde gehen!“ Zur Ernährungskrise der Steiermark im Ersten Weltkrieg und ihren politisch-sozialen Auswirkungen, in: Blätter für Heimatkunde, Jg. 74, H. 3, Graz 2000, 96–131, hier: 116.
- 9 Martin MOLL: Kein Burgfriede. Der deutsch-slowenische Nationalitätenkonflikt in der Steiermark 1900–1918, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 427–431.
- 10 THONHOFER: Graz 1914, 448–452.
- 11 Wolfram DORNIK: Verwaltung des Mangels. Die österreichisch(-ungarisch)en Kriegszentralen 1914–1918, in: Gerald SCHÖPFER, Barbara STELZL-MARX (Hgg.): Wirtschaft. Macht. Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert, Graz 2012, 261–274, hier: 262–264; WEBER, „Wir wollen nicht hilflos zu Grunde gehen!“, 98–104.
- 12 Meinhard BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz. Bd. 1. Lebensraum – Stadt – Verwaltung, Graz 2003, 215–310, hier: 243–245; Heimo HALBRAINER: Die KPÖ in Graz 1918/19, in: Manfred MUGRAUER (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 2009, 61–93, hier: 61f.; MOLL: Die Steiermark im Ersten Weltkrieg, 134f.; WEBER, „Wir wollen nicht hilflos zu Grunde gehen!“, 116–125.
- 13 Georg HOFFMANN, Nicole-Melanie GOLL, Philipp LESIAK: Thalerhof 1914–1936. Die Geschichte eines vergessenen Lagers und seine Opfer, Herne 2010.
- 14 BRUNNER: Allgemeine politische und sozia-

- le Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 243; MOLL: Die Steiermark im Ersten Weltkrieg, 62–82.
- 15 Siehe dazu im Detail: LEIDINGER: Der Untergang der Habsburgermonarchie.
- 16 Gerhard BOTZ: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983, 22–36; LEIDINGER: Der Untergang der Habsburgermonarchie, 280–290; Wolfgang MADERTHNER: Die eigenartige Größe der Beschränkung. Österreichs Revolution im mitteleuropäischen Spannungsfeld, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHNER (Hgg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 1, Wien 2008, 187–206.
- 17 Siehe die Sanitätswochenberichte der Monate Oktober–Dezember 1918, veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Graz.
- 18 Thomas HÖRZER: Die Spanische Grippe in der Steiermark. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2010.
- 19 Stenographischer Bericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag den 10. Oktober 1918, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz, 20.10.1918, 658.
- 20 Ebenda, 657.
- 21 Robert HINTEREGGER: Graz zwischen Wohlfahrtsausschuss und Räteherrschaft, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 7/8, Graz 1975, 213–239, hier: 217–220.
- 22 HINTEREGGER: Graz zwischen Wohlfahrtsausschuss und Räteherrschaft, 221f.
- 23 Stadtarchiv Graz (StAG), Archive der Stadt Graz, Gemeindevertretungskörper, Gemeinderat, Gemeinderatsprotokolle, Verhandlungsschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz, 28.10.1918, 2.
- 24 ABLEITINGER: Unentwegt Krise, 34–40.
- 25 Ebenda, 34–42.
- 26 Stenographischer Bericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag den 14. November 1918, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 30.11.1918, 716.
- 27 Ebenda, 719f. Siehe dazu im Detail: Matthias HOLZER: Vom Franzensplatz zum Freiheitsplatz. Vom Franz-Josephs-Platz zum Hauptplatz: Platz(um-)benennungen im Vergleich zwischen Graz und Linz. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2017.
- 28 ABLEITINGER: Unentwegt Krise, 44f.
- 29 Das Bürgerkorps wurde Anfang des Jahres 1919 in die Volkswehr übernommen, mit November 1919 erfolgte die Auflösung: Gerhard MARAUSCHEK: Das Grazer Bürgerkorps, in: Das Grazer Bürgerkorps, Graz [1978], 7–50, hier: 38; Hans WALLNER: 725 Jahre Privilegiertes Uniformiertes Grazer Bürgerkorps, Graz 2005, [28f.].
- 30 ABLEITINGER: Unentwegt Krise, 36.
- 31 M. Christian ORTNER: Von der Volkswehr zum Bundesheer 1918–1938, in: Stefan KARNER (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938, Innsbruck/Wien/Bozen 2017, 129–133.
- 32 ABLEITINGER: Unentwegt Krise, 45f.
- 33 HINTEREGGER: Graz zwischen Wohlfahrtsausschuss und Räteherrschaft, 225.
- 34 StAG, Amtsdruckschriften, Gesetzentwurf betreffend die Erlassung einer neuen Gemeindegewahlordnung und die Abänderung einiger Bestimmungen der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Graz, 1919 (Zl. Präs. 607-2-1919).
- 35 StAG, Amtsdruckschriften, Gemeinde-Ordnung für die Landeshauptstadt Graz 1932.
- 36 Hans HAUTMANN: Die KPÖ in der österreichischen Revolution 1918/19, in: Manfred MUGRAUER (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 2009, 9–16.
- 37 Siehe etwa auch den Beitrag von Reinhard Müller in diesem Band.
- 38 Siehe dazu im Detail: Hannes LEIDINGER, Verena MORITZ: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920, Wien/Köln/Weimar 2003.
- 39 Zitiert nach: HALBRAINER: Die KPÖ in Graz 1918/19, 64.
- 40 LEIDINGER, MORITZ: Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr, 569–571; HALBRAINER: Die KPÖ in Graz 1918/19, 62–65.
- 41 Letztlich wurden alle 22 KP-Funktionäre freigelassen, eine strafrechtlich verfolgbare Schuld konnte niemandem angelastet werden. HINTEREGGER: Graz zwischen Wohlfahrtsausschuss und Räteherrschaft, 231–233; HALBRAINER: Die KPÖ in Graz 1918/19, 67–69.
- 42 Ebenda, 64.
- 43 ABLEITINGER: Unentwegt Krise, 61.

- 44 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 251f.
- 45 Stenographischer Bericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag, den 8. Mai 1919, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 20.5.1919, 296f. Zu den wichtigsten Wahlkampfpositionen siehe: Eva WAGNER: Die Grazer Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 31, Graz 2001, 331–368, hier: 339f.
- 46 Gerhard MARAUSCHEK: Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Graz 1784 bis 2003, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz. Bd. 1: Lebensraum – Stadt – Verwaltung, Graz 2003, 189–214, hier: 205f.; Eva WAGNER: Die Entwicklung des Grazer Stadtstatutes von 1918 bis 1938. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 1997, 17–19; WAGNER: Die Grazer Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, 336–338.
- 47 Der Grund für diese eklatant niedrige Wahlbeteiligung ist bisher noch nicht konkret erforscht: ob es an den kommunistischen Boykottaufrufen lag oder den seit Oktober häufigen Wahlen (Ergänzungswahlen im Oktober 1918 und Nationalratswahlen im Februar 1919) oder der schlechten Wahlkundmachung und -vorbereitung durch die Kommunalverwaltung oder an der Dominanz der überregionalen Themen (Besitzverteilung, demokratisches System, Anschluss an Deutschland, Grenzziehung zur Untersteiermark etc.) wurde bisher noch nicht überzeugend ausgearbeitet. Ein höheres Potenzial war grundsätzlich da, denn bei den gleichzeitig abgehaltenen Landtagswahlen nahmen 70 Prozent im (natürlich nicht deckungsgleichen) Wahlkreis Graz-Umgebung von ihrem Wahlrecht Gebrauch.
- 48 Warum Murchitsch, eigentlich an zwölfter Stelle der Sozialdemokratischen Liste, und nicht Anton Afritsch als Spitzenkandidat zum Bürgermeister gewählt wurde, ist bis heute nicht klar.
- 49 Eigene Berechnungen auf Basis der veröffentlichten Ergebnisse der Wahlbehörden: Abschluß des Ermittlungsverfahrens für die Landtagswahlen, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 31.5.1919, 323; Abschluß des Ermittlungsverfahrens für die Gemeinderatswahlen, in: ebenda, 323f. Siehe auch: WAGNER: Die Grazer Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, 342.
- 50 Stenographischer Bericht über die konstituierend Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz, 13.6.1919, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 30.6.1919, 334f.
- 51 Zur Außenpolitik „Deutschösterreichs“ 1918/19 siehe: Ernst HANISCH: Im Zeichen von Otto Bauer. Deutschösterreichs Außenpolitik in den Jahren 1918 bis 1919, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHANER (Hgg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 1, Wien 2008, 207–222, hier: 222.
- 52 Stenographischer Bericht über die konstituierende Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz, 13.6.1919, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 30.6.1919, 335f.
- 53 Allgemein zu den Christlichsozialen und dem „nationalen Lager“ in Österreich vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1920er-Jahre: Anton STAUDINGER: Christlichsoziale Partei, in: Erika WEINZIERL, Kurt SKALNIK (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz/Wien/Köln 1983, 249–276; Adam WANDRUSZKA: Das „nationale Lager“, in: ebenda, 277–315; sowie neuer: Robert KRIECHBAUMER: Die Christlichsoziale Partei 1918 bis 1933/34, in: Stefan KARNER (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938, Innsbruck/Wien/Bozen 2017, 137–145; Martin MOLL: Das nationale Lager, in: ebenda, 183–192.
- 54 Edith MARKO-STÖCKL: Parteien und Wahlrecht in Graz um 1900, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 27/28, Graz 1998, 13–26, hier: 14–21. Zur Dominanz der deutschnationalen Parteien in den Steirischen Städten, siehe auch: MOLL: Kein Burgfriede, 72–80.
- 55 Siehe dazu etwa: Heidrun ZETTELBAUER: Antisemitismus und Deutschnationalismus. Von Prozessen der Ausdifferenzierung zu Strategien der Homogenisierung am Beispiel deutschnational-völkischer Frauenvereine, in: Heimo HALBRAINER, Gerald LAMPRECHT, Ursula MINDLER (Hgg.): NS-Herrschaft in der Steiermark. Positionen und Diskurse, Wien/Köln/Weimar 2012, 63–86.
- 56 Alois KERNBAUER: Wissenschaft – Universität, Hochschulen, Forschungsinstitutionen, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, TB 2, Wien/Köln/Weimar 2015, 293–323, hier: 296–298.

- 57 Christian NEUBACHER: Die Deutschdemokratische Partei in der Steiermark. Ungedruckte Diplomarbeit, Wien 2011, 17–29.
- 58 Ebenda, 60–63.
- 59 WAGNER: Die Grazer Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, 345, FN 94.
- 60 Zitiert nach ebenda, 338.
- 61 NEUBACHER: Die Deutschdemokratische Partei in der Steiermark, 55–57 und 88.
- 62 Die Christlichsozialen waren erst ab 1913 im Gemeinderat mit einem Mandatar vertreten: WAGNER: Die Grazer Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, 23.
- 63 Zu Letzterem siehe vor allem: Walter Martin IBER: Zu den ideologischen Grundlagen des Antimarxismus/Antisozialismus der Christlichsozialen Partei, 1918–1934, in: Richard BÖSEL, Hermann FILLITZ (Hgg.): Römische Historische Mitteilungen, Bd. 49, Wien 2007, 511–540.
- 64 ABLEITINGER: Unentwegt Krise, 54–57.
- 65 Siehe dazu im Detail den Beitrag von Andreas Fraydenegg-Monzello in diesem Band.
- 66 ABLEITINGER: Unentwegt Krise, 73–75; Andreas FRAYDENEGG-MONZELLO: Volksstaat und Ständeordnung. Die Wirtschaftspolitik der Steirischen Heimwehren 1927–1933, Wien/Köln/Weimar 2015, 19.
- 67 Lothar HÖBELT: Die Heimwehren 1927–1929: Die Steiermark und der Bund, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, Jg. 104, Graz 2013, 219–263, hier: 232f.
- 68 Das Parteiorgan „Der Republikaner“ erschien zwischen Jänner 1919 und Dezember 1931. Bisher fehlt noch eine wissenschaftliche Auswertung der Zeitung.
- 69 Im „Grazer Tagblatt“ werden weder Partei noch Scheucher erwähnt.
- 70 Ein Hintertreppenpolitiker, in: Arbeiterwille, 26.7.1924, 5; Der „Republikaner“ Stummer feig ausgekniffen, in: Arbeiterwille, 3.8.1924, 7; Pack schlägt sich, in: Arbeiterwille, 8.11.1924, 3; Der Konkurs der Firma Franz Scheucher u. Co., in: Arbeiterwille, 7.4.1925, 1.
- 71 Eduard STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, 31–74, hier: 31–44.
- 72 Allgemein zur Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit: Rudolf NECK: Sozialdemokratie, in: Erika WEINZIERL, Kurt SKALNIK (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz/Wien/Köln 1983, 225–248; Michael SCHACHERL: 30 Jahre steirische Arbeiterbewegung. 1890 bis 1920. Graz 1931; Sepp REICHL: Der große Aufstieg. Eine Geschichte der arbeitenden Menschen und der Arbeiterbewegung in der Steiermark. Graz 1966. Und in der Steiermark: Robert HINTEREGGER et al. (Hgg.): Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938), Graz 1984. Ich danke Martin Amschl für wertvolle Hinweise zur Geschichte der Grazer Sozialdemokratie.
- 73 MARKO-STÖCKL: Parteien und Wahlrecht in Graz um 1900, 21.
- 74 Zum „Roten Wien“ siehe etwa: Wolfgang MADERTHANER: Die österreichische Sozialdemokratie und das kommunale Aufbauwerk in Wien 1918–1934, in: Stefan KARNER (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938, Innsbruck/Wien/Bozen 2017, 161–169.
- 75 Heimo HALBRAINER, Gerald LAMPRECHT, Ursula MINDLER: Unsichtbar. NS-Herrschaft: Widerstand und Verfolgung in der Steiermark, Graz 2008, 28f. Darüber hinaus fehlen hier noch eingehendere Studien, die offizielle Reden sowie Antisemitismus in den Parteimedien herausarbeiten und vergleichend analysieren.
- 76 Otto NADERER: Der bewaffnete Aufstand. Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärischen Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg (1923–1934), Graz 2004.
- 77 Eduard G. STAUDINGER: Der Republikanische Schutzbund in Graz 1923–1933, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 13, Graz 1982, 141–165, hier: 142–145.
- 78 Siehe dazu den Beitrag von Reinhard Müller in diesem Band.
- 79 HALBRAINER: Die KPÖ in Graz 1918/19, 84–88.
- 80 Reinhard FARKAS: Aus der Geschichte der Grazer Vereine, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz. Bd. 2: Wirtschaft – Gesellschaft – Alltag, Graz 2003, 503–582, hier: 536–538.
- 81 Franz JÄGER: Wirtschaftsgeschichte 1800 bis 2000, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz. Bd. 2: Wirtschaft – Gesellschaft – Alltag, Graz 2003, 159–238, hier: 190–194. Zur wirtschaftlichen Verflochtenheit haben Karner, Kubin und Steiner jedoch errechnet,

- das die Handelsverflechtung des Donauraumes nach 1918 weiterhin auf einem ausgesprochen hohen Niveau bis in die 1940er-Jahre verblieb: Stefan KARNER, Ingrid KUBIN, Michael STEINER: Wie real war „Mitteleuropa“? Zur wirtschaftlichen Verflochtenheit des Donauraumes nach dem Ersten Weltkrieg, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Nr. 74, Stuttgart 1987, 153–185.
- 82 Siehe beispielsweise: Franz Christian WEBER: Ausgewiesen und stellenlos. Zur Situation repatriierter Lehrer in der Steiermark 1918–1920, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, Jg. 85, Graz 1994, 357–379.
- 83 Allein in den Jahren zwischen 1890 (112.069) und 1910 war die Stadtbevölkerung um 30.000 gewachsen! Siehe: Peter WIESFLECKER: Bevölkerungsentwicklung, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz. Bd. 1: Lebensraum – Stadt – Verwaltung, Graz 2003, 311–334, hier: 324–329.
- 84 Bericht des Amtsdirektors Dr. Plochl zur Angelegenheit der Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes, in: Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz, Jg. XXI, Nr. 14, 20.5.1918, 296–303.
- 85 Bericht wegen Ergreifung von Maßnahmen betreffend Wohnungsfürsorge, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 31.12.1918, 773f. Siehe für Näheres zum Wohnungswesen den Beitrag von Nikolaus Reisinger et al. in diesem Band.
- 86 ABLEITINGER: Unentwegt Krise, 81; BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 249; Franz Christian WEBER: „So ein trauriges Lied ohne Worte ...“ Die Versorgung der Steiermark durch die Alliierten 1918/19, in: Blätter für Heimatkunde, 75. Jg., H. 2/3, Graz 2001, 118–137.
- 87 WEBER: „Wir wollen nicht hilflos zu Grunde gehen!“, 111–116.
- 88 Petra BERGER: Frauen in Hunger- und Brotkrawallen am Beispiel des Grazer „Kirschenrummel’s“. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 1994, 30–40.
- 89 Ebenda, 72f.
- 90 Die Preise für Kirschen verbleiben den Rest der Saison bis Mitte Juli bei rund 6 Kronen, siehe: StAG, Archiv der Stadt Graz, Marktamt, Marktpreisprotokolle 1920.
- 91 BERGER: Frauen in Hunger- und Brotkrawallen am Beispiel des Grazer „Kirschenrummel’s“, 74f.
- 92 Amtsbericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Freitag, den 29. Dezember 1922, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 31.1.1923, 15f.
- 93 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 253f.; Helmut GEBHARDT: Die Grazer kommunalen Versorgungseinrichtungen in den Dreißigerjahren – Straßenbahn, Gas, Strom, Wasser, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, 289–306.
- 94 Siehe dazu: Peter TEIBENBACHER: Die gewerbliche und industrielle Wirtschaft der Steiermark 1918 bis 1945, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, TB 2, Wien/Köln/Weimar 2015, 11–44, hier: 20f.
- 95 Fritz WEBER: Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation. Zur politischen Ökonomie der Geldentwertung in Österreich 1918 bis 1922, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHNER (Hgg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 2, Wien 2008, 7–32; Herbert MATIS: „Notleidende Millionäre bevölkerten damals Österreich“. Die Währungs- und Geldpolitik in der jungen Republik, in: ebenda, 33–48.
- 96 Amtsbericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Freitag, den 29. Dezember 1922, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 31.1.1923, 16f.
- 97 Allein in den Jahren zwischen 1890 (112.069) und 1910 war die Stadtbevölkerung um 30.000 gewachsen! Siehe WIESFLECKER: Bevölkerungsentwicklung, 324–329.
- 98 Zwischen 1923 und 1934 war die Einwohnerzahl etwa von Wetzelsdorf jährlich um 9,7 Prozent, von Straßgang um 6,6 Prozent, von Liebenau um 4,7 Prozent oder von St. Peter um 3,9 Prozent gewachsen: WIESFLECKER, Bevölkerungsentwicklung, 328. Dies ergab für das gesamte, spätere Stadtgebiet von Graz (ab 1938) für die zweite Hälfte der 1920er-Jahre sogar ein leichtes Plus: Stefan KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit in Graz in den Dreißigerjahren, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, 263–288, hier: 263–268.
- 99 Stefan RIESENFELLNER: Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur am Bei

- spiel von Kriegerdenkmälern in Graz und in der Steiermark von 1867–1934, in: Stefan RIESENFELLNER, Heidemarie UHL (Hgg.): Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar 1994, 1–76, hier: 40f.
- 100 Wegen Benennung der an Stelle der Schlachthausbrücke neuerbauten Eisenbrücke, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 16.8.1926, 115; Wegen Benennung eines öffentlichen Platzes in „Südtirolerplatz“, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 30.6.1928, 93.
- 101 MARAUSCHEK: Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Graz 1784 bis 2003, 206.
- 102 WAGNER: Die Grazer Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, 345–350.
- 103 Aufgrund einer Wahlanfechtung durch die NSDAP wanderte noch ein Mandat von der Einheitsliste zu den Nationalsozialisten. Eigene Berechnungen auf Basis der amtlichen Wahlergebnisse: Kundmachung betreffend das Ergebnis der Gemeinderatswahl vom 25. Mai 1924, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 31.5.1924, 99; Kundmachung, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15.6.1924, 103.
- 104 WAGNER: Die Grazer Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, 351.
- 105 STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 45f.
- 106 STAUDINGER: Der Republikanische Schutzbund in Graz 1923–1933, 145–147, insb. 147.
- 107 Ebenda, 150f.
- 108 Ebenda, 152.
- 109 Zum biografischen Hintergrund von Pfrimer siehe: Christian ZECHNER: Walter Pfrimer. Ein deutschnationaler Heimatschutzführer als Wegbereiter für den Nationalsozialismus in der Steiermark. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2004.
- 110 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 255; FRAYDENEGG-MONZELLO: Volksstaat und Ständeordnung, 23–26.
- 111 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 255.
- 112 Helmut EBERHART: „Innere Politik ist zum großen Teil angewandte Volkskunde ...“, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, TB 2, Wien/Köln/Weimar 2015, 135–162, hier: 137–152; FARKAS: Aus der Geschichte der Grazer Vereine, 534f.
- 113 Siehe beispielsweise auch den Beitrag von Robert Moretti zum „Tattermannbrauch“ in diesem Band.
- 114 Wolfram DORNIK: Die Erfindung der Heimat. Ein unvollständiger Abriss von Geschichte und Idee eines Konzeptes und seiner Musealisierung, in: Feldbacher Beiträge zur Heimatkunde der Südoststeiermark, Heft 14: Neue Perspektiven der Heimatkunde der Südoststeiermark, Feldbach 2015, 49–64.
- 115 EBERHART: „Innere Politik ist zum großen Teil angewandte Volkskunde ...“, 137–144.
- 116 Siehe dazu insbesondere: Ernst HANISCH: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, 280–285; Hans KERNBAUER, Eduard MÄRZ, Fritz WEBER: Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Erika WEINZIERL, Kurt SKALNIK (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz/Wien/Köln 1983, 343–379, hier: 354–366.
- 117 TEIBENBACHER: Die gewerbliche und industrielle Wirtschaft der Steiermark 1918 bis 1945, 21f.
- 118 Stadtbild-Ausstellung Alt- und Neu-Graz. Die Bau- und Kulturgeschichtliche Entwicklung der Landeshauptstadt Graz von der frühen Grenzbürg bis zur Vorbereitung der Zukunft im neuen Stadtbauplan, veranstaltet von der Stadtgemeinde Graz, Graz 1928, 108–123.
- 119 Amtsbericht über die ordentliche, öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Mittwoch, den 30. Dezember 1925, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15.1.1926, 3f.
- 120 Stadtbild-Ausstellung Alt- und Neu-Graz, 7f.
- 121 Otto HOCHREITER: Stadtbilder, Geschichtsbilder. Frühe Großausstellungen des Stadtmuseums zu Graz, 1928 bis 1956, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 45/46, Graz 2016, 143–158.
- 122 Fritz POPELKA: Geschichte der Stadt Graz, Bd. 1, Graz 1928; Die Stadt Graz – ihre kulturelle, bauliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten sechzig Jahren

- nebst kurzen geschichtlichen Rückblicken. Herausgegeben aus Anlass der Achthundertjahrfeier 1128–1928, Graz 1928.
- 123 Dieter ZACH: 800 Jahre Feierlichkeiten Stadt Graz. Ein umstrittenes Jubiläum von 1128 bis 1928. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2014.
- 124 Wolfram DORNIK: Von verschlungenen Wegen und verlorener Geschichte. Historische Entwicklung und Bestände des Stadtarchivs Graz, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 45/46, 351–371, hier: 355.
- 125 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 254f.; Gerhard MARAUSCHEK: Die Schaffung von Groß-Graz im Jahre 1938 und ihre Vorgeschichte, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, 307–334.
- 126 WAGNER: Die Grazer Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, 351–353.
- 127 Ebenda, 353–363.
- 128 Eigene Berechnungen auf Basis der amtlichen Wahlergebnisse: Kundmachungen, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15.5.1929, 75–77.
- 129 Eigene Berechnungen auf Basis der amtlichen Wahlergebnisse: Statistik der Gemeinderatswahl vom 21.4.1929, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15.5.1929, 80.
- 130 STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 46–49.
- 131 WAGNER: Die Grazer Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, 363f.
- 132 Bharat-Johannes KULAMARVA: Die Österreichischen Bundesbahnen und die austrofaschistische Machtergreifung. Ungedruckte Diplomarbeit, Wien 2013, 45–49.
- 133 Amtsbericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag, den 20. November 1930, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15.12.1930, 190.
- 134 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 253f.
- 135 Dadurch verringerte sich etwa zwischen 1910 und 1934 der Anteil der Personen pro Haushalt von 3,8 auf 3,3; Michael EGGER, Diether KRAMER: Qualitative und quantitative Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre in der Steiermark und zu ihrer subjektiven Wahrnehmung, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, Jg. 104, 2013, 265–296, hier: 288f. Siehe auch den Beitrag von Nikolaus Reisinger et al. in diesem Band.
- 136 GEBHARDT: Die Grazer kommunalen Versorgungseinrichtungen in den Dreißigerjahren, 296f. Siehe zu diesem architekturtheoretischen und -praktischen Diskursfeld: Antje SENARCLENS DE GRANCY: „Moderner Stil“ und „heimisches Bauen“. Architekturreform in Graz um 1900, Wien/Köln/Weimar 2001.
- 137 KERNBAUER, MÄRZ, WEBER: Die wirtschaftliche Entwicklung, 366–372; TEIBENBACHER: Die gewerbliche und industrielle Wirtschaft der Steiermark 1918 bis 1945, 22–26.
- 138 HANISCH: Der lange Schatten des Staates, 295–300.
- 139 Zahlen liegen für Graz derzeit nicht vor, diese dürften nach Schätzung aber dramatisch gewesen sein: KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit in Graz in den Dreißigerjahren, 274–276; Emmerich TÁLOS: Sozialpolitik im Austrofaschismus, in: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien/Münster 2014, 222–238, hier: 231–233.
- 140 KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit in Graz in den Dreißigerjahren, 276–278.
- 141 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 256.
- 142 Ebenda, 258f. Zum Machtkampf innerhalb der österreichischen Heimwehrbewegung in den späten 1920er-Jahren: HÖBELT: Die Heimwehren 1927–1929.
- 143 Siehe dazu auch den Beitrag von Andreas Fraydenegg-Monzello in diesem Band.
- 144 ZECHNER: Walter Pfrimer, 70–72.
- 145 Stefan KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur, Graz/Wien/Köln 2000, 142–144; BOTZ: Gewalt in der Politik, 182–186.
- 146 FRAYDENEGG-MONZELLO: Volksstaat und Ständeordnung, 31–41; ZECHNER: Walter Pfrimer, 75f.
- 147 BOTZ: Gewalt in der Politik, 187f.
- 148 STAUDINGER: Der Republikanische Schutzbund in Graz 1923–1933, 158f.

- 149 Ebenda, 154–163.
- 150 In Anlehnung an den im Verlauf der 1990er- bis 2010er-Jahre sich durchsetzenden Paradigmenwechsel, darunter etwa Gerhard Botz, Helmut Konrad oder Kurt Bauer, sowie an einhellige Einschätzungen in der internationalen Faschismustheorie wird das Dollfuß/Schuschnigg-Regime nicht als „faschistisch“, sondern als „faschistoid“ bezeichnet (Konrad: „antimoderne, imitationsfaschistische Diktatur“; Payne: „conservative Catholic corporative authoritarian system“; Griffin: „parafaschistisches Regime“); „Austrofaschismus“ als zeitgenössischer, polemischer Fremdzuschreibungs-begriff wird an dieser Stelle vermieden. Siehe zur Theoriedebatte sowie zu den wesentlichen Merkmalen etwa: Helmut KONRAD: Die Bruchlinie 1934 und die Notwendigkeit einer theoretisch fundierten Geschichtswissenschaft, in: Gerald SCHÖPFER, Barbara STELZL-MARX (Hgg.): Wirtschaft. Macht. Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert, Graz 2012, 47–56; Stanley G. PAYNE: A History of Fascism, 1914–1945, Madison 1995, 245–252; Roger GRIFFIN: Foreword. Il ventennio parafascista? The Past and Future of a Neologism in Comparative Fascist Studies, in: António Costa PINTO, Aristotle KALLIS (Hgg.): Rethinking Fascism and Dictatorship in Europe, Basingstoke 2014, VIII–XIX. Im Gegensatz dazu Emmerich Tálos' Argumentation: Emmerich TÁLOS: Das austrofaschistische Herrschaftssystem, in: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien/Münster 2014, 404f.
- 151 Emmerich TÁLOS, Walter MANOSCHEK: Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus, in: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien/Münster 2014, 6–25.
- 152 Amtsbericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag, den 22. Dezember 1932, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 16.1.1933, 22.
- 153 Siehe dazu die von Gerhard Botz anhand von Zeitungsmeldungen aufgestellte Chronologie, die in eine umfassende Typologie und Auswertung von Gewalt in Österreich zwischen 1918 und 1938 mündet: BOTZ: Gewalt in der Politik, 345–378.
- 154 Politisch wurde Pfrimer aber nicht mehr aktiv; er wurde nach dem „Anschluss“ zwar (eher symbolisch wichtig) Reichsratsabgeordneter der NSDAP, galt nach 1945 aber gar als „minderbelastet“: ZECHNER: Walter Pfrimer, 100–106.
- 155 FRAYDENEGG-MONZELLO: Volksstaat und Ständeordnung, 39–45.
- 156 Und erreichte damit nicht einmal die Hälfte der notwendigen Stimmen für ein reguläres Mandat im Wahlkreis (Wahlzahl: 11.102): Kundmachung betreffend das Wahlergebnis der Landtagswahl 1930 im Wahlkreise I (Graz und Umgebung), in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15.11.1920, 180. Trotzdem stellt Oberhaidacher in der Gemeinderatssitzung am 20. November einen Neuwahlantrag, der jedoch nur von ihm unterstützt und damit abgelehnt wird: Amtsbericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag, den 20. November 1930, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 15.12.1930, 188.
- 157 Isabella SPITZER: Die Grazer Studierenden und der Nationalsozialismus. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2017, 42–45.
- 158 STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 49–55.
- 159 Andreas MÖLZER: Studentenunruhen in Graz im Spätherbst 1932, in: Blätter für Heimatkunde, Jg. 55, Graz 1981, 53–61; Harald SEEWANN: Geschichtlicher Abriß der studentischen Politik und der Auseinandersetzungen auf Grazer Hochschulboden in den Jahren 1919 bis 1938, in: Harald SEEWANN (Hg.): Hochschulpolitik in Graz in den Jahren 1919 bis 1938 und das nationale Korporationsstudententum, Graz 1999, 15–25.
- 160 KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 148; STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 56–58.
- 161 STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 56–58.
- 162 Siehe unter späteren NS-Spitzenfunktionären etwa Hans Candussi, Sigfried Uiberreither: Stefan KARNER, Maßgebende Persönlichkeiten 1938 in Graz, in: Historisches Jahr-

- buch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, 381–438, hier: 385, 428f.; Stefan KARNER: Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz/Wien 1986, 31–34.
- 163 SPITZER: Die Grazer Studierenden und der Nationalsozialismus, 52–54. Zur einer sozialhistorischen Analyse der strafrechtlich verfolgten Grazer Studenten der Universität und der Technischen Hochschule siehe: Markus WURZER: Die Grazer NS-Studentenschaft im Studienjahr 1933/34. Eine quantifizierende Untersuchung, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 44, Graz 2015, 95–120.
- 164 Hans SCHAFRANEK: NS-Fememorde in der Steiermark, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 62, H. 2, München 2014, 221–246, hier: 221–223.
- 165 Eduard G. STAUDINGER: Der 12. Februar 1934 in Graz – Ursachen, Verlauf, Folge, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 14, Graz 1984, 101–128, hier: 102–109.
- 166 ABLEITINGER: Unentwegt Krise, 144–146; Werner ANZENBERGER: Spezielle Aspekte des „Bürgerkriegs“ 1934 in der Steiermark, in: Werner ANZENBERGER, Heimo HALBRAINER (Hgg.): „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014, 121–144, hier: 135–138; STAUDINGER: Der 12. Februar 1934 in Graz, 109–115.
- 167 STAUDINGER: Der 12. Februar 1934 in Graz, 113f.
- 168 Heimo HALBRAINER, „Es war am 12. Februar 1934, einem herrlichen warmen Vorfrühlingstag ...“ Der Brotfabrikant Franz Steiner und die Februarkämpfe in Eggenberg, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 44, Graz 2015, 149–166; STAUDINGER: Der 12. Februar 1934 in Graz, 115–125.
- 169 Für Graz liegen noch keine gesicherten Zahlen vor. Die bisher von Gerhard Botz erarbeiteten Zahlen wurden jüngst von Winfried Garscha infrage gestellt, da diese meist auf offiziellen Angaben beruhen und das Regime viele Tote aufseiten der Aufständischen nicht mizählte, siehe: ANZENBERGER: Spezielle Aspekte des „Bürgerkriegs“ 1934 in der Steiermark, 141. Zu den Lagern in Messendorf und Waltendorf liegen derzeit nur bruchstückhafte Darstellungen vor, siehe etwa: Pia SCHÖLNBERGER: Politische Häftlinge in Niederösterreich und der Steiermark und die Verortung austrofaschistischer Anhaltelager im Nachkriegsdiskurs, in: Werner ANZENBERGER, Heimo HALBRAINER (Hgg.): „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014, 255–274, hier: 266f.
- 170 Heimo HALBRAINER, Martin F. POLASCHEK: „Im Namen des Bundesstaates Österreich“. Die politischen Verfolgungen im Austrofaschismus in der Steiermark, in: Werner ANZENBERGER, Heimo HALBRAINER (Hgg.): „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014, 239–253, hier: 239f.
- 171 ANZENBERGER: Spezielle Aspekte des „Bürgerkriegs“ 1934 in der Steiermark, 141f.; HALBRAINER, POLASCHEK: „Im Namen des Bundesstaates Österreich“, 241.
- 172 Die Situation Muchitschs zwischen Februar 1934 und März 1938 ist nicht genauer erforscht. Auf eine Verfolgung weist jedoch nichts hin. Muchitsch lebte auch weiterhin in Graz in der Bergmannsgasse 63. Schmid jedenfalls genehmigte Ende 1937 die Rückgabe des Amtsportraits von Muchitsch (angefertigt von Prof. Alfred Schrötter und bis dahin in der städtischen Museumssammlung aufbewahrt), das ihm als „Weihnachtsgabe“ mit einem Schreiben „und besten Weihnachtswünschen“ von Schmid am 21. Dezember 1938 überreicht wird: StAG, Archiv der Stadt Graz, Leitende Ämter und innere Verwaltung, Präsidialamt, Kt. 546, GZ: aPr 522/1937-701, Bürgermeister Schmid an Altbürgermeister Muchitsch, 19.12.1937.
- 173 MARAUSCHEK: Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Graz 1784 bis 2003, 206; STAUDINGER: Der 12. Februar 1934 in Graz, 125–128.
- 174 StAG, Archiv der Stadt Graz, Stadtratsprotokolle, Sonder-Programm 1934.
- 175 MARAUSCHEK: Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Graz 1784 bis 2003, 206; STAUDINGER: Der 12. Februar 1934 in Graz, 125–128.
- 176 Siegfried BEER: Kommunale Politik und Verwaltung in Graz im Jahre 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, 87–108, hier: 88f.
- 177 StAG, Archiv der Stadt Graz, Stadtratsprotokolle, Sonder-Programm 1934.

- 178 StAG, Archiv der Stadt Graz, Stadtratsprotokolle, Sonder-Programm II 1935.
- 179 Herbert BLATNIK: Vom Februar zum Juli 1934 oder von Rot nach Braun. Sozialdemokratie und Nationalsozialismus in der Steiermark, in: Werner ANZENBERGER, Heimo HALBRAINER (Hgg.): „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014, 173–196, hier: 187–192; STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 56–60.
- 180 SPITZER: Die Grazer Studierenden und der Nationalsozialismus, 48–52. Siehe zum Nationalsozialismus an der Universität Graz auch Sabine KASPAR et al. (Hgg.): Die Karl-Franzens-Universität Graz und der lange Schatten des Hakenkreuzes, Graz 2017.
- 181 KARNER: Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945, 37–44; STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 58–60; Eduard G. STAUDINGER: Pfrimer-Putsch 1931 und NS-Putsch 1934: Aspekte einer Beziehungsgeschichte, in: Heimo HALBRAINER, Martin F. POLASCHEK (Hgg.): Aufstand, Putsch und Diktatur. Das Jahr 1934 in der Steiermark, Graz 2007, 87–94.
- 182 Siehe allgemein zum Juli-Putsch insbesondere: Kurt BAUER: Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Wien 2003.
- 183 BAUER: Elementar-Ereignis, 240–245; HALBRAINER, POLASCHEK: „Im Namen des Bundesstaates Österreich“, 244f.; STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 60f.; STAUDINGER: Pfrimer-Putsch 1931 und NS-Putsch 1934, 92f.
- 184 Gerhard M. DIENES: Die Errichtung des Tegetthoff-Denkmal in Graz am 1. Dezember 1935. „Ein österreichisches patriotisches Fest“, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark, Jg. 73, Graz 1982, 183–206.
- 185 Friedrich GRASSEGGER: „Ein Toter führt uns an“. Totengedenken und dessen Denkmäler im autoritären Ständestaat in der Steiermark (1934–1938), in: Stefan RIESENFELNER, Heidemarie UHL (Hgg.): Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar 1994, 77–90. Fast als anachronistischer Kontrapunkt erscheint die im Juni 1935 am Friedhof in Graz-Wetzelsdorf erfolgte Einweihung des Denkmals für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges, das auf eine Initiative der Grazer Ortsgruppe des Bundes jüdischer Frontsoldaten zurückging: Gerald LAMPRECHT: Der Bund jüdischer Frontsoldaten und das Grazer jüdische Heldendenkmal, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 44, Graz 2015, 133–148, hier: 144.
- 186 StAG, Stadtvermessungsamt, Straßenumbenennungen 1946, Kt. ohne Nr., Bescheid: Umbenennung der äusseren Jakoministrasse in Conrad v. Hötzendorf-Str., Zl. A10/V – 61/1935, 21.6.1935.
- 187 StAG, Präsidialamt, Pr 602/1935, Kt. 532, Sammelakt „Wiedersehensfeier“; sowie: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Juni 1935, 32f.
- 188 Martin POLASCHEK: Statt „ständisch-autoritär“ ständig autoritär. Die Steiermark zwischen 1933 und 1938, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, TB 1, Wien/Köln/Weimar 2015, 239–288, hier: 243–270.
- 189 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Generalsekretariat Vaterländische Front (Moskauer Akten Fond 514), Bericht der Landesleitung Steiermark der Vaterländischen Front für die Zeit bis Mitte März 1934 (ÖStA, AdR BKA BKA-I Parteiarchive VF Gensekt, 514-I-1708, Kt. 218), 242–247.
- 190 POLASCHEK: Statt „ständisch-autoritär“ ständig autoritär, 243–270.
- 191 ÖStA, AdR, Generalsekretariat Vaterländische Front (Moskauer Akten Fond 514), Politischer Fragebogen. Bezirk Graz III (OeStA/AdR BKA BKA-I Parteiarchive VF Gensekt, 514-I-575, Kt. 89); ebenda, Politischer Fragebogen. Bezirk Graz IV.
- 192 POLASCHEK: Statt „ständisch-autoritär“ ständig autoritär, 243–270.
- 193 Ute SONNLEITNER: Der Grazer „Kreis in der Morellenfeldgasse“. (Theorie zu Eliten des Widerstands und der Entstehung, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 44, Graz 2015, 75–94. Zu ihrer juristischen Verfolgung, siehe HALBRAINER, POLA-

- SCHEK: „Im Namen des Bundesstaates Österreich“, 245–253.
- 194 Helmut KONRAD: Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933–1938, in: Stefan BENEDIK (Hg.): Helmut Konrad. Erkundungen zur Zeitgeschichte, Wien/Köln/Weimar 2016, 209–223; Ute SONNLEITNER: Linker Widerstand gegen den Austrofaschismus in der Steiermark – eine Jugendbewegung?, in: Werner ANZENBERGER, Heimo HALBRAINER (Hgg.): „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014, 217–237, hier: 226–232.
- 195 Heimo HALBRAINER: „Spanien kämpft“ – Steirer und Steirerinnen an der Seite der Spanischen Republik, in: Georg PICHLER, Heimo HALBRAINER (Hgg.): Camaradas. Österreicherinnen und Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, Graz 2017, 235–259, hier: 236f. Zu ihrer teilweisen Migration in die UdSSR, direkt aus Spanien oder aus der Steiermark, siehe: Julia KÖSTENBERGER: Kaderschmiede des Stalinismus. Die Internationale Leninschule in Moskau (1926–1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen, Wien 2016, 328–358.
- 196 Peter GORKE: Die Sturmabteilung (SA) in der Steiermark. Von ihren Anfängen bis zur „Reichskristallnacht“ unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Graz im Jahre 1938, Graz 1991, 58–64; STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 63f.
- 197 Der zweite Täter ging bis 1945 straffrei aus und wurde erst nach 1945 gerichtlich verfolgt und zu zwölf Jahren Kerker verurteilt: SCHAFRANEK: NS-Femorde in der Steiermark, 231–244.
- 198 ÖStA, AdR, Generalsekretariat Vaterländische Front (Moskauer Akten Fond 514), Vortrag des Universitätsprof. Dr. Hugo Hantsch, 6.2.1937 (ÖStA, AdR, BKA BKA-I Parteiarchive VF Gensekt, 514-1-840, Kt. 112).
- 199 Siehe dazu auch die spätere Beschreibung und Definition des Begriffs von Dadiou selbst: Armin DADIEU: Aus meinen Aufzeichnungen 1938–1945, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 10, Graz 1978, 323–341, hier: 325–327.
- 200 KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 167; POLASCHEK: Statt „ständisch-autoritär“ ständig autoritär, 270; STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 61f.
- 201 Gesetz womit auf Grund des Artikels 124 der Verfassung 1934 ein Stadtrecht für die Landeshauptstadt Graz erlassen wird, in: Landesgesetzblatt für das Land Steiermark, 10.3.1936.
- 202 MARAUSCHEK: Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Graz 1784 bis 2003, 207. Siehe die Liste der einzelnen Gemeindetagsmitglieder mit ihren Berufszugehörigkeiten bei BEER: Kommunale Politik und Verwaltung in Graz im Jahre 1938, 90–92. Zur Konstituierung des Gemeindetages siehe auch StAG, Archiv der Stadt Graz, Präsidialamt, Kt. 539, Gemeindetag-Konstituierung, GZ: aPr 70/1937-102.
- 203 Wie sich die „Ständestadt“ realpolitisch entwickelte, wie die Entscheidungsstrukturen verliefen, was die wichtigsten Netzwerke in der Stadtpolitik waren, ist bis heute nur rudimentär erforscht. Genauere Analysen der nun dem Österreichischen Staatsarchiv aus Moskau übergebenen Akten des Bestandes der „Vaterländischen Front“ sowie die bis heute im StAG wenig genutzten Akten dieses Zeitabschnittes können nähere Aufschlüsse geben.
- 204 Martin F. POLASCHEK: Funktionierender Parlamentarismus im Ständestaat? Die Auseinandersetzungen um die Einführung einer Fahrradabgabe in der Steiermark, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, Jg. 86, Graz 1995, 277–301.
- 205 Gerhard MELINZ: Fürsorgepolitik(en), in: Emmerich TÁLOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Hgg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien/Münster 2014, 238–253; TEIBENBACHER: Die gewerbliche und industrielle Wirtschaft der Steiermark 1918 bis 1945, 26–33.
- 206 Werner TSCHERNE: Einheit und Vielfalt – Die Steiermark 1918 bis 1945 im Spiegel der Statistik, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, TB 2, Wien/Köln/Weimar 2015, 113–131, hier: 129.
- 207 So stiegen beispielsweise die Selbstmordraten in der Steiermark wie österreichweit

- 1930/31 im Vergleich zu der schon hohen in den 1920er-Jahren noch einmal stark an: Hannes LEIDINGER: Die Bedeutung der SelbstAuslöschung. Aspekte der Suizidproblematik in Österreich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Zweiten Republik, Innsbruck/Wien/Bozen 2012, 212. Siehe für die Zahlen zur Steiermark: EGGER, KRAMER: Qualitative und quantitative Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre in der Steiermark und zu ihrer subjektiven Wahrnehmung, 290f.
- 208 HANISCH: Der lange Schatten des Staates, 299f.; KARNER, Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit in Graz in den Dreißigerjahren, 278; TÁLOS: Sozialpolitik im Austrofaschismus, 231.
- 209 ÖStA, AdR, Generalsekretariat Vaterländische Front (Moskauer Akten Fond 514), Landesführer der Vaterländischen Front Steiermark an das Generalsekretariat der Vaterländischen Front, 28.7.1937 (ÖStA, AdR BKA BKA-I Parteiarchive VF Gensekt, 514-1-876, Kt. 118).
- 210 STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 64; Rolf STEININGER: 12. November 1918 bis 13. März 1938: Stationen auf dem Weg zum „Anschluß“, in: Rolf STEININGER, Michael GEHLER (Hgg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg, Wien/Köln/Weimar 1997, 99–151. Die Vertreter dieses zweiten Weges waren hier seit geraumer Zeit prominent vertreten, und die Steirische SA erhielt mit einer organisatorischen Umbesetzung rund um den 22. Februar deutlich mehr Freiheiten: GORKE: Die Sturmabteilung (SA) in der Steiermark, 72.
- 211 Heimo HALBRAINER, Gerald LAMPRECHT: Nationalsozialismus in der Steiermark. Opfer, Täter, Gegner, Innsbruck/Wien/Bozen 2015, 102f.
- 212 BEER: Kommunale Politik und Verwaltung in Graz im Jahre 1938, 96; BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 263f.; GORKE: Die Sturmabteilung (SA) in der Steiermark, 72–74.
- 213 KARNER: Maßgebende Persönlichkeiten 1938 in Graz, 384.
- 214 GORKE: Die Sturmabteilung (SA) in der Steiermark, 71.
- 215 Siehe dazu auch die Vorbereitungsmaßnahmen der städtischen Verwaltung dafür, die ursprünglich für eine Kundgebung am Hauptplatz aufgesetzt wurden und dann in einen Fackelzug vom Hauptplatz zum Bismarckplatz/Dollfußring umgewandelt wurden: STAG, Archiv der Stadt Graz, Präsidialamt, Kt. 550, GZ: aPr-938-102-1, Aktenvermerk, 21.2.1938.
- 216 Eine anonyme Aktennotiz über Vorkommnisse in Graz in der letzten Februarwoche bezichtigt Schmid sogar, selbst die Fahne gekauft zu haben: ÖStA, AdR, Generalsekretariat Vaterländische Front (Moskauer Akten Fond 514), Lagebericht Graz, März 1938 (AT-ÖStA, AdR, BKA BKA-I Parteiarchive VF Gensekt, 514-1-315, Kt. 74).
- 217 In einem Schreiben der Vertrauensmänner der Arbeiterschaft im Baugewerbe vom 25.2.1938 wird Schmid vorgeworfen, er habe schon am Vormittag des 24.2.1938 mit den Nationalsozialisten ein Übereinkommen zur Hissung der Hakenkreuzfahne am Rathaus geschlossen und sei auch nicht bei der zeitgleichen „vaterländischen Kundgebung“ gewesen: Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Landeshauptmann Korrespondenz, 1938, Z. 746.
- 218 BEER: Kommunale Politik und Verwaltung in Graz im Jahre 1938, 94f.; LAMPRECHT, HALBRAINER: Nationalsozialismus in der Steiermark, 82; HALBRAINER, LAMPRECHT, MINDLER: unsichtbar, 53–61; KARNER: Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945, 44f.; STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 66–70.
- 219 Siegfried BEER: „Graz/Styria – Stronghold of Nazism“. Die anglo-amerikanische Berichterstattung über die Ereignisse in der Steiermark vom Februar bis April 1938, in: Blätter für Heimatkunde, Jg. 62, Graz 1988, 26–36.
- 220 BEER: Kommunale Politik und Verwaltung in Graz im Jahre 1938, 95.
- 221 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 264; GORKE: Die Sturmabteilung (SA) in der Steiermark, 74–76; HALBRAINER, LAMPRECHT: Nationalsozialismus in der Steiermark, 82–84; KARNER: Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945, 45–47.
- 222 DADIEU: Aus meinen Aufzeichnungen,

329. Eine in Graz lebende Französin bestätigt, dass in den Ämtern Listen kursierten, auf denen ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus abgegeben werden konnte: BEER: Kommunale Politik und Verwaltung in Graz im Jahre 1938, 96. Solche Listen sind auch in anderen Behörden, wie Gerichten, kursiert worden: Martin F. POLASCHEK: Im Namen der Republik Österreich! Die Volksgerichte in der Steiermark 1945 bis 1955, Graz 1998, 120f.; ÖStA, AdR, Generalsekretariat Vaterländische Front (Moskauer Akten Fond 514), Meldung SK, Beobachtung in Graz, 4.3.1938 (AT-ÖStA, AdR, BKA BKA-I Parteiarchive VF Gensekt, 514-1-452, Kt. 85). Ein Zeitzeuge berichtet, dass in den städtischen Ämtern gar 92 Prozent offen für die Nationalsozialisten stimmten: Bernhard A. REISMANN: „Wes das Herz voll ist, des geht der Mund über“ – Ein privater Briefverkehr über Grazer Politik und Alltag von 1934 bis 1943, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark, Jg. 97, Graz 2006, 263–318, hier: 281.
- 223 StAG, Archiv der Stadt Graz, Präsidialamt, Kt. 552, Runderlässe, GZ: aPr 2/15-1938-406.
- 224 Kurt BAUER: Die dunklen Jahre, Politik und Alltag im nationalsozialistischen Österreich 1938–1945, Frankfurt am Main 2017, 39–41; HALBRAINER, LAMPRECHT: Nationalsozialismus in der Steiermark, 84–86; POLASCHEK: Statt „ständisch-autoritär“ ständig autoritär, 272; STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 71f.
- 225 Das Landeshauptmann-Büro spricht in einem Schreiben vom 2.3.1938 Josef Krainer als „Bürgermeister“ an: StLA, Landeshauptmann Korrespondenz, 1938, Z. 756. In der Korrespondenz des Landeshauptmannes befindet sich ein Schreiben der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der VF vom 3.3.1938, das die „Beurlaubung“ von Schmid heftig kritisiert und seine „sofortige Abberufung“ und die Anerkennung des Bürgermeisteramtes und Stadtrates aus seinen Reihen fordert: Ebenda, Z. 823. Städtische Unterlagen sind mit „der geschäftsführende Bürgermeisterstellvertreter“ Krainer gezeichnet, siehe etwa: StAG, Archiv der Stadt Graz, Präsidialamt, Kt. 552, Runderlässe, GZ: aPr 2/15-1938-406.
- 226 Unterlagen sind mit „der geschäftsführende Bürgermeisterstellvertreter“ Krainer gezeichnet, siehe etwa: StAG, Archiv der Stadt Graz, Präsidialamt, Kt. 552, Runderlass 18, GZ: aPr 2/21-1938-406.
- 227 BEER: Kommunale Politik und Verwaltung in Graz im Jahre 1938, 96f. Jedenfalls war Kaspar schon Teil des NS-Verhandlungsteams zur Umbildung der Landesregierung. Hinweise, dass er im Gespräch als (interimistischer) Bürgermeister war, sind bisher jedoch noch nicht aufgetaucht.
- 228 ÖStA, AdR, Generalsekretariat Vaterländische Front (Moskauer Akten Fond 514), Meldung SK, Beobachtung in Graz, 4.3.1938 (AT-ÖStA, AdR, BKA BKA-I Parteiarchive VF Gensekt, 514-1-452, Kt. 85).
- 229 BAUER: Die dunklen Jahre, 42.
- 230 STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 72f. Der Machtkampf über die Vorgangsweise in den Tagen vor dem Abschluss wird insbesondere im Zurückpfeifen der weiterhin auf eine sofortige Machtergreifung drängenden steirischen SA durch die NS-Führung aus Berlin und Wien rund um den 10. März sichtbar, siehe: GORKE: Die Sturmabteilung (SA) in der Steiermark, 77f.
- 231 Zitiert nach: KARNER: Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945, 51
- 232 STAUDINGER: Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, 72f.
- 233 Zu Letzterem siehe: StAG, Archiv der Stadt Graz, Präsidialamt, Kt. 552, Vereidigung der städtischen Angestellten, GZ: aPr 2/22-1938-406.
- 234 Siehe dazu folgendes Konvolut: StAG, Archiv der Stadt Graz, Präsidialamt, Kt. 556, SG: 504.
- 235 StAG, Archiv der Stadt Graz, Leitende Ämter und innere Verwaltung, Präsidialamt, Präsidialakte, Bürgermeister u. Beigeordnete Bezugsregelung, I/1-11/1939, SG 201, Kt. 539, eh. Lebenslauf von Dr. Julius Kaspar, 28.2.1939.
- 236 Zum Einmarsch der deutschen Truppen und zur Liquidierung Österreichs 1938 siehe beispielsweise: KARNER: Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945, 53–55, 71–74; Emmerich TÁLOS: Von der Liquidierung der Eigenstaatlichkeit zur Etablierung der Reichsgaue der „Ostmark“. Zum Umbau

- der politisch-administrativen Struktur, in: NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, 55–72.
- 237 Dieter A. BINDER: Das Schicksal der Grazer Juden 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, 203–228.
- 238 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003, 266f.
- 239 Ebenda, 267–269; KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit in Graz in den Dreißigerjahren, 280f.; MARAUSCHEK: Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Graz 1784 bis 2003, 208f.
- 240 StAG, Archiv der Stadt Graz, Präsidialamt, Kt. 538, Rundbrief von Bürgermeister Kaspar an die Gemeinden, 10.6.1938, GZ: aPr 225/1938-301.
- 241 Die Schaffung von Groß-Graz, in: Amtsblatt der Stadt Graz, September/Oktober 1938, 31–36.
- 242 Heinz MANG: Steiermarks Sozialdemokraten im Sturm der Zeit, Graz 1988, 283. Ich danke Martin Amschl für diesen Hinweis.
- 243 Siehe dazu auch Florian Wenninger, der einen ersten Forschungsüberblick zu einer Gewalt- beziehungsweise Militärgeschichte der Zwischenkriegszeit vorgelegt hat: Florian WENNINGER: Dimensionen organisierter Gewalt. Zum militärhistorischen Forschungsstand über die österreichische Zwischenkriegszeit, in: Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Hgg.): Das Dollfuss/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien/Köln/Weimar 2013, 493–576.
- 244 Insbesondere im Vergleich zu Salzburg, Tirol, Oberösterreich, Kärnten oder Wien. Siehe zu einer Annäherung an eine quantitative Einschätzung der Nationalsozialisten in Graz: BEER: Kommunale Politik und Verwaltung in Graz im Jahre 1938, 98–100.
- 245 DADIEU: Aus meinen Aufzeichnungen, 330.
- 246 Wie etwa auch die beiden jüngsten Publikationen zu diesem Thema deutlich zeigen, in denen lediglich ein Beitrag von Maren Seliger sich der kommunalen Ebene (Wien) widmet und auch dafür Forschungslücken feststellt: WENNINGER, DREIDEMY: Das Dollfuss/Schuschnigg-Regime 1933–1938; TÁLOS, NEUGEBAUER: Austrofascismus.
- 247 In der Historiografie steht seit geraumer Zeit die noch immer umstrittene These im Raum, dass das teilweise Überlaufen der Arbeiterschaft zu den Nationalsozialisten beziehungsweise zu den Kommunisten nach dem Februar 1934 einen wesentlichen Impuls für den Erfolg des Nationalsozialismus darstellte. Siehe dazu beispielsweise: KONRAD: Das Werben der NSDAP um die Sozialdemokraten 1933–1938, 209–223.

## **Sozio-ökonomische Entwicklungslinien des Alltagslebens in Graz zwischen 1918 und 1938**

### **„... der Rest ist Österreich“<sup>1</sup> – Sozio-ökonomische Entwicklungen in der Ersten Republik**

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zerfall der Donaumonarchie sahen sich all jene, die sich ab November 1918 in der „Republik Deutschösterreich“ wiederfanden, vor allem mit der Herausforderung konfrontiert, neben dem Trauma eines unter schwersten Opfern erlittenen Krieges – der die Soldaten an der Front und in der Etappe ebenso traf wie die Bevölkerung im Hinterland – die traumatischen Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegsmonate mit all ihren Folgewirkungen für die kommenden Jahre zu bewältigen, die von der breiten Masse der Bevölkerung aufgrund extremer Mangelbedingungen als besondere Notzeit erlebt wurden. Hinzu kam in den Monaten des Kriegsendes eine Grippeepidemie, die als „Spanische Grippe“ pandemische Ausmaße erreichte, und auch in „Deutschösterreich“ – wie sich der Staat bis zum Abschluss des Friedensvertrags von St. Germain im September 1919 nannte – über 20.000 Todesopfer forderte.<sup>2</sup>

All diese Erfahrungen waren mit der Wahrnehmung verbunden, dass mit dem Ende des Krieges auch das Ende der seit 640 Jahren andauernden Herrschaft des Hauses Habsburg gekommen war. Dementsprechend sah sich die Bevölkerung – und insbesondere deren politische Vertretungen – auch darin gefordert, sich mit einem neuen Staat mit neuen Grenzen, in einem Staat mit der neuen politischen Konzeption einer demokratischen Republik zu arrangieren und sich so schließlich auch auf die Suche nach einer neuen Identität zu begeben – einer Identität, die sich als „österreichische Identität“ jedoch erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich entwickeln und sich im Bewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher manifestieren würde.<sup>3</sup> Damit verbunden war gleichzeitig das Phänomen, dass sich das Kollektiv eines

„Neuen Österreich“ quasi über Nacht herausgefordert sah, eine demokratische Kultur entwickeln zu müssen.<sup>4</sup> Aus der Monarchie vertraute Regierungs- und Verwaltungspraktiken, die über Jahrhunderte internalisierten politischen Praktiken einer von einem mit Gottes Gnaden zur Herrschaft legitimierten Kaisers regierten Monarchie, bestimmten noch immer das Leben der Menschen,<sup>5</sup> prägten deren Mentalität und damit auch ihren individuellen und kollektiven Habitus. Andererseits war man auf der Suche nach Orientierung und vor allem nach Sicherheit, stellte die Frage, wer nun jene staatliche Autorität repräsentieren sollte, die dazu in der Lage wäre, einen Weg aus dem Chaos der Zeit zu finden. Schon während des Krieges hatten viele den Glauben an die Obrigkeit verloren – neue Autoritäten, denen man vertrauen, an die man glauben konnte, mussten gefunden,<sup>6</sup> die neuen Strukturen einer demokratischen Republik erst in die Alltagspraxis umgesetzt werden.

Doch das Trauma des ersten „modernen, industrialisierten Massenkrieges“<sup>7</sup> mit all seinen Auswirkungen für das Kollektiv des Hinterlandes saß tief – sehr tief. Das Auseinanderbrechen des einst geschlossenen Wirtschaftsraumes der Donaumonarchie führte zu einem „ökonomischen Strukturschock“<sup>8</sup>, bedingte eine exponentielle Verschlechterung der Versorgungslage in sämtlichen Bereichen und reduzierte damit für einen Großteil der Bevölkerung die Möglichkeiten alltäglicher Bedürfnisbefriedigung auf ein kaum mehr erträgliches Minimum, sodass sich der Kampf ums tägliche Überleben und die Bewältigung von Existenzängsten immer wieder auch in von Gewalttaten begleiteten Hunger-, Lebensmittel-, Arbeitslosen- und Teuerungsdemonstrationen manifestierte,<sup>9</sup> in denen sich so eine „weitreichende soziale und psychologische Implosion innerhalb der österreichischen Zivilbevölkerung“<sup>10</sup> Ausdruck verlieh.

Die katastrophale Versorgungslage, die steigende Arbeitslosigkeit, das Sinken der Reallöhne infolge einer galoppierenden Inflation führte zunehmend zur Verarmung breiter Bevölkerungsteile. Insbesondere die unmittelbare Nachkriegszeit war durch Hunger, Kälte und den Mangel an Heizstoffen wie etwa Kohle gekennzeichnet.<sup>11</sup> Die Geldentwertung der unmittelbaren Nachkriegsjahre traf fast alle Bevölkerungsschichten.<sup>12</sup> Während jedoch Arbeiterinnen und Arbeiter durch Kollektivverträge, die nach 1918 für Gewerkschaftsbranchen eingeführt worden waren und die Anpassung der Löhne an die Teuerungsraten vorsah, wenigstens einen gewissen Schutz genossen (der ihre allgemeine Lebenssituation auch nicht wesentlich verbesserte), litt insbesondere der Mittelstand unter dem Währungsverfall.<sup>13</sup> Dies spiegelt sich auch in der Erinnerung einer 1910 geborenen Zeitzeugin wider:

„Nein, wenn Du nichts hast, ich sage ja, der Arme war da der Reiche, weil er nichts verlieren hat können. Meine Schwiegereltern haben [Anfang der 1920er] sehr viel Geld verloren, sie haben noch wollen etwas kaufen, ein Haus oder etwas und er hat sie nicht gelassen, der Schwiegervater, und dann war alles weg. Wo du hast können ein Haus kaufen, hast du am nächsten Tag vielleicht können ein Stück Brot kaufen, es war eine Geldentwertung, eine furchtbare Geldentwertung war da.“<sup>14</sup>

Hinzu kam die zu erwartende Last durch die Reparationszahlungen, welche der Friedensvertrag einforderte und die bis 1930 erstattet werden sollten,<sup>15</sup> allerdings nie zum Tragen kamen. Nach dem Sinken der Krone auf ein Fünfzehntausendstel ihres Werts, musste der Staatshaushalt schließlich im Jahr 1922 auf dem Höhepunkt der Inflation („Hyperinflation“) durch eine Auslandsanleihe im Rahmen des Völkerbundes („Genfer Protokolle“) in der Höhe von 650 Millionen Goldkronen saniert werden.<sup>16</sup> Dies führte zwar zu einer Stabilisierung der Währung, jedoch nur zu einer Teilerholung der Volkswirtschaft.<sup>17</sup> Durch einen Beamtenabbau<sup>18</sup> sowie die Verpfändung von Staatsbesitz gelang zumindest ein schrittweiser Rückgang der Inflation, deren Eindämmung aber erst durch die offizielle Einführung des Schillings als Zahlungsmittel am 1. Jänner 1925 erreicht wurde.<sup>19</sup>

Schließlich wurde der „fragile Aufschwung“<sup>20</sup>, der in den Jahren ab 1922 „die Phase einer relativ normalisierten Wirtschaftsentwicklung“<sup>21</sup> und damit insbesondere in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre eine positive Entwicklung der Wirtschaft markierte, durch die Weltwirtschaftskrise 1929 jäh unterbrochen.<sup>22</sup> In den 1920er-Jahren hatten sich die Außenhandelsbeziehungen – nicht zuletzt auch mit den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie – allmählich wieder normalisiert.<sup>23</sup> Ein durch die gesamte Zwischenkriegszeit aufgebauter Industrie- und Dienstleistungssektor (etwa in den Bereichen Elektrizitätswirtschaft, Verkehr oder öffentlicher Dienst und Fremdenverkehr) hatte sich auch in den Jahren nach 1920/22 verhältnismäßig gut weiterentwickelt, auch der „Österreich-Tourismus“ – im Sommer wie im Winter – boomte.<sup>24</sup>

Der Prozess der Umstellung der Wirtschaft war langwierig und mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 1929 noch lange nicht abgeschlossen.<sup>25</sup> Infolge der Ereignisse des New Yorker Börsenkrachs vom 24. Oktober 1929 brach nicht nur der Außenhandel zusammen, auch die Arbeitslosigkeit explodierte und die Preise stiegen.<sup>26</sup> Die größte österreichische Bank, die „Boden-Credit-Anstalt“, konnte im Herbst 1929 vorerst nur durch die mehr oder minder erzwungene Übernahme durch die Creditanstalt für Handel und Gewerbe gerettet werden, was eineinhalb Jahre später zu deren Zusammenbruch führte.<sup>27</sup> Es kam zu Produktionseinschränkungen, zur Schließung von Betrieben, Entlassungen und zur Kürzung der Arbeiterlöhne und Angestelltegehälter.<sup>28</sup> Ein Vertrauensverlust internationaler Investoren führte zu einem Devisen- und Goldabfluss aus Österreich, 1931 kollabierte die Wiener „Creditanstalt“ und konnte nur durch massive staatliche Zuschüsse „aufgefangen“ werden.<sup>29</sup> Die gesamten Verluste beliefen sich auf rund eine Milliarde Schilling, was damals circa einem halben Jahresbudget entsprach.<sup>30</sup> Im Jahre 1932 musste daraufhin eine weitere internationale Anleihe („Lausanner Protokoll“) in der Höhe von 308,6 Millionen Schilling aufgenommen werden.<sup>31</sup> Letzten Endes waren bis auf die Energiewirtschaft und das großangelegte soziale Wohnbauprojekt im Kontext des „Roten Wien“ sämtliche Wirtschaftssparten rückläufig.<sup>32</sup> Dies drückt sich auch in der Erinnerung eines 1909 geborenen Zeitzeugen – mit Bezugnahme auf die Situation im „Dritten Reich“ – aus:

„Die Not war so groß, dass die Leute mit der Gitarre auf der Straße herumgezogen sind und haben gesungen und die Leute haben vom Fenster herunter, eingewickelt in Papier, ein paar Groschen hinuntergeworfen. So schlecht war

es schon. Wenn ein Teppichklopper gesucht worden ist, dann waren Juristen und Akademiker, haufenweise haben sie sich beworben. Und dann natürlich, in Deutschland war schon der Hitler am Ruder, da hat es keine Arbeitslosigkeit gegeben, jetzt hat das natürlich bei uns angesteckt.“<sup>33</sup>

Die allgemeine ökonomische Lage, Inflation und Hyperinflation sowie die Weltwirtschaftskrise, die sich langfristig insbesondere in Lohnsenkungen und Preissteigerungen niederschlugen, verschlechterten die Lebensbedingungen der Bevölkerung auch nach 1929 zusehends, was sich vor allem in der zunehmenden Arbeitslosigkeit zeigte, die sich bis 1933, dem Jahr mit dem Höchststand von circa 560.000 Arbeitslosen<sup>34</sup>, zu einer Massenarbeitslosigkeit steigerte und nicht zuletzt auch die innenpolitische Radikalisierung der 30er-Jahre begünstigte.<sup>35</sup> Die seitens des nationalsozialistischen Deutschlands im Juni 1933 gegen Österreich verhängte „1.000-Mark-Sperre“ traf den Fremdenverkehr schwer<sup>36</sup> und zog ihre Kreise bis tief in alle Wirtschaftsbereiche, insbesondere da gerade der Fremdenverkehr die wirtschaftliche Situation in Österreich verbessert hatte.<sup>37</sup> So sank der Anteil der deutschen Touristinnen und Touristen am österreichischen Fremdenverkehr von 60 Prozent (1931/32) auf 11 Prozent (1934/35),<sup>38</sup> von 749.000 im Jahr 1932 auf weniger als ein Zehntel.<sup>39</sup> Dies wirkte sich auch auf den steirischen Tourismus aus, wo in Regionen wie Mariazell, am Semmering oder in Gleichenberg und Graz bis zu 90 Prozent der deutschen Gäste ausblieben.<sup>40</sup> Erst 1935 begünstigten Urlauberinnen und Urlauber aus anderen Ländern einen neuerlichen Aufschwung der Tourismusbranche.<sup>41</sup>

Schließlich ist die „1.000-Mark-Sperre“ im Kontext der politischen Entwicklungen in Österreich und Deutschland seit Beginn des Jahres 1933 zu sehen: Am 30. Jänner wurde Adolf Hitler Reichskanzler, infolgedessen sich auch der NS-Terror in Österreich über das laufende Jahr zusehends steigerte; ab dem 4. März erfolgte durch die Ausschaltung des Parlaments die schrittweise Aushöhlung der rechtsstaatlichen Institutionen in Österreich, worauf sich die innenpolitische Situation zuspitzte. Im Mai 1933 wurde der bayerische Justizminister Hans Frank wegen NS-propagandistischer Tätigkeiten in Österreich aus Österreich ausgewiesen, worauf ab 1. Juni 1933<sup>42</sup> die „1.000-Mark-Sperre“ verhängt wurde, die bis Juli 1936 („Juliabkommen“ vom 11. Juli 1936)<sup>43</sup> aufrecht war, und die neben einem wirtschaftlichen Boykott vor allem das politische Gefüge in Österreich destabilisieren sollte.<sup>44</sup> Nicht zuletzt deshalb wurde schließlich am 19./20. Juni 1933 die NSDAP in Österreich verboten.<sup>45</sup> Die Tatsache, dass 1933 ein Höchststand an Arbeitslosen verzeichnet wurde, verstärkte die Auswirkungen der „1.000-Mark-Sperre“ zusehends.

Angesichts der allgemeinen sozio-ökonomischen und politischen Entwicklung nach 1929 wandelte sich die bis dato liberal ausgerichtete österreichische Wirtschaftspolitik ab den Jahren 1932/33 und insbesondere in den Jahren zwischen 1934 und 1938 – zur Zeit des „autoritären Ständestaats“ – zu einer protektionistisch orientierten Haltung, die auf „die Sicherung und Reglementierung des Binnenmarktes“<sup>46</sup> setzte und vor dem Hintergrund einer von „einer falsch verstandenen christlichen Soziallehre gespeisten antikapitalistischen Tendenz“<sup>47</sup> gegen die Forcierung technischer Innovationen, rationalisierender Maßnahmen und gezielt wachstumsorientierter Investitionen

ausgerichtet war.<sup>48</sup> Das führte auch zu teilweise massiven Eingriffen in die bereits ab 1919/20 von einer sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalition grundgelegten Sozialgesetzgebung, die eine „Reformperiode“ markierte (1918–1920/21), in der insgesamt 83 Sozialgesetze beziehungsweise Sozialverordnungen erlassen wurden.<sup>49</sup> Zwar proklamierte der „Ständestaat“ ein als „Arbeitsschlacht“ propagiertes staatliches Beschäftigungsprogramm, doch waren die diesbezüglichen Auswirkungen eher gering.<sup>50</sup> Insgesamt waren sämtliche sozio-ökonomischen Maßnahmen als Anpassung an die durch die Folgewirkungen der Weltwirtschaftskrise gegebenen Entwicklungen gedacht, erwiesen sich jedoch schließlich als das, was Kurt Rothschild als „retrogressive Anpassung“ beschrieben hatte.<sup>51</sup> – Vielfach wurden Kapazitäten aufgegeben, ohne dass neue entwicklungsfähige geschaffen wurden.<sup>52</sup>

Politisch war der „retrogressive“ Kurs der Regierung durch die Umsetzung „wirtschaftlicher Notwendigkeiten“<sup>53</sup> begründet, indem demokratisch-parlamentarische Kompetenzen durch autoritäre Maßnahmen zu ersetzen wären („Wirtschaftsdiktatur“)<sup>54</sup>, was Kurt Schuschnigg bereits am 17. Juni 1931 im Ministerrat vertrat.<sup>55</sup>

Schließlich konnte auch die Arbeitslosigkeit, die zwischen 1933 und 1937 gesunken war (von 557.000 auf 464.000)<sup>56</sup>, nicht substantiell bekämpft werden. Die permanente Präsenz der Massenarbeitslosigkeit, die materiellen und sozialen „Grenzsituationen“, mit denen sich weite Teile der Bevölkerung – insbesondere auch die arbeitslose Jugend – während der 1930er-Jahre konfrontiert sahen, blieben letztlich „nicht ohne Rückwirkungen auf die Widerstandskraft gegen den Sog des Nationalsozialismus“.<sup>57</sup> In diesem Zusammenhang muss wohl auch die Frage nach der (Nicht-)Lebensfähigkeit der Ersten Republik gesehen werden. Gemessen an der Gesamtsituation, mit der sich die österreichische Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit konfrontiert sah, wundert es aus zeitgenössischer Sicht kaum, dass unmittelbar nach dem Ende des Krieges vielfach die Lebensfähigkeit des neuen Staates infrage gestellt wurde<sup>58</sup> – eine Disposition, die sich plakativ in jenem §2 der am 12. November 1918 proklamierten provisorischen Verfassung manifestierte, in der Deutschösterreich als Bestandteil der Deutschen Republik festgeschrieben wurde<sup>59</sup> – und eine Disposition, die für viele (für die Bevölkerung wie auch für politische Eliten)<sup>60</sup> – auch als psychologischer Faktor<sup>61</sup> – während der gesamten Ersten Republik ein zentrales Thema war.<sup>62</sup> Nicht zuletzt, da aus einer psychohistorisch-soziologischen Sicht „irrationale Stimmungen“ stets „als Reflex auf Lebensumstände und Systembedingungen“<sup>63</sup> zu verstehen sind, die „nicht nur für das Ich, sondern ebenso für Gruppen, Kollektive und ganze Gesellschaften“<sup>64</sup> gelten, da „die Stimmung [...] in der Situation, in der ich mich mit anderen befinde und aus der ich mich selbst verstehe“<sup>65</sup> liegt. Es ist dann oft nur ein kleiner Schritt „zur Regression, also zur Schwächung des Ichs, der Vereinheitlichung der Gedanken und Gefühle innerhalb der Masse, der Dominanz der Affektivität ohne Realitätsprüfung“<sup>66</sup>, wodurch Kollektive ideologisch-politisch manipulier- und steuerbar werden. In diesem Zusammenhang bedeutsam ist die Komplexität von Emotionen, der „Mischzustand von Emotionen“<sup>67</sup>, der im Spannungsfeld zwischen Ängsten, (freudigen) Zukunftserwartungen und Scham<sup>68</sup>, nicht den gesellschaftlichen Normen entsprechen zu können, auf einer kollektiven Ebene Ausgangspunkt „affektiver Sozialbewegungen“<sup>69</sup> werden kann.

Schließlich müssen die ökonomischen Potenziale und die damit verbundenen Möglichkeiten, an die Vorkriegssituation anzuknüpfen, differenziert gesehen werden. Grundsätzlich kann das Erbe der österreichischen Republik aus der Donaumonarchie zunächst positiv interpretiert werden – auf dem Papier. Österreich erbt von Cisleithanien 22 Prozent der Bevölkerung, 30 Prozent des Volkseinkommens<sup>70</sup> und rund ein Drittel sämtlicher Fabriken und Industriearbeiter.<sup>71</sup> Dabei war der Anteil bei den Großbetrieben etwas geringer, Mittel- und Kleinbetriebe stellten den Hauptanteil dar. 39 Prozent der aktiven Landbevölkerung waren in der Landwirtschaft, 32 Prozent in Bergbau, Handwerk und Industrie, 16 Prozent in Handel und Verkehr sowie 13 Prozent im öffentlichen Dienst und in privaten Dienstleistungen tätig.<sup>72</sup> Darüber hinaus verfügte die Bevölkerung der neuen Republik über das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Monarchie<sup>73</sup>, wobei der Produktionsbereich sowie der Dienstleistungssektor (Banken, Versicherungen, Handel und Transport) überproportional gut entwickelt waren.<sup>74</sup> Damit verfügte Österreich im Vergleich zu den anderen Nachfolgestaaten zwar eindeutig über das höchste ökonomische Entwicklungsniveau, jedoch erwiesen sich die Strukturprobleme, die durch die Auflösung des ehemals gemeinsamen Wirtschaftsraumes entstanden waren, als übermächtig.<sup>75</sup> Ein hohes Volkseinkommen, ein gut entwickelter Industriesektor, eine erfolgreich-zukunftsorientierte Elektroindustrie und ein hochentwickelter Bankensektor waren kein Garant für eine prosperierende Wirtschaftsentwicklung<sup>76</sup> – ungeachtet der Tatsache, wie Lebens- oder Nicht-Lebensfähigkeit aus zeitgenössischer Sicht wahrgenommen und beurteilt wurde, welche „Stimmungen“ also vorherrschten. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass der gesamte Komplex der sozio-ökonomischen Strukturprobleme der Ersten Republik im Kontext internationaler Entwicklungen zu sehen ist – bis hin zur Weltwirtschaftskrise 1929 –, Entwicklungen, mit denen sich schließlich auch die Nachfolgestaaten konfrontiert sahen. Auf jeden Fall gelang es im Rahmen der „Reformperiode“ zwischen 1918 und 1921 unter wesentlichem Einfluss der sozialdemokratischen Partei, einen regelrechten „Sozialboom“<sup>77</sup> auszulösen, der durch eine weitgreifende Sozialgesetzgebung gekennzeichnet war, welche die junge Republik – im Kontext der europäischen Staaten der Nachkriegszeit einzigartig<sup>78</sup> – durch ein „leistungs- und konkurrenzfähiges Sozialversicherungswerk“<sup>79</sup> – als modern-fortschrittlichen Staat auswies. Darunter befanden sich unter anderem die Sicherung einer Arbeitslosenunterstützung (1918/19), die Einführung des Achtsturentags (1918/19), der Erlass des „Betriebsräte-“ sowie des „Arbeiterurlaubsgesetzes“ (beide 1919), die Einführung einer Arbeitslosenversicherung sowie einer Arbeitslosenunterstützung, eines „Hausgehilfengesetzes“ (alle 1920) und die 1921 beschlossene und 1926 als „Angestelltengesetz“ und „Angestelltenversicherungsgesetz“ umgesetzte Arbeitslosen-, Unfall-, Kranken- und Pensionsversicherung für Angestellte.<sup>80</sup> Ebenso 1921 erlassen wurden eine „Haus- und Landarbeitsverordnung“ für die im landwirtschaftlichen Bereich tätige Bevölkerung<sup>81</sup> sowie ein „Luftkeuschen-Ablösungsgesetz“, wodurch es Land- und Forstarbeitern möglich wurde, ihre auf dem Grund des Arbeitgebers errichteten Behausungen käuflich zu erwerben.<sup>82</sup> Ab 1922 erhielten Arbeitslose, deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erloschen war, eine „außerordentliche Notstandsunterstützung“.<sup>83</sup> Als besonders einzigartig wurde weltweit das Projekt des „Roten Wien“ als großangelegtes tiefgrei-

fendes, gesellschaftspolitisches Reformwerk wahrgenommen, wobei nicht zuletzt der soziale Wohnbau internationale Maßstäbe zur Errichtung leistbarer, nach modernsten Richtlinien geplanten Wohnungen setzte.<sup>84</sup> Neue Wohnungen sollten für neue Menschen in einer neuen Gesellschaft geschaffen werden.<sup>85</sup>

Für die Steiermark bedeutete das Ende des Krieges nach dem Friedensvertrag von St. Germain vor allem die Abtrennung der ehemaligen Untersteiermark, die dem neuentstandenen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat) eingegliedert wurde, wodurch Graz in eine geopolitische Randlage der neuen Republik rückte. Gleichzeitig bewirkte die neue Grenzziehung durch die Unterbrechung der Südbahnlinie und insbesondere durch den Wegfall des für die Monarchie zentralen Hafens Triest/Trieste/Trst nicht nur einen fatalen verkehrstechnischen Eingriff<sup>86</sup>, sondern massive Einschränkungen der Handelstätigkeit, die sich insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch auf die Produktion und schließlich auf die Versorgung der Bevölkerung vor allem mit Grundnahrungsmitteln<sup>87</sup> auswirkte, worunter nicht zuletzt auch die Grazer Bevölkerung massiv zu leiden hatte, nachdem der neu entstandene Staat nun aus dem über Jahrhunderte gewachsenen Wirtschaftsraum der Donaumonarchie herausgelöst worden war. Damit war jedoch auch die Grazer Situation Teil jener Entwicklung geworden, die sie in weiterer Folge – mit regionalen und lokalen Unterschieden – während der Ersten Republik mit der Bevölkerung ganz Österreichs teilte.

### **Alltag nach dem Krieg – Kriegsheimkehrer und Grippeepidemie**

Als im November 1918 der Erste Weltkrieg endete, kehrten viele Kriegsteilnehmer erschöpft, ausgezehrt und teilweise kriegsversehrt in ihre jeweilige Heimat, unter anderem auch nach Graz, zurück. Dabei stellte die Steiermark vor allem durch die Südbahn eine der Hauptverkehrsverbindungen für Heimkehrer aus Südosteuropa und Italien dar. So passierten beispielsweise am 7. November 1918 21.000 Personen den Grazer Hauptbahnhof, wobei es immer wieder auch zu Auseinandersetzungen kam – so etwa am 12. November, an dem ein Schusswechsel zwischen Kriegsheimkehrern und der Bahnhofswache stattfand.<sup>88</sup> Gewarnt wurde von der Grazer Stadtregierung vor allem vor den ansteckenden Krankheiten, welche die Heimkehrer mit sich brächten, insbesondere vor der Spanischen Grippe, woran sich ein damals zehnjähriger Zeitzeuge wie folgt erinnert:

„Und es ist eine schwere Grippe entstanden. Eine ist besonders hart gewesen, das war die sogenannte Influenza. Heute würde man sagen, Grippe, aber die war so fürchterlich. Ich kann Ihnen sagen, wenn man von der Schule heimgelangen ist, da sind überall die Leichenwägen gestanden, haben die Toten von den Häusern herausgetragen. Damals hat es noch kein Auto gegeben, das waren lauter Pferdefuhrwerke, es hat noch kein Leichenauto gegeben. Wie oft haben wir gesehen, wenn der Deckel nicht ganz zu war. Das war der tägliche Anblick, wie die Fliegen sind die Leute gestorben. Die Spitäler waren überfüllt.“<sup>89</sup>

Bereits 1917 kam es in Graz zu „mehrfach auftretend[en] Erkrankungen an [der] Grippe“, doch erst im Herbst 1918 erreichte jene Pandemie, die als „Spanische Grippe“ in die Geschichte einging, die Stadt.<sup>90</sup> Erkrankungen gingen häufig mit einer Lungenentzündung einher. Personen jugendlichen Alters waren davon am stärksten betroffen. Da die Pandemie im europäischen Kontext im letzten Kriegsjahr ausbrach und sich mit dem Kriegsende überschneidet, drängte sich aus zeitgenössischer Perspektive jedoch ein Zusammenhang beider Phänomene auf, wodurch sich die Wahrnehmung sowie die Auswirkungen der allgemeinen Notlage der Bevölkerung zusätzlich krisenhaft verstärkten.<sup>91</sup>

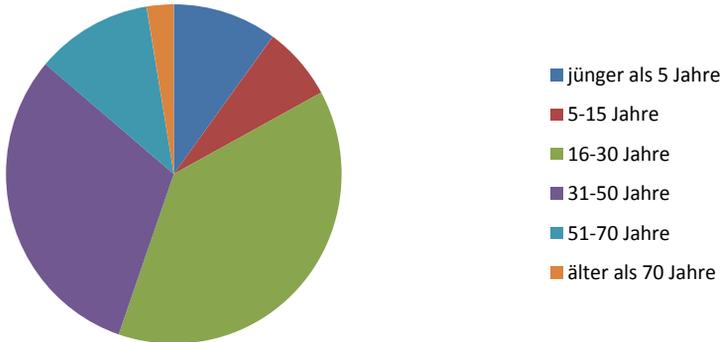


Tabelle 1: Altersverteilung der in Graz an Spanischer Grippe Erkrankten im Oktober 1918. Nachweis: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 35, 20.12.1918, Graz 1918, 764

Der Stadtrat sah sich bereits am 9. Oktober 1918 beziehend auf das Reichsanzitätsgesetz vom 30. April 1870 gezwungen, Maßnahmen zur Eindämmung zu ergreifen:

- „1. Sämtliche öffentlichen und privaten Kindergärten, Volks- und Bürgerschulen und Mittelschulen sind von Donnerstag, den 10. Oktober an auf drei Wochen, das ist bis einschließlich 30. Oktober, zu schließen. Diese Maßregel bezieht sich auch auf Näh-, Lehrlings- und Handelsschulen sowie ähnliche Unterrichtsanstalten, einschließlich des Besuches religiöser Übungen.
2. Die Kinos sind für die gleiche Zeitdauer zu schließen.
3. An der Grippe Erkrankte sind tunlichst zu isolieren und auch in Spitälern und Anstalten in besonderen Abteilungen, beziehungsweise Zimmern unterzubringen.
4. Unter Erscheinung von Grippe erkrankte Personen werden dringend aufgefordert, den Besuch öffentlicher Orte, Versammlungen, Kirchen, Theater u. dgl., den Verkehr in Ämtern und das Fahren auf der Straßenbahn zu unterlassen.“<sup>92</sup>

Alleine in der Woche vom 20. bis zum 26. Oktober 1918 kam es zu 231 Todesfällen, von denen 145 auf die Grippe beziehungsweise auf Lungenentzündung zurückgeführt

wurden.<sup>93</sup> Siegfried Rosenfeld verwendete als Grundlage für sein 1921 veröffentlichtes Werk „Die Grippeepidemie des Jahres 1918 in Österreich“<sup>94</sup> Fragebögen, die von Amtsärzten an die zuständigen Behörden gesandt werden sollten.<sup>95</sup> So verzeichnete er für Graz zwischen dem ersten Quartal 1918 bis zum ersten Quartal 1919 lediglich drei Grippetote. Im vierten Quartal 1918 wurden 754 Todesfälle den Folgen einer Lungenentzündung zugeschrieben.<sup>96</sup> Die Statistiken der Grazer Amtsblätter sprechen hingegen von 1.020 Toten für diesen Zeitraum.<sup>97</sup> In den darauffolgenden Monaten flaute die Grippeepidemie langsam ab und die Mortalitätsrate an Grippe/Lungenentzündung pendelte sich beginnend mit Jänner 1919 auf ein durchschnittliches Niveau ein.

Gleichzeitig verzeichnete der Großraum Graz infolge der Auflösung der Monarchie durch Zuzüge insbesondere aus der Untersteiermark einen Anstieg der Bevölkerungszahlen. So hatte sich die Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl in Alt-Graz (bestehend aus den Bezirken Innere Stadt, St. Leonhard, Jakomini, Geidorf, Lend und Gries) im Zeitraum zwischen 1910 und 1920 von 151.781 Personen (146.507 ohne aktives Militär) auf 157.032 und damit um circa 5.000 Personen erhöht,<sup>98</sup> was die allgemeine Ernährungs- und Wohnungssituation weiter verschärfte. Dieser Anstieg hatte mehrere Gründe: So zog es nach Kriegsende einerseits die Verwaltungseliten aus Südosteuropa in die Steiermark, andererseits blieben viele Kriegsheimkehrer in der Hoffnung auf bessere wirtschaftliche Möglichkeiten ebenfalls in Graz. Nicht zuletzt waren es Flüchtlinge, die in Deutschösterreich ihr Glück suchten, was ein 1913 geborener damals fünf Jahre alter Zeitzeuge wie folgt schildert:

„1920 begann eine unwahrscheinliche Flucht der Deutschen, der deutschsprachigen Bevölkerung, hier nach Steiermark, also nach Österreich, ins ‚Rumpfösterreich‘ würde ich sagen. Wir haben selbst seinerzeit in einem Viehwaggon zwei Jahre leben müssen, weil wir keine Wohnung bekommen haben.“<sup>99</sup>

Mit der allgemeinen Lebensmittel- und Wohnungsknappheit war auch ein prekärer Mangel an Medikamenten sowie an Reinigungs- und Desinfektionsmitteln verbunden, wodurch nicht zuletzt auch eine effiziente Ungezieferbekämpfung (etwa der Läuse) unmöglich war. Gleichzeitig führte ein eklatanter Wäsche- und Bekleidungsmangel dazu, dass insbesondere viele Kinder bei Minusgraden dürrtig oft nur mit Holzschuhen bekleidet waren oder überhaupt barfuß gehen mussten.<sup>100</sup> Der Bekleidungsmangel war jedoch nicht nur für die unmittelbare Nachkriegszeit für Teile der Bevölkerung wesentlich, was sich in der nachstehenden Erinnerung ausdrückt:

„Ein Wohlstand, der Wohlstand, den wir heute hier haben, ist in dem Jahr 1930 [sic!], 1928, 1930, 1933 gar nicht zu denken. Fräulein, man hat einen Anzug besessen, ein Paar Schuhe und vielleicht, wenn es gut gegangen ist, zwei Hemden, nicht wahr. Das eine Hemd ist angezogen worden, das andere Hemd ist gewaschen worden. Anzüge, dass man die weggeworfen hat, man hat die Anzüge, die aus gutem Stoff waren, ‚prima‘ Stoff, die hat man gewendet. Dann hat man sie ein paar Jahre auf dieser Seite und die andere Seite hier war auch kaputt.“<sup>101</sup>

Letztlich war auch der damals extrem vorherrschende Brennstoffmangel für die Zunahme von Krankheiten mitverantwortlich. So erhielt ein Haushalt um 1920 in Graz circa zwanzig Kilo Kohle pro Woche zum Heizen.<sup>102</sup> Dementsprechend war es ein zentrales Anliegen der Stadtgemeinde, die Versorgungsfrage mit Lebensmitteln und auch mit Brennstoffen so gut es ging zu verbessern.

## Die Versorgungsfrage

Sowohl die Versorgung mit Nahrungsmitteln als auch der Nachschub an notwendigen Energieträgern war bereits während des Krieges äußerst prekär und blieb dies auch in den Monaten nach Kriegsende. Ein damals 18-jähriger Mann schildert seine diesbezüglichen Erinnerungen:

„Es kann sich kein Mensch vorstellen, von den Jungen heute überhaupt niemand, ich habe den ‚Hungerwahn‘ gehabt. Wissen Sie, was das heißt? Ich habe Holz gegessen, ich habe abgefaultes Holz gegessen und im Zimmer, wie ich da mit den Augen herum, ich habe gesagt, das gibt es doch nicht, man muss doch tot werden davon. Ich habe nichts zum Anziehen gehabt. Ich bin in der Nacht in die Höfe und die Gärten von den Bauern, habe das grüne Obst von den Bäumen genommen, habe es gegessen und bin trotzdem nicht sterbenskrank geworden.“<sup>103</sup>

Größere Hungersnöte konnten zwar von Seiten der Regierung abgewendet werden, dennoch blieb die Steiermark und vor allem Graz auf Lebensmittelimporte von außen angewiesen. Seit Anfang 1919 bezog Deutschösterreich von den Alliierten Hilfslieferungen. An erster Stelle standen dabei italienische Getreidelieferungen. Dadurch konnte zwar eine Grundversorgung mit dringend benötigtem Mehl sichergestellt werden, der allgemeine Versorgungsgrad der Bevölkerung war und blieb dennoch unzureichend. Der Engpass an Lebensmitteln, die in Graz – wenn überhaupt – nur zu überhöhten Preisen zu bekommen waren, führte zu strengen Rationierungen. Aufgrund des Mangels an Fleisch wurden bereits während des Krieges Fleischbezugskarten eingeführt, beginnend mit Oktober 1918 sogar eine „Fleischlose Woche“ ausgerufen.<sup>104</sup> Ebenso wurden in den Nachkriegsmonaten Mehl-, Brot-, Fett-, Fleisch-, Zucker-, Milch-, Kartoffel-, Seifen- und Kohlekarten ausgegeben.<sup>105</sup> Zusätzlich wurde es den Geschäften verboten, ihre Auslagen mit schwer erhältlichen Lebensmitteln zu füllen, um mögliche Anstürme auf diese Produkte zu vermeiden. So war es beispielsweise aufgrund des herrschenden Milchmangels verboten, Milchprodukte in Auslagen zu präsentieren.<sup>106</sup>

Bundesweit versuchte man, durch den Erlass von Aufenthaltsbeschränkungen beziehungsweise -bewilligungen für Touristen und „Sommerfrischler“ den Nahrungsmittelkonsum auch von fremden Personen zu beschränken.<sup>107</sup>

Von Unterernährung waren besonders Kinder und Jugendliche betroffen. Ärztlicherseits wurden bei diesen vor allem Untergewicht, Wachstumsstörungen sowie

Müdigkeits- und allgemeine Erschöpfungszustände festgestellt.<sup>108</sup> Eine 1911 geborene Frau – später selbst Lehrerin – erinnert sich an die Lebensumstände unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg:

„[...] Armut nach dem Ersten Weltkrieg war großgeschrieben. Nicht nur Armut an Dingen die man zum Leben braucht, sondern auch die Armut der Gesundheit, blutarme Kinder waren damals an der Tagesordnung. Unter Blutarmut kann man sich heute gar nichts mehr vorstellen, aber damals waren wirklich, blauumränderte Augen der Kinder deuteten auf Blutarmut hin, also auf das Fehlen von den wichtigsten Nahrungsmitteln [...].“<sup>109</sup>

Auch Engelbert Rückl, der im Jahr 1919 für die Sozialdemokratische Partei in den Gemeinderat gewählt worden war,<sup>110</sup> vermerkt in einem Bericht über die Anforderung eines Schweizer Hilfsausschusses den Befund des Arztes Dr. Hans Buchtala, der zwischen März und Juni 1919 alle 10.577 Grazer Volks- und Bürgerschulkinder untersuchte, dass das Gewicht der Burschen um durchschnittlich 18 Prozent, jenes der Mädchen um 12 Prozent gegenüber der Untersuchungen von 1914 geringer war. Extrem groß waren die Gewichtsunterschiede innerhalb der Altersklassen: So wurden bei den Untersuchungen siebenjährige Schülerinnen und Schüler mit nur 12 Kilogramm und elfjährige mit nur 16 Kilogramm Körpergewicht gewogen. Vor Kriegsbeginn verzeichnete Buchtala als durchschnittliches Gewicht bei siebenjährigen Knaben 23 Kilogramm, bei gleichaltrigen Mädchen 21 Kilogramm. Elfjährige Knaben wogen vor Kriegsbeginn im Durchschnitt noch 32,5, gleichaltrige Mädchen 29 Kilogramm.<sup>111</sup>

In Zusammenhang mit der mangelhaften Versorgungssituation steht unter anderem auch die zunehmende Einrichtung von Heimgärten im Kontext der Heimgartenbewegung.<sup>112</sup> Heimgärten wurden im Großraum Graz seit dem Jahr 1907 am Areal „Maut Gösting – Wienerstraße“<sup>113</sup> angelegt,<sup>114</sup> 1910 folgte der „Heimgarten Steinfeld“ in Eggenberg und seit 1913 bestehen etwa die Heimgärten des Heimgartenvereins „Schönau“ auf dem durch die Stadtgemeinde 1919 erworbenen Areal der ursprünglichen „Tupay-Gründe“, wodurch die Versorgungssituation für einen Teil der Bevölkerung etwas verbessert werden konnte. Dementsprechend wurde die Anlage von Heimgärten während der gesamten Zwischenkriegszeit als zusätzliche Versorgungsmöglichkeit forciert, indem seitens der Stadtgemeinde ungenutzte Bodenflächen an bedürftige Bewohnerinnen und Bewohner abgegeben wurden.<sup>115</sup> Ein 1909 geborener Zeitzeuge erinnert sich an die Bedeutung der Heimgärten folgendermaßen:

„Da ist dieses Heimgartenwesen sehr stark in Schwung gekommen, diese Schrebergartenwiesen. Heute wenn man die Schrebergärten anschaut, sind das herzige schöne Blumengärten mit kleinen Häuserln, aber damals, da ist nur Gemüse angepflanzt worden und jeder hat geschaut, dass er sich selbst versorgen konnte. [...] So war die Not. [...] Jedenfalls, ein jeder hat geschaut, dass er einen Heimgarten irgendwo auftreibt. Wie das war, ich glaube von der Gemeinde aus ist das dann zugeteilt worden usw.“<sup>116</sup>

Bei 90 Prozent der Grazer Heimgartenareale trat die Stadt Graz als Eigentümerin auf, wobei die Kleingärtner als Pächter des jeweiligen Grundstücks fungierten. Die Gärten wurden insbesondere für den Anbau von Obst und Gemüse sowie zur Kleintierhaltung genutzt.<sup>117</sup> Häufig wurden auch die Innenhöfe von Wohnblöcken dafür benützt, was hygienische Missstände bedingte und seitens der Grazer Stadtregierung auf Widerstand stieß.

In der zweiten Jahreshälfte 1919 konnten die innenpolitischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Österreich zwar einigermaßen stabilisiert werden, die Versorgungslage blieb jedoch weiterhin mehr als angespannt. Fast täglich kam es österreichweit – so auch in verschiedenen steirischen Städten – zu Hungerdemonstrationen<sup>118</sup> mit Plünderungen und Beschädigungen. Nicht anders in Graz: Am 26. März 1920 drangen im Verlauf einer solchen Demonstration Arbeiter und Arbeiterinnen in das Grazer Landhaus ein und griffen Politiker tätlich an.<sup>119</sup> Die bekannteste Ausschreitung fand am 7. Juni 1920 statt und wurde von den Medien als „Kirschenrummel“ tituliert. Auch wenn der Auslöser dazu die Teuerung der Marktpreise für Lebensmittel war, so mischten sich alsbald auch politische Untertöne in diese Ausschreitung: „In Graz wurde diese Explosion heute vormittags durch die hohen – Kirschpreise hervorgerufen. Ein verhältnismäßig nichtiger Grund, aber er genügte, um die lange zurückgehaltene Erbitterung zum wilden Durchbruch zu bringen.“<sup>120</sup>

Die sozialdemokratische Parteizeitung „Der Arbeiterwille“ schilderte in den Tagen der Demonstration die Vorgänge am genauesten. Folgt man dieser Berichterstattung, so sollte „der ‚Kirschenrummel‘ von langer Hand vorbereitet“ gewesen sein und schließlich „ein Vorstoß gegen die Regierung [...] und gegen die – Juden“ werden,<sup>121</sup> was sich auch in seinem Fortgang zeigt. Nachdem eine Gruppe von Frauen gegen die hohen Kirschpreise – zwischen 15 und 16 Kronen pro Kilogramm – am Kaiser-Josef-Platz protestiert hatte, ging der Zug zum Jakominiplatz weiter, wo sich innerhalb kürzester Zeit massenhaft Menschen diesem Tumult anschlossen. Dort wurde lautstark die Herabsetzung der Obst- und Gemüsepreise gefordert. Stände wurden verwüstet und geplündert, bis Mittag lag der Jakominiplatz in Trümmern. Es schien, als habe die Zahl der Demonstrantinnen und Demonstranten im Laufe des Tages weiter zugenommen. Die ursprüngliche Intention – der Protest gegen zu hohe Preise – schien von einer Gruppe nicht mehr mitgetragen worden zu sein. Vielmehr entwickelte sich aus der Hungerdemonstration ein politischer Aufruhr, indem sich die Hetze nun auf das Grazer Judentum konzentrierte:

„[...] und so arbeiteten sie, ohne voneinander zu wissen, mit denselben Mitteln, aber grundverschiedenen Zielen dienend, gemeinsam für das große Blutbad: Monarchisten und Kommunisten, Nationalisten und Plünderer, k. und k. Heimkehrer mit Offizierslappen und Antisemiten, die bei jedem jüdenfeindlichen Ruf gleich die Schnüre ihrer Rucksäcke lockerten.“<sup>122</sup>

Nach der Stürmung (des bis heute bestehenden) Annenhofkinos wurde der Murplatz (Südtirolerplatz) zu einem letzten neuralgischen Punkt dieser Auseinandersetzungen. Eine Gendarmerieabteilung feuerte auf Befehl des Kommandanten in die Menschen-

menge, 15 Tote und mehrere Schwer- und Leichtverletzte waren zu verzeichnen.<sup>123</sup> Eine Folge dieser Ereignisse war die zumindest kurzfristige Herabsetzung der Marktpreise. So wurden Kirschen am folgenden Tag zu etwa einem Drittel des Preises des Vortages, nämlich „zu 5K 50h“<sup>124</sup> das Kilogramm verkauft. Auch anderes Obst und Gemüse wurde zu verbilligten Preisen angeboten.<sup>125</sup> Namentlich bekannte Frauen, die als Anstifterinnen „des Rummels“ gesehen wurden, wurde der Prozess gemacht. Die Bekannteste unter ihnen war Gräfin Petronella Zedtwitz, die in den Medien als eine von „hysterischer Unrast“<sup>126</sup> getriebene Frau diffamiert wurde. Sie wurde von einem Richter wegen Erpressung und Amtsehrenbeleidigung zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt, von der Aufforderung zum Diebstahl allerdings freigesprochen.<sup>127</sup>

Die seit Mai 1919 österreichweit durchgeführte Amerikanische Kinderhilfsaktion („American Relief Administration“) sorgte zumindest bis zu einem gewissen Grad vor allem in Bezug auf heranwachsende Kinder und Jugendliche für Abhilfe. Durch die „American Relief Administration Warehouse“ lief eine humanitäre Aktion an, die durch die Sendung von Lebensmittelpaketen vorerst die Kinder in Österreich versorgte. Bundesweit, auch in Graz, wurde ein Netz von Ausspeisungsstellen der amerikanischen Kinderhilfsaktion eingerichtet. Ursprünglich war österreichweit die Ausgabe von insgesamt 60.000 Kinderportionen zu je 600 Kalorien pro Tag vorgesehen. Tatsächlich sollten es bis Ende des Jahres 1919 300.000 Portionen für Kinder zwischen 6 und 14 Jahren werden, wobei die Altersgrenze sogar auf 17 Jahre erhöht wurde. Davon

Ware	Gewicht in kg
Kakao	488.692
Zucker	1.298.321
Kondensmilch	3.755.689
Mehl	5.606.912
Hülsenfrüchte	1.988.081
Reis	1.665.821
Schmalz	288.222
Speck	304.491
Büchsenfleisch	25.310
Maismehl	533.604
Lebertran	25.442
Bohnenmehl	184.117
Seife	99.771
<b>Summe</b>	<b>16.264.473</b>

Tabelle 2: Von 31. Mai 1919 bis 1. April 1920 nach Österreich verschickte Lebensmittel.  
Nachweis: Ein Jahr amerikanisches Hilfswerk in Oesterreich, in: Grazer Mittagsblatt vom 10.6.1920, 2

wurden in der Steiermark täglich 35.000 Kinder verköstigt. Im ersten Jahr wurden Lieferungen im Wert von 6.098.163 Dollar verschickt. Zusätzlich zu Lebensmitteln wurde Österreich mit weiteren lebensnotwendigen Produkten wie Kleidung versorgt.<sup>128</sup>

In Graz beteiligten sich auch diverse Privatpersonen und Firmen durch Sach- und Geldspenden an der Amerikanischen Kinderhilfsaktion. Den größten Einzelbetrag spendete dabei die Firma „Brüder Lechner“ mit 10.000 Kronen.<sup>129</sup> Im April 1922 wurde durch Engelbert Rückl der Antrag gestellt, dass die Gemeinde nach dem Auslaufen der amerikanischen Hilfe gemeinsam mit Bund und Ländern die Schulausspeisung fortsetzen möge. Dieser Antrag wurde jedoch mit 25 Nein-Stimmen abgelehnt.<sup>130</sup> Immerhin erklärte sich der Stadtrat bereit, einen Kostenbeitrag für eine weitere Ausspeisung in Höhe von 153 Millionen Kronen pro Jahr zu übernehmen.<sup>131</sup> Dennoch blieb diese Hilfsaktion vielen Beteiligten in lebhafter Erinnerung, worüber eine 1911 geborene Zeitzeugin zu berichten weiß:

„Das war aber jetzt bald nach dem Ersten Weltkrieg, also das war in den Jahren 1918 bis 1921/22, es hat vielleicht schon 1917 angefangen. Ich rechne es von meiner Schulzeit aus, war die amerikanische Ausspeisung. Es war ein Festtag, ein Samstag, wenn ein Milchreis serviert wurde, in unseren Häferln wenn wir den heimtragen, also nehmen konnten. Weniger beliebt war die ‚Wasserkakaosuppe‘, der Wasserkakao, wir haben immer ‚Suppe‘ dazu gesagt und da wurde aber auch ein Festessen daraus, wenn einmal in der Woche ein Stück Weißbrot dabei war.“<sup>132</sup>

Die „American Relief Administration“ löste sich schließlich am 30. Juni 1923 auf und die Agenden wurden an die Republik Österreich übergeben. An dessen Stelle traten ab 1. Juli 1923 mithilfe des „Commonwealth Funds“ das amerikanisch-österreichische Hilfswerk sowie die „Amerikanisch-Österreichische Mittelstandshilfe“, die weiterhin von der Stadt Graz unterstützt wurden.<sup>133</sup> Neben Kranken-, Waisenhäusern und Sittenheimen wurden auch an Frauen-, Altenversorgungs-, Arbeitslosen- und Kriegsinvalidenvereine und schließlich vermehrt auch an Einzelpersonen sogenannte „Dollarpakete“ verteilt. Durch neuerliche Dollarspenden vom Commonwealth-Fund konnten ganze Berufs- und verschiedene Gesellschaftsgruppen mit Paketen versorgt werden.<sup>134</sup>

Schließlich beteiligten sich mehrere europäische Länder an humanitären Hilfsmaßnahmen. So wurden beispielsweise auch Ferienaktionen – unter anderem in der Schweiz, Italien, den Niederlanden oder Ungarn – organisiert, wodurch die Kinder ihren allgemeinen Gesundheitszustand verbessern konnten. Allein in den letzten beiden Kriegsjahren beziehungsweise in den ersten Nachkriegsmonaten konnten so über 1.000 Kinder zu längeren Aufenthalten in die Schweiz geschickt werden.<sup>135</sup> Eine 1902 geborene Zeitzeugin erinnert sich:

„Und eines Tages bekommt meine Mutter einen Brief ins Haus und die war ganz desperat und hat sie gesagt: ‚Was hast du denn da angestellt. Du sollst da fortkommen.‘ Ich habe gesagt: ‚Ja freilich, Mama, ich komme in die Ferien wohin.‘ ‚Na ja, ist gut.‘ Sie war selber froh, dass ein Esser wieder weniger ist und

da bin ich gekommen nach Ungarn und das hat früher Felsőör geheißen und bin zu einer ungarischen Gräfin gekommen. Dort ist es mir sehr gut gegangen, die hat mich auch sehr lieb gehabt. Und dieses Felsőör ist heute das sogenannte Oberwart.“<sup>136</sup>

Trotz aller nationaler und internationaler Versuche, die Situation in Österreich – und so auch in Graz – weitgehend zu normalisieren, prägten Hunger- und Teuerungs demonstrationen insbesondere in der Zeit der wirtschaftlichen Krise der ersten Hälfte der 1920er-Jahre sowie in den Jahre ab 1929<sup>137</sup> immer wieder das Alltagsbild österreichischer Städte – sie standen quasi auf der Tagesordnung.

### **Arbeitslosigkeit, Sozialgesetzgebung und Wohnungsfürsorge**

Neben dem prekären Lebensmittelmangel – insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren – stellte vor allem die Arbeitslosigkeit eines der größten Probleme der Zwischenkriegszeit dar – nicht zuletzt deshalb, da sie während der gesamten Ersten Republik ein grundlegendes strukturelles, die gesamte sozio-ökonomische und letztlich auch politische Entwicklung des Zeitraums zwischen 1918 und 1938 prägendes Element war.<sup>138</sup>

Österreichweite Vorbildwirkung hatte diesbezüglich die Einrichtung der aus dem „Landesverband für Wohltätigkeit in Steiermark“ gegründeten „Arbeitsvermittlungsanstalt“ am 5. Juli 1897 durch Ernst Mischler.<sup>139</sup> Neben der Vermittlung von Arbeitskräften für gewerbliche, industrielle und Handelsbetriebe war sie auch für „landwirtschaftliche Arbeiter“ und „häusliche Dienstboten“ zuständig.<sup>140</sup> In den Jahren 1899 bis Mitte 1915 bewegten sich die offenen Stellen, Gesuche und Vermittlungen in Graz im Durchschnitt gleichmäßig aufsteigend. Die Kriegsindustrie war zwar mit Arbeitskräften versorgt, da es das Kriegsleistungsgesetz, das am 26. Juli 1914 in Kraft trat, erlaubte, arbeitsfähige männliche Zivilpersonen im Alter bis zu 50 Jahren für die Produktion von Kriegsgütern heranzuziehen. Am 18. März 1917 wurden auch Frauen diesem Gesetz unterstellt.<sup>141</sup> Demgegenüber hatte die Friedensindustrie einen massiven Rückgang an Arbeitskräften zu verzeichnen.<sup>142</sup> Als die der Kriegsindustrie zugeteilten Arbeitskräfte sowie die „Männerarbeit“<sup>143</sup> verrichtenden Frauen diese verließen, resultierte daraus ein sprunghaftes Ansteigen der offenen Stellen.<sup>144</sup> 1918 ging die steirische Arbeitsvermittlung in den „steirischen Arbeitsnachweis“ über und mit Einführung der Arbeitslosenversicherung 1920 wurde auch in Graz eine „Industrielle Bezirkskommission“ eingerichtet.<sup>145</sup> Diese Körperschaft, die für Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung zuständig war, war als Arbeitslosenamt auch für die Anweisung der Arbeitslosenunterstützung berechtigt.<sup>146</sup>

Die Einrichtung dieser Arbeitsvermittlungsstellen gehörte neben der Einführung der Arbeitslosenversicherung<sup>147</sup> zu den Maßnahmen, die am Beginn der Ersten Republik durch eine sozialdemokratisch-christlichsoziale Koalition (1919–1920) geschaffene Sozialgesetzgebung<sup>148</sup> unter dem sozialdemokratischen Staatssekretär Ferdinand Hanusch eingeführt wurden. Die Arbeitslosenversicherung, die auch den Bezug des Arbeitslo-

sengeldes regelte, galt seit 24. März 1920. Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Gewerbe, in der Industrie oder im Bergbau tätig waren, erhielten für jeden Tag, an dem sie arbeitslos waren, eine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe des ihnen zustehenden täglichen Krankengeldes für die Dauer von drei Monaten. Das waren zum damaligen Zeitpunkt maximal 6 Kronen und zusätzlich eine Krone für „Familienhalter“.<sup>149</sup> Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten jene Arbeiter und Arbeiterinnen, die während der vorangegangenen 12 Monate mindestens 20 Wochen hindurch ein krankenversicherungspflichtiges Arbeits- oder Dienstverhältnis aufweisen konnten. Familienhalter erhielten 80 Prozent, alle übrigen Arbeiter 60 Prozent des täglichen Krankengelds. Innerhalb von 12 Monaten konnte man höchstens 12 Wochen lang Arbeitslosengeld erhalten. 1922 wurde die Altersgrenze mit dem vollendeten 16. Lebensjahr, 1930 mit dem vollendeten 17. Lebensjahr festgesetzt.<sup>150</sup> Seit 1922 erhielten Arbeitslose, die nach einer maximalen Verlängerung von 12 auf 30 Wochen Arbeitslosengeld keinen Anspruch mehr darauf hatten, aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung eine Notstandunterstützung, die „Notstands-aushilfe“. 1926 wurde die zeitliche Begrenzung von 22 Wochen für Arbeitslose unter 25 Jahren und 48 Wochen für alle übrigen aufgehoben. Die Gewährung und Höhe der Notstands-aushilfen oblag dem Ermessen der „Industriellen Bezirkskommissionen“.<sup>151</sup>

Dementsprechend erhielten Arbeitslose im Rahmen der Einführung der Arbeitslosenversicherung im Jahr 1920 als „unterstützte Arbeitslose“ eine staatliche Förderung. Nach dem Auslaufen dieser Arbeitslosenunterstützung erhielten sie seit 1926 eine 22-wöchige Notstandsunterstützung („Notstands-aushilfe“), nach deren Auslaufen waren sie langzeitarbeitslos, sie wurden „ausgesteuert“ und erhielten keine finanzielle Hilfe durch den Staat mehr, konnten sich aber trotzdem arbeitslos melden.<sup>152</sup> Ein 1913 geborener Zeitzeuge hält dazu fest:

„Überhaupt nichts gehabt [staatliche Unterstützung]. Sie haben, wenn sie ausgesteuert gewesen sind, war es aus. Ob der gestorben ist oder verhungert ist, das war dem Staat egal. [...]“<sup>153</sup>

Vielfach entstand in der breiten Bevölkerung der Eindruck, sichere Arbeitsplätze seien überhaupt nur für die „Oberschicht“ möglich. Eine damals arbeitssuchende Zeitzeugin erinnert sich:

„Da war ein Arbeitsamt und da ist man hingekommen und da sind sie hingeschickt worden und niemand hat wen angestellt oder wie soll ich sagen, er hat Arbeit bekommen, dann ist er aber den Winter oder wann, ist er wieder entlassen worden oder umgekehrt eine ständige Arbeit hat nur gehabt der Beamte und der Angestellte. Nein, kein Arbeiter, kein Handwerker, niemand war, wie man sagt, sicher angestellt, das waren nur die Staatsbeamten und überhaupt die Beamten, Arbeiter überhaupt nicht, der Arbeiter war ein armer Teufel, auch die Handwerker und dann hättest du so eine Stelle ja nicht bekommen als gewöhnlich Sterblicher, da hast du schon müssen einen Onkel oder einen Vater haben im Amt oder bei der Finanz oder wie die alle heißen, diese Ämter. Nur durch Protektion und da sind die gewöhnlichen Sterblichen nicht drangekommen.“<sup>154</sup>

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen war in der Steiermark geringer als in anderen Bundesländern. Bis zum Jahr 1921 war ein Sinken der Stellengesuche festzustellen.<sup>155</sup> Die Beschäftigung in der Steiermark wurde insbesondere durch fünf Industriegruppen dominiert: die Hüttenindustrie, der Bergbau, die Metallindustrie, die Papierindustrie und die Holzindustrie. Außerdem kam der Saisonindustrie, vor allem der Bau- und Baustoffindustrie, eine besondere Bedeutung zu.<sup>156</sup>

Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit versuchte die Stadt Graz aktiv vor allem durch die Initiierung großangelegter Bauprojekte beizutragen.<sup>157</sup> Dies erfolgte vor allem durch den Bau einer großflächig angelegten Schwemmkanalisation, den Ausbau der öffentlichen Beleuchtung sowie durch die Forcierung des kommunalen Wohnbaus<sup>158</sup> – beispielsweise durch die Errichtung städtischer Wohnanlagen an der heutigen Triesterstraße („Triestersiedlung“), der Schönaugasse („Schönausiedlung“), der Grazbachgasse/Rankengasse und der Floßendstraße. Dabei wurden die Wohnhausbauten der Triesterstraße sowie der Grazbachgasse/Rankengasse aus den Mitteln der „produktiven Arbeitslosenfürsorge“ finanziert.<sup>159</sup> Diese staatliche sozialpolitische Maßnahme war als Beschäftigungsprogramm Teil der staatlichen Arbeitsbeschaffungspolitik, das aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert wurde und Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess eingliedern sollte.<sup>160</sup>

Als weitere Maßnahme im Rahmen der Sozialgesetzgebung wurde 1919 zusätzlich zur Arbeitslosenversicherung für Arbeiterinnen und Arbeiter auch der Urlaubsanspruch eingeführt, in weiterer Folge wurden die Ansprüche auf Unfall- und Krankenversicherung erweitert und für Selbstständige eine freiwillige Selbstversicherung eingeführt.<sup>161</sup> Eine Krankenversicherung der Staatsangestellten folgte 1920, eine Angestelltenversicherung 1926.<sup>162</sup>

Als weitere Maßnahme trat am 17. Dezember 1919 die Arbeitszeitregelung, der Achtstundentag, für Arbeiter in Kraft.<sup>163</sup> Der Geltungsbereich betraf alle gewerblichen Betriebe, einige nicht-gewerbliche Betriebe, Unternehmen, die von Bund, Land oder Gemeinde betrieben wurden und Betriebe staatlicher Monopolverwaltung, wie die Post, Telegraf-, Eisenbahn- und Dampfschiffunternehmen. Die tägliche Arbeitszeit durfte ohne Einrechnung der Arbeitspausen binnen 24 Stunden 8 Stunden pro Tag nicht überschreiten.<sup>164</sup> Die allgemeine Wochenarbeitszeit betrug 48 Stunden, Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren durften abweichend davon seit 1919 lediglich 44 Stunden pro Woche arbeiten.<sup>165</sup>

Am 1. April 1928 wurde schließlich die Altersversicherung für Arbeiter und Arbeiterinnen eingeführt.<sup>166</sup> Sie war vorgesehen für österreichische Staatsbürger, die ab dem 1. Juli 1929 das 60. Lebensjahr vollendet hatten, die Bedingungen für die Gewährung der Notstands-aushilfe erfüllten oder wegen Arbeitsunfähigkeit vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe ausgeschlossen waren. Die Bezieher erhielten im Monat das 20-Fache der täglichen Arbeitslosenunterstützung, die sie zuletzt erhalten hatten beziehungsweise auf die sie Anspruch gehabt hätten.<sup>167</sup>

Neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für „Arbeiter und Angestellte“, wurden in der Ersten Republik auch Maßnahmen im Bereich des Mieterschutzes getroffen. So beinhalteten die erste<sup>168</sup> und die zweite „Mieterschutzverordnung“ aus den Jahren 1917 beziehungsweise 1918<sup>169</sup> weitgehende Einschränkungen bei der Erhöhung

des Mietzinses durch die Vermieterinnen und Vermieter und damit einen Schutz der Mieterinnen und Mieter vor willkürlichen Mietzinserhöhungen. Einschränkungen bestanden für Vermieterinnen und Vermieter auch im Fall einer Kündigung, womit Mieter vor willkürlichen Kündigungen geschützt werden sollten. Im „Mietengesetz“<sup>170</sup> aus dem Jahr 1922 wurden diese Verordnungen noch umfangreicher geregelt und ein „gesetzlicher Mietzins“<sup>171</sup> vorgeschrieben, der sich an den Mietzinsen des Jahres 1914 orientierte. Diese gesetzlichen Mietzinsbeschränkungen wurden als „Friedenzins“ bezeichnet.<sup>172</sup>

Staatliche Maßnahmen wurden auch zur Förderung der Wohnbautätigkeit im „Bauaufwandbegünstigungsgesetz“ aus dem Jahr 1923 getroffen.<sup>173</sup> Demnach wurden auch in Graz zwischen 9. Oktober 1923 und Ende 1925 begonnene und nutzbar vollendete Neu-, Zu- und Aufbauten bis zu 75 Prozent seiner Aufwendungen bei Einkommens- oder Erwerbssteuer steuerfrei behandelt.<sup>174</sup>

## **Der kommunale Wohnbau**

Nach dem Vorbild des kommunalen Wohnbaus im „Roten Wien“<sup>175</sup> sollten auch in einem „Roten Graz“ der Zwischenkriegszeit unter dem sozialdemokratischen Bürgermeister Vinzenz Muchitsch (Bürgermeister von 1919 bis 1934) leistbare Wohnungen nach gesundheitlichen und sicherheitstechnischen Standards geschaffen werden.<sup>176</sup>

Die private Bautätigkeit hatte bereits in der unmittelbaren Zeit vor dem Ersten Weltkrieg abgenommen und stagnierte während der Kriegszeit fast vollständig.<sup>177</sup> Während des Ersten Weltkriegs wurden auch kaum Wohnungen und Häuser instand gesetzt, sodass nach 1918 stark baufällige Wohnungen vielfach geräumt werden mussten.<sup>178</sup> Private Wohnraumschaffung war aufgrund der Inflation sowie der gesetzlichen Einschränkungen bei der Mietzinsbildung nicht rentabel, woraus sich eine Forcierung des Wohnbaus aus städtischer Sicht zusätzlich erklärt.<sup>179</sup> Dies traf auch für die Jahre 1910 bis 1923 zu, obwohl die Grazer Wohnbevölkerung zwischen 1920 und 1923 von 157.032 auf 152.706 Einwohnerinnen und Einwohner ein wenig gesunken war.<sup>180</sup>

Im Mai 1918 beschloss die Stadt Graz die Einrichtung des „Wohnungsamts“,<sup>181</sup> woraufhin leerstehende Kasernen adaptiert und Kleinwohnungen ausgebaut wurden. Im Jahr 1924 richtete sie einen „Wohnungsbau-Hilfsfonds“ ein.<sup>182</sup> Der Wirkungsbereich des Wohnungsamts umfasste insbesondere die Wohnungsfürsorge und beinhaltete dabei unter anderem folgende Punkte:

- „– Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit, insbesondere durch Überlassung von Grund und Boden im Baurecht
- Förderung der privaten Bautätigkeit, namentlich für Kleinwohnungen und Werkstätten, unter besonderer Berücksichtigung der Kreditfrage
- Beschaffung mustergültiger Entwürfe für Wohnungsbauten und Beurteilung eingereicherter Baupläne in Hinsicht auf den Absichten der Wohnungsreform entsprechende Bauweise

- Wahrnehmung günstiger Kaufgelegenheiten von für Zwecke der Wohnungsfürsorge geeigneten Gründen [...].
- Überleitung der heutigen ausnahmsweisen Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesen in den normalen Friedensstand, Vorbereitung aller Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot [...]
- Förderung des (Schreber-) Gartenwesens<sup>4183</sup>

Über Informationen zu freien und freiwerdenden Wohnungen sowie über Wohnungssuchende verfügte das Wohnungsamt. Zum Tausch von Wohnungen<sup>184</sup> sowie für deren Untervermietung wurden entsprechende Anzeigen nach dem Vorbild des „Amtlichen Wiener Wohnungstauschanzeigers“ in das „Amtsblatt der Stadt Graz“ aufgenommen.<sup>185</sup> Dort wurden auch sämtliche Maßnahmen, die die Stadt Graz in Bezug auf Wohnraumschaffung diskutierte und umsetzte, kommuniziert.

Eine Maßnahme der Wohnungsfürsorge der Gemeinde Graz lag in der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen. Entsprechend dem „Wohnungsanforderungsgesetz“<sup>4186</sup> aus dem Jahr 1922 konnte das Wohnungsamt leerstehende Wohnungen anfordern und an wohnungsbedürftige Familien zuweisen.<sup>187</sup> Der Gemeinde war somit möglich, leerstehende oder freiwerdende Objekte ohne Einverständnis der Wohnungs- oder Hauseigentümerinnen und -eigentümer an Wohnungssuchende zu vergeben. In der Zeit von 1918 bis 1925 konnten in Graz auf diese Weise 6.374 Wohnungen angefordert werden.<sup>188</sup> Die Geltungsdauer des „Wohnungsanforderungsgesetzes“<sup>4189</sup> war allerdings mit 31. Dezember 1925 befristet. Nach diesen Bestimmungen mussten ab diesem Zeitpunkt alle von der Gemeinde angeforderten Wohnungen wieder freigegeben werden. Die Parteien dieser Wohnungen galten dann als Mieterinnen und Mieter und unterstanden dem Schutz des „Mietengesetzes“ von 1922.<sup>190</sup> Um die Folgen der Auflösung des Wohnungsanforderungsgesetzes einzudämmen, ordnete der Grazer Stadtrat im Jänner 1926 die „Einführung des obligatorischen Wohnungsnachweises für das Stadtbild Graz“ an.<sup>191</sup>

Die staatlichen Maßnahmen im Bereich der Wohnungsfürsorge waren im „Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds“ von 1921 geregelt.<sup>192</sup> Zur Aufgabe dieses Fonds zählte vorrangig die Förderung des Kleinwohnungsbaus durch die Gewährung von Darlehen aus Fondsmitteln und die Übernahme der Bürgschaft für die Kreditgebahrung des Bauherrn. In Graz wurden durch diese Unterstützungsmaßnahmen des Bundes der Bau von Barackensiedlungen an der Floßendstraße, am Karlauergürtel und an der Schönau-, Fröhlich- und Neuholdaugasse sowie die ersten beiden Baulose des ersten Blocks der an der Triesterstraße in den Jahren zwischen 1922 und 1928 errichteten Triestersiedlung gefördert.<sup>193</sup> Die „Staatliche Wohnbauförderung“<sup>4194</sup> aus dem Jahr 1929 forcierte sowohl den kommunalen als auch den privaten Wohnbau.<sup>195</sup>

Eine weitere Maßnahme der Stadt Graz war die Einrichtung des „Wohnungsbau-Hilfsfonds der Stadtgemeinde Graz“.<sup>196</sup> In diesem Rahmen stellte die Gemeinde mit Beschluss vom 28. Februar 1924 einen Betrag von fünf Milliarden Kronen zur Beseitigung der Wohnungsnot zur Verfügung. Davon sollten Darlehen mit einer Verzinsung von fünf Prozent auf zehn Jahre an Private oder an Siedlungsgenossenschaften vergeben werden.<sup>197</sup>

Finanziert wurden die Wohnhausbauten der Gemeinde Graz im Unterschied etwa zu Wien durch die Aufnahme von Anleihen und Krediten. Die Tilgung und Verzinsung des aufgenommenen Geldes wurde zum Teil aus Mitteln der ordentlichen Gemeindegebarung als auch aus dem Wohnungsfürsorgefonds sowie dem Ertrag einer 45-prozentigen „Mietzinsauflage“<sup>198</sup>, vorgenommen.<sup>199</sup>

Die ersten Wohnungen, die in diesem Zusammenhang entstehen sollten, waren Holzhäuser mit insgesamt 400 Wohnungen: An der Floßendstraße wurden 6 Holzhäuser und 24 Wohnungen, am Karlauer Gürtel 8 Holzhäuser mit 32 Wohnungen sowie die Schönausiedlung an der verlängerten Schönau-, Fröhlich- und Neuholdaugasse mit 83 Wohngebäuden und 298 Wohnungen errichtet.<sup>200</sup> Mit dem Bau wurde Anfang Oktober 1919 begonnen. Die Bauten schufen Wohnraum für 354 Parteien und waren im Barackensystem errichtet.<sup>201</sup>

Die Vergabe der Wohnungen erfolgte ab 1919 nach dem Zeitpunkt der Anmeldung, was sich jedoch bald als unpraktisch herausstellte. Deshalb richtete der Wohnungsfürsorgeausschuss im selben Jahr eine Dürftigkeitsklassifikation ein. Demnach wurden die Wohnungssuchenden nach Dringlichkeit in drei Klassen eingeteilt.<sup>202</sup> 1922 wurde die Wohnungszuteilung über Klassifikation durch ein Punktesystem ersetzt. Gemäß diesem System wurden die Lebensumstände des Einzelnen wie „Heimatrechtigung“, Familienstand, Kinderzahl und Aufenthaltsdauer nach Punkten bewertet.<sup>203</sup>

Die aus architektonischer sowie funktionaler Perspektive und nicht zuletzt aufgrund ihrer Dimensionen wohl markantesten Baublöcke des „Roten Graz“ der Zwischenkriegszeit sind jene seither bestehenden und durch die Stadtgemeinde in jüngster Zeit renovierten und revitalisierten Bauten.<sup>204</sup> Dazu gehören die beiden „Muchitschblöcke“ an der heutigen Triesterstraße, die als Triestersiedlung I<sup>205</sup> in den Jahren 1922 bis 1928 und als Triestersiedlung II<sup>206</sup> in den Jahren 1928 bis 1930 errichtet wurden, die 1930–31 erbauten ebenfalls als „Muchitschblöcke“ bezeichneten Wohnblöcke am Kalvariengürtel<sup>207</sup> sowie die zwischen 1924 und 1931 in den Bereichen Schönaugasse, Grazbachgasse und Pestalozzistraße errichteten Wohnanlagen.<sup>208</sup>

Die Gemeindewohnungen waren in der Regel mit Wasserleitungsausläufen in den Küchen und Sanitärräumen ausgestattet. Die Einzimmerwohnungen in der Grazbachgasse hatten wie jene der Triestersiedlung I und am Kalvariengürtel gemeinsame Bäder. Die Einzimmerwohnungen am Kalvariengürtel und in der Triestersiedlung II erhielten eine Badensiche mit kalter und warmer Dusche. Die Zwei-, Drei-, Vier- und Fünzimmerwohnungen waren mit Badezimmern ausgestattet. Die Innenausstattung der Bauten am Kalvariengürtel, Triestersiedlung II und Grazbachgasse/Pestalozzistraße war im Allgemeinen dieselbe – die Zimmer waren mit Parkettböden, kombinierter Kohlen- und Gasheizung, die Küchen mit Abwasch- und Spültrögen versehen.<sup>209</sup> Geplante Wandschränke, Speisestellen und elektrische Einrichtungsgegenstände genehmigte die Geschäftsstelle der Wohnbauförderung für diese Wohnhausbauten jedoch nicht.<sup>210</sup>

Im Vergleich dazu verweist die durchschnittliche Wohnqualität in Graz auch noch Anfang der 1930er-Jahre auf größeren Modernisierungsbedarf. Einen Hinweis darauf gibt die Erinnerung eines 1925 geborenen Zeitzeugen:

„[Ende 20er/Anfang 30er] [D]ie Wohnungen waren Zimmer-Küche, es waren vielleicht 25 bis 30 m<sup>2</sup> die ganze Küche. Da hat es keine Sanitärräume gegeben, die Sanitärräume waren z. B. im Hausflur oder draußen im Hof.“<sup>211</sup>

Die vielfältige Ausstattung mit Gemeinschaftseinrichtungen, die insbesondere für den Wohnbau des „Roten Wien“ charakteristisch war und umfangreiche Infrastruktureinrichtungen wie Zentralwäscherei, Kindergärten, Büchereien, Apotheken, Versammlungssäle umfasste, fehlt in Graz weitgehend.<sup>212</sup> Hingegen ist die Anlage von Wannebädern und Waschküchen im Keller oder Dachgeschoß, eigenen Kellerabteilen sowie Grünflächen, Kinderspielflächen und Geschäften in Graz ähnlich den Wiener Gemeindebauten.<sup>213</sup>

Die Grazer Gemeindebauten sind im Vergleich zum kommunalen Wohnbau in Wien kleiner dimensioniert und schließen an den bürgerlichen Wohnbau der Gründerzeit an. Die Nutzung der Innenhöfe als gleichberechtigte Bauelemente in Vergleich zu den Straßenfassaden fand in Graz vergleichsweise nur bescheidene Umsetzung, wie etwa in der Triestersiedlung II (geplant von den Architekten August Schaefflein und Robert Haueisen). Dazu kam, dass die Bauten in Graz weder von namhaften Architekten geplant, noch nach bekannten Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Bewegung benannt wurden.<sup>214</sup>

Den Wiener Höfen am nächsten kommen die in den Jahren 1930/31 von Architekt Robert Haueisen errichteten Gemeindebauten am Kalvariengürtel/Floßlendstraße. Durch große Einfahrts-Tore erreicht man eine Freifläche, die als „Gartenhof“ gedacht war und architektonisch durchgestaltet wurde.<sup>215</sup> Insbesondere bei den ebenfalls von Architekt Robert Haueisen in den Jahren 1930/31 ausgeführten Wohnblöcken an der Ecke Schönaugasse/Pestalozzistraße lässt sich die Auffassung des „Neuen Bauens“<sup>216</sup>, das die Horizontalität der Gebäude insbesondere durch Gesimse, Horizontalfugen und Putzbänder betont, ablesen.<sup>217</sup>

Die Höhe der Mieten wurden bei Gemeindewohnungen nach der Größe und Lage der Wohnungen berechnet, Mieten in den inneren Bezirken waren grundsätzlich teurer als in den äußeren.<sup>218</sup> In der Triestersiedlung I in der Weissenhofgasse belief sich laut Amtsblatt der Stadt Graz der Mietzins im Jahr 1928 für die Wohnküchen (sogenanntes „Sparherdzimmer“<sup>219</sup>) auf zwischen 11 und 14 Schilling, für die Wohnungen mit Zimmer und Küche zwischen 18 und 19 Schilling pro Monat. Ausgestattet waren sie mit Wasserleitungen und Spülklosetten, ein Teil auch mit Wirtschaftsbalkonen.<sup>220</sup> Ein Bühnenarbeiter verdiente 1928 in Graz pro Woche 57,76 Schilling.<sup>221</sup> In diesem Fall macht die monatliche Miete also etwa 8 Prozent des Monatseinkommens eines Arbeiters aus.<sup>222</sup>

Die gesetzlich einforderbaren Mietzinse (ohne Betriebskosten) betragen laut Steirischer Arbeiterkammer für private Vermieter im Jahr 1928 für Wohnküchen beziehungsweise ein Sparherdzimmer jedoch nur 7,50 Schilling, für eine Zimmer-Küche-Wohnung 14,00 Schilling, für eine Wohnung mit Zimmer, Kabinett und Küche 24,- Schilling, für Zwei- und Dreizimmerwohnungen 35,- Schilling, für eine Vierzimmerwohnung 60,- Schilling und für eine Fünf-, Sechszimmerwohnung und Geschäftsräume 90,- Schilling.<sup>223</sup>

Drei Jahre später, im Jahre 1931 belief sich die Miete für eine Wohnung bestehend aus einem Zimmer und Küche im Baublock Grazbachgasse/Pestalozzistraße zwischen 32,50 und 57,- Schilling, für zwei Zimmer und Küche 76,- bis 94,- Schilling, für drei Zimmer und Küche 128,- bis 147,- Schilling. Im Baublock Triesterstraße waren es 27,- bis 45,-, 57,- bis 81,- beziehungsweise 88,- bis 114,- Schilling und im Baublock Kalvariengürtel 29,- bis 54,- beziehungsweise 55,- bis 88,- Schilling für zwei Zimmer mit Küche (hier gab es keine Drei-Zimmer-Küche-Wohnungen).<sup>224</sup>

Wohnraum wurde in der Zwischenkriegszeit aber nicht nur primär von der Stadt Graz als Eigentümerin geschaffen, sondern im Gegensatz zum „Roten Wien“ auch von Genossenschaften, wie etwa der „Neuen Heimat“ oder der „Südmärkischen Heimstätte“.<sup>225</sup> Die Stadt Graz förderte die genossenschaftliche und die private Bautätigkeit, indem sie Grundstücke kostenlos oder zu einem reduzierten Preis abgab und die Bauausführungen finanziell unterstützte.<sup>226</sup> Unter Berufung auf das „Wohnbauförderungsgesetz“ von 1929<sup>227</sup> beinhaltete diese Unterstützung Begünstigungen bei der Baureifmachung der Grundstücke. Diesem Zweck sollten die im Besitz der Stadt befindlichen Herbersteingründe am Kalvariengürtel im Ausmaß von 77.700 Quadratmetern, die Herbersteingründe an der Triesterstraße mit einer Gesamtfläche von 129.000 Quadratmetern und der Stampfergrund in der Lazarettgasse mit 12.000 Quadratmetern dienen. Etwa die Hälfte der Herbersteingründe sowie der gesamte Stampfergrund waren für private Bauprojekte vorgesehen.<sup>228</sup> Die Gemeinde finanzierte diese Aktion durch die im Jahr 1931 eingeführte Wertzuwachsabgabe, deren Ertrag zum Ankauf von neuen Grundstücken und zur Baureifmachung vorhandener Liegenschaften verwendet wurde.<sup>229</sup>

### **Die Konsolidierungsphase (1922–1929) – Von der Genfer Anleihe zur Weltwirtschaftskrise**

In der „Konsolidierungsphase“ nach der Stabilisierung der österreichischen Währung durch die Völkerbunanleihe von 1922 („Genfer Protokolle“) sowie die Einführung der Schillingwährung verhandelten Vertreter der Gemeinde Graz bis zum Jahr 1924 zwecks Gewährung einer Anleihe mit ausländischen Banken. Im Oktober 1924 beschloss die Stadtgemeinde die Aufnahme einer Anleihe bei der „Chase Manhattan Bank“ in New York in der Höhe von 2.500.000 Golddollar.<sup>230</sup> Der Erlös dieser Anleihe sah vor allem Investitionen für Großprojekte wie etwa für den Wohnungsbau, für die Anlage einer Schwemmkanalisation, wodurch das bis dahin übliche Tonnenabfuhrsystem (sogenannte „Fasslwirtschaft“) abgeschafft werden sollte, sowie den Ausbau der elektrischen Beleuchtung vor.<sup>231</sup>

Ende der Neunzigerjahre des 19. Jahrhunderts begann die Stadt Graz, die öffentliche Petroleum- und Gasbeleuchtung durch elektrische Bogenlampen im Straßenzug Jakominiplatz – Hauptbahnhof zu ersetzen. 1907 gab es bereits 39 elektrische Bogenlampen, neben 3.264 achtzigerzigen Gaslampen, von denen 892 die ganze Nacht brannten, sowie 662 Petroleumlampen. Im Jahr 1915 waren es bereits 116 Bogenlampen. Die Kohleneinfuhrsperrung und der Petroleummangel des Jahres 1919 hatten eine Einschränkung der Gas- und Petroleumbeleuchtung in der Stadt Graz zur Folge. Der

Tiefstand war im Oktober 1922 mit fünf Gas- und neun Petroleumlampen erreicht. Mit der Übernahme des Gas- und Elektrizitätswerks in den Eigenbetrieb der Stadt mit 1. Jänner 1921 wurde das städtische Beleuchtungsamt (das für die Petroleumbeleuchtung zuständig war) ersetzt und die elektrischen Kohlenlampen wurden allmählich durch Halbwattlampen, die aus einem Metallfaden in gasgefüllter Birne bestehen, ausgetauscht. Einen systematischen Ausbau der öffentlichen Beleuchtung sah das vom Gemeinderat am 26. Juni 1926 beschlossene Beleuchtungsprogramm vor. Dementsprechend sollten in allen verkehrsarmen Straßen Lampen zu 150 Watt in Abständen von 50 bis 70 Metern die ganze Nacht brennen. An Straßenkreuzungen und auf verkehrsreichen Straßen und Plätzen war die Distanz geringer.<sup>232</sup>

Bereits 1912 war mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für die Kanalisierung begonnen und der fertiggestellte Entwurf im Jahr 1917 der Statthalterei vorgelegt worden. Bürgermeister Muchitsch eröffnete schließlich am 9. Dezember 1925 mit dem ersten Spatenstich an der Kreuzung Rechbauerstraße/Morellenfeldgasse die Arbeiten.<sup>233</sup> Sämtliche Neubauten wurden nun automatisch an das Rohrnetz der städtischen Wasserleitung angeschlossen. Die Abfuhr der Abwässer erfolgte zu diesem Zeitpunkt weitgehend über Fässer in die städtische Kanalisation.<sup>234</sup> Einblicke in die „Fasslwirtschaft“ und die Entsorgung der Fäkalien gewährt etwa folgende Schilderung aus den Lebenserinnerungen David Herzogs:

„[...] hat die Stadt bis Ende der 20er Jahre die Fasselwirtschaft, einen Herd aller Seuchen und Gestänke, gehabt. Dieser Fasselwirtschaft entsprechend waren auch die Häuser so gebaut, dass von der Straße aus die Fasselausleerer in die Keller geraten konnten. Sehr oft brachen diese Fassel und der Gestank war durch Tage hindurch nicht vom Hause wegzubringen. Katastrophal aber war es, als einmal die Fasselträger streikten und man entweder auf der Straße seine Notdurft verrichten oder in Papiersäcken zur Mur tragen musste. Eine solche Schweinerei hat es wohl kaum je gegeben.“<sup>235</sup>

Der Bauaufwand betraf zunächst die öffentlichen Kanäle. Die allgemeine Kanalbenutzungsgebühr betrug im Jahr 1927 26,40 Schilling und sollte binnen 25 Jahren verzinst und amortisiert werden. Dazu kam ein Zuschlag von 6 Schilling pro Klosett und Jahr für die durch die Stadtgemeinde zu besorgende Reinigung der Hausentwässerungsanlagen. Der zweite Teil der Arbeiten umfasste die Hausschwemmkanalisierung. Laut Stand von 1927 gab es in Graz 6.485 Häuser mit etwa 35.790 Aborten. 1.120 Häuser waren schon vor Beginn der Bauarbeiten von den Eigentümern kanalisiert worden, etwa 1.400 Häuser mit 3.350 Aborten wurden nicht an das städtische Kanalnetz angeschlossen, da die Besitzer die Fäkalien zu Dungzwecken verwendeten oder die Häuser noch nicht mit Wasserleitungen versorgt waren. In den verbleibenden 3.965 Häusern mit etwa 23.600 Aborten wurde von der Gemeinde mit der Kanalisierung begonnen, wobei man in 700 Häusern zunächst die Wasserleitung einbauen musste.<sup>236</sup>

Anhand der folgenden Tabellen können Relationen der durchschnittlichen Groß- und Kleinhandelspreise (Nahrungsmittel) zu den Wohnkosten hergestellt werden:

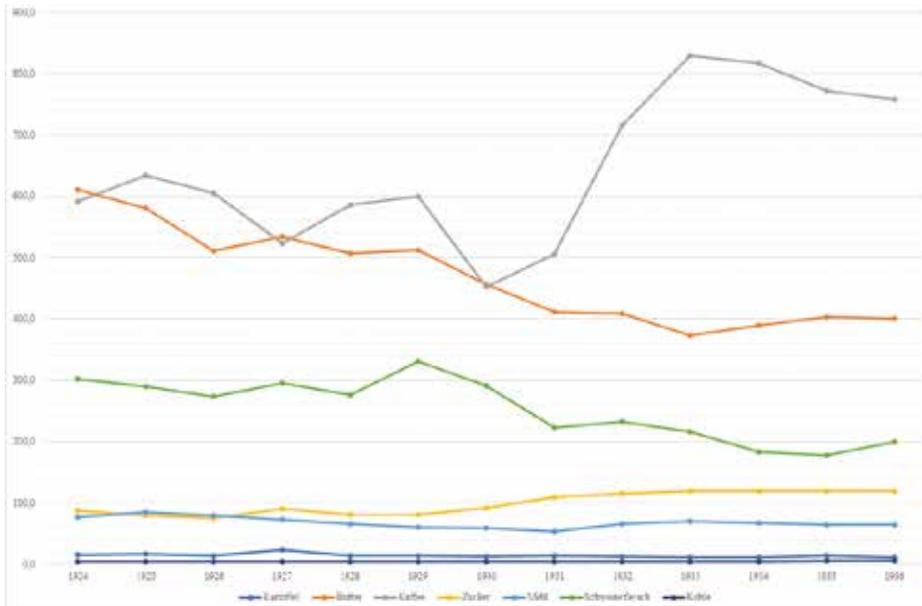


Tabelle 3: Großhandelspreise der angegebenen Waren für die Jahre 1924 bis 1936 für Österreich per Kilogramm. Nachweis: Statistisches Handbuch der Republik Österreich für die angegebenen Jahre

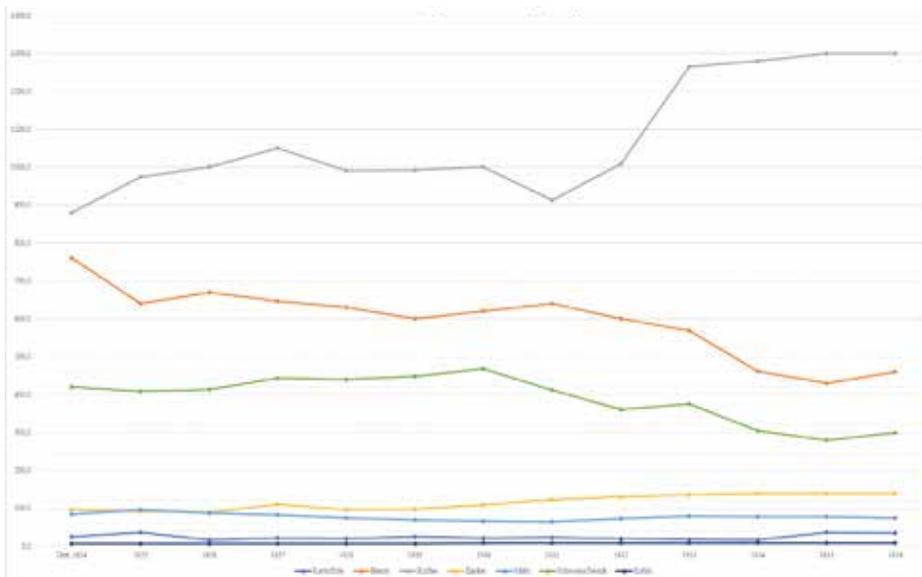


Tabelle 4: Durchschnittliche Kleinhandelspreise der angegebenen Waren per Kilogramm in der Stadt Graz für die Jahre 1924 bis 1934. Nachweis: Statistisches Handbuch der Republik Österreich für die angegebenen Jahre

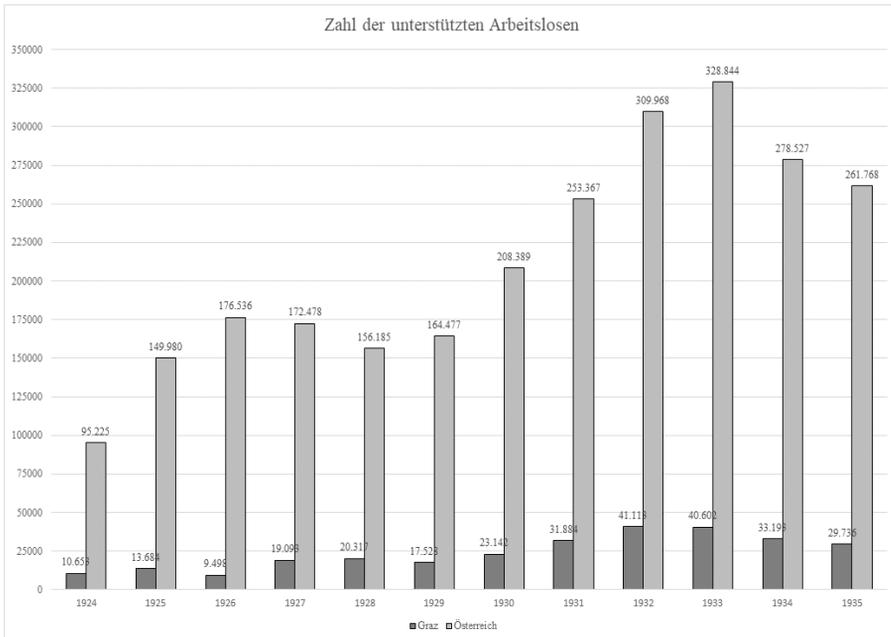


Tabelle 5: Durchschnittliche Zahl der unterstützten Arbeitslosen für Gesamtösterreich und Graz in den Jahren 1924 bis 1934, berechnet nach dem jeweiligen Stand am Ende jedes Monats. Nachweis: Statistisches Handbuch der Republik Österreich für die angegebenen Jahre

Angesichts der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen permanent bestehenden und ab 1929 rapide steigenden Arbeitslosigkeit sollten die Investitionen zu den genannten Großprojekten dazu beitragen, die sozio-ökonomische und nicht zuletzt politische Situation in Graz zu stabilisieren. Gleichzeitig bedeutete jedoch die Anleihe bei der „Chase Manhattan Bank“ für die Stadtgemeinde die Sicherstellung einer Hypothek im Wert von fünf Millionen Dollar. Dies umfasste das gesamte Gemeindevermögen, davon betroffen waren das Opernhaus sowie die zwischen 1922 und 1930 errichteten Gemeindewohnanlagen in der Triesterstraße (1922–1930) und am Schönaugürtel (Schönaugürtel 58, 60, 62, erbaut 1924).<sup>237</sup>

Als erweiterte Armenversorgung für Menschen, die infolge von Alterserscheinungen oder sonstigen Gebrechen nur beschränkt arbeitsfähig waren, beschäftigte die Stadt Graz die Mehrzahl der städtischen Lohnarbeiter im Bereich des Straßenreinigungsbetriebs.<sup>238</sup> Im Vergleich dazu betrug für den Großteil der Facharbeiter der Durchschnittsverdienst laut Steirischer Arbeiterkammer nach Einführung des Schillings am 1. Jänner 1925 im November des Jahres unter 50 Schilling in der Woche, für Frauen lag er unter 25 Schilling.<sup>239</sup>

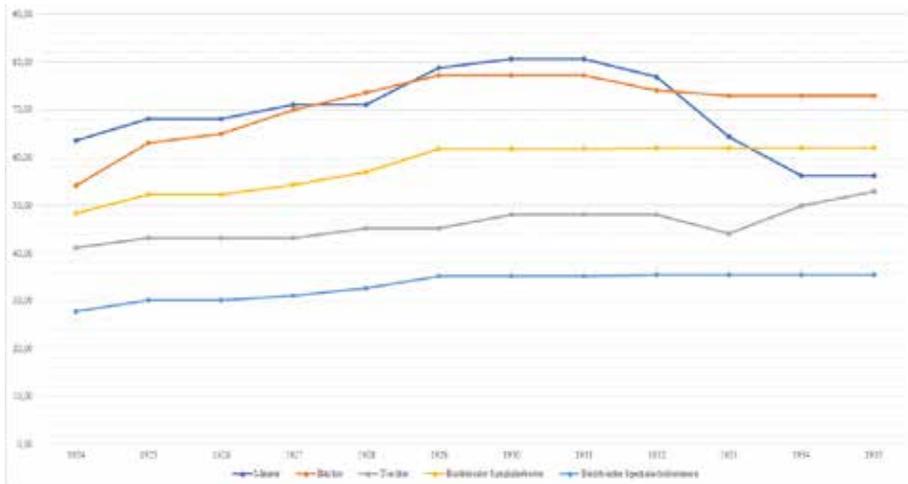


Tabelle 6: Vertragsmäßige Mindestwochenlöhne für „Arbeiter und Angestellte“ in den Jahren 1924-1933 in Schilling, Zahlen 1924 bis 1932 für Österreich, 1933 bis 1935 für die Steiermark. Nachweis: Statistisches Handbuch der Republik Österreich für die angegebenen Jahre

Die durchschnittliche Höhe einer Altersrente von städtischen Arbeitern belief sich im Jahr 1927 auf 109,50 Schilling, einer Invaliditätsrente auf 98,66 Schilling, einer Witwenrente auf 41,35 Schilling und einer Waisenrente auf 15,19 Schilling im Monat.<sup>240</sup> Die Armenunterstützung erhöhte sich im Jahr 1927 um einhundertfünf Prozent gegenüber 1924. Ab 1. Jänner 1927 erhielten über 80-jährige Personen 12,50 Schilling alle zwei Wochen, über 70-jährige 7,50 Schilling, über 60-jährige 5,00 Schilling und Menschen zwischen 18 und 60 4,00 Schilling.<sup>241</sup>

Preise und Lebenshaltungskosten erfuhren bis zum Jahr 1928 eine weitere Steigerung. Dies war insbesondere auf die Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt sowie auf die gesteigerte Geschäftstätigkeit im Inland zurückzuführen.<sup>242</sup>

Trotz der Bemühungen der Stadtgemeinde zur Konsolidierung der sozio-ökonomischen Situation konnte auch in Graz die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich gesenkt werden, sodass Demonstrationen auch weiterhin zum Tagesbild gehörten.

So etwa auch 1929 in der 1880 eröffneten „Industriehalle“, die sich auf dem heutigen Messegelände beziehungsweise dem Gelände der heutigen Grazer Stadthalle befand, in der laut Erinnerung eines 1904 geborenen Zeitzeugen eine Kundgebung stattfand, die schließlich mit Polizeigewalt unterdrückt wurde:

„Es gab [...] eine große Arbeitslosenhungerdemonstration. Da sind sie von der Obersteiermark gekommen, junge Leute und die haben damals, die Polizei hat damals ‚eini‘gehaut und geprügelt. Da sind sie noch geritten mit den ‚Ross‘. [...] Und dann haben wir eine große Arbeitslosenkundgebung gehabt in der Industriehalle, eine große Versammlung, und wie wir herausmarschieren von der

Industriehalle, [...] Bei der Moserhofgasse-Ecke dort haben sie dann ‚gepasst‘ [= gewartet], haben wir nicht mehr weiter dürfen. Dort haben sie eine Prügelei gemacht. [...]“<sup>243</sup>

## Die Weltwirtschaftskrise

Der Prozess der Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft war infolge der Auflösung der Habsburgermonarchie langwierig und trotz eines sichtbaren wirtschaftlichen, wenn auch nur allmählichen Aufschwungs seit der wenigstens die Währung stabilisierenden Völkerbundanleihe 1922 und der Schillingeinführung ab 1925 mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 1929<sup>244</sup> bei Weitem noch nicht abgeschlossen.<sup>245</sup> Infolge der Weltwirtschaftskrise wurde nicht nur der bis dorthin stattgefundene langsame Binnenkonjunkturaufschwung zerstört, auch der österreichische Außenhandel brach zusammen, weil die Handelspartner mit Abschottung ihrer Märkte reagierten, die Arbeitslosigkeit explodierte förmlich<sup>246</sup> (siehe Tabelle 5). Die Massenarbeitslosigkeit betraf vor allem die Industrie, das Baugewerbe und die Landwirtschaft und führte zu einer allmählichen Verarmung von Teilen der städtischen Bevölkerung.<sup>247</sup> Als 1931 mit der „Credit-Anstalt“ die bedeutendste österreichische Bank kollabierte, sollte die österreichische Wirtschaft mit einer weiteren Anleihe („Lausanner Protokolle“) im Jahr 1932 saniert werden, was auch steirische Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe in Notsituationen brachte, die sich in Kündigungswellen ausdrückten.<sup>248</sup>

Der Gemeinde Graz war es nicht mehr möglich, durch Aufnahme von Krediten die Aufbauarbeit fortzuführen und entsprechende Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Für das Jahr 1932 war eine Summe von 4.400.000 Schilling vorgesehen, deren Vorschlag im Gemeinderat jedoch nicht angenommen wurde.<sup>249</sup> Die Barackensiedlungen in der Floßlendstraße, der Schönaugasse und am Karlauergürtel verlangten mittlerweile jedoch nach einer neuen städtebaulichen Lösung. Das Stadtbauamt arbeitete zwar einen Verbauungsplan aus, der anstatt der Notwohnungen die Errichtung von Massivbauten in den folgenden 10–15 Jahren vorsah.<sup>250</sup>

Im Rahmen der Wohnraumschaffung beschloss der Gemeinderat im Jahr 1932 die Durchführung einer „Stadtrandsiedlungsaktion“, mit dem Ziel, den Wohnungsmarkt zu entlasten und die nach 1929 exorbitant gestiegene Massenarbeitslosigkeit zu mindern (siehe Tabelle 5). Dazu widmete die Gemeinde zunächst Gründe an der heutigen Amselgasse. Der Bautypus sah eingeschobige Einzel- und Doppelhäuser mit angeschlossenem Grund zum Gemüseanbau sowie zur Kleintierhaltung vor. Die Bauausführenden waren drei von der Gemeinde ausgewählte gemeinnützige Bauge nossenschaften, denen die Grundstücke übertragen wurden und die mit den Siedlern in einem Vertragsverhältnis standen.<sup>251</sup> Für die Errichtung der Bauten wurden sogenannte „Siedlerstellen“ genehmigt, die Arbeitslosen oder Kurzarbeitern durch die Mithilfe am Bau der „Siedlerhäuser“ Arbeit verschafften. Die Finanzierung wurde aus Darlehen und Eigenmitteln bewerkstelligt, wobei die Beträge vor allem für Material und Professionisten ausgegeben wurden. Gleichzeitig erhielten die „Siedler“ für den errichteten Wohnraum niedrig verzinsten Tilgungsdarlehen.<sup>252</sup>

Die drastischen Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Grazer Bevölkerung zeigten sich auch an den ungünstigen Erwerbs- und Einkommensverhältnissen.<sup>253</sup> Die Rechnungsabschlüsse der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Graz belegen, dass der Ertrag der 5,5 prozentigen Kammerumlage vom Jahr 1929 von 754.095,00 Schilling bis zum Jahr 1934 auf 219.134,00 Schilling gesunken war.<sup>254</sup> Als Folge kürzte die Kammer zwischen 1929 und 1934 die Ausgaben für Personalkosten um ein Drittel und die Sachkosten um mehr als die Hälfte.<sup>255</sup>

Die Lohnsenkungen infolge der Weltwirtschaftskrise betrafen in der Steiermark insbesondere qualifizierte Hilfsarbeiter. Aufgrund der seit 1918 eingeführten Kollektivverträge konnten nicht alle Löhne gesenkt werden, stattdessen wurde jedoch Kurzarbeit eingeführt. Nach Möglichkeit wurden Kollektivverträge gekündigt und nicht mehr verlängert sowie Lohnkürzungen zwischen 5 und 30 Prozent vorgenommen.<sup>256</sup> Lohnsenkungen der Angestellten beliefen sich nach 1931 auf etwa 20 Prozent. Zulagen, Weihnachtsgeld und sonstige Begünstigungen wurden abgeschafft. Für bisher freie Werkwohnungen wurde nun Miete verlangt<sup>257</sup> (siehe dazu Tabelle 6).

Bei Bauinvestitionsarbeiten, die die Stadt durchführen ließ, wurden die entsprechenden Unternehmen verpflichtet, mindestens 90 Prozent der benötigten Stellen an Arbeitslose zu vergeben. Für diese Arbeiten wurden bis 1927 insgesamt 94 Angestellte und 1.370 Arbeiter beschäftigt. In den Jahren bis 1932 wurden insgesamt 2.000 Arbeiter durch städtische Investitionen beschäftigt.<sup>258</sup>

Die Krise verschärfte sich im Jahr 1933 weiter.<sup>259</sup> Wie in den Nachkriegsjahren versuchte die Stadt Graz durch Hilfsaktionen wie Armenunterstützung, Kohlenzuteilung und Volksauspeisung die Not zu lindern.<sup>260</sup>

Die Arbeitslosigkeit hatte in Österreich im Jahr 1933 einen Höchststand von 557.000 erreicht. Wie in Österreich und der Steiermark waren auch die Arbeitslosenzahlen in Graz in den Jahren 1933/34 auf ihrem Höhepunkt angekommen. Erst in den Jahren 1935/36 ist ein Absinken der Arbeitslosigkeit zu erkennen<sup>261</sup> (siehe Tabelle 5). Die Zahl der zur Arbeitsvermittlung angemeldeten Arbeitslosen betrug im Jänner 1933 für die Steiermark im Durchschnitt 58.951, bei einem Höchststand für 1933 von 60.190, und im Jänner 1934 im Durchschnitt 55.041, bei einem Höchststand von 55.479.<sup>262</sup> Im Jänner 1933 hatte die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Graz einen Durchschnitt von 13.383 (bei einem Höchststand von 13.776) erreicht und war im Jänner 1934 auf durchschnittlich 12.973 (bei einem Höchststand von 13.424) und damit um 18 Prozent gesunken.<sup>263</sup>

Diese ungünstigen Verhältnisse am Arbeitsmarkt begünstigten eine Abwanderung von Facharbeitern, besonders ins Deutsche Reich.<sup>264</sup> Dies findet sich auch in einer Meldung der britischen Botschaft aus Wien nach London, wonach vor allem junge Menschen „fasziniert von den glänzenden Berichten, die ihnen vom hohen Beschäftigungsstand in Deutschland aufgedrängt werden, und werden verleitet zu glauben, daß ein Anschluß ähnliche Bedingungen für Österreich bringen würde“<sup>265</sup>. Derselbe Bericht motiviert diesen Sachverhalt aus der Tatsache, dass mangels entsprechender Unterstützungsmaßnahmen seitens der Regierung Schuschnigg „offene Opposition eines sehr großen Teils der Bevölkerung, welche wirtschaftlich in so ärmlichen Verhältnissen lebt [...]“, dass er bereit ist, in jeder Veränderung eine Möglichkeit zur Bes-

serung zu sehen.<sup>266</sup> Schließlich konstatiert der Bericht, dass insbesondere „für viele jüngere Leute – geradezu hoffnungslose[n] Verhältnisse [...]“<sup>267</sup> herrschten, die neben der Gruppe der „Ausgesteuerten“ vor allem in einem „Anschluss“ an Deutschland die Lösung ihrer Probleme sahen.<sup>268</sup>

Auch in Graz herrschte vielfach die Meinung vor, dass „eine Belebung des Arbeitsmarktes ohne Vergrößerung des Arbeitsmarkt- beziehungsweise Wirtschaftsgebietes, [...] aus wirtschaftlichen wie nationalen Gründen nur durch den Anschluss an Deutschland gefunden werden kann“<sup>269</sup>, was eine 1906 geborene Zeitzeugin für den Zeitraum von 1927 bis 1939 wie folgt ausdrückt:

„Mein Mann war auch Fabrikarbeiter und 1927 ist er dann abgebaut worden, dann hat der Kampf des Lebens begonnen. Dann war er bis 1930 arbeitslos. 1930 ist er dann zur Gemeinde als Gemeindediener gekommen. War Gemeindediener bis 1934. 1934 war dann der Naziputsch, dort ist er dazugekommen, war beim Putsch dabei und natürlich sind sie dann eingesperrt worden, dann ist er nach Wöllersdorf [Anhaltelager] gekommen, war 6 Monate in Wöllersdorf. [...] Vor Weihnachten ist er heimgekommen, jetzt hat er keine Arbeit gehabt. Jetzt hat er es überall probiert, aber vergebens, er hat keine Arbeit bekommen. 1937 hat er noch 60 Groschen im Tag Notstand gehabt, mehr hat er nicht mehr bekommen. Dann hat ihm ein Kollege geraten, er soll zum Heimatschutz gehen. [...] 1937 ist er zu einem gegangen, der auch bei den Nazis war, und da hat er gesagt: ‚Du, was soll ich jetzt machen, ich bin am Ende, ich bekomme am Tag nur noch 60 Groschen. Es ist unmöglich, dass man mit dem Leben kann. Wir haben Schulden, wir haben beim Kaufmann Schulden, wir haben beim Fleischhauer Schulden, ich kann die Wohnung nicht mehr zahlen. Was soll ich jetzt machen?‘ Dann hat der gesagt: ‚Weißt was, trete der nationalsozialistischen Partei bei‘ – die war damals verboten. Er ist dann wirklich beigetreten, früher hat er oft gefragt in der Fabrik um eine Arbeit, war nie was, er ist einfach nicht mehr untergekommen. Und wie er zu der Partei dazugegangen ist, hat er in 8 Tagen in der Fabrik anfangen können. Dann hat er bis 1939 in der Fabrik gearbeitet.“<sup>270</sup>

In Graz wurde die kritische Lage im Bereich der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft insbesondere bei den Vollversammlungen der Kammer für Handel, Industrie und Gewerbe diskutiert. In dieser Branche war von einer Arbeitslosigkeit von 80 Prozent die Rede – ein Wert, der sowohl durch konjunkturelle als auch saisonale Arbeitslosigkeit bedingt war und durch die Volkszählungsergebnisse des Jahres 1934 belegen ist: Dementsprechend waren die Grazer Dachdecker zu 75,18 Prozent, die Maurer zu 66,66 Prozent, die Steinmetze und Steingraveure zu 65,57 Prozent, die Gerüster zu 73,52 Prozent, die Maler, Lackierer und Anstreicher zu 69,61 Prozent und die Glaser zu 53,70 Prozent von Arbeitslosigkeit betroffen.<sup>271</sup> Besonders hoch war die Arbeitslosigkeit dabei in der metallverarbeitenden Branche sowie im Schneidergewerbe. Vergleichsweise dazu fand sich eine geringere Arbeitslosigkeit in der Lebensmittelbranche: Bäcker, Zuckerbäcker, Konditoren und Lebzelter waren zu 49,29 Prozent,

Fleischer und Selcher zu 39,86 Prozent arbeitslos. Auch im Handel war die Arbeitslosigkeit mit 30 Prozent arbeitslosen Verkäuferinnen und Verkäufern verhältnismäßig niedriger. Von den 1.828 erfassten Hausmeistern und Portieren waren lediglich 45 arbeitslos gemeldet. Auch bei den Wirtschaftserinnen war mit 17 Prozent und beim sogenannten „höheren Hauspersonal“ mit 7,69 Prozent die Arbeitslosigkeit relativ gering.<sup>272</sup>

Der Rückgang der allgemeinen Arbeitslosigkeit nach 1933/34 entsprach jedoch wohl nicht der Realität, da nur die Zahl der unterstützten Arbeitslosen sank. So wurden die Bestimmungen zum Erhalt der Arbeitslosenunterstützung zurückgenommen, die Höchstdauer der Unterstützung auf 20 Wochen verkürzt und ihr Ausmaß herabgesetzt. Die Gewährung der Notstandsaulhilfe wurde verschärft, wobei Unter-25-Jährige nach einer einjährigen Bezugsdauer ausgesteuert wurden. Aus diesem Grund wurde die Zahl der Ausgesteuerten gegenüber der Zahl der vorgemerkten und unterstützten Arbeitslosen ständig größer.<sup>273</sup>

Darüber hinaus wurde von der Stadt Graz versucht, durch regulierende Maßnahmen einzugreifen und etwa das „Pfuschartum“ und „Hausierer“ einzugrenzen.<sup>274</sup>

Ein von Bürgermeister Hans Schmid (christlichsozialer Bürgermeister der Stadt Graz von 1934 bis 1938) vertretenes „Sonderprogramm“ sah vor, die durch die Stadt Graz während der Zwischenkriegszeit durchgeführten sozialpolitischen Maßnahmen weiterhin fortzusetzen. Im Rahmen der als „Arbeitsschlacht“ bezeichneten Schritte wurden jedoch in erster Linie Instandsetzungsarbeiten an städtischen Gebäuden durchgeführt, weiterführende Vorhaben konnten jedoch – bis auf städtische Ausspeisungen – aufgrund der mangelnden finanziellen Mittel nicht durchgeführt werden.<sup>275</sup>

Im Rahmen einer lohnstatistischen Erhebung aus dem Jahr 1935 wurden die entsprechenden durchschnittlichen Stundenlöhne für österreichische Arbeiterkategorien erfasst. Diese betragen etwa für Professionisten zwischen 1,55 bis 0,85 Schilling, 1,55 Schilling in der Schwachstromindustrie, 0,85 Schilling in der Wirk- und Strickwarenherzeugung.<sup>276</sup> Bei Annahme einer 48-stündigen Arbeitszeit ergaben sich im Jahr 1936 Wochenverdienste für Professionisten von 62,33, für qualifizierte Hilfsarbeiter von 54,47, für qualifizierte Hilfsarbeiterinnen von 33,08, für Hilfsarbeiter von 46,70 und für Hilfsarbeiterinnen von 31,62 Schilling.<sup>277</sup>

Auch nach dem Abklingen der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre war die Situation in manchen Branchen trist. Im Bau- und Baunebengewerbe lag die Arbeitslosigkeit immer noch zwischen 53,7 und 75,1 Prozent, in der größten Grazer Wirtschaftssparte, der Metallbranche, bei über 50 Prozent, bei den Tischlern bei über 40 Prozent und in der Textilbranche bei etwa 40 Prozent.<sup>278</sup>

## Dem „Anschluss“ entgegen

Die Wohnungssituation in Graz wurde im Verlauf der Zwischenkriegszeit bis 1934 insgesamt zwar besser, die Wohnungsnot konnte jedoch nicht vollständig beseitigt werden. Rund 7.400 Wohneinheiten wurden in diesem Zeitraum geschaffen, wobei die Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen im Zeitraum zwischen 1910 und 1934 von 3,8 auf 3,3 Personen sank.<sup>279</sup> Die Beseitigung der Wohnungsnot konnte nicht erreicht werden, da der Gemeinde schließlich die finanziellen Mittel dazu fehlten,<sup>280</sup> weshalb auch die Ausführung der Umbauten der Barackensiedlungen vor dem „Anschluss“ nicht mehr realisiert werden konnte.<sup>281</sup>

Im März des Jahres 1938 lebten in Graz immer noch etwa 6.000 Personen unter menschenunwürdigen Bedingungen in Elendsquartieren, die sich zu dieser Zeit auch im Norden, am Schöckelweg, in der Murfeld- und Schönausiedlung sowie in den westlichen Vororten befanden. In Eggenberg lebte jeder Zehnte von der Notstandsunterstützung, die Zahl der Armenrentner, also Erwerbsunfähige, war 1938 auf 2.500 angestiegen, wohingegen die Monatsrente zwischen zehn und 34 Schilling auch die minimalsten Existenzbedürfnisse nicht befriedigen konnte.<sup>282</sup> Ein Faktor für die „Anschluss-“begeisterung in Graz war neben der zunehmenden Verarmung die nicht zu überwindende Arbeitslosigkeit.<sup>283</sup>

Gleichzeitig wurden die sozialpolitischen Maßnahmen im „Dritten Reich“ – insbesondere die weitgehende Beseitigung der Arbeitslosigkeit – auch in Österreich von Teilen der Bevölkerung mit wachsendem Interesse wahrgenommen, worauf folgende Zeitzeugen- und Zeitzeuginnenerinnerungen in einer beachtenswerten „retrospektiven Ambivalenz“ verweisen:

„[I]ch muss Ihnen sagen, seelisch war ich für den Hitler. Ich war für den Hitler, auf jeden Fall. Habe aber nie, ich bin auch kein Nazi geworden am Papier, habe keine Parteizugehörigkeit gehabt, das war meine Art. [...] Ja, schauen Sie, wie wir darniederliegen und in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit über Nacht verschwunden und die Leute hatten Arbeit und Brot und ... Da hat man die Reden gehört, solche Reden habe ich auch manches Mal gehört. Da sind sie oft ganz unschuldig hineingeschlittert.“<sup>284</sup>

Und weiters:

„Wir haben nur gemerkt, das ganze Volk hat gemerkt, dass in Deutschland, dass die Lebensweise besser ist als wie bei uns. [...] Durch das, dass wir gesehen haben, dass es den Leuten draußen besser geht, da haben sich unsere Leute dann angeschlossen, nicht wahr? Es ist ja auch nichts übrig geblieben. [...] Die wollten ihn [den Anschluss] schon, weil es draußen besser war. Die Lebenslage war draußen dann, die Textilien waren billiger? Bitte schön, die Begeisterung war in jedem Land. Unsereiner ist jung gewesen, bitt' schön, mich hat es weniger interessiert das Ganze. Aber man wird mitgerissen mit dem Volk, nicht wahr? Wenn du wo stehst, bitte ich bin auch am Ring.“<sup>285</sup>

Nicht zuletzt wurde auch die Eingliederung der „Alpine-Montan“ in den deutschen Vierjahresplan, wodurch Ende 1937 die Arbeitslosigkeit in Eisenerz quasi beseitigt wurde, als positives Zeichen in Richtung einer stärkeren Anbindung der österreichischen Wirtschaft ans Deutsche Reich wahrgenommen.<sup>286</sup> Hierzu die Schilderung eines 1894 geborenen Zeitzeugen:

„[D]ie Begeisterung war unerhört, das muss ich wirklich sagen. Und wenn man heute sagt, dass die Leute gezwungen worden sind, dann ist es erlogen und erstunken, denn so etwas an Begeisterung, das hat es vorher nicht gegeben, und das hat es nachher nicht gegeben. Ich bin einmal am Ring gewesen, da sind die Leute mit Leitern dahergekommen und hinaufgestiegen, nur damit sie ja den Führer sehen. Also die Begeisterung war einmalig. Und wenn die heute sagen, die Leute sind gezwungen worden, so ist es erlogen und erstunken. Gerannt sind alle. [...] Es hat jeder an eine schöne Zukunft geglaubt, sind wir ehrlich, jeder war überzeugt, wir gehen jetzt einer wunderbaren Zeit entgegen, und das hat natürlich mitbegründet diese Begeisterung. Und die Zeit vorher war miserabel, die war wirklich elendig schlecht und so hat sich das natürlich ergeben.“<sup>287</sup>

Die Hoffnungen eines großen Teils der Grazer Handels- und Gewerbetreibenden in den Nationalsozialismus bestätigten sich zunächst nach dem „Anschluss“. Ein neues Wirtschaftsklima und eine deutlich erhöhte Nachfrage waren feststellbar. Die Bevölkerung kam in den Genuss sozialrechtlicher Verbesserungen, die sich auf materieller Ebene auswirkten. Arbeitslosenunterstützung wurde an „Ausgesteuerte“ ausbezahlt, Kinderbeihilfen und Ehestandsdarlehen wurden gewährt und ein „Krisenzuschlag“<sup>288</sup> zur Umsatzsteuer abgeschafft. Löhne wurden erhöht und Aufträge an Grazer Betriebe vergeben, was insgesamt zur Belebung des Konsums beitrug. Innerhalb relativ kurzer Zeit wurde auch die Arbeitslosigkeit weitgehend beseitigt. Gleichzeitig sollten durch Investitionen im Straßenbau und in kriegswirtschaftliche Infrastruktur private Investitionen und so die gesamte Wirtschaftstätigkeit belebt werden. Ein nationalsozialistisches „Aufbauprogramm für Graz“<sup>289</sup> wurde verkündet, wofür ein Kostenrahmen von 25 Millionen Reichsmark veranschlagt wurde. Damit wurden unter anderem auch der weitere Ausbau der Schwemmkanalisation, der Straßen- und Wasserleitungsbau sowie der Hochbauten und der Gas- und Stromversorgung finanziert.<sup>290</sup>

Mit dem „Anschluss“ kam es in der Steiermark schließlich zu einem sprunghaften Anstieg der Heirats- und Geburtenraten.<sup>291</sup> Staatliche Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen, Ehrungen für kinderreiche Mütter und Tätigkeitsbereiche der NS-Wohlfahrt wurden ins Leben gerufen.<sup>292</sup> Die Stadt Graz übernahm im Jahr 1939 über das dritte und weitere Kind eine Ehrenpatenschaft. Patenkinder erhielten nicht nur finanzielle Unterstützung (das dritte Kind einmalig 100 RM, das vierte Kind monatlich 30 RM für ein Jahr, für jedes weitere Kind 20 RM pro Monat für ein Jahr), sondern auch Bevorzugung bei der Arbeitsvergabe, Anstellungen, Beförderungen, Wohnungszuweisungen und Ferienaktionen. Die Einführung der Zivilehe mit 1. August 1938 ließ die Zahl der Eheschließungen weiter sprunghaft ansteigen.<sup>293</sup>

All dies wurde (auch) von breiten Teilen der Grazer Bevölkerung zunächst mit Begeisterung auf- und angenommen. Die Not- und Krisenjahre der Zeit zwischen 1918 und dem „Anschluss“ 1938 schienen überwunden und kaum jemand konnte sich vorstellen, was sich in den kommenden sieben Jahren ereignen würde. Aus dem Weg in eine vermeintlich bessere Zukunft wurde relativ rasch ein „Start in den Abgrund“<sup>294</sup>.

Schließlich spiegelt die Alltagssituation der in Graz lebenden Bevölkerung während der Zwischenkriegszeit jene „konstitutive Ambivalenz“<sup>295</sup> wider, die für die gesamte Entwicklung der Ersten Republik charakteristisch war: Ein permanentes Ringen zwischen zukunftsorientiert-modernen, weit über die Grenzen Österreichs beachteten sozialpolitischen Maßnahmen, wie etwa die Sozialgesetzgebung oder das Projekt des „Roten Wien“, das ansatzweise auch in Graz im Rahmen des sozialen Wohnbaus umgesetzt werden konnte einerseits, und andererseits dem letztlich gescheiterten Versuch,<sup>296</sup> die junge Demokratie ökonomisch und politisch im Kontext einer auch international krisenhaften Entwicklung, wie etwa der Weltwirtschaftskrise, zu stabilisieren.

---

- 1 Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHNER (Hgg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, 2 Bände, Wien 2008.
- 2 Alfred PFOSER, Andreas WEIGL: Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918–1922, Salzburg/Wien 2017, 90.
- 3 Zur Identität siehe unter anderen: Kurt SKALNIK: Auf der Suche nach der Identität, in: Erika WEINZIERL, Kurt SKALNIK (Hgg.): Österreich 1918–1938, Geschichte der Republik, Bd. 1, Wien/Graz/Köln 1983, 11–24; Zur Diskrepanz zwischen Anerkennung der Republik und Verlust der Monarchie siehe auch: John W. BOYER: Die Gründung der Republik (1918), in: Heinz FISCHER (Hg.): 100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918–2018, Wien 2018, 17–29.
- 4 Im Vergleich zur Zweiten Republik, in der nach 1945 die Frage war, wie aus Faschisten Republikaner werden können. Siehe dazu: Ernst HANISCH: Kontinuitäten und Brüche: Die innere Geschichte, in: Herbert DACHS et al. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, <sup>2</sup>Wien 1992, 11–36, hier: 15. Siehe auch: Sebastian MEISSL, Klaus-Dieter MULLEY, Oliver RATHKOLB (Hgg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne, Entnazifizierung in Österreich 1945–1955, Wien 1986; Dieter STIEFEL: Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981.
- 5 Pieter M. JUDSON: Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740–1918, <sup>2</sup>München 2017, 30.
- 6 BOYER: Die Gründung der Republik, 21.
- 7 Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHNER: Editorische Vorbemerkung, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHNER (Hgg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 1, Wien 2008, 13.
- 8 PFOSER, WEIGL: Die erste Stunde Null, 51.
- 9 Ebenda, 84–86.
- 10 BOYER: Die Gründung der Republik, 28.
- 11 Walter RAUSCHER: Die verzweifelte Republik. Österreich 1918–1922, Wien 2017, 144–146; Fritz WEBER: Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation. Zur politischen Ökonomie der Geldentwertung in Österreich 1918 bis 1922, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHNER (Hgg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 2, Wien 2008, 7–32, hier: 8–11.
- 12 Siehe auch: Felix BUTSCHEK: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1985, 28–64; Roman SANDGRUBER, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995, 335–402.
- 13 Walter GÖHRING, Robert MACHACEK: Start in den Abgrund, Österreichs Weg zum Jahr 1938, Wien 1978, 8; siehe auch WEBER, Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation, 28; RAUSCHER, Die verzweifelte Republik, 170–172; Relativiert wurde das Argument des „verarmten Mittelstandes“ zuletzt von PFOSER, WEIGL: Die erste Stunde Null, 102–107, insbes. 106f.; 1920 bestanden beispielsweise in der Steiermark bereits 150 Kollektivverträge, siehe: Karin SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, in: Robert HINTEREGGER, Karin M. SCHMIDLECHNER, Eduard STAUDINGER (Hgg.): Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938). Katalog zur Wanderausstellung „Für Freiheit, Arbeit und Recht“ vom 13. Jänner bis 30. November 1984 in allen steirischen Bezirken, Graz 1984, 103–131, hier: 117.
- 14 Oral History Archiv Graz (OHA-WISOG Graz), AL 73-6/84, anonym, weiblich, Jg. 1910, Verkäuferin, Raumpflegerin. Sämtliche in weiterer Folge auszugsweise wiedergegebenen Zeitzeuginnen- und Zeitzeugeninterviews sind dem Bestand des „Oral History Archiv Graz“ am Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz entnommen. Zum „Oral History Archiv“ allgemein siehe: Robert MORETTI, Peter TEIBENBACHER: Geschichte und Erinnerung. Das Oral-History-Archiv Graz (OHA-WISOG-Graz) am Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 45/46, Graz 2016, 299–308.  
Die Positionierung der einzelnen Interviews im Text orientiert sich an den jeweiligen thematischen Kontexten; die Interviews sollen neben der Beschreibung kollektiver Phänomene bewusst Einblicke in die subjektiven als Erinnerungen wiedergegebenen Wahrnehmungen der einzelnen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ermöglichen. Zur „Oral History“ als Methode vgl. folgende Anmerkung:  
„Grundsätzlich erfolgt die retrospektive Er-

- zählung, sowohl die mündliche (orale), als auch die schriftliche, aus der Erinnerung und ist vom ganzen Zeitraum zwischen dem Zeitpunkt des Erinnernden und dem Zeitpunkt der Erinnerung geprägt. Die Interpretation von Oral-History-Interviews steht also vor allem vor der Aufgabe, die Frage der Validität zu beantworten: Hat der Erzähler eigentlich das erinnert, was er damals erlebt, gefühlt etc. hat, oder ist seine Erinnerung von Bildern geprägt, die er in der Zwischenzeit wahrgenommen hat, die für sein Leben wichtig genug waren und die er deshalb in seinem Gedächtnis gespeichert hat. Die quellenkritische Frage bewegt sich also beim Oral-History-Verfahren keineswegs nur zwischen den Polen ‚wahr‘ oder ‚falsch‘. [...] Dies dürfen wir aber keineswegs als Manko, quellenkritisch als Schwäche etc. der Zeitzeugeninterviews, der Oral-History begreifen, sondern im Bewusstsein der Natürlichkeit dieser Verknüpfungen als eine Stärke, als eine Tiefe. Wir dürfen schließlich nicht erwarten, dass ein Zeitzeuge gerichtlichen Vernehmungsregeln folgt wie etwa: Antworten Sie nur mit Ja oder Nein, Herr/Frau Zeuge/in! Ein Oral-History-Interview ist eben kein Verhör, auch wenn ein solches – und zu Recht – auch als qualitatives Erhebungsinstrument gilt. Hier liegt auch eine grundsätzliche Scheidelinie der Paradigma: Oral-History als „Faktenspender“ oder Oral-History als Lebenserinnerung, als Erinnerung an und aus dem Leben, vgl. David K. DUNAWAY, Willa K. BAUM (Hgg.), *Oral History: An Interdisciplinary Anthology*, London 1996.“ Peter TEIBENBACHER: Das erinnerte Erlebnis Staatsvertrag, in: *Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, Bd. 34/35, Graz 2005, 33–48, hier: 46f. Endnoten 18 und 30. Siehe dazu auch Herwart VORLÄNDER: Mündliches Erfragen von Geschichte, in Herwart VORLÄNDER (Hg.): *Oral History. Mündlich erfragte Geschichte*, Göttingen 1990, 7–28, hier: 7; Knud ANDRESEN, Linde APEL, Kirsten HEINSOHN: Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute, in: Knud ANDRESEN, Linde APEL, Kirsten HEINSOHN: Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute, Göttingen 2015, 7–22, hier: 15; Paul THOMPSON: *The Voice of the Past Oral History*, New York 2000, 25–81.
- 15 Michael GEHLER: Zwischen allen Stühlen – Österreichs Außenpolitik 1918–1938, in: Stefan KARNER (Hg.): *Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938*, Innsbruck/Wien/Bozen 2017, 117–128, hier: 119; Ernst HANISCH: *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 1994, 271.
- 16 GÖHRING, MACHACEK: Start in den Abgrund, 10; siehe: RAUSCHER: *Die verzweifelte Republik, 197–199*; Hans KERNBAUER, Eduard MÄRZ, Fritz WEBER: Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Erika WEINZIERL, Kurt SKALNIK (Hgg.): *Österreich 1918–1938, Geschichte der Republik*, Bd. 1, Wien/Graz/Köln 1983, 343–379, hier: 354–358; SANDGRUBER: *Ökonomie und Politik*, 361.
- 17 WEBER: *Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation*, 30; Herbert MATIS: „Notleidende Millionäre bevölkerten damals Österreich“. Die Währungs- und Geldpolitik in der jungen Republik, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHÄNER (Hgg.): *Das Werden der Ersten Republik ... der Rest ist Österreich*, Bd. 2, Wien 2008, 46f.; Dieter STIEFEL: *Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit*, in: *Studia Germanica et Austriaca* 2, Prag 2002, 1–12, hier: 1 und 4, online abrufbar unter <http://sga.euweb.cz/> und <https://historie.phil.muni.cz/media/3076886/snestiefel.pdf> (abgerufen am 13.8.2018); Roman SANDGRUBER: *Österreichs Wirtschaft 1918–1938 – Überblick und Weichenstellungen*, in: Stefan KARNER (Hg.): *Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938*, Innsbruck/Wien/Bozen 2017, 235–246, hier: 237.
- 18 In den ersten Nachkriegsjahren wurden seitens der Staatsverwaltung 94.000 Beamte abgebaut, siehe: MATIS: „Notleidende Millionäre“, 41; STIEFEL: *Der Arbeitsmarkt*, 5.
- 19 MATIS: „Notleidende Millionäre“, 47.
- 20 Andreas RESCH: Die österreichische Industrie während der Zwischenkriegszeit, in: Stefan KARNER (Hg.): *Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938*, Innsbruck/Wien/Bozen 2017, 247–258, hier: 248.
- 21 Ebenda.
- 22 Ebenda.
- 23 Ebenda; SANDGRUBER: *Österreichs Wirtschaft 1918–1938*, 238; Andreas WEIGL: *Beggar-Thy-Neighbour vs. Danube Basin Strategy: Habsburg Economic Networks in Interwar Europe*, in: *Religions* 7, City of Lancaster 2016, 1–12, hier: 7.

- 24 SANDGRUBER: Österreichs Wirtschaft 1918–1938, 238; STIEFEL: Der Arbeitsmarkt, 4.
- 25 HANISCH: Kontinuitäten und Brüche, 26; WEBER, Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation, 12–14; MATIS: „Notleidende Millionäre bevölkerten damals Österreich“, 40f.
- 26 HANISCH: Kontinuitäten und Brüche, 28.
- 27 Michael EGGER, Diether KRAMER: Qualitative und quantitative Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre in der Steiermark und zu ihrer subjektiven Wahrnehmung, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, 104, Graz 2013, 265–296, hier: 272; SANDGRUBER: Ökonomie und Politik, 388.
- 28 Ferdinand TREMEL: Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in der Ersten und Zweiten Republik, in: BUNDESMINISTERIUM FÜR HANDEL UND WIEDERAUFBAU (Hg.): 100 Jahre im Dienste der Wirtschaft. Eine Festschrift, Wien 1961, 175–300, hier: 218–223; GÖHRING, MACHACEK: Start in den Abgrund, 12.
- 29 SANDGRUBER: Ökonomie und Politik, 389.
- 30 RESCH: Die österreichische Industrie, 249.
- 31 SANDGRUBER: Ökonomie und Politik, 389–391.
- 32 EGGER, KRAMER: Qualitative und quantitative Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise, 272; STIEFEL: Der Arbeitsmarkt, 8.
- 33 OHA-WISOG Graz, S 250-9/85, anonym, männlich, Jg. 1909, Diplomingenieur.
- 34 SANDGRUBER: Österreichs Wirtschaft, 239. Sandgruber gibt laut einer zeitgenössischen Schätzung 770.000 Arbeitslose an.
- 35 Helmut WOHNOUT: Das autoritäre Österreich 1933/34–1938, in: KARNER (Hg.): Die umkämpfte Republik, 49–64, hier: 49.
- 36 Kurt BAUER: Der Anfang vom Ende. Österreich 1933/34, in: Heinz FISCHER (Hg.): 100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918–2018, Wien 2018, 75–88, hier: 79f.
- 37 Manfred RAUCHENSTEINER: Unter Beobachtung. Österreich seit 1918, Wien/Köln/Weimar 2017, 114.
- 38 HANISCH: Der lange Schatten des Staates, 299.
- 39 RAUCHENSTEINER: Unter Beobachtung, 114.
- 40 Stefan KARNER: Furchen der Not und falsche Versprechen, in: Kleine Zeitung, 12.3.2018, 59–61, hier: 60; Stefan KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft – Kultur, Graz 2005, 187.
- 41 HANISCH: Der lange Schatten, 299.
- 42 WOHNOUT: Das autoritäre Österreich 1933/34–1938, 50.
- 43 Erwin A. SCHMIDL: Die NSDAP in Österreich bis zum „Anschluss“ 1938, in: Stefan KARNER (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, Innsbruck/Wien/Bozen 2017, 193–206, hier: 196.
- 44 RAUCHENSTEINER: Unter Beobachtung, 108, 111, 119, 127.
- 45 SCHMIDL: Die NSDAP, 195.
- 46 STIEFEL: Der Arbeitsmarkt, 2f.
- 47 SANDGRUBER: Österreichs Wirtschaft, 240.
- 48 Ebenda.
- 49 PFOSER, WEIGL: Die erste Stunde Null, 179.
- 50 STIEFEL: Der Arbeitsmarkt, 4.
- 51 Zit. nach: ebenda.
- 52 Zit. nach: ebenda.
- 53 SANDGRUBER: Österreichs Wirtschaft, 240.
- 54 Ebenda, 395–397.
- 55 Ebenda, 240.
- 56 Dieter STIEFEL: Arbeitslosigkeit: soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen. Am Beispiel Österreichs 1918–1938, Berlin 1979, 29.
- 57 TÁLOS: Sozialpolitik seit 1918, 3.
- 58 Peter EIGNER, Andrea HELIGE (Hgg.): Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung, Wien/München 1999, 133.
- 59 MATIS: „Notleidende Millionäre“, 41.
- 60 KONRAD, MADERTHANDER: Editorische Vorbemerkung, 17.
- 61 MATIS: „Notleidende Millionäre“, 41.
- 62 Friedrich HEER: Der Kampf um die österreichische Identität, Wien/Köln/Weimar 2001, allgemein die Kapitel „1914–1918“ und „Auf dem Weg zum Anschluss“, insbesondere die Seiten 337f., 340, 350, 372–374 – speziell zu Graz: 376–378 und 381–383.
- 63 Heinz BUDE: Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen, München 2016, 9.
- 64 Ebenda, 10.
- 65 Ebenda, 44.
- 66 Karl FALLEND: Historische Aspekte zur psychoanalytischen Massenpsychologie. „Prof. Freud wünscht, die Psychologie der Revolution von vielen Gesichtspunkten aus zu betrach-

- ten“, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHANER (Hgg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 2, Wien 2008, 251–262, hier: 260.
- 67 Jan PLUMER: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte, München 2012, 328.
- 68 PLUMER: Geschichte und Gefühl, 328; siehe dazu auch grundlegend: Jerome KAGEN: What is Emotion? History, Measures and Meanings, New Heaven 2007.
- 69 PLUMER: Geschichte und Gefühl, 329.
- 70 Ernst BRUCKMÜLLER: Sozialgeschichte Österreichs, Wien 2001, 372.
- 71 WEBER: Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation, 12.
- 72 Ebenda.
- 73 BRUCKMÜLLER: Sozialgeschichte Österreichs, 372.
- 74 STIEFEL: Der Arbeitsmarkt, 2.
- 75 WEBER: Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation, 40f.
- 76 SANDGRUBER: Ökonomie und Politik, 337.
- 77 STIEFEL: Arbeitslosigkeit, 39.
- 78 PFOSE, WEIGL: Die erste Stunde Null, 179.
- 79 KONRAD, MADERTHANER: Editorische Vorbemerkung, 18.
- 80 PFOSE, WEIGL: Die erste Stunde Null, 180–186; Emmerich TÁLOS: Zwischen Ausbau und Abbau – Sozialpolitik 1918–1938, in: Stefan KARNER (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, Innsbruck/Wien/Bozen 2017, 269–276, hier: 270f.
- 81 PFOSE, WEIGL: Die erste Stunde Null, 180–186.
- 82 Ebenda.
- 83 Peter WILDING: „... für Arbeit und Brot“. Arbeitslose in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich (mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark), Wien 1990, 122.
- 84 Helmut KONRAD: Das Rote Wien. Ein Konzept für eine moderne Gesellschaft?, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHANER (Hgg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 1, Wien 2008, 223–240, hier insbes.: 229 und 232f.
- 85 Peter EIGNER, Herbert MATIS, Andrea RESCH: Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme, in: Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien 1999, Wien 1999, 49–100, hier: 58. Online unter: [www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/matis\\_wohnbau.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/matis_wohnbau.pdf) (abgerufen am 24.8.2018).
- 86 Gerhard M. DIENES: Graz und das Ende der „Südbahn“ als mitteleuropäischer Verbindungsschiene 1918/19, in: Stefan KARNER, Gerald SCHÖPFER (Hgg.): Als Mitteleuropa zerbrach. Zu den Folgen des Umbruchs in Österreich und Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg, Graz 1990, 153–170.
- 87 Stefan KARNER: Problemfelder des wirtschaftlichen Aufbaus in Österreich 1918/19, in: Stefan KARNER, Gerald SCHÖPFER (Hgg.): Als Mitteleuropa zerbrach. Zu den Folgen des Umbruchs in Österreich und Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg, Graz 1990, 67–78, hier: 72.
- 88 Wolfgang WEISS: Militärhistorische Aspekte einer bewegten Zeit, in: Josef RIEGLER (Hg.): November 1918. Die Steiermark zwischen Monarchie und Republik, Graz 2008, 16.
- 89 OHA-WISOG Graz: S 250-9/85. Anonym, männlich, Jg. 1909, Diplomingenieur.
- 90 Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz, Nr. 29, 20. Oktober 1918, Graz 1918, 676.
- 91 Siehe dazu auch PFOSE, WEIGL: Die erste Stunde Null, 84f., 89–92.
- 92 Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz, Nr. 29, 20.10.1918, Graz 1918, 676.
- 93 Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz, Nr. 31, 10.11.1918, Graz 1918, 702.
- 94 Siegfried ROSENFELD: Die Grippeepidemie des Jahres 1918 in Österreich, Wien 1921.
- 95 Aufgrund der Unzuverlässigkeit in Hinblick auf die Rücksendungen kann diese Arbeit nur für ungefähre Schätzungen dienen.
- 96 Siegfried ROSENFELD: Die Grippeepidemie des Jahres 1918 in Österreich, Wien 1921, 13 bzw. 35.
- 97 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, für die Monate Oktober, November und Dezember 1918, Graz 1918.  
Der Unterschied erklärt sich daraus, dass die Einsendungen der Ärzte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen, wobei die in den Amtsblättern der Stadt Graz publizierten Sanitätsberichte die offiziellen Aufzeichnungen der Grazer Behörden wiedergeben.
- 98 Manfred STRAKA: Die Bevölkerungsentwicklung im Raume von Groß-Graz, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, Bd. 48, 1957, 22–60, hier: 36; Werner Tscherner spricht hingegen von einer Zunahme

- von 5.863 Personen: Werner TSCHERNE: Einheit und Vielfalt – Die Steiermark 1918 bis 1945 im Spiegel der Statistik, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, TB 2, Wien/Köln/Weimar 2015, 113–131, hier: 114.
- 99 OHA-WISOG Graz: AL 16-12/83. Anonym, männlich, Jg. 1913, Oberstleutnant i.R.
- 100 Engelbert RÜCKL: Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit in Graz, o. J. [Graz 1920], o. S.
- 101 OHA-WISOG Graz, AL 16-12/83. Anonym, männlich, Jg. 1913, Oberstleutnant i.R.
- 102 RÜCKL: Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit, 3.
- 103 OHA-WISOG Graz, S 918-1/88. Anonym, männlich, Jg. 1900, Künstler.
- 104 Amtsblatt der Stadt Graz, Nr. 30, 31. Oktober 1918, Graz 1918, 682.
- 105 RÜCKL: Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit in Graz, 3; Vgl. dazu auch: Elke HAMMER-LUZA: Alltagsleben in Graz, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz, Bd. 2: Wirtschaft – Gesellschaft – Alltag, Graz 2003, 391–502, hier: 431.
- 106 Meinhard BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz, Bd. 1: Lebensraum – Stadt – Verwaltung, Graz 2003, 249.
- 107 Franz Christian WEBER, „So ein trauriges Lied ohne Worte ...“. Die Versorgung der Steiermark durch die Alliierten 1918/19, in: Blätter für Heimatkunde, 75, Graz 2001, 118–137, hier: 129. Siehe dazu auch PFOSER, WEIGL: Die erste Stunde Null, 75f.
- 108 RÜCKL: Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit, 2.
- 109 OHA-WISOG Graz: L 539-3/86. Anonym, weiblich, Jg. 1911, Lehrerin.
- 110 1920 wurde er Stadtschulrat, 1924 wurde er Vizebürgermeister und Finanzstadtrat.
- 111 RÜCKL: Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit in Graz, 6.
- 112 Siehe auch: Die Stadt Graz. Ihre kulturelle, bauliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten sechzig Jahren nebst kurzen geschichtlichen Rückblicken, Graz 1928, 38. (Publikation ohne Anmerkungen – die Daten konnten – zumindest für den Bereich des kommunalen Wohnbaus – aufgrund der Amtsblätter verifiziert werden. In der Folge als „Die Stadt Graz“ zitiert.)
- 113 Friederike DOLSAK: Gartenkultur. Vom Garten Eden bis heute, Graz 2013, 100; Ulrike LEPUSCHITZ: Schrebergärten, in: Gerhard M. DIENES, Karl A. KUBINZKY (Hgg.): Jakomini. Geschichte und Alltag, Graz 1991, 107f.
- 114 Ebenda.
- 115 LEPUSCHITZ: Schrebergärten, 107f.
- 116 OHA-WISOG Graz: S 250-9/85. Anonym, männlich, Jg. 1909.
- 117 LEPUSCHITZ: Schrebergärten, 107f.
- 118 Emmerich TÁLOS, Marcel FINK: Arbeitslosigkeit: eine Geißel, die nicht verschwindet, in: Stefan KARNER, Lorenz MIKOLETZKY (Hgg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck 2008, 229–240, hier: 231.
- 119 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz, 251.
- 120 N. N.: Der gestrige Grazer Schreckenstag. Bisher sechs Todesopfer, in: Grazer Tagblatt, 9.6.1920, 2.
- 121 Der Grazer Bluttag, in: Arbeiterwille, 9.6.1920, 1.
- 122 Das Blutbad in Graz. Vorläufig 12 Tote und viele Verwundete, in: Arbeiterwille, 9.6.1920, 3.
- 123 Ebenda, 3f.; Das Blutbad am Montag. Fünfzehn Todesopfer, in: Arbeiterwille, 10.6.1920, 2; Untersuchungen zum „Kirschenrummel“ lieferten bereits: Brigitta DORFER: „Kirschenrummel“ – Hungerrevolte von Frauen am 7. Juni 1920, in: Bettina BEHR, Ilse WIESER (Hgg.): Woment! Eine Würdigung der Grazer FrauenStadtGeschichte. Dokumentation und Lesebuch, Innsbruck/Wien/Bozen 2004, 166–169; Petra BERGER: Frauen in Hunger- und Brotkrawallen am Beispiel des Grazer „Kirschenrummels“. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 1994, 30–40; BRUNNER, Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz, 251.
- 124 N. N.: Zu den blutigen Vorfällen am Montag, in: Grazer Tagblatt, 9.6.1920, 4.
- 125 Ebenda.
- 126 Die mörderischen Narreteien der Petronella Zedtwitz. Die Urheberin des Kirschenrummels, der sieben Menschenleben kostete, in: Arbeiter-Zeitung, 27.11.1920, 6 – Anm. d. A.: Bei Hysterie handelt es sich eigentlich um

- eine neurotische Störung, die mit einem hohen Geltungsdrang und der Suche nach Anerkennung verbunden wird. Häufig wird damit auch oberflächliche und labile Affektivität beschrieben. Die etymologische Herleitung des Wortes bezieht sich auf die Gebärmutter, weshalb damit häufig eine Abwertung des weiblichen Geschlechts impliziert wurde. In der medizinischen Fachsprache gilt dieser Begriff heute weitgehend als veraltet.
- 127 Die mörderischen Narreteien der Petronella Zedtwitz. Die Urheberin des Kirschenrummels, der sieben Menschenleben kostete, in: Arbeiter-Zeitung, 27.11.1920, 6.
- 128 Ein Jahr amerikanisches Hilfswerk in Oesterreich, in: Grazer Mittagsblatt, 10.6.1920, 1f.; Ausführlicher siehe dazu: WEBER: „So ein trauriges Lied ohne Worte ...“, 134–136.
- 129 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 4, 15.3.1922, Graz 1922, 32.
- 130 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 8, 30.4.1922, Graz 1922, 68f.
- 131 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 21, 15.11.1922, Graz 1922, 182.
- 132 OHA-WISOG Graz: L 539-3/86. Anonym, weiblich, Jg. 1911; ähnliche Aussagen finden sich auch aus anderen österreichischen Städten, vgl. dazu Andreas WEIGL, „Zum Geburtstag wünschte ich mir Bananen“. Zur Ernährung der Wiener Schulkinder in der Zwischenkriegszeit, in: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 62/63, Wien 2007, 273–297.
- 133 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 14, 31.7.1923, Graz 1923, 142.
- 134 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), PK 1Rep AR DP.
- 135 RÜCKL: Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit in Graz, 18f.
- 136 OHA-WISOG Graz: S 421-6/86. Anonym, weiblich, Jg. 1902, Zahnärztliche Assistentin.
- 137 So fanden auch in den 30er-Jahren Hungerdemonstrationen statt, wie unter anderem ein Aufruf der KPÖ Graz zu einer Hungerdemonstration vom 23. Juni 1932 belegt, siehe: Heimo HALBRAINER, Gerald LAMPRECHT, Ursula MINDLER: Unsichtbar. NS-Herrschaft: Verfolgung und Widerstand in der Steiermark, Graz 2008, 46.
- 138 KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 193–195.
- 139 1857–1912, Statistiker, Finanz- und Sozialwissenschaftler, seit 1893 ordentlicher Professor an der Universität Graz, ab 1911 Präsident der statistischen Zentralkommission; zu seinen Lebensdaten siehe [http://www.biographien.ac.at/oebl/oebl\\_M/Mischler\\_Ernst\\_1857\\_1912.xml](http://www.biographien.ac.at/oebl/oebl_M/Mischler_Ernst_1857_1912.xml) (abgerufen am 19.8.2018).
- 140 Die Stadt Graz, 310; Siehe dazu auch: WILDING: „... für Arbeit und Brot“, 110f.
- 141 Siehe online <http://ww1.habsburger.net/de/kapitel/die-mobilisierungskrise-der-ersten-kriegsmonate> (abgerufen am 10.9.2018).
- 142 Die Stadt Graz, 310.
- 143 Ebenda.
- 144 Ebenda.
- 145 Ebenda; siehe dazu auch: WILDING: „... für Arbeit und Brot“, 110f.
- 146 Die Stadt Graz, 310.
- 147 Diese regelt den Bezug des Arbeitslosengeldes und wurde am 24.3.1920 eingeführt, siehe: SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 105.
- 148 Siehe: PFOSER, WEIGL: Die erste Stunde Null, 174–188; TÁLOS: Zwischen Ausbau und Abbau, 269–276; Emmerich TALÓS: Sozialpolitik in der Ersten Republik, in: Emmerich TALÓS et al. (Hgg.): Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 570–601, hier: 576–581.
- 149 SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 106; siehe dazu auch WILDING: „... für Arbeit und Brot“, 116.
- 150 SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 106; WILDING: „... für Arbeit und Brot“, 118, 122.
- 151 Ebenda.
- 152 WILDING: „... für Arbeit und Brot“, 122. In der Forschungsliteratur herrscht Uneinigkeit, ob die Ausgesteuerten statistisch erfasst wurden oder nicht: Karner gibt an, dass Langzeitarbeitslose nicht statistisch erfasst wurden. Siehe dazu Stefan KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, 263–288, hier: 274; anderer Meinung sind: EGGER, KRAMER: Qualitative und quantitative Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise, 275f. Egger und Kramer räumen jedoch ein, dass zu den erhobenen Zahlen noch eine gewisse Anzahl „versteckter“ Arbeitsloser hinzukommt. Auch Sandgruber operiert ak-

- tuell mit „zeitgenössischen Schätzungen“. SANDGRUBER: Österreichs Wirtschaft 1918–1938, 239; schließlich verweist Stiefel darauf, dass die Aufschlüsselung der Arbeitslosenzahlen nach regionalen oder berufsmäßigen Kriterien nicht möglich ist, da statistische Quellen nur für die unterstützten Arbeitslosen vorliegen. Siehe STIEFEL: Der Arbeitsmarkt, 4.
- 153 OHA-WISOG Graz, AL 16-12/83. Anonym, männlich, Jg. 1913, Oberstleutnant i. R.
- 154 OHA-WISOG Graz: AL73-6/84. Anonym, weiblich, Jg. 1910, Raumpflegerin.
- 155 Die Stadt Graz, 310.
- 156 WILDING, „... für Arbeit und Brot“, 99.
- 157 SCHÖPFER, Handel und Gewerbe in Graz in den Dreißigerjahren, 254.
- 158 Die Stadt Graz, 312.
- 159 WILDING: „... für Arbeit und Brot“, 153.
- 160 STIEFEL: Der Arbeitsmarkt; WILDING: „... für Arbeit und Brot“, 118.
- 161 TALÖS: Sozialpolitik in der Ersten Republik, 576–581.
- 162 Herbert HOFMEISTER: Ein Jahrhundert Sozialversicherung in Österreich, Berlin 1981, 632–634, zit. nach EGGER, KRAMER: Qualitative und quantitative Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise, 269.
- 163 Eingeführt am 17.12.1919, siehe dazu auch SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 105.
- 164 SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 105.
- 165 Joe PÜRINGER: Die Entwicklung des Arbeitsrechts in Österreich. Zugleich ein Übergang zum ASchG-Übergangsrecht, online unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC12160373/1/> (abgerufen am 24.8.2018).
- 166 SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 105.
- 167 Ebenda.
- 168 Reichsgesetzblatt (RGBl.) Nr. 34, 26.11.1917, online unter [https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAlt&Dokumentnummer=rgb1917\\_0034\\_00092](https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAlt&Dokumentnummer=rgb1917_0034_00092) (abgerufen am 25.7.2018).
- 169 RGBl. Nr. 21, 20.1.1918, online unter [https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAlt&Dokumentnummer=rgb1918\\_0021\\_00094](https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAlt&Dokumentnummer=rgb1918_0021_00094) (abgerufen am 25.7.2018).
- 170 Bundesgesetzblatt (BGBl.) Nr. 872 vom 7.12.1922, online unter <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=bgbl&datum=1922&page=1891&size=45> (abgerufen am 19.8.2018)
- 171 Ebenda; siehe auch Christine MAURITSCH: Wohnungsnot und Mieterschutz in Österreich vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Ständestaat. Ungedruckte Dissertation, Graz 1994.
- 172 Siehe dazu auch den historischen Überblick des Wiener Mieterschutzvereins, online unter <http://www.mieterschutzwien.at/index.php/3654/friedenszins-und-friedenskroene/?cn-reloaded=1> (abgerufen am 9.8.2018).
- 173 BGBl. Nr. 637 vom 21.12.1923 „über Steuerbegünstigungen für Wohn- und Geschäftshausbauten in den Jahren 1924 und 1925 (Baufaufwandsbegünstigungsgesetz vom Jahre 1923)“, online unter <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=bgbl&datum=19230004&seite=00001949> (abgerufen am 19.8.2018).
- 174 Eleonora RIESER: Wohnhausbauten der Gemeinde Graz 1918 bis 1934. Ungedruckte Diplomarbeit, Innsbruck 1988, 63.
- 175 Siehe etwa: Felix CZEIKE: Wiener Wohnbau vom Vormärz bis 1923, in: Karl MANK (Hg.): Kommunalen Wohnbau in Wien, Ausstellungs-Katalog 1991, Wien 1991, o. S.; siehe auch: PFOSER, WEIGL: Die erste Stunde Null, 191f.
- 176 RÜCKL: Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit, o. S.; siehe auch BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz, 254.
- 177 RÜCKL: Lebensnot, Wohnungselend und Hilfsbedürftigkeit in Graz, o. S.
- 178 Ebenda.
- 179 RIESER: Wohnhausbauten, 37.
- 180 STRAKA: Die Bevölkerungsentwicklung im Raume von Groß-Graz, 36; Tscherne spricht von einem Sinken von 4.938 Personen, siehe TSCHERNE: Einheit und Vielfalt, 114.
- 181 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 14, 20.5.1918, Graz 1918, 302.
- 182 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz, 240; Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 5, 15.3.1924, Graz 1924, 47f.
- 183 Punkte c–f, h, l, m: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 14, 20.5.1918, Graz 1918, 302.
- 184 Bezogene Wohnungen konnten untereinander ausgetauscht werden.

- 185 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 19, 15.10.1923, Graz 1923, 183.
- 186 BGBl. Nr. 873 vom 7.12.1922 „betreffend die Wohnungsanforderung“, eine Vorstufe dazu bildet RGBl. Nr. 114, 28.3.1918, online unter <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=bgb&datum=19220004&seite=00001840> (abgerufen am 19.09.2018).
- 187 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 31/32, 20.11.1919, Graz 1919, 644.
- 188 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 24, 31.12.1925, Graz 1925, 196.
- 189 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 3, 15.2.1926, Graz 1926, 25.
- 190 Mietengesetz vom 7.12.1922, online unter <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=bgb&datum=1922&page=1891&size=45> (abgerufen am 19.8.2018); Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 3, 15.2.1926, Graz 1926, 25; siehe auch MAURITSCH: Wohnungsnot und Mieterschutz, 37–39.
- 191 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 5/6, 31.3.1926, Graz 1926, 48.
- 192 BGBl. Nr. 252 vom 15.4.1921 „betreffend Ausgestaltung des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zu einem Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds“, aufgehoben 1999, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR11011462> (abgerufen am 25.7.2018); siehe auch <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=bgb&datum=19210004&seite=00000801> (abgerufen am 19.8.2018); Erwin ROHRBACHER: Die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaues in Österreich. Ungedruckte Dissertation, Innsbruck 1956, 39.
- 193 RIESER: Wohnhausbauten, 62.
- 194 BGBl. Nr. 200 vom 14.6.1929, online unter [https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAlt&Dokumentnummer=bgb1929\\_0200\\_00811](https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAlt&Dokumentnummer=bgb1929_0200_00811) (abgerufen am 25.7.2018).
- 195 RIESER: Wohnhausbauten, 62.
- 196 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 5, 15.3.1924, Graz 1924, 47f.
- 197 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 10/11, 15.6.1926, Graz 1926, 78f. Tatsächlich weist das Amtsblatt vom 15.6.1926 den Betrag noch in Kronen aus.
- 198 „von jeder Krone des einbekannten, allenfalls amtlich richtiggestellten Mietzinses (Mietwerts) für die Jahre 1922, 1923 und 1924 einzuheben“, siehe: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 36, 31.12.1921, Graz 1921, 545.
- 199 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 36, 31.12.1921, Graz 1921, 545; Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 12, 30.6.1927, Graz 1927, 99–101.
- 200 Die Stadt Graz, 243–244. In Wien erfolgte die Finanzierung des im Rahmen des „Roten Wien“ betriebenen Wohnbaus weitgehend über eine 1923 geschaffene Wohnbausteuer, die sich aus einer direkten Steuer sowie aus einer nach dem damaligen Wiener Finanzstadtrat Hugo Breitner (Finanzstadt- und Landesrat von 1920 bis 1932) als „Breitner-Steuer“ benannte Luxussteuer zusammensetzte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Wien im Unterschied zu Graz als Bundesland (1921/22) über eine weitgreifende Steuerhoheit beziehungsweise über ein Steuerfindungsrecht verfügte, womit der soziale Wohnbau im „Roten Wien“ erst möglich wurde; siehe dazu: KONRAD: Das Rote Wien, 228f.
- 201 Die ursprünglich geplanten 400 Wohnungen konnten jedoch aufgrund der Kostensteigerung und des Mangels an Baumaterial, etwa Zement, nicht vollendet werden. Dies war ein Umstand, der neben der Art des errichteten Wohnraums für die wirtschaftliche Lage der unmittelbaren Nachkriegszeit steht: „Das Baumaterial wurde zum Großteile aus dem Abbruch von Baracken in Militärlagern gewonnen, teilweise wurden auch fertige Holzgerippe mit vorhandenem Inneneinbau, die seinerzeit für den Wiederaufbau in Galizien und in Görz bestimmt waren, verwendet.“, siehe: Die Stadt Graz, 244.
- 202 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 28, 10.10.1919, Graz 1919, 559f.
- 203 Durch eine Auswahl aus diesen nach Punkten gelisteten Wohnungswerbenden wurde eine „Kontingentliste“ mit der voraussichtlichen Anzahl jener Wohnungswerber erstellt, die im folgenden Quartal vermittelt werden konnten, siehe: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 15, 15.8.1922, Graz 1922, 128f.  
Über die Zuweisung der Wohnungen in städtische Häuser entschied der bis 1932 bestehende Wohnungsvergebungsausschuss. Zu diesem Zeitpunkt wurden seine Agenden an den Stadtrat übertragen, siehe: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 24, 31.12.1932, Graz 1932, 187.

- 204 Siehe dazu: RIESER: Wohnhausbauten; Michaela STRAPATSAS, Nikolaus REISINGER (Hgg.): Gemeinde.Wohnen. Aspekte des Grazer Gemeindefohnbaus, Graz 2014; Antje SENARCLENS DE GRANCY: Keine Würfelwelt. Architekturpositionen einer „bodenständigen“ Moderne in Graz 1918–1938, Graz 2007; Die Stadt Graz, 243–249.
- 205 An der Vinzenz-Muchitsch-Straße 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27 (1922), an der Weißenhofgasse 2, 4, 6, 8, 10, 12 (1928), an der Mauergasse 33, 35, 37, 39, 41 (1928), an der Triesterstraße 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58 (1928).
- 206 Auf der Tändelwiese 28 (1928), Auf der Tändelwiese 30, 32 (1930), Triesterstraße 60, 62, 64 (1930), Triesterstraße 66 (1928), Vinzenz-Muchitsch-Straße 33, 35 (1930).
- 207 An der Floßlendstraße 19, 21, 21A, 23, 23A, 25, 25A, 27, 29, Grimmigasse 2, 4 und am Kalvariengürtel 3, 5, 7.
- 208 Schönaugasse 58, 60, 62 (1924), Grazbachgasse 66, 68, 70, 72 (1925), Grazbachgasse 44, 48, 50 (1926–1928), Grazbachgasse 74, 76/Pestalozzistraße 13, 15 (1929–1931).
- 209 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 11, 15.11.1930, Graz 1930, 175f.
- 210 Stadtarchiv Graz, Bauakt Nr. XR-549/1930 Siedlung Kalvariengürtel, zit. nach RIESER: Wohnhausbauten, 67.
- 211 OHA-WISOG Graz, S 1055-6/88. Anonym, männlich, Jg. 1925, Kaufmann.
- 212 SENARCLENS DE GRANCY: Keine Würfelwelt, 177.
- 213 RIESER: Wohnhausbauten, 68.
- 214 SENARCLENS DE GRANCY: Keine Würfelwelt, 178.
- 215 Ebenda, 179.
- 216 Ebenda, 180.
- 217 Ebenda.
- 218 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 15, 14.8.1931, Graz 1931, 170.
- 219 Ein Zimmer mit einem mit Brennholz befeuerten Herd.
- 220 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 5, 15.3.1929, Graz 1929, 57.
- 221 KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE STEIERMARKS: Jahrbuch 1928, Graz 1929, 238.
- 222 RIESER: Wohnhausbauten, 65.
- 223 KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE STEIERMARKS: Jahrbuch 1928, 8.
- 224 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 15, 14.8.1931, Graz 1931, 170.
- 225 Zum sozialen Wohnbau in der Steiermark siehe Helmut LACKNER: Der Soziale Wohnbau in der Steiermark. 1938–1945 (= Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. 34), Graz 1984.
- 226 Die Stadt Graz, 248f.
- 227 BGBl. 200 vom 14.6.1929.
- 228 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 14, 2.9.1929, Graz 1929, 159f.
- 229 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 23/24, 31.12.1931, Graz 1931, 223.
- 230 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 21, 15.11.1924, Graz 1924, 183–186. Die Summe entspricht einhundertfünfundsiebzig Milliarden Kronen oder 17.500.000 Schilling, zit. nach RIESER: Wohnhausbauten, 45.
- 231 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 11, 15.6.1925, Graz 1925, 100, zit. nach: RIESER: Wohnhausbauten, 45.
- 232 Die Stadt Graz, 264.
- 233 Die Stadt Graz, 258; siehe auch Heinrich ORTNER: Die Schwemmkanalisation von Graz, Graz 1927.
- 234 BRUNNER: Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz, 240.
- 235 David HERZOG: Meine Lebenswege, in: Heimo HALBRAINER, Gerald LAMPRECHT, Andreas SCHWEIGER (Hgg.): Meine Lebenswege. Die persönlichen Aufzeichnungen des Grazer Rabbiners David Herzog, Graz 2013, 120. – David Herzog (1869–1946), Hochschul- und Gymnasiallehrer in Graz, war von 1907 bis 1938, als er aus Österreich vertrieben wurde, Landesrabbiner für Steiermark und Kärnten.
- 236 Die Stadt Graz, 260.
- 237 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 4, 28.2.1925, Graz 1925, 34, zit. nach RIESER: Wohnhausbauten, 45.
- 238 Die Stadt Graz, 185.
- 239 SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 116.
- 240 Die Stadt Graz, 186.
- 241 SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 124.
- 242 KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE IN WIEN (Hg.): Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1927, 75.
- 243 OHA-WISOG Graz: S 931-11/88. Anonym, männlich, Jg. 1904, Dreher, Maschinenschlosser, Widerstandskämpfer.

- 244 Für die Auswirkungen auf die Wirtschaft in der Steiermark siehe insbesondere: EGGER, KRAMER: Qualitative und quantitative Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise, 265–296.
- 245 HANISCH: Kontinuitäten und Brüche, 26; WEBER: Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation, 12–14; MATIS: „Notleidende Millionäre bevölkerten damals Österreich“, 40f.
- 246 HANISCH: Kontinuitäten und Brüche, 28; SANDGRUBER: Ökonomie und Politik, 382–394.
- 247 HALBRAINER, LAMPRECHT, MINDLER: Unsichtbar, 42.
- 248 SANDGRUBER: Ökonomie und Politik, 382; HALBRAINER, LAMPRECHT, MINDLER: Unsichtbar, 42.
- 249 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 23/24, 31.12.1931, Graz 1931, 223–235.
- 250 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 8/9, August/September 1937, Graz 1937, 57, zit. nach: RIESER: Wohnhausbauten, 57.
- 251 Julia POELT: Die Grazer Stadtrandsiedlungen der Randsiedlungsaktionen 1932–1937, Graz 2008, 108f.
- 252 Ebenda, 104–117.
- 253 KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert, 193–195.
- 254 SCHÖPFER: Handel und Gewerbe in Graz in den Dreißigerjahren, 249.
- 255 Ebenda, 250.
- 256 SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 117.
- 257 Ebenda, 118.
- 258 WILDING: „... für Arbeit und Brot“, 153.
- 259 GÖHRING, MACHACEK: Start in den Abgrund, 12.
- 260 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 2, 15.2.1934, Graz 1934, 15, zit. nach RIESER: Wohnhausbauten, 35.
- 261 STIEFEL: Arbeitslosigkeit, 29; siehe auch BRUCKMÜLLER: Sozialgeschichte Österreichs, 403, Grafik 13. Laut Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien hatten die unterstützten Arbeitslosen demnach im Jänner 1934 einen Höchststand von 357.291, die vorgemerkten Arbeitslosen eine Zahl von 440.345 erreicht. Dieser Höchststand wurde in den Jahren 1935 und 1936 nicht mehr erreicht, womit insgesamt ein Absinken der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, siehe: KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE IN WIEN (Hg.): Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1936, Wien 1936, 33, Tabelle 11.
- 262 KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE STEIERMARKS: Jahresbericht 1934, Graz 1935, 14.
- 263 Ebenda.
- 264 KARNER: Steiermark im 20. Jahrhundert, 193–195.
- 265 The National Archives, Public Record Office, FO 37/22320, Bericht der britischen Botschaft in Wien an das Foreign Office vom 9.3.1938, zit. nach STIEFEL: Arbeitslosigkeit, 133.
- 266 Ebenda.
- 267 Ebenda.
- 268 Ebenda.
- 269 Die Stadt Graz, 313.
- 270 OHA-WISOG Graz, S 213-6/85. Anonym, weiblich, Jg. 1906, Fabrikarbeiterin.
- 271 SCHÖPFER: Handel und Gewerbe in Graz in den Dreißigerjahren, 251.
- 272 Ebenda.
- 273 KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit, 276; WILDING: „... für Arbeit und Brot“, 124f.
- 274 SCHÖPFER: Handel und Gewerbe in Graz in den Dreißigerjahren, 254.
- 275 Stadtarchiv Graz (StAG), Archiv der Stadt Graz, Stadtratsprotokolle, Sonder-Programm 1934; StAG, Archiv der Stadt Graz, Stadtratsprotokolle, Sonder-Programm II 1935.
- 276 SCHMIDLECHNER: Die soziale Lage der steirischen Industriearbeiterschaft, 116.
- 277 KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE IN WIEN (Hg.): Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1936, 42.
- 278 KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit, 274.
- 279 EGGER, KRAMER: Qualitative und quantitative Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise, 289.
- 280 RIESER: Wohnhausbauten, 58.
- 281 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 8/9, August/September 1937, Graz 1937, 57, zit. nach: RIESER: Wohnhausbauten, 57.
- 282 KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit, 276.
- 283 Ebenda, 279.
- 284 OHA-WISOG Graz, S 250-9/85. Anonym, männlich, Jg. 1909, Diplomingenieur.
- 285 OHA-WISOG Graz, S 421-6/86. Anonym, weiblich, Jg. 1902, Zahnärztliche Assistentin.

- 286 KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit, 279.
- 287 OHA-WISOG Graz, S 414-6/86, anonym, weiblich, Jg. 1894, ohne Berufsangabe.
- 288 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 3/4, Mai/Juni 1938, 13f., zit. nach: SCHÖPFER: Handel und Gewerbe in Graz in den Dreißigerjahren, 258.
- 289 Ebenda.
- 290 SCHÖPFER: Handel und Gewerbe in Graz in den Dreißigerjahren, 258.
- 291 EGGER, KRAMER: Qualitative und quantitative Untersuchungen zur Weltwirtschaftskrise, 278.
- 292 KARNER: Bevölkerungsentwicklung, Sozialstruktur und Arbeitslosigkeit, 267.
- 293 SCHÖPFER: Handel und Gewerbe in Graz in den Dreißigerjahren, 259.
- 294 Nach dem gleichnamigen Titel der Publikation GÖHRING, MACHACEK: Start in den Abgrund.
- 295 KONRAD, MADERTHANER: Editorische Vorbemerkung, 14.
- 296 Anton PELINKA: Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918–1938, Wien/Köln/Weimar 2017.

## **Frauen in Graz von 1918 bis 1938**

### **Einleitung**

Bereits die Vertreterinnen der Frauenforschung der 1970er-Jahre haben mit ihrer These, dass ein Krieg zwar spezifische, aber doch sowohl für Männer als auch für Frauen gleichermaßen Konsequenzen hat, traditionelle Forschungsansätze stark infrage gestellt und eindeutig widerlegen können. In weiterer Folge hat sich auch die Geschlechterforschung mit dem Zusammenhang von Geschlecht und Krieg auseinandergesetzt – wobei der Begriff „Gender“ auf eine Reihe von kulturell geformten und definierten Eigenschaften und sozialen Normen im Zusammenhang mit Männlichkeit und Weiblichkeit bezogen wird – und sehr klar gezeigt, dass die Folgen von Kriegen „ganz generell ohne Berücksichtigung der analytischen Kategorie Geschlecht nicht ausreichend erfasst und verstanden werden können“.<sup>1</sup>

Speziell in Bezug auf den Ersten Weltkrieg ist dabei festzustellen, dass seine Bedeutung nicht nur für die politische, sondern auch für die soziale und ökonomische Situation von Männern und Frauen auch in Nachkriegsgesellschaften Historikerinnen und Historiker bereits seit längerer Zeit beschäftigt.<sup>2</sup> Auch für Österreich wurden – allerdings mit beträchtlicher Verzögerung – mittlerweile zahlreiche Arbeiten zur Kriegs- und Nachkriegszeit verfasst,<sup>3</sup> in welchen ebenfalls nicht mehr ausschließlich die politische Geschichte, sondern auch gesellschafts-, kultur- sowie geschlechterspezifische Themen im Fokus standen. Im Zuge dessen ist es auch zur Entwicklung neuer Forschungsansätze gekommen.<sup>4</sup>

Diesbezüglich sei hier auf Überlegungen hingewiesen, in Bezug auf das Jahr 1918 für eine veränderte Periodisierung der österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert zu plädieren, da aus Sicht der Sozialgeschichte, aber auch der Alltags- und der Geschlechtergeschichte, dieses Jahr keine solche Zäsur darstellt, wie es die politische Geschichte als markanten Einschnitt und Systembruch beschreibt. Dazu gehört auch der Ansatz, die Kriegsjahre, die ja zumeist als Endzeit der Monarchie behandelt werden, eher als Anfangsjahre der nachfolgenden Epoche zu sehen, weil die zwischen 1914

und 1918 gemachten Erfahrungen beträchtliche Konsequenzen für die Geschichte der Republik Österreich hatten.<sup>5</sup>

Die folgenden Ausführungen setzen sich mit Frauen in Graz in der Zeit der Ersten Republik auseinander. Besonders im Fokus stehen dabei Überlegungen, ob und in welcher Form kriegsbedingte Veränderungen der Geschlechterrollen zu Erweiterungen des Handlungsspielraumes für Frauen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum innerhalb dieses Zeitraums führen konnten. In diesem Zusammenhang wird besonders die Aktivität von Frauen in politischen Milieus untersucht. Dabei wird – auch unter Berücksichtigung von klassenspezifischen Unterschieden – von einer beträchtlichen Diskrepanz zwischen formellen und informellen Aktionsmöglichkeiten ausgegangen.

## **Politik und Geschlecht**

Generell ist darauf hinzuweisen, dass in Akzeptanz der bestehenden Geschlechterordnung, derzufolge der öffentliche Raum den Männern vorbehalten war, auch in Graz die seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Bemühungen von Frauen, gesellschaftliche und auch politische Gleichberechtigung und dabei besonders das Wahlrecht zu erlangen, von den Männern aller politischen Lager generell nicht geschätzt wurden, wenn dies auch nur selten offen eingestanden wurde.<sup>6</sup> Dabei soll erwähnt werden, dass Steuern zahlende Frauen in Graz – aufgrund der erlassenen Gemeindeordnung – auf kommunaler Ebene bereits seit 1869 wählen durften, dieses Recht aber bis 1897 nicht persönlich, sondern nur über einen bevollmächtigten Mann ausüben konnten.

Was die Erlangung des Wahlrechts für alle Frauen anlangte, waren es in erster Linie die Sozialdemokratinnen, die ein solches in Graz schon vor dem Ersten Weltkrieg forderten, und zwar nachweisbar seit dem ersten internationalen Frauentag, der 1911 – und damit mit deutlicher Verzögerung gegenüber anderen Städten der Monarchie, in welchen es bereits 1905 zur Gründung von Frauenstimmrechtskomitees kam – von sozialdemokratischen Frauen auch in der Steiermark beziehungsweise in Graz organisiert wurde. Katholische Frauen gehörten zumindest in Graz nicht zu den Befürworterinnen des Frauenwahlrechts. Sie verhielten sich diesbezüglich distanziert, abwartend und vielfach ablehnend und setzten sich erst knapp vor dem Ende des Ersten Weltkrieges für das Frauenwahlrecht ein.<sup>7</sup>

Auch bei den während der Kriegsjahre stattfindenden Frauentagen wurde das Frauenwahlrecht gefordert.<sup>8</sup> Bei jenem im April 1916 stattfindenden wurden diese Forderungen von den Sozialdemokratinnen, für welche das aktive und passive Wahlrecht auch deshalb so wichtig war, da man an der zukünftigen Gesetzgebung über Arbeiterinnen-, Mutter- und Kinderschutz sowie an der Witwen- und Waisenschutzgesetzgebung teilhaben wollte, mit ihrer Tätigkeit als „Soldaten des Hinterlandes“ legitimiert. Als diese hätten sie bewiesen, dass sie ein außerordentlich wichtiger Faktor gesellschaftlichen Wirkens waren. Noch weiter intensiviert wurden die Kampagnen für das Frauenwahlrecht – nicht nur in Wien, Prag/Praha oder Brünn/Brno, sondern

auch in Graz – ab der Februarrevolution in Russland im Jahre 1917 und der damit verbundenen Umbruchstimmung.<sup>9</sup>

Eine besonders aktive Verfechterin des Frauenwahlrechts war Martha Tausk. Sie wurde 1881 in Wien geboren und 1917 von Johann Resel nach Graz geholt, wo sie zunächst im Vorstand der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse tätig war. Sie war nicht nur Grazer Gemeinderätin, sondern gehörte 1918 auch als erste Frau und Sozialdemokratin der provisorischen steirischen Landesversammlung an und wurde 1919 in den steirischen Landtag gewählt.<sup>10</sup>

Beeinflusst von der politischen Situation nach dem Zerfall der Monarchie beschloss die Provisorische Nationalversammlung am 12. November 1918 die Zuerkennung des aktiven, gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrechts mit Vollendung des 20. Lebensjahres und des passiven Wahlrechts mit Vollendung des 26. Lebensjahres für alle Vertretungskörper an alle „Staatsbürger“ ohne Unterschied des Geschlechts. Für Graz erfolgte die konkrete Einführung mit der Gemeindewahlordnung vom 14. April 1919.<sup>11</sup>

Bei den ersten Gemeinderatswahlen in Graz war die Wahlbeteiligung von Frauen sehr hoch. 38.313 Frauen machten Gebrauch von ihrem Wahlrecht, was rund 59 Prozent der Wählerschaft entsprach.<sup>12</sup> Diese hohe Wahlbeteiligung war auch auf verschiedene Initiativen der Katholischen Frauenorganisation zurückzuführen, die ihre Mitglieder nicht nur ausführlich über das Wahlrecht informierte, sondern katholische Frauen auch durch verschiedene Aktionen – unter anderem durch Wahlaufrufe für die Christlichsoziale Partei – davon überzeugen konnte, die Teilnahme an der Wahl als „Gewissenspflicht“ anzusehen.

Dieses „historische Ereignis, weil es zum erstenmal der Fall ist, dass Damen als gewählte Vertretung der Stadt Graz hier erscheinen“,<sup>13</sup> wurde auch bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung am 13. Juni 1919 gewürdigt, und in die „verschiedenen Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts“<sup>14</sup> insofern ökonomische Erwartungen gesetzt, dass „die Frauen, so wie sie im Kriege durch ihre Mitwirkung im Hinterlande die besten Dienste zum Wohle des Vaterlandes geleistet haben, auch hier im Gemeindegeldhaushalte, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete die ersprißlichsten Erfolge erzielen werden.“<sup>15</sup>

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten für den Gemeinderat der Stadt Graz betrug im Wahljahr 1919 mit sechs Frauen unter den 48 Gemeinderäten 12,5 Prozent. In den Gemeinderat gewählt wurden die Christlichsozialen Marie Handl, Ludmilla Müller, Berta Schreiner und Sophie Tauber sowie die Sozialdemokratinnen Marie Dubina und Martha Tausk.<sup>16</sup>

Am Frauenanteil am Grazer Gemeinderat änderte sich auch nach den Gemeinderatswahlen am 25. Mai 1924 nichts. Als Gemeinderätinnen fungierten nach wie vor die christlichsozialen Politikerinnen Ludmilla Müller, Sophie Tauber, Berta Schreiner und die Sozialdemokratin Martha Tausk, neu hinzu kamen die christlichsozialen Politikerinnen Elisabeth Gaischeg, Maria Krevets und Josefine Puggl. Bei den Gemeinderatswahlen von 1929 wurden die Sozialdemokratinnen Elisabeth Peisser, Maria Pongratz und Frieda Roßbacher sowie die Christlichsozialen Helene Kociancig, Adele Wigan und Aloisia Ritter gewählt.<sup>17</sup>

Wie im Landtag wurde auch im Grazer Gemeinderat keine der Gemeinderätinnen mit einer wichtigen Funktion, sei es als Obfrau einer Sektion, einer ständigen Kommission oder eines Ausschusses, sei es als Stadträtin, betraut. Auch die kommunalpolitisch relevanten Ausschüsse wurden weitestgehend oder zur Gänze mit Männern besetzt, nur in einigen wenigen Ausschüssen waren vereinzelt weibliche Abgeordnete vertreten. Ganz dem damaligen stereotypen Geschlechterbild entsprechend waren sie dann für die Bereiche Soziales und Fürsorge, Unterricht beziehungsweise Bildung, Ernährung, Jugend, Familie oder Wirtschaft zuständig.<sup>18</sup>

In diesem Sinne lagen auch die eingebrachten Anträge und Arbeitsfelder der Politikerinnen vor allem auf sozial- und kulturpolitischem Gebiet. Sie setzten sich beispielsweise für eine Verbesserung des Fürsorgewesens, der Dienstbotenordnung, der Besoldungsverhältnisse von Frauen und für die Regelung der weiblichen Altersvorsorge ein, ferner für die Errichtung von Kleinkinderheimen und Schulen wie der Landeskrankenpflegeschule, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Frauen oder für die Bildung und Ausbildung von jungen Frauen.<sup>19</sup>

Dass aber auch Frauen Einfluss in der Politik erlangen konnten, zeigt das Beispiel von Frieda Mikola, die eine der wichtigsten Christlichsozialen Politikerinnen der Zwischenkriegszeit war.<sup>20</sup> Mikola wurde am 6. Dezember 1881 in Graz geboren, war von 1920 bis 1934 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag und dort in den Ausschüssen Finanz- und Kultur sowie im Fürsorgeausschuss, dessen stellvertretende Obfrau sie war, vertreten. Sie war unter anderem auch Frauenreferentin der Christlichsozialen Partei und – als Vertreterin der Mädchenvereine – Mitglied im gesamtösterreichischen Vorstand der Katholischen Aktion.<sup>21</sup>

Nach der Zerschlagung der Demokratie im März 1933 und der Niederlage der Sozialdemokraten im Februar 1934 wurde von der Steiermärkischen Landesregierung am 17. März 1934 die Auflösung des Grazer Gemeinderates verfügt und am 24. März 1934 ein ausschließlich aus Männern gebildeter Stadtrat nach ständischen Prinzipien gebildet.<sup>22</sup>

Durch die von den Repräsentanten des „Ständestaats“ angenommene Gleichsetzung von Geschlechterdichotomie mit Geschlechterhierarchie wurden Frauen eindeutig zu zweitklassigen Staatsbürgerinnen deklassiert. In diesem Sinne war die austrofaschistische Politik davon bestimmt, Frauen aus der Politik zu entfernen beziehungsweise ihre Aktivitäten auf wenige, als unpolitisch definierte Frauenbereiche unter männlicher Führung zu beschränken.<sup>23</sup> So wurde Marie Theres Gräfin Kottulinsky, die auch die einzige Frau im Beirat der Landesführung der Vaterländischen Front in der Steiermark war, vom „Landesführer“ Alfons Gorbach zur Landesreferentin des in der Steiermark erst 1936 eingerichteten Frauenreferates der Vaterländischen Front ernannt. Ehefrauen prominenter VF-Vertreter, wie beispielsweise Maria Gorbach, übernahmen immer wieder den Ehrenschatz für größere und kleinere karitative Aktionen.<sup>24</sup>

Diese Einstellung zeigt sich auch sehr deutlich in der „Ständischen“ Verfassung, durch welche die „gottgewollte“ Geschlechterordnung wiederhergestellt werden sollte. Sie wurde – nachdem bereits im Februar 1934 die Niederschlagung des Aufstandsversuchs der Sozialdemokratie erfolgt war und das demokratische System endgültig außer Kraft gesetzt wurde – am 1. Mai 1934 proklamiert und schaffte im § 16 Abs. 2

die Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz ab. Darüber hinaus wurden auch alle Errungenschaften für Frauen, die durch die Erste Republik eingeführt worden waren, wie gleiche Bezahlung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst sowie die politische Mitsprache von Frauen, beseitigt.<sup>25</sup>

Durch die Notverordnung „über den Abbau verheirateter, weiblicher Personen im Bundesdienst und andere dienstrechtliche Maßnahmen“ sollten Frauen auch aus dem Berufsleben verdrängt werden. Außerdem wurden die Subventionen für Mädchenmittelschulen gekürzt.<sup>26</sup>

Die Abschaffung der Demokratie stieß bei der KFO und den meisten katholischen Frauen bundesweit auf wenig, in Graz auf gar keinen Widerstand, vielmehr erfolgte eine massive Unterstützung der Dollfuß-Regierung, wie das Beispiel von Frieda Mikola zeigt. Sie war eine glühende Verehrerin von Dollfuß und eine begeisterte Anhängerin des „Ständestaates“ und zeigte während dessen Etablierung besonderen Einsatz für die Regierung.<sup>27</sup> So war sie unter anderem 1933 eine von zehn Personen im steirischen Diözesankomitee, das die Vorbereitung für den Allgemeinen Deutschen Katholikentag zu organisieren hatte. 1937 erhielt sie den Auftrag, gemeinsam mit Fanny Starhemberg die Frauentagung, die im Anschluss an den Eucharistischen Kongress in Wien 1938 stattfinden sollte, zu organisieren.<sup>28</sup>

Ein wichtiger Grund für die Unterstützung des Ständestaates aufseiten der katholischen Frauen liegt darin, dass wegen der stark monarchistischen Prägung vieler von ihnen schon seit der Gründung der Ersten Republik eine beträchtliche Distanz zur Demokratie bestand und autoritätszentriertes Denken prinzipiell akzeptiert wurde. Die Unterstützung der autoritären Diktatur wurde auch mit der Begründung verteidigt, dass nicht die Demokratie, sondern der katholische Glaube das konstituierende Element für Österreich sei. Die Dollfuß-Regierung wurde auch deshalb so geschätzt, weil von ihr eine Durchsetzung katholischer Werte erwartet wurde.<sup>29</sup>

### **Frauen-Widerstand gegen den „Ständestaat“**

Beim Versuch, den weiblichen Widerstand gegen den „Ständestaat“ ideologisch zu verorten, hat sich gezeigt, dass es für Graz sehr schwer ist, Widerstandskämpferinnen – zumindest namentlich – zu erfassen.<sup>30</sup>

Dies liegt einerseits daran, dass in den Berichten vornehmlich der Widerstand der Männer beschrieben wird, andererseits aber auch der Frauenanteil an Verhaftungen und Verurteilungen sehr gering ist, Frauen also auch in den Gerichts- und Staatsanwaltschaftsakten mit wenigen Ausnahmen eher selten aufscheinen.

Eine Erklärung für diesen Tatbestand dürfte darin zu finden sein, dass Frauen von den Behörden des Ständestaates, die von der Vorstellung der „armen, schwachen, schutzbedürftigen Frau“, deren Bestimmung ausschließlich im Sinne der Mutterschaft gesehen wurde<sup>31</sup>, geprägt waren, prinzipiell für unpolitisch gehalten beziehungsweise nicht als ernstzunehmende politische Gefahr betrachtet wurden. Eigenständiges beziehungsweise widerständiges Handeln wurde ihnen generell nicht „zugetraut“. Diese Auffassung hat sicher sehr wesentlich dazu beigetragen, dass gegen sie – als quasi für

ihre Handlungen nicht verantwortlich, weil von den Männern dazu verleitet – seltener Verfahren eingeleitet wurden beziehungsweise sie mit mildereren Gerichtsurteilen rechnen konnten. Diese Stereotype machten sich auch die Widerstandsaktivisten selbst zunutze und setzten die Frauen dementsprechend ein.<sup>32</sup> So waren es häufig Frauen, die Botendienste übernahmen, weil sie nicht oder weniger streng kontrolliert wurden. Außerdem wurde die den Frauen zugeschriebene Weiblichkeit und Mütterlichkeit für die Widerstandstätigkeit insofern genutzt, als etwa Widerstandsmaterial in mit dieser Vorstellung verbundenen Objekten, wie etwa Kinderwägen, transportiert wurde.<sup>33</sup>

In „linksgerichteten“ Zeitungen wurde die „Unmenschlichkeit“ von Behördenvertretern mit dem Hinweis auf deren grobes Verhalten gegenüber Frauen dokumentiert, indem zum Beispiel über eine Frau berichtet wurde, die ein Gnadengesuch für ihren Mann einbrachte und von einem Richter dermaßen angebrüllt wurde, dass sie in Ohnmacht fiel.<sup>34</sup> In der damals aus Jugoslawien nach Österreich importierten „Volksstimme“ wurde wiederum auf die geringe Widerstandsfähigkeit von Frauen hingewiesen: Die zarte, nervöse Frau eines Inhaftierten sei so lange verhört worden, bis sie einen Nervenzusammenbruch erlitt. Auch in den Erzählungen der Frauen wurde oftmals zum Ausdruck gebracht, dass sie ihre Weiblichkeit bewusst einsetzten, um ihre Widerstandstätigkeit durchführen zu können. Diese damals bestehenden Vorstellungen von den Geschlechterrollen waren aber auch innerhalb der Widerstandsbewegungen gültig. Dies führte unter anderem dazu, dass Frauen nicht bei bewaffneten Kämpfen eingesetzt wurden.<sup>35</sup>

Weiblichen Widerstand gegen den „Ständestaat“ gab es in Graz sowohl von Sozialdemokratinnen beziehungsweise Kommunistinnen, aber auch illegale Nationalsozialistinnen engagierten sich sehr zahlreich bei den Aktionen der immer stärker werdenden nationalsozialistischen Bewegung gegen das austrofaschistische System.<sup>36</sup> Dabei waren diese NS-Aktivitäten sehr häufig in die deutschnationalen Frauenorganisationen eingebunden.<sup>37</sup>

So berichtete die Sicherheitsbehörde, dass der Deutsche Schulverein Südmark in Graz ganz bewusst versuche, Frauen- und Mädchen-Ortsgruppen als unpolitische Tarnorganisationen einzurichten. 1935 wurden zwei Frauenortsgruppen des Deutschen Schulvereins Südmark aufgelöst, weil die Sammlerinnen einer Spendenaktion nicht nur Mitglieder der NSDAP oder der Hitlerjugend und als solche auch bereits vorbestraft waren, sondern auch Flugblätter für die NSDAP verteilt hatten.<sup>38</sup>

An diversen NS-Widerstandsaktionen waren auch immer wieder Studentinnen beteiligt. So wurden 1933/34 neun Studentinnen wegen illegaler Betätigung verhaftet.<sup>39</sup> Gertraud Felsenstein, weil sie im Besitz von illegalen nationalsozialistischen Flugblättern war,<sup>40</sup> Elvira Gotter wegen des Singens nationalsozialistischer Lieder,<sup>41</sup> Gertrud Färber wegen nationalsozialistischer Betätigung<sup>42</sup> sowie Freida Ablasser, Renate Kusma, Gertrud Pillewizer, Elfriede Almoslechner, Martha Claas und Erika Huber, weil sie als NS-Sympathisantinnen galten.<sup>43</sup>

Der linke Widerstand gegen den Austrofaschismus setzte generell und auch in Graz nicht erst mit der Etablierung des „Ständestaates“ ein und war besonders im Frühjahr und Sommer des Jahres 1934 sehr intensiv.<sup>44</sup> In einer Situation, die für viele Mitglieder der nunmehr verbotenen Sozialdemokratie beziehungsweise der kommu-

nistischen Partei eine Phase der Orientierungslosigkeit bedeutete, trug das sofortige tatkräftige Handeln der Frauen dazu bei, die Bewegung aufrechtzuerhalten. Etliche jener Vorgänge und Ereignisse, die während der ersten Monate nach den Februarkämpfen die besondere und gesteigerte Aufmerksamkeit der Behörden hervorriefen, waren von Frauen initiiert worden. Sehr oft handelte es sich dabei um die Frauen inhaftierter oder zur Flucht ins Ausland gezwungener Schutzbündler und Mitkämpfender des Februar 1934. Notwendig und möglich wurde die Involvierung von Frauen, weil aufgrund vorangegangener massiver Verhaftungswellen die Männer fehlten. Die Frauen waren somit oftmals „Platzhalterinnen“ für männliche Genossen. Dass eine Frau auch eine Leitungsfunktion übernehmen könnte, war in diesem Geschlechterkonzept allerdings nicht vorgesehen.<sup>45</sup>

In diesem Kontext sei besonders auf die Sozialdemokratin Maria Matzner hingewiesen, die zum damaligen Zeitpunkt das Frauensekretariat und nach dem Februar 1934 über einige Wochen hinweg von Graz aus die revolutionär-sozialistische Widerstandsbewegung in der Steiermark leitete, was im kollektiven Widerstands-Gedächtnis allerdings nicht mehr aufscheint.<sup>46</sup>

Maria Matzner wurde am 5. Jänner 1902 in der Nähe von Lemberg geboren. Ihr Vater kam aus dem Böhmerwald, ihre Mutter, Tochter eines kleinen Bauern, stammte aus der Oststeiermark. Schon mit 15 Jahren war sie als Funktionärin bei der Sozialistischen Jugend und im Arbeiterturnverein tätig und wurde im Bezirkssekretariat des Metallarbeiterverbandes in Wiener Neustadt angestellt. 1926 übersiedelte sie nach Graz, wo schon ihre Eltern und Großeltern gelebt hatten. Von November 1927 bis Februar 1934 fungierte sie als Frauenlandessekretärin der Sozialdemokratischen Partei. Schon im Jänner 1934 wurde sie wegen der Abhaltung einer nicht gestatteten Versammlung in Eggenberg zu einer Arreststrafe verurteilt. Im Februar 1934 war sie Mitglied des Landespartei Vorstandes und gehörte damit der Führungsebene der Landespartei an. Nach dem 12. Februar war sie an der Herstellung von Informationsmaterial und später an der Verbreitung der illegalen „Arbeiterzeitung“ beteiligt. Außerdem versuchte sie, mit einigen Freunden erste Hilfsmaßnahmen für die Familien der Inhaftierten einzuleiten, und baute einen Kader auf, der hauptsächlich aus Frauen bestand.<sup>47</sup> Sie wurde knapp vor dem 1. Mai 1934 verhaftet, konnte jedoch einen Strafaufschub erwirken, sodass sie noch die verbotenen Maiversammlungen organisieren konnte. Im Zusammenhang mit der illegalen Arbeit ihres Mannes, des Widerstandskämpfers Fritz Matzner, wurde sie auch 1937 zu Arrest verurteilt und war einige Wochen in Untersuchungshaft im Landesgericht Graz.<sup>48</sup>

Ein Beispiel, wie sich Widerstandstätigkeit sozusagen vor den Augen des Regimes abspielen konnte, stellten junge sozialdemokratisch organisierte Grazerinnen und Grazer dar, die einander aus Kindertagen kannten und sich im Sommer 1936 auf Initiative einiger bereits aktiv Widerständiger im Rahmen der offiziell genehmigten „Olympia“-Wandergruppe trafen, sich in weiterer Folge in Zellen organisierten und illegale Schriftstücke verteilten. Als die Behörden auf die Aktivitäten innerhalb der „Olympia“-Gruppe aufmerksam wurden, setzten intensive Überwachungen ein, denen Massenverhaftungen folgten. Gegen sämtliche Beteiligte wurden Verfahren eingeleitet.<sup>49</sup>

Gegen den Ständestaat kämpften in Graz auch zwei illegale anarchistische Gruppen, denen etliche Frauen angehörten. Zum harten Kern der ersten Gruppe „Brot und Freiheit“ gehörte die Köchin „Fini“ Josefa Kapelari. Im Zentrum der zweiten Gruppe „Licht“ standen unter anderem die Schwestern Ottilie und Maria Leeb. Zu diesen gehörten auch Maria Schwarzbeck, Mitzi Zahrastnik sowie die Schwestern Sofia Paunovič und Margaretha Paunovič, die beide als Lehrerinnen und Krankenschwestern in Spanien waren. Im unmittelbaren Umfeld beider Gruppen war noch die Bedienerin Anna Schwab aktiv.<sup>50</sup>

Schon am 22. November 1937 wurden nach einer nachbarlichen Denunziation neun Personen verhaftet. Bis 7. Dezember 1937 erfolgten zahlreiche Hausdurchsuchungen und weitere Verhaftungen in Graz und Leoben. Während die Gruppe „Brot und Freiheit“ fast vollständig aufgedeckt wurde, konnte die Gruppe „Licht“ um die Schwestern Ottilie und Maria Leeb nicht zerschlagen werden. Am 2. Februar 1938 wurde in einem sogenannten beschleunigten Verfahren vor dem Landes- und Schwurgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit sieben Personen der Prozess gemacht, weil sie „zur gewaltsamen Veränderung der Regierungsform und Herbeiführung einer Empörung und eines Bürgerkrieges im Innern“ aufgerufen hätten.<sup>51</sup>

Generell handelte es sich bei den Trägerinnen des „linken“ Widerstands vor allem um Arbeiterinnen, die, auch nachdem sie in die Illegalität gedrängt worden waren, gegen das Regime kämpften. Allerdings hatte sich in Graz auch unter Akademikerinnen und Akademikern, linken Intellektuellen und Künstlerinnen und Künstlern Widerstand gegen die faschistischen Kräfte formiert, wie am Beispiel des Kreises in der Morellenfeldgasse zu sehen ist.<sup>52</sup> Bei diesem Kreis handelte es sich um eine Gruppe junger Intellektueller, die regelmäßig in der Morellenfeldgasse, dem Sitz der Familie Matthèy-Guenet, zusammentrafen. Diesem Kreis gehörten auch einige Frauen, darunter Maria Biljan-Bilger und Goldy Parin-Matthey, an. Maria Biljan-Bilger wurde 1912 geboren, wuchs als Tochter eines Hafnermeisters in Graz auf, absolvierte eine Ausbildung zur Keramikerin in der Ortweinschule, welche damals die einzige Ausbildungsmöglichkeit für Künstlerinnen und Künstler in der Steiermark darstellte, und nahm bereits als Kind – geprägt vom Vater – Anteil an der Jugendarbeit der Sozialdemokratischen Partei. Ihre Überzeugung führte sie Ende der 1920er-Jahre in das Zentrum des links-intellektuellen Kreises in der Morellenfeldgasse, als dessen „Herz“ sie bezeichnet wurde. Sowohl im Widerstand gegen den Austrofaschismus als auch den Nationalsozialismus tätig, war sie aus Sicherheitsgründen gezwungen, Graz zu verlassen und nach Wien zu gehen, wo sie die Kriegsjahre verbrachte.<sup>53</sup>

Die 1911 in Graz geborene Goldy Parin-Matthey entstammte einer – durch die Inflation der Zwischenkriegszeit – verarmten bürgerlichen Familie. Aus finanziellen Gründen konnte sie zwar nicht Medizin studieren, jedoch eine Ausbildung an der Ortweinschule absolvieren. In weiterer Folge lernte Goldy Parin-Matthey Maria Biljan-Bilger kennen und kam über sie erstmals mit der Sozialdemokratie in Kontakt. Gemeinsam mit ihrem Kreis von Freundinnen und Freunden engagierte sie sich gegen die Faschismen und wechselte nach dem Februar 1934 – wie eine Vielzahl junger überzeugter „Linker“ – in den kommunistischen Widerstand.<sup>54</sup>

Gemeinsam war diesen Aktivistinnen und Aktivisten die Abneigung gegen die

national-faschistischen Kräfte, die in Graz, „der Stadt verarmter Kleinbürger und apathischer Arbeitsloser, in welcher katholische Staatsbeamte und steirisch-nationale Studenten das öffentliche Leben“ prägten, immer stärker wurden. Sie waren auch an den Kämpfen im Februar 1934 beteiligt und wandten sich sowohl gegen den Ständestaat als auch gegen die nationalsozialistische Diktatur. Dabei kam es auch zu gegen sie gerichtete tätlichen Übergriffen. So wurden Goldy Matthèy-Guenet und Maria Biljan-Bilger bei einem Besuch der Grazer Oper von illegalen Nationalsozialisten an den Haaren aus dem Gebäude geschleift. Die Gruppe löste sich 1937 auf, weil etliche Mitglieder sich entschlossen, die „im braunschwarzen Morast versinkende Stadt“ zu verlassen.<sup>55</sup>

## **Frauen-Lohnarbeit**

Auch für den Raum Graz stellt sich bezüglich der Lohnarbeit von Frauen – vor allem in Branchen, in welchen der mobilisierungsbedingte Ausfall der Männer während des Krieges kompensiert werden sollte und die Frauen vor dem Krieg nicht zugänglich waren – die Frage, ob das Ende des Krieges tatsächlich einen so markanten Wendepunkt darstellt, wie häufig angenommen wird. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass für Graz eine umfassende Darstellung aufgrund mangelnder Daten momentan nicht möglich ist.

Bei der Auseinandersetzung mit dieser Thematik soll auch untersucht werden, ob und welche Konsequenzen sich durch die als Folge des Krieges auf dem Gebiet der Erwerbsarbeit eingetretenen Veränderungen der alten geschlechterspezifischen Rollenmuster für die Geschlechterordnung ergeben hatten.<sup>56</sup> Wie bereits ausführlich dargestellt, hatten Frauen während des Krieges ja nicht nur weiter in den ihnen zugestandenen Bereichen gearbeitet, sondern waren auch in sogenannten Männerberufen tätig, in welchen sie die im Krieg eingesetzten Männer ersetzen mussten, wobei sie in der Rüstungsindustrie sehr oft auch gegen ihren Willen herangezogen worden waren. 1918 finden sich Frauen aber in nahezu allen Bereichen der Arbeitswelt. Außer in der Industrie arbeiteten sie auch als Schaffnerinnen und vor allem in Büros, wobei sie im öffentlichen Dienst im Jahre 1917 bereits die Mehrheit der Beschäftigten stellten.<sup>57</sup> Auch in anderen Branchen, vor allem bei der Organisation der Versorgung, hatten sie vermehrt gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen, zu denen sie vorher für nicht fähig erklärt worden waren. Dies führte dazu, dass die strikten Abgrenzungen zwischen der den Männern vorbehaltenen öffentlichen Sphäre und der privaten Reproduktions-Sphäre der Frauen nicht mehr durchgängig aufrechterhalten und die geschlechtsspezifischen Stereotype bezüglich der Rollenverteilung hinfällig geworden waren.<sup>58</sup>

Bereits seit etwa 1916 wurden jedoch Forderungen nach einer Wiederherstellung von „Ordnung“ in den Familien, in der Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft, erhoben, wobei darauf hingewiesen werden soll, dass damit auch die Entfernung der Frauen von eigentlich den Männern vorbehaltenen Arbeitsplätzen gemeint war. Diese Wiederherstellung der Ordnung blieb auch in der Nachkriegszeit ein vorrangiges Ziel, nicht nur in Österreich, sondern auch in weiten Teilen Europas. Eine zentrale Be-

deutung nahm dabei die Geschlechterordnung ein. Gerade in diesem Bereich sollten die alten Hierarchien, die durch den Krieg in „Unordnung“ geraten waren, restauriert werden, vor allem durch die heimkommenden Männer, wobei gehofft wurde, dass dies so schnell wie möglich erfolgen würde.<sup>59</sup> Diese „Wiederherstellung“ der tradierten Familienordnung wurde – ungeachtet ihrer sonstigen unterschiedlichen politischen Vorstellungen – von allen Parteien angestrebt.

Hierzu wurden im Laufe des Jahres 1919 von den Behörden mehrere Verordnungen erlassen, die hauptsächlich darauf abzielten, möglichst viele Frauen aus dem Stellenmarkt zu entfernen, wie auch ein Erlass des deutsch-österreichischen Staatsamtes vom 14. Februar 1919 zeigt. Er instruierte die Arbeitsämter dahingehend, dass „dahin zu wirken sei, dass von den zahlreichen Frauen, die in der Kriegsindustrie reichlichen Arbeitsverdienst fanden, ein möglichst großer Teil in die Hauswirtschaft zurückkehre [...]“<sup>60</sup>, das heißt, dass diejenigen, die bis zum Kriegsende Männerarbeiten verrichtet hatten, den zurückströmenden Männern Platz machen sollten.<sup>61</sup> Zudem sollten die gekündigten Frauen angehalten werden, wieder an ihre früheren Arbeitsplätze, vornehmlich in der Haus- und Landwirtschaft, zurückzukehren. Die Gesellschaft signalisierte den Frauen damit sehr klar, dass ihre Arbeit als zweitrangig und unqualifiziert galt und lediglich als Zusatzverdienst beziehungsweise Ersatz betrachtet wurde.

Von den vielen Frauen, die ihre Arbeitsplätze den heimkehrenden Soldaten überlassen mussten, hatten die meisten – vor allem die nicht gut ausgebildeten – danach nur mehr beschränkte Arbeitsmöglichkeiten, wie etwa die Heimarbeit, die damals einen starken Zulauf hatte. Etliche arbeitslose Frauen und solche mit geringen Löhnen wurden nicht selten in die Prostitution getrieben. Davon waren nicht nur Arbeiterinnen und Dienstmädchen, sondern auch Kontoristinnen, Erzieherinnen und Telefonistinnen betroffen.<sup>62</sup>

Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit häuften sich nicht nur die Angriffe auf weibliche Erwerbstätige, sondern auch auf arbeitslose Frauen, die häufig verdächtigt wurden, wegen der Höhe des neu eingeführten Arbeitslosengeldes nicht in ihre früheren Beschäftigungen zurückzukehren. Im Zuge solcher Diskussionen wurde gefordert, dass Frauen, deren Ehemänner eine Arbeit hatten, die Unterstützung verlieren sollten.<sup>63</sup>

Gemäß den Angaben der Arbeitsvermittlung betrug der Anteil der Frauenarbeit in der Steiermark im Jahre 1919 22,6 Prozent, blieb also noch immer deutlich über dem Vorkriegswert von 16,5 Prozent und war damit nur etwas geringer als 1918 mit 23 Prozent.<sup>64</sup> Somit scheint es durch die vorhin erwähnten durchgeführten Maßnahmen nicht gelungen zu sein, die Frauen nach dem Ende des Krieges nachhaltig vom Arbeitsmarkt zu verdrängen.

Tatsächlich ist der Anteil der weiblichen Berufstätigen an den Beschäftigten in der Steiermark zwischen 1910 und 1923 praktisch gleich geblieben.<sup>65</sup> Dies ergab sich einerseits aus den durch die Kriegsverluste bedingten Lücken in den entsprechenden Altersgruppen der Männer und auch aus der Tatsache, dass Frauen sich während des Krieges in Branchen etablieren konnten, die sie danach nicht mehr verließen<sup>66</sup> beziehungsweise, dass sie von den Zuwächsen in den Berufsgruppen mit steigender Beschäftigtenzahl profitierten.<sup>67</sup> Positiv beeinflusst wurde die Erwerbsbeteiligung von

Frauen in der Zwischenkriegszeit aber vor allem durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, der jene Berufsgruppen stärkte, die entweder traditionelle weibliche Domänen darstellten<sup>68</sup> oder in welche Frauen verstärkt Einzug hielten. Dazu gehörten unter anderem Büroberufe, Tätigkeiten im Bildungsbereich oder im Handel.<sup>69</sup> Erst durch die Wirtschaftskrise und die Kündigungswellen ab etwa 1925, von denen vor allem Frauen betroffen waren, kam es zu einem Rückgang des weiblichen Anteils an den Beschäftigten.<sup>70</sup>

1926 wurde für das Grazer Stadtgebiet eine Betriebszählung durchgeführt, bei der auch der Frauenanteil an der Lohnarbeit ermittelt wurde. Dieser Zählung zufolge betrug die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten in Graz 32.817. Von diesen waren 9.353 (28,5 Prozent) Frauen, womit der Prozentsatz der in Lohnarbeit stehenden Frauen gegenüber jenen in Wien (32 Prozent) um 3,5 Prozent geringer war. Davon entfielen 17,3 Prozent auf die industriellen und gewerblichen Arbeiter, 7,8 Prozent auf die Angestellten und 3,4 Prozent auf die Lehrlinge, wobei der Anteil der Frauenarbeit in den Klein- und Mittelbetrieben größer war als in den Großbetrieben.<sup>71</sup>

Auf die einzelnen Bereiche bezogen, ergaben sich folgende Ergebnisse:<sup>72</sup>

<b>Branchen</b>	<b>Frauenanzahl</b>	<b>Frauenanteil % / Gesamt</b>
Papierwarenerzeugung	121	69
Textilindustrie	385	65
Bekleidungsindustrie	1964	63
Hutmacher	128	58
Schneiderinnen	564	99
Herrenschneiderbetriebe	293	45
Schuhmacher	288	32
Gast- und Schankgewerbe	750	60
Chemische Industrie	192	58
Unterrichtswesen	167	58
Heilanstalten	143	56
Freie Berufe	205	46
Handel	2253	37
Grafisches Gewerbe	655	37
Friseur	121	37
Vergnügungsindustrie/Theater	140	33
Bank- und Versicherungswesen	295	24
Lebens- und Genussmittelindustrie	327	21
Lederindustrie	90	21
Öffentlicher Dienst/Verwaltungsdienst	356	18

Eisen- und Metallindustrie	783	11
Blech- und Schlossereierzeugung	201	33
Drahtwarenfabriken	60	18
Baugewerbe	107	6
Holzindustrie	64	6
Verkehrswesen	53	3

Was die Löhne betraf, ist zu bemerken, dass Frauen auch in Graz in der Zwischenkriegszeit um bis zu 50 Prozent weniger verdienten als die Männer. Vergleicht man den Lohn einer Hilfsarbeiterin mit dem eines Hilfsarbeiters im Jahr 1925, zeigt sich, dass eine Frau durchschnittlich 28,78 Schilling erhielt, ein Mann 44,45 Schilling, 1935 verhielt sich die Relation 31,62 Schilling zu 46,70 Schilling. Mit der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wurden von den Frauen immer häufiger Überschreitungen der gesetzlichen Arbeitszeit verlangt, 72-Stunden-Wochen waren keine Seltenheit.<sup>73</sup>

Mit der Wirtschaftskrise, die Anfang der 1930er-Jahre einen Höhepunkt erreichte, kam es zu einem gravierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Zusammenhang damit hatte auch eine Diskussion über Doppelverdienerinnen eingesetzt. Schließlich wurde mit der im Dezember 1933 erlassenen Doppelverdienerverordnung des Ständestaates, dem die Reduzierung der weiblichen Erwerbsarbeit ein wichtiges Anliegen war, verheirateten berufstätigen Frauen, mit dem Hinweis, für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich zu sein, die Berufstätigkeit verboten. In den folgenden Jahren waren davon zunehmend verheiratete Frauen, die im Bundesdienst tätig waren, betroffen.<sup>74</sup>

## Soziale Lage

Auch bei der Beschäftigung mit der sozialen Lage von Frauen in Graz in der Zeit zwischen 1918 und 1938 ist von großen Unterschieden zwischen den Angehörigen der verschiedenen Schichten auszugehen. Besonders ist hier auf die damit verbundenen jeweiligen ökonomischen Möglichkeiten hinzuweisen. Diese bestimmten den Zugang zu Nahrungsmitteln, Wohnungsmöglichkeiten, Bildungs- und Freizeitangeboten.<sup>75</sup>

Prinzipiell ist bezüglich der Situation ab 1918 festzuhalten, dass die gravierenden Probleme des Ersten Weltkriegs auch danach bestanden. Dabei waren wirtschaftliche Not, hohe Arbeitslosigkeit, Krankheiten beziehungsweise schlechter Gesundheitszustand als Folge der jahrelangen Mangelernährung, Armut, die sich in fehlender Kleidung und fehlenden Schuhen zeigte, Obdachlosigkeit und miserable Wohnverhältnisse vor allem für Frauen aus schwachen ökonomischen Schichten kaum zu bewältigen, auch wenn sich Graz unter dem sozialdemokratischen Bürgermeister Vinzenz Muchitsch das Rote Wien mit seinen beeindruckenden sozialen Leistungen für die Bevölkerung zum Vorbild nahm und versuchte, die Verhältnisse zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass auch die Kirchen und zahlreiche Vereine eine wichtige Rolle zur Linderung des Elends der Grazer Bevölkerung spielten.<sup>76</sup>

Besonders schwierig gestaltete sich auch in der Nachkriegszeit die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, wovon besonders die Frauen – als für die Ernährung zuständig erachtet – betroffen waren.

Schon zu Beginn des Jahres 1916 waren – vor allem von der Arbeiterschaft – „ernste Klagen über (die) unzureichende Verpflegung“<sup>77</sup> erhoben worden, bald darauf folgten konkrete Protestaktionen. Wie aus den Berichten hervorgeht, waren an diesen Aktionen viele Frauen aber nicht nur beteiligt, sondern stellten vielfach sogar die treibende Kraft dahinter dar. Ihr Anteil ist zwar nicht exakt feststellbar, da sie in den meisten Berichten wohl explizit erwähnt, jedoch zahlenmäßig nicht erfasst wurden, Schätzungen gehen aber davon aus, dass die Beteiligung dem weiblichen Anteil an der Arbeiterschaft entsprach.<sup>78</sup>

In Graz wurde am 24. September 1916 die erste Mehldemonstration registriert, als sich um vier Uhr Früh aufgebrachte Frauen, die bei den Mehlausgabestellen am Kaiser-Josef-Platz kein Mehl erhalten hatten, zur Burg begaben. Bei diesem Zug wurden die Frauen von auffallend vielen Kindern im schulpflichtigen Alter, wie es im Bericht der Sicherheitsbehörden heißt, begleitet.<sup>79</sup>

Am 11. Oktober waren es wiederum nicht erhaltene Mehlauslieferungen, die in Graz zu Protesten führten. Es kam zu Ansammlungen von etwa 150 Frauen und Kindern, die unter Geschrei und Rufen wie „Hunger haben wir, Mehl wollen wir, wir haben nichts zu fressen“ zur Burg zogen, wo sie die sofortige Erfüllung ihres Wunsches nach Mehl und Kartoffeln verlangten. Ein Teil schlug zahlreiche Fenster der Burg ein, die Städtische und die Freiwillige Feuerwehr versuchten, den Platz durch Einsatz von Wasserspritzen zu räumen. Ausdrücklich wurde im Bericht vermerkt, dass einige der teilnehmenden Frauen Anstalten machten, ihre ein- und zweijährigen Kinder den Polizisten zuzuwerfen.<sup>80</sup>

Auch 1917 kam es in Graz wieder zu zahlreichen Lebensmittelunruhen, wobei erneut vor allem Frauen wegen der unzureichenden Versorgung demonstrierten.<sup>81</sup>

Die immer dramatischer werdende Lebensmittelknappheit führte in Zusammenhang mit der Russischen Revolution und der allgemeinen Friedenssehnsucht der Bevölkerung in weiterer Folge auch zum Jännerstreik 1918, der – von Wiener Neustadt ausgehend – zwischen 17. und 19. Jänner 1918 auch Graz erreichte und an dem sich etwa 9.000 Frauen beteiligten, um die Unzufriedenheit mit der damals beabsichtigten Kürzung der Mehl- und Brotquote zum Ausdruck zu bringen.<sup>82</sup>

Die Tatsache, dass auch in den ersten Nachkriegsjahren die meisten Lebensmittel knapp, daher äußerst schwer und meistens nur zu Wucherpreisen erhältlich waren, führte ebenfalls immer wieder zu Demonstrationen von Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten. Ihren traurigen Höhepunkt erreichte diese Protestbereitschaft mit dem sogenannten „Kirschenrummel“ im Juni 1920. Auslöser dafür war die Empörung über die hohen Kirschenpreise. Diese führte zu einer spontanen Demonstration von Grazer Hausfrauen, bei deren Verlauf – mitbedingt durch das Eingreifen der Exekutive – 13 Menschen ums Leben kamen.<sup>83</sup>

Der Grund für die massive Beteiligung von Frauen an den Demonstrationen und Protesten, die ihnen – der damaligen Geschlechterordnung entsprechend – eigentlich gar nicht zugestanden wäre, lag vor allem darin, dass sie als für die Ernährung

zuständig mehr von der Versorgungssituation betroffen waren als die Männer. Dabei zeigten sie vielfach auch eine weit größere Bereitschaft, sich auf Konflikte einzulassen, wobei sie auch vor Plünderungen nicht zurückschreckten.<sup>84</sup>

Eine wertvolle Hilfe für die Hungernden in Graz stellten die zwischen 1919 und 1921 erfolgten Lebensmittellieferungen vor allem der American Relief Administration dar. Nach dem Ende dieser Hilfsmaßnahmen wurde die Kinderausspeisung von der Stadt Graz weitergeführt. Sie stellte eine besonders wichtige Maßnahme im Kampf gegen den Hunger der Grazer Nachkriegsgesellschaft dar.<sup>85</sup>

Bereits in den 1920er-Jahren begann auch die steirische Arbeiterkammer, Arbeitslose in Form direkter finanzieller Zuwendungen zu unterstützen.<sup>86</sup>

Von großer Bedeutung zur Bewältigung der schwierigen Lage war für viele Frauen das 1917 gegründete Grazer Jugendamt. Dessen Hauptaufgabe war zwar die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen,<sup>87</sup> es gab aber auch spezielle Maßnahmen direkt für Frauen, beispielsweise die Errichtung von Mütterberatungsstellen für die Beratung von schwangeren Frauen, Anweisungen für die richtige Pflege und Entwicklung der Säuglinge beziehungsweise Kurse sowie Kleinkinderberatungen für Mütter.<sup>88</sup>

Das Jugendamt unterstützte Mütter auch bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf Unterhalt und hatte am 1. Jänner 1918 die Generalvormundschaft für alle nach dem 31. Dezember 1917 in Graz geborenen und in der Landeshauptstadt wohnhaften unehelichen Kinder übernommen. Dieser Beschluss wurde ab Juli 1919 auch auf sittlich gefährdete und verwahrloste Jugendliche ausgeweitet. Weiters wurde stillenden Müttern Beihilfe gewährt, Kinderwägen, Kinderkörbe und Badewannen an bedürftige Mütter verliehen. Allein 1926 wurden in den fünf bestehenden Mütterberatungsstellen fast 4.000 Besuche registriert.<sup>89</sup>

Vor allem für berufstätige Mütter waren auch die Kindergärten und Schülerhorte sehr wichtige Einrichtungen. Beide waren in Graz lange Zeit nur privat betrieben worden, erst mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 13. März 1919 wurden die Kindergärten, mit dem vom 1. April 1923 die Horte in die städtische Verwaltung übernommen. 1927 gab es bereits zwölf Kindergärten und elf Schülerhorte in Graz. 1933 gab es in Graz elf Kindergärten, in denen 1.581 Kinder betreut wurden, sowie zwölf städtische Horte mit 1.100 Kindern, ebenso gab es Ferienheime im Rosenhain und im Zusertal.<sup>90</sup>

Zu einer weiteren sozialen Verelendung kam es durch die Wirtschaftskrise der 30er-Jahre. Meist reichte das Geld auch bei Doppelverdienern gerade zum Überleben, doch waren selbst diese wie auch viele Alleinerziehende auf finanzielle Unterstützung vom Staat angewiesen. Besonders problematisch waren die Bedingungen für Arbeitslose.

Auch für viele schwangere Frauen war die Situation sehr schwierig. Nach einem Bericht der Arbeiterkammer erhielten arbeitslose Schwangere in der Regel sechs Wochen vor der Niederkunft keine Arbeitslosenunterstützung mehr, weil sie als nicht arbeitsfähig zu betrachten waren.<sup>91</sup>

Mit der Machtergreifung des Ständestaates kam es auch in Graz zu gravierenden Veränderungen im Sozialbereich. Frauen sollten nun in erster Linie Mütter und Hausfrauen sein. Besonders wichtig war die Erziehung nach streng vaterländischen, religiös-sittlichen Grundsätzen. Zahlreiche Kinderbetreuungseinrichtungen wurden –

nicht zuletzt auch aufgrund der prekären finanziellen Situation der Stadt Graz – geschlossen, wie etwa das Knabenheim Moserhof, der Kindergarten und die Schülerhorte Pestalozzi sowie Tagesheimstätten<sup>92</sup>

## **Bildung und Wissenschaft**

### *Schulen*

Im behandelten Zeitraum bestanden in Graz bereits mehrere Mädchengymnasien.<sup>93</sup> Besondere Initiativen zur Gründung von Mädchenschulen gingen von den beiden Kirchen aus. So wurde 1930 von den Ursulinen ein humanistisches Mädchengymnasium eröffnet, aus dem sich ein gymnasialer und realgymnasialer Zweig herausbildete. Am Grazer Sacré Cœur entstand 1932 die erste achtklassige Frauenoberschule auf steirischem Boden. Auch die Schulschwester errichteten ein Mädchenrealgymnasium sowie eine Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe.<sup>94</sup>

Von der evangelischen Kirche wurden von vier Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht drei für Mädchen errichtet: eine Mädchenvolksschule und eine Mädchenhauptschule am Kaiser-Josef-Platz sowie die Evangelische Frauenoberschule in der Kaiserfeldstraße 25.<sup>95</sup>

### *Universitäten*

Zugang zu Bildung und Ausbildung war eine der Hauptforderungen der bürgerlichen Frauenbewegung ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Damit verbunden waren auch die Bemühungen um das Frauenstudium. Gerade in Graz gab es vonseiten der Universität großen Widerstand dagegen, in erster Linie, weil Frauen als berufliche Konkurrentinnen gesehen wurden. Erst 1897 wurden Frauen an der Philosophischen Fakultät als zunächst außerordentliche Hörerinnen zugelassen, bald darauf auch an der Medizinischen Fakultät. An der Grazer Technik war das Frauenstudium überhaupt erst ab 1919 möglich. Dementsprechend war die Anzahl von Studentinnen an den Grazer Universitäten auch ab 1918 noch sehr gering.

### *Studentinnen*

An der Karl-Franzens-Universität studierten 1918 194 Frauen – sowie 1.307 Männer. Im Studienjahr 1933/1934 studierten an beiden Grazer Hochschulen 460 Studentinnen. Während diese an der TU mit 1,34 Prozent nicht ins Gewicht fielen, betrug ihr Anteil an der Universität Graz immerhin 18,62 Prozent. 1938 gab es an der Universität Graz 346 Studentinnen und 1.500 Studenten.<sup>96</sup>

Nähere Informationen über die Studentinnen sind in erster Linie über jene, die an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät studierten, vorhanden. Diesen zufolge kam im Wintersemester 1918 fast die Hälfte der Studentinnen aus der oberen sozialen Schicht, etwa ein Drittel aus der oberen Mittelschicht, die untere Mittelschicht war mit 15 Prozent vertreten und die unterste mit 5 Prozent. Bis 1938 kam es allerdings zu einer Ver-

lagerung des Schwerpunkts der sozialen Herkunft von den oberen Schichten hin zur Mittelschicht und hier vor allem zur unteren Mittelschicht, die nunmehr 35 Prozent der Studentinnen stellte.<sup>97</sup> Mehr als die Hälfte der Studentinnen stammte im Wintersemester 1918/19 aus der Steiermark und dabei vorwiegend aus Graz. 1937 kamen 114 Studentinnen aus Graz und 35 Studentinnen aus anderen Regionen.<sup>98</sup> Die Mehrheit der Studentinnen waren Beamtentöchter. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die finanzielle Situation der Hörerinnen in der Zwischenkriegszeit sehr schwierig war, besonders die Gebühren und die Lebenshaltungskosten stellten eine große Belastung für die Studentinnen dar.<sup>99</sup>

Äußerst gering war die Anzahl der jüdischen Studentinnen. So gab es im Wintersemester 1918 an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät sechs jüdische Studentinnen (4,2 Prozent), 1928/1929 waren drei jüdische Studentinnen verzeichnet, das bedeutete einen Anteil von 1,6 Prozent. 1937/1938 gab es nur mehr eine jüdische Studentin, damit war der Anteil auf 0,4 Prozent gesunken.<sup>100</sup>

Schon lange vor dem Einmarsch der Nationalsozialisten wurden auch an der Universität Graz jüdische Studentinnen und Studenten diskriminiert. So erinnerte sich Emma Trude Lang, die im Sommer 1938 als letzte Jüdin am Historischen Seminar der Universität Graz promovierte: „Wenn ich ins Historische Seminar kam, hatte ich immer das Gefühl, ein störendes Element zu sein. Konversationen und Tätigkeiten wurden scheinbar unterbrochen.“<sup>101</sup>

Tatsächlich war – neben den nationalen Verbänden – die Studentenschaft in Bezug auf antisemitische Einstellungen besonders aktiv. Dies ist auch an den seit etwa 1931 stattfindenden Übergriffen auf jüdische Studierende und Lehrende zu sehen. Sie zeigen, dass nationalsozialistisches Gedankengut Eingang in bildungsbürgerlich-akademische Milieus gefunden hatte.<sup>102</sup>

An der Grazer Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät promovierte als erste Frau 1921/1922 Ilse Knapitsch (verehelichte Jaksche), sie wurde Rechtsanwältin.

Als erste Frau an der Technischen Hochschule, an welcher Frauen auch erst 1919 zugelassen wurden, promovierte die 1906 geborene Anna-Lülja Praun, die auch als erste Frau an der TU Graz Architektur inskribierte. Weitere Absolventinnen der Fakultät für Architektur der TU Graz waren Herta Frauneder-Rottleuthner (1912–1999), die 1913 geborene Silvia Gartner-Mosing – sie erwarb ihr Architekturdiplom 1937 – und die 1912 geborene Alda Wachtler-Hodnik, die ihr Studium 1940 abschloss.<sup>103</sup>

#### Wissenschaftlerinnen<sup>104</sup>

Auch als Wissenschaftlerinnen waren Frauen in Graz unerwünscht und konnten nur selten Fuß fassen. Dazu ist anzumerken, dass die Philosophische Fakultät der Universität Graz 1916 beschlossen hatte, die Habilitation von Frauen prinzipiell abzulehnen. Anlass für eine Beschäftigung mit dieser Frage war das Habilitationsansuchen der Historikerin Mathilde Uhlirz für die „Geschichte des Mittelalters“, das zurückgewiesen wurde. Erst nachdem einer der heftigsten Gegner von Frauen-Habilitationen gestorben war, konnte sich Uhlirz 1932 habilitieren.<sup>105</sup> Auch das im Sommer 1919 eingereichte Gesuch von Christine Touaillon (1878 geboren) zur Erlangung der *Venia legendi* für

neuere deutsche Literaturgeschichte wurde in Graz abgewiesen, weil sie eine Frau war.<sup>106</sup> Im Sommer 1929 verlieh die Medizinische Fakultät der Universität Graz Dora Boerner-Patzelt die Lehrbefugnis für Histologie und Embryologie.<sup>107</sup> Patzelt musste als Folge des Gesetzes über den Abbau verheirateter weiblicher Personen<sup>108</sup> den Bundesdienst mit 28. Februar 1935 verlassen und wurde pensioniert, obwohl sie nach ihrer Habilitation die Voraussetzung für die weitere Anstellung erfüllte.<sup>109</sup>

Der 1891 in Olmütz geborenen Angelika Szekely wurde im Sommer 1934 die *Venia docendi* für Experimentalphysik verliehen. Sie studierte ab 1910/11 an der Universität Graz Mathematik und Physik, legte im Oktober 1916 die Lehramtsprüfung aus Mathematik und Physik als Hauptfächer ab und absolvierte im Studienjahr 1916/17 das Probejahr am Grazer städtischen Mädchenlyceum. Nach Vorlage ihrer Dissertation wurde sie als zweite Frau aus dem Fachbereich Physik zur Doktorin promoviert. Seit Oktober 1919 war Angelika Szekely als Demonstratorin, ab Jänner 1921 als Assistentin am physikalischen Institut tätig.<sup>110</sup> Mit 1. Oktober 1937 gab sie ihre Assistentenstelle auf und unterrichtete am Gymnasium der Ursulinen in Graz.<sup>111</sup>

Weitere an der Universität Graz tätige Wissenschaftlerinnen waren Stefanie (von) Brücke und Lotte Reuter sowie die Angestellte Elisabeth Geissler.<sup>112</sup>

Stefanie (von) Brücke, geboren 1910 in Leipzig, war seit 1. Juni 1936 Assistentin an der psychiatrisch-neurologischen Klinik gewesen und wurde mit Ende Mai 1938 als „Mischling 2. Grades“ entlassen. In politischer Hinsicht hatte sie sich nicht betätigt.<sup>113</sup>

Lotte Reuter, geboren am 1. Februar 1911 in Wien, hatte ihr Studium nach acht Semestern am 6. Juli 1935 mit der Promotion abgeschlossen. Ab 1. Februar 1936 hatte sie die Stelle einer wissenschaftlichen Hilfskraft inne. Sie beabsichtigte, in der Wissenschaft zu bleiben, angesichts ihrer Leistungen erwartete man ganz allgemein ihre baldige Habilitierung. Mit Erlass des Unterrichtsministeriums vom 19. Mai 1938 wurde ihr Vertrag mit 1. Juni 1938 gekündigt, was offensichtlich darauf zurückzuführen war, dass Reuter am 18. April 1935 der Vaterländischen Front beigetreten war.<sup>114</sup>

Elisabeth Geissler (geb. 13. Februar 1877 in Graz) nahm am 5. Juni 1908 ihren Dienst als Sekretärin am gerichtlich-medizinischen Institut auf, ab 15. Jänner 1925 arbeitete sie an der chirurgischen Klinik als Sekretärin und wurde am 14. Mai 1938 entlassen. Grund dafür war ein Bericht, den das Ministerium erhalten hatte, demzufolge die Vertragsbedienstete Elisabeth Geissler „eine gegen ihren Vorstand gerichtete Tätigkeit entfaltet und durch Wort und Tat eine besondere Verbundenheit mit dem überwundenen System bekundet hat“.<sup>115</sup>

### *Allgemeine Bildungsangebote*

Für Bildungsangebote vor allem für das Bürgertum war hauptsächlich die Urania zuständig.<sup>116</sup>

Bildungsangebote für Arbeiterinnen beziehungsweise Arbeiter und deren Kinder wurden in erster Linie von der Kammer für Arbeiter und Angestellte und den Gewerkschaften organisiert.<sup>117</sup>

Ein wichtiger Bildungsschwerpunkt der Arbeiterkammer umfasste dabei Angebote für die allgemeine geistige Fortbildung der Arbeiter und Angestellten und ihrer

Familien. Diese Angebote bestanden in Form von Einzelkursen, wie zum Beispiel medizinisch-hygienischen Kursen sowie sozialpolitischen und volkstümlichen Universitätsvorträgen.<sup>118</sup>

Die Besucherfrequenz dieser sozialpolitischen Einzelvorträge betrug etwa im Jahr 1927/28 durchschnittlich 67 Besucher – 56 männliche, 11 weibliche – im darauffolgenden Bildungsjahr 1928/29 durchschnittlich 41 Besucher – 36 männliche und 5 weibliche.<sup>119</sup>

Aber auch sogenannte Elementarkurse wurden angeboten. Bei der Einschreibung zu diesen Kursen musste im Rahmen einer eingehenden Kursberatung eine kleine Prüfungsarbeit abgelegt werden, daraufhin erfolgte die Einteilung der Hörerinnen und Hörer in die verschiedenen Bildungsstufen.<sup>120</sup> Im Kursjahr 1929/30 wurden die Elementarkurse von 66,5 Prozent Männern und 33,5 Prozent Frauen besucht. Im Jahre 1931/32 lag das Verhältnis bei 68,6 Prozent Männern und 31,4 Prozent Frauen.<sup>121</sup> Die Tatsache, dass sowohl die Vorträge als auch die Kurse immer von deutlich weniger Frauen besucht wurden, ist nicht auf geringeres Interesse, sondern auf deren durch die Doppelbelastung geringeres Zeitbudget zurückzuführen.

Die meisten Hörerinnen und Hörer waren in der Altersgruppe von 19 bis 24 Jahren zu verzeichnen, der Frauenanteil unter den Kursbesuchern lag bei rund 30 Prozent. Die Ausfallsquote wurde ebenfalls jährlich erhoben, rund die Hälfte der eingeschriebenen Hörer absolvierte den gesamten Kurs.<sup>122</sup> Generell bekundeten Mädchen und Frauen ein anhaltenderes Interesse am Kursbesuch, ihre Ausfallsquote war entsprechend niedriger, sie lag etwa im Jahre 1930/31 bei 37,1 Prozent (Männer: 45 Prozent). Im Jahre 1931/32 sank die Ausfallsquote auf 27,5 Prozent.<sup>123</sup>

Ein wichtiges Bildungsangebot der Arbeiterkammer stellte auch die Kammerbibliothek dar. Sie stand allen kammerumlagepflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie deren nächsten Verwandten – Eltern, Ehepartnerinnen beziehungsweise Ehepartnern, Kindern –, Arbeitslosen und den Mitgliedern des Vereins „Arbeiterbühne“ offen. Die Benutzung der Bibliothek überstieg bereits kurz nach der Eröffnung alle Erwartungen. Am Ende des ersten Bibliotheksjahres wurden bereits 5.670 Leserinnen und Leser gezählt, am Ende des zweiten Bibliotheksjahres 8.248. Dabei lag der Anteil an Leserinnen deutlich unter dem der männlichen Bibliotheksbenutzer, im Jahre 1929 wurden 1.253 (20,4 Prozent), im darauffolgenden Jahr 1.218 (21,2 Prozent) Leserinnen verzeichnet.<sup>124</sup>

## Gesellschaft und Kultur

Bereits seit etwa 1916 war im Zuge von Forderungen nach einer Wiederherstellung von „Ordnung“, in der Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft, für die Nachkriegszeit besonders die „Wiederherstellung“ der tradierten Familienordnung, die durch den Krieg in „Unordnung“ geraten war, verlangt worden.<sup>125</sup>

In den diesbezüglichen Diskursen der Nachkriegszeit waren vor allem die katholische Kirche beziehungsweise mit ihr verbundene Vereine und Institutionen sehr einflussreich. Besonders deren Vertreterinnen und Vertreter wehrten sich auch vehement gegen mögliche durch den Krieg hervorgerufene gesellschaftliche Veränderungen, vor allem im Bereich der Rollenverteilungen zwischen den Geschlechtern. Im Vergleich dazu nahm die Sozialdemokratie eine liberalere Haltung ein. So wurde 1919 auf ihre Initiative ein Gesetz, welches die Wiederverheiratung von Geschiedenen ermöglichte, erlassen.<sup>126</sup>

Auch in Graz wurde in diesem Zusammenhang generell der moralische Zustand der Gesellschaft nach dem Krieg diskutiert. Die lange Abwesenheit der Männer hatte zur Entfremdung vieler Ehepaare geführt, die häusliche Gewalt stieg signifikant an, ebenso die Scheidungsraten. Dazu kam die Zunahme des Alkoholismus. So wurden im Polizeibericht der Stadt Graz für 1918 184, für 1923 1.501 Trunkenheitsdelikte vermerkt.<sup>127</sup> Sowohl 1918 als auch 1923 wurde im Grazer Gemeinderat die Verabreichung von Alkohol an Jugendliche behandelt. Nach Angaben der städtischen Sicherheitspolizei war diese streng darauf bedacht, „im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften Alkoholmissbrauch im Allgemeinen und durch Jugendliche im Besonderen hintanzuhalten.“<sup>128</sup> Auch war man darum bemüht, die Verordnung aus dem Jahr 1922 betreffend den Schutz der heranwachsenden Jugend vor Verwahrlosung dementsprechend streng zu vollziehen.<sup>129</sup>

Besonders ausgeprägt waren auch Befürchtungen um die sexuelle Moral der Bevölkerung. Als Indikatoren für eine bedenkliche Entwicklung wurde unter anderem das Ansteigen von Geschlechtskrankheiten gesehen. Um die Bevölkerung über diese zu informieren, wurde 1921 sogar von der Arbeiterkammer ein Vortrag organisiert. In weiterer Folge wurden von der Arbeiterkammer auch Einzelvorträge zur Aufklärung über „Alkohol“, und „Tabakunsitten“ durchgeführt.<sup>130</sup>

Als besondere Gefahr wurde auch in Graz die heftig diskutierte Geheimprostitution betrachtet.<sup>131</sup> Tatsächlich wurden 1929 41 Frauen, 1930 45 Frauen teils wegen Verdachts der geheimen Prostitution festgenommen. Da ein Drittel aller Prostituierten im Schank- und Gastgewerbe arbeitete, standen Grazer Betriebe unter besonderer polizeilicher Beobachtung. Zusätzlich wurde vom Grazer Stadtrat ein Gesetz erlassen, welches Mädchen erst ab 18 Jahren die Arbeit in solchen Etablissements erlaubte.<sup>132</sup>

Hier ist auch auf den in Graz lebenden katholischen Theologen Johannes Ude hinzuweisen. Er forderte die totale Abschaffung der Prostitution, hatte zahlreiche Schriften veröffentlicht und schon 1917 den Verein „Österreichs Völkerwacht, Verein zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit“, gegründet. Daneben versuchte er auch – vergeblich – die Resozialisierung von Prostituierten. Im September 1924 organisierte er in Graz den internationalen Weltkongress gegen Prostitution und Mädchenhandel.<sup>133</sup>

Besonders besorgt um die Moral vor allem der jungen Mädchen war Frieda Mikola, die – wie bereits erwähnt – Vorsitzende der kirchlichen Mädchenvereine in Graz war und auch den Reichsverband katholischer Mädchenvereine Österreichs leitete. Mikolas Bemühungen um die Bewahrung von Moral und Sittlichkeit sind auch sehr gut an ihrem Kampf gegen die aus allen Körperöffnungen kommenden Flammen des Steirischen Panthers, ein Anblick, den sie als äußerst obszön empfand, veranschaulicht. Tatsächlich gelang es ihr in ihrer Funktion als Landtagsabgeordnete, den Landtag von der Korrektur zu überzeugen.<sup>134</sup>

Sehr bezeichnend für das moralische Klima in Graz ist auch ein Skandal, der sich im Jänner 1920 anlässlich der Aufführung des im Ringkino mit großem Erfolg gezeigten Films „Anders als die Andern“, in dem Homosexualität thematisiert wurde, ereignete.<sup>135</sup> Am vorletzten Vorführtag kam es durch deutschnationale Kreise und durch Angehörige der vom Theologen Ude gegründeten österreichischen „Völkerwacht“ zu massiven Protesten gegen diesen Film, die als erste bekannte Kundgebungen gegen homosexuelle Menschen in Österreich bezeichnet werden können. Dabei wurde von etwa 100 Demonstrantinnen und Demonstranten die Einstellung der Vorführung verlangt, da der Film gegen die öffentliche Sittlichkeit verstoße und eine Schande für Graz sei. Als die Besucherinnen und Besucher aufgefordert wurden, den Saal zu verlassen, folgten etwa 50 Personen dieser Aufforderung. Auch vor dem Kino gab es Tumulte, es wurde gefordert, den Film zu vernichten. Dabei wurde „nieder mit der Judenregierung“ gerufen und das Bismarcklied angestimmt. Schließlich wurden weitere Vorführungen verboten.<sup>136</sup>

Die negative Einstellung der Grazer Gesellschaft gegenüber gleichgeschlechtlicher Liebe zeigt sich auch an folgendem Ereignis beziehungsweise darauf bezogenen Reaktionen: Bei einem 1926 in Graz stattfindenden Verfahren gegen 43 homosexuelle Männer deklarierten sich zahlreiche Männer, darunter auch Funktionäre der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Grazer Gemeindevertretung, als Homosexuelle. Sie verlangten die Einstellung der Verfahren, die Abschaffung der Strafbarkeit und die Begnadigung aller bisher Verurteilten und wiesen darauf hin, dass es in Graz rund 3.000 homosexuelle Personen beiderlei Geschlechts gebe. Die beiden Initiatoren dieser Aktion wurden bald danach wegen Verleumdung verurteilt. Im sozialdemokratischen „Arbeiterwillen“ wurde, indem darauf hingewiesen wurde, „dass es entsetzlich sei, Personen dafür büßen zu lassen, dass ihnen die Natur gerade in dem unwiderstehlichen Triebe ihr Menschentum verkehrte“,<sup>137</sup> zwar Mitleid mit den Betroffenen gezeigt, aber die herrschende negative Einstellung gegenüber Homosexualität ganz klar bestätigt.

Ebenfalls ein auch in Graz heftig diskutiertes Thema war die Frage der Geburtenregelung. Die diesbezüglichen Diskussionen entsprachen den Vorgaben der damals bestehenden ideologischen beziehungsweise gesellschaftlichen „Lager“, den im Katholizismus verankerten Christlichsozialen, den Deutschnationalen und der Sozialdemokratie. Während die Christlichsozialen den Schutz des „werdenden Lebens“ verteidigten und die Deutschnationalen ihre Ablehnung einer Liberalisierung mit völkischen Argumenten begründeten, setzte sich die Sozialdemokratie schon Anfang der 1920er-Jahre mit einer Reihe von Initiativen für eine Lockerung der restriktiven Abtreibungsregelungen aus Gründen der „wirtschaftlichen und sozialen Not der Frauen“ ein.<sup>138</sup>

In diesem Zusammenhang ist auf die 1921 gegründete Ortsgruppe der der Sozialdemokratie nahestehenden „Freidenkenden Graz“ hinzuweisen, die sich ebenfalls mit dem Thema Schwangerschaftsunterbrechung und Empfängnisverhütung auseinandersetzten und im Dezember 1928 in Graz einen Vortrag der Berlinerin Claire Maier Lugau, in welchem die Vortragende die Aufhebung des strafrechtlichen Verbots der Schwangerschaftsunterbrechung sowie eine verstärkte Aufklärung und soziale Fürsorge forderte, organisierten.<sup>139</sup>

Mit der 1933 erfolgten Machtübernahme des „Ständestaates“ wurden nicht nur alle diesbezüglichen Diskussionen beendet, sondern es kam 1937 darüber hinaus auch zu einer massiven Verschärfung der Abtreibungsregelung.<sup>140</sup>

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Geburtenregulierung sind auch auf die zwischen 1929 und 1931 in Graz stattfindenden Verfahren gegen den Grazer Chirurgen Hermann Schmerz, der sich wegen der Durchführung von Sterilisationen an Männern vor Gericht verantworten musste, zu erwähnen. Während Schmerz nach dem ersten Verfahren verurteilt wurde, endete das zweite Verfahren im April 1931 mit der Einstellung, nicht zuletzt aufgrund massiver Interventionen anerkannter Experten aus dem In- und Ausland.<sup>141</sup> Ab Februar 1935 führte eine kleine Gruppe ehemaliger Mitglieder des anarchistischen „Bundes herrschaftsloser Sozialisten“, darunter auch ein ehemaliger Assistent von Schmerz, geheim wieder Vasektomien in Graz und den heute zur Landeshauptstadt gehörenden Orten Andritz und Wetzelsdorf durch, wurde jedoch bereits am 8. Oktober 1935 von einem Schöffengericht in Graz verurteilt.<sup>142</sup>

Die darüber heftig geführte Medienberichterstattung entsprach zu großen Teilen den bereits erwähnten damaligen allgemeinen Positionen des zeitgenössischen Verhütungsdiskurses. Während die katholische beziehungsweise deutschnationale Berichterstattung bevölkerungspolitische Bedenken wegen eines „drohenden Volkstodes“ vorbrachte und deshalb auch das Bevölkerungswachstum einschränkende Mittel und Methoden ablehnte, sahen die Sozialdemokraten in Verhütungsmitteln den Schlüssel zur Linderung des sozialen Elends und ein Mittel zur Emanzipation der Frau.<sup>143</sup>

Die katholisch-konservative bigotte Grundhaltung der Grazer Gesellschaft konnte sich im Austrofaschismus, in welchem von einer gottgewollten Geschlechterdifferenz ausgegangen wurde und welcher von einer antiurbanen und antimodernen Grundhaltung geprägt war, noch weiter verstärken.

Mit der Vorstellung der Geschlechterdifferenz waren konkrete Auffassungen von idealer Weiblichkeit und Männlichkeit verbunden. Frauen waren in dieser Konzeption das passive, emotionale, naturnähere Gegenmodell zum Mann und sehr stark von ihrer angeblichen „seelischen Disposition zur Mütterlichkeit“, für welche die Mutter Maria das Ideal darstellte, bestimmt.<sup>144</sup> Dabei war es für die Frauen sehr wichtig, ihre gottgegebene Rolle – eben die der Mutter – anzunehmen und sich bei jeder Tätigkeit und in jedem Beruf mütterlich – also wesensgemäß – zu verhalten. Als berufliche Tätigkeitsbereiche erlaubt – weil als den mütterlichen Tätigkeiten noch am ehesten entsprechend gesehen – waren daher eigentlich nur Tätigkeiten im Bereich der Fürsorge und in der karitativen Sozialarbeit. Ebenso war jedes Verhalten zu vermeiden, welches eine Gefährdung der Sitten dargestellt hätte, wobei bei der Beurteilung dessen, was eine solche Gefährdung sei, nur sehr wenig Spielraum gegeben war.<sup>145</sup>

So sorgte es für große Aufregung, dass 1935 – einem Bericht der Sicherheitsdirektion zufolge – im Unterricht im Mädchengymnasium Sacre Cœur über geschlechtliche Liebe gesprochen worden sei. Die Direktorin wurde beauftragt, mit Rücksicht auf die weibliche Jugend alles zu vermeiden, was das religiöse oder sittliche Gefühl der Schülerinnen irgendwie verletzen könnte.<sup>146</sup>

Dem Frauenbild entsprechend war die Förderung der Ehe und die Aufwertung der Hausarbeit ein wichtiges Anliegen des Ständestaates. Um das zu erreichen, wurde der hauswirtschaftliche Unterricht in den Pflichtschulen ausgebaut. Zwecks Professionalisierung der Reproduktionsarbeit kam es zur Einrichtung von Mütterschulen, wie sie später auch im Nationalsozialismus geführt wurden.<sup>147</sup>

Für Arbeiterfrauen wurden spezielle hauswirtschaftliche Kurse abgehalten. Diese umfassten eine praktische Einführung in Kochen, Haushaltungskunde, Gesundheitslehre, Näh- und Ausbesserungsarbeiten, Kranken- und Kinderpflege sowie Lebenskunde.<sup>148</sup>

Bildung für Frauen, die ja grundlegend für geschlechtsspezifische Mobilität und sozialen Aufstieg wirkte, wurde abgelehnt. Frauen, die die vorgegebene Rollenzuschreibung nicht hinnahmen und stattdessen eine höhere Bildung anstrebten, womit sie sich in der Auffassung des Ständestaates ihrer körperlichen und seelischen Eignung zur Mutterschaft entfremdeten, wurden für Ehekrisen, rückläufige Geburtenzahlen und damit auch für den „Niedergang des Volkes“ verantwortlich gemacht.<sup>149</sup>

Ein wichtiges Element der ständestaatlichen Geschlechterpolitik war der Kampf gegen den Geburtenrückgang. Allerdings war das System nicht uneingeschränkt pronatalistisch, nur die bürgerliche Mittelschicht stand im Zentrum der Bemühungen um mehr Geburten, da offensichtlich nur von den weiblichen Angehörigen dieser Schicht „wertvoller“ Nachwuchs zu erwarten war.<sup>150</sup> Schon 1933 war der Verkauf empfängnisverhütender Mittel stark eingeschränkt worden. 1934 wurden unter dem Einfluss des Vatikans und der katholischen Kirche die Scheidungsgesetze, 1937 – wie bereits erwähnt – die Bestimmungen für den Schwangerschaftsabbruch massiv verschärft. Ab diesem Jahr wurden auch Prämien für erwünschte Kinder ausbezahlt.<sup>151</sup>

Der ständestaatlichen Vorstellung von Weiblichkeit entsprach ein äußerst konservatives Bild von Männlichkeit, welches unter anderem auch vom Männerbild des Nationalsozialismus beeinflusst wurde.<sup>152</sup> Eine wichtige Rolle spielte dabei die Remilitarisierung,<sup>153</sup> welche dem autoritären „Ständestaat“ ein wichtiges Anliegen war. Sie begann nach einer kurzen pazifistischen Phase bald nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und setzte sich mit der Etablierung der außerstaatlichen Wehrverbände weiter fort. 1936 wurde schließlich die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt und Wehrwesen als Unterrichtsfach eingerichtet. Diese Remilitarisierung erfasste zwar die gesamte Gesellschaft, wirkte aber vor allem auf männliche Jugendliche.<sup>154</sup> In weiterer Folge wurden auch Vorstellungen von einem ausschließlich für Männer – und für einige gesellschaftlichen Schichten bis zur Gegenwart reichenden – geltenden Berufsethos, das davon ausging, dass ein richtiger Mann sich vollkommen seiner Arbeit widmen sollte, propagiert.<sup>155</sup>

In einem Umfeld mit zunehmend „maskulinen“ Idealen wurde es für die katholische Kirche als wichtig erachtet, katholische Männer organisatorisch an sich zu binden. Besonders der Seckauer Bischof Ferdinand Pawlikowski forderte dezidiert die Bildung einer katholischen Männerbewegung. Erstmals wurde im Rahmen der

Steirischen Katholikentage 1930 ein konkreter Anlauf unternommen, eine solche Bewegung zu etablieren. Dieses Bestreben war jedoch nicht erfolgreich, es kam lediglich zur Bildung einiger regional aktiver Pfarrgruppen, zum Beispiel in den Pfarren Münzgraben und St. Joseph bei Graz.<sup>156</sup>

Die Ursachen für das Scheitern der Initiativen wurden unter anderem darauf zurückgeführt, dass „ein großer Teil der Männer in seiner Identitätskonstruktion der aktiv ausgeübten und kirchlich praktizierten Religion nicht den Platz einräumte, der ihr nach den idealen Definitionen der katholischen Kirche zukommen sollte.“<sup>157</sup>

Großen Einfluss auf die gesellschaftliche Situation in Graz übte nicht nur der Katholizismus, sondern auch der Deutschnationalismus aus, der bereits Ende des 19. Jahrhunderts in Graz viele Anhängerinnen und Anhänger hatte. Mit dem von ihm vertretenen „völkischen“ Frauenbild, in welchem von einer Überlegenheit der „deutschen Rasse“ ausgegangen wurde, und der damit verbundenen Bestimmung deutscher Frauen, Hüterin dieses Deutschtums zu sein und zu dessen Stärkung möglichst viele Kinder zu gebären, kann er als direkter Vorläufer der nationalsozialistischen Ideologie, dessen Anhängerinnen und Anhänger schon seit den 1920er-Jahren auch in Graz aktiv auftraten, bezeichnet werden. Dabei stellte der von diesen heftig propagierte Antisemitismus, der vor allem nach 1918 das gesellschaftliche Klima in Graz prägte, eine wichtige ideologische Verbindungslinie zwischen Deutschnationalismus und Nationalsozialismus, dar.<sup>158</sup>

Wie heftig der Antisemitismus in Graz bereits lange vor 1938 war, dokumentieren auch lebensgeschichtliche Erinnerungen.<sup>159</sup>

Besonders früh konnte sich der Nationalsozialismus unter der Lehrerschaft und an den Universitäten etablieren. 1934 wurde vom Sicherheitsdirektor für Steiermark in Bezug auf die Situation an den Schulen festgestellt, dass „die gesamte Steiermark [...] gründlich verseucht“<sup>160</sup> sei, und dass „ein Teil der Lehrer mit der nationalsozialistischen Bewegung sympathisiere.“<sup>161</sup> Bei einer im Mai 1934 durchgeführten Überprüfung der politischen Einstellung der Mittelschulprofessorinnen und -professoren hinsichtlich nationalsozialistischer Gesinnung wurde für Graz erwähnt, dass im BRG Lichtenfelsgasse viele Lehrkräfte die NS-Bewegung unterstützten.<sup>162</sup> Als Zentrum für illegale NS-Aktivitäten galt jedoch das Mädchenrealgymnasium in der Sackstraße, welches auch als „Nazibrutstätte“ bezeichnet wurde.

Da offensichtlich besonders viele weibliche Lehrkräfte vom Nationalsozialismus infiltriert waren,<sup>163</sup> ordnete der Landesschulrat im Jänner 1935 an, dass bei der Vergabe von Schulleiterposten vor allem in Graz weibliche Lehrpersonen nur in Ausnahmefällen in Betracht zu ziehen seien, weil es ausschließlich Männer seien, „die nach ihrer Gesinnung Gewähr dafür bieten, dass sie geeignet sind, jene Ordnung herbei zu führen, die wir leider vermissen müssen.“<sup>164</sup>

Eine Alternative zum einerseits bigotten katholischen, andererseits völkisch deutschnationalen gesellschaftlichen Klima konnte sich in Graz nicht entwickeln.

Nach 1919 als Gegenmodell zu den bürgerlichen Werthaltungen entworfene sozialdemokratische Konzepte vom neuen Menschen beziehungsweise Versuche, nach dem Ende des Krieges die Lebensrealitäten von Frauen neu zu gestalten, was zu einem generellen „Infragestellen“ gesellschaftlicher Konventionen führte, stießen in Graz,

wo die patriarchalen Strukturen noch in allen gesellschaftlichen Schichten sehr tief verankert waren, am ehesten bei jungen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie bei Intellektuellen und Künstlerinnen beziehungsweise Künstlern, die dieser Ideologie nahestanden, auf Resonanz.<sup>165</sup>

Auch der in den Nachkriegsjahren aus England beziehungsweise Frankreich übernommene Typ der neuen Frau – dabei handelte es sich um eine sportliche, kameradschaftliche Person, gleichberechtigte Partnerin des Mannes, die ihr eigenes Geld verdiente, Sport betrieb, ohne Begleitung Reisen unternahm und damit das Gegenteil der von der bürgerlichen Gesellschaft propagierten Weiblichkeit zu verkörpern schien – war in Graz nicht oft zu finden.<sup>166</sup>

Lediglich in den Bereichen Sport und Kunst waren Erweiterungen des Handlungsspielraumes für Frauen nach dem Ende des Krieges gesellschaftlich möglich. Was den Sport betraf, war dies auf die – als Reaktion auf die kriegsbedingt schlechte Gesundheitslage der Bevölkerung erlangte – Einsicht zurückzuführen, dass es – auch im Hinblick auf die Gebärfähigkeit – zur Verbesserung der Gesundheit auch als Pflicht der Frauen gesehen wurde, den eigenen Körper zu bewegen. Aus diesen erweiterten Bewegungsmöglichkeiten erwuchs den Frauen und Mädchen eine Reihe von bis dahin nicht vorgesehenen Freiheiten. Beispielsweise waren den Frauen nun vormals verpönte Aktivitäten wie Radfahren möglich. Aber auch die grundsätzliche Zulassung von Frauen im Sport war nun kein Thema mehr.<sup>167</sup>

Frauen durften sich sogar an Wettbewerben beteiligen und waren dabei durchaus erfolgreich. Für Graz ist diesbezüglich Ludovika Sölkner zu erwähnen. Sie gewann 1923 und 1926 die österreichischen Meisterschaften im Kunstspringen und nahm 1924 als erste Grazerin an Olympischen Spielen teil, schied dann aber schon in der Vorrunde aus.<sup>168</sup>

Auch die in den 1930er-Jahren sehr bekannte Skiläuferin Gerda Paumgarten stammte aus Graz. Sie gewann 1933 bei den FIS-Wettkämpfen in Innsbruck Bronze in der Abfahrt und Silber in der Kombination sowie 1936 Gold im Slalom und die Bronzemedaille in der Kombination.<sup>169</sup>

In Bezug auf die Kunst war es in diesem Zeitraum zumindest nicht mehr undenkbar, dass auch Frauen ihren Lebensunterhalt als Künstlerinnen bestreiten konnten. So zeigte sich für die Zeit ab 1918 auch in Graz eine deutliche Zunahme, zurückzuführen darauf, dass es für Frauen möglich wurde, als Schriftstellerinnen, Literatinnen oder auch Komponistinnen tätig zu sein beziehungsweise sich damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen.<sup>170</sup>

Besonders die Theatervereine zählten zu Institutionen mit hohem Frauenanteil, vor allem auch hinter den Kulissen. Allerdings galt der Beruf der Schauspielerin insbesondere für die sogenannten Töchter aus gutem Hause noch immer nicht als anzustrebende Tätigkeit, wie am Beispiel von Lorle Schinnerer-Kamler zu sehen ist. Als sie – die aus einem ehemals adligem Haus stammte – sich zu Beginn der 1920er-Jahre dazu entschloss, eine Schauspiel-Ausbildung zu absolvieren, war es vor allem ihr Bruder, der ihrem Ansinnen, Schauspielerin zu werden, entgegenzuwirken versuchte, wie sie in ihren Erinnerungen beschreibt.

Nach Beendigung der Schauspielschule war Lorle Kamler in diversen Engagements beschäftigt.<sup>171</sup>

In den 1920er- und 1930er-Jahren waren auch in Künstlerinnenkreisen zunehmend nationalistische Tendenzen stark bemerkbar. Insbesondere die Frage der Zugehörigkeit der ehemaligen Untersteiermark zu einer als „deutsch“ klassifizierten Steiermark bewegte viele Künstlerinnen. Zudem fanden sogenannte volkskulturelle Themen starke Aufmerksamkeit.<sup>172</sup>

Auf der anderen Seite gab es aber auch „linke“ Künstlerinnen und Künstler, die sich mit der Arbeiterschaft solidarisierten und dies nicht nur durch Auftritte zum Ausdruck brachten, sondern auch politisch äußerst aktiv waren, wie das Beispiel von Grete Imle zeigt.<sup>173</sup> Imle wurde 1890 in Südmähren geboren und wuchs in Graz auf, wo sie als Schauspielerin debütierte. Danach war sie an verschiedenen Bühnen tätig, kehrte aber 1914 nach Graz zurück und konnte sich nach einiger Zeit als „erste Heldin“ am Grazer Schauspielhaus etablieren. Daneben gab sie in der Grazer Schauspielschule Unterricht. Einen Teil ihrer Freizeit widmete sie sozialdemokratischen Jugendlichen, mit welchen sie unter anderem für die Maifeier 1927, die im Opernhaus in Graz begangen wurde, ein beeindruckendes Programm, das großes Lob hervorrief, erarbeitete.<sup>174</sup>

Auch in Graz ist ab 1918 generell festzustellen, dass eine zunehmende Vervielfältigung der „Freizeitkultur“ einsetzte. Hatte lange Zeit das Theater als zentraler Ort der Unterhaltung, nicht nur für das Bürgertum, sondern auch für die ökonomisch schwächeren Schichten gegolten, nahmen nun auch Radio, Kino und sportliche Betätigungen eine wichtige Rolle hinsichtlich der Freizeitgestaltung ein.<sup>175</sup>

## Frauenvereine

Die große Bedeutung der katholischen Kirche und ihr gesellschaftlicher Einfluss in der Zwischenkriegszeit spiegelte sich auch in den zahlreichen diesbezüglichen Frauenvereinen. Viele dieser Vereine verstanden sich als Wohlfahrtsvereine, allerdings wurden auch andere Ziele und Anliegen, zum Beispiel im Bereich von Bildung und Ausbildung, moralischen Richtlinien, rechtlicher Unterstützung etc., verfolgt.

Die wichtigste diesbezügliche Organisation war ohne Zweifel die Katholische Frauenorganisation (KFO). Sie bildete den Dachverband dreier großer Organisationen, und zwar einerseits der bürgerlichen Frauengruppen, andererseits des 1919 gegründeten Verbandes erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen und drittens des Diözesanverbandes Steiermark der katholischen Mädchenvereine.<sup>176</sup>

Im Verband erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen waren unter anderem der Verband katholischer Arbeiterinnen, Angestellte, Krankenpflegerinnen, Fürsorgerinnen, Hausangestellte und Hausbesorgerinnen zusammengefasst.<sup>177</sup>

Der Diözesanverband der katholischen Mädchenvereine bestand aus verschiedenen religiösen Vereinigungen.<sup>178</sup> Zu den Aufgaben des Vereins gehörten unter anderem die Kinder- und Jugendfürsorge, die Bahnhofsmision und der Mädchenschutz, Aktionen zur Stellenvermittlung und eine Rechtsschutzstelle. Für Kinder wurden Erholungsaktionen und Ferienpflegeplätze angeboten. Zudem bestanden eigene Ferienheime.<sup>179</sup> Ferner wurde von der KFO die Verwaltung eines „Marienheimes für sittlich gefährdete Mädchen“ übernommen, das sich in der Grabenstraße 45 befand und von

den Servitinnen geführt wurde.<sup>180</sup> Die KFO betrieb auch Schulen und Heime und engagierte sich in der Wohlfahrt. So bestand seit November 1919 eine fachliche zweijährige Fortbildungsschule der KFO für Lehrlingmädchen des Kleidermachergewerbes bei den Grazer Ursulinen. Seit 1929 führte die KFO ein Heim für Berufsschülerinnen in der Grazer Raimundgasse.<sup>181</sup> Eine Gemeinschaftsküche für 200 Personen wurde von der KFO 1920 im Admonterhof errichtet. 1924 organisierte die KFO für ihre Mitglieder verbilligte Kohlen, 1928 wurde eine eigene Ausleihstelle für den elektrischen Staubsauger-Apparat geschaffen.<sup>182</sup>

Die wirtschaftliche Sektion der KFO bemühte sich um die Vertretung von Hausfraueninteressen in öffentlichen Körperschaften und behördlichen Ausschüssen. 1929 wurde eine Versicherungsberatungsstelle, die unter anderem kostenlose Informationen in allen Versicherungsangelegenheiten bot, eröffnet. Ab 1935 gab es auch eine eigene Unterstützung für die Anliegen von Akademikerinnen, Lehrerinnen, Beamtinnen und Fürsorgerinnen. Langjährige Vorsitzende der KFO, die ihren Sitz im Palais Herberstein in Graz hatte, war die christlichsoziale Politikerin Frieda Mikola.<sup>183</sup>

Eine ebenso wichtige Rolle wie die katholischen Frauenvereine spielten im Graz der Zwischenkriegszeit die deutschnationalen Frauenvereine. Diesbezüglich ist darauf hinzuweisen, dass Frauen bereits in die Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden nationalen Vereine, wie etwa den Deutschen Schulverein, integriert waren und auch deren antisemitische Einstellung voll und ganz unterstützten.<sup>184</sup>

Zu den einflussreichsten deutschnationalen Vereinen zählte der 1889 gegründete Verein Südmark, der 1913 circa 73.000 Mitglieder hatte, davon rund 15.000 Frauen, die in eigenen Frauen-Ortsgruppen organisiert waren. Vereinsmitglieder waren vor allem Angehörigen der Beamtenschicht und freien Berufe.<sup>185</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden auch ursprünglich bürgerliche Frauenvereine in die deutschnationale Vereinslandschaft integriert, was sich auch an der Genese des Deutschen Frauenbundes in Graz zeigt, der, 1906 zunächst als Verein der arbeitenden Frauen gegründet, ursprünglich dem bürgerlichen Zweig der Frauenbewegung zuzuordnen war,<sup>186</sup> aber ab 1912 begann, sich deutschnational-völkisch auszurichten. 1913 wurde er in Allgemeiner Deutscher Frauenverein umbenannt. 1922 erfolgte die Umbenennung in Deutscher Frauenbund Graz und es wurde die Eingliederung in den Deutschen Frauenbund Steiermark vollzogen. Gleichzeitig wurde auch der Arierparagraph offiziell eingeführt. Der Deutsche Frauenbund stand in enger Kooperation mit aktiven Frauenvereinen in Österreich, die der Großdeutschen Volkspartei oder auch NSDAP nahestanden.<sup>187</sup> Zu seinen Tätigkeitsbereichen gehörten unter anderem die Einrichtung von Licht- und Wärmestuben für Jugendliche, die Errichtung von Heimen für Hausgehilfinnen, von Kindergärten und Auspeisungsküchen. Aber auch fast alle Grazer Studentinnenheime wurden von deutschnational-völkischen Vereinen betrieben.<sup>188</sup>

Wichtige Protagonistinnen der deutschnationalen Frauenvereine in Graz waren Lina Kreuter-Gallé, Helene von Fleischhacker, Ada Fizia, die Ehefrau des 1918 zum Bürgermeister von Graz ernannten Adolf Fizia, Berta Schreiner-Freg sowie die Schriftstellerin Ida Maria Deschmann. Deschmann wurde 1886 in Steyereck in der Weststeiermark geboren und verstarb 1976. Besonders ihre Ausführungen über ihr nationales Erwachen entsprachen den Vorstellungen des deutschnationalen völkischen Vereins Südmark.<sup>189</sup>

Karoline Kreuter-Gallé wurde 1856 in Freudental im Herzogtum Krain geboren. 1910 übersiedelte sie nach Graz. Im Ersten Weltkrieg war sie als Pflegerin des Roten Kreuzes tätig. Kreuter-Gallé engagierte sich schon früh für deutschnationale Belange und dabei besonders im Verein Südmark, wo sie 1913 als erstes weibliches Mitglied in die Hauptleitung gewählt und 1925 Aufsichtsrätin wurde. 1930 erhielt sie das Goldene Ehrenzeichen für ihre 50-jährige Mitgliedschaft im Deutschen Schulverein. Kreuter-Gallé starb 1932 in Graz, hinterließ ihr gesamtes Vermögen der Südmark, womit in ihrem Namen ein Fonds gegründet wurde, aus dem „deutsch-arischen“ Hochschülerinnen Stipendien verliehen werden sollten. In diversen Reden untermauerte sie immer wieder das völkische Bild von Frauen als passiv und opferbereit. Gallé war in mindestens fünf deutschnationalen Vereinen aktiv.<sup>190</sup>

Die Grazer deutschnationalen völkisch orientierten Frauen waren häufig in mehreren Vereinen aktiv und untereinander bestens vernetzt. Schreiner war ab 1922 Präsidentin des Haushaltsschulvereins. Fizia war im Verein Südmark, im Deutschen Schulverein, im Deutschen Frauenbund Graz und im Grazer Verein der arbeitenden Frauen und Mädchen aktiv, Helene von Fleischhacker auch im Südmark Genesungsheim Kroisbach, Kreuter-Gallé im Deutschen Schulverein, im Deutschen Turnerbund und im Deutschen Frauenbund Graz sowie im Verein Südmark.<sup>191</sup>

Deutschnationale Frauenvereine wiesen auch in Graz spätestens seit den 1930er-Jahren eine Affinität zum Nationalsozialismus auf. In einem entsprechenden Sicherheitsbericht wurde betont, dass etliche Mitglieder Angehörige der illegalen NSDAP waren oder im Verdacht einer NS-Betätigung gestanden waren. So wurde die Obfrau-Stellvertreterin des Deutschen Schulvereins, Frieda Hesse, als ehemaliges Mitglied der NSDAP geführt, die Schriftführerin Maria Patek als Kandidatin für den Nationalen Wirtschaftsblock im Grazer Gemeinderat, die Geschäftsführerin Ludmilla Stopper 1935 verdächtigt, sich nationalsozialistisch betätigt zu haben.<sup>192</sup>

Ohne Zweifel stellte der Deutsche Frauenbund in den 1930er-Jahren eine wichtige Unterstützung für die illegalen Nationalsozialistinnen dar. So kündigte er etwa im Februar 1934 im NS-Blatt „Deutsche Frau“ seine Aktivitäten und Sprechstunden an, 1937 stellten die Grazer Frauen dort ihre Tätigkeiten in einem eigenen Artikel vor. Besonders auf der Ebene der Fürsorgetätigkeiten gab es intensive Kooperationen zwischen der illegalen NSDAP und diesen Vereinen, die damit maßgeblich an der Sicherung einer nationalsozialistischen Massenbasis in Österreich beteiligt waren.<sup>193</sup>

Ein signifikantes Beispiel für die Verbindung der Großdeutschen Idee mit dem Nationalsozialismus stellt die Historikerin Mathilde Uhlirz dar. Uhlirz kam aus einem nationalkonservativen deutschnational-völkisch orientierten Elternhaus. Sie wurde am 24. April 1881 in Wien als Tochter des 1903 an die Grazer Universität berufenen Historikers Karl Uhlirz geboren, studierte ab 1904 an der Universität Graz, legte 1908/09 die Lehramtsprüfungen aus Geschichte und Geografie für Mädchenlyzeen ab und wurde am 13. Mai 1913 zur Doktorin der Philosophie promoviert.<sup>194</sup> In der Zwischenkriegszeit hatte sie mehreren nationalen Verbänden angehört, namentlich dem Deutschen Schulverein Südmark, dem Deutsch-Österreichischen Alpenverein, dem Allgemeinen deutschen Turnverein, dem Deutschen Frauenbund, dem Deutsch-völkischen Mittelschullehrerverband NS und dem Nationalsozialistischen Lehrerbund seit

dessen Gründung im Jahre 1936. Uhlirz war zudem ab 1930 Mitglied der Großdeutschen Volkspartei, die ab 1933 ein Bündnis mit der NSDAP schloss, gewesen. Schon am 1. April 1938 beantragte sie die Aufnahme in die NS-Frauenschaft, einen Monat später meldete sie sich zur Aufnahme in die NSDAP unter Hinweis auf ihre Mitgliedschaft als illegales Mitglied des Nationalsozialistischen Lehrerbundes an. Als Lehrerin arbeitete sie am Mädchengymnasium in der Sackstraße, welches von den Sicherheitsbehörden als ein Zentrum für illegale NS-Aktivitäten in Graz gesehen wurde.<sup>195</sup> Auch ihre wissenschaftlichen Tätigkeiten bewegten sich früh um Nation und Vaterland. Konkret fassbar ist ihre Hinwendung zum Nationalsozialismus mit ihrer 1936 erfolgten Aufnahme in den Nationalsozialistischen Lehrerbund.<sup>196</sup>

Im Unterschied zu den bürgerlichen Frauen, die sich in diversen Vereinen vehement für den Zugang von Frauen zu Bildung- und Ausbildung einsetzten, wurden die ersten Vereine von Arbeiterinnen in Graz – mit Ausnahme eines nur kurz existierenden Arbeiterinnen-Bildungsvereins in den 1860er-Jahren – zum Zwecke der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der Vorsorge bei Alter, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit gegründet. Diese Vereine konnten nicht wie die von bürgerlichen Frauen gegründeten Wohlfahrtsvereine auf eine wohlwollende Unterstützung des Staates zählen, sondern waren im Gegenteil sehr oft Repressionen ausgesetzt. In Graz selbst bestand seit etwa 1903 ein Heimarbeiterinnen-Verein, der von der engagierten Sozialdemokratin Sophie Jobst geleitet wurde. Der Verein erteilte Rechtsauskünfte und führte Arbeitsvermittlungen durch.<sup>197</sup> Bis 1934 bestand in Graz auch ein Arbeiterinnenfraucorps namens „Freiheit“.

Schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gab es in Graz sozialdemokratische Vereine, die sich der Vermittlung von Kultur, aber auch neuen gesellschaftlichen Ideen, wie etwa der Gleichberechtigung, zur Aufgabe gemacht hatten. Dazu zählten der bereits 1897 gegründete und bis 1934 bestehende Verein Arbeiterbühne, mit der Aufgabe der Pflege der Wissenschaft, Kunst, Literatur und des Theaterwesens, um dadurch auf Mitglieder sowie auch Kreise der Arbeiterschaft bildend und unterhaltend einzuwirken, aber auch die 1928 gegründete Sozialistische Amateurbühne, die sich der Förderung der Geselligkeit und Bildung durch Theatervorstellungen, volksbildende Inhaltsvorträge und Liederabende widmen sollte.<sup>198</sup>

Auch die bereits erwähnte Freidenkerbewegung strebte die Neugestaltung des kulturellen Bereichs, der Lebensformen, sozialen Beziehungen und Grundwerte an. Freidenkerinnen und Freidenker traten vehement für die Trennung von Kirche und Staat ein. Sie führten zahlreiche öffentliche Versammlungen durch und verbanden ihre allgemeinen Zielsetzungen mit konkreten Maßnahmen wie der Abhaltung von Unterrichts- und Diskussionsveranstaltungen, der Durchführung von weltlichen Feiern und Theateraufführungen sowie der Errichtung eigener Büchereien und der Herausgabe von Druckschriften. Zweck war die Förderung des freien Gedankens sowie die Verbreitung einer auf dem wissenschaftlichen Sozialismus beruhenden Weltanschauung und Lebensführung. Ihren Höhepunkt erreichte die Freidenkerbewegung in Graz 1928/1929. In diesen Jahren setzte sie sich unter anderem mit der Milieutheorie, dem Thema Schule und Erziehung sowie der inneren politischen und wirtschaftlichen Lage auseinander.<sup>199</sup>

Eine neue Gesellschaftsordnung und damit verbunden auch der Geschlechterord-

nung strebten in Graz auch zahlreiche Anarchistinnen und Anarchisten an, die sich im Bund herrschaftsloser Sozialisten zusammengefunden hatten. Auch von diesem Bund wurden populärwissenschaftliche Vorträge und verschiedenen Kurse organisiert. Im Mai 1922 wurde eine eigene Frauengruppe, im Mai 1925 ein Frauenchor gegründet.<sup>200</sup>

In weiterer Folge schloss sich auch der im März 1923 gegründete Bund der Kriegsdienstgegner, Zweig Graz der Kriegsdienstgegner Internationale dem Bund an, in welchem die 1885 geborene Industrielehrerin Emilie Salzmann eine wichtige Rolle spielte.<sup>201</sup> Dieser Bund stand wiederum in einem Naheverhältnis zu der im April 1922 gegründeten Ortsgruppe Graz der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Österreich, die im September 1936 behördlich aufgelöst wurde.<sup>202</sup>

Während der Ersten Republik, aber auch schon zuvor, waren auch jüdische Frauen sowohl in jüdischen Frauenvereinen als auch in anderen Vereinen – zum Beispiel im jüdischen Verein Maccabi, in welchem Frauen und Männer turnten – aktiv.<sup>203</sup>

Von den jüdischen Frauenvereinen im Graz der Zwischenkriegszeit sind vor allem der Israelitische Frauenverein und ab 1937 eine Ortgruppe der Women International Zionist Organisation (WIZO) zu nennen. Der Frauenverein agierte als Wohltätigkeitsverein und kann durchaus als konservativ bezeichnet werden. Im Vorstand waren in der Regel die Ehefrauen von führenden Mitgliedern der IKG, bei der WIZO die Ehefrauen der führenden Zionisten in Graz.<sup>204</sup>

Generell ist darauf hinzuweisen, dass die Handlungsmöglichkeiten jüdischer Frauen durch den zunehmenden Antisemitismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen zunehmend eingeschränkt wurden. Diese Situation verschärfte sich im Ständestaat, der sich dezidiert als deutsch und christlich definierte, sowie mit der Zunahme der NS-Bewegung.

## **Schlussbemerkungen**

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die durch das Wahlrecht möglich gewordene aktive Beteiligung am politischen Leben zwar nur für wenige Frauen zu gleichberechtigten Positionen in der Politik führte, ihr – sehr häufig auch nur informeller – politischer Einfluss jedoch trotzdem nicht unterschätzt werden sollte. In diesem Zusammenhang soll auch die zunehmende Politisierung der Arbeiterinnen schon seit dem Ersten Weltkrieg erwähnt werden, wobei es wahrscheinlich ist, dass diese auch zu einem hohen Anteil von Frauen am Widerstandskampf gegen die beiden antidemokratischen Regime beitrug.

Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass die durch den Krieg bedingten Veränderungen im Produktionsbereich, die zu einer Erhöhung des Frauenanteils führten, trotz intensiver Bemühungen vonseiten des Staates und der Gesellschaft zumindest in den ersten Nachkriegsjahren nicht zur Gänze rückgängig gemacht werden konnten beziehungsweise durch neue Berufsmöglichkeiten für Frauen kompensiert wurden.

Trotz massiver Bemühungen, die kriegsbedingten Veränderungen in Bezug auf die Geschlechterordnung zurückzunehmen und gesellschaftliche Liberalisierung in Bezug auf Frauen zu verhindern, kam es zumindest bis zur Etablierung des Stände-

staates im Jahre 1933 zu erweiterten Aktionsmöglichkeiten, vor allem in Bezug auf sportliche und künstlerische Aktivitäten.

Somit hatte die Tatsache, dass Frauen während des Ersten Weltkriegs in vielen gesellschaftlichen Bereichen – vor allem in der Arbeitswelt – die Männer ersetzt hatten, nach 1918 – auch in Graz – zwar nicht zu einer bleibenden Veränderung der Geschlechterrollen geführt, bei einem Fokus auf frauenspezifische Aktionsformen zeigt sich jedoch ein differenzierteres Bild. Sowohl Katholikinnen als auch deutschnationale beziehungsweise NS-Frauen, aber auch Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen, agierten nämlich nicht nur in den ihnen damals zugestandenen Aktionsbereichen vor allem im kirchlichen und sozialen Milieu, sondern zunehmend auch politisch und korrigierten damit die Einschränkungen, die Frauen in der „offiziellen“ Politik erfuhren. Während Sozialistinnen und Kommunistinnen jedoch als Widerstandskämpferinnen für die Erhaltung der Demokratie aktiv waren, traten Katholikinnen und NS-Frauen – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – massiv gegen das demokratische System auf, was zur Annahme berechtigt, von einem nicht geringen Anteil beziehungsweise Einfluss dieser Frauen an der Destabilisierung der Ersten Republik und – was die deutschnationalen Frauen anlangt – in weiterer Folge an ihrer Zerstörung auszugehen.

---

- 1 Vgl. Jean Bethke ELSHTAIN: *Women and War*, Brighton 1987; Barbara HEY, Cécile HUBER, Karin M. SCHMIDLECHNER (Hgg.): *Krieg, Geschlecht und Gewalt*, Graz 1999; Christa HÄMMERLE: *Heimat/Front. Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkriegs in Österreich-Ungarn*, Wien/Köln/Weimar 2014, 10.
- 2 Vgl. Margaret Randolph HIGONNET et al. (Hgg.): *Behind the Lines. Gender and the Two World Wars*, New Haven 1987; Bernd ULRICH: *Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914–1933*, Essen 1997; Gerhard HIRSCHFELD et al. (Hgg.): *Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkrieges*, Essen 1997; Benjamin ZIEMANN: *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern*, Essen 1997; Bernd ULRICH, Benjamin ZIEMANN (Hgg.): *Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 1997.
- 3 Vgl. Gabriella HAUCH: „Die Versklavung der Männer durch feministische Gesetze“? Zur Ambivalenz der Geschlechterverhältnisse in Krieg, Kultur und Politik 1917/18–1933/34, in: Elisabeth WOLFGRUBER, Petra GRABNER (Hgg.): *Politik und Geschlecht. Dokumentation der 6. Frauenringvorlesung an der Universität Salzburg WS 1999/2000*, Innsbruck/Wien/München 2001, 85–106; Maureen HEALY: *Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I*, Cambridge 2004; Ernst HANISCH: *Männlichkeiten. Eine andere Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Wien 2005; Karin M. SCHMIDLECHNER: *Die neue Frau? Zur sozialökonomischen Position und kulturellen Lage*, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHANER (Hgg.): *... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik II*, Wien 2008, 87–102.
- 4 In diesem Zusammenhang ist vor allem auf Christa Hämmerle hinzuweisen, die sich in ihren zahlreichen Arbeiten sehr intensiv mit dem Ersten Weltkrieg aus einer frauen- und geschlechterspezifischen Perspektive auseinandergesetzt hat. Vgl. Hämmerle: *Heimat/Front*; Christa HÄMMERLE, Birgitta BADER-ZAAR, Oswald ÜBEREGGER: *Gender and the First World War*, Basingstoke Hampshire 2014; Lawrence COLE, Christa HÄMMERLE, Martin SCHEUTZ (Hgg.): *Glanz – Gewalt – Gehorsam. Militär und Geschlechtergeschichte in der Habsburgermonarchie (1800 bis 1918)* (= *Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung*, 18), Essen 2011; Christa HÄMMERLE: *Kindheit im Ersten Weltkrieg*, Wien/Köln/Weimar 1993.
- 5 Vgl. HEALY: *Vienna and the Fall of the Habsburg Empire*.
- 6 Karin M. SCHMIDLECHNER, Anita ZIEGERHOFER, Michaela SOHN-KRONTHALER, Ute SONNLEITNER, Elisabeth HOLZER: *Geschichte der Frauen in der Steiermark. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, Graz 2017, 22.
- 7 Vgl. ebenda.
- 8 Vgl. ebenda.
- 9 Vgl. ebenda, 24.
- 10 1927 kehrte sie nach Wien zurück und wurde im darauffolgenden Jahr von Friedrich Adler in die Sozialistische Arbeiterinternationale in London berufen. Vgl. Brigitte DORFER: *Die Lebensreise der Martha Tausk. Sozialdemokratie und Frauenrechte im Brennpunkt*, Innsbruck/Wien 2008.
- 11 Damit war zunächst aber weder die tatsächliche Anerkennung als vollwertige Staatsbürgerinnen noch eine stärkere Beteiligung am politischen Leben und an der Macht verbunden, dafür waren die Vorbehalte gegenüber politisch wirkenden Frauen zu groß. Somit stellte das Wahlrecht zwar einen wichtigen ersten Schritt, aber letztendlich doch nur eine von mehreren Komponenten auf dem Weg zur Gleichberechtigung dar. Bis zur tatsächlichen Erreichung dieser Gleichberechtigung und damit verbundenen folgenreichen und auch dauerhaften Veränderungen für die Frauen sollte es noch Jahrzehnte dauern. Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: *Geschichte der Frauen in der Steiermark*, 26.
- 12 Vgl. Doris FIKERMENT: *Die steirischen Arbeiterinnen in der Zwischenkriegszeit*. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2017, 21.
- 13 SCHMIDLECHNER et al.: *Geschichte der Frauen in der Steiermark*, 29.
- 14 Ebenda.
- 15 Ebenda.
- 16 Vgl. ebenda.
- 17 Vgl. ebenda, 29f. Die Grazer Gemeinderätinnen der Christlichsozialen Partei standen fast ausschließlich dem kirchlichen weiblichen Vereinswesen vor: Helene Kociancig war Bundespräsidentin des Katholischen Frauenbundes Einigkeit, welcher der KFO angeschlossen

- war, Josefine Puggl Leiterin der Ortsgruppe dieses Frauenbundes in der Pfarre Graz-St. Andrä und zudem im Caritasverband engagiert, Aloisia Ritter leitete die Pfarrgruppe der KFO in der Pfarre Graz-Kalvarienberg. Maria Krevets stand der wirtschaftlichen Sektion der KFO Steiermark vor. Vgl. ebenda, 270.
- 18 Vgl. ebenda, 30.
- 19 Vgl. ebenda, 268.
- 20 Vgl. Nina KOGLER: Für Kirche, Partei und „Vaterland“. Zur politischen und kirchlichen Organisation katholischer Frauen Österreichs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts am Beispiel von Frieda Mikola (1881–1958) (= Grazer Gender Studies, 12), Graz 2009.
- 21 Vgl. KOGLER: Für Kirche, Partei und „Vaterland“.
- 22 Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 30.
- 23 Karin M. SCHMIDLECHNER: Austrofaschistische Geschlechterpolitik und Frauenwiderstand in der Steiermark, in: Werner ANZENBERGER, Heimo HALBRAINER (Hgg.): „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014, 197–216, hier: 201.
- 24 Bereits im Mai 1933 wurde von Kanzler Engelbert Dollfuß innerhalb der Vaterländischen Front ein spezielles Frauenreferat eingerichtet. Im März 1935 wurden die Aufgaben des Frauenreferats der Vaterländischen Front neu formuliert. Um die Konkurrenzsituation mit den katholischen Frauenorganisationen zu eliminieren, welche zwar bereits 1933 geschlossen der Vaterländischen Front beigetreten waren, ihre Vereinstätigkeit jedoch fortgeführt hatten, sollten diese aufgelöst werden und ihre Mitglieder sich in die Vaterländische Front integrieren. Auch der Bund österreichischer Frauenvereine wurde in das Frauenreferat der Vaterländischen Front eingegliedert. Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 30f.
- 25 SCHMIDLECHNER: Austrofaschistische Geschlechterpolitik, 30.
- 26 SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 97.
- 27 Vgl. KOGLER: Für Kirche, Partei und „Vaterland“.
- 28 Vgl. Nina KOGLER: GeschlechterGeschichte der Katholischen Aktion im Austrofaschismus. Diskurse – Strukturen – Relationen, Wien/Berlin 2014, 452.
- 29 Vgl. KOGLER: GeschlechterGeschichte, 451.
- 30 Siehe: Karin M. SCHMIDLECHNER: Oral-History als Methode der Historischen Frauenforschung, in: Signale. Veröffentlichungen zur Historischen Frauenforschung, Graz 1994, 9–23.
- 31 SCHMIDLECHNER: Austrofaschistische Geschlechterpolitik, 201.
- 32 Vgl. Ute SONNLEITNER: Widerstand gegen den „Austro-Faschismus“ in der Steiermark 1933–1938, Graz 2012.
- 33 Ebenda, 119.
- 34 Vgl. ebenda.
- 35 Vgl. ebenda.
- 36 Vgl. Karin M. SCHMIDLECHNER: Frauen-Widerstand 1934 in Graz, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 44, Graz 2015, 167–180.
- 37 Vgl. Heidrun ZETTELBAUER: Antisemitismus und Deutschnationalismus. Von Prozessen der Ausdifferenzierung zu Strategien der Homogenisierung am Beispiel deutschnational-völkischer Frauenvereine, in: Heimo HALBRAINER, Gerald LAMPRECHT, Ursula MINDLER (Hgg.): NS-Herrschaft in der Steiermark. Positionen und Diskurse, Wien/Köln/Weimar 2012, S. 63–86, hier: 82.
- 38 Vgl. ebenda, 81f.; Hans-Peter WEINGAND, Markus WURZER: Innensichten und Außenblicke. Studentische NS-Aktivitäten in Graz und Leoben 1930–1938, in: ÖSTERREICHISCHE HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT (Hg.): Österreichische Hochschulen im 20. Jahrhundert. Austrofaschismus, Nationalsozialismus und die Folgen, Wien 2013, 54–84.
- 39 Herzlicher Dank geht hier an Markus Wurzer, der mit seinen Hinweisen und den zur Verfügung gestellten Recherchen zu den studentischen Aktivitäten in den Jahren 1933/34 eine große Hilfe war!
- 40 Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), BKA, ZGS, 1441-1442 Bundes-Polizeidirektion Graz, Abt. I. Zl. 481/17 Pos. Graz, am 15.11.1933. Betreff: Pol. Mass. gegen natsoz. u. komm. Betätigung; StLA, ZGS 133, Vorfällenheitsberichte November 1933. Information zur Verfügung gestellt von Markus Wurzer.
- 41 Vgl. StLA, ZGS 133, Vorfällenheitsberichte November 1933. Information zur Verfügung gestellt von Markus Wurzer.
- 42 Vgl. StLA, ZGS 134, Vorfällenheitsberichte September 1933; StLA, ZGS197, Bericht der

- Polizeidirektion Graz. Information zur Verfügung gestellt von Markus Wurzer.
- 43 Vgl. StLA, ZGS 44, pol Erhebungen D 1933/44. Information zur Verfügung gestellt von Markus Wurzer.
- 44 Vgl. SONNLEITNER: Widerstand, 88.
- 45 Vgl. ebenda, 119.
- 46 Vgl. SCHMIDLECHNER: Frauen-Widerstand, 174.
- 47 Vgl. ebenda, 174f.
- 48 Im Oktober 1944 wurde sie von der GESTAPO verhaftet und wegen ihrer Verbindung zu den Partisanen angeklagt, im Dezember dann in das Polizeigefängnis Rossauer Kaserne überstellt. Im Mai 1945 kehrte sie nach Graz zurück und wurde mit dem Organisationsaufbau der SPÖ in der Obersteiermark betraut, danach übernahm sie wieder das Frauenlandessekretariat. Matzner wurde 1950 steirische Landesrätin und war damit das erste weibliche Mitglied in einer Landesregierung nach 1945 in Österreich. Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 35.
- 49 Vgl. Ute SONNLEITNER: Widerstand gegen den (Austro-)Faschismus in der Steiermark 1933 bis 1938, in: Ingrid BÖHLER et al. (Hgg.): 7. Österreichischer Zeitgeschichtetag 2008. 1968 – Vorgeschichten – Folgen: Bestandsaufnahme der österreichischen Zeitgeschichte, Innsbruck/Wien/Bozen 2010, 866–874.
- 50 Vgl. den Beitrag von Reinhard Müller im vorliegenden Band.
- 51 Etliche Mitglieder der beiden Untergrundgruppen waren die treibenden Kräfte zur Wiederbelebung einer anarchistischen Bewegung in Graz nach dem Zweiten Weltkrieg: insbesondere Ottilie Leeb-Binder und Maria Leeb-Rader. Vgl. Reinhard MÜLLER in diesem Band.
- 52 Vgl. Ute SONNLEITNER: Der Grazer „Kreis in der Morellenfeldgasse“. (Theorien zu) Eliten des Widerstands und deren Entstehung, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 44, Graz 2015, 75–93.
- 53 Weiterhin künstlerisch und widerständig aktiv, fand sie auch in Wien rasch Eingang in Künstlerinnen- bzw. Künstlerkreise. Nach 1945 gelang ihr eine umfangreiche Karriere. Maria Biljan-Bilger gestaltete mehrere – internationale – Ausstellungen, war Mitbegründerin des ART-Club (1947) und ab Ende der 1970er-Jahre auch als Lehrende um die Weitergabe ihres Wissens bemüht. Sie starb 1997 in München.
- Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 362.
- 54 Ab Juni 1937 war sie unter dem Kampfnamen „Liselot“ bei den Internationalen Brigaden tätig und schloss sich der spanischen anarcho-syndikalistischen Bewegung an. Vgl. MÜLLER in diesem Band. Später war sie bei den jugoslawischen Partisanen. Vgl. Ute SONNLEITNER: Goldy Parin-Matthéy – Vergessene Heldin?, in: Karin M. SCHMIDLECHNER (Hg.): Aus dem Blickfeld. Eine biographische Annäherung an ambivalente Lebensszenarien steirischer Frauen in der Kriegs- und Nachkriegszeit (1939–1955), Graz 2008, 194–224.
- 55 Vgl. SONNLEITNER: Goldy Parin-Matthéy, 205.
- 56 Vgl. SCHMIDLECHNER, Die neue Frau, 90. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Frauen, speziell die aus den unteren Schichten, schon längst an Lohnarbeit gewöhnt waren. Vor Beginn der Kämpfe betrug der Anteil von Frauenarbeit in den westlichen Ländern zwischen 25% und 36%, eine Zahl, die sich nach dem Krieg nicht wesentlich veränderte.
- 57 Vgl. SCHMIDLECHNER: Die neue Frau, 90.
- 58 Generell stieg der Anteil der Frauenarbeit in der Steiermark von 16,5% im letzten Vorkriegsjahr auf 16,9% im Jahre 1914, auf fast 22% im Jahr 1915, auf 24,4% im Jahre 1916 und 26,8% im Jahr 1917. U. a. wegen der Rückkehr der Heimkehrer sank er im letzten Kriegsjahr, blieb aber mit 23% noch immer deutlich über dem Vorkriegswert. Vgl. Karin M. SCHMIDLECHNER: Steirische Arbeiterinnen in der Kriegs- und Nachkriegszeit [in Druck].
- 59 Healy weist darauf hin, dass es allerdings nicht die „Ordnung“, sondern vielmehr das Element der Gewalt war, welches die heimkehrenden Soldaten in die Familien brachten. Gewalt gehörte zu den Charakteristika der Zwischenkriegszeit in Österreich, wobei sie nicht nur ein Produkt der Frontkämpfermentalität war, sondern auch der Erfahrungen von Frauen und Kindern an der „Heimatfront“. Beide Prägungen zusammen drückten der spezifischen politischen und gesellschaftlichen Kultur der Zwischenkriegszeit ihren Stempel auf. Vgl. HEALY: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire, 258–299.
- 60 SCHMIDLECHNER: Die neue Frau, 93.
- 61 Vgl. ebenda, 91.
- 62 Vgl. ebenda, 95.

- 63 Vgl. ebenda, 93.
- 64 Vgl. Sigrid AUGENEDER: Arbeiterinnen im Ersten Weltkrieg. Lebens- und Arbeitsbedingungen proletarischer Frauen in Österreich, Wien 1987, 32–36.
- 65 Bolognese-Leuchtenmüller konstatiert einen Zuwachs von etwa 1%. Birgit BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER: „Der Zwang zur Freiwilligkeit“. Zur Ideologisierung der „Frauenwerbsfrage“ durch Politik, Wissenschaft und öffentliche Meinung, in: Birgit BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER, Michael MITTERAUER (Hgg.): Frauen-Arbeitswelten. Zur historischen Genese gegenwärtiger Probleme (= Beiträge zur historischen Sozialkunde, Beiheft 3/1993), Wien 1993, 169–190.
- 66 Dazu gehörten die chemische Industrie, die Verkehrsbetriebe, die Maschinenbauindustrie. Vgl. BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER: Der Zwang zur Freiwilligkeit, 169–190.
- 67 Im Geld- und Kreditwesen, im Handel und Verkehr. Vgl. ebenda, 173.
- 68 Wie etwa die Textilindustrie, das Gesundheitswesen, Reinigung und Körperpflege, Erziehung und Gastgewerbe. Vgl. ebenda.
- 69 Hauptmerkmal der Entwicklung der Erwerbsstruktur der Frauen ist ein mehrfacher Umschichtungsprozess. Bis zur Jahrhundertwende arbeiteten etwa 75% der Frauen in der Land- und Forstwirtschaft. Bis 1910 ergab sich ein Anstieg des Anteils an den Handels- und Verkehrsberufen um etwa 7% und im öffentlichen Dienst und den freien Berufen um etwa 8%. Vgl. ebenda.
- 70 Auf 38%. Vgl. ebenda, 172. Im Jahre 1925 gab es in der steirischen Industrie 5.037 Betriebsstätten, in denen 76.367 Arbeiter und 10.058 Arbeiterinnen, das entspricht einem Anteil von nur 12%, das war der niedrigste Wert nach Salzburg mit 10%, beschäftigt waren. Dass sich die wirtschaftliche Lage der steirischen Frauen gravierend verschlechtert hatte, war auch daran zu sehen, dass ihre Arbeitslosigkeit stärker gestiegen war als jene der Männer. Vgl. Robert HINTEREGGER, Karin M. SCHMIDLECHNER, Eduard STAUDINGER (Hgg.): Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938). Katalog zur Wanderausstellung „Für Freiheit, Arbeit und Recht“ vom 13. Jänner bis 30. November 1984 in allen steirischen Bezirken, Graz 1984, 109.
- 71 Vgl. FIKERMENT: Arbeiterinnen, 61f.
- 72 Ebenda, 62f.
- 73 Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 158.
- 74 Mit einer von Vizekanzler Fey vorgenommenen Erweiterung wurden auch erwerbstätige, im Familienverband lebende Töchter als Doppelverdienerinnen bezeichnet, wenn sie berufstätig waren. Vgl. SCHMIDLECHNER, Austrofaschistische Geschlechterpolitik, 202f.
- 75 Ohne Zweifel stellte sich hier die Situation von Frauen aus den unteren Schichten als besonders problematisch dar.
- 76 Hier sind vor allem kleinere religiöse Gemeinschaften, die sich in den 1920er-Jahren in Graz ansiedelten, zu nennen. Dazu gehörten u. a. die Servitinnen im Gesellenvereinshaus in der Adolf-Kolping-Gasse, die Trösterinnen der Armen Seelen (Helferinnen) in der Leechgasse (1922/1926), die Krankenpflegeschwestern der hl. Katharina von Siena in Graz für die Privatkrankenpflege (1928) und die Barmherzigen Schwestern des Deutschen Ordens in Graz (1930). Anfang 1928 übernahmen Schwestern von der Caritas Socialis die Fürsorge für straffällig gewordene Jugendliche, die in das Jugendheim der Grazer Polizei in der Paulustorgasse vom Landes- bzw. Jugendgericht eingewiesen wurden. Auch führten sie eine Unterkunftsstelle für vorübergehend obdachlose Jugendliche oder von zu Hause ausgerissene Kinder. Seit Beginn der Zwischenkriegszeit lassen sich in Graz im Tätigkeitsbereich der evangelischen Kirche auch Diakonissen nachweisen. Die Diakonissen waren u. a. in der Gemeindepflege in der Heilandskirche und in der Kreuzkirche sowie in der Krankenpflege im Evangelischen Pflegeheim in der Bergstraße 1 tätig. 1919 wurde das Evangelische Diakonissenhaus für alte und gebrechliche Menschen – es befand sich zunächst in der Wienerstraße 178–180 – gegründet. Das Mutterhaus konnte zunächst sogar ein Mädchenpensionat und das Evangelische Töchterheim in Graz-Waltendorf, Ruckerlbergstraße 10, errichten. Ein 1931 gegründeter Verein „Evangelisches Diakonissenhaus“ in Graz hatte den Zweck, das Diakonissenhaus und die von Diakonissen betreuten Anstalten zu erhalten. Jenes bildete die Diakonissen für die Kranken- und Armenpflege sowie für die Bereiche der evangelischen Fürsorgetätigkeit aus. Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 263–265.

- 77 SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 24.
- 78 Vgl. ebenda, 24f.
- 79 Franz Christian WEBER: „Wir wollen nicht hilflos zu Grunde gehen!“ Zur Ernährungskrise der Steiermark im Ersten Weltkrieg und ihren politisch-sozialen Auswirkungen, in: Blätter für Heimatkunde, 74, Graz 2000, 96–131, hier: 117.
- 80 Ebenda.
- 81 Ebenda.
- 82 Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 25.
- 83 Vgl. ebenda, 26.
- 84 Vgl. ebenda, 25.
- 85 Vgl. Nicole-Melanie GOLL: Ein Rückblick auf die 100-jährige Geschichte des Amtes für Jugend und Familie, Graz 2017, 36.
- 86 Vgl. Heidemarie UHL: Geschichte der steirischen Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Ersten Republik, Wien/Zürich 1991, 112f.
- 87 1920 initiierten das Gemeinderatspräsidium, das Stadtschulamt und das städtische Jugendamt eine „Grazer Kinderwoche“ zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien. Vgl. GOLL: Ein Rückblick, 36.
- 88 Auch eine eigene Schulzahnklinik wurde eingerichtet. Vgl. ebenda, 19 und 40.
- 89 Vgl. ebenda, 32f.
- 90 Vgl. ebenda, 32 und 42.
- 91 Vgl. UHL: Geschichte der steirischen Arbeiterkammer, 112f.
- 92 Vgl. GOLL: Ein Rückblick, 43f.
- 93 Im Schuljahr 1933/34 gab es in der Steiermark 20 Gymnasien, davon 14 in Graz. In diesen Gymnasien wurden 6.085 Schülerinnen und Schüler von 331 Lehrkräften unterrichtet. Vgl. Walter GROSSHAUPT: „Unser Vaterland heißt Österreich. Wir haben es lieb.“ Steirische Mittelschulen im Schuljahr 1933/34, in: Werner ANZENBERGER, Heimo HALBRÄINER (Hgg.): „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“. Die Steiermark im Austrofaschismus, Graz 2014, 145–172, hier: 147.
- 94 Vgl. SCHMIDLECHNER, Geschichte der Frauen in der Steiermark, 263.
- 95 Vgl. ebenda, 271.
- 96 Vgl. Heidrun ZETTELBAUER: Lauter Weiber im Hörsaal ... Studentinnenalltag in Graz 1918 bis 1938 (= Grazer Gender Studies, 4), Graz 1998, 57; Markus WURZER: Die Grazer Studentenschaft im Studienjahr 1933/34. Eine quantifizierende Untersuchung, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 44, Graz 2015, 95–119, hier: 102.
- 97 Vgl. ZETTELBAUER: Studentinnenalltag, 83.
- 98 Außer diesen stammten Studentinnen in Graz v. a. aus Istrien und Kärnten sowie Böhmen, Niederösterreich und Ungarn. Vgl. ZETTELBAUER: Studentinnenalltag, 73.
- 99 Vgl. ebenda, 80.
- 100 Vgl. ebenda, 128.
- 101 Emma Trude Lang wurde 1915 in Graz als Tochter des späteren Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde geboren, besuchte die Evangelische Volksschule am Kaiser-Josef-Platz und studierte nach dem Gymnasium Geschichte an der Karl-Franzens-Universität. Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 273. Sowie: Victoria KUMAR: Trude Philippsohn-Lang: Abscheu und Empörung muss ich noch heute überwinden, wenn ich zurück nach Österreich komme, in: Victoria KUMAR: In Graz und andernorts. Lebenswege und Erinnerungen vertriebener Jüdinnen und Juden, Graz 2013, 121–124, hier: 121.
- 102 Vgl. ZETTELBAUER: Antisemitismus und Deutschnationalismus, 68; WURZER: Die Grazer Studentenschaft im Studienjahr 1933/34.
- 103 Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 128.
- 104 Siehe im Einzelnen dazu: Alois KERNBAUER, Karin LIENHART-SCHMIDLECHNER (Hgg.): Frauenstudium und Frauenkarrieren an der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz, 33), Graz 1997.
- 105 Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 133f.
- 106 Vgl. ebenda, 134.
- 107 Vgl. zu Dora Boerner-Patzelt: Alois KERNBAUER: Dora Boerner-Patzelt. Die erste Dozentin an der Medizinischen Fakultät, in: Alois KERNBAUER, Karin LIENHART-SCHMIDLECHNER (Hgg.): Frauenstudium und Frauenkarrieren an der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz, 33), Graz 1997, 254–259.
- 108 „Doppelverdienergesetz“.
- 109 Vgl. Alois KERNBAUER: Frauen an der Reichsuniversität Graz 1938–1945, in: His-

- torisches Jahrbuch der Stadt Graz, 47, Graz 2017, 201–228, hier: 215.
- 110 Vgl. Klaus HÖLLBACHER: Angelika Szekely, die erste Dozentin der Physik an der Karl-Franzens-Universität Graz, in: Alois KERNBAUER, Karin LIENHART-SCHMIDLECHNER (Hgg.): Frauenstudium und Frauenkarrieren an der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz, 33), Graz 1997, 248–253.
- 111 Sie hatte sich in all den Jahren in keiner Weise politisch betätigt und gehörte keinem einzigen Verein an. Im Nationalsozialismus wurde ihre Lehrbefugnis bestätigt, im Studienjahr 1941/42 stellte man erfolgreich den Antrag, sie zur außerplanmäßigen Professorin zu ernennen und begründete dies ausschließlich mit ihrer wissenschaftlichen Qualifikation. Sie genoss offensichtlich das Vertrauen des in der NSDAP fest verankerten Institutsvorstands Erich Rumpf. Vgl. KERNBAUER: Frauen an der Reichsuniversität Graz, 210.
- 112 Vgl. ebenda, 203.
- 113 Vgl. ebenda.
- 114 Vgl. ebenda, 204f.
- 115 Vgl. ebenda, 205.
- 116 Siehe den Beitrag von Andreas Golob in diesem Band.
- 117 Ein guter Überblick über das Angebot in der Steiermark findet sich bei UHL: Geschichte der steirischen Arbeiterkammer, 162–199.
- 118 Vgl. ebenda, 173.
- 119 Vgl. ebenda, 194. Das Jahrbuch 1928 nennt folgende Vorträge: Neschy Fischer: Emile Zola; Martha Tausk: Russische Dichtung; Edgar Alker: Karl Kraus; Alexander Stern: Jack London, Frans Masereel; Dr. Leifhelm: Soziale Lyrik; Habiger-Zwoelfboth: Peter Altenburg; Dr. Bruno Ertler: Faust; Ernst Fischer: Ferdinand Lassalle. Vgl. ebenda, 198.
- 120 Vgl. ebenda, 173 und 194.
- 121 Vgl. ebenda, 194.
- 122 Vgl. ebenda, 175.
- 123 Vgl. ebenda, 194f.
- 124 Vgl. ebenda, 182f.
- 125 Vgl. HEALY: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire, 258–299.
- 126 Vgl. SCHMIDLECHNER: Austrofaschistische Geschlechterpolitik, 198–200.
- 127 Vgl. Anita ZIEGERHOFER: „Xanthipen, Schmutzlieschen, Zitron-Eulalien“ Österreichs Frauen im Kampf gegen den Alkoholismus im 19./20. Jahrhundert, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 47, Graz 2017, 185–200, hier: 191.
- 128 Vgl. ebenda.
- 129 Vgl. ebenda.
- 130 Vgl. UHL: Geschichte der steirischen Arbeiterkammer, 194.
- 131 Vgl. Brigitte RATH: Entrüstung. Sexualität und Prostitution in Graz an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch der Stadt Graz, 26, Graz 1996, 105–126.
- 132 Vgl. ebenda, 122.
- 133 Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 211.
- 134 Vgl. KOGLER: Für Kirche, Partei und „Vaterland“.
- 135 Vgl. Hans-Peter WEINGAND: „Einer feindlich gesinnten Majorität entgegnetreten“. Homosexuellen-Bewegung in der Steiermark, in: Maria FROIHOFFER, Elke MURLASITS, Eva TAXACHER (Hgg.): L[í]eben und Begehren zwischen Geschlecht und Identität, Wien 2010, 66–83, hier: 72f.
- 136 Vgl. ebenda.
- 137 Vgl. ebenda.
- 138 Vgl. Erich GRIESSLER: „Policy Learning“ im österreichischen Abtreibungskonflikt. Die SPÖ auf dem Weg zur Fristenlösung, Wien 2006, 17.
- 139 Vgl. HINTEREGGER, SCHMIDLECHNER, STAUDINGER: Für Freiheit, Arbeit und Recht, 144.
- 140 Vgl. GRIESSLER: Policy Learning, 19.
- 141 Vgl. Lukas PLETZ: Der ‚Fall Schmerz‘ im Kontext des Verhütungsdiskurses der Zwischenkriegszeit. Freiwillige Sterilisationsoperationen im Spannungsfeld zwischen biopolitischen Machtvorstellungen und individuellem Freiheitsstreben. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2014, 149.
- 142 Siehe den Beitrag von Reinhard Müller in diesem Band.
- 143 Vgl. PLETZ: Der ‚Fall Schmerz‘, 148f.
- 144 Vgl. SCHMIDLECHNER: Austrofaschistische Geschlechterpolitik, 201.
- 145 Vgl. ebenda.
- 146 Vgl. GROSSHAUPT: „Unser Vaterland heißt Österreich“, 157.
- 147 Vgl. SCHMIDLECHNER: Austrofaschistische Geschlechterpolitik, 201.
- 148 Die Kurse standen unter der Leitung des Volksbildungshauses St. Martin und wurden

- durchwegs von Lehrkräften dieses Instituts durchgeführt. Vgl. UHL: Geschichte der steirischen Arbeiterkammer, 197.
- 149 Vgl. SCHMIDLECHNER: Austrofaschistische Geschlechterpolitik, 201.
- 150 Vgl. ebenda, 203.
- 151 Vgl. ebenda, 203.
- 152 Vgl. Irene BANDHAUER-SCHÖFFMANN: Gottgewollte Geschlechterdifferenzen, in: Brigitte LEHMANN (Hg.): Dass die Frau zur Frau erzogen wird. Frauenpolitik und Ständestaat, Wien 2008, 15–61, hier: 15.
- 153 Vgl. Ernst HANISCH: Traditionelle Männlichkeitsrollen im „Austrofaschismus“, in: Ilse REITER-ZATLOUKAL (Hg.): Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime, Wien/Köln/Weimar 2012, 220–226, hier: 220–222.
- 154 Vgl. ebenda.
- 155 Vgl. ebenda.
- 156 Vgl. KOGLER: GeschlechterGeschichte, 191–194.
- 157 Vgl. ebenda.
- 158 Vgl. ZETTELBAUER: Antisemitismus und Deutschnationalismus.
- 159 Vgl. Edith Basch, geboren 1924 in Graz: „Für mich existierte der Antisemitismus auch insofern, dass 95 Prozent der jüdischen Bevölkerung nur mit anderen Juden in Kontakt waren. Ich hatte nie nichtjüdische Freunde. In Graz gab es Kaffeehäuser, in welche nur Juden gingen, und welche, die nur von Nichtjuden besucht wurden. Das war nicht vorgeschrieben, man konnte schon in die anderen gehen, tat es aber einfach nicht. Ich würde sagen, wir lebten fast wie in einem Ghetto.“ Blasch flüchtete im Februar 1939 mit einem „Kindertransport“ nach England und konnte so der Deportation entkommen. Victoria KUMAR: Edith Basch: Ich würde sagen, wir lebten fast wie in einem Ghetto, in: Victoria KUMAR: In Graz und andernorts. Lebenswege und Erinnerungen vertriebener Jüdinnen und Juden, Graz 2013, 17–20, hier: 17.
- 160 Vgl. GROSSHAUPT: Unser Vaterland heißt Österreich, 146.
- 161 Vgl. ebenda.
- 162 Ebenda.
- 163 Vielleicht aber auch, weil Frauen in Führungspositionen unerwünscht waren.
- 164 GROSSHAUPT: Unser Vaterland heißt Österreich, 153.
- 165 Vgl. SCHMIDLECHNER: Die neue Frau, 100.
- 166 Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 212.
- 167 Vgl. ebenda, 213.
- 168 Sport-Tagblatt, 23.7.1924, 1.
- 169 Beide Wettkämpfe wurden nachträglich als Weltmeisterschaften anerkannt. Für die Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen war sie – wie so viele andere österreichische Athleten – als „Skilehrerin“ und damit als Profi nicht startberechtigt. Siehe den Beitrag von IBER/KNOLL in diesem Band.
- 170 Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 353–369.
- 171 Über zahlreiche Stationen führte sie ihr Weg nach 1945 zurück nach Graz, wo sie für die Firma Humanic arbeitete. In ihrem Aufgabenbereich lag die Verantwortung über eine Werbelinie, ebenso die Sammlung und Dokumentation von Schuhen aus aller Welt – das Bestehen des Grazer Schuhmuseums ist auf das Wirken Lorle Schinnerer-Kamlers zurückzuführen. Trotz des außergewöhnlichen Verlaufs ihrer Lebensgeschichte blieb Kamler in ihrem Habitus bis in das hohe Alter einer adelig-großbürgerlichen Norm verhaftet. Vgl. ebenda, 363.
- 172 Vgl. ebenda, 365.
- 173 Vgl. ebenda, 359.
- 174 Vgl. ebenda, 360.
- 175 Vgl. ebenda, 369.
- 176 Zu den Grazer bürgerlichen Frauengruppen zählten u. a. der Katholische Frauenbund Einigkeit, der Katholische Frauenverein der werktätigen christlichen Liebe, der Frauenverein der Pfarre St. Andrä in Graz, die Damenkongregation Immaculata im Sacré Cœur, die Lehrerinnenkongregation in Eggenberg bei Graz und der Christliche Mütterverein an der Leechkirche. Unter Paula Morsey entwickelte sich die KFO in der Zwischenkriegszeit zur größten katholischen Laienorganisation. Vgl. ebenda, 266.
- 177 Vgl. ebenda.
- 178 Er umfasste 1937 steiermarkweit 287 Vereine mit fast 20.000 Mitgliedern.
- 179 Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 266.
- 180 Vgl. ebenda, 267.
- 181 Vgl. ebenda.
- 182 Vgl. ebenda, 268.

- 183 Vgl. ebenda, 266f.
- 184 Vgl. ZETTELBAUER: Antisemitismus und Deutschnationalismus, 73.
- 185 1925 kam es zur Fusion des Deutschen Schulvereins mit dem Verein Südmark. Der Verein wurde zu einem Motor der Anschlussbewegung. Unter seinem Deckmantel konnte sich der Nationalsozialismus weiter ungestört entfalten und obwohl er seit dem Verbot der NSDAP immer wieder in Konflikt mit dem Dollfuß-Regime geriet, konnten seine Tätigkeiten weiterhin fortgeführt werden. Vgl. ebenda, 73f.
- 186 1906 kam es auch zur Gründung des bürgerlichen Kontoristinnen-Vereins, dessen Protagonistinnen die Interessen von weiblichen Angestellten zum Ziel hatten. Das Vereinslokal befand sich in der Färbergasse 11. Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 22.
- 187 Vgl. ZETTELBAUER: Antisemitismus und Deutschnationalismus, 78f.
- 188 Darunter das 1924 errichtete in der Goethestraße 11, ein Mädcheninstitut des Deutschen Frauenbundes, und das sogenannte Südmarkheim in der Schießstattgasse 42. Vgl. ebenda, 83.
- 189 Vgl. zu Karoline (Lina) Kreuter-Gallé Heidrun ZETTELBAUER: „Die Liebe sei Euer Heldentum“. Geschlecht und Nation in völkischen Vereinen der Habsburgermonarchie, Frankfurt am Main/New York 2005, 436–453; zu Helene von Fleischacker ebenda, 173; zu Berta Schreiner-Freg SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 29; zu Ada Fizia ZETTELBAUER: „Die Liebe sei Euer Heldentum“, 134f. und 172; zu Ida Maria Deschmann ebenda, 422–430 sowie besonders zur ihrem „nationalen Erwachen“ Heidrun ZETTELBAUER: Das nationale Erweckungserlebnis Ida Maria Deschmanns, geschildert im Jahre 1919, in: Margit FRANZ (Hg.): Zeitgeschichte im Diskurs. Wien u. a. 2008, 203–242.
- 190 Vgl. ZETTELBAUER: Antisemitismus und Deutschnationalismus, 63, sowie ZETTELBAUER: „Die Liebe sei Euer Heldentum“, 436 und 440.
- 191 Vgl. ZETTELBAUER: Antisemitismus und Deutschnationalismus, 79.
- 192 Viele dieser Frauen machten ab 1938 Karriere im Nationalsozialismus bzw. wurden zu einer neuen Zielgruppe für manche völkische Vereine, die sich nach 1945 wieder konstituierten. Hier ist vor allem der Verein Südmark zu nennen, der 1951/52 als Alpenländischer Kulturverband Südmark wieder begründet wurde und offensiv Mitglieder unter ehemaligen Nationalsozialistinnen geworben hatte. Vgl. ebenda, 85f.
- 193 Vgl. ebenda, 81f.
- 194 Seit 1911 unterrichtete sie als Supplentin am städtischen Mädchengymnasium in Graz und wurde 1922 als Professorin in den Staatsdienst übernommen. Von der Schulleitung dazu angeregt, nahm sie in den Jahren 1916–18 das Studium der klassischen Philologie auf, das sie 1918 mit der Lehramtsprüfung abschloss. In all den folgenden Jahren forschte sie als Historikerin neben ihrem Hauptberuf als Gymnasialprofessorin. Vgl. Walter HÖFLECHNER: Mathilde Uhlirz, in: Alois KERNBAUER, Karin LIENHART-SCHMIDLECHNER (Hgg.): Frauenstudium und Frauenkarrieren an der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz, 33), Graz 1997, 196–209, hier: 196f.
- 195 Ihre politische Zuverlässigkeit beschleunigte ihre Akzeptanz als Wissenschaftlerin an der Universität Graz nach dem „Anschluss“ trotz der noch immer bestehenden bzw. der NS-Geschlechterpolitik entsprechenden Widerstände gegen Frauen an der Universität. 1939 wurde sie zum „außerplanmäßigen Professor“ ernannt. Als Ende 1944 der Schul- und Lehrbetrieb an der Grazer Universität eingestellt wurde, war Uhlirz auf dem Gebiet der NS-Agitation und Propaganda tätig und hielt etliche Vorträge an der Front. In der letzten Phase des Krieges arbeitete sie als Rot-Kreuz-Schwester im Wehrmachtseinsatz. Vgl. SCHMIDLECHNER et al.: Geschichte der Frauen in der Steiermark, 36.
- 196 Vgl. ebenda, 36.
- 197 Vgl. ebenda, 22f.
- 198 Ordentliche Vereinsmitglieder konnten nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter werden. Dieser Verein hatte 1926 2.283, 1927 2.000, 1929 1.897, 1930 1.839 und 1931 1.546 Mitglieder. Siehe den Beitrag von Ute SONNLEITNER im vorliegenden Band.
- 199 Der höchste Mitgliederstand in der Steiermark war 1927 mit 6.128 Mitgliedern gegeben. Vgl. HINTEREGGER, SCHMID-

- LECHNER, STAUDINGER: Für Freiheit, Arbeit und Recht, 142f.
- 200 Vgl. den Beitrag von Reinhard MÜLLER in diesem Band sowie Reinhard MÜLLER: Der aufrechte Gang am Rande der Geschichte. Anarchisten in der Steiermark zwischen 1918 und 1934, in: R[obert] HINTEREGGER, Karl MÜLLER, Eduard STAUDINGER (Hgg.): Auf dem Weg in die Freiheit (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte), Graz 1984, 163–195, hier: 167–182 und 184–186.
- 201 Vgl. ebenda.
- 202 Vgl. ebenda.
- 203 Vgl. Heimo HALBRAINER: „Keine ausschließliche Turn- und Sportbewegung“. Jüdischer Sport in der Steiermark am Beispiel des Jüdischen Turnvereins ‚Makkabi‘ und der Hakoah, in: Gerald LAMPRECHT (Hg.): Jüdisches Leben in der Steiermark. Marginalisierung – Auslöschung – Annäherung, Innsbruck u. a. 2004, 171–190, hier: 175.
- 204 Mündliche Mitteilung von Gerald Lamprecht.



## Religiöse Beziehungen in Graz 1918–1938

Die Jahre zwischen dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie und der ihm folgenden Ausrufung der Republik Österreich am 11. November 1918, dem Ende der Republik und der Gründung des austrofaschistischen „Ständestaates“ und dem von vielen Menschen umjubelten „Anschluss“ an das nationalsozialistische Deutschland, waren auch in Graz keine des Friedens. Permanente politische, soziale und ökonomische Krisen bestimmten das Leben der Menschen, ausgehend von den traumatischen Kriegserlebnissen auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben radikalisierte sich die Gesellschaft zunehmend. Radikaler Deutschnationalismus, Antisemitismus, Rassismus, Antislawismus und Militarismus waren integraler Bestandteil des Alltagslebens und der politischen Kultur. Ausgehend davon wird in diesem Beitrag danach gefragt, inwieweit Religionsgemeinschaften, wie sie vom Staat definiert wurden, für diese Krisen mitverantwortlich waren und – *vice versa* – auf welche Art und Weise diese Krisen wiederum die Religionsgemeinschaften selbst und die Beziehungen untereinander beeinflussten. Es geht somit um Fragen nach den Beziehungen, dem Verhältnis der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und ihrer Vertreter untereinander sowie zu Staat und Politik ebenso wie dem Wandel der Religionsgemeinschaften und ihrer organisatorischen Verfasstheit und dem religiösen Vereinswesen. Untersucht werden dabei die römisch-katholische und die evangelische Kirche sowie die kleine jüdische Gemeinde, wobei vorab festzuhalten ist, dass es eine Reihe von Interaktionen gab und alle drei Gemeinschaften von den allgemeinen ökonomischen und politischen Krisen der Zeit ebenso betroffen waren wie von den sich verstärkenden Tendenzen der Säkularisierung und des Indifferentismus.

Sichtbar wird das unter anderem in der Entwicklung der Mitgliederzahlen. Waren in der Steiermark bei der Volkszählung von 1910 97,3 Prozent der Menschen römisch-katholisch, 2,1 Prozent evangelisch, 0,1 Prozent altkatholisch, 0,3 Prozent israelitisch und 0 Prozent konfessionslos, so wandelte sich diese Verteilung über den Systembruch von 1918 bis ins Jahr 1934. Der Anteil der Katholiken sank auf 94,7 Prozent, jener der Evangelischen stieg auf 3,9 Prozent und nur je 0,2 Prozent der steirischen Bevölke-

rung gaben an, jüdisch oder altkatholisch zu sein.<sup>1</sup> Erhebliche Unterschiede zu dieser Entwicklung der ganzen Steiermark lassen sich für Graz feststellen. 1910 betrug der Anteil der Katholiken in Graz 93 Prozent, jener der Evangelischen 4,5 Prozent und der Anteil der Jüdinnen und Juden an der Stadtbevölkerung lag bei 1,3 Prozent. Als konfessionslos wurden 180 Personen geführt.<sup>2</sup> Mit dem Ende der Monarchie und den neuen Möglichkeiten der Republik wandelte sich diese Verteilung bis ins Jahr 1934 erheblich. Bei der Volkszählung gaben nur noch 88,6 Prozent an, katholisch zu sein, während der Prozentsatz der Evangelischen auf 7,3 Prozent anstieg. 0,7 Prozent waren altkatholisch und 1,1 Prozent jüdisch. Die Zahl der Konfessionslosen stieg auf 1,8 Prozent der Stadtbevölkerung an, was durchaus als Indiz einer Säkularisierung unter den neuen Rahmenbedingungen der Republik angesehen werden kann.<sup>3</sup> Eine weitere Verschiebung gab es schließlich durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten. In der Volkszählung vom Mai 1939 gaben in Groß-Graz mit seinen 204.779 Einwohnerinnen und Einwohnern lediglich 77,5 Prozent an, katholisch zu sein. 7,5 Prozent waren protestantisch und 2,2 Prozent gehörten einer anderen Religionsgemeinschaft an. Als neue Gruppe wurde 1939 jene der „Gottgläubigen“ gezählt, worunter man jene verstehen kann, die aufgrund ihrer nationalsozialistischen Gesinnung aus einer christlichen Kirche ausgetreten waren, sich jedoch weiterhin gläubig fühlten. Immerhin waren 12,7 Prozent der Stadtbevölkerung 1939 sogenannte „Gottgläubige“. Rund 1 Prozent der Stadtbevölkerung wurde unter „Sonstige“ verzeichnet, worunter man auch die Konfessionslosen sehen kann.<sup>4</sup>

Jüdinnen und Juden wurden 1939 ebenfalls gezählt, doch war die Ausgangsbasis nicht mehr das eigene Bekenntnis und die selbstgewählte Zugehörigkeit zum Judentum. Die Nationalsozialisten erfassten die Menschen auf Basis der rassistischen Nürnberger Rassengesetze und somit entlang der Abstammung. Nachdem viele Jüdinnen und Juden 1938 und Anfang 1939 bereits aus Graz fliehen mussten/konnten, wurden im Mai 1939 auf Basis der Nürnberger Rassengesetze noch 442 „Juden“, 227 „Mischlinge 1. Grades“ und 176 „Mischlinge 2. Grades“ gezählt. Von diesen waren laut der Volkszählungsstatistik 310 sogenannte „Glaubensjuden“, was bedeutet, dass sie sich selbst als „jüdisch“ verstanden.<sup>5</sup>

## **Der Umbruch 1918 – neue/alte Wege**

Auch für die Religionsgemeinschaften stellte der Untergang der österreichischen Donaumonarchie eine Zäsur dar, wobei es je unterschiedliche Reaktionen ebenso wie Herausforderungen für die einzelnen Gruppierungen gab.

## Katholische Kirche

Die Landeshauptstadt Graz ist seit der Diözesanregulierung des Jahres 1786 offizieller Amts- und Wohnsitz der Bischöfe von (Graz-)Seckau und die Ägidiuskirche Kathedrale mit einem eigenen Domkapitel und einer Dompfarre.<sup>6</sup> Unterstand die Dompfarre direkt dem Bischof, wurden die restlichen Grazer Pfarren in ein Stadtdekanat Graz und Landdekanat Graz gegliedert. Zum Stadtdekanat gehörten 1919: die Propstei- und Stadtpfarre zum heiligen Blut, Franziskanerpfarre Mariä Himmelfahrt sowie die Pfarren St. Andrä, Graben, Heiligster Erlöser im Landeskrankenhaus, Herz Jesu, St. Josef, Kalvarienberg, Karlau, St. Leonhard, Mariahilf, Münzgraben und Unbefleckte Empfängnis im Krankenhaus der Stadt Graz. Dazu kamen noch die Seelsorgestellten Stationskaplanei Mariagrün, die Kuratbenefizien im Elisabethinen- und im Ursulinenkloster, das Benefizium bei der Leechkirche und die Seelsorgestation in der Männerstrafanstalt Karlau. Die Pfarren Mariatrost, St. Veit, St. Peter, Fernitz, Kumberg und St. Radegund gehörten hingegen zum Landdekanat Graz.

Trotz oder gerade wegen der prozentuell abnehmenden Zahl an bekennenden Katholiken wurden in der Zwischenkriegszeit in Graz mehrere neue Pfarren gegründet. So kamen 1932 die beiden Pfarren in Eggersdorf und Algersdorf und 1936 die Pfarre in Don Bosco zum Stadtdekanat Graz. Des Weiteren wurden 1940 die Pfarre Gekreuzigter Heiland am Zentralfriedhof sowie 1941 die Stationskaplanei Messendorf gegründet.

Die nachfolgenden Betrachtungen konzentrieren sich jedoch im Wesentlichen auf die Rolle der Diözesanbischöfe auf angesprochene Fragestellungen aus einer diözesanweiten Perspektive.<sup>7</sup> In der Diözese (Graz-)Seckau<sup>8</sup> verkündete der bereits 76-jährige Fürstbischof Leopold Schuster in seinen Weisungen an den Klerus vom 12. November 1918 sowie im Weihnachtshirtenbrief von 1918 an die Gläubigen des Bistums seine Haltung:

„Über Nacht ist Österreich kaiserlos geworden und die mehrhundertjährige Habsburger Monarchie gleicht einer Trümmerstatt, aus der sich verschiedene Neugebilde zu erheben suchen. [...] In dieser Zeit der allgemeinen Trauer und Verwirrung feiert gewöhnlich der Umsturz seine Triumphe, und da ist es für die gewöhnlichen Staatsbürger oft schwer, zu beurteilen, was von den alten Einrichtungen noch weiter zu erhalten und was zu beseitigen sei. Da muß nun der einheimische Seelsorger als Lehrer der ewigen Wahrheiten und der christlichen Grundsätze der berufene Berater, Tröster und Führer des Volkes sein.“<sup>9</sup>

Die Priester sollten, noch den Zusammenbruch des russischen Zarenreiches vor Augen, vor allem zur Beruhigung beitragen: „Zunächst müssen die Kräfte gegen die drohende Anarchie und Bolschewikenherrschaft gesammelt sein, die Zeit zur Begleichung der Gegensätze in sozialen, konfessionellen und politischen Fragen wird später wahrzunehmen sein.“<sup>10</sup>

Diese Haltung spiegelt auch die Position wider, welche in der ersten Bischofskonferenz nach dem Ende der Monarchie am 26. November 1918 vorherrschte.<sup>11</sup> Unter

dem Vorsitz des einzigen verbliebenen Kardinals Österreichs, des Wiener Erzbischofs Friedrich Piffl, rang man sich die Entscheidung ab, die Republik als rechtmäßig anzuerkennen. Im Zentrum der bischöflichen Beratungen standen die politischen Entwicklungen im Staat. Der doch eindeutige, der klaren Haltung Piffels zu verdankende Entschluss, jede Beteiligung an monarchistischer Restauration abzulehnen, vermag auf den ersten Blick zu überraschen, da man bislang loyal zum Hause Habsburg und zur Monarchie stand. In Wirklichkeit war das Verhältnis von Thron und Kirche jedoch schon in den Auseinandersetzungen der 60er- und 70er-Jahre des 19. Jahrhunderts arg zerrüttet.<sup>12</sup> Die Bischöfe befürchteten, dass es in dem neuen Staat zur Trennung von Staat und Kirche sowie Kirche und Schule kommen würde. Sie hielten auch einen Kulturkampf auf längere Sicht für wahrscheinlich und beschäftigten sich mit einer eventuell notwendigen finanziellen Autonomie.<sup>13</sup> In den ersten gemeinsamen Hirtenbriefen wurden diese Befürchtungen auch kommuniziert – die Bischöfe forderten die Gläubigen aber dennoch auf, am Aufbau des neuen Staates mitzuwirken.<sup>14</sup>

Es zeigte sich in weiterer Folge, dass die Bischöfe in der jungen Republik gewillt waren, durch Partei- und Einflussnahme für ein bestimmtes politisches Lager am Aufbau der jungen Republik aktiv mitzuwirken, um ihre Interessen zu vertreten. Diese Einflussnahme wird in der Bischofskonferenz vom November 1919 deutlich sichtbar, in welcher der christlichsoziale Parteiführer Prälat Ignaz Seipel die politische Situation darstellte und erläuterte. Das Hauptthema der bischöflichen Beratungen war die sich in Ausarbeitung befindliche Verfassung. Es wurde die Gründung eines Komitees, unter Mitwirkung von Piffl und Seipel, beschlossen, das die Mindestanforderungen der Kirche in Bezug auf die Verfassung beraten und der Christlichsozialen Partei Richtlinien für die Verhandlungen in der Koalition geben sollte.<sup>15</sup> In der nächsten Herbstkonferenz im Jahre 1920 wurden schließlich die Auswirkungen, der am 1. Oktober desselben Jahres zu verabschiedenden Verfassung besprochen. Dabei wurde ein vertrauliches Memorandum mit dem Dank der Bischöfe für die Bemühungen der Christlichsozialen Partei mit weiteren Richtlinien erstellt.<sup>16</sup>

In diesen Bischofskonferenzen und den Beratungen des österreichischen Gesamtepiskopats trat Fürstbischof Schuster jedoch wenig in Erscheinung. Er nahm, sicherlich auch aufgrund seines Alters, in diesen Jahren nicht mehr sehr oft an den Versammlungen teil und zog sich auch von seinen Amtsgeschäften immer weiter zurück.<sup>17</sup> Der Kirchenhistoriker Maximilian Liebmann berichtet in seinem Artikel „Die Katholische Kirche in turbulenten Zeiten“ über Schuster: „Der Weltkrieg hatte ihm psychisch schwer zu schaffen gemacht, den Zusammenbruch der Monarchie verkraftete er nicht. [...], der 80-jährige, mit Mühsal beladene Bischof verstand die Zeit nicht mehr.“<sup>18</sup>

## Die Heilandskirche und die Republik

Ebenso wie sich die katholische Kirche mit den neuen Rahmenbedingungen der Republik arrangieren musste und teils auch wollte, stellte der Systembruch von 1918 die evangelische Kirche in Österreich vor strukturelle Probleme, die in einen heftigen Schlagabtausch zwischen dem Superintendenten der Wiener Diözese, Dr. Karl Lichtenstettner<sup>19</sup>, zugleich auch Pfarrer in Schladming, und dem Grazer Pfarrer der Heilandskirche Friedrich Ulrich mündeten. Denn die Zentren der evangelischen Kirche lagen in der Habsburgermonarchie in Schlesien und Mähren und mit deren Ende blieben von den sieben Superintendenten des Augsburgers Bekenntnisses (= lutherisch) und den drei Superintendenten des Helvetischen Bekenntnisses (= reformiert) nur noch zwei lutherische (Wien und Oberösterreich) sowie eine reformierte im Gebiet der Republik Österreich.<sup>20</sup> Anders als die römisch-katholische Kirche genossen die einzelnen evangelischen Gemeinden organisatorisch in vielen Bereichen eine weitreichende Autarkie. Sie waren in einem vierstufigen Aufbau (Pfarrgemeinde, Seniorat, Superintendenz und Gesamtgemeinde) in die Gesamtkirche eingebunden und unterlagen gewissen Genehmigungspflichten.<sup>21</sup>

Das Presbyterium der Grazer Heilandskirche mit – dem hier seit Mitte August 1917 tätigen – Pfarrer Friedrich Ulrich setzte sich nach dem Zusammenbruch der Monarchie an die Spitze einer Kirchenreformbewegung. Die Gemeinde rückte in weiterer Folge in kirchenpolitischen Diskussionen und im öffentlichen Erscheinungsbild der Gesamtkirche zunehmend ins Zentrum. So wurde bereits Mitte November 1918 ein Brief an alle steirischen evangelischen Gemeinden und Predigtstationen verschickt und Pfarrer Ulrich skizzierte bei der steirischen Pfarrertagung vom 2. Dezember 1918 einen Grundriss einer neu aufzubauenden evangelischen Kirche. Seine Vorstellungen wurden im „Grazer Kirchenboten“ unter dem Titel „Eine deutsche Volkskirche“ abgedruckt.<sup>22</sup> Darin formulierte er heftige Angriffe gegen den evangelischen Oberkirchenrat und die Kirchenverfassung wurde von Ulrich kurzerhand außer Kraft gesetzt: „Ich habe unserer ‚alten‘ Kirchenverfassung keine Träne nachgeweint. Sie war nicht evangelisch und nicht volkstümlich genug. Ich fühle mich sehr erleichtert, daß dies Alte stürzte.“<sup>23</sup> Und weiters dürfe der Oberkirchenrat „nur noch eine Weile die alten Akten behüten, alte Rechnungen abschließen und alte Fonds verwalten“.<sup>24</sup>

Superintendent Lichtenstettner reagierte in einem klärenden Hirtenbrief an alle Pfarrgemeinden der Wiener Diözese, in dem er die Rechtskontinuität zur Monarchie betonte und auf das Protestantentpatent von 1861 und die darauf beruhende Kirchenverfassung von 1891 beziehungsweise 1913, die unverändert in Geltung sei, hinwies. Eine Änderung könne nur – nach Beruhigung der Lage, der Festlegung der staatlichen Grenzen sowie einer definitiven Staatsverfassung – unter Rücksichtnahme auf die kirchliche Gliederung von der Generalsynode und der Genehmigung durch die Regierung vorgenommen werden. Lichtenstettner ging in seinem Hirtenbrief auch direkt auf den Artikel Pfarrer Ulrichs ein und bemerkte:

„Angesichts dieser Entwicklung [...] ist in einzelnen evangelischen Kreisen, welche es nicht für nötig erachten, sich erst über den wirklichen Stand der

Dinge belehren zu lassen, bei allerdings sehr oberflächlicher und vorschneller Beurteilung derselben die irrige Meinung entstanden, als ob nun auch innerhalb der evangelischen Kirche im deutschösterreichischen Staate die Bande der bisherigen Zusammengehörigkeit gerissen seien, die bisherige Ordnung aufgelöst sei und alles in Trümmern liege.“<sup>25</sup>

Pfarrer Ulrich verfasste daraufhin einen offenen Brief an den Superintendenten, kritisierte diesen persönlich und stellte seinen Standpunkt erneut dar: „Besteht die evangelische Kirche aus dem Oberkirchenrat und den kirchlichen Amtsträgern der obersten Instanzen oder sind wir eine Gemeinde- und Volkskirche? Ich meine, daß auch ich, sowie jeder Pfarrer, ein ‚berufenes Organ‘ in dieser Sache bin, da ich doch ein evangelischer Pfarrer bin, nicht ein katholischer, der wohl warten muß, bis man ‚oben‘ gesprochen hat.“<sup>26</sup> Der Superintendent reagierte auf diese weiteren Angriffe mit einer „Offenen Antwort“, verwies auf die deutsche Herkunft Ulrichs und forderte ihn auf, „daß Sie wenigstens in Zukunft, bevor Sie wieder so wichtige Fragen mit der Ihnen eigenen Selbstsicherheit öffentlich besprechen, erst die in meinem Hirtenbrief angeführten und einige andere Staats- und Kirchengesetze gründlich studieren und die bei uns bestehenden Rechtsverhältnisse mit jenen in den evangelischen Landeskirchen Deutschlands sorgfältig vergleichen möchten.“<sup>27</sup> Lichtenstettiner nahm in seiner Stellungnahme zudem nochmals ausführlich auf die rechtlichen Rahmenbedingungen Bezug. Er hielt fest, dass der Oberkirchenrat, die oberste Kirchenbehörde und das vermittelnde Organ zwischen der Kirche und dem Kultusministerium, für die Wahrung und Vertretung der Rechte der Kirche und die Aufrechterhaltung und Vollziehung der Kirchengesetze zuständig sei. Aber gerade der Umstand, dass das Recht, die Mitglieder des Oberkirchenrates zu ernennen, auf die Bundesregierung überging und die oberste Kirchenbehörde eine Abteilung im Unterrichtsministerium – mit einem Präsidenten im Rang eines Sektionschefs – darstellte, führte bis zum Ende der Republik sowie während des austrofaschistischen „Ständestaates“ laufend zu kircheninternen Spannungen.<sup>28</sup> Denn Pfarrer Friedrich Ulrich erhoffte sich ganz konträr dazu mit dem Untergang der Monarchie und dem Übergang zur Republik, den er als „Umsturz“ bezeichnete, vor allem die völlige Unabhängigkeit der evangelischen Kirche von der staatlichen Observanz. Zwar anerkannte er das demokratische Prinzip als befreiende Errungenschaft, setzte aber keine großen Erwartungen in die Parteiendemokratie.<sup>29</sup>

Im Oktober 1919 fand in Wien schließlich unter österreichweiter Teilnahme ein evangelischer Kirchentag statt. In den Sitzungen wurden dabei auch Richtlinien zur Ausgestaltung einer künftigen „deutschen Volkskirche“ entworfen.<sup>30</sup> Hier zeigte sich der grundlegende Wunsch, mit den deutschen Landeskirchen der Reformation in einem Staatsverband leben zu wollen. Diese Deutschlandorientiertheit, der Anschlusswille, wurde zum Kennzeichen der evangelisch-kirchlichen Kultur in Österreich und führte im Juni 1926 zur Aufnahme in den „Deutschen Evangelischen Kirchenbund“.<sup>31</sup>

## „Jüdische Revolution“

Auch für die moderne österreichische jüdische Geschichte stellte der Erste Weltkrieg eine nachhaltige Zäsur dar. Das betrifft die innerjüdischen Entwicklungen ebenso wie die Verortung der jüdischen Bevölkerung innerhalb der christlich und ab 1918 im neuen Nationalstaat Deutschösterreich/Österreich auch hegemonial deutsch verfassten Gesellschaft. In besonderem Maße waren die Jüdinnen und Juden jedoch ab der Mitte des Krieges auch mit einem sich stetig radikalisiertem Antisemitismus konfrontiert. In Kombination mit der durch den Zerfall der Monarchie einsetzenden Erosion tradierter, an die Monarchie und das Herrscherhaus gebundener jüdischer Identitätsnarrative erlebte die jüdische Bevölkerung Österreichs die Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahre als vielgestaltige Krise. All die genannten Entwicklungen sind auch innerhalb der jüdischen Gemeinde in Graz zu beobachten, wie dies Robert Sonnenwald, der 1926 zum Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) in Graz gewählt wurde, festhielt: „Und doch spiegelt sich in dieser kleinen, durch ihre exponierte Lage aber bedeutsamen Gemeinde en miniature die ganze umwälzende Geschichte der westlichen Judenheit im letzten Jahrhundert wider.“<sup>32</sup>

Die Radikalisierung des Antisemitismus und der revolutionäre Umbruch lösten bei der jüdischen Bevölkerung in der Steiermark Verunsicherung aus, die die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg nicht überwunden werden sollte. Im Kern ging es dabei stets um die Frage der Verortung der jüdischen Bevölkerung im neuen Staat und der sich zunehmend hegemonial deutschnational verstehenden Gesellschaft. Bis 1918 bildete der multiethnische Habsburgerstaat mit der Verfassung von 1867 den Rahmen für die identitätspolitische und gesellschaftliche Verortung der jüdischen Bevölkerung, wobei die unterschiedlichen jüdischen Gruppierungen gefordert waren, auf die Ansprüche des Nationalstaates und die damit geänderte Situation alte und neue Antworten zu geben. Diese betrafen die grundsätzliche Frage, was Judentum denn überhaupt sei, als auch davon abgeleitet die Organisationsform der jüdischen Gemeinschaften. Es ging somit um fundamentale Aspekte der Beziehung der Gemeinschaft wie auch des Einzelnen zum Staat und der Umgebungsgesellschaft sowie die innerjüdische Organisationsstruktur.

In Anlehnung an die allgemeinen Umbruchserfahrungen wurde in diesem Kontext von zionistischen Gruppierungen 1918 von einer „jüdischen Revolution“<sup>33</sup> gesprochen. Angestoßen durch das „Völkermanifest“<sup>34</sup> von Kaiser Karl I., das auf die von Woodrow Wilson propagierte Selbstbestimmung der Völker setzte, forderten ab 1917 zionistische Gruppen von Wien ausgehend eine Demokratisierung der jüdischen Gemeinden ebenso wie eine Anerkennung der Juden als nationale und nicht länger religiöse Minderheit. Dementsprechend konstituierte sich im Oktober 1918 in Wien ein „jüdischer Nationalrat“, der im Namen des

„zu neuem nationalen Leben erwachten jüdischen Volke“, „in Übereinstimmung mit dem von allen kriegführenden Mächten proklamierten Grundsatz der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker [forderte], daß [das Judentum] als gleichberechtigte Nation in der Gemeinschaft der Völker

anerkannt werde, und eine Vertretung beim allgemeinen Friedenskongreß zuerkannt erhalte. [...] In Oesterreich verlangt das jüdische Volk gemäß den oben ausgesprochenen Grundsätzen sofortige Anerkennung als Nation und Gewährleistung seiner nationalen Rechte.“<sup>35</sup>

Der jüdische Nationalrat sollte auf Basis des Zionismus die einzige legitime politische Vertretung der jüdischen Bevölkerung sein und für die Anerkennung als Nation sowie die Zusicherung von nationalen Minderheitsrechten eintreten. Anfang November 1918 verdeutlichte man diese Forderung nochmals in einem Manifest:

„Wir fordern innerhalb des deutschösterreichischen Staates, daß gemäß den Grundsätzen der Demokratie vollkommene politische und bürgerliche Gleichberechtigung für alle Bürger tatsächlich durchgeführt werde. In allen Angelegenheiten, die an das Territorium gebunden und daher allen Bürgern gemeinsam sind, wollen wir im besten Einvernehmen mit dem deutschen Volke am Aufblühen des Staates mitarbeiten. Wir wollen, wie es die Juden stets getan haben, unsere geistigen und materiellen Kräfte in den Dienst des Gemeinwesens stellen. Aber wir tun dies nicht als rechtlose und geduldete Einzelpersonen, sondern als Angehörige des jüdischen Volkes.

Wir fordern im deutschösterreichischen Staate unsere Anerkennung als Nation. Wir wollen nicht zu einer Lüge gezwungen sein, wir wollen das Recht haben, als Söhne des jüdischen Volkes uns zu unserem Volke zu bekennen. Aber nicht nur die Anerkennung ist unser Ziel; wir fordern auch die Gewährung und Sicherung nationaler Rechte. Die Rechte, die wir als Minderheitsnation geltend machen, müssen der Eigenart unserer Lage entsprechen. Alle Angelegenheiten, welche ausschließlich das jüdische Volk angehen, wollen wir in autonome Verwaltung übernehmen. Wir wollen an Stelle der Kultusgemeinde die jüdische Volksgemeinde setzen, welche auf Grund des demokratischen Prinzips nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht aller Männer und Frauen konstituiert wird. Dieser Volksgemeinde obliegt die Verwaltung des ganzen Gebietes des jüdischen kulturellen Lebens, vor allem auch des Schul- und Erziehungswesens. Das jüdische Volk soll selbst die Verantwortung für die Erziehung seiner Kinder tragen; wir wollen unsere Jugend zu aufrechten Menschen und ganzen Juden erziehen. Ebenso wird die Volksgemeinde die vom jüdischen Volke stets hochgehaltene Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge nach modernen Grundsätzen als eine wichtige Aufgabe betrachten.“<sup>36</sup>

Auch in Graz erhielt in diesen Monaten die zionistische Bewegung steten Zulauf. Nicht zuletzt auch von jenen Jüdinnen und Juden, die im Zuge der Kriegshandlungen aus den östlichen Gebieten der Monarchie in die Steiermark geflohen waren. Diese organisierten sich bereits im November 1917 zum „Jüdischen Nationalverband für die Alpen- und Küstenländer Österreichs“ („Jüdischer Nationalverband“)<sup>37</sup>, der 1920 mit den „Grazer Jüdischen Nachrichten“ auch über eine eigene Zeitung verfügte.<sup>38</sup> Der „Jüdische Nationalverband“, der sich in den Statuten der „Stärkung des jüdischen

Standesbewusstseins, [der] Wahrung und Förderung jüdisch-nationaler Bestrebungen und Einrichtungen, sowie [der] Geltendmachung der Interessen der Juden in den Alpen- und Küstenländern auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete<sup>39</sup> verschrieben hatte, beanspruchte für sich, ähnlich wie die Zionisten in Wien, die Führungsrolle der Juden in der Steiermark und in Kärnten. Zudem strebten sie den Wiener Forderungen folgend die Umwandlung der Grazer Kultusgemeinde in eine „Volksgemeinde“ an.<sup>40</sup> Es ging ihnen dabei vor allem um die Ablöse der bisherigen Leitung der Kultusgemeinde, die etwas abschätzig als „Assimilanten“, „Deutschliberale“, „Konservative“ bezeichnet wurden.

Das organisatorische Zentrum der Konservativen wiederum, die dem Zionismus kritisch gegenüberstanden, war die 1884 gegründete „Union deutschösterreichischer Juden“ (ehemals Österreichisch Israelitische Union) mit ihren in Wien erscheinenden Sprachrohren „Dr. Bloch's Österreichische Wochenschrift“ und „Die Wahrheit“. In diesen beiden Druckschriften wurde gegen die Bestrebungen der Zionisten mobil gemacht, und in einem Aufruf an die „Juden Deutschösterreichs“, den auch der Präsident der Grazer Gemeinde, Simon Rendi, unterzeichnete, festgehalten: „Wir stehen auf dem von jeher festgehaltenen Standpunkt, daß das Band, welches die Judenheit verbindet und zusammenhält, ausschließlich das konfessionelle ist. Wir fühlen uns durch Heimat, Sprache und Erziehung als Deutsche und als vollberechtigte Bürger der deutsch-österreichischen Republik.“<sup>41</sup>

Neben den Konservativen und Zionisten griffen noch weitere jüdische Gruppierungen in die Umgestaltungsprozesse jener Jahre ein. Es waren dies vor allem orthodoxe und in geringerem Maße sozialistische Organisationen. Über die orthodoxe Position gibt eine Erklärung von Ende Dezember 1918 Auskunft. Darin wurde festgehalten:

„Durch unsere Abstammung, durch unsere mehrtausendjährige Geschichte und insbesondere durch unsere heilige Religion sind wir Juden eine allen anderen Völkern gegenüber geschlossene Volksgemeinschaft, zu der wir treu und unerschütterlich stehen. Diese Tatsache ist uns selbstverständlich und unbestreitbar, daß wir es nicht nötig erachten, das besonders zu betonen. Wir leben hier im Staate Deutschösterreichs, dessen treue und hingebende Bürger wir Juden sind und sein wollen; und dementsprechend verlangen wir als solche den vollen und gleichen und durch nichts beschränkten Genuß aller Staatsbürgerrechte unmitelbar für jeden einzelnen.“<sup>42</sup>

Doch weder Orthodoxe noch Sozialisten erlangten in der Steiermark und in Graz eine bedeutende Rolle, weshalb die Konflikte vor allem zwischen den Konservativen und Zionisten ausgetragen wurden. Im Wesentlichen ging es um die Frage der Vorherrschaft in der Kultusgemeinde und damit eng verbunden um die Frage der Wahlmodalitäten des Kultusrates. Bei den letzten Wahlen vor dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1912 wurde mit dem Tuchhändler Simon Rendi ein Vertreter der Konservativen zum Präsidenten der IKG gewählt.<sup>43</sup> Rendi blieb, nachdem man Neuwahlen aufgrund der Kriegssituation nicht durchführte, über die ganzen Kriegsjahre hinweg Präsident der IKG und vertrat diese gegenüber den Behörden und dem Staat.<sup>44</sup>

Nach dem Kriegsende strebte man zunächst eine weitere Verschiebung der Neuwahlen an und begründete dies damit, dass das Gebiet der IKG Graz durch den Untergang der Habsburgermonarchie nicht mehr klar bestimmbar sei, die neuen Grenzziehungen abzuwarten und grundsätzlich zu klären sei, wer wahlberechtigt sei.<sup>45</sup> Nach einer kurzen Verschiebung wurden die Wahlen schließlich Anfang März 1919 durchgeführt und Simon Rendi wurde in seinem Amt bestätigt.<sup>46</sup> Die offene Frage der Wahlberechtigung war bis dahin jedoch noch nicht geklärt worden, und die Wahl selbst wurde von heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Konservativen und Zionisten begleitet.<sup>47</sup>

Während man sich in weiterer Folge 1919 rasch auf die Sprengelgröße der Kultusgemeinde einigen konnte (die Untersteiermark und Krain fielen weg), blieben die grundsätzlichen Fragen des Wahlstatuts weiterhin ungeklärt.<sup>48</sup> Dieses war dahingehend umstritten, erwartete man sich doch von dieser Entscheidung eine Weichenstellung innerhalb der IKG. Unklar war vor allem, ob all jene steuerzahlenden Mitglieder der IKG, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besaßen, wie bisher wahlberechtigt sein sollten oder nicht. Während die Zionisten darauf drängten, dass alle steuerpflichtigen Mitglieder der IKG ohne österreichische Staatsbürgerschaft an der Wahl teilnehmen können, traten die Konservativen vehement dagegen auf und beschlossen mit ihrer Mehrheit im Kultusrat im April 1921 eine diesbezügliche Statutenänderung. Konkret wollten sie das Wahlrecht „ausschließlich an österreichische Staatsbürger mit Ausnahme solcher Ausländer, die bereits im Jänner 1913 besteuert waren“ vergeben.<sup>49</sup> Dagegen wiederum erhob der „Jüdische Nationalverband“ Beschwerde und versuchte, seine Anhänger in einer Reihe von Versammlungen zu mobilisieren.<sup>50</sup> Über die Vehemenz dieses Streites gibt ein Telegramm der IKG Graz an das Bundesministerium für Inneres in Wien Anfang Jänner Auskunft. Darin geht es um die bevorstehende Wahl vom 5. März 1922 und die Bitte, bis dahin den Wahlrechtsvorschlag der Konservativen Leitung der IKG zu genehmigen. Denn „Wahlen nach dem alten Wahlrecht bringen jedoch infolge großen Zuzuges große Gefahr, dass die Kultusgemeindeverwaltung in Hände nicht Bodenständiger falle“.<sup>51</sup>

Zwar wurde dem Wunsch der Leitung der IKG seitens des Ministeriums Ende Jänner 1922 entsprochen, doch noch vor den Wahlen im März konnten sich die Konservativen und der „Jüdische Nationalverband“ auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen. Man beschloss, dass jeder Partei je 12 Kultusratssitze zugesprochen werden sollten und somit ein Ausgleich zwischen den Gruppen hergestellt werde. Mit dem Kaufmann David Stern übernahm nach der Wahl ein Vertreter der konservativen Gruppe das Amt des Präsidenten und Julius Grüner vom „Jüdischen Nationalverband“ wurde sein erster Stellvertreter. Zweiter Stellvertreter wurde Adolf Rendi, der der kleinen Gruppe der Orthodoxie in Graz vorstand.<sup>52</sup> In den folgenden Jahren setzte schließlich eine merkliche Beruhigung ein und in Fragen des Wahlrechts einigte man sich darauf, dass auch Kultusgemeindemitglieder ohne österreichische Staatsbürgerschaft an den Wahlen teilnehmen können, sofern sie ihre Kultussteuern bezahlen.<sup>53</sup> 1926 übernahm schließlich mit dem Rechtsanwalt Dr. Robert Sonnenwald ein Vertreter der Allgemeinen Zionisten die Führung der Grazer jüdischen Gemeinde. Er hatte dieses Amt bis zu seiner Vertreibung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1938 inne.<sup>54</sup>

## **Gesellschaftspolitische und politische Positionierungen**

### **Die Diözese Graz-Seckau unter Fürstbischof Leopold Schuster und die Abwehr der Glaubensfeinde**

Als der Fürstbischof von (Graz-)Seckau, Leopold Schuster, im März 1927 im 86. Lebensjahr starb, schrieb das „Grazer Volksblatt“ im Nachruf über ihn: „Seine ernstesten Worte blieben nicht fruchtlos. Die gläubigen Katholiken scharten sich noch fester um ihn, die Lauen [sic!] wurden aus dem Schlafe gerüttelt und als die Hochflut der Los-von-Rom-Bewegung abließ, zeigte sich, daß der Baum der katholischen Kirche zwar manche dünnen Zweige verloren hatte, aber um so fester steht. Das Hauptverdienst an dieser erfreulichen Tatsache gebührt dem Fürstbischof Dr. Schuster“.<sup>55</sup>

Diese Zeilen belegen wohl eine der größten Sorgen Leopold Schusters. Schuster rief während seiner gesamten Amtszeit immer wieder zur Treue zur römisch-katholischen Kirche auf und kritisierte den Abfall von dieser sowie „Glaubensfeinde“ aufs Heftigste. Der 1842 in St. Anna am Aigen als Sohn von Kleinhäuslern geborene Bischof wurde geprägt von den staatskirchlichen und kulturpolitischen Auseinandersetzungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, die auf bedeutenden technischen und wissenschaftlichen Neuerungen fußten und eine Wissenschaftsgläubigkeit ebenso wie Säkularisierung und einschneidende Veränderungen in Gesellschaft und Politik bewirkten. Die katholische Kirche und an ihrer Spitze der Fürstbischof versuchten einer drohenden Entfremdung der Gläubigen zu begegnen, wobei man sich bei der Wahl der Mittel nicht immer wählerisch zeigte.

### **Exkurs: Kirche und Staat/Die „Los-von-Rom“-Bewegung**

Nach dem Scheitern des Neoabsolutismus wurden in der liberalen Ära politische Akzente gesetzt, die auch in den Religionsgemeinschaften die Weichen zur weiteren Entwicklung stellten. Die in den 1870er-Jahren vollzogene Aufkündigung des – erst 1855 mit der römisch-katholischen Kirche abgeschlossenen – Konkordates führte zur Mobilisierung der katholischen Kräfte im kultur- und kirchenpolitischen Bereich.<sup>56</sup> Der in diesen Auseinandersetzungen entstandene politische Katholizismus stand fortan für die politische Positionierung von Kirche und Katholizismus. Als Mittel im Kampf gegen die Säkularisierung der Gesellschaft ebenso wie um neue Räume religiösen, kulturellen Lebens zu erschließen, wurde von der Kirche ein engmaschiges christliches Vereinswesen ins Leben gerufen beziehungsweise forciert.<sup>57</sup> Ziel war es, derart die Verbindung zu einer immer ausdifferenzierteren Gesellschaft nicht zu verlieren und die Menschen über neue Kanäle, wie religiöse Massenveranstaltungen sowie eine christliche Presse, anzusprechen.<sup>58</sup> Diese Maßnahmen zielten darauf ab, Räume zu schaffen, in denen sich katholische Identitäten neu formieren konnten.<sup>59</sup>

Zudem versuchte die römisch-katholische Kirche dem Elend der breiten Massen, hervorgerufen durch ein Versagen traditioneller liberaler und konservativer Kräfte sowie einen ungebremsten Industriekapitalismus, zu begegnen.<sup>60</sup> Aber gerade die we-

nig erfolgreiche katholische Sozialreform, die zudem durch den Konkordatsstreit und durch die Beschäftigung mit der Schulfrage und den Ehegesetzen zunehmend in den Hintergrund getreten war, brachte der katholischen Kirche massiven Widerstand vonseiten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ein.<sup>61</sup>

Die soziale Frage sowie der sich zuspitzende Nationalitätenkonflikt führten am Ende des 19. Jahrhunderts zur Bildung politischer Parteien, die zusammen die innenpolitische Dynamik bis zum Ende der Ersten Republik bestimmten. Eine für die weitere Entwicklung der evangelischen Kirche zentrale Rolle sowie eine ernsthafte Bewährungsprobe für die katholische Kirche spielte hierbei die deutschnationale und anti-katholische „Los-von-Rom“-Bewegung<sup>62</sup>, die in Graz und der Steiermark eine ihrer Hochburgen hatte.

Den Auslöser bildeten die Badeni-Unruhen, die im April 1897 in Folge der von Ministerpräsident Kasimir Felix Graf Badeni erlassenen Sprachenverordnung, die in Böhmen und Mähren das Tschechische dem Deutschen gleichstellte, ausbrachen.<sup>63</sup> Nach Demonstrationen und Ausschreitungen von Deutschnationalen, unter anderem in Graz, wo im November 1897 zwei Todesopfer zu beklagen waren, wurde die Parole „Los-von-Rom“ erstmals in Wien am 12. Dezember 1897 beim Ersten Deutschen Volkstag in einer Rede verwendet.<sup>64</sup> Dieser Ruf als Abgrenzung zum katholischen Kaiserhaus wurde vom Führer der deutschnationalen Bewegung im Reichsrat, Georg Ritter von Schönerer, aufgegriffen und benutzt. Schönerer leitete einen Massenaustritt aus der römisch-katholischen Kirche ein, indem er zum Protestantismus konvertierte und seine Anhänger aufrief, ihm zu folgen. Innerhalb weniger Monate traten vor allem in Böhmen, in Kärnten sowie in der Steiermark zusammen über 10.000 Menschen aus der römisch-katholischen Kirche aus. Die Steiermark und speziell Graz waren ein Zentrum der „Los-von-Rom“-Bewegung. Allein in Graz folgten im Jahr 1899/1900 rund 700 Personen Schönerers Ruf.<sup>65</sup> Für die Anhänger der Bewegung waren der Übertritt und damit die Mitgliedschaft in der „deutschen Ausprägung“ des Christentums ein Bekenntnis zum Deutschtum und damit vor allem ein politischer Akt. Der im Jahre 1886 in Erfurt gegründete „Evangelische Bund“ sah darin zudem eine Möglichkeit, den Protestantismus in Österreich zu stärken, und half tatkräftig mit der Entsendung deutscher Pfarrer und beim Gemeindeaufbau mit.<sup>66</sup> Somit verband sich in Österreich das evangelisch-lutherische Bekenntnis mit deutschnationalen Einstellungen, was letztlich weitreichende Folgen bis in die Zwischenkriegszeit hatte.

## Kulturkampf – die Katholikentage in Graz

Gegen diese Form der politischen Konversion und des Abfalls vom Katholizismus setzte sich Fürstbischof Schuster auf breiter Basis zur Wehr. So richtete er 1903, nachdem in der Grazer Gemeinderatssitzung vom 10. September 1902 beschlossen worden war, alle Subventionen für die katholischen Wohltätigkeitsanstalten zu streichen, ein bischöfliches Mahnwort an die Gläubigen der Diözese, in dem er feststellte:

„Seit fünf Jahren, und neuestens wieder mit unglaublicher Kühnheit, werden in den österreichischen Ländern und insbesondere auch in unserer katholischen Steiermark die verwerflichsten Mittel angewendet, um den Bewohnern die Liebe zur römisch-katholischen Kirche zu rauben, sie dem wahren, von den Eltern ererbten katholischen Glauben abwendig zu machen und dem protestantischen oder altkatholischen Bekenntnisse zuzuführen. [...] endlich kommen zuge-reiste Wanderprediger, vom Auslande gesandt oder gerufen von inländischen Protestanten und Apostaten [...], die in ihrem Herzen mit Gott und der Kirche längst zerfallen sind.“<sup>67</sup>

Schließlich bildete sich auf Veranlassung des „Grazer Volksblattes“ mit dem „Abwehrkomitee“ eine Laienorganisation. Es wurden in Graz „Abwehrversammlungen“ abgehalten, der Grazer Stadtpfarrpropst Frühwirt hielt in der Stadtpfarrkirche Verteidigungspredigten und Fürstbischof Schuster ließ Plakate mit Bibelzitat an Kirchentüren anschlagen und berief den Klerus zu einer „Abwehrkonferenz“ nach Mautern ein, bei der auf die äußeren und inneren Feinde der katholischen Kirche eingegangen wurde. Zu den Äußeren zählten der Protestantismus, der Indifferentismus“, die „gebildeten Stände“ sowie die Sozialdemokraten.<sup>68</sup> Die inneren Feinde waren der Pessimismus, die Uneinigkeit, die Gleichgültigkeit und die Vertrauensseligkeit.<sup>69</sup>

Auch nach dem Ende der Monarchie und der Gründung der Republik waren der Abfall von der Kirche sowie die „Glaubensfeinde“ die zentralen Sorgen und Fürstbischof Schuster richtete wegen der Stärke der „Los-von-Rom“-Bewegung in seinem Hirtenbrief vom Herbst 1920 neuerlich ein ernstes Mahnwort an die Gläubigen.<sup>70</sup> Doch wie bereits beschrieben, zog sich Fürstbischof Schuster ab 1918 zunehmend aus der Öffentlichkeit zurück und neue, aktivere Personen traten in Erscheinung, um „eine Epoche des wiedererstarkten Katholizismus für Österreich“<sup>71</sup> einzuleiten. Unter diesen neuen Akteuren eines politischen Katholizismus war ao. Univ.-Prof. Alois Hudal<sup>72</sup>, der zusammen mit Monsignore Karl Schwechler, dem Obmann des Katholischen Volksbundes und Chefredakteur des „Grazer Volksblattes“, der Hauptinitiator des „III. Steirischen Katholikentages“ beziehungsweise „Grazer Katholikentages“ vom 21./22. Oktober 1922 war.<sup>73</sup> Als organisatorischer Träger des Katholikentages trat der Katholische Volksbund auf, der zusammen mit dem Lokalkomitee mehrere Ziele verfolgte. Zum einen war diese Massenveranstaltung eine Demonstration des Machtpotenzials über den innerkirchlichen Bereich hinaus, und zum anderen ging es um eine Neuorganisation und Motivation des katholischen Vereinswesens unter dem Dach des Volksbundes. Dieses Ziel wurde in einem Leitartikel im „Grazer Volksblatt“ wie folgt formuliert:

„Die vollständige Trennung von Kirche und Staat, die Zerstörung des christlichen Familienideals, die Entfernung des Kreuzes aus den Schulen, die Vernichtung des religiösen Gedankens in den breiten Schichten der Bevölkerung – das sind die Ziele unserer Gegner. [...] Die reife Frucht des Katholikentages wird ein einheitliches Vorgehen in allen kulturpolitischen Fragen, aber auch die Gründung einer Einheitsfront sein. [...] Katholikentage bezwecken Sammlung, Vertiefung und Ermutigung.“<sup>74</sup>

Nach Einberufung durch den „Katholischen Volksbund“ fand am 20. Dezember 1921 in Graz eine erste Vorbesprechung statt.<sup>75</sup> Eingeladen waren sämtliche Pfarrämter sowie die größeren katholischen Organisationen. In dieser Sitzung wurden ein Lokalkomitee gewählt und die Geistlichkeit der einzelnen Katholikentagsorte aufgefordert, ebenfalls Vorbereitungskomitees zu gründen. Dem Lokalkomitee in Graz gehörten an: Graf Charles Henry Bardeau, Pater Dr. Chrysostomus Baur aus der Abtei Seckau, Univ.-Prof. Dr. Alois Dienstleder, Kaspar Hosch, Baronin Paula Morsey, Dr. Johann Schukowitz und Alois Hudal als Generalsekretär, der später auch Obmann des Diözesankomitees werden sollte.<sup>76</sup>

Nachdem die Organisationskomitees gewählt waren, wurde eine Delegiertentagung der katholischen Vereine Steiermarks abgehalten. Zweck dieser Veranstaltung war es, die Motivation der Verantwortlichen zu stärken sowie die vom Diözesankomitee ausgearbeiteten Richtlinien zu beschließen. Der Delegiertentag wurde am 25. März 1922 mit einer Messe im Grazer Dom und einer Ansprache Hudals eröffnet. Im Anschluss daran fanden mehrere Vorträge im Grazer Palais Herberstein in der Sackstraße 16 statt.<sup>77</sup> Einer der Redner war der damalige Nationalratsabgeordnete und spätere Bundespräsident Wilhelm Miklas, der zum Thema „Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat“ referierte. Zu diesem Thema wurde, wie bei allen anderen auch, eine Entschließung verabschiedet, in der unter anderem festgehalten wurde, dass die wechselseitige Durchdringung und Förderung von Staat und Kirche den Idealzustand einer christlichen Nation darstelle.<sup>78</sup> Insgesamt wurden fünf Entschließungen und Resolutionen verabschiedet, die die inhaltliche Vorbereitung der Katholikentage bildeten. Neben einer Resolution über die Schulfrage, in der die Eltern auch ermutigt wurden, ihre größeren Kinder den katholischen Jugendorganisationen zuzuführen, wurden in der Resolution über die Unlöslichkeit der Ehe, die christlichen Abgeordneten aufgefordert, alle Initiativen zur Lockerung des Eherechts abzuwehren. Mit der Entschließung zum Pressereferat, zur Kolportage und werktätigen Förderung der katholischen Presse sowie einer Allgemeinen Entschließung, bei der alle Katholiken angehalten wurden, aktiv in allen katholischen Vereinen und Organisationen mitzuarbeiten, schloss diese Delegiertentagung.<sup>79</sup> Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in den Beschlüssen der Delegiertentagung vor allem die Ansichten Hudals sichtbar wurden, die er dann ein Jahr später in seiner Abhandlung zum „Tatkatholizismus“ zusammenfasste.<sup>80</sup> Darin führte er aus, dass alle Katholiken sich aufmachten sollten, ihren Glauben in allen Bereichen ihres Alltags als „Tat“ zu leben.<sup>81</sup>

Nachdem in der ganzen Steiermark sieben Bezirkskatholikentage abgehalten worden waren, sollte der Grazer Katholikentag<sup>82</sup> vom 21./22. Oktober 1922 der Höhe-



Abb. 1: Prolog zum Grazer Katholikentag 1922 (Quelle: Grazer Volksblatt vom 22. Oktober 1922, 1)

punkt und gleichzeitige Abschluss der steirischen Katholikentage sein.<sup>83</sup> Im Vorfeld der Eröffnungs- und Begrüßungsfeier, am Abend des 21. Oktober im Stephaniensaal, fand die Akademikertagung im Volksbundsaaal in der Sackstraße statt. Dabei wurden mehrere Vorträge gehalten, eine Resolution angenommen und ein Treueschwur – „[...] geloben wir heute unerschütterliche Treue unserem katholischen Glauben“<sup>84</sup> – geleistet. Unter den Vortragenden war auch der damalige Student und spätere Landeshauptmann der Steiermark Karl Maria Stepan, der mit einem Referat zum Thema: „Der Akademiker und die Frau“ auftrat, sowie Dr. Johannes Ude, der einen flammenden Aufruf zum „Tatkatholizismus“ hielt.<sup>85</sup>

Die abendliche Begrüßungsfeier begann mit einem Prolog eines Ottokar-Kernstock-Textes und einer Eröffnungsansprache Hudals. Nach der Wahl eines Präsidiums und der Begrüßungsansprache von Fürstbischof Schuster und Landeshauptmann Dr. Anton Rintelen fanden weitere Ansprachen, unterbrochen von einem musikalischen Begleitprogramm, statt.<sup>86</sup>

Am 22. Oktober 1922 vormittags unternahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, streng geordnet nach Geschlechtern, Vereinen und Pfarren, beladen mit Fahnen, Bannern und Standarten, begleitet von Musikkapellen einen Festzug. Die Route führte vor Zehntausenden Zuseherinnen und Zusehern vom Karmeliterplatz und Freiheitsplatz über den Ring hin zur Herz-Jesu-Kirche. Hier zelebrierte der Fürstbischof vor 50.000 Gläubigen ein Pontifikalamt. Daran anschließend fand eine Festversammlung mit kurzen Ansprachen statt. Hier hielt der Student und spätere „Ständestaats“-Funktionär und Bundeskanzler der Zweiten Republik, Alfons Gorbach, eine Rede. Der Nachmittag war schließlich den diversen Fachgruppen und ihren Beratungen an verschiedenen Veranstaltungsorten vorbehalten.<sup>87</sup> Die Abschlussveranstaltung fand im vollbesetzten Opernhaus statt und hatte die Aufführung von Hofmannsthals „Jedermann“ zum Inhalt.<sup>88</sup>

Als Auswirkung und Ergebnis dieser Massenversammlungen können zwei wesentliche Punkte genannt werden. Zum einen fand eine Einschwörung auf eine einheitliche Kultur- und Kirchenpolitik statt und zum anderen erfolgte eine Straffung und Ausrichtung des katholischen Vereinswesens. Der „Katholische Volksbund“ gestaltete sich in weiterer Folge in einen Verband der männlichen und weiblichen katholischen

Vereine Steiermarks um. Karl Schwechler beschrieb die Beweggründe dieser Umgestaltung wie folgt: „Der Volksbund will das öffentliche Leben mit dem katholischen Geiste durchsetzen, [...]“<sup>89</sup>. Schwerpunkte in der Arbeit des Volksbundes sollten unter anderem sein: Förderung der christlichen Presse und Volksbildung. Der Verein selbst verstand sich als Erziehungsverein für [die] soziale und staatsbürgerliche Tätigkeit der Katholiken.<sup>90</sup> Ihre erste Generalversammlung hielt diese neue katholische Organisation am 12. Oktober 1923 ab, wobei man zugleich auch die Satzungen und neue Organisationsstrukturen beschloss.<sup>91</sup>

### **Fürstbischof Ferdinand Stanislaus Pawlikowski: Politiker und Militärfreund**

Am 25. Februar 1927, wenige Tage vor Fürstbischof Schusters Tod, wurde Ferdinand Stanislaus Pawlikowski zum Auxiliarbischof von Seckau und zum Titularbischof von Dadima ernannt. Wenige Tage später, nach dem Tod Schusters, wurde er zum Administrator ad nutum S. Sedis der Diözese (Graz-)Seckau ernannt und schließlich am 27. März 1927 im Wiener Stephansdom zum Bischof geweiht. Bei seiner Konsekrierung waren die Bundesminister Richard Schmitz<sup>92</sup> und Carl Vaugoin<sup>93</sup> sowie als Vertreter der Christlichsozialen Partei der Abgeordnete Leopold Kunschak unter den Gästen, jedoch – bis auf den zufällig in Wien weilenden Abt Benedikt Reetz von Seckau – kein einziger Geistlicher der Diözese (Graz-)Seckau. Diese symbolische Zurückweisung ebenso wie der kühle Empfang in der Diözese sowie die nüchterne Berichterstattung im „Grazer Volksblatt“ sind dem Umstand geschuldet, dass erstmals nach 700 Jahren der Bischof von Seckau direkt vom Papst – nachdem das Nominationsrecht des Salzburger Erzbischofs erloschen war – ernannt wurde.<sup>94</sup>

Pawlikowski wurde am 28. April 1877 als Sohn eines k.u.k. Armeedienerers und einer aus Galizien stammenden Mutter in der Stiftkaserne in Wien geboren. Der Armee und den Soldaten blieb er ein Leben lang verbunden und er war nach einem Theologiestudium in Rom ab 1908 in der Armeeseelsorge tätig. Nach dem Ersten Weltkrieg baute er schließlich zusammen mit dem Heeresminister Carl Vaugoin, mit dem er befreundet war, die Militärseelsorge auf. Vaugoin selbst verbrachte zusammen mit seiner Familie öfters seinen Urlaub in der Grazer bischöflichen Residenz beziehungsweise im Schloss Seggau. Belegt wird diese Verbindung unter anderem durch einen regen Briefwechsel zwischen Vaugoin und Pawlikowski.<sup>95</sup>

In Graz traf Pawlikowski am 5. April 1927 ein. Einen Tag später erfolgte die Ernennung zum Fürstbischof von Seckau und am 26. Mai, in einer Zeit, in der die politische Situation in Österreich aufs Äußerste gespannt war, wurde er im Grazer Dom feierlich inthronisiert.<sup>96</sup> Pawlikowski war gesellschaftlich und politisch sehr gewandt, den angenehmen Seiten des Lebens durchaus aufgeschlossen und brachte seine politischen Kontakte mit nach Graz. Hier hatte er mit dem langjährigen, mit der römisch-katholischen Kirche gut vernetzten, christlichsozialen Landeshauptmann der Steiermark Anton Rintelen einen führenden Politiker als Gegenüber, mit dem er sich öfters freundschaftlich austauschte und gemeinsame Ziele verfolgte. Rintelen war ein aktiver Förderer der Heimwehr, der wie Pawlikowski an zahlreichen Heimwehrver-



Abb. 2: Ferdinand Pawlikowski, Johann Schober und Anton Rintelen am 9. Februar 1932 in Bad Radkersburg (v. l. n. r.) (Quelle: Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Pf 4941:C(19))

sammlungen und an den damit verbundenen Feiern teilnahm. Ein Brief Pawlikowskis an Kardinal Innitzer im Jänner 1931, in dem er ihn bat, im Namen der Bischöfe Rintelen zu danken, zeigt seine Wertschätzung für dessen Politik sowie die Verbindung des Bischofs zur christlichsozialen Partei: „Das Feiertagsgesetz ist nun glücklich unter Dach gebracht. [...] Es hat sich die christlichsoziale Partei diesmal wirklich angestrengt, den Wunsch der Bischöfe und der katholischen Bevölkerung nachzukommen. [...] Der Regierung, dem Gesamtklub der christlichsozialen Partei, dem Herrn Bundesminister Professor Rintelen – welchem überdies das Verdienst zukommt, die Sozialdemokraten im geeigneten Momente mürbe gemacht zu haben.“<sup>97</sup>

Hinweise in verschiedenen Biografien und Lebenserinnerungen von Politikern der Zeit bringen beide auch in die Nähe eines geplanten Staatsstreichs. Rintelen und Pawlikowski sollen demnach zusammen mit Heimwehrvertretern versucht haben, den damaligen Wiener Polizeipräsidenten Dr. Johann Schober<sup>98</sup> zu einem von der Heimwehr unterstützten Staatsstreich zu überreden.<sup>99</sup>

Im Herbst 1927 nahm Fürstbischof Pawlikowski erstmals an der gesamtösterreichischen Bischofskonferenz teil. In dieser ging es neben karitativen und liturgischen Belangen besonders um kultur- und kirchenpolitische Themen. Hier schlug man – noch unter dem Einfluss des Justizpalastbrandes – ausgleichende Töne an und wollte eine ausgesprochene Parteipolitik von den Jugendvereinen fernhalten, nachdem zuvor Unterrichtsminister Schmitz noch die Mithilfe der Kirche bei der Jugendarbeit erbe-

ten hatte. Im darauffolgenden Jahr referierte Pawlikowski in der Bischofskonferenz über die antikatholische Haltung des „Landbundes“ (nationalliberale Bauernpartei)<sup>100</sup>. Und im Jahr 1929 empfahl Pawlikowski zwar, dass sich der Klerus nicht aktiv an Heimatschutzveranstaltungen beteiligen sollte, sich bei diesen Veranstaltungen aber auch nicht ganz abseits stellen könne. Die katholischen Organisationen sollten sich vielmehr selbst bei Kundgebungen für „Volk und Heimat“ einbringen.<sup>101</sup>

Mit den Vorbereitungen für eine derartige für das Jahr 1930 geplante Veranstaltung – den „IV. Steirischen Katholikentag“ – begann der Fürstbischof in seiner Diözese bereits im Jahr 1929, einer Zeit der tiefen Wirtschaftskrise und politischer Verwerfungen.<sup>102</sup> Für die Organisation und Durchführung dieser mehrtägigen Veranstaltung war nicht mehr der katholische Volksbund, sondern die von Pawlikowski am 14. Dezember 1928 „angeordnete“ Katholischen Aktion (KA) zuständig.

Die Ursprünge der KA liegen im späten 19. Jahrhundert, doch erhielt sie durch Papst Pius XI 1922 starken Aufschwung. Sie verfolgte das Ziel, alle katholischen Bestrebungen von Priestern und Laien – zur Verwirklichung der katholischen Grundsätze – zusammenzufassen. Angestrebt wurde eine weitere Vereinheitlichung des katholischen Vereinswesens, die bereits im Umfeld des „III. Steirischen Katholikentags“ angedacht wurde, jedoch ohne dabei einen neuen Verein oder Verband zu schaffen.<sup>103</sup> Die Laien in den Vereinen sollten letztlich verstärkt in die Kirche eingebunden werden. Wie sich Fürstbischof Pawlikowski diese Einbindung vorstellte, zeigt ein Antwortschreiben auf eine an ihn gerichtete Petition des katholischen Frauenvereins der Grazer Franziskanerpfarre und von Pfarradministrator Steinwender. In diesem Brief formuliert der Fürstbischof seine Sicht wie folgt: „Die katholische Aktion verfolgt den Zweck, daß die Weisungen des hl. Vaters und der Bischöfe mit Hilfe der Laien durchgeführt werden. Demnach wäre es Aufgabe der Seelsorger, die katholischen Laien zur erforderlichen Aktivität anzuführen. Es ist doch zwecklos, daß die katholische Aktion Eingaben an die Bischöfe mache [...]“<sup>104</sup>.

Die Planungen zum Katholikentag 1930 begannen mit einem Brief des ständigen Arbeitsausschusses der KA, in dem elf Fragen an alle Dechanten der Diözese formuliert wurden. Das Grundthema der Veranstaltungen im Rahmen der Katholikentage sollte lauten: „Christ oder Antichrist“. Hierbei ging es vor allem um die Gegenüberstellung von Katholizismus und Kommunismus. Auffällig ist, dass im Unterschied zu den Katholikentagen im Jahr 1922 die kirchlich-religiösen, pastoralen und karitativen Aspekte diesmal im Vordergrund standen und erst in zweiter Linie über Themen wie Schulfrage, Jugendsorge, Presse und Vereinsarbeit sowie Ehe und Familienfragen gesprochen werden sollte.

Dem „IV. Steirischen Katholikentag“ am 11./12. Oktober in Graz gingen 16 Bezirkskatholikentage kleineren Umfangs voraus. Zur inhaltlichen Vorbereitung der Grazer Veranstaltung wurden in allen Pfarrkirchen der Stadt umfangreiche Predigten und Abendveranstaltungen abgehalten. In einer Festnummer des „Grazer Volksblatts“ wurden die bereits erwähnten Themen durch Beiträge bekannter katholischer Persönlichkeiten ausführlich besprochen.<sup>105</sup> Unter diesen Beiträgen war beispielsweise einer des Obmanns der KA der Diözese Dr. Theodor Proksch, der den Unterschied

zwischen katholischem Volksbund und KA beschrieb und festhielt, dass dieser darin bestehe, dass durch die KA Papst- und Bischofswort tatsächlich weitergeleitet werden und dadurch im katholischen Volk Einheit geschaffen werde.<sup>106</sup> Wie diese Einheit auszusehen hatte, beschrieben weitere Beiträge wie jener von Johann Ranftl, „Unsere katholische Literatur in Österreich“, sowie Max Kurz-Thurn-Goldensteins, „Katholizismus und bildende Kunst“.<sup>107</sup>

Der Ablauf der beiden Veranstaltungstage am 11./12. Oktober 1930 hielt sich in vielen Punkten an die Struktur des III. Katholikentages von 1922. Der Begrüßungsabend fand wiederum im Grazer Stefaniensaal mit Musikeinlagen statt. Pawlikowski sprach als erster Festredner von der Bedrohung der christlichen Kultur durch den Bolschewismus, der sich in der Zerstörung der Familie am deutlichsten zeige, wobei die Übergriffe auf Österreich nun die Katholiken herausfordern würden, Gegenmaßnahmen zu setzen.<sup>108</sup> Nach weiteren Ansprachen unter anderem von Landeshauptmann Rintelen und dem Bürgermeisterstellvertreter von Graz, Dr. Franz Stafella, ging der Abend mit der Papsthymne zu Ende.<sup>109</sup> Am nächsten Morgen versammelten sich die einzelnen Gruppen am Freiheits- und Karmeliterplatz, wobei in der Aufstellung neben dem Pfarr- und Vereinsprinzip diesmal auch das ständische Prinzip erkennbar war.<sup>110</sup> Zudem hatte der Festzug, begleitet von 20.000 Menschen, im Unterschied zu 1922 den Grazer Trabrennplatz zum Ziel. Dort angekommen, zelebrierte der Fürstbischof nach einer Festpredigt ein Pontifikalamt, ehe die anschließende Festversammlung mit einem kurzen Ausblick auf die Themen des Katholikentages eröffnet wurde. Die Festrede selbst hielt der Nationalratsabgeordnete und Schriftführer der KA Österreich Dr. Kurt Schuschnigg.<sup>111</sup> Er forderte die Zuhörer dazu auf, durch Bildung einer „wahren Gemeinschaft“ an einer besseren Zukunft – zu der „Heimatsdienst, Volksdienst und vor allem Gottesdienst führen – mitzubauen“<sup>112</sup>. Das katholische Österreich sei, so Schuschnigg, besonders zum Schutz der „deutschen Kultur“ aufgerufen. Die Jugend wiederum solle sich vor allem bei der Lösung der kulturellen Aufgaben engagieren. Zum Schluss erbat er den Segen und forderte – in Bezug auf den Bolschewismus – die Anwesenden mit den militärischen Kommandos: „Habt acht!“, „Vergatterung!“, „Rechts schaut!, der Feind steht links“<sup>113</sup> und einem „Zum Gebet“ auf, nun ans Werk zu gehen. Nach der Schlussansprache Pawlikowskis, einem gemeinsamen Glaubensbekenntnis und dem Lobgesang „Großer Gott wir loben dich“ folgten dann an verschiedenen Veranstaltungsorten die einzelnen Fachversammlungen.<sup>114</sup> Im Unterschied zu den Katholikentagen 1922 wurden in diesen Fachberatungen jedoch keine Resolutionen und Entschlüsse verabschiedet.<sup>115</sup> Vielmehr ging es darum, die KA ebenso wie die Position der Bischöfe zu stärken. Damit leiteten die Katholikentage von 1930 eine weitere Gleichschaltung und Zurückdrängung der katholischen Vereine ein, die im Jahr 1934, nach Neuorganisation der KA, eine nächste Stufe erreichen sollte. Der IV. Steirische Katholikentag von 1930 fand schließlich mit einer zweimaligen Aufführung des „Jedermann“ vor der Herz-Jesu-Kirche sein Ende.<sup>116</sup>

## **Pfarrer Friedrich Ulrich und die Grazer Heilandskirche in der Ersten Republik**

Versuchte sich die Katholische Kirche seit dem späten 19. Jahrhundert vehement gegen die „Los-von-Rom“-Bewegung und den Abfall der Gläubigen zur Wehr zu setzen, so brachte sie auf der anderen Seite der evangelischen Kirche einen erheblichen Mitgliederzuwachs. Im Pfarrgemeindegebiet von Graz stiegen die Mitgliederzahlen zwischen 1880 und 1900 von etwa 2.400 auf 4.500, und bis 1908 noch einmal auf zirka 7.000 Personen.<sup>117</sup> Aufgrund dieses Wachstums konnten immer wieder neue Pfarrgemeinden und Predigtstellen geschaffen werden. So wurde 1910 am rechten Murufer eine eigene Pfarrgemeinde gegründet, die 1914 die Kreuzkirche im Volksgarten übernahm.<sup>118</sup> Eine zentrale Rolle in dieser Entwicklung und in der Grazer „Los-von-Rom“-Bewegung hatte der gebürtige Sachse Pfarrer Karl Eckardt, der im Jänner 1898 nach Graz kam und in der Heilandskirche bis 1917 als Pfarrer und Senior sowie zwischen 1922 und 1927 als Kurator wirkte.<sup>119</sup> Er gründete nicht nur zahlreiche Vereine und unterstützte karitative Einrichtungen, sondern schuf ab 1899 mit der evangelischen Zeitung „Grazer Kirchenbote“ auch ein überregional anerkanntes Kirchenblatt.

Unter dem bereits erwähnten Pfarrer Friedrich Ulrich, der zwischen 1917 und seinem Tod 1944 als Pfarrer der Heilandskirche an der Entwicklung der evangelischen Gemeinden einen wesentlichen Anteil hatte, entwickelten sich die Mitgliederzahlen bis zum Jahr 1938 stetig nach oben.<sup>120</sup> Neben politisch-deutschnational motivierten Konversionen traten aber auch viele Sozialdemokraten aus Gründen der Verbindung zwischen der römisch-katholischen Kirche und der christlichsozial dominierten Regierung zum Protestantismus über. Ein weiteres Motiv für viele Übertritte war das in Österreich herrschende katholische Eherecht, das eine Unauflöslichkeit der Ehe vorsah.<sup>121</sup>

Diese Zusammensetzung der evangelischen Gemeinden aus „Alt“-, „Los-von-Rom“-, politischen- sowie pragmatischen Protestanten hatte zur Folge, dass im Gegensatz zu den Katholiken, die sich zu großen Teilen der christlichsozialen Partei zugehörig fühlten, eine inhomogene politische Einstellung vorherrschte, die wiederum Auswirkungen auf die innerkirchlichen Diskussionen und Positionen hatte. Schon bei der Wahl des 1877 im deutschen Wörlitz geborenen Friedrich Ulrich zum Pfarrer der Grazer Heilandskirche standen sich innerhalb des Presbyteriums zwei Fraktionen gegenüber: die deutschnational ausgerichtete „Gemeindepartei“ sowie die von Eckhardt unterstützte „Bewusst-Evangelische Partei“. Zunächst unterlag Ulrich dem von der deutschnational eingestellten Fraktion unterstützten Pfarrer von Maribor/Marburg an der Drau, Ludwig Mahnert, konnte aber – nachdem dieser auf den Posten verzichtet hatte – dennoch die Stelle als Pfarrer antreten, die er schließlich bis zu seinem Tod im Jahre 1944 innehatte.

Trotz dieser Anfangsschwierigkeiten gelang es Friedrich Ulrich – mit einem unermüdlichen Eifer ausgestattet – bereits nach kurzer Zeit, sich einen Namen als angesehenen Seelsorger, Prediger, Vortragender, Lehrer und Kirchenpolitiker zu machen. Er konnte sich bei den innerkirchlichen Auseinandersetzungen, die auch weiterhin die Senioratsversammlungen, Kirchentage und Generalsynoden bestimmten, als Delegierter seiner Gemeinde auch überregional positionieren.

Pfarrer Friedrich Ulrich selbst wurde in jungen Jahren von der „Los-von-Rom“-Bewegung geprägt, die er aber nicht als rein politische Bewegung verstand: „Gewiß hat sie politische Wirkungen gehabt, die dem Klerikalismus auf die Nerven gingen. Gewiß ist auch vielerorts das Politische mitwirksam gewesen als auslösende Kraft, aber da trat es auf als national-politisch, als deutscher Widerwille gegen undeutschen Klerikalismus. Wer die Zeit vor dem Kriege in Böhmen, Mähren und in Untersteiermark miterlebte, der kann ein Liedlein singen von dem deutschen Zorn über Roms Kirchenpolitik.“<sup>122</sup> Es kann also an Friedrich Ulrichs deutschnationaler Einstellung kein Zweifel bestehen und konsequenterweise befürwortete er stets die Angliederung Österreichs an Deutschland nicht nur aus konfessionellen Gründen:

„[...] wir Deutsche des Alpenlandes gehören ganz selbstverständlich zusammen mit den Deutschen Deutschlands. Das Eifern unserer Feinde gegen den Anschluß ist uns ein deutlicher Fingerzeig in dieser Richtung. Unsere Sprache, unsere Geschichte, unsere ganze innere Kultur sprechen zu uns: Schließt euch auch staatspolitisch zusammen! [...] Weil ein Volk, das staatlich zerteilt wurde, das Recht hat, sich nach seiner Art zu einem Staatsganzen wieder zusammenzuschließen, darum erheben wir Evangelische unsere Stimme für den Zusammenschluß von Deutschland und Österreich.“<sup>123</sup>

Dieser Anschlusswunsch sowie seine Abneigung gegenüber den großen politischen Parteien und den Ideologien, die dahinterstanden, bewirkten, dass Ulrich sich später bereitwillig dem Nationalsozialismus anschloss. Der Christlichsozialen Partei (CSP) warf er ihre Verbindung mit der römisch-katholischen Kirche vor und an der Sozialdemokratie (SDAP) störte ihn die antireligiöse Haltung. Zudem betrachtete er den Austromarxismus als einen „jüdisch verseuchten“ Ableger des Bolschewismus, womit Ulrich sich auch als Antisemit positionierte.<sup>124</sup>

Seine überregionale Bedeutung erlangte Ulrich vor allem durch die von ihm gegründete Monatszeitschrift „Säemann“, die österreichweit das einzige evangelische Kirchblatt war, und die er als alleiniger Eigentümer, Herausgeber sowie Verleger zu verantworten hatte.<sup>125</sup> Die Zeitschrift sollte eine Verbindung zu allen evangelischen Glaubensgenossen und -genossinnen schaffen und fand sowohl in der gebildeten städtisch-bürgerlichen als auch in der ländlichen Bevölkerung sowie in den Industriegegenden eine Leserschaft. Inhaltlich wurden verschiedene Themenbereiche – von religiös-theologischen Texten bis hin zu Beiträgen aus den Naturwissenschaften, Literatur, Kunst etc. – veröffentlicht. Die Artikel selbst, viele von Ulrich selbst geschrieben, können mit deutschnational, antisozialistisch, antikatholisch und antisemitisch beschrieben werden.<sup>126</sup> Im „Säemann“ wurden jedoch nicht nur antisemitische Texte religiöser evangelisch-lutherischer Prägung veröffentlicht, sondern es erschienen regelmäßig auch Artikel mit einem dezidiert rassistischen Gedankengut, in denen eine direkte Verbindung zwischen jüdisch und kriminell, anti-deutsch, kommunistisch und Ähnlichem hergestellt wurde.<sup>127</sup>



**Der Säemann**

**Evangelisches Kirchenblatt für Oesterreich**

VII. Jahrgang      Graz, 15. September 1927      Folge 9

Er erscheint am 15. jedes Monats. — Preis für das Halbjahr: in Oesterreich 1.50 Schilling, für Deutschland 1.50 Mart. — Postsparkasse-Rente Wien N 8370    Anschrift für Schriftleitung und Verwaltung: Graz, Hauptpostamt, Postfach 221.    Postfachamt Berlin, Rente Nr. 122.956

**G r a z .**

Die Gedanken aller österreichischen Protestanten sind in der letzten Septemberwoche nach Graz gerichtet. In der zweitgrößten Stadt Oesterreichs, in der Hauptstadt der Alpenländer tagt der Gustav Adolf-Verein. Jeder österreichische Protestant sagt der Gustav Adolf-Verein schon auf Oesterreich gewendet hat. Nun endlich kehrt er mit seiner Gesamttagung bei uns ein. Wir haben ihm das Fest zugrueht, soweit es unsere Kraft erlaubte. Wir hoffen, daß unsere Gäste sich unter uns wohl fühlen. Wir kommen ihnen nicht mit unseren Nöten. Mit unserer Freude vielmehr wollen wir sie umgeben. Wollen ihnen zeigen, was wir sind und haben. Sie sollen merken, daß hier ein deutscher Volksstamm in seiner Weise mitarbeitet am deutschen Gesamtleben. Sie sollen fühlen, daß wir uns freuen, desselben Glaubens mit ihnen zu sein. Auf dem Gewissen der Grazer Gemeinden ruht in diesen Tagen die Ehre des gesamten österreichischen Protestantismus. Die im stillen Kämmerlein die Hände falteten, sie mögen darum unser in Graz gedenken, denn mit unserer Macht ist nichts getan. All unser Mühen ist umsonst ohne die Gnade Gottes. Daß Er Gnade gäbe, daß allen, die teilnehmen am Gustav Adolf-Fest, zum Bewußtsein komme die Herrlichkeit der Einen unsichtbaren christlichen Kirche, an die wir glauben: das sei unser aller Gebet.

Abb. 3: Ankündigung zur Hauptversammlung der Gustav-Adolf-Stiftung, September 1927 (Quelle: Der Säemann, 15. September 1927, 1)

Neben der Publizistik nutzte die evangelische Kirche in Graz auch regelmäßig religiöse Massenveranstaltungen, um die Gläubigen und eine Stärkung des inneren Zusammenhalts zu erreichen sowie ihre Inhalte zu transportieren. Im Jahr 1927 konnte die Grazer evangelische Gemeinde, unter der Leitung von Pfarrer Ulrich, die erstmals außerhalb Deutschlands ausgetragene (72.) „Hauptversammlung des evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung Deutschlands“<sup>128</sup> ausrichten. Bereits im Vorfeld dieser Großveranstaltung gab es Diskussionen über das Motiv auf einer vom Bildhauer Wilhelm Gösser entworfenen Bronze-Gedenkmedaille. Der geplante Entwurf, mit einer Szene, die das „Würfelspiel am Haushammerfeld“ darstellte, kam schließlich nicht zur Ausführung.

Die Tagung selbst – zu der rund 1.400 Delegierte anreisten – fand von 27. bis 30. September 1927 in Graz statt. Den Festvortrag der Eröffnungsfeier hielt Univ.-Prof. Dr. Gerhard Ritter aus Freiburg zum Thema: „Die Reformation und das politische Schicksal Deutschlands“. Im Anschluss daran sprach der Bürgermeisterstellvertreter

von Graz, Adolf Fizia,<sup>129</sup> und betonte dabei sehr deutlich seinen Anschlusswunsch an Deutschland. Auch der Geheime Kirchenrat Prof. D. Rendtoff äußerte in der anschließenden Rede ein Bekenntnis zur Vereinigung beider Staaten.<sup>130</sup> Diese Ansprachen wurden laut einer Beschreibung im „Säemann“ von den Teilnehmern begeistert aufgenommen: „Die Massen der Teilnehmer wurden natürlich mitgezogen; die Österreicher jubelten das Deutschlandlied aus voller Brust, die Reichsdeutschen rissen schleunigst das Marschtempo des Liedes einstimmig an sich [...]“<sup>131</sup>

Als Abendveranstaltungen wurden während der Tagung das Oratorium „Es ist ein Reis entsprungen“<sup>132</sup> im Grazer Opernhaus sowie steirische Volkslied- und Tanzvorführungen von der evangelischen „Grazer Kreuzfahrergruppe“<sup>133</sup> in den Annen- und Steinfeldersälen aufgeführt. Höhepunkt der Hauptversammlung war der von 4.000 Menschen begleitete Festumzug vom Kaiser-Josef-Platz in die feierlich geschmückte Grazer Industriehalle zum Festgottesdienst. Dieser Umzug fand, da die Grazer Behörden jegliche musikalische Begleitung verboten hatte, jedoch schweigend statt.<sup>134</sup>

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass diese Tagung dazu beigetragen hat, den österreichischen Protestantismus verstärkt mit dem deutschen Protestantismus zu verbinden. Das Grazer interkonfessionelle Klima war – nicht zuletzt durch Ulrichs Rom-kritische Artikel im „Säemann“ und den politischen Konversionen – zwar angespannt, dennoch halfen zahlreiche Katholiken bei der Organisation beziehungsweise Unterbringung der Delegierten mit.<sup>135</sup> Die weitreichenden Kontakte, die die Grazer evangelische Gemeinde im Umfeld der Veranstaltung geknüpft hatte, mussten schon ein Jahr später bemüht werden, als die Heilandskirche durch den Bankrott des Grazer Bankhauses Lorenzutti-Eisler ihr gesamtes Vermögen verlor. Die Sanierung der Finanzen gelang schließlich, in der Hochphase der Weltwirtschaftskrise, durch eine 10.000-Mark-Spende des Gustav-Adolf-Hauptvereins.<sup>136</sup>

### **Jüdisches Leben – jüdischer Alltag<sup>137</sup>**

Ähnlich wie die evangelische und die katholische Kirche sich mit Fragen der inneren Organisation und der jeweiligen Positionierung zu politischen und gesellschaftspolitischen Fragen wie auch zu den politischen Bewegungen der Zeit zu befassen hatten, war auch die jüdische Gemeinde damit konfrontiert sich zu fragen, was denn Judentum für den Einzelnen wie auch die Gemeinschaft bedeuten könnte. Es kursierten Vorstellungen von Judentum als Religion, Konfession, Volk oder Nation und die jeweiligen Vertreter einer Richtung boten den Menschen je unterschiedliche Antworten auf die Krisen der Zeit an. Zu diesen grundsätzlichen Fragen kamen allerdings noch erhebliche Bedrohungen von außen hinzu. Allen voran der sich immer weiter verstärkende Antisemitismus, der jüdisches Leben zunehmend einschränkte und die Räume jüdischer Vergemeinschaftung schrumpfen ließ.

Die Synagoge, die Religion, jüdische Riten und Gebräuche, die lange Zeit die verbindlichen Bereiche jüdischen Lebens und jüdischer Identität waren, gerieten der allgemeinen Tendenz der Zeit folgend ins Wanken. So war auch die jüdische Gemeinde in den 1920er- und 1930er-Jahren mit einer zunehmenden Säkularisierung konfron-

tiert, weshalb in einem Geleitwort für das Jahr 1930 in den Mitteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde diese mangelnde religiöse Einstellung der Gemeindemitglieder auch angeprangert wurde:

„Nicht ohne tiefes Weh müssen wir gestehen, daß auch in unserer Gemeinde die religiösen Werte, die unserer Gemeinschaft und jedem einzelnen von uns so unendlich viel Glück und Frieden gegeben haben, in vielen Kreisen unbeachtet bleiben. [...] Möchte doch jeder einzelne bedenken, daß er durch seinen Besuch des Gotteshauses nicht allein dem religiösen Gedanken dient, sondern auch zur Stärkung des Stammesbewußtseins, zum Gemeinschaftsgedanken, auf den wir in diesen ernsten Tagen mehr denn je angewiesen sind, beiträgt. Es muß in unserer so exponierten Gemeinde, die so abseits von anderen Gemeinden liegt, der religiöse Gedanke ganz besonders gepflegt werden, soll unsere Jüdischheit nicht verkümmern. Laßt uns darum unserer sittlichen Pflicht bewußt werden und an einem starken und erhabenen Judentum bauen, das uns zum Heile, der Menschheit zum Segen werde. An einem Judentume, das sich aufbaut auf guter, alter Vätersitte, auf Tugend, Recht und Sittlichkeit, auf Demut und Bescheidenheit, auf Fleiß und Hingabe, auf Ehrfurcht und Pietät, auf Erhaltung und nicht auf Zerstörung.“<sup>138</sup>

Dem Aufruf ist zu entnehmen, dass die Vorstellung, wonach Judentum vor allem eine religiöse Gemeinschaft sei, zunehmend auf Ablehnung und die religiösen Traditionen auf Desinteresse bei den Gemeindemitgliedern stießen. Vielmehr kam es auch in Graz, wie in vielen anderen jüdischen Gemeinden, zu einer Uminterpretation dessen, was denn als jüdische Identität zu verstehen sei. Nicht mehr die Religion alleine stand im Zentrum, sondern eine kulturelle und auch politische Verbundenheit trat an die Stelle religiöser Einheit. Zunehmend übernahm der Zionismus mit seiner Idee der jüdischen Nation die identitätsstiftende Funktion innerhalb breiter Teile der Bevölkerung. Dem standen aber auch andere Vorstellungen, wie jene der jüdischen Konfession, der „Österreicher jüdischen Glaubens“ gegenüber. Diese traten zumeist in Opposition zu den zionistischen Vorstellungen und organisierten sich unter dem Dach der „Union (deutsch-)österreichischer Juden“.<sup>139</sup>

Trotz der innerjüdischen Auseinandersetzungen ist zu beachten, dass alle sich zum Teil widersprechenden Entwürfe jüdischen Selbstverständnisses und jüdischen Lebens unter dem Dach einer Kultusgemeinde Platz fanden: sie alle agierten innerhalb der jüdischen Einrichtungen und Vereine. Und als für alle Gruppierungen verbindliches Element stand dabei der Kampf um ein selbstbewusstes und offen lebbares Judentum in Graz und der Steiermark. Das bedeutete, dass sich sowohl Zionisten wie auch Unionisten und religiös-orthodoxe im gleichen Maße gegen die sich verstärkende Austrittsbewegung wie auch gegen jegliche Form des Antisemitismus stellten.

Der Austrittsbewegung stellte man verstärkt Aktivitäten seitens der Gemeinde und der Vereine entgegen und griff dabei immer wieder auf die Gemeindezeitschrift zurück. So schrieb der zionistisch orientierte Lehrer Herrmann im März 1933 in den Mitteilungen der IKG von den „Abtrünnigen“ und konstatierte, dass es nicht mehr wie

im 19. Jahrhundert die materiellen Interessen allein sein könnten, die zum Austritt bewegten. Denn „heute sind materielle Vorteile durch Glaubenswechsel nur noch selten einzutauschen, denn das Zeitalter der demokratischen Staatsmaschinerien hat scheinbar der Kirche den Einfluss auf Staat und Wirtschaft stark beschnitten, um diesen Einfluss Parteien und Weltanschauungsgruppen zuzuschancen.“ Demnach sei nicht mehr der Konfessionswechsel zum Christentum, sondern die Konfessionslosigkeit das Ziel der Austretenden. Dies sei, so Herrmann weiter, Ergebnis „der blutleeren Assimilationstheorie, von der auch viele unserer heutigen Zeitgenossen gedanklich noch nicht loskommen können, die in falsch verstandenem Emanzipationsdrange die nationalen Fesseln des Judentums von sich warfen und das Judentum als eine Religionsgemeinschaft proklamierten.“<sup>140</sup>

Herrmann sieht somit in der Vorstellung der „jüdischen Konfession“, die neben der katholischen oder protestantischen in einem Staat existiert, das Grundproblem für die Austritte. Denn würde man Judentum als „Volksgemeinschaft, in der allerdings das religiöse, d. h. die in Tat umgesetzte höchste Ethik, höchste Sittlichkeit, dominierend wirkt“, betrachten, so wäre der Austritt nur schwer möglich, da er eben nicht einem Vereinsaustritt gleichzustellen sei. Und so schließt er damit, dass jeder Austritt aus dem Judentum „unserer Auffassung vom Judentum als einer Volksgemeinschaft, zu der sich jeder aufrechte Jude bekennen müßte“ folgend, als ein Selbstbetrug zu werten sei.

Führte Herrmann die zunehmende Austrittsbewegung einerseits auf die Folgen der „Assimilation“ der letzten Jahrzehnte und andererseits auf die zunehmende politische Ideologisierung der Gesellschaft zurück, so darf dabei die generelle wirtschaftliche Not und der vonseiten der Mehrheitsgesellschaft ausgeübte Assimilationsdruck nicht vergessen werden. Denn häufig war es Juden durch ihr offenes Bekenntnis zum Judentum nicht möglich, bei nichtjüdischen Arbeitgebern Arbeit zu finden, weshalb sie einzig im Austritt aus dem Judentum eine Lösung zu erkennen glaubten. Steigende Austrittszahlen korrelierten zumeist mit steigendem Antisemitismus, aber auch mit politischen Überlegungen und einer Zunahme des Säkularismus.

Neben den zionistischen Positionen, die sich der Stärkung der jüdischen Nation und vor allem der Aufbauarbeit Palästinas widmeten, gab es noch weitere Strömungen, die sich zumeist in einzelnen Vereinen sammelten und auch artikulierten. Zentral waren für die Zeit der Ersten Republik abseits der vielen Wohltätigkeits- und Sozialvereine die verschiedenen zionistischen Vereine und Organisationen, der Israelitische Humanitätsvereine B'nai B'rith als Sammelbecken des kleinen jüdischen Bürgertums<sup>141</sup>, der Bund jüdischer Frontsoldaten<sup>142</sup> und vor allem der Sportverein Hakoah.<sup>143</sup> Sie alle boten der jüdischen Bevölkerung von Graz und der Steiermark Platz, ihr Judentum zu leben, und traten zugleich offensiv gegen jedwede antisemitischen Angriffe auf.

Diese Zielrichtung, der Abwehr des Antisemitismus, legte beispielsweise der Bund jüdischer Frontsoldaten (BJF) in seinem Gründungsaufwurf von 1932 anschaulich dar:



Abb. 4: B'nai B'rith Loge „Graz“ in der Keesgasse, 1932 (Quelle: B'nai B'rith Mitteilungen für Österreich, H. 7, 1932)

„[...] Vierzehn Jahre haben wir geschwiegen, nun ist aber auch unsere Geduld zu Ende.

Wir fordern, daß die staatliche Autorität und Exekutive unsere Rechte vor jeder Antastung und Schmälerung schütze! Die Straße darf nicht jugendlichen Heißspornen und irregeleiteten Desperados überantwortet werden!

Wir jüdische Frontsoldaten und Invalide, wir jüdische Besitzer von Tapferkeitsmedaillen und Kriegsdekorationen haben gemeinsam mit den nichtjüdischen Frontkameraden unsere Heimat verteidigt und beschützt.

Soll nun die Judenschaft für den verlorenen Weltkrieg, in dem sie ungeheure Opfer an Gut und Blut brachte, für die Weltwirtschaftskrise, unter der sie selbst am meisten leidet, für alles Elend zum Sündenbock gemacht werden? Soll nun das von uns verteidigte Vaterland unsere Opferwilligkeit durch Entrechtung lohnen? Soll das der Dank für die ungezählten jüdischen Heldenopfer sein? Nein! Nein! und abermals nein!

Wir werden als Juden angefeindet. Die jüdische Not hat uns zusammengefügt. Wir verlangen von der Regierung die selbstverständliche Respektierung unserer staatsbürgerlichen Rechte, wir fordern Ruhe und Ordnung, um mitwirken zu können am Aufbau und Fortschritte Österreichs. Wir werden an Ehre, Gut und Leben bedroht. Die Zukunft unserer Kinder steht auf dem Spiele. Auf uns selbst gestellt, wollen wir gegen die frechen Provokationen des Hakenkreuzes wie ein Mann aufstehen: zum Selbstschutz, zur Selbstwehr.

Wir kämpfen für keine Partei, wir kämpfen für unsere Rechte! Wir lassen uns nicht verdrängen noch einschüchtern! Von niemandem!  
Aufrechte Juden, Frontsoldaten, Krieger! Tretet in unsere Reihen und werbet für unsere Bestrebungen!<sup>144</sup>

Damit positionierte sich der Bund jüdischer Frontsoldaten abseits seiner generellen Zielrichtung der Verteidigung gegen den Antisemitismus auch in Hinblick auf seine Vorstellung jüdischen Lebens und jüdischer Zukunft. Zwar wurde er 1932 als „unpolitische jüdische Abwehrorganisation“ nach dem Vorbild des deutschen Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten gegründet, doch richtete sich seine Programmatik zunehmend nach innen. Nicht die Emigration nach Palästina, nach Eretz Israel (Land Israel), sollte die Lösung eines immer schwieriger werdenden jüdischen Lebens in Österreich sein, sondern ein offenes Auftreten, das Einfordern der seit der Emanzipation gültigen staatsbürgerlichen Rechte. Der Staat sollte den jüdischen Bürgern endlich jene Grundrechte gegen alle Angriffe sichern, die ihnen durch die Verfassung zugesichert wurden. Untermauert wurde die Forderung mit dem Hinweis, dass sich auch die jüdische Bevölkerung während des Ersten Weltkrieges für die Heimat, das Vaterland stark gemacht und mit der Waffe in der Hand gekämpft hat. Mit diesem Hinweis und dem Hervorheben der Rolle der jüdischen Soldaten während des Ersten Weltkrieges begegneten die Frontsoldaten auch einem weit verbreiteten antisemitischen Stereotyp, wonach Juden nicht wehrhaft seien, kein Vaterland hätten und sich während des Weltkrieges im Hinterland am Elend der Soldaten und christlichen Bevölkerung bereichert hätten.<sup>145</sup>

Ähnlich wie die Frontkämpfer richtete sich auch der jüdische Sportverein gegen antisemitische Angriffe. Dabei verfolgte die zunächst zionistisch orientierte und ab den 1930er-Jahren weitgehend unpolitisch auftretende Hakoah allerdings ein anderes Konzept.<sup>146</sup> Sie war als größter jüdischer Verein der Zwischenkriegszeit das Aushängeschild der jüdischen Bevölkerung und trat dabei im sportlichen Wettkampf nichtjüdischen Vereinen gegenüber. Dahinter verbarg sich der Gedanke der jüdischen Turn- und Sportbewegung, wie sie am zweiten Zionistenkongress 1898 von Max Nordau festgelegt und in einem Aufruf von 1931 in den Mitteilungen der IKG der Grazer Gemeinde dargelegt wurde:

„Daß bei uns Juden, die wir der Welt bereits seit langem genügend Beweise unserer geistigen Vorzüge geliefert haben, unserer körperlichen Nachteile jedoch vielfach dem Spotte ausgesetzt waren, der Ertüchtigung auch auf diesem Gebiete besonderes Augenmerk zugewendet werden muß, wurde von unseren Führern schon lange vor dem großen Kriege erkannt. [...]

Die Juden, die sich sehr bald mit dem jüdischen Sportgedanken befreundet hatten, leisteten diesen Organisationen [den Sportvereinen, Anm. der Verf.] allseits die nötige Unterstützung und so konnte es geschehen, daß allmählich das Märchen vom feigen und schwächlichen Judenjungen in Vergessenheit geriet und an dessen Stelle eine gesunde, selbstbewußte Generation trat, welche den anderen Völkern in jeder Beziehung, wenn nicht überlegen, so mindestens gleichwertig ist.“<sup>147</sup>



Abb. 5 und Abb. 6: Der BfJ während der Einweihungsfeierlichkeiten für das jüdische Helden-  
denkmal am jüdischen Friedhof 1935 (© Privatarchiv Pichler)

Die jüdische Sportbewegung entwickelte sich ab 1898 und hatte in Graz ab 1904 in Form des Jüdischen Turnvereines<sup>148</sup> Fuß gefasst. 1919 wurde als Nachfolgerin des Jüdischen Turnvereines die Hakoah gegründet<sup>149</sup>, die sich in den folgenden Jahren zum Kristallisationspunkt jüdischen Selbstverständnisses und einem Sammelbecken für beinahe alle in Graz lebenden Jüdinnen und Juden entwickelte.<sup>150</sup> Denn abseits der verschiedenen sportlichen Sektionen wie Fußball, Handball, Schach und Schwimmen gab es eine eigene Kultur- und Vergnügungssektion, die verschiedenste Veranstaltungen organisierte und somit der jüdischen Jugend Raum bot, sich zu vergemeinschaften und Judentum zu leben. Die Hakoah war zentraler Verein und Ort jüdischen Lebens. Sie war zugleich im privaten und öffentlichen Raum tätig, indem sie nach innen der jüdischen Bevölkerung Halt zu geben versuchte und nach außen gegen antisemitische Agitationen auftrat. Gleichzeitig hatte sie auch unter antisemitischen Angriffen zu leiden. Wie beispielsweise im Mai 1928, als die Hakoah ihre Spieler aus einer steirischen Fußballauswahl zurückziehen musste, da sich ein Leobener Sportverein weigerte, gegen jüdische Spieler anzutreten.<sup>151</sup>

Ging die jüdische Sportbewegung der Steiermark vom Engagement einzelner zionistischer Personen aus, so entwickelte sich der Sportverein spätestens ab den 1930er-Jahren zum großen und übergreifenden jüdischen Verein in der Steiermark, der allen Jüdinnen und Juden unabhängig von ihrer politischen Einstellungen offenstand. Auch



Abb. 7: Turner der Hakoah Graz (© Russisches Staatliches Militärarchiv)



Abb. 8: Verbindungsheim der jüdischen Studentenverbindung „Charitas Graz“ (© Russisches Staatliches Militärarchiv)

trat die Zielrichtung Spitzensport<sup>152</sup> in den Hinter- und der Gemeinschaftsgedanke in den Vordergrund, um auf diese Weise Zufluchtsort in den als schwieriger werdend empfundenen Zeiten zu sein. Ein Faktor dieser Empfindung war neben den politischen Umwälzungen in Deutschland ab 1933 auch der ständig zunehmende und immer offener und selbstverständlicher zur Schau gestellte Antisemitismus.

### **Antisemitismus**

Charakteristisch für die Steiermark, wie für einen Großteil von Österreich, ist, dass der Antisemitismus bis zum Aufstieg der Nationalsozialisten und deren Machtübernahme 1938 vor allem als „kultureller Code“ diente.<sup>153</sup> Das Bekenntnis zum Antisemitismus, das von vielen Menschen offen abgegeben wurde, stand für antidemokratische, antimarxistische, antisozialistische, antiemanzipatorische und allgemein antimoderne Geisteshaltungen und hatte zunächst nichts mit einem wie auch immer gearteten Verhalten von Jüdinnen und Juden zu tun. Vielmehr war der Antisemitismus wie auch der Antislawismus Teil eines Selbstverständnisses breiter Bevölkerungsschichten, die sich selbst als „deutsch“ und Graz als die „deutsche Stadt“ betrachteten.<sup>154</sup> Dabei war der Antisemitismus keineswegs auf konservative und nationale Gesellschaftsgruppen beschränkt, sondern gerierte sich lager- und religionübergreifend.<sup>155</sup> Jedes politische, religiöse und gesellschaftliche Lager hatte demnach seine eigenen Stereotype, die vom

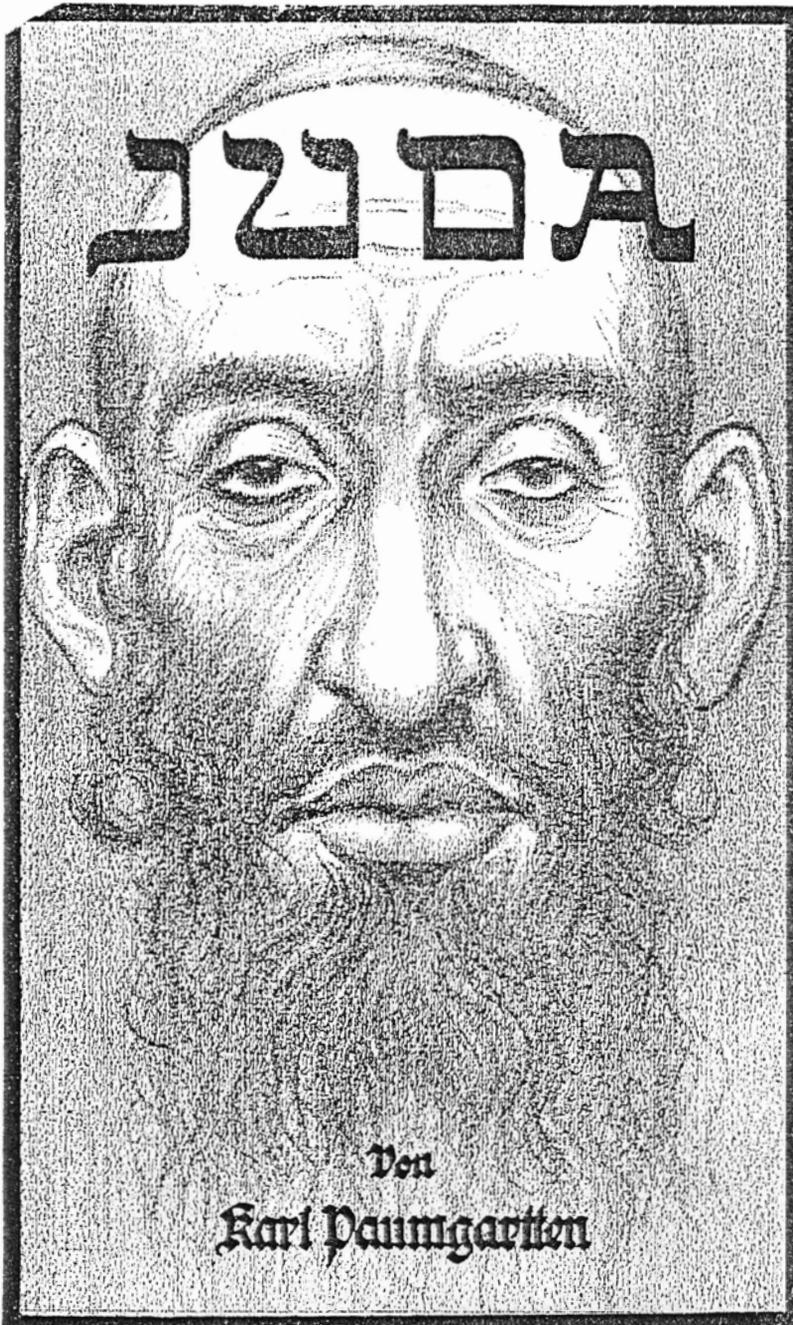


Abb. 9: Cover des antisemitischen Pamphlets von Karl Paumgarten „Juda“, erschienen im Grazer Leopold Stocker Verlag, 1921

Christusmörder über den Wucherer und Kapitalisten bis hin zum internationalen Marxisten und Sozialisten reichten.

Sichtbar wurde der Antisemitismus in unterschiedlichen Formen, wobei der publizistische Antisemitismus sicherlich die häufigste Ausdrucksform war. Antisemitismus war in dieser Zeit ein vorrangiges Phänomen des medialen Diskurses und in dieser Form immer vorhanden. Allerdings kulminierte er im Zuge unterschiedlicher Ereignisse, wobei dabei auch grundlegende Argumentationsmuster und Anschauungsweisen der Zeit sichtbar werden.

Einen ersten Höhepunkt antisemitischer Agitationen erlebte die Steiermark während des Ersten Weltkrieges. So zog sich beispielsweise die Ablehnung der jüdischen Flüchtlinge und Zuwanderer während des Ersten Weltkrieges und der Zwischenkriegszeit wie ein roter Faden durch die Grazer Stadtpolitik und Öffentlichkeit. Neben einer Ausweisung aus allen städtischen Wohnungen wurde beispielsweise von Bürgermeister-Stellvertreter Fizia eine generelle Abschiebung gefordert.<sup>156</sup> Aber auch eine zunehmende „Verjudung des Handelsstandes“ wurde lautstark moniert und trug zu einer Verschärfung der Situation bei, wobei die erste Zielrichtung dieser antisemitischen Angriffe vor allem in Richtung osteuropäische Zuwanderer gesetzt wurde, denen die Schuld an vielen Versorgungs- oder allgemein den Nachkriegsproblemen gegeben wurde. So sprach Gemeinderat Ferdinand Herzog von der Nationalmittelständischen und Christlichsozialen Bürgerpartei 1919 im Zuge der Forderung nach einem politischen Vorgehen gegen die jüdischen Flüchtlinge davon, dass „es [die] Pflicht einer Gemeinde [sei], die hier ansässigen Personen in ihrem Erwerb nicht zu gefährden, zumal dann, wenn es sich um Personen handelt, die in der Kriegszeit schwere Opfer brachten, was man von den Juden nicht behaupten kann.“<sup>157</sup>

Juden wurden im Zuge dieser Debatte als unmittelbare Konkurrenz wahrgenommen und, durch antisemitische Argumentationsmuster untermauert, ihre Ausweisung gefordert. Diese, zumeist in Form von Anfragen an den Bürgermeister vorgebrachte, Forderung wiederholte Gemeinderat Herzog schließlich noch einmal im Februar 1920,<sup>158</sup> wobei ihm der sozialistische Bürgermeister Muchitsch eine abschlägige Antwort erteilte, indem er sich auf die Einhaltung der Gewerbeordnung und der gültigen Gesetze, die für die Behandlung der jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner maßgeblich seien, berief.<sup>159</sup>

Muchitsch gab damit zwar weitgehend die Linie der offiziellen Stadtpolitik vor, doch tat dies den Bestrebungen verschiedener antisemitischer Personengruppen keinen Abbruch. Im Zentrum stand immer die Frage der Wohnungsknappheit sowie der Wirtschaftskrise. Es wurde immer ein Gegensatz zwischen „erbgesessenen Grazern“ und „den“ „Ostjuden“, die „sich mit der ihrer Rasse eigentümlichen Zähigkeit in den Handelsstand eingeniestet [hätten]“ aufgebaut. Ausgehend von dieser Trennung wurde das Phänomen der Wirtschaftskrise auf einen Gegensatz zwischen „Juden“ und „Grazern“ vereinfacht.

Antisemiten unterschieden somit zwischen „Erbgesessenen“<sup>160</sup> und „Ostjuden“, wobei der Antisemitismus zentrale identitätsstiftende Aufgaben zu übernehmen hatte. Vor der Folie der „Anderen“, der „Fremden“, der „Ostjuden“ wurde das „Eigene“,

der „Erbgesessene“ entworfen. Dabei hatten die Diskussionen rund um ostjüdische Zuwanderung während und unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kaum reale soziale und wirtschaftspolitische Hintergründe. Sie erlangten vielmehr zentrale Bedeutung für jene, die sich als „deutsch“ „antisemitisch“ „antimarxistisch“ und letztlich auch „antidemokratisch“ verstanden. Kommuniziert wurden diese Bilder vor allem von der national-konservativen Presse, wie beispielsweise dem „Grazer Tagblatt“, und von einschlägigen Verlagen.<sup>161</sup>

### **Exkurs: Theater und Antisemitismus**

Abseits der Themen Flüchtlinge und Wirtschaftskrise spitzten sich antisemitische Agitationen während der Ersten Republik häufig im Rahmen von Kulturveranstaltungen zu. Dabei waren allerdings nicht Arbeiter, Bauern oder Gewerbetreibende die führenden antisemitischen Akteure, sondern zumeist das deutschnationale und nationalsozialistische Studentenmilieu der Grazer Universitäten.<sup>162</sup>

Als beispielsweise der jüdische Wohltätigkeitsverein Bikur Cholim im Februar 1926 das Schauspielhaus für eine private Aufführung von Otto Ludwigs Stück „Die Makkabäer“ anmietete, kam es bereits im Vorfeld zu erheblichen Protesten seitens der Nationalsozialisten. So richtete der nationalsozialistische Gemeinderat Josef Melber an den Bürgermeister die Anfrage, ob dieser seinen Einfluss geltend machen könne, „daß diese Vermietung zurückgezogen wird, und ob er bereit ist, dafür zu sorgen, daß in Hinkunft die Grazer Theater nicht mehr an unserem Volke feindlich gegenüberstehende Organisationen vermietet werden.“<sup>163</sup> Aber auch die Arbeitsgemeinschaft der deutschvölkischen Vereine und Korporationen wandte sich in einer Beschwerde an den Verwaltungsausschuss der städtischen Bühnen, die allerdings trotz aller Beschwerden bei ihrer Zusage blieben und die Aufführung genehmigten. Der Ausschuss argumentierte seine Position damit, dass es sich einerseits um eine interne Veranstaltung handle und zudem aufgrund der fortgeschrittenen Vorbereitungen eine Absage nicht mehr möglich sei.<sup>164</sup> Schließlich wurde die Aufführung auch am 21. Februar 1926 durchgeführt, wobei es dabei zu erheblichen Störungen durch demonstrierende Nationalsozialisten kam. Diese versuchten einerseits, die Vorstellung durch das Werfen von Stinkbomben wie auch durch eine lautstarke Demonstration vor dem Schauspielhaus zu stören. So hatten sich laut Zeitungsberichten an die 400 Personen vor dem Theater versammelt und die Polizei musste schließlich für einen einigermaßen sicheren Abzug der Schauspieler und Theaterbesucher sorgen. Trotz des Aufgebots der Sicherheitsbehörden kam es jedoch zu vereinzelt tätlichen Übergriffen, die für die Täter kaum rechtliche Folgen hatten.<sup>165</sup> Vielmehr noch blieb die gesamte Agitation ohne größere Folgen und der Obmann des Deutschen Handlungsgehilfenvereines, Fritz Valesi, hielt in einer Nachbetrachtung der Ausschreitungen anlässlich einer Versammlung der Nationalsozialisten im März 1926 in den Steinfeldersälen in Bezug auf die Theateraufführung, die seiner Meinung nach nur durch den jüdischen Einfluss auf die Behörden möglich gewesen sei, fest:

# Grazer Nachrichten

der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)

Folge 5

Erscheint wöchentlich

23 März 1929

## Deutsche! Kauft bei deutsch-christlichen Geschäftsleuten!

Warum? Weil der Jude billig, aber schlecht, der Deutsche preiswert, aber gut verkauft. Weil der Jude Euch begaunert, der Deutsche dagegen Euch redlich und ehrlich bedient. Beim Juden könnt Ihr allen Schund kaufen, beim Deutschen meist nur Spezial- und Qualitätsware. Der Jude ist Euer Blutbruder, der Deutsche Euer Volksfeind. Der Jude schneidet für Euch im Schwelge seines Angesichts, der Deutsche ist ein Kaulenzer und ein Dumichtgut. Der Jude stand mit Euch vier Jahre lang Schulter an Schulter draußen an der Front und setzte sein Leben ein, der Deutsche drückte sich in der Stuppe herum, sah in den Kriegsgesellschaften, schob in der Heimat. Der Jude starb, damit der Deutsche leben kann. Wo wäre ein Jude zu finden, der nicht all sein Hab und Gut durch Krieg und Revolution verloren hätte, und wo ein Deutscher, der nicht in dieser Zeit reich und übermütig geworden wäre? Ist es nicht so: der Deutsche hat Jesus ans Kreuz geschlagen und der Jude hat seine Lehre der Liebe erst in die Wirklichkeit umgesetzt.

Was geht Euch der kleine deutsche Kaufmann an? Der soll nach Palästina gehen und da seine Ware feilbieten. Was will er bei uns? Dieses ewige Gejammer vom sterbenden Alleinverderben haben wir satt. Der Deutsche will auch leben? Wieso? Wie kommt er dazu? Er soll stempeln gehen wie wir alle. Warum soll es

Deutsche geben, die es besser haben wie wir? Ist das nicht ein Vorrecht der Juden?

So soll es sein. Alles den Juden! Dafür haben wir gekämpft und geblutet. Dafür setzen wir unseren letzten Groschen ein.

Der Jude der Christus ans Kreuz schlagen ließ, macht heute mit ihm das beste Geschäft. Tochter Zion, treue Dich! Die guten Deutschen schrieben aus ihren sauer verdienten Groschen die Ketten, die der jüdische Geldmann zu ewiger Sklaverei auf ihre geduldigen Schultern legt.

Christus, dessen Auferstehung wir bald wieder begehen, kam in die Welt, um die Liebe zu bringen. Einmal aber mußte Christus, der Mann, einsehen lernen, daß man immer und überall mit der Liebe nicht auskommt. Als er im Tempel auf die jüdische Börse- und Warenschieber triff, da ging er abseits, nahm eine Peitsche, brach hervor, ein rächender Gott, und schlug das Gesindel zum Tempel hinaus.

Deutsche, kauft nur bei Juden! Laßt den Volksgenossen verhungern und geht zu den jüdischen Geschäftsleuten. Je größer das Unrecht wird, das Ihr dem eigenen Volk antut, umso eher kommt der Tag, da auch unter uns ein Mann aufsteht, die Peitsche nimmt und alle Schieber zum Tempel unseres deutschen Vaterlandes hinausfährt.

## Grazer Geschäftsleute jüdischer Rasse und Abstammung.

### Altwaren

Bienert Hof Heinrich, Mariabilsferstr. 19.  
Dädner Leib Chalet und Sarah, Jakobingasse 15.

Dädner Hedwig, Griesgasse 28.  
Eisenstädter Irma, Jakobingasse 27.  
Eisenstädter Philipp, Reichsulgasse 14.  
Eisenstädter Wilhelm, Bürgergasse 16.  
Gottlieb Leopold, Schörgelgasse 25.

Abb. 10: Grazer Nachrichten der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, 23. März 1929, 1

„Nur unter diesen Umständen [dem jüdischen Einfluss auf die Behörden und die Politik, Anm. d. A.] war es möglich, unsere in der deutschen Stadt Graz befindliche hohe Kunst u. Kulturstätte, welche erst kürzlich als solche das 100 jähr. Jubiläum feierte, zu schänden. Nicht genug wurde zum Schutze des Jugendgeschmeises ein aus 100 Mann bestehendes Wachaufgebot bereitgestellt, damit diesem Gesindel kein Härchen gekrümmt werde. Es wurden bei diesem Anlass Arier, die harmlos über diese Schande ihren Unmut ausdrückten, verhaftet und eingesperrt.“<sup>166</sup>

Damit legte Valesi erneut die vorrangige Zielrichtung antisemitischer Agitationen der Zwischenkriegszeit, wie auch deren konkrete identitäre Bedeutung dar. Der Antisemitismus diente vor allem dazu, sich selbst als „deutsch“ zu konstruieren. Und es waren vor allem Kulturveranstaltungen, die sich als Kampfzone für Antisemiten anboten, da das Stören von Theatervorstellungen einerseits die gewünschte Öffentlichkeit garantierte und andererseits in Fragen der Kunst und Kultur weltanschauliche Positionen besonders sichtbar wurden. Verkürzt dargestellt standen sich Moderne und Antimoderne gegenüber, wie neuerlich im Mai 1927 anlässlich einer Aufführung von Shakespeares „Sommernachtstraum“ offenkundig wurde. Die Aufführung im Stadttheater musste wegen anhaltender Störungen durch deutschnationale Studenten abgebrochen werden, da sie unter der Regie des anerkannten modernen jüdischen Regisseurs Bernhard Marholm inszeniert wurde.<sup>167</sup> Aber auch die Erstaufführung von Brechts „Dreigroschenoper“ im Jahr 1929 sollte den Agitationen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten unter den Schlagworten der „jüdischen Frechheit“ und „Bolschewikentendenz“ zum Opfer fallen und wurde aufgrund des antisemitischen Drucks abgesetzt.<sup>168</sup>

Kann der Antisemitismus der Zwischenkriegszeit über weite Strecken als „kultureller Code“, wonach ein Bekenntnis dafür oder dagegen maßgeblich über weltanschauliche und politische Positionierung entschied, gesehen werden, so hatte er jedoch auch immer eine tätliche Komponente. Die Antisemiten erschwerten jüdisches Leben nicht nur auf einer symbolischen Ebene, sondern immer wieder kam es zu physischen Übergriffen und auch zu ganz realen Einschränkungen jüdischer Lebensmöglichkeiten. So begannen ab der Mitte der 1920er-Jahre nationalsozialistische Gruppierungen einzelne jüdische Gewerbetreibende in ihrer Tätigkeit zu stören, indem sie beispielsweise zu Kaufboykotten aufriefen.<sup>169</sup> Einen Höhepunkt erreichten diese Aktivitäten schließlich in den ersten Monaten des Jahres 1938. Sie mündeten letztendlich in die systematische Verfolgung der jüdischen Bevölkerung ab dem 12. März 1938.

## „Ständestaat“ und „Anschluss“ 1933 bis 1938

An der Entwicklung des Antisemitismus kann letztlich auch die Radikalisierung der Gesellschaft abgelesen werden, die in gewisser Weise auch die christlichen Kirchen betraf. Für die gesamtösterreichischen Bischofskonferenzen waren zunächst in den beiden Jahren vor der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 vor allem die Konkordatsfrage sowie der erstarkende Nationalsozialismus Hauptthemen in den Beratungen. Der zu einem außerordentlichen Treffen im April 1931 zusammengekommene Episkopat klärte die Bereiche ab, die die katholische Kirche in Österreich durch das Konkordat geregelt wissen wollte. Neben den Themen Ehe und Schule nahmen die Bistumsgrenzen und -ordnungen, Feiertage, Dotation, Religionsfonds, Besetzung kirchlicher Stellen, Ordensrecht, theologische Fakultäten sowie die Militärseelsorge breiten Raum in den Beratungen ein.<sup>170</sup> Während dieser Konferenz wurde auch über den aufsteigenden Nationalsozialismus gesprochen. Fürstbischof Pawlikowski hielt dazu einen Vortrag und berichtete den Bischöfen von dieser Partei.<sup>171</sup>

Nach dem Ableben von Kardinal Piffl fand die nächste Bischofskonferenz im Juni 1932 in Salzburg statt. Unter dem Eindruck der Landtags- beziehungsweise Gemeinderatswahlen vom 24. April 1932, mit Stimmengewinnen der Nationalsozialisten und den Verlusten der Großdeutschen und Christlichsozialen sowie einem neuerlichen Referat Pawlikowskis über die Aktivitäten der Nationalsozialisten, beschloss der Episkopat mittels der kirchlichen Organisationen und durch die katholische Presse für mehr Aufklärung sorgen zu wollen. Gleichzeitig wurde für den Klerus aber eine abwartend-defensive Haltung zum Nationalsozialismus ausgegeben.<sup>172</sup>

Nach der Ernennung Theodor Innitzers zum Erzbischof von Wien fand 1932 noch eine weitere Bischofskonferenz in Salzburg statt. In dieser Konferenz berichtete Pawlikowski über die „Ostmärkischen Sturmsharen“. Er empfahl, dass der Klerus dieser Organisation nicht misstrauisch gegenüberstehen solle, und äußerte sich positiv zu deren Zielen.<sup>173</sup> Während dieser Zusammenkunft stand auch der Nationalsozialismus auf der Agenda der bischöflichen Beratungen. Ein vom Linzer Bischof Gföller vorgelegter kritischer Hirtenbrief zum Nationalsozialismus wurde von der Mehrheit der Bischöfe nicht angenommen.<sup>174</sup> Gföller beschrieb darin den Unterschied zwischen „wahrem“ und „falschem“ Nationalismus und nahm zum nationalsozialistischen Rassenantisemitismus Stellung, outet sich aber auch selbst als Antisemit:

„Der nationalsozialistische Rassenstandpunkt ist mit dem Christentum völlig unvereinbar und muß daher entschieden abgelehnt werden. [...] Das jüdische Volk nur wegen seiner Abstammung verachten, hassen und verfolgen, ist unmenschlich und antichristlich [...] Verschieden allerdings vom jüdischen Volkstum und von der jüdischen Religion ist der jüdische, internationale Weltgeist. Zweifellos üben viele gottentfremdete Juden einen überaus schädlichen Einfluß auf fast allen Gebieten des modernen Kulturlebens. Wirtschaft und Handel, Geschäft und Konkurrenz, Advokatur und Heilpraxis, soziale und politische Umwälzungen sind vielfach durchsetzt und zersetzt von materialistischen und liberalen Grundsätzen, die vorwiegend vom Judentum stammen. Presse und In-

serate, Theater und Kino sind häufig erfüllt von frivolen und zynischen Tendenzen, die die christliche Volksseele bis ins Innerste vergiften und die ebenso vom Judentum genährt und verbreitet werden. Das entartete Judentum im Bunde mit der Weltfreimaurerei ist auch vorwiegend Träger des mamonistischen Kapitalismus und vorwiegend Begründer und Apostel des Sozialismus und Kommunismus, der Vorboten und Schrittmacher des Bolschewismus. Diesen schädlichen Einfluß des Judentums zu bekämpfen und zu brechen, ist nicht nur gutes Recht, sondern strenge Gewissenpflicht eines jeden überzeugten Christen.<sup>4175</sup>

Fürstbischof Pawlikowski ließ diesen Brief in vollem Wortlaut im „Seckauer Diözesanverordnungsblatt“ für die Seelsorge, Pfarrkanzlei, Schule und kirchliches Vereinsleben als Broschüre beilegen.<sup>176</sup>

Direkt nach der „Ausschaltung“ der parlamentarischen Demokratie im März 1933 wurde eine Reihe von Gesetzesmaßnahmen gesetzt, welche langjährige Forderungen der katholischen Kirche beinhalteten. Die Regierung beschloss die Auflösung des „Freidenkerbundes“<sup>177</sup>, die Einführung von Schulgottesdiensten zu Beginn und Ende des Schuljahres, die massive Erschwernis eines Kirchenaustritts sowie die Aufhebung der von Otto Glöckel im Jahr 1919 ausgesetzten verpflichtenden Teilnahme an den religiösen Übungen und am Religionsunterricht durch Unterrichtsminister Anton Rintelen. Auch forcierte Bundeskanzler Dollfuß den Abschluss der Konkordatsverhandlungen, die mit der Unterzeichnung des Abkommens am 5. Juni 1933 finalisiert wurden.<sup>178</sup> In der darauffolgenden herbstlichen Bischofskonferenz stand bereits die von Dollfuß geplante Verfassungsreform im Vordergrund. Dollfuß hatte Kardinal Innitzer in inoffiziellen Aussprachen eine Berücksichtigung bischöflicher Wünsche zugesagt. Unter dem Eindruck der allgemeinen politischen Situation beschloss der Episkopat die Ausarbeitung eines Weihnachtshirtenbriefes über die Pflichten des katholischen Volkes gegenüber Regierung und Vaterland sowie „nach reiflicher Erwägung [...] unter den gegenwärtig besonders heiklen politischen Verhältnissen“<sup>4179</sup>, die Priester aus der aktiven Politik abzurufen. Diese Abberufung des Klerus erweckte nur kurzzeitig den unrichtigen Eindruck, ein Misstrauensvotum gegen die Regierung Dollfuß zu sein, denn im angesprochenen Weihnachtshirtenbrief formulierten die Bischöfe klar ihre Sicht der politischen Gegebenheiten und unterstützten Regierung und Staat. Auch nahmen sie in diesem Hirtenbrief einmal mehr gegen den Nationalsozialismus Stellung. Darin hieß es gespickt mit Zitaten von Dollfuß und Papst Pius XI.:

„Die staatliche Obrigkeit hat [...] das Recht, ungerechte Gewalt mit gerechter Staatsgewalt, nötigenfalls auch mit Todesstrafe zu ahnden, um Leben und Sicherheit der friedlichen Bevölkerung wirksam zu schützen. Wenn dabei nach wiederholter, aber fruchtloser Mahnung selbst strengste Maßnahmen ergriffen werden müssen, so trägt die Schuld daran nicht die Regierung, sondern der schuldige Teil.“<sup>4180</sup>

„[Die] Wiederverchristlichung des gesamten öffentlichen Lebens und das friedliche Zusammenleben zwischen Staat und Kirche zum Wohle aller: das

ist das großzügige Programm und das ist das unbestreitbare Verdienst unserer Regierung, die sich in Wahrheit als eine wahrhaft christliche erweist und der wir daher zu innigem Danke, aber auch zu einträchtiger und opferwilliger Mitarbeit und Unterstützung im Gewissen verpflichtet sind.“<sup>181</sup>

Zum Nationalsozialismus äußerte man sich unter anderem wie folgt: „[Die] christliche Regierung Österreichs wahrt in ihrem Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus nicht nur ihre berechtigten politischen Rechte und Interessen, sondern errichtet gleichzeitig einen mächtigen Schutzdamm gegen das weitere Eindringen dieser religiösen Irrtümer.“<sup>182</sup>

Im Jahr 1934 traf sich der Gesamtepiskopat aufgrund der politischen Situation – nach Februarrevolte und Juliputsch – insgesamt fünfmal zu Konferenzen. In der Konferenz vom 25. Mai 1934 berichtete Bundeskanzler Dollfuß den Bischöfen über die gegenwärtige Situation in Österreich, Justiz- und Unterrichtsminister Schuschnigg über die Aufgabe der „Ostmärkischen Sturmsharen“ und der Bundesleiter der „Vaterländischen Front“ Karl Maria Stepan über deren Ausbau.

In dieser Zeit der Genese des austrofaschistischen „Ständestaats“ begann man auch in der katholischen Kirche mit einer weiteren Straffung der katholischen Vereinslandschaft und der Umgestaltung der „Katholischen Aktion“ (KA) nach dem Territorial- und Führerprinzip. Im Oktober 1933 gab schließlich Kardinal Innitzer eine erste Weisung bezüglich Neugestaltung der KA heraus.<sup>183</sup> Im Februar 1934 wurden neun Hauptstellen der neuen KA definiert und deren Präsidien bestimmt. Nachdem den einzelnen Vereinen der KA im März 1934 eine persönliche Mitgliedschaft in der „Vaterländischen Front“ empfohlen worden war, stellte Fürstbischof Pawlikowski in diesem Zusammenhang klar, dass der neuen KA keine ausgesprochenen politischen Vereine, sondern nur Vereine, die sich in das kirchliche Leben und die kirchliche Organisation eingliedern lassen, beitreten könnten.<sup>184</sup>

In der praktischen Umsetzung und Ausgestaltung gingen die einzelnen Diözesen in Österreich unterschiedlich vor. In der Diözese (Graz-)Seckau wählte Pawlikowski einen Mittelweg. Aber auch sein Standpunkt bedeutete für die Vereine eine weitgehende Aufgabe ihrer Selbstbestimmtheit und machte den Bischof zum obersten Führer der KA. Die Vereine mussten sich drei Bedingungen unterwerfen, wenn sie in die neue KA eingegliedert werden wollten: Die gewählten Funktionäre mussten sich vom Bischof bestätigen lassen sowie die Vereinskasse unter bischöfliche Aufsicht stellen. Die dritte Bedingung war, dass die Vereine nur rein religiös tätig sein durften.<sup>185</sup>

Gab es zwischen der Katholischen Kirche und der autoritären Regierung enge Verflechtungen, so war die Beziehung zwischen evangelischer Kirche und dem christlichen austrofaschistischen „Ständestaat“ vor allem von ständigen Konflikten geprägt. Die Behinderung von Konversionen zum evangelischen Glauben sowie die Benachteiligung von Protestanten bei der Besetzung öffentlicher Ämter bildeten nur einen Teil des politischen Druckmittels auf die evangelische Kirche.<sup>186</sup> Das Vorgehen gegen einzelne Vertreter der evangelischen Kirche wurde von der autoritären Regierung mit ihrem Kampf gegen die seit Juni 1933 verbotene Nationalsozialistische Partei begrün-

det, gab es doch erhebliche Überschneidungen zwischen der evangelischen Gemeinde und den Nationalsozialisten, die nicht zuletzt auch aus der Oppositionshaltung zum sich katholisch positionierenden „Ständestaat“ resultierten.<sup>187</sup>

So versuchte beispielsweise Pfarrer Friedrich Ulrich mehrmals der NSDAP beizutreten. Seinen ersten Antrag um Aufnahme bei den österreichischen Nationalsozialisten stellte er am 12. Mai 1933. Dieser wurde aber aufgrund des Verbotes der Partei vorerst nicht weiter bearbeitet.<sup>188</sup> Den austrofaschistischen „Ständestaat“ lehnte Ulrich entschieden ab und er weigerte sich auch – wie die meisten evangelischen Pfarrer – der „Vaterländischen Front“ beizutreten. Zudem beschwerte er sich in mehreren Briefen über die neuen Bestimmungen, die die Regierung erlassen hatte. So erachtete er es als Affront, dass in einer evangelischen Kirche beim Schulgottesdienst die Bundeshymne gesungen werden musste.<sup>189</sup> Seine Einstellung zum „Ständestaat“ erkennt man unter anderem in einem Brief, den er im November 1933 verfasste: „Unsere Regierung ist durch und durch klerikal, so klerikal wie seit langem noch keine österreichische Regierung gewesen ist. Hinter ihr stehen zumindest die Bischöfe, wenn nicht gar die Jesuiten! Letztes Ziel dieser Regierung ist politisch die Restauration der Habsburger und kirchlich die völlige Rekatholisierung Österreichs. Alles, was da vom Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs u. ä. gesagt wird, sind nur Vor-Wände, hinter denen das eigentliche Ziel versteckt werden soll.“<sup>190</sup>

Auch blieben Ulrichs publizistische Tätigkeiten im „Säemann“ nicht ohne Folgen, so wurde die Zeitschrift mehrmals beschlagnahmt und zeitweise verboten. Er selbst wurde zu Geldstrafen verurteilt. So nahm er beispielsweise in einem Text ausführlich zum bereits erwähnten und teilweise zitierten Weihnachtshirtenbrief von 1933 kritische Stellung, ein Umstand, der ebenfalls zur Beschlagnahme der Zeitschrift führte. Unter anderem schrieb er in dem Beitrag: „Einen so wenig weihnachtlichen, durch und durch politischen Hirtenbrief, in dem sich Bischöfe so auf Gedeih und Verderb mit einer Regierung verbinden, kann man selten zu lesen bekommen.“<sup>191</sup>

Die Entwicklung der Mitgliedszahlen in der österreichischen evangelischen Kirche erlebte in den Jahren nach 1933 eine beachtliche Dynamik. Das Jahr 1934 stellte mit österreichweit 25.140 Eintritten den Höhepunkt dar.<sup>192</sup> In den darauffolgenden Jahren nahmen die Ein- beziehungsweise Übertritte zwar etwas ab, blieben aber deutlich über dem Niveau von vor 1934. Wie bereits angedeutet, konkurrierten in der evangelischen Kirche verschiedene politische Ansichten. In der Wiener Diözese, der auch die Grazer Pfarrgemeinden angehörten, übernahm ab Sommer 1934 der Villacher Pfarrer Johann Heinzlmann die Superintendenz. Dieser war bemüht, zwischen den verschiedenen Lagern innerhalb der evangelischen Kirche zu vermitteln und einen Ausgleich herzustellen. Hier standen sich vor allem die Gruppe um den Ramsauer Pfarrer Jakob Koch, der als Vertreter der Evangelischen ein Mandat im Steiermärkischen Landtag annahm und als regierungsfreundlich galt, und die „Glaubensbewegung Deutsche Christen in Österreich“ gegenüber. Heinzlmann vermittelte zwischen den Gruppierungen und konnte eine Spaltung der Kirche verhindert. Er vertrat die Kirche aber auch nach außen und konnte mit der Regierung einen Kompromiss im Streit um den Beitritt der Pfarrer zur „Vaterländischen Front“ schließen.<sup>193</sup>

Nicht nur Friedrich Ulrich geriet immer wieder als Herausgeber des „Säemann“ in Konflikt mit den autoritär agierenden Behörden. So wurde auf Betreiben des Bundeskanzleramtes eine Liste mit angeblich illegalen Nationalsozialisten innerhalb der Grazer Heilandskirche erstellt.<sup>194</sup> Die Einschränkungen für die evangelische Kirche beziehungsweise deren Mitglieder waren mannigfaltiger Natur. So wurden neben den bereits erwähnten Themen Konfliktfelder – wie Schulgebet, Benachteiligung evangelischer Lehrer bei Bewerbungen, öffentliche Diffamierung durch die Presse, Verfolgung von Pfarrern wegen angeblicher staatsschädigender Predigten, Vortrags- und Ausführungsverbote etc. – als reine Schikanen empfunden.<sup>195</sup> Viele dieser Maßnahmen waren zugleich Grund und Ursache der immer stärker werdenden Anziehungskraft des Nationalsozialismus auf die evangelische Kirche. Dies führte auch dazu, dass der „Anschluss“ im März 1938 bis auf wenige Ausnahmen von der evangelischen Kirche begeistert begrüßt wurde. Für Ulrich galt Hitler „als ‚gottgesandter Retter‘, der das deutsche Volk aus Schmach und Schande herausgeführt und vor äußeren wie inneren Feinden (Kommunisten und Juden) bewahrt habe.“<sup>196</sup> In den nächsten Jahren stellte sich Ulrich mit seiner Zeitschrift, seinen Predigten und Vorträgen immer wieder in den Dienst nationalsozialistischer Propaganda. Einschlägige Beiträge – von Jubelgedichten für Adolf Hitler, Zitate des Führers, euphorischer Kriegsberichterstattung bis hin zu Durchhalteparolen – finden sich im „Säemann“ zuhauf.

Obwohl sich der österreichische katholische Episkopat, insbesondere der Linzer Bischof Gföllner sowie Pawlikowski, immer wieder mit dem Nationalsozialismus kritisch auseinandersetzte, zählten auch zu den Unterzeichnern der Märzerklärung vom 18. März 1938, in der sie in einer „feierlichen Erklärung“ die Bevölkerung dazu aufriefen, bei der Volksabstimmung am 10. April mit „Ja“ zu stimmen.<sup>197</sup>

Es befanden sich im Klerus aber auch offene Anhänger Adolf Hitlers. Die Bischofskonferenz im Herbst 1936 beschäftigte sich auf Antrag des neuen Salzburger Erzbischofs Waitz mit der vom bereits erwähnten Bischof Alois Hudal herausgebrachten Schrift „Die Grundlagen des Nationalsozialismus. Eine ideengeschichtliche Untersuchung“, die eine Widmung „Dem Führer der deutschen Erhebung Siegfried deutscher Hoffnung und Größe“<sup>198</sup> enthielt. In dieser Schrift versuchte Hudal, vor dem Hintergrund seines radikalen Antibolschewismus, einen christlichen Weg zum Verständnis des Nationalsozialismus zu ebnet. Nach Beratungen in der Bischofskonferenz einigte man sich jedoch darauf, keine gemeinsame Erklärung abzugeben, und durch Kardinal Innitzer in Rom Erkundigungen zur Haltung der Kurie in dieser Sache einzuholen.<sup>199</sup>

Neben Hudal versuchte der auch an der Grazer Universität lehrende und aus der Obersteiermark stammende Simon Pirchegger Stimmung für Adolf Hitler und die Nationalsozialisten zu machen. Pirchegger gab 1933 in Graz eine Schrift mit dem Titel „Hitler und die katholische Kirche“ heraus, in der er aufrief: „Als katholischer Priester rufe ich daher allen meinen Glaubensgenossen, die auch ihr deutsches Volk lieben und es vor dem Untergang bewahren helfen wollen, aus ganzem Herzen zu: Bekennt euch zu Adolf Hitler!“<sup>200</sup>

Gab es zwischen der Katholischen Kirche und dem austrofaschistischen „Ständestaat“ Überschneidungen und stand die evangelische Kirche dem autoritären Staat

oppositionell gegenüber, so nahm die jüdische Bevölkerung eine ambivalente Haltung gegenüber dem Regime ein. Denn auf der einen Seite waren Teile des „Ständestaates“ und vor allem der „Vaterländischen Front“ offen antisemitisch und damit Gegner der jüdischen Bevölkerung.<sup>201</sup> Auf der anderen Seite sahen jedoch viele Jüdinnen und Juden in ihrem Kampf gegen die Nationalsozialisten im „Ständestaat“ einen Verbündeten, der zugleich auch Garant für die Weiterexistenz eines unabhängigen Österreichs war. Das führte dazu, dass sich die Kultusgemeinde zwar weigerte, korporativ der „Vaterländischen Front“ beizutreten, jedoch die Beitrittsempfehlung an ihre Mitglieder als Einzelpersonen weitergab. Doch da eine politische Betätigung im austrofaschistischen „Ständestaat“ trotz dessen ambivalenten und teils von Antisemitismus geprägten Verhältnisses zum Judentum nur im Rahmen der „Vaterländischen Front“ erfolgen konnte, stellte sich der Bund jüdischer Frontsoldaten mit April 1933 hinter den „Ständestaat“ und trat schließlich mit 9. Juni 1933 als einzige jüdische Organisation Österreichs korporativ der „Vaterländischen Front“ und dem „Vaterländischen Ring österreichischer Soldaten“ bei.<sup>202</sup> Diesen Schritt begründete man damit, dass „die Regierung [...] sich an alle [wendet], die guten Willens sind, an dem Werke mitzuarbeiten, es vor Verwirrung und Bürgerkrieg zu bewahren. Das ist genau dasselbe, das wir selbst ersehnen und da wir der Ueberzeugung sind, daß die Regierung ehrlich und aufrichtig den inneren Frieden anstrebt, folgen wir ihrem Ruf und stellen uns als aufrichtige jüdische Frontsoldaten hinter sie. Wir bieten unsere Mitarbeit an, einzig und allein, um der Gemeinschaft und unserem Judentum zu nützen.“<sup>203</sup>

## Resümee

Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der Jahre zwischen 1918 und 1938 wurden nicht nur von breiten Teilen der Bevölkerung, sondern auch von wesentlichen Teilen der katholischen und evangelischen Kirche sowie der jüdischen Gemeinde mitgetragen, wie diese selbst wiederum von diesen Entwicklungen betroffen waren. Seinen Niederschlag fand all das sowohl in Debatten über innerkirchliche Organisationsstrukturen als auch in grundsätzlichen Diskursen über religiöses und identitäres Selbstverständnis. Die Beziehung zum Staat und seiner jeweiligen inneren Form war hier ebenso Verhandlungsgegenstand wie auch die Frage der eigenen gesellschaftlichen Position, die man auch in Massenveranstaltungen und Demonstrationen in der Öffentlichkeit zur Schau trug.

- 1 Vgl. BUNDESAMT FÜR STATISTIK: Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Textheft, Wien 1935, 46, 48.
- 2 Vgl. Spezialortrepertorium der österreichischen Länder (IV. Steiermark), bearbeitet auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910, hg. v. d. k. k. Statistischen Zentralkommission, Wien 1917, 1.
- 3 Vgl. BUNDESAMT FÜR STATISTIK: Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, 48.
- 4 STATISTISCHES REICHSAMT: Die Bevölkerung des Reichs, der Reichsteile, der größeren und kleineren Verwaltungsbezirke, der Gaue der NSDAP, sowie der Großstädte nach der Religionszugehörigkeit auf Grund der Volkszählung vom 17. Mai 1939. Sonderbeilage zu „Wirtschaft und Statistik“, 21. Jg., Berlin 1941, 9, 12.
- 5 STATISTISCHES REICHSAMT: Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17. Mai 1939. Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939. Heft 4. Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich (= Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 552,4), Berlin 1944, 37.
- 6 Die Bischöfe müssen z. B. bei bedeutenden vermögensrechtlichen Entscheidungen die Zustimmung bzw. den Rat des Domkapitels einholen. Das Nominierungsrecht für dieses Gremium ging nach 1918 vom Kaiser auf den Diözesanbischof über.
- 7 Dies ist auch dem strikt hierarchischen Aufbau der katholischen Kirche geschuldet. Die Miteinbeziehung der Grazer Domherren und einzelner Grazer Priester in die Untersuchung sowie die nähere Betrachtung bedeutender diözesaner Institutionen in Graz (bischöfliches Knabenseminar, Priesterseminar, einzelne Pfarren ...) würden den Rahmen dieser Untersuchung sprengen. Siehe dazu den umfangreichen Beitrag: Alois RUHRI: Christentum und Kirche von der Gegenreformation bis zur Gegenwart, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz. Bd. 3: Kirche – Bildung – Kultur, Graz 2003, 135–252, sowie Karl AMON, Maximilian LIEBMANN (Hgg.): Kirchengeschichte der Steiermark, Graz 1993.
- 8 Der in diesem Beitrag durchgängig verwendete Doppelname Diözese Graz-Seckau besteht erst seit 1963.
- 9 Hirtenbrief von Fürstbischof Schuster: An den Seelsorgeklerus. Schwere Zeit, in: Kirchliches Verordnungsblatt (KVBl) 9, Nr. 62, Graz 1918, 93f.
- 10 Ebenda.
- 11 Ab 1918 traf sich der Gesamtepiskopat der Republik Österreich zumindest jeden Herbst, aufgrund der schwierigen Nachkriegssituation jedoch auch zu Sondersitzungen.
- 12 Die Auseinandersetzungen und die gesellschaftliche Polarisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts werden in diesem Artikel noch näher besprochen.
- 13 Vgl. Erika WEINZIERL: Der Episkopat, in: Ferdinand KLOSTERMANN et al. (Hgg.): Kirche in Österreich 1918–1965, Wien/München 1966, 21–77, hier: 29.
- 14 Hirtenbrief des Gesamtepiskopats vom 23. Jänner 1919: Einen neuen Krieg. Was wird aus unserer Kirche werden? Ein Wort über die Demokratie. Unsere Stellung zur neuen Staatsform. Trennung von Kirche und Staat! „Freie“ Schule! „Freie“ Ehe!, in: KVBl 1, Nr. 1, Graz 1919, 1–10.
- 15 Vgl. WEINZIERL, Der Episkopat, 29, 42.
- 16 Ebenda. Unter anderem hatte man sich vonseiten des Staates bereit erklärt, weiterhin für Priestergehälter und Ähnliches aufzukommen.
- 17 Vgl. Josef KÖNIG: Fürstbischof Dr. Leopold Schuster von Seckau (1842–1927). Ein Lebensbild. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 1972, 75f.
- 18 Maximilian LIEBMANN: Die Katholische Kirche in turbulenten Zeiten, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, TB 2, Wien et al. 2015, 327–375, hier: 328.
- 19 Dr. Karl Lichtenstettiner war ab 1882 Pfarrer in Schladming und 1905 bis zu seinem Tod 1928 auch Superintendent der Wiener Diözese. Siehe dazu Herbert RAMPLER: Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen der Steiermark seit dem Toleranzpatent. Ein Beitrag zur österreichischen Presbyteriologie (= Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. 40), Graz 1998, 189–191.
- 20 Vgl. dazu Heimo BEGUSCH: Von der Toleranz zur Ökumene. Ein Beitrag zur Geschichte der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in der Diözese Steiermark in den Jahren 1781–1993, in: Karl AMON, Maximilian

- an LIEBMANN (Hgg.): Kirchengeschichte der Steiermark, Graz 1993, 466–607, hier: 511.
- 21 Vgl. ebenda. Die Gesamtgemeinde wurde von der Generalsynode und dem Oberkirchenrat gebildet.
- 22 [Friedrich ULRICH]: Eine deutsche Volkskirche, in: Grazer Kirchenbote, 21. Jg., Nr. 1, 1.1.1919, 2f.
- 23 Ebenda, 2.
- 24 Ebenda.
- 25 Hirtenbrief von Superintendent Dr. Karl R. Lichtenstettiner an die Ev. Pfarrgemeinden der Wiener Diözese, Schladming 24.1.1919 (Z. 200), in: Gustav REINGRABER, Karl SCHWARZ (Hgg.): Quellentexte zur österreichischen evangelischen Kirchengeschichte zwischen 1918 und 1945 (= Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich (JGPrÖ), 104/105), Wien 1988/1989, 37–44, hier: 38.
- 26 Offener Brief an Superintendent Dr. Lichtenstettiner, Graz 13.2.1919 (gez. Pfr. Friedrich ULRICH), in: Gustav REINGRABER, Karl SCHWARZ (Hgg.): Quellentexte zur österreichischen evangelischen Kirchengeschichte zwischen 1918 und 1945 (= Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich (JGPrÖ), 104/105), Wien 1988/1989, 44–48, hier: 45f.
- 27 Offene Antwort, Sup. Dr. Karl R. Lichtenstettiner an die Ev. Pfarrgemeinden, Schladming 18.3.1919 (Z. 605), in: Gustav REINGRABER, Karl SCHWARZ (Hgg.): Quellentexte zur österreichischen evangelischen Kirchengeschichte zwischen 1918 und 1945 (= Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich (JGPrÖ), 104/105), Wien 1988/1989, 48–58, hier: 49.
- 28 Der Oberkirchenrat geriet deswegen in den Verdacht, nur eine gewöhnliche Staatsbehörde zu sein. Siehe dazu umfassend Gustav REINGRABER: Amt und Person – Konflikte um die Vorsitzenden des Oberkirchenrats seit 1918, in: JGPrÖ, 115, Wien 1999, 102–120.
- 29 Vgl. die hervorragende Diplomarbeit von Heinz SCHUBERT: Pfarrer Friedrich Ulrich. Ein Grazer evangelischer Geistlicher als Kirchenpolitiker, Publizist und Antisemit. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2005, 86. Diese Aussage tätigte Ulrich während eines Vortrages: Warum brauchen wir eine neue Kirchenverfassung? Vortrag vom 11.3.1919 auf der steirischen Pfarrkonferenz. Veröffentlicht in Grazer Kirchenbote, 1.4.1919, 37–41.
- 30 Friedrich ULRICH: Unser Kirchentag, in: Grazer Kirchenbote, 1.11.1919, 122–124.
- 31 Vgl. BEGUSCH: Von der Toleranz zur Ökumene, 513.
- 32 Robert SONNENWALD: Epilog zu den Grazer Kultusratswahlen, in: Wiener Morgenzeitung, 17.4.1926, 2.
- 33 Vgl. dazu in Anlehnung an Robert Weltsch, u. a. David RECHTER: The Jews of Vienna and the First World War, London/Portland 2001, 166f.
- 34 Vgl. Manfred RAUCHENSTEINER: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie, Wien/Köln/Weimar 2013, 1027–1033.
- 35 Der Wille des Volkes, in: Jüdische Zeitung, 20.10.1918, 1.
- 36 Manifest, in: Jüdische Zeitung, 2.11.1918, 1.
- 37 Vgl. Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), LReg. 206 J 40/1929.
- 38 Die „Grazer Jüdischen Nachrichten“ erschienen nachweislich 1920 und 1921.
- 39 Vgl. § 3 der Statuten. Siehe StLA, LReg. 206 J 40/1929.
- 40 Vgl. Jüdische Volksversammlung, in: Grazer Jüdische Vereinsnachrichten, Juli 1920, 2f.
- 41 Aufruf an die Juden Deutschösterreichs, in: Die Wahrheit, 13.12.1918, 5.
- 42 Erklärung der Wiener Orthodoxen, in: Die Wahrheit, 27.12.1918, 4.
- 43 Russisches Staatliches Militärarchiv (RGWA), 709-2-19.
- 44 1914 beantragte die IKG eine Statutenänderung. Diese legte fest, dass „in außerordentlichen Fällen wie z. B. im Falle eines Krieges, einer Epidemie, öffentlicher Unruhen u. dergl. [...] der Kultusrat berechtigt [sei], die Vornahme der Wahlen in den Kultusrat zu verschieben.“ In weiterer Folge kam es zu einer Verschiebung der Wahlen während der Kriegszeit. Vgl. Stadtarchiv Graz (StAG), 1329/1914 [XI 313b].
- 45 StLA, Statth. D73-78/1919.
- 46 Vgl. StAG, A2, 313 / 1948; RGWA, 714-1-8.
- 47 Von 444 Wahlberechtigten wurden 377 Stimmen abgegeben. 187 entfielen auf die Partei von Rendi. RGWA, 714-1-8, Simon Rendi an Siegfried Fleischer, 12.3.1919.
- 48 StLA, Statth. D73-1887/1919.
- 49 Vgl. StLA, Statth. D73-1887/1919, Protokoll der Kultusratssitzung, 14.4.1921.
- 50 StLA, Statth. D73-1887/1919, Jüdischer Nationalverband an Landesregierung, 27.5.1921.

- 51 StLA, Statth. D73-1887/1919, Telegramm an Bundesministerium für Inneres, 3.1.1922.
- 52 Vgl. StAG, A2-313/1948.
- 53 StLA, Statth. D73-1887/1919, Aktenvermerk vom 24.7.1923.
- 54 Vgl. StLA, LReg. 357 G 11/1938, IKG an Landeshauptmannschaft am 30.9.1938.
- 55 Nachruf Fürstbischof Leopold Schuster, in: Grazer Volksblatt, 19.3.1927, 1f.
- 56 Das Konkordat von 1855 verschaffte der römisch-katholischen Kirche einen großen Einfluss. Im Zuge der „Maigesetze“ 1868 wurden die kirchliche Ehegerichtsbarkeit, das Aufsichtsrecht des Staates über die Schulen und die interkonfessionellen Verhältnisse reformiert. Das Konkordat wurde 1870 für unwirksam erklärt und 1874 formell aufgehoben.
- 57 In der Steiermark wurde unter dem Vorgänger Schusters, Fürstbischof Johannes Baptist Zwerger, eine betont politisch aktive katholische Vereinslandschaft aufgebaut. Vor allem der katholisch-konservative Volksverein, welcher im Jahre 1868 gegründet wurde, entwickelte sich in den Folgejahren zu einem kultur- und kirchenpolitischen Sprachrohr.
- 58 Die ab 1. Jänner 1868 erhältliche Tageszeitung „Grazer Volksblatt“ stellte sich in den Dienst der steirischen Katholiken. Im Jahre 1869 wurde der Katholische Preßverein gegründet. Die Diözese Seckau hielt im September 1869 und im Juni 1891 ihre ersten beiden, als solche gezählten Katholikentage in Graz ab.
- 59 Vgl. dazu LIEBMANN: Bewährung im österreichischen Kulturkampf, 256–308.
- 60 So war der I. Steirische Katholikentag im Jahre 1869 dem Versuch gewidmet, die Arbeiterschaft zu gewinnen.
- 61 Die Sozialdemokraten hatten sich bereits im Hainfelder Parteiprogramm (1889) auf eine entschieden kirchenfeindliche Haltung festgelegt. In der Resolution vom Wiener Parteitag 1898 wurde diese Haltung wie folgt formuliert: „Die Sozialdemokratie bekämpft – unbeschadet ihres Prinzips: Religion ist Privatsache – die Vertreter aller Religionsgemeinschaften auf das entschiedenste mit allen zulässigen Mitteln, wann und wo immer dieselben unsere Partei und deren Angehörige verleumdern, sowie wenn ihre Lehren sich dem Befreiungskampf des Proletariats entgegenstellen.“ Zit. in Alfred KOSTELECKY: Kirche und Staat, in: Ferdinand KLOSTERMANN et al. (Hgg.): Kirche in Österreich 1918–1965, Wien/München 1966, 201–217, hier: 201. Vgl. auch LIEBMANN, Bewährung im österreichischen Kulturkampf, 271–273.
- 62 Für einen umfassenderen Blick sei hier verwiesen auf: Karl-Reinhart TRAUNER: Die Los-von-Rom-Bewegung. Gesellschaftliche und kirchliche Strömungen in der ausgehenden Habsburgermonarchie, Szentendre 1999.
- 63 Die antiklerikalen und antikirchlichen Tendenzen der österreichischen Deutschnationalen finden sich bereits im sogenannten Linzer Programm von 1882. Die Alldeutsche Bewegung von Georg Ritter von Schönerer strebte in einem ersten Schritt die Protestantisierung aller „Deutschrassigen“ an. Siehe dazu Gustav REINGRABNER: Georg Ritter von Schönerer und der Protestantismus (= Schriftenreihe Evangelischer Bund in Österreich, H. 113), Wien 1988, 8–20.
- 64 Vgl. TRAUNER: Los-von-Rom-Bewegung, 172, sowie Rudolf LEEB: Der österreichische Protestantismus und die Los-von-Rom-Bewegung, in: Johannes DANTINE et al. (Hgg.): Protestantische Mentalitäten, Wien 1999, 195–230, hier: 197–199.
- 65 Im Jahrzehnt zuvor konvertierten um die 30 Personen pro Jahr. Siehe dazu das Diagramm: Übertritte zur Heilandskirche im Zuge der „Los-von-Rom“-Bewegung 1899–1917, in: Heimo HALBRAINER, Gerald LAMPRECHT: „So dass uns Kinder eine durchwegs christliche Umgebung geschaffen war.“ Die Heilandskirche Graz und ihre „Judenchristen“ zwischen 1880 und 1955, Graz 2010, 33.
- 66 Es kamen zwischen 1899 und 1919 20 der 30 neu in den steirischen Pfarrgemeinden tätigen Pfarrer aus Deutschland. Vgl. SCHUBERT, Pfarrer Friedrich Ulrich, 7–10.
- 67 Leopold SCHUSTER: Hütet euch vor den falschen Propheten! Bischöfliches Mahnwort gegen die „Los-von-Rom“-Bewegung (= Zeitgemäße Broschüren, Nr. 29), Graz 1903, 3f.
- 68 Vgl. KÖNIG, Fürstbischof Schuster, 67–72. Der Indifferentismus im religiösen Bereich beschreibt die Haltung, dass mit jedem beliebigen Glaubensbekenntnis das ewige Seelenheil erworben werden kann. Die „gebildeten Stände“ wurden wegen einer an der Grazer Universität seit Jahrzehnten andauernden Debatte kritisiert. Dabei ging es letztlich um die Frage, ob die Theologie überhaupt als Wissenschaft zu betrachten sei.
- 69 Ebenda.

- 70 Hirtenbrief von Fürstbischof Schuster: Wir bleiben katholisch, in: KVBl 7, Nr. 50, Graz 1920, 47–52.
- 71 Alois HUDAL: Der Katholizismus in Österreich. Sein Wirken, Kämpfen und Hoffen, in: Alois HUDAL (Hg.): Der Katholizismus in Österreich. Sein Wirken, Kämpfen und Hoffen, Innsbruck/Wien/München 1931, 24.
- 72 Alois Hudal war ao. Univ.-Prof. für den Bereich Altes Testament in Graz. 1923 wurde er Vizerektor und noch im selben Jahr Rektor der Anima in Rom und stieg hier im Jahr 1933 zu bischöflichen Würden auf. Er strebte in den 1930er-Jahren eine Symbiose zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus an. Hudal verlor 1945 seine Professur in Graz und betätigte sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Fluchthelfer für Nationalsozialisten in Rom. Siehe dazu: Heimo HALBRAINER, Gerald LAMPRECHT: Nationalsozialismus in der Steiermark. Opfer. Täter. Gegner (= Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern, Bd. 4), Innsbruck et al. 2015, 76–77.
- 73 Der Grazer Katholikentag wird üblicherweise als III. Steirischer Katholikentag gezählt. Es fanden im Vorfeld dieser Abschlussveranstaltung weitere sieben Bezirkskatholikentage statt.
- 74 N.N.: Katholiken Steiermarks!, in: Grazer Volksblatt, 5.2.1922, 1. Dieser Leitartikel wurde vermutlich von Karl Schwechler selbst geschrieben.
- 75 Der Volksbund hatte seinen Sitz im ersten Stock des Palais Herberstein in der Sackstraße 16.
- 76 Bardeau war Gutbesitzer in Kornberg. Er leitete 1916–1918 den Malteserritterzug und war von 1920–1927 Mitglied der Landesparteileitung der Christlichsozialen Partei; Dienstleder wurde später Landeshauptmann der Steiermark (Nov. 1933 bis Nov. 1934); Hosch war 1920 Nationalratsabgeordneter; Morsey war Präsidentin der Katholischen Frauenorganisation; Schukowitz war Oberbibliothekar an der Universitätsbibliothek Graz und später Regierungsrat.
- 77 Themen waren: Welche Schule wollen wir Katholiken? Katholisches Familienideal und Eheform, Die Sorge um unsere Presse, Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat, Die religiösen Aufgaben der Katholiken in der Gegenwart sowie Volksbund und allgemeine Katholikenorganisationen.
- 78 Die Delegiertentagung der katholischen Vereine, in: Grazer Volksblatt, 29.3.1922, 1f.
- 79 Eine katholische Tat, in: Grazer Volksblatt, 28.3.1922, 1–3. Vgl. dazu Manfred Paul SATTINGER: Die steirischen Katholikentage unter den Bischöfen Leopold Schuster und Ferdinand Stanislaus Pawlikowski. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 1983, 12–16.
- 80 Siehe dazu Alois HUDAL: Tatkatholizismus, Graz 1923.
- 81 Ebenda. Vgl. SATTINGER: Katholikentage, 7.
- 82 Das Grazer Volksblatt brachte am 22. Oktober eine Festnummer zum Grazer Katholikentag heraus: Grazer Volksblatt, 22.10.1922, 1–14.
- 83 Im Jahr 1923 wurde in Mariazell noch ein weiterer Bezirkskatholikentag veranstaltet.
- 84 Die Akademikertagung, in: Grazer Volksblatt, 22.10.1922, 6.
- 85 Biografisches zu Stepan siehe Dieter A. BINDER: Karl Maria Stepan. Versuch einer Biographie, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, 73, Graz 1982, 161–180.
- 86 Zum genauen Ablauf siehe: Grazer Volksblatt, 22.10.1922, 1–14 bzw. SATTINGER: Katholikentage, 30–58
- 87 Ebenda. Fachgruppentagungen: Lehrerbund, Gewerbe (Meister und Gesellen), Christlich-deutscher Turnverein, Arbeiter, Angestellte und Hausbesorger, Bauern, männliche Jugend, katholische Frauenorganisationen, weibliche Jugend.
- 88 Ebenda, 48.
- 89 Karl SCHWECHLER: Was will der Volksbund? (= Zur Lehr und Wehr. Schriften des Volksbundes der Katholiken in Steiermark, H. 1), Graz o. J., 1.
- 90 Ebenda, 13.
- 91 Ab 1924 wurde der Katholische Volksbund (Katholikenorganisation) für das Land Steiermark ein Glied der Katholikenorganisation Österreichs. Vgl. AMON, LIEBMANN: Kirchengeschichte der Steiermark, 290–294 und 301, sowie SATTINGER: Katholikentage, 54–57.
- 92 Richard Schmitz war ab 1911 Direktor der Zentralstelle des Volksbundes der Katholiken Österreichs. Er bekleidete in der Ersten Republik verschiedene politische Ämter – unter anderem ab 1922 Sozialminister, ab 1926 Unterrichtsminister, ab 1930 Vizekanzler; ab 1934 Wiener Bürgermeister.
- 93 Carl Vaugoin war in insgesamt 15 Kabinetten Heeresminister, ab 1929 Vizekanzler und

- von September bis Dezember 1930 österreichischer Bundeskanzler.
- 94 Vgl. AMON, LIEBMANN: Kirchengeschichte der Steiermark, 309, sowie Andreas PREDIKALA: Ferdinand Pawlikowski. Ein Realpolitiker der Zwischenkriegszeit?. Ungedruckte Diplomarbeit, Wien 2013, 20–34.
- 95 Vgl. ebenda, 13–15. Pawlikowski nahm unter anderem auch die Trauung von Vaugoins Sohn Karl vor. Siehe dazu den regen Briefwechsel zwischen Pawlikowski und Vaugoin. Diözesanarchiv Graz-Seckau (DAGS), Nachlass Bischof Pawlikowski, Schachtel 19, Heft 264, Korrespondenz V.
- 96 Die Wahl zum Nationalrat fand am 24.4.1927 statt. Die Christlichsoziale Partei unter Ignaz Seipel, der Bundeskanzler blieb, gewann diese Wahl. Noch im selben Jahr kam es zum Schattendorfer Urteil und zu der sogenannten Julirevolte.
- 97 DAGS: Nachlass Bischof Pawlikowski, Schachtel 12, Heft 188, Brief von Pawlikowski an Innitzer vom 29.1.1933.
- 98 Johann Schober war während der Ersten Republik bis zu seinem Tod im Jahr 1932, unterbrochen von mehreren Amtszeiten als Bundeskanzler bzw. Vizekanzler, Polizeipräsident.
- 99 Dieser Vorfall, der in der Forschung unterschiedlich überliefert und interpretiert wird, hat sich vermutlich am 4.9.1929 zugetragen. Laut einigen Berichten wollte Pawlikowski den Polizeipräsidenten von seinem Diensteid entheben. Dieser hat jedoch abgelehnt. Siehe dazu Peter GORKE: Anton Rintelen (1876–1946): Eine polarisierende steirische Persönlichkeit. Ungedruckte Dissertation, Graz 2002; Rainer HUBERT: Schober: „Arbeitermörder“ und „Hort der Republik“: Biographie eines Gestrigen, Wien/Köln 1990; Franz LANGOTH: Kampf um Österreich: Erinnerungen eines Politikers, Wels 1951; Franz WINKLER: Die Diktatur in Österreich, Zürich 1935; Julius DEUTSCH: Ein weiter Weg: Lebenserinnerungen, Zürich/Leipzig/Wien 1960, und die bereits erwähnte Biografie über Pawlikowski: PREDIKALA, Pawlikowski.
- 100 Der Landbund wurde 1919 als deutsche Bauernpartei gegründet und war deutschnational ausgerichtet. Sie trat für den Anschluss an das Deutsche Reich ein, bekannte sich zum Antimarxismus und zum Ständegedanken, lehnte aber die Heimwehrebewegung ab. Siehe dazu Alfred ABLEITINGER: Unentwegt Krise. Politisch-soziale Ressentiments, Konflikte und Kooperationen in der Politik der Steiermark 1918 bis 1933/34, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau, 21–176, hier: 54–56.
- 101 Vgl. WEINZIERL, Der Episkopat, 27–29.
- 102 Im Jahr 1929 gab es in Österreich drei Regierungen, nämlich die Kabinette Seipel V, Streeruwitz und Schober III.
- 103 Lt. Statuten beschäftigt sich die KA in Österreich auf dem a) seelsorglich-religiösen, b) kulturellen, c) karitativ-sozialen, d) staatsbürgerlichen und sozialen Gebiet.
- 104 Zit. nach Maximilian LIEBMANN: Das Laienapostolat bewegt die Diözese, in: Karl AMON, Maximilian LIEBMANN (Hgg.): Kirchengeschichte der Steiermark, Graz 1993, 374–416, hier: 376–377.
- 105 Grazer Volksblatt, 12.10.1930, 1–22.
- 106 Ebenda, 2.
- 107 Ebenda, 6.
- 108 Der Fürstbischof fasste seine Meinung zum Bolschewismus, Familie und Vaterland kurze Zeit später in einem Fastenhirtenbrief zusammen. Siehe Fastenhirtenbrief mit Fastenordnung von Fürstbischof Pawlikowski, in: KVBl 1, Nr. 1, Graz 1931, 1–10.
- 109 Der Ablauf der Veranstaltungen, die Festreden etc. sind abgedruckt in der Broschüre: Steirische Katholikentage 1930, herausgegeben von der „Katholischen Aktion“, Graz 1930.
- 110 Der Grazer Katholikentag. Aufstellungsordnung für die Grazer Teilnehmer, in: Grazer Volksblatt, 4.10.1930, 4.
- 111 Schuschnigg wirkte zwei Tage später, am 14.10.1930, bei der Gründung der Ostmärkischen Sturmsharen, einer „katholischen kulturpolitischen Erneuerungs- und Schutzbewegung“, wesentlich mit. Siehe dazu Earl C. EDMONDSON: Heimwehren und andere Wehrverbände, in: Herbert DACHS et al. (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 261–276, hier: 272.
- 112 Grazer Volksblatt, 13.10.1930, 2.
- 113 Ebenda.
- 114 Ebenda.
- 115 Ebenda, 2f. Die sechs Fachberatungen: Männerversammlung, Frauenversammlung, Bauernversammlung, Versammlung der Arbeiter

- und Angestellten, Kundgebung der Mädchen, Versammlung der männlichen Jugend.
- 116 Vgl. LIEBMANN: Das Laienapostolat, 318.
- 117 Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 34.
- 118 Vgl. BEGUSCH: Von der Toleranz, 505–507.
- 119 Eckardt war bereits ab 1883 unter anderem Pfarrer und Schuldirektor in Prag, wo er sich im „Kampf gegen die Tschechisierung“ positionierte. Biografisches siehe Gerhard GERHOLD: Pfarrer Dr. Karl Paul Eckardt, in: Die Geschichte der Evangelischen Gemeinde Graz Heilandskirche. Von der Reformationszeit bis zum Jubiläumsjahr 1956, Graz 1956, 133–166. Ausgespart in dieser Darstellung bleibt der Antisemitismus Eckardts, der sich selbst in seiner Autobiografie als Antisemit bezeichnet. Siehe dazu SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 57.
- 120 Ab dem Jahr 1938 kam es zu einer Austrittswelle. Vgl. BEGUSCH: Von der Toleranz, 552f.
- 121 Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 17f.
- 122 Friedrich ULRICH: Die Los-von-Rom-Bewegung volksfremd, in: Der Säemann, 15.7.1926, 7.
- 123 Friedrich ULRICH: Wir Evangelische und der Anschluß, in: Der Säemann, 15.4.1926, 5f.
- 124 Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 86–88.
- 125 Ulrich bemühte sich auch um den Aufbau des Evangelischen Pressverbands, dessen erster Vorsitzender er wurde. Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 103. Ulrich beschwert sich in diversen Artikeln auch über das katholische Pressewesen. Siehe unter anderem: Friedrich Ulrich: Die katholische Kirche und das Pressewesen, in: Der Säemann, 15.6.1925, 5–7.
- 126 Grundsätzlich ist zu sagen, dass die evangelische Kirche in Graz oder anderswo nicht auf einen alles durchdringenden Antisemitismus und Nationalsozialismus reduziert werden kann. Ulrichs Einstellung und Aussagen wurden auch innerhalb der Heilandgemeinde immer wieder kritisiert und nicht von jedem Gemeindemitglied mitgetragen, jedoch lässt sich eine Tendenz feststellen, dass die evangelische Kirche in der Zwischenkriegszeit eine besondere Anziehungskraft auf Personen dieser Weltanschauung hatte.
- 127 Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 129f.
- 128 Das Gustav-Adolf-Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde 1832 als Hilfswerk in Leipzig gegründet.
- 129 Adolf Fizia war ab Dezember 1917 als Vertreter der Deutsch-Bürgerlichen-Vereinigung auch Bürgermeister der Stadt Graz.
- 130 Vgl. BEGUSCH: Von der Toleranz, 520f.
- 131 Von Lützen bis zur Industriehalle. Nachklänge zur Gustav Adolf-Hauptversammlung 1927 in Graz, in: Der Säemann, 15.10.1927, 3.
- 132 Komponiert wurde das Stück, welches auch unter dem Titel „Heilandsleben“ bekannt ist, von Josef Rosegger, dem ältesten Sohn Peter Roseggers. Die Texte verfasste Margarete Weinhandl.
- 133 Eine evangelische Jugendbewegung um den dritten Pfarrer der Heilandskirche Franz Fischer.
- 134 Vgl. BEGUSCH: Von der Toleranz, 520–521.
- 135 Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 36.
- 136 Siehe dazu Julius WALLNER: Die Finanzwirtschaft und die Opferfreudigkeit der Gemeinde, in: Die Geschichte der Evangelischen Gemeinde Graz Heilandskirche. Von der Reformationszeit bis zum Jubiläumsjahr 1956, 224–231.
- 137 Dieser Abschnitt des Textes beruht teilweise auf dem Text: Gerald LAMPRECHT: Jüdisches Leben in der Steiermark zwischen 1914 und 1938, in: Alfred ABLEITINGER (Hg.): Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945, TB 2, Wien et al. 2015, 411–437.
- 138 Zum Geleite in das Jahr 5690, in: Mitteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde Graz, 1929, Nr. 4, 1.
- 139 Vgl. Jens BUDISCHOWSKY: Assimilation, Zionismus und Orthodoxie in Österreich 1918–1938. Jüdisch-politische Organisationen in der Ersten Republik. Ungedruckte Dissertation, Wien 1990, 12–47.
- 140 H. Herrmann, Ein Wort zur Austrittsbewegung, in: Mitteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde Graz, Jg. 8, März 1933, Nr. 2, o. S.
- 141 Vgl. Robert BREITLER: B'nai B'rith in Graz. Zur Sozialgeschichte des Grazer jüdischen Bürgertums in der Zwischenkriegszeit, in: Gerald LAMPRECHT (Hg.): Jüdisches Leben in der Steiermark. Marginalisierung – Auslöschung – Annäherung (= Schriften des Centrums für Jüdische Studien, Bd. 5), Innsbruck/Wien/München 2004, 191–207.
- 142 Vgl. u. a. Gerald LAMPRECHT: Der Bund jüdischer Frontsoldaten und das Grazer jü-

- dische Heldendenkmal, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 44, Graz 2015, 133–148.
- 143 Heimo HALBRAINER: „Keine ausschließliche Turn- und Sportbewegung“. Jüdischer Sport in der Steiermark am Beispiel des Jüdischen Turnvereins ‚Makkabi‘ und der Hakoah, in: Gerald LAMPRECHT (Hg.): Jüdisches Leben in der Steiermark. Marginalisierung – Auslöschung – Annäherung (= Schriften des Centrums für Jüdische Studien, Bd. 5), Innsbruck/Wien/München 2004, 171–189.
- 144 „Bund jüdischer Frontsoldaten“, in: Mitteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde Graz, Jänner 1933, Nr. 1.
- 145 Zu den einzelnen antisemitischen Bildern vgl. Julius H. SCHOEPS, Joachim SCHLOER (Hgg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, München 21996.
- 146 Allgemein zum jüdischen Sport in Österreich vgl. John BUNZL: Hoppauf Hakoah. Jüdischer Sport in Österreich von den Anfängen bis in die Gegenwart, Wien 1987; Michael JOHN: „Körperlich ebenbürtig“ – Juden im österreichischen Fußball, in: Dietrich SCHULZE-MARMELING (Hg.): Davidstern und Lederball. Geschichte der Juden im deutschen und internationalen Fußball, Göttingen 2003, 231–262.
- 147 Mitteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde, Juni 1931, Nr. 3.
- 148 Vgl. StLA, Statth. M297a 1346/1914.
- 149 Vgl. StLA, LReg. 206 So 12/1936.
- 150 1927 umfasste die Adressliste der Hakoah rund 460 Namen. RGWA, 676-2-18.
- 151 Vgl. Jüdischer Sport, in: Die Stimme, 17.5.1928, 14.
- 152 Vgl. HALBRAINER: „Keine ausschließliche Turn- und Sportbewegung“, 182–184.
- 153 Vgl. Shulamit VOLKOV: Antisemitismus als kultureller Code, in: Shulamit VOLKOV (Hg.): Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, München 2000, 13–36.
- 154 Zum „deutschen“ Selbstverständnis der Stadt Graz vgl. Heidemarie UHL: „Bollwerk deutscher Kultur“. Kulturelle Repräsentationen nationaler Politik in Graz um 1900, in: Heidemarie UHL (Hg.): Kultur – Urbanität – Moderne: Differenzierungen der Moderne in Zentraleuropa um 1900 (= Studien zur Moderne, Bd. 4), Wien 1999, 39–81.
- 155 Vgl. RÜTGEN: Antisemitismus in allen Lagern, 5.
- 156 Bürgermeister-Stellvertreter Fizia forderte in der Gemeinderatssitzung vom 25.9.1919 die Ausweisung der „zahlreichen hier ansässigen polnischen Juden“ aus den Notwohnungen. Vgl. Stenographischer Bericht über die ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag den 25. September 1919, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 10.10.1919, 562.
- 157 Der Vortrag von Herzog gipfelt im Antrag: „Der Stadtrat wird beauftragt, ehest geeignete Vorschläge zum Schutze der Einheimischen gegen die immer mehr um sich greifende Verjudung des Handelsstandes dem Gemeinderate vorlegen zu wollen“ (Bravorufe). Vgl. Stenographischer Bericht über die ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag den 13. November 1919, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 30.11.1919, 650.
- 158 Vgl. Stenographischer Bericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag, den 19. Februar 1920, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 10.3.1920, 131.
- 159 Vgl. Stenographischer Bericht über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag, den 11. März 1920, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 31.3.1920, 160.
- 160 Unter „Erbgesessenen“ oder „Bodenständigen“ verstand man vor allem all jene, die schon seit längerer Zeit in Graz lebten und eine gewisse Form der „Akkulturation“ durchlaufen hatten. Der Begriff diente vor allem zur Abgrenzung gegenüber jenen, die vor dem Ersten Weltkrieg und dann im Zuge des Kriegs aus den östlichen Teilen der Monarchie als Flüchtlinge in die Steiermark gekommen waren.
- 161 An dieser Stelle ist vor allem der Leopold Stocker Verlag zu nennen, der in den 1920er-Jahren eine Anzahl übelster antisemitischer Hetzschriften in seinem Verlagsprogramm hatte und offen den Antisemitismus propagierte. Vgl. Herbert RÜTGEN: Der Leopold Stocker Verlag von der Verlagsgründung bis 1938, in: Dieter A. BINDER, Gudrun REITTER, Herbert RÜTGEN: Judentum in seiner antisemitischen Umwelt. Am Beispiel der Stadt Graz 1918–1938, Graz 1988, 173–202.
- 162 Vgl. dazu u. a. Walter HÖFLECHNER: Geschichte der Karl-Franzens-Universität

- Graz. Von den Anfängen bis in das Jahr 2005 (= Allgemeine wissenschaftliche Reihe, Bd. 1), Graz 2006, 102–109.
- 163 Amtsbericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag, den 18. Februar 1926, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 1.3.1926, 31.
- 164 Vgl. Amtsbericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz am Donnerstag, den 11. März 1926, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, 31.3.1926, 41.
- 165 Vgl. Ein erregter Tag in Graz, Kleine Zeitung, 22.2.1926.
- 166 Vgl. StLA, LReg 384 VI 1926.
- 167 Vgl. StLA, BKA, 22/Stmk 1918-281.
- 168 Vgl. Harald MIESBACHER: Stinkbomben und Ohnmachten. Der Skandal um die Grazer Erstaufführung der „Dreigroschenoper“ von Bert Brecht/Kurt Weill im Jahre 1929 im Spiegel der Presse und in der Gemeindepolitik, in: Blätter für Heimatkunde 79, Heft 4, Graz 2005, 119–129.
- 169 Vgl. Grazer Nachrichten der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), 6.4.1929, 1.
- 170 Vgl. WEINZIERL: Der Episkopat, 33f.
- 171 Ebenda.
- 172 Ebenda.
- 173 Vgl. ebenda, 34.
- 174 Es fanden Verhandlungen zwischen einigen führenden Katholiken und dem nationalsozialistischen Landesinspektor Theodor Habicht über die Stellung des Nationalsozialismus zu Religion und Kirche statt, denen einige Bischöfe nicht vorgreifen wollten.
- 175 Johannes Maria GFÖLLNER: Hirtenbrief über wahren und falschen Nationalsozialismus, Linz 1933, 11f.
- 176 KVBl 1, Nr. 8, Graz 1933 für Seelsorge, Pfarrkanzlei, Schule und kirchliches Vereinsleben, siehe Inhaltsangabe, 118.
- 177 Der Österreichische Freidenkerbund wurde als erste sozialdemokratische Kulturorganisation per Notverordnung im Juni 1933 verboten.
- 178 Das Abkommen selbst wurde von Österreich am 30. April ratifiziert.
- 179 Zit. nach WEINZIERL: Der Episkopat, 34.
- 180 Hirtenbrief des Gesamtepiskopats: Treue Christgläubige!, in: KVBl 10, Nr. 128, Graz 1933, 95–102, hier: 98.
- 181 Ebenda, 99.
- 182 Ebenda, 100. Die österreichischen Bischöfe berufen sich hier auf ihre deutschen Kollegen, die den Nationalsozialismus schon vor Jahren vom religiösen und kirchlichen Standpunkt aus abgelehnt und verurteilt hätten und dies nach wie vor aufrecht hielten.
- 183 Man war im Zuge des Allgemeinen Deutschen Katholikentages vom 7.–12.9.1933 zur Erkenntnis gelangt, die KA umzubauen, um in der neuen, auf- und anbrechenden Zeit bestehen zu können.
- 184 Vgl. LIEBMANN: Die Katholische Kirche in turbulenten Zeiten, 328.
- 185 Bis auf den Cartellverband akzeptierten alle katholischen Vereine diese Bedingungen. Siehe dazu LIEBMANN: Kirchengeschichte der Steiermark, 345.
- 186 Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 20–22.
- 187 Von den 126 in Österreich tätigen evangelischen Pfarrern waren 73 illegale Mitglieder der NSDAP. In der Zeit des „Ständestaats“ wurden gegen 52 von ihnen Verfahren angestrengt. Vgl. BEGUSCH: Von der Toleranz, 545.
- 188 Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 96. Ulrich stellte nach dem Anschluss Österreichs erneut einen Antrag und zahlte Mitgliedsbeiträge. Er wurde jedoch, da ab Juli 1938 keine Geistlichen mehr erwünscht waren, nicht in die NSDAP aufgenommen. Sein Antrag wurde 1943 aufgrund seiner Tätigkeit als Pfarrer abgelehnt.
- 189 Vgl. ebenda, 89.
- 190 Zit. nach SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 89; Archiv der Heilandskirche (AHK), Kt. 1933/1 Umschlag A8 1933, Az. A8-84, Brief Ulrichs an Prof. Dr. D. Burckhardt-Werthemann (Herausgeber des Christlichen Volksboten, Basel), Graz am 8.1.1933.
- 191 Friedrich ULRICH: Zwei österreichische Hirtenbriefe, in: Der Säemann, 15.1.1934, 4.
- 192 Nur 30,2 Prozent der neuen Protestanten traten direkt vom römisch-katholischen Glauben über. Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 16f., der die Zahlen entnommen hat aus Robert KAUER: Evangelische und evangelische Kirchen in der österreichischen Politik, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 79, Wien 1979, 121–152.
- 193 Vgl. GERHOLD: Die evangelische Kirche 1918 bis 1945, 384.

- 194 Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 37f.
- 195 Vgl. GERHOLD: Die evangelische Kirche 1918 bis 1945, 384f.
- 196 Vgl. SCHUBERT: Friedrich Ulrich, 95.
- 197 Pawlikowski war zuvor am 13. März von den Nationalsozialisten als einziger Bischof in Österreich verhaftet worden. Die Umstände und der Verlauf seiner Festnahme sowie das Zustandekommen der „Feierlichen Erklärung“ siehe AMON, LIEBMANN, Kirchengeschichte der Steiermark, 321–327.
- 198 Zit. in WEINZIERL: Der Episkopat, 36.
- 199 Ebenda.
- 200 Simon PIRCHEGGER: Hitler und die katholische Kirche, Graz 1933, 46. Pirchegger wurde im Juli 1934 von der Universität Graz relegiert.
- 201 Vgl. u. a. Robert KRIECHBAUMER (Hg.): Österreich! Und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes, Wien/Köln/Weimer 2005, 103–107; Emmerich TÄLOS: Das austrofaschistische Herrschaftssystem 1933–1938, Wien 2013, 470–490.
- 202 RGWA, 672-1-275.
- 203 Vgl. Pflicht der Stunde, in: Jüdische Front, 2.4.1933, 1.

## **Vorbeugende Hilfe oder Zwangmaßnahmen?**

**Entwicklungslinien in der kommunalen Jugendfürsorge in Graz 1917–1938\***

### **Einleitung**

Unter dem Titel „Ein Gebot der Selbsterhaltung“ veröffentlichte die „Deutsche Frauen-Zeitung“ am 25. März 1916 die folgenden Zeilen:

„Durch die ungeheuren Menschenopfer, die der Krieg fordert, sowie durch die in erschreckendem Maße zunehmende Verwahrlosung der Jugend wird die Jugendfürsorge zur Zeit ein unabweisliches Gebot der Volkserhaltung. Sorgen wir pflichtbewußt dafür, daß ein körperlich, geistig und sittlich gesunder Nachwuchs als Ersatz für jene eintreten kann, die mit ihrer Gesundheit, ihrem Leben zur Erhaltung unseres Vaterlandes beigetragen haben, so leisten wir eine Arbeit, womit wir nicht nur die Zukunft unseres Vaterlandes sichern, sondern auch unseren lieben, fürs Vaterland geopfertem Kriegern den schönsten Dank abstaten.“<sup>1</sup>

Diese Ausführungen des „Deutschen Frauenvereins Steiermark“ waren nicht nur mit einem Aufruf an die steirischen Frauen, ihrer „vaterländischen Pflicht“ nachzukommen, sondern auch mit einem Appell an die Regierung, endlich ein Jugendfürsorgegesetz und Jugendstrafrecht einzuführen, verbunden.<sup>2</sup> Dieser im zweiten Kriegsjahr veröffentlichte Artikel greift allerdings noch weiter aus. Er zeugt zum einen von einem hohen Grad an Selbstmobilisierung, zum anderen verweist er auch auf Probleme, die während des „Großen Krieges“ verstärkt, zunehmend schlagend beziehungsweise öffentlich diskutiert wurden und auf die entsprechend auf staatlicher, aber vor allem kommunaler Ebene reagiert werden musste. Frida Jutmann, die Autorin des Zeitungsartikels, fügte noch hinzu: „Die Zahl der Fürsorgebedürftigen wächst täglich: wir brauchen Hilfen.“<sup>3</sup> Ein Jahr später sollte den Entwicklungen, auf die der Krieg wie

ein Katalysator wirkte, Rechnung getragen und die Jugendfürsorge in Graz auf kommunaler Ebene institutionalisiert werden.<sup>4</sup> Neben dem Versuch auf Missstände zu reagieren und Abhilfe zu schaffen, bildeten sich jedoch in der Fürsorgetätigkeit auch rasch andere Möglichkeiten. Welche Rolle kam nun der Jugendfürsorge in den letzten Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahren zu? Unter welchen Gesichtspunkten wurden kommunale Strukturen aufgebaut und später erweitert? Weist die Grazer Jugendfürsorge Besonderheiten auf? Der vorliegende Artikel beleuchtet diese Fragen und widmet sich verstärkt der kommunalen Jugendfürsorge als einem Feld mit breiter gesellschaftspolitischer Wirkung, ihren Akteurinnen und Akteuren beziehungsweise internationaler, nationaler und regionaler Einflussnahme. Am Beispiel der Stadt Graz, einem „Zentrum zweiter Ordnung“, soll gezeigt werden, welche Veränderungen der „Große Krieg“ in geschlechterspezifischer und sozialer Hinsicht nach sich zog, welche Maßnahmen Umsetzung fanden und welche Möglichkeiten im Bereich der Jugendfürsorge hierdurch geschaffen wurden. Dabei konzentrieren sich die vorliegenden Ausführungen auf die Zeit zwischen 1914/1917 bis 1938. In diesen Zeitabschnitt fiel nicht nur die Grundsteinlegung des „Grazer Weges“ in der Jugendfürsorge; diese Zeitspanne ist auch von einer Konsolidierungsphase, die durch die Systembrüche 1933/34 und 1938 unterbrochen wurde, gekennzeichnet. Letztere sollten weitreichende Folgen für die kommunale Jugendfürsorge nach sich ziehen.

### **„Zunehmende Verwilderung und Verwahrlosung der Jugend“ – der Krieg und die Kinder**

Bereits vor Kriegsbeginn im Sommer 1914 war in der österreichisch-ungarischen Monarchie die finanzielle Absicherung von Angehörigen der mobilisierten k.u.k. Armee als äußerst schlecht einzustufen.<sup>5</sup> Schon zu diesem Zeitpunkt entstand die Notwendigkeit, den Angehörigen des Militärs finanzielle Zuwendungen zukommen zu lassen, da das staatliche System mit der großen Zahl an zu versorgenden Frauen und Kindern schlichtweg überfordert war.<sup>6</sup> Private Initiativen wurden notwendig, etwa in Form von Vereinen oder Hilfsausschüssen, die sich auf die Unterstützung der Angehörigen der Mobilisierten spezialisierten. Frauen waren vielfach gezwungen, Arbeit außerhalb ihres Haushaltes anzunehmen, um nach dem Wegfall des Einkommens des Ehemannes das finanzielle Überleben der Familie zu sichern. Damit überschritten sie jedoch eine durch die gültigen Geschlechterbilder festgelegte Ordnung, weshalb sie verstärkt öffentlicher Kritik ausgesetzt waren.<sup>7</sup> Obwohl sie um das Überleben der Familie kämpften, wurde ihnen indirekt zur Last gelegt, ihren Pflichten als Mütter und „Erzieherinnen“ nicht mehr nachzukommen. Da die Schulzeiten kriegsbedingt, etwa durch den Mangel an Lehrpersonal, die Requirierung der Schulgebäude durch das Militär oder die verkürzte Unterrichtszeit aufgrund von Mangel an Heizmaterial oder Strom beziehungsweise Sammelaktionen, eingeschränkt wurden, die Frauen aber einer Arbeit nachgehen mussten, würden die Kinder längere Zeit unbeaufsichtigt sein und sich auf Straßen und Plätzen herumtreiben. Mit Andauern des Krieges konstatierten zuständige Stellen eine „zunehmende Verwilderung und Verwahrlosung“<sup>8</sup> oder

„sittliche Verkommenheit der Jugend“, die sie auf das Fehlen des „Erhalter[s]“, auch „Erzieher[s]“, der „väterlichen Zucht“ zurückführten.<sup>9</sup> Denn Frauen oblag zwar gemäß der Geschlechtervorstellung die Erziehung, aber nur in einer Ehe, in der sie unter dem patriarchalen Schutz beziehungsweise der Überwachung durch ihren Ehemann standen. Dieser übernahm dabei die Rolle der strafenden Instanz: Der Ehemann repräsentierte das Gesetz und kam für den Unterhalt der Familie auf. Ledige sahen sich schnell mit dem Verdacht konfrontiert, überfordert zu sein – hier setzte schließlich die Fürsorge an.<sup>10</sup> In diesem Zusammenhang entwickelte sich die „Verwahrlosung“ der Kinder und Jugendlichen zunehmend zum Kampfbegriff, dem unterschiedliche „Fürsorge“-Maßnahmen entgegengesetzt wurden.<sup>11</sup> So erteilte man etwa den Mädchen und Jungen Hausarrest oder wies sie in Tagesheimstätten ein. „Kriegs-“ und sogenannte „Hilfshorte“ wurden ins Leben gerufen, in die Stadtschulrat und polizeiliche Jugendfürsorge verarmte und gefährdete Kinder und Jugendliche einweisen konnten. Besonders uneheliche Kinder sahen sich dem Vorwurf der „Verwahrlosung“ oder „Gefährdung“ ausgesetzt. Die „Verordnung zum Schutze der heranwachsenden Jugend“, die 1916 erlassen wurde, verbot das öffentliche Tabakrauchen, den Besuch von Wein-, Bierstuben oder Branntweinschenken sowie „Automatenrestaurationen“.<sup>12</sup> Auch der kriegsbedingte Anstieg der Jugendkriminalität, die sich besonders in von Schulkindern verübten Diebstählen äußerte, sollte rasch medial diskutiert werden.<sup>13</sup> So berichtete etwa Rudolf Glesinger, der Jugendreferent der städtischen Polizei von Graz, in einem veröffentlichten Bericht, dass in den ersten fünf Monaten des Jahres 1915 bereits 500 Jugendliche von der Polizei aufgegriffen worden seien – er verwies auf eine Steigerung um 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Besonders schulpflichtige Buben und junge, von der Schulpflicht nicht mehr erfasste Mädchen seien von diesen Entwicklungen betroffen gewesen.<sup>14</sup> Die Stadt sah sich verstärkt zur Ferienzeit mit dem Problem der „Verwahrlosung“ konfrontiert. Zwar bemühten sich private Vereine wie der „Verein für Krippen- und Kinderbewahranstalten“, der „Allgemeine Frauen-Hilfsausschuss“, wie auch das sozialdemokratische „Arbeiterhilfskorps“ oder der „Verein Schülerhort“ um Beaufsichtigung, doch waren diese nicht flächendeckend und entsprechend ihrer Vereins- und Parteimitgliedschaft aufgebaut. So sah man etwa großes Bedrohungspotenzial im ungünstigen Einfluss des Krieges auf die Jugend. In einer Zeitschrift hieß es etwa:

„Also nicht bloß Pflicht gegenüber den Vätern, die fürs Vaterland kämpften, nicht bloß Pflicht unseren armen, arbeitsunfähigen Mitbürgern gegenüber, sondern Pflicht unserem Staat und gegen uns selbst ist es, die uns zwingt, vorausblickend und vorausdenkend für die Jugend, die durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurde, einzutreten und uns einen patriotischen, gesunden Nachwuchs zu schaffen.“<sup>15</sup>

Glesinger forderte ein Fernhalten der Jugend von der Straße und trat für eine militärische Verwendung der männlichen Jugend beim Militärkommando Graz ein. Er sprach sich zudem dafür aus, den Betrieb der Kinderbewahranstalten während der Ferienzeit aufrechtzuerhalten, eine Einrichtung für aus der Schule entlassene Mädchen zu

schaffen und Schulkinder während der Ferien zur Erholung aufs Land zu schicken.<sup>16</sup> Diesen Forderungen kam ein Erlass des k.k. Unterrichtsministeriums vom 12. Juli 1915 zuvor, der sich mit einer Ferienregelung auseinandersetzte. Neben Einrichtungen wie Kindergärten, Schülerhorten, die nun während der Ferienzeit geöffnet sein sollten, wurden zusätzlich Beschäftigungsmöglichkeiten wie Spiele und Ausflüge in die Umgebung geschaffen. Darüber hinaus wurde von der Grazer Polizei ein Verbot für schulpflichtige Kinder verfügt, sich ohne Begleitung Erwachsener nach 20.30 Uhr auf der Straße oder auf öffentlichen Plätzen aufzuhalten.

### **„Aus der Not des Krieges“ – die Gründung des Jugendschutzamtes in Graz**

Im Laufe des Jahres 1916 wurden Forderungen nach einem städtischen Jugendschutzamt laut: Besonders die Gerichtsbehörden, die sich mit der steigenden Zahl an unterschiedlichen Jugenddelikten auseinandersetzen mussten, formulierten diesen Wunsch. Ziel dieser Forderung war es, die bisher stark auf religiöse beziehungsweise private Vereine und Initiativen abstellende Fürsorgetätigkeit in der steirischen Hauptstadt für Kinder und Jugendliche aufeinander abzustimmen, zu bündeln, nach und nach zu vereinen und in ein eigenes Amt unter der Ägide der Stadtgemeinde Graz „zum Schutze der nach Graz zuständigen und der in Graz wohnhaften schutzbedürftigen Kinder“<sup>17</sup> zu überführen. Aus diesem Grunde wurden von k.k. Regierungskommissär Anton Unterrain von Meysing sämtliche, mit derlei Belangen betraute Institutionen, Körperschaften und Privatpersonen zu Gesprächen geladen. Ziel war es, eine enge Zusammenarbeit zwischen dem einzurichtenden Grazer Jugendschutzamt, der Polizei (polizeiliche Jugendfürsorge) sowie dem städtischen Armenwesen, aber auch privaten Fürsorgeeinrichtungen aufzubauen. Diese Institutionen sollten Hand in Hand arbeiten beziehungsweise sich ergänzen, sodass wenn „[...] ein Kind oder ein Jugendlicher physisch oder moralisch gefährdet erscheint, mit derjenigen zielbewußten Raschheit eingeschritten werden kann, die eine vorbeugende und vorsehende Jugendfürsorge [im Original unterstrichen] erfordert.“<sup>18</sup> Auch neue Wissenschaftszweige wie die Pädiatrie, Psychiatrie und Pädagogik sollten in die Jugendfürsorgearbeit eingebunden werden. Obwohl man versuchte, die Fürsorgetätigkeit zu bündeln, sah man sich „außerstande alle die Aufgaben, die zu seinem Wirkungskreise gehören, allein durchzuführen“<sup>19</sup> und strebte daher eine enge Zusammenarbeit mit privaten, das heißt etablierten Wohltätigkeitsorganisation sowie der ebenfalls neu gegründeten steiermärkischen Zentralstelle für Jugendfürsorge und steiermärkischen Landesstelle des k.k. österreichischen Militär-Witwen- und Waisenfonds sowie für Kinderschutz und Jugendfürsorge an. Wichtige Kooperationspartner waren etwa der „Verein Kinderschutz“, der „Verein für Kindergärten“<sup>20</sup>, der „Verein für Schülerhorte“ und der „Verein für Volksgesundheit“ wie auch der „Verein für Säuglingsfürsorge“, der 1910 von Grazer Kinderärzten gegründet worden war. Bereits in den angestellten Planungen zur Etablierung des Amtes sah man als zentrale Zuständigkeit desselben die Berufsvormundschaft an, die sich zunächst auf in Graz unehelich geborene Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr beziehen sollte. Zudem sollte das Jugendschutzamt die Fürsorge armer, aber auch

taubstummer, blinder, psychisch kranker Kinder mitübernehmen, die Pflegeaufsicht durch Pflegerinnen und Ärzte ausüben und Pflegestellen vermitteln. Einen weiteren Aufgabenbereich sah man in der Fürsorge verwahrloster und straffällig gewordener Jugendlicher, etwa durch Beratung in Hinblick auf Berufswahl, Vermittlung von Arbeits- und Lehrplätzen, Unterbringung in Schülerhorten oder Zwangshorten oder dem Bereitstellen einer Jugendgerichtshilfe. Das Jugendschutzamt sollte für alle in Graz wohnhaften Kinder und Jugendlichen zuständig sein und sich klar von Armenpflege und Schulwesen abgrenzen. Als Beratungs- und Unterstützungsorgan wurde ein Beirat eingerichtet, der die Tätigkeit des Amtes und dessen Ausbau fördern sollte.<sup>21</sup> Den Leiter des neuen Jugendschutzamtes hatte man schnell gefunden: Stadtratssekretär Dr. Rudolf Glesinger, bisher polizeilicher Jugendfürsorge-Referent, wurde in diese Funktion bestellt. Das Amt umfasste neben Glesinger sechs weitere zugeteilte Beamte und drei Kinderpflegerinnen und war schließlich in einigen Räumen im Grazer Amtsgebäude untergebracht. Die ärztliche Beratung sollte durch einen Amtsarzt, der äußere Dienst vorerst über die vorhandene Infrastruktur des Vereines Säuglingsfürsorge, der seit einiger Zeit Mütterberatungsstellen betrieb, und die Universitäts-Kinderklinik abgewickelt werden.

Mit 15. Mai 1917 nahm das städtische Jugendschutzamt seinen Dienst auf. In der Dienstvorschrift hieß es: „[d]as Jugendamt hat nach Tunlichkeit alles zur Besserung der Jugendlichen Geeignete vorzukehren.“<sup>22</sup> Damit hatte man auf regionaler Ebene auf die Zeichen der Zeit beziehungsweise die Ansicht, dass „eine gesteigerte Jugendfürsorge in Kriegszeiten [...] auch vom Standpunkte der Erhaltung der Wehrkraft eine Notwendigkeit [ist]“<sup>23</sup> reagiert und entsprechende Maßnahmen schließlich institutionalisiert. Vor allem letzteres Argument sollte die Grundlage fürsorglichen Handelns bilden: kein Potenzial sollte „im Kampf“ verloren gehen. Ziel der Jugendfürsorge sollte zudem sein, das „Kind, beziehungsweise den Jugendlichen so weit zu fördern, daß er sich ohne Inanspruchnahme öffentlicher und privater Wohltätigkeit später selbst weiterzuhelfen [im Original hervorgehoben] vermag und endlich eine möglichst gefestigte Stellung und eine gewisse wirtschaftliche Erwerbsfähigkeit erlangt.“<sup>24</sup> Die Förderung zur „Eigenständigkeit“ sollte verhindern, dass diese Kinder und Jugendlichen später den Behörden zur Last fallen würden.

### **Internationale Hilfe zur Behebung des Elends und der Grazer Weg zur Einheitsfürsorge**

War der Alltag der Bevölkerung in den Kriegsjahren von Mangelwirtschaft, Hunger und Not geprägt, so stellte sich auch nach 1918 keine Besserung ein. Im Gegenteil, das Problem der mangelhaften Versorgung mit Lebensmitteln konnte von der 1919 gewählten sozialdemokratischen Stadtregierung nicht gelöst werden, sodass sich die Lage in den Nachkriegsjahren zusehends zuspitzte.<sup>25</sup> Die Erfahrung des Hungers war kein Phänomen der Unterschicht mehr, sie betraf die gesamte Gesellschaft und führte zu Protesten, Demonstrationen und gewaltsamen Ausschreitungen.<sup>26</sup> Die Lebenshaltungskosten stiegen, während die Löhne kaum zunahmen; ein Umstand, der zur Ver-

armung breiter Bevölkerungsteile führte.<sup>27</sup> Standen während des „Großen Krieges“, als man an die Vereinheitlichung der Jugendfürsorge sowie die Gründung des städtischen Jugendschutzamtes ging, vor allem die „sittliche Verwahrlosung“ und „gesundheitliche Gefährdung“<sup>28</sup> der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund, so hatte dieses in der Zwischenkriegszeit stärker mit den sozialen Folgewirkungen des Konfliktes auch auf regionaler Ebene zu kämpfen. Die wirtschaftliche Not, die hohe Arbeitslosigkeit (auch unter Jugendlichen), der schlechte Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen als Folge der jahrelangen Mangelernährung, die daraus resultierende stärkere Anfälligkeit für Krankheiten wie etwa Tuberkulose oder die Spanische Grippe, Armut, die sich im Fehlen von Kleidung und Schuhen, aber vor allem Obdachlosigkeit beziehungsweise miserablen Wohnverhältnissen äußerte, sowie die Zerstörung von Familien waren soziale Probleme, die die Tätigkeiten des Grazer Jugendamtes in der Zwischenkriegszeit entscheidend beeinflussen sollten.<sup>29</sup> Vorerst ging es vor allem darum, das Überleben der Kinder und Jugendlichen zu sichern. Einzelne internationale Organisationen begannen die notleidenden Österreicherinnen und Österreicher mit Lebensmitteln zu versorgen und Kinder und Jugendliche für einen mehrmonatigen Erholungsaufenthalt ins Ausland zu schicken. Die American Relief Administration als regierungsnaher Organisation<sup>30</sup> begann mit Lebensmittellieferungen nach Europa.<sup>31</sup> Im Juni 1919 startete die Amerikanische Kinderhilfsaktion unter Leitung von Captain Gardener Richardson mithilfe von amerikanischen Lebensmittellieferungen in Österreich und damit gab es auch in der gesamten Steiermark Kinderausspeisungen.<sup>32</sup> Alleine im ersten Monat wurden Kinder und Jugendliche in 188 offenen und 47 geschlossenen Anstalten ausgespeist.<sup>33</sup> Die amerikanischen Lieferungen beinhalteten Kakao, Zucker, Mehl, Reis, Kondensmilch, Zutaten, die unter anderem auch für die „amerikanische Kakao-Jause“ Verwendung fanden. Von Juni bis Dezember 1919 wurden insgesamt 54.917 Kinder und Jugendliche in Ausspeisstellen gepflegt,<sup>34</sup> im Monat Mai 1920 waren es beinahe 35.000 Kinder. Durch die ständig steigende Anzahl der auszuspeisenden Kinder und Jugendlichen erhöhte die amerikanische Hilfsorganisation in den ersten Monaten des Jahres 1921 ihre Essen auf 40.000 beziehungsweise 46.500 Portionen. Die Ausspeisaktion wurde zudem auf nicht schulpflichtige Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren, aber auch Schülerinnen und Schüler zwischen 15 und 18 Jahren, später auch Lehrlinge<sup>35</sup> ausgeweitet. Für jene Schulkinder, deren Ernährungszustand kritisch erschien, wurde zusätzlich ein Frühstück ausgegeben. Im April 1921 wurde die Amerikanische Hilfsaktion der Steiermark auch auf die Verpflegung der Studierenden und Professoren der beiden Grazer Universitäten und der Montanuniversität Leoben ausgeweitet. Die Verteilung der Lebensmittel wurde zu Beginn der Aktion über Graz abgewickelt. Um Kosten zu sparen, wurden in den einzelnen Bezirken – vor allem in den steirischen Arbeiter- und Industriebezirken Mürzzuschlag, Bruck, Donawitz, Knittelfeld, Stainach, Bad Aussee, Selzthal und Köflach – also jenen Bezirken, in welchen die Not am größten war – Lebensmittellager errichtet, durch die schließlich die Verteilung abgewickelt wurde. Aufgrund des schlechten Ernährungszustandes der Kinder und Jugendlichen führte die Hilfsorganisation ab Mai 1920 eine Methode ein, rasch den körperlichen Zustand der Kinder zu ermitteln: mithilfe der von Clemens von Pirquet entwickelten Pelidisi-Formel, die sich auf Körpersitzhöhe

und Gewicht stützte, sollten die am schlechtesten ernährten Kinder festgestellt und diese entsprechend versorgt werden.<sup>36</sup> Regelmäßig durchgeführte Überprüfungen sollten gewährleisten, dass diejenigen am besten versorgt wurden, die es am dringendsten brauchten. Auch die Steiermärkische Landesregierung und die Gemeinden beteiligten sich daran, übernahmen die Kosten für den Transport, leisteten Zuzahlungen zu jeder ausgegebenen Portion, lieferten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Lebensmittel und unterstützten die Aktion mit einer einmaligen finanziellen Zuwendung. Diese wurde gemeinsam mit städtischen Einrichtungen, wie dem Stadtschulrat und dem städtischen Fürsorgeausschuss durchgeführt. Die Amerikanische Hilfsaktion lieferte schließlich auch Dinge des täglichen Bedarfs wie Schuhe, Strümpfe, Mäntel in die Steiermark.<sup>37</sup> Ab 1921 begann sich die Amerikanische Kinderhilfsaktion langsam aus Österreich zurückzuziehen, bis sie schließlich mit Ende des Schuljahres 1923/24 ihre Tätigkeiten ganz einstellte.<sup>38</sup> Bereits 1922 war auf Bundesebene ein eigenes Schülerspeisungsgesetz erlassen worden, das die Weiterführung der Aktion, nun unter dem Namen „Amerikanisch-österreichisches Hilfswerk“, regelte. Das Kinderhilfswerk wurde dem Bundesministerium für soziale Verwaltung unterstellt und auch in den Ländern weitergeführt.<sup>39</sup> Bereits im selben Jahr hatte die Landesleitung des Amerikanischen Kinderhilfswerkes gemeinsam mit der Steiermärkischen Landesregierung und dem Grazer Jugendamt Auspeisungen in Graz durchgeführt.<sup>40</sup> Als sich der Rückzug des Hilfswerkes abzuzeichnen begann, beschloss der Grazer Gemeinderat am 15. Mai 1924 auf Antrag des Jugendamtes die Schülerspeisungen weiter aus eigenen Mitteln fortzuführen und bedürftigen Grazer Kindern und Jugendlichen – die Bedürftigkeit wurde von den Fürsorgerinnen festgestellt – weiterhin ein Mittagessen zur Verfügung zu stellen.<sup>41</sup> Alleine 1926 wurden durch die städtische Kinderauspeisung 377.478 Portionen ausgegeben, davon 104.344 in Horten, 72.378 in Kindergärten, an Jugendliche 53.460 Portionen, davon 6.090 Portionen an Kinder von Arbeitslosen.<sup>42</sup> Die von amerikanischer Seite, später vom Jugendamt weitergeführten Kinderauspeisungen stellten eine besonders wichtige Maßnahme im Kampf gegen Hunger, Not und Elend der Grazer Nachkriegsgesellschaft dar. Sie entwickelte sich zu einem zentralen Aufgabenfeld des Jugendamtes, das nach innen und außen sehr positiv und nachhaltig wirkte. Für viele Grazer Kinder und Jugendliche eröffnete die Teilnahme an der Auspeisung wenigstens einmal am Tag die Möglichkeit, sicher eine warme Mahlzeit zu bekommen. Neben dieser wichtigen Maßnahme zur Bekämpfung des Hungers erstreckten sich die Tätigkeiten des Jugendamtes über die Unterhaltsfürsorge/Rechtsfürsorge, die Erziehungsfürsorge und Gesundheitsfürsorge, die fließend ineinander übergingen. Letztere sollte „in allen Fällen der Wahrnehmung eines körperlichen Notstandes von Kindern rechtzeitig ein[...]greifen und auf jede mögliche Weise Hilfe [...]schaffen.“<sup>43</sup> Ab 1919 begann man auch den Aufbau der gesundheitlichen Fürsorge in Angriff zu nehmen.<sup>44</sup> Primär ging es gegen die Kriegsfolgen, wie etwa die hohe Säuglingssterblichkeit und Tuberkulose, vorzugehen. Gemeinsam mit dem „Verein Säuglingsfürsorge“ begann man die Fürsorge für Kinder bis zum zweiten Lebensjahr einheitlich zu organisieren. Maßnahmen griffen dabei schon vor der Geburt mit der Beratung schwangerer Frauen. In den Mütterberatungsstellen sollte die richtige Pflege und Entwicklung der Säuglinge kontrolliert und mit finanziellen Anreizen verbunden werden.

Eine eigene Kleinkinderberatung für Kinder zwischen drei und sechs Jahren wurde auch eingerichtet. Mit der 1924 vom Commonwealth-Fund und seit 1925 von der Stadt geführten Zentralfürsorgestelle, in der ein Röntgengerät und zwei Quarzlichtlampen für Untersuchungen bereitstanden, hatte das Jugendamt den letzten Schritt in Richtung „Einheitsfürsorge“ vollzogen. Ein wichtiges Instrument stellte die Schulfürsorge dar, die auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Ärztinnen beziehungsweise Ärzten und Fürsorgerinnen abzielte. 1919 hatte der schulärztliche Dienst, dem vier Ärztinnen beziehungsweise Ärzte angehörten und der im Amtsgebäude untergebracht war, seine Arbeit aufgenommen. Dieser war für alle Volks- und Bürgerschulen in Graz zuständig, die regelmäßig von Ärztinnen beziehungsweise Ärzten und Fürsorgerinnen besucht wurden. Durch ein gemeinsames Vorgehen versprach man sich, Einblick in die familiären Verhältnisse beziehungsweise Lebensumstände der Kinder zu bekommen und diese unter soziale Kontrolle zu stellen. Auf dieser Ebene versuchte man der „Verwahrlosung“ der Kinder und Jugendlichen entgegenzuwirken, indem Fürsorgerinnen regelmäßig Schulen besuchten und sich ein Bild über Verhalten, aber auch Lebensverhältnisse der Kinder machten und bei ersten Anzeichen einer Verwahrlosung die Eltern verwarnten, die Kinder unter Überwachung oder in einen Hort überstellten. Kindergärten und Schülerhorte entwickelten sich so zu einem „wichtige[n] Vorbeugungs- und Abwehrmittel im Kampfe gegen die Verwahrlosung“.<sup>45</sup> Beide Einrichtungen waren in Graz lange Zeit privat betrieben worden, ehe mit Gemeinderatsbeschluss vom 13. März 1919 die Kindergärten, ab 1. April 1923 auch die Horte in die städtische Verwaltung übernommen wurden.<sup>46</sup> In beiden sah man die Möglichkeit, „[...] die Kinder in jeder Beziehung erzieherisch zu beeinflussen und so ihr körperliches, geistiges und sittliches Wohl zu fördern.“<sup>47</sup> 1927 verfügte die Stadt bereits über zwölf Kindergärten und elf Schülerhorte (drei davon als Hilfsschulhorte)<sup>48</sup>, in welchen „volkserzieherische“ Arbeit geleistet wurde.

Eine wichtige Säule der Tätigkeiten des Jugendamtes stellte die Unterhaltsfürsorge, hier im Speziellen die Generalvormundschaft, dar. Das Amt hatte am 1. Jänner 1918 die Generalvormundschaft über alle nach dem 31. Dezember 1917 in Graz geborenen und in der Landeshauptstadt wohnhaften unehelichen Kinder übernommen. Durch einen Beschluss des Gemeinderats vom 3. Juli 1919 wurde diese auch auf „sittlich gefährdete und verwahrloste“ Jugendliche ausgeweitet. Das Amt hatte auch die Armenfürsorge für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr übernommen, das heißt, die Verteilung von Lebensmitteln und Kleidung für sozial schwache Familien wurde vom Amt abgewickelt.<sup>49</sup> Seit Anfang Februar 1919 übernahm das Amt auch die Ziehkinderaufsicht.<sup>50</sup> Daneben kümmerte sich die Einrichtung auch um werdende Mütter, gewährte stillenden Müttern, die keine Stillunterstützung von Krankenkassen erhielten, drei Monate Beihilfe von 10 bis 20 Schillingen. Das Amt stellte in den Mütterberatungsstellen auch Seife, verlieh gegen Gebühr Kinderwägen, Kinderkörbe und Badewannen, ab 1926 auch Wochenbettwäsche an bedürftige Familien. Im Jahr 1926 registrierte man in den fünf Mütterberatungsstellen über 3.914 Besuche.<sup>51</sup> Die unterschiedlichen Unterstützungen waren jedoch an Bedingungen geknüpft: So wurden Geldzahlungen oder Naturalien nur nach Erhebung und Meldung der Verhältnisse durch die städtischen Fürsorgerinnen – Graz war zu diesem Zwecke in 21 Fürsorgebezirke eingeteilt

worden<sup>52</sup> – gewährt. Sie machten Hausbesuche, notierten den Gesundheitszustand der Säuglinge und Kinder und leiteten gegebenenfalls Maßnahmen ein. Die Jugendfürsorge war dabei stark von finanziellen Zuwendungen internationaler Hilfsorganisationen wie etwa den Rot-Kreuz-Organisationen, des Amerikanischen Hilfswerkes und des Commonwealth-Fund, der britischen Society of Friends (Quäker) abhängig. Mit amerikanischer, holländischer, schweizerischer und schwedischer Unterstützung konnten Kleidung, Schuhe, Wäsche angekauft und an Grazer Familien verteilt werden. Auch die sozialdemokratische Grazer Stadtregierung versuchte durch die zu Weihnachten gestartete Aktion „Grazer Kinderwoche“ der Not entgegenzuwirken.<sup>53</sup>

1924 hatte der amerikanische Commonwealth-Fund in Österreich damit begonnen, aus eigenen Mitteln die gesundheitliche Fürsorge auszubauen. In Graz sollte eine Mütterfürsorgestelle errichtet werden, die gemeinsam mit dem städtischen Jugendamt, der Universitäts-Kinderklinik und privaten Fürsorgeeinrichtungen wirken und einen wichtigen Schritt in Richtung einer einheitlichen Fürsorge nach modernen Maßstäben darstellen sollte. Ziel war, eine alle Kinder und Jugendlichen im Alter von zwei bis 16 Jahren umfassende Gesundheitsfürsorge zu etablieren, die über eine mit modernsten Geräten (etwa einem Röntgengerät) ausgestattete Zentralfürsorgestelle im städtischen Amtshaus laufen sollte. Diese wurde noch im Oktober 1924 eröffnet.<sup>54</sup> Der Commonwealth-Fund stellte dafür finanzielle Mittel für fünf Jahre in Aussicht. Bereits im Februar 1925 kam es zum Zerwürfnis, als der Commonwealth-Fund mit mehreren Forderungen an die Gemeinde herantrat. So forderte dieser die Abtrennung der gesundheitlichen Fürsorge vom Grazer Jugendamt und die Einrichtung eines Ausschusses, der diese Agenden – unabhängig vom Jugendamt – übernehmen sollte. Nachdem den Forderungen nicht nachgekommen worden war, zog sich der Commonwealth-Fund – nach nicht einmal einem Jahr – mit 15. März 1925 aus Graz zurück.<sup>55</sup> In der Folge wurden alle Apparate der Gemeinde übergeben. Die vom Fund zuvor eingestellten Fürsorgerinnen und Hilfskräfte wurden in den Dienst der Stadt übernommen. So gingen Milliarden für die „Volksgesundheit“ verloren,<sup>56</sup> wie etwa im Grazer Gemeinderat festgehalten wurde. Die Angelegenheit entwickelte sich in der Folge zu einem Streitpunkt der politischen Vertreter im Gemeinderat.<sup>57</sup> Die Weiterführung der Zentralfürsorgestelle belief sich auf fast 25.000 Schilling pro Jahr und musste nun aus eigenen Töpfen – unter äußerster Anstrengung – bereitgestellt werden.<sup>58</sup> Die fehlenden finanziellen Mittel im Bereich der Jugendfürsorge ziehen sich durch die Zwischenkriegszeit. Zwar konnte das Grazer Jugendamt im Jahr 1927 auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken, doch blieben Zuwendungen spärlich. Obwohl der Gemeinderat in mehreren Sitzungen – auf Antrag des Jugendamtes – den Ausbau der Kinder- einrichtungsstätten beschlossen hatte, da die vorhandenen Kindergärten und Schülerhorte längst nicht mehr ausreichend Platz boten, konnte dieser Plan nur langsam in Angriff genommen werden.<sup>59</sup> Die vom Commonwealth-Fund eingerichtete Zentralfürsorgestelle betrieb inzwischen auch eine eigene Mütterberatungsstelle und führte psychologische Untersuchungen durch. Alleine 1927 wurden über 50.000 Personen in den unterschiedlichen Einrichtungen der Zentralfürsorgestelle untersucht und behandelt.<sup>60</sup> 1928 waren alleine von den Fürsorgerinnen 1.924 Kinder in Kindergärten, 1.851 Kinder in Schülerhorte, 711 Kinder in geschlossene Anstalten eingewiesen worden.<sup>61</sup>

Bereits 1.642 Kinder besuchten die Kindergärten.<sup>62</sup> 1928 arbeiteten neben den über Vereine angestellten Frauen in den elf Schülerhorten 14 mit Vertrag angestellte Hortnerinnen, die 600 bis 700 Schülerinnen und Schüler zu betreuen hatten.<sup>63</sup> Die Zahl der Kinder, die die Einrichtungen des Jugendamtes besuchten, stieg von Jahr zu Jahr. Die wirtschaftliche Not großer Teile der Bevölkerung – 1927 hatte die Arbeitslosigkeit in Österreich einen Höhepunkt erreicht – hatte starke Auswirkungen auf die Jugendfürsorge. Dem musste man nicht nur durch den Ausbau der Infrastruktur Rechnung tragen, sondern auch durch eine Aufstockung des Personals. Doch auch die Weltwirtschaftskrise hinterließ in Graz Spuren. 1929 betrieb das Jugendamt 27 Anstalten, die teilweise so überlaufen waren, dass weitere Neuaufnahmen gestoppt werden mussten. Dennoch war innerhalb von zwölf Jahren ein engmaschiges kommunales Netz aufgebaut worden, das alle Belange der Jugendfürsorge vereinte und teilweise Anleihen aus dem „Roten Wien“ genommen hatte.

### **Neuausrichtung und Zerschlagung der Strukturen**

Die Weltwirtschaftskrise hatte eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, sozialer Verelendung beziehungsweise Bedürftigkeit und Not zur Folge. Dies führte auch in Graz dazu, dass immer mehr Menschen die Einrichtungen der Jugendfürsorge in Anspruch nahmen. Gleichzeitig wirkten sich die Krise und die Sparpolitik der Regierung auch auf die finanzielle Lage der Gemeinde Graz aus, die unter Druck geriet, und schließlich auch Leistungen kürzen und Einrichtungen schließen musste. In diesem Zusammenhang entwickelten sich die öffentlichen Kinderausspeisungen immer mehr zu einem wesentlichen Aufgabenfeld der Jugendfürsorge, die etwa – wie im Jahresbericht der Behörde 1933 vermerkt – über 1.270.568 Portionen an Kinder und Lebensmittelpaketen an Bedürftige verteilte.<sup>64</sup> Die Kinderausspeisungen blieben auch in den Folgejahren ein wichtiges Betätigungsfeld der Grazer Jugendfürsorge.

1933 nutzte Engelbert Dollfuß die Krise des Parlaments, um jegliche demokratische Strukturen abzubauen. Im autoritären Regime Dollfuß änderten sich neben den Vorstellungen der Geschlechterrollen auch die Richtlinien für die Jugendfürsorge grundlegend. Die Erziehung hatte nun nach „streng vaterländischen, religiös-sittlichen Grundsätzen“ zu erfolgen<sup>65</sup> und lag vor allem in den Händen der Frauen: „Die Frau hat heute in erster Linie ihr Augenmerk auf ihre eigene Familie zu richten“, hielt Fanny Starhemberg in einer Rede fest.<sup>66</sup> Sie sollten als Mütter ihrer Pflicht als Erzieherinnen der Kinder zu „vaterlandstreuen“ Staatsbürgern nachkommen und sich angesichts des Geburtenrückganges der „Vermehrung des Volkes“ widmen. Auch die katholische Kirche, auf die das faschistoide Regime aufbaute, und damit verbundene Wertvorstellungen beeinflussten die Ausrichtung der Familienpolitik. In den städtischen Kindergärten, Schülerhorten und Heimen kam man den Grundsätzen des diktatorischen Regimes nach: Eng wurde mit den Einrichtungen der Vaterländischen Front (VF) wie etwa dem am 28. Oktober 1934 eröffneten Mutterschutzwerk beziehungsweise dem Kinderferienwerk zusammengearbeitet. Die gesundheitliche Fürsorge des Jugendamtes widmete sich bereits der physischen und psychischen Vorsorge der Kin-

der und Jugendlichen, sie überwachte damit auch die „Volksgesundheit“ der Bevölkerung. Kinder wurden bereits in „minderwertigen“ und „hochwertigen“ Nachwuchs eingeordnet, die „Volksgesundheit“ von Ärzten überwacht. So legten die Mediziner des gesundheitlichen Dienstes des Grazer Jugendamtes verstärktes Augenmerk auf die Bekämpfung von Tuberkulose und unterschiedlichsten Infektionskrankheiten, nahmen sich der Erkrankungen der Atmungsorgane und orthopädischer Fehlstellungen an. Das Ärzteteam sah sich aber auch für den seelischen Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen verantwortlich. Dies umfasste „Erziehungsfragen, Korrekturen von Erziehungsfehlern, gemütliche Schädigungen, seelische Störungen durch die Umwelt, Verwahrlosung.“<sup>67</sup> Letztere blieb auch in der Zwischenkriegszeit ein Kampfbegriff, der unterschiedliche Maßnahmen einleitete. Die Umsetzung der gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes fand 1938 ein jähes Ende: Ständische Strukturen wurden nach der Eingliederung Österreichs in das nationalsozialistische Deutsche Reich zerschlagen, die Wohlfahrt und damit auch die Jugendfürsorge nach NS-ideologischen Gesichtspunkten neu aufgestellt und gegliedert. Im NS-Herrschaftssystem wurden parallele Staats- und Parteistrukturen aufgebaut, die mit ähnlichen Aufgaben, Weisungsbefugnissen und Kompetenzen bedacht, schnell zu Streitigkeiten und zu Machtkämpfen führten. Auch im Bereich der Volkswohlfahrt, die auch die „Jugendfürsorge“ umfasste, wurde dieses Prinzip umgesetzt. Vor allem zwischen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV)<sup>68</sup> und Jugendwohlfahrtsbehörden, etwa den Jugendämtern und auch der Hitlerjugend (HJ). Die vom Grazer Jugendamt vor 1938 praktizierte „Einheitsfürsorge“ wurde nach dem „Anschluss“ schnell zerschlagen. Die Ämter der Stadt wurden neu organisiert, die Kompetenzen auf unterschiedliche Behörden und Organisationen, etwa auf die NSV, das Wohlfahrts- und Gesundheitsamt, aufgeteilt. 1940 wurde die Verordnung über Jugendwohlfahrt in der Ostmark erlassen, die nun die Jugendfürsorge neu regelte. Damit wurde die Fürsorge nationalsozialistischer Prägung angeordnet und der Aufbau der Jugendwohlfahrtsbehörden, Zuständigkeiten und Handhabung in der Ostmark beziehungsweise den Alpen- und Donaureichsgauen<sup>69</sup> geregelt. Im NS-System stand „Selbsthilfe“ an oberster Stelle, erst wenn die Mittel dieser „Selbsthilfe“ ausgeschöpft worden waren, sollte die NSV ansetzen, ging es doch um die „Stärkung der Volkskraft“. Die NS-Wohlfahrtspflege sah als eine ihrer wesentlichen Säulen die „Erziehungsfürsorge“ an, denn „[a]us den Grundanschauungen des Nationalsozialismus heraus will sie den Befürsorgten über die materielle Hilfe hinaus in seinem inneren seelischen Verhalten beeinflussen und unter Benützung nationalsozialistischer Motive, die für den Betreuten als starke Imperative wirken, aus ihm einen nützliches, leistungswilliges Glied des Volksganzen machen.“<sup>70</sup> Vor allem Familien und Kinder als „Träger der nationalsozialistischen Zukunft“ standen im Mittelpunkt ihrer Tätigkeiten. Mütter-Hilfs- und Beratungsstellen und Kindertagesstätten wurden eingerichtet, Mütter-Erholungs- und Kinderverschickungen organisiert. Zur Erziehung der Jugend in Form einer offenen Erziehungshilfe richtete man Jugenderziehungsberatungsstellen und Jugendheimstätten ein. Auch die Jugendgerichtshilfe wurde übernommen, der Gesundheitsfürsorge widmete man besondere Aufmerksamkeit. Damit ging auch die Auslese von allem, nach NS-Maßstäben als minderwertig Einstufteten einher.

Erbbiologisch und rassenhygienisch rein sollte die „Volksgemeinschaft“ sein – hier setzte man gezielt auf Auslese, Inklusion- und Exklusion.<sup>71</sup> Menschen, die außerhalb der „Volksgemeinschaft“ und der propagierten Gesellschaftsbilder standen, konnten keine Mildtätigkeit erwarten. Sie waren Zwangsmaßnahmen durch das NS-Regime ausgesetzt, das eng mit Polizei und Gestapo zusammenarbeitete. Die NSV verschrieb sich dabei der „Vorsorge“ in zwei Richtungen: der „Erhaltung und Ertüchtigung der leistungsfähigen Glieder für ihre Aufgaben in der Volksgemeinschaft“ zum einen, der „Bewahrung und Ausmerzung der für die Volksgemeinschaft nicht oder nicht mehr in Frage kommenden Glieder“<sup>72</sup> zum anderen.

Die steirische NSV-Gauverwaltung (Amt für Volkswohlfahrt) stand seit 1938 unter der Leitung von SS-Obersturmbannführer Oberbereichsleiter Dr. Ludwig Leinich.<sup>73</sup> Die NSV betrieb eine eigene NSV-Fachschule für Kindergärtnerinnen im Rosenhof in der Körblergasse 104. 1941 eröffnete eine eigene Ausbildungseinrichtung für Volkspflegerinnen.<sup>74</sup> In dieser wurden Frauen für ihre Arbeit in der „Volkspflege“, dem „Dienst am Volk zur Erhaltung und Stärkung der wertvollen Art unseres Volkes“<sup>75</sup> vorbereitet. Auch eine eigene Säuglingspflegeschule an der Universitätskinderklinik wurde betrieben. 1942 wurden alle städtischen Jugendanstalten der NSV übergeben.<sup>76</sup>

Durch ein System der sozialen Kontrolle beziehungsweise Disziplinierung, etwa durch die Erfassung der Gesellschaft in unterschiedlichen Einrichtungen wie den Jugendorganisationen/paramilitärischen Verbänden oder dem Arbeitsdienst, gelang es, Kinder und Jugendliche entsprechend zu kontrollieren und im Sinne des NS-Staates zu erziehen. Durch die frühe Erfassung der Kinder und Jugendlichen auf unterschiedlichen Ebenen wurden – laut Sieder – weniger Kinder in Erziehungsheime eingewiesen.<sup>77</sup> Kinder und Jugendliche wurden dabei unter den Aspekten „Rasse“ und „Leistung“ von den mit der Fürsorge beauftragten Stellen kategorisiert und kontrolliert. Der Begriff der „Verwahrlosung“ wurde durch „Asozialität“ abgelöst und entsprechende Maßnahmen wurden eingeleitet.<sup>78</sup> Auch die Jugendgerichtsbarkeit wurde im Sinne der NS-Ideologie überarbeitet. Die „Verordnung gegen Volksschädlinge“<sup>79</sup>, „die Verordnung gegen Gewaltverbrecher“<sup>80</sup> und die „Verordnung zum Schutze gegen jugendliche Schwerverbrecher“<sup>81</sup> hatten weitreichende Folgen für jene Jugendlichen, denen „gemeinschaftsgefährdendes“ Verhalten vorgeworfen wurde: „Herumtreiben“, „Arbeitsflucht“, „Sabotage“ oder das „Hören von Feindsendern“ waren nur einige der Straftaten, die entsprechend sanktioniert wurden. Als „erzieherische“ Maßnahme“ konnte anstelle einer Gefängnis- oder Haftstrafe Jugendarrest verhängt werden. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die soziale Disziplinierung der sogenannten Swing-Jugend oder der „Schlurfs“ aus der Arbeiterschicht gelegt, denn die Betätigung der Jugendlichen außerhalb der nationalsozialistischen Jugendorganisationen, etwa in alternativen Jugendkulturen, führte nach Ansicht der Fürsorge zur „sittlichen Verwahrlosung.“<sup>82</sup> Wurde die „soziale Auffälligkeit“, „Asozialität“ oder „Unangepasstheit“ eines Kindes oder Jugendlichen etwa vom Schullehrer zur Anzeige gebracht, schritten die Volkspflegerinnen ein, die Hausbesuche durchführten und schließlich auch schärfere Disziplinierungsmaßnahmen, etwa die Einweisung in eine Erziehungsanstalt, anordnen konnten. Die Feststellung, nicht Teil des „gesunden Volkskörpers“ zu sein, konnte die Überweisung in eine Landesanstalt und die Einstufung als „le-

bensunwert“ nach sich ziehen – mit weitreichenden Folgen wie etwa einer Ermordung im Rahmen des Euthanasie-Programmes.<sup>83</sup>

### **Eine Grazer Besonderheit in der Ferne: Das „österreichische Adriaparadies“ für Kinder der Stadtgemeinde**

Eine besondere Einrichtung, die sich mit kurzen zeitlichen Unterbrechungen durch das 20. Jahrhundert zieht und vom Grazer Jugendamt betrieben wurde, stellt die Kindererholungsstätte im heutigen Istrien dar. Im kleinen Badeort Savudrija/Salvore, etwa 50 Kilometer südwestlich von Trieste/Triest gelegen, war diese bereits in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts als Erholungs- beziehungsweise Genesungsort für steirische Kinder und Jugendliche eingerichtet worden. Die St. Anna Kinderspitalsstiftung hatte in dem kleinen Ort nahe Piran eine Heil- und Badeanstalt errichtet, die im Juli 1909 eröffnet worden war. Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren konnten einen mehrwöchigen Erholungsaufenthalt in Salvore verbringen. Die Stadt Graz stiftete jährlich einen Betrag, um „armen, anämischen und strophulösen oder rachitischen Kindern den Kuraufenthalt im Seehospiz Salvore zu ermöglichen.“<sup>84</sup> Um in den Genuss einer Kur an der Adria zu kommen, musste ein Antrag an den Stadtrat gerichtet werden, der neben dem Taufschein auch den Heimatschein – der Genesungsaufenthalt war nur Grazer Kindern vorbehalten –, ein Armutszeugnis und ein ärztliches Attest beinhaltete. Die endgültige Entscheidung fiel durch die ärztliche Leitung des Anna-Kinderspitals.<sup>85</sup> Mit 1915 und dem Kriegseintritt Italiens kam der Erholungsbetrieb zum Erliegen, der Tourismus und damit auch die Erholungsaufenthalte steirischer Kinder fanden damit ein jähes Ende.

Nach 1918 kehrten viele als Kriegsblinde, Invalide und mit psychischen Erkrankungen aus dem „Großen Krieg“ zurück. Sie mussten entsprechend finanziell unterstützt, besser jedoch in die Gesellschaft re-integriert werden.<sup>86</sup> Dabei stellte die Wiederherstellung der Erwerbstätigkeit beziehungsweise der Arbeitskraft das erklärte Ziel des Staates dar. Während des Krieges waren in den einzelnen Kronländern Landeskommissionen für heimkehrende Krieger gegründet worden, die nun die Fürsorge für die versehrten Männer bündeln sollten. Dabei ging es auch um die Angehörigen der ehemaligen Soldaten: Durch die (teilweise) Erwerbsunfähigkeit des Ernährers gestaltete sich auch ihre Situation schwierig. Kriegerwitwen und -waisen wurden nun auch in die Aktivitäten der Interessenvertretungen inkludiert. Der bereits im April 1919 gegründete „Landesverband der Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen und -waisen Steiermark“ widmete sich der Fürsorge, er begann ab circa 1924 Waisen und Kinder von Invaliden zur Erholung an die Adria zu schicken.<sup>87</sup> Voraussetzung waren die Mitgliedschaft im Verband und ein entsprechender ärztlicher Befund. Dieser erwarb die Liegenschaft an der Adria auch im selben Jahr. Dort sollte sich der gesundheitliche Zustand der Kinder durch eine entsprechende ärztliche Betreuung und Verpflegung schnell bessern. Die Aktion war vorerst aber auf Spenden der Bevölkerung angewiesen. Dennoch konnten bereits in der Anfangsphase 150 steirische Kinder in zwei Turnussen zur Erholung an die Adria geschickt werden.<sup>88</sup> Ein Ausbau erlaubte ab 1925

das Seehospiz acht bis neun Monate im Jahr zu nutzen und ermöglichte auch anderen erholungsbedürftigen Kindern den oftmals ersten Erholungs-/Genesungsurlaub außerhalb Österreichs. 130 Kinder zwischen fünf und 16 Jahren konnten so 35 Tage lang, unter ärztlicher und pädagogischer Betreuung und mit – wie in den Zeitungen des Jahres 1925 unterstrichen wurde – „erstklassige[r] Verpflegung“, nämlich „fünf Mahlzeiten täglich“<sup>89</sup>, dem Alltag entrinnen. Die Kosten beliefen sich zwischen 156 und 166 Schillinge pro Aufenthalt, um Vergünstigung konnte angesucht werden. Die Kinder wurden per Bahn an die Adria gebracht, Abfahrts- und Ankunftszeiten im Badeort wurden in den Zeitungen verlautbart. Am 14. Juni 1925 wurde das Seehospiz Salvore vom steirischen Landeshauptmann Anton Rintelen, dem Grazer Bürgermeister Vinzenz Muchitsch und anderen Vertretern feierlich wiedereröffnet. Nun sollten „Jungengefährdete, skrophulöse, rhachitische, rekonvaleszente oder sonst schwächliche Kinder unterschiedslos auf Grund des amts- und schulärztlichen Befundes Aufnahme finden können.“<sup>90</sup> Die Einrichtung sollte „Gemeingut des ganzen Landes sein“<sup>91</sup> und von Mai bis Oktober Kindern als Genesungsort dienen. Das „Seehospiz“ entwickelte sich in der Folge zu einem Prestigeprojekt des Verbandes. In den in Tageszeitungen veröffentlichten Berichten, die nun folgten, wurde besonders auf die durch den Aufenthalt erfolgende Gewichtszunahme verwiesen: In den „Erfolgsblättern“ wurden die Heilung, vor allem aber die Zunahme, die zwischen ½ und 4½ kg aufgrund der guten Fürsorge liegen konnte, festgehalten.<sup>92</sup> Möglich war die Kindererholungsaktion durch die finanzielle Unterstützung deutscher, italienischer und jugoslawischer Vertreter. 1927 sollen alleine über 500 Kinder ihren Kuraufenthalt in Salvore an der Adria verbracht haben.<sup>93</sup> Die Einrichtung wurde 1930 erweitert und ging mit Beschluss des Gemeinderates 1933 in den Besitz der Stadt Graz über.<sup>94</sup> Als „Kinderheilstätte“ beziehungsweise „Kindererholungsheim“ geführt, beliefen sich die Kosten für den Aufenthalt auf 190 Schillinge beziehungsweise ermäßigt 180 beziehungsweise 168 Schillinge. 90 Prozent der Kinder wurden von den Krankenkassen überwiesen.<sup>95</sup> 1934 konnten sich 493 Buben und Mädchen in Salvore erholen. Neben Ausflügen und Wanderungen in die nähere Umgebung wurden etwa auch der Hafen von Trieste/Triest und Venezia/Venedig besucht, für Unterhaltung sorgten Theateraufführungen.<sup>96</sup> Auch das austrofaschistische Regime nutzte das Seehospiz weiter. Mittels groß angelegter Werbekampagne wurde in den Bundesländern beziehungsweise Landeshauptstädten für einen Aufenthalt geworben und die „die Ausheilung von Bronchialdrüenschwellungen, chronischen Katarrhen, Asthma, chronischen Gelenkentzündungen, Spätrachitis, rezidivierenden Halsentzündungen und chronischen Schnupfen“<sup>97</sup> versprochen. Man warb mit den Slogans „Kränkliche, schwächliche Kinder gehören ans Meer, wo Salz und Sonne wunderbar zusammenwirken!“ sowie „Eltern, schickt eure Kinder nach Salvore, ins österreichische Adriaparadies der Stadtgemeinde Graz!“<sup>98</sup> Durch die Einbindung von Kindern aus anderen Regionen und die damit verbundene Auslastung erwirtschaftete der Betrieb für die Stadt Graz bald auch einen Gewinn. Dies mag eventuell auch ausschlaggebend für die Entscheidung des Stadtrates gewesen sein, das Seehospiz und seine Geschäftsstelle aus dem Bereich des Jugendamtes auszuschneiden und dieses ab 1935 als selbstständige Dienststelle, die direkt dem Bürgermeister unterstellt wurde, einzurichten.<sup>99</sup> Auch nach dem „Anschluss“ 1938 wurde die Einrich-

tung weitergeführt. Als einziges deutsches Seehospiz im faschistischen Italien kam ihm auch eine repräsentative sowie politische Bedeutung zu und stand auch Kindern aus dem „Altreich“ offen. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes war die Stadt Graz bemüht, ihre Liegenschaft wieder zurückzubekommen und diese weiterzuführen. Bis in die späten 1980er-Jahren konnten Grazer Kinder – mit beziehungsweise durch finanzielle Zuwendung der Stadt Graz – ihren Erholungsurlaub an der Adria verbringen.<sup>100</sup>

## **Schlussbemerkung**

Der Erste Weltkrieg brachte weitreichende Veränderungen in sozialer und geschlechterspezifischer Hinsicht. Kinder und Jugendliche wuchsen ohne Väter auf, Mütter mussten neue Rollen übernehmen, drängten in die Berufswelt. Daraus ergab sich eine Leerstelle, in die der Staat einzugreifen versuchte. Um die sogenannte „Verwahrlosung“ der Jugend zu bekämpfen, wurden weitreichende Maßnahmen eingeführt. Überall führten diese schließlich – wie im Grazer Fall – zur Etablierung einer kommunalen Jugendschutzstelle. Dabei wurde ein System geschaffen, in dem Beamte, Vormund, Fürsorgerinnen und Ärzte, aber auch private Vereine und Einrichtungen ein enges Fürsorgenetz schufen. Dadurch konnten zwar rasch die körperliche und soziale Bedürftigkeit der Kinder festgestellt werden, jedoch dienten die Einrichtungen des Amtes auch als soziale Kontrolle, die mit dem Ausbau immer enger und stärker wurde. Jugendfürsorge bedeutete dabei oftmals jedoch nicht nur Hilfe und Unterstützung, sondern auch einen vom Staat beziehungsweise auf kommunalpolitischer Ebene betriebenen Eingriff in Lebenswelten, führte zur Kontrolle familiärer Strukturen und der Erziehung. Die institutionalisierte Jugendfürsorge entwickelte sich in der Folge zu einer Kontroll-, Disziplinierungs- und Überwachungsinstanz, die vor allem die unteren sozialen Gesellschaftsschichten in den Fokus nahm. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit, der sozialen Not und dem Wohn- und Versorgungsproblem stieg auch der Bedarf nach beziehungsweise die Beanspruchung der Fürsorgeeinrichtungen immer stärker an und belastete am Vorabend der Weltwirtschaftskrise die finanziell ohnehin in Mitleidenschaft gezogene Stadt. Die Fürsorge war jedoch noch mehr als das. Die Kontrolle und Steuerungsmaßnahmen entsprachen zunehmend dem Zeitgeist in einem Europa, in dem sich autoritäre politische Systeme ab den späten 1920er- und 1930er-Jahren durchzusetzen begannen. Der Einfluss auf die Jugend war dabei ein zentrales Feld, nicht zuletzt, da man glaubte, dadurch Gesellschaften nachhaltig formen zu können. Das NS-Regime pervertierte dieses System dann vollends, konnte dabei jedoch auf Strukturen zurückgreifen, die im Ersten Weltkrieg und in dessen Folgezeit entstanden waren.

- \* Der vorliegende Artikel basiert auf den Ergebnissen eines Forschungsprojektes, das anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Grazer Jugendamtes von der Autorin unter Leitung von Karin Schmidlechner durchgeführt wurde. An dieser Stelle sei Karin Schmidlechner, Ute Sonnleitner, Georg Hoffmann, Matthias Egger, Richard Lein und Gunda Barth-Scalmani für die Diskussionen und Hinweise gedankt. Dieser Artikel stellt eine überarbeitete Fassung der Forschungsergebnisse dar.
- 1 Ein Gebot der Selbsterhaltung, in: Deutsche Frauen-Zeitung. Organ des Deutschen Frauenbundes Steiermarks, Beilage zur Nr. 85 des Grazer Tagblattes, 25.3.1916, 1.
  - 2 Ebenda.
  - 3 Ebenda.
  - 4 Ähnliche Einrichtungen waren in den einzelnen Kronländern bereits umgesetzt worden: So hatte man bereits 1910 in Brünn/Brno ein Jugendschutzamt eingerichtet. In Wien-Ottakring folgte dieser Schritt im Jahre 1913, in Rudolfsheim 1914. In Wien waren mit der Errichtung dieser Jugendämter wichtige Vorarbeiten geleistet worden, auf die schließlich das „Rote Wien“ nach 1918 aufbauen konnte. Siehe dazu die Studie: Gudrun WOLLGRUBER: Ideale und Realitäten. 100 Jahre Wiener Jugendamt 1917–2017, Wien 2017, online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/kontakte/ma11/pdf/100-jahre-jugendamt.pdf> (abgerufen am 10.6.2018). In Linz war 1917, in Innsbruck 1918, in Steyr 1919, in Villach und Wiener Neustadt 1920 und in Wels und Knittelfeld 1921 ein Jugendamt eingerichtet worden. Alfred PFOSE, Andreas WEIGL: Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918–1922, Salzburg/Wien 2017, 98. Siehe auch die Studie zu Tirol und Vorarlberg: Michaela RALSER, Nora BISCHOFF, Flavia GUERRINI et al.: Das System der Fürsorgeerziehung. Zur Genese, Praxis und Transformation der Jugendfürsorge und der Landeserziehungsheime in Tirol und Vorarlberg, 2015, online verfügbar unter: <https://www.uibk.ac.at/iez/heimgeschichte/forschung/dokumente/das-system-der-fuersorgeerziehung.pdf> (abgerufen am 10.12.2017).
  - 5 Siehe dazu: Verena PAWLOWSKY, Harald WENDELIN: Die Wunden des Staates. Kriegopfer und Sozialstaat in Österreich 1914–1938, Wien/Köln/Weimar 2015, 56f.
  - 6 Auf dieses Problem wies auch der k.k. Richter Dr. Josef Ritz hin, der einen Artikel zur „Kriegsjugendfürsorge“ in der Zeitschrift „Blätter für Armenwesen und Jugendfürsorge“ 1915 veröffentlichte. Josef RITZ: Kriegsjugendfürsorge, in: Blätter für Armenwesen und Jugendfürsorge, 2, Graz 1915, 31–34, hier: 32.
  - 7 Vgl. Christa HÄMMERLE: Heimat/Front. Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkrieges in Österreich-Ungarn, Wien 2014, 14; Klaralinda MA-KIRCHER: Die Frauen, der Krieg und die Stadt, in: Alfred PFOSE, Andreas WEIGL (Hgg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs, Wien im Ersten Weltkrieg, Wien 2013, 72–81.
  - 8 Douglas AICHELBERG: Die Jugendfürsorge in Steiermark im ersten Kriegsjahr 1914–1915, Graz 1915, 8.
  - 9 Ebenda.
  - 10 Reinhard SIEDER: Das Dispositiv der Fürsorgeerziehung in Wien, in: Österreichische Zeitgeschichte (ÖZG) 25, Wien 2014, 1 und 2, 156–193, hier: 170.
  - 11 Zu Tirol siehe: Hartwig MUSENBICHLER: Sittenverfall, Hunger und Verwahrlosung. Kinder und Jugendfürsorge während des Ersten Weltkriegs, in: Gunda BARTH-SCALMANI, Joachim BÜRGSCHWENTNER, Matthias EGGER et al. (Hgg.): Militärische und zivile Kriegserfahrungen 1914–1918 (= Zeit – Raum – Innsbruck, 11), Innsbruck 2010, 251–278.
  - 12 Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Herzogtum Steiermark Nr. 41/1916, Verordnung des k.k. Statthalters von Steiermark vom 28.4.1916 betreffend Maßnahmen zum Schutze der heranwachsenden Jugend vor Verwahrlosung, 95–97.
  - 13 Beispielhaft: Krieg und Jugend, in: Arbeiterwille, 17.11.1916, 4.
  - 14 Vgl. Rudolf GLESINGER: Krieg und Jugendverwahrlosung, in: Blätter für Armenwesen und Jugendfürsorge 9, Graz 1915, 193–196, hier: 194.
  - 15 Josef RITZ: Kriegsjugendfürsorge, in: Blätter für Armenwesen und Jugendfürsorge, 2, Graz 1915, 31–34, hier: 32.
  - 16 Mithilfe der Aktion „Kinder aufs Land“ gedachten die dafür eingerichteten Zentralstellen Kinder aus den habsburgischen Städten aufs Land zu schicken.
  - 17 RITZ: Kriegsjugendfürsorge, 32; unter Begriff und Wirkungskreis; Dienstvorschriften des städtischen Jugendamtes in Graz, Graz 1921, 1.

- 18 Stadtarchiv Graz (StAG), Präsidialakten Z. 197/1, Errichtung eines Städtischen Jugendschutzamtes in Graz, o. S.
- 19 Ebenda.
- 20 Der Verein betrieb zehn Kindergärten, die 1915 von 1.451 Kindern besucht wurden. Aus der Chronik verwandter Vereine, Verein für Kindergärten, in: Blätter für Armenwesen und Jugendfürsorge, 5, Graz 1915, 141f.
- 21 Bericht, betreffend Zusammensetzung und Wirkungskreis des Beirates des städtischen Jugendschutzamtes, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 5, 20.2.1918, Gemeinderatssitzung vom Februar 1918, 63ff.
- 22 Satzungen des städtischen Jugendamtes in Graz, in: Dienstvorschriften des städtischen Jugendamtes in Graz, Graz 1921, 3.
- 23 Theodor ALTSCHUL: Krieg und Jugendfürsorge, in: Blätter für Armenwesen und Jugendfürsorge, 6, Graz 1915, 121–127, hier: 122.
- 24 Josef GÖRI: Ein Jugendschutzamt in Graz, in: Blätter für Armenwesen und Jugendfürsorge, 3, Graz 1917, 52–57, hier: 53.
- 25 Zu Wien siehe u. a.: Andreas WEIGL: Mangel – Hunger – Tod. Die Wiener Bevölkerung und die Folgen des Ersten Weltkriegs (= Wiener Geschichtsblätter, Beiheft 1, 2014), Wien 2014. Auch: Peter EIGNER, Günter MÜLLER (Hgg.): Hungern – Hamstern – Heimkehren. Erinnerungen an die Jahre 1918 bis 1921, Wien/Köln/Weimar 2017.
- 26 Beispielhaft für Graz bzw. die Steiermark: Petra BERGER: Frauen in Hunger- und Brotkrawallen ... Dipl.Arb., Graz 1994. Siehe auch: Elke HAMMER-LUZA: Kriegsbrot, Volksschuhe und Wärmestuben. Der steirische Alltag im Jahre 1918, in: Josef RIEGLER (Hg.): November 1918. Die Steiermark zwischen Monarchie und Republik, Graz 2008, 135–157. Einen Überblick über die Plünderungen und Hungerkrawalle in Österreich bietet: PFOSER, WEIGL: Die erste Stunde, 84–86.
- 27 Karin Maria SCHMIDLECHNER: Die neue Frau? Zur sozioökonomischen Position und kulturellen Lage, in: Helmut KONRAD, Wolfgang MADERTHANER (Hgg.): ... Der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Bd. 2., Wien 2008, 87–102.
- 28 Zu Beginn waren keine entsprechenden Einrichtungen und strafrechtlichen Regelungen für „verwahrloste“, kriminelle Jugendlichen vorhanden. Erst 1928 erfolgte die Einführung eines Jugendgerichtsgesetzes.
- 29 Zu den Problemen der unmittelbaren Nachkriegsjahre vgl. PFOSER, WEIGL: Die erste Stunde, 89ff.
- 30 Siehe dazu u. a.: Frank M. SURFACE, Raymond L. BLAND: American Food in the World War and Reconstruction Period. Operations of the Organizations under the Direction of Herbert Hoover 1914 to 1924, Stanford 1931.
- 31 Auch der Commonwealth-Fund war in Österreich und der Steiermark tätig, er spendete in mehreren Tranchen Geld, Lebensmittelpakete und Kleidung, die nun auch dem Mittelstand in Österreich zugutekamen. Siehe: Erweiterung der amerikanischen Mittelstandshilfe, in: Neues Wiener Tagblatt, 8.3.1922, 6. Siehe dazu: Franz ADLGASSER: American individualism abroad: Herbert Hoover, die American Relief Administration und Österreich, 1919–1923. Diss., Salzburg 1992.
- 32 Vgl. Clemens PIRQUET: Schülerausspeisung als Teil der allgemeinen Ernährungsfürsorge, in: Clemens PIRQUET (Hg.): Volksgesundheit im Krieg, Tl. 1, Wien/New Haven 1926, 273–362.
- 33 O. A.: Die amerikanische Kinderhilfsaktion in Wien, Wien 1921, 112.
- 34 Ebenda, 113.
- 35 Lehrlingsauspeisungen, in: Deutsche Zeitung, 22.5.1921, 7.
- 36 Siehe dazu: Clemens PIRQUET: Ernährungszustand der Kinder in Österreich während des Krieges und der Nachkriegszeit, in: Clemens PIRQUET (Hg.): Volksgesundheit im Krieg, Tl. 1, Wien/New Haven 1926, 151–179.
- 37 Amerikanische Kleider für unsere Kinder, in: Grazer Tagblatt, 19.5.1920, 9.
- 38 Das Landeskommisariat der American Relief Administration in Graz, in: Grazer Mittags-Zeitung, 18.7.1921, 3. Auch: Wohlfahrtspflege in den Gemeinden, in: Arbeiterwille, 27.9.1924, 8.
- 39 Bundesgesetz vom 12. Mai über die Ernährungsfürsorge für Schulkinder (Schulausspeisungsgesetz), BGBl. 301/1922, 603–604.
- 40 Schülerausspeisungen durch das amerikanisch-österreichische Kinderhilfswerk, in: Neues Grazer Morgenblatt, Morgenausgabe, 27.9.1922, 2; Amerikanisch-österreichisches Kinderhilfswerk, in: Arbeiterwille, 2.7.1924, 10.
- 41 Bericht über die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes in Graz im Jahre 1924, Graz o. J., 5; auch: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 10, Gemeinderatssitzung vom 15.5.1924,

- J. Zl. 575 Betreffs Fortführung des Amerikanisch-österreichischen Kinderhilfswerkes (Schülerauspeisung), 96.
- 42 O. A.: 30 Jahre städtische Jugendfürsorge in Graz. Zugleich Bericht über die Tätigkeit des Jugendamtes der Landeshauptstadt Graz für die Jahre 1945 und 1946, Graz 1946, 13.
- 43 STADT GRAZ (Hg.), Die Stadt Graz, ihre kulturelle, bauliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten sechzig Jahren nebst kurzen geschichtlichen Rückblicken, 1128–1928, Graz 1928, 224.
- 44 Die Aufgaben der Gesundheitsfürsorge lagen in der ärztlichen Fürsorge der Säuglinge, Kleinkinder, in den Erziehungsanstalten, der Tuberkulosebekämpfung, der ärztlichen Fürsorge für an Syphilis erkrankte Kinder und Jugendliche, für Kinder mit speziellen Bedürfnissen, verwahrloste, körperlich beeinträchtigte Kinder und Jugendliche, der „Mitarbeit an der Ertüchtigung der Jugend“ und der Schulgesundheitsfürsorge. Siehe Rudolf GLESINGER: Bericht über die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes in Graz im Jahre 1919, Graz 1920, 31.
- 45 Bericht über die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes in Graz im Jahr 1924, 14.
- 46 Insgesamt verwaltete das Jugendamt damit neben den Kindergärten das Kinderheim Schloss Harmsdorf, das städtische Doppelwaisenhaus in der Stiftingtalgasse, das städtische Knabenheim Althallerschloss und das städtische Mädchenheim in der Pestalozzistraße. Siehe Bericht 1919, 26.
- 47 STADT GRAZ, Die Stadt Graz, 221.
- 48 Ebenda.
- 49 STADT GRAZ, Die Stadt Graz, 219f.
- 50 Um diese bekannt zu machen, veröffentlichte das Grazer Jugendamt etwa Merkblätter über ihre Tätigkeiten und Zuständigkeiten im Rahmen der Ziehkinderordnungen. Zur Ziehkinderordnung, in: Arbeiterwille, 29.1.1920, 3.
- 51 Statistik über die Tätigkeit der Beratungsstellen des städtischen Jugendamtes, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 1, 15.1.1927, Gemeinderatssitzung vom 22.12.1926, 13.
- 52 Rudolf GLESINGER, Städtische Jugendfürsorge in Graz, Graz 1929, 2.
- 53 Grazer Kinderwoche, in: Arbeiterwille, 12.12.1920, 13.
- 54 Errichtung einer gesundheitlichen Musterfürsorgestelle für Jugendliche in Graz durch Mittel des amerikanischen Commonwealth Fund, in: Amtsblatt der steirischen Hauptstadt, Nr. 15, 15.8.1924, Gemeinderatssitzung vom 24.7.1924, 143.
- 55 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz Nr. 9, 15.5.1925, Gemeinderatssitzung vom 30.4.1925, 74–76.
- 56 Ebenda, 75.
- 57 Die „Tagespost“ berichtete bereits am 5. April 1925 über diese Ereignisse. Einige Tage später ließ der „Arbeiterwille“ den Gemeinderat Alois Ausobsky zu dieser Sache Stellung beziehen. Siehe: Alois Ausobsky: Behördliche oder private Jugendfürsorge? in: Arbeiterwille, 7.4.1925, 1f.; sowie: Das zurückgewiesene Milliarden Geschenk, in: Arbeiterwille, 10.4.1925, 7. Auch: „Verlorene Milliarden“ oder: Der Schuldige meldet sich, in: Arbeiterwille, 23.4.1925, 2.
- 58 J. 1507 Wegen Weiterführung der Zentralfürsorge im städtischen Jugendamt nach Beendigung der Aktion des Commonwealthfunds, in: Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 10, 31.5.1925, Gemeinderatssitzung vom 14.5.1925, 91f.
- 59 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 6, 31.3.1927, Gemeinderatssitzung vom 24.3.1927, 51f.
- 60 Bericht über die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes in Graz für die Jahre 1927 und 1928, Graz 1928, 30.
- 61 Ebenda, 36f.
- 62 Ebenda, 43.
- 63 Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz, Nr. 4, 29.2.1928, Gemeinderatssitzung vom 28.1.1928, 35.
- 64 Bericht über die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes in Graz im Jahre 1933, Graz o. J., 5.
- 65 Ebenda, 4.
- 66 Fanny Starhemberg, Rednerskizze „Die Frau in unserer Zeit“, zitiert nach Emmerich TÁLOS: Das Austrofaschistische Herrschaftssystem Österreich 1933–1938, Münster 2013, 381.
- 67 Bericht über die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes in Graz im Jahre 1934, Graz o. J., 23.
- 68 David KRAMER: Das Fürsorgesystem im Dritten Reich, in: Rolf LANDWEHR, Rüdiger BARON (Hgg.): Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Basel 1973, 173–217; Herwart VORLÄNDER: Die NS-Volkswohlfahrt. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard 1988.

- 69 1942 wurde der Begriff „Ostmark“ durch Alpen-Donaureichsgaue ersetzt.
- 70 ALTHAUS: Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, 11.
- 71 „Rasse“ und „Leistung“ sollten dabei den Grundstock der „ideologisch homogene[n], sozial angepaßte[n] hierarchisch gegliederte[n] Volksgemeinschaft bilden“. Siehe Christian GERBEL: Zur „Kolonialisierung der Lebenswelt“ von Wiener Arbeiterjugendlichen unter der NS-Herrschaft, in: Zeitgeschichte 11–12, Wien 1994, 335–362, hier: 335.
- 72 O. GLAUE: Leitfaden des Jugendrechts und der Jugendpflege, Stuttgart 1941, 1, zitiert nach: VORLÄNDER, NS-Volkswohlfahrt, 373. Bewahrung ist hier als „geschlossene Fürsorge“ in Anstalten zu verstehen.
- 73 Gauleitung Steiermark. Besetzung von Ämtern, in: Der Landbote, 2.7.1938, 13.
- 74 Erste NSV-Volkspflegerinnenschule der Ostmark in Graz, in: Steirerland. Soldatenzeitung des Gaues Steiermark, 12.1.1941, 5.
- 75 O. A.: NSV-Seminar für Volkspflegerinnen, Graz 1942, o. S.
- 76 Tätigkeit des Jugendamtes der Landeshauptstadt Graz für die Jahre 1945 und 1946, Graz 1946, 25.
- 77 Reinhard SIEDER: Das Dispositiv der Fürsorgeerziehung in Wien, in: ÖZG 25, Wien 2014, 1 und 2, 156–193. Untersuchungen für die Steiermark stehen bisher noch aus.
- 78 Vgl. WOLLGRUBER: Ideale, 36.
- 79 Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5.9.1939, in: Reichsgesetzblatt (RGL) Nr. 168/1939, 1679.
- 80 Verordnung gegen Gewaltverbrecher vom 4.12.1939, in: RGL. Nr. 244/1939, 2378.
- 81 Verordnung gegen jugendliche Schwerverbrecher vom 4.10.1939, in: RGL. Nr.199/1939, 2000.
- 82 GERBEL: Arbeiterjugendliche, 352. Hier liegen noch keine Untersuchungen für Graz bzw. die Steiermark vor.
- 83 Siehe dazu: Oberösterreichisches Landesarchiv (Hg.): Tötungsanstalt Hartheim, Linz 2005.
- 84 Stipendien für kranke Kinder, in: Grazer Volksblatt, Abendausgabe, 24.2.1911, 3.
- 85 Ebenda.
- 86 Allein 1919/20 waren in der Steiermark 21.080 Kriegsoffer in unterschiedlichen Vereinen organisiert. Siehe dazu: PAWLOWSKY, WENDELIN: Wunden, 505.
- 87 Ferienkolonien für Kriegerwaisen und Invalidenkinder, in: Arbeiterwille, 19.6.1924, 5. Neben Salvore richtete der Landesverband auch sogenannte Ferienkolonien in Schloss Arnfels und Schloss Tausendlust in Hitzendorf ein.
- 88 Generalversammlung der Ortsgruppe Graz des Landesverbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen, -waisen, in: Arbeiterwille, 3.3.1925, 6.
- 89 Das steirische Kinderseehospiz Salvore bei Portorose, in: Arbeiterwille, 26.4.1925, 4.
- 90 Das steirische Kinderseehospiz Salvore, in: Arbeiterwille, 17.6.1925, 5.
- 91 Ebenda.
- 92 Wiener Invalidenkinder an der Adria, in: Arbeiter-Zeitung, 24.7.1926, 10; Auch Kinder von Kriegsinvaliden in Salvore an der Adria, in: Illustrierte Kronen-Zeitung, 18.7.1926, 2.
- 93 Kinderseehospiz Salvore an der Adria, in: Arbeiterwille, 20.10.1927, 6.
- 94 30 Jahre städtische Jugendfürsorge in Graz, 39.
- 95 Ebenda, 40.
- 96 Bericht über die Tätigkeit des städtischen Jugendamtes in Graz im Jahre 1934, 21.
- 97 StAG, Bestand Salvore, Werbeprospekt der Geschäftsstelle für das Seehospiz Salvore.
- 98 Ebenda.
- 99 StAG, Seehospiz Salvore, GZ. A 1-101/1935, Selbstständigstellung, 28.12.1935.
- 100 Vgl. Grazer Kinder an der Adria, in: Südost-Tagespost, 1.4.1955, 5; Um die Erholungsheime an der Adria, in: Südost-Tagespost, 10.1.1958, 4.



## **Der Staatsvertrag von St. Germain und seine Rezeption aus Grazer Sicht**

Die Pariser Friedensverhandlungen, die den Ersten Weltkrieg beendeten, fanden ab 18. Jänner 1919 in den Pariser Vororten St. Germain, Versailles, Trianon, Neuilly und Sévres statt. Sie wurden für Österreich am 10. September 1919 mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages von St. Germain-en-Laye abgeschlossen. Damit war der Kriegszustand zwischen Österreich und den alliierten sowie assoziierten Mächten offiziell beendet.

In den nun folgenden Ausführungen wird es darum gehen, die Mitwirkung von Grazer Politikern und Wissenschaftern an den Friedensverhandlungen und schließlich am Zustandekommen des Staatsvertrages von St. Germain einer kurzen Betrachtung zu unterziehen.

### **Grazer als Mitglieder der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain**

Am 8. Mai 1919 beauftragte die Konstituierende Nationalversammlung Staatskanzler Karl Renner (1870–1950) mit der Führung der „deutschösterreichischen Friedensdelegation“. Am Tag zuvor war der Text des deutschen Friedensvertrages bekannt geworden, der Renner zu folgender Aussage verleitete: „Nach der Unglücksbotschaft von gestern wird der Gang, den die Friedensdelegation jetzt unternimmt, nicht so sehr einem Gang an den Beratungstisch als einem Bußgang gleichen.“<sup>1</sup> Damit sollte er Recht behalten. Die Friedendelegation bestand neben dem „Bevollmächtigten“ Renner aus zwei Mitgliedern der Nationalversammlung und vier Funktionären des Staatsamtes für Äußeres als Generalkommissäre. Weiters waren dieser Kommission „Hilfskräfte“ aus den jeweiligen Ministerien sowie Sachverständige und Experten für Grenzfragen beigelegt. Die beiden Mitglieder der Nationalversammlung waren der Wiener Universitätsprofessor Dr. Ernst Schönbauer (1885–1966) und der Grazer Uni-

versitätsprofessor Dr. Alfred Gürtler (1875–1933). Beiden war die bedeutende Rolle als „politische Berater“ von Renner zugewiesen.<sup>2</sup> Der in Böhmen als Sohn eines Textilfabrikanten geborene Gürtler hatte unter anderem an der Universität Graz studiert, habilitierte sich dort 1907 und war bis zu seinem Tode Finanzrechtsprofessor an der Karl-Franzens-Universität. In der Zeit von 1920 bis 1930 hatte der Christlichsoziale ein Nationalratsmandat inne, von 1921 bis 1922 wurde ihm das Finanzministerium überantwortet und schließlich wurde er 1926 – für ein Jahr – Landeshauptmann der Steiermark. Danach wechselte Gürtler wieder nach Wien ins Parlament, um von 1928 bis 1930 als Erster Präsident des Nationalrates tätig zu sein.<sup>3</sup>

Gürtler traf gemeinsam mit einem Teil der deutschösterreichischen Friedensdelegation am 14. Mai 1919 in St. Germain ein, wo der Delegation einige Villen und „ein für den Zutritt des Publikums abgesperrter Rayon zum Aufenthalt angewiesen“<sup>4</sup> wurden. Es liegt die Annahme nahe, dass „abgesperrter Rayon“ eine „diplomatische“ Formulierung darstellt. Horst Möller schreibt, dass die deutsche Friedensdelegation „hinter einem Stacheldrahtzaun im Hotel Trianon untergebracht war.“<sup>5</sup> Diese „demütigende Behandlung“ dürfte wohl die Realität bei den Pariser Verhandlungen gewesen sein! Sowohl die Österreicher als auch die Deutschen ließ man spüren, dass sie die Kriegsverlierer waren: So wurde eine Kontaktaufnahme zwischen Österreichern und Deutschen verboten. Nicht so sehr der Wille, die besiegten Staaten zu diskriminieren, stand hinter der Vorgehensweise, dass die besiegten Staaten ihre Einwände gegen die ihnen vorgelegten Bedingungen lediglich schriftlich erheben konnten. Vielmehr war diese Vorgehensweise Ausdruck der Uneinigkeit der Sieger: Sie wollten dadurch verhindern, dass die „Besiegten sich ihren Dissens zunutze machten.“<sup>6</sup> Der damalige Radkersburger Vizebürgermeister und Experte der deutschösterreichischen Friedensdelegation Franz Kamnicker kritisierte den ausschließlich „schriftlichen Weg durch Notenwechsel“ als ein „schweres Hemnis [sic!] der Verständigung. Die einzelnen Bestimmungen des Friedensvertrages müssen durch Noten entkräftigt und die schlecht unterrichtete Entente über unsere wahren Verhältnisse erst aufgeklärt werden!“<sup>7</sup>

Die Friedensdelegation begann bereits am 15. Mai 1919 mit den internen Arbeiten, man wollte die „in der Heimat fertiggestellten Vorarbeiten nochmals kurz informativ durcharbeiten“ und sich über mögliche zu erteilende Antworten auf die Friedensbedingungen Gedanken machen.<sup>8</sup> Am selben Tag wurde mit der Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen begonnen. Am 16. Mai starteten die Arbeiten über Gebietsfragen. In dieser Arbeitsgruppe befand sich ein weiterer Grazer: Es handelte sich um den an der Karl-Franzens-Universität tätigen Universitätsprofessor für Geografie, Dr. Robert Sieger (1864–1926).<sup>9</sup> Der geborene Wiener bekleidete von 1925 bis 1926 auch das Amt des Rektors der Grazer Universität. Sieger nahm als Sachverständiger für das Staatsamt für Verkehrswesen in St. Germain eine wichtige Rolle ein:<sup>10</sup> Er verfasste am 7. Juni 1919 die „Geographische Kritik der Grenzlinie des Verfassungsentwurfs.“<sup>11</sup> Der „typisch österreichische Professor“<sup>12</sup> und „unermüdliche Streiter für Volk und Heimat, für bewährte Tradition und Fortschritt im Weltkrieg und der Nachkriegszeit“<sup>13</sup> hatte diesen Verfassungsentwurf nicht nur nach physisch-geografischen, morphologischen oder ethnisch-sprachlichen Gesichtspunkten verfasst, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus.<sup>14</sup> In dem flexiblen,

aber auch widersprüchlichen Verfassungsentwurf<sup>15</sup> kommt Sieger zu dem Schluss, dass die vorgeschlagene Grenze die Lebensfähigkeit Deutschösterreichs bedroht, und schließt seinen Entwurf mit folgenden Worten:

„Man kann nicht zweifeln, daß die Grenzziehung im einzelnen noch den Zweck verfolgt, unserem Staat auch noch solche wichtigen Erdstellen und Naturvorkommen zu rauben, die ihm bei einer gerechten oder auch nur großzügigeren Abgrenzung erhalten blieben. Der verbitternde Eindruck solcher kleinlicher Benachteiligungen ist auch nicht geeignet, Frieden und Freundschaft an der Grenze entstehen zu lassen. Aus all diesen Gründen erscheint die besprochene Grenze, die Deutschösterreichs Entwicklung bedrohlich einengt, auch vom geographischen Standpunkt aus einseitig und unberechtigt. Sie ist unannehmbar. St. Germain 7. Juni 1919“.<sup>16</sup>

Sieger reiste übrigens bereits am 10. Juni 1919 wieder nach Wien zurück.<sup>17</sup>

Doch kehren wir zurück zu den Arbeiten der Friedensdelegation. Diese begann ab dem 22. Mai 1919 Mitteilungen mit der Bitte um baldige Festsetzung der Termine an den Präsidenten der Friedenskonferenz, den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau (1841–1929), zu schicken. Dieses „Drängen“ erfolgte auch vor dem Hintergrund kämpferischer Auseinandersetzungen zwischen südslawischen Truppen und Kärntner „Abwehrkämpfern“.<sup>18</sup> Dennoch verzögerte sich die Überreichung des ersten Teils der Friedensbedingungen. Am 29. Mai 1919 ließ man die Delegation wissen, dass die Republik Deutschösterreich unter dem Namen „Republik Österreich“ von den alliierten und assoziierten Mächten anerkannt wurde, und am 31. Mai teilte man dieser mit, dass „keine mündlichen, sondern nur schriftliche Verhandlungen zugelassen seien.“<sup>19</sup> Schließlich fand am 2. Juni 1919 um zwölf Uhr mittags die Übergabe des Entwurfes eines Friedensvertrages im Schloss von St. Germain-en-Laye statt. Bei diesem Treffen war auch Universitätsprofessor Dr. Gürtler anwesend. Der Inhalt dieses Entwurfes, wie alle weiteren in den Sprachen Französisch, Englisch und Italienisch verfasst, machte ein Treffen von Staatskanzler Renner mit Nationalratspräsidenten Karl Seitz, Vizekanzler Jodok Fink und Staatssekretär des Äußern Otto Bauer notwendig. Dieses fand bereits am 3. Juni 1919 in Feldkirch/Vorarlberg statt. Alle Anwesenden kamen überein, „daß Deutschösterreich unter solchen Bedingungen nicht leben könne.“<sup>20</sup> Renner wurde aufgefordert, die wichtigsten Punkte, vor allem die Territorialfrage, zu diskutieren und unter Protest darzulegen, dass Deutschösterreich nicht Rechtsnachfolger der Monarchie sei.<sup>21</sup>

Mit der Übermittlung des ersten Entwurfes, für den die österreichischen Verhandler 14 Tage Zeit zur Beantwortung erhielten,<sup>22</sup> wurde die zweite Etappe der Friedensverhandlungen eingeleitet. Sie dauerte bis zum 20. Juli 1919, als der zweite, „endgültige Text der Friedensbedingungen“ übermittelt wurde. Der Friedensdelegation war nun eine Beantwortungsfrist von zehn Tagen eingeräumt worden.<sup>23</sup> Die Hauptarbeit erfolgte in der Zeit vom 20. Juli bis Ende Juli 1919. Die Konstituierende Nationalversammlung, die am 26. Juli in Wien zusammengetreten war, sprach hinsichtlich der territorialen Zerschlagung von Deutschösterreich davon, dass die Friedenskonferenz

mit ihnen verfare, „als wenn es sich nicht um lebendige Menschen handelte, sondern um Schafherden, die der Herr treiben läßt, wohin es ihm beliebt“<sup>24</sup> und von „Vernichtungsfrieden“<sup>25</sup>.

Während in Wien das Parlament zusammengetreten war, erfolgte die Ankunft der Ländervertreter, die am 24. Juli 1919 beziehungsweise am 27. Juli 1919 in St. Germain-en-Laye eintrafen. Die Steiermark hatte den damaligen Radkersburger Vizebürgermeister Dr.med. Franz Kamniker (1870–1928) als Ländervertreter bestimmt.<sup>26</sup> Für die Steiermark ging es im Speziellen um Maribor/Marburg an der Drau, das Abstaller Becken und Radkersburg. Kamniker, der wie auch die Kärntner Ländervertreter auf Volksabstimmungen in den strittigen Gebieten setzte, legte mehrere Denkschriften vor, die allesamt wie auch die von Universitätsprofessor Sieger, keine Berücksichtigung fanden. Schließlich wurde am 29. August 1919 die steirische Südgrenze gezogen – von der Soboth über Leutschach, Spielfeld nach Radkersburg, die Teilung von Radkersburg konnte nicht verhindert werden.<sup>27</sup> Die oben erwähnte Denkschrift, die unter der Federführung von Robert Sieger entstand, wurde als Denkschrift des akademischen Senats der Universität Graz mit dem Titel „Die Südgrenze der deutschen Steiermark“<sup>28</sup> verfasst. Weitere Mitarbeiter waren die „Herren Viktor von Geramb, Primus Lessiak, Richard von Pfaundler – dem insbesondere für die Überlassung seiner Sprachenkarte zu danken ist –, Hans Pirchegger, Karl Polheim, Rudolf Schafetter u. a. und das Geographische Institut der Universität Graz.“<sup>29</sup> Franz Kamniker berichtete in der „Tagespost“ über den Verlauf der Pariser Verhandlungen und in diesem Zusammenhang veröffentlichte die Tageszeitung Auszüge aus der erwähnten Denkschrift.<sup>30</sup> Mit dieser Denkschrift wollte man eine sachliche Grundlage für die Diskussion am 29. August 1919 liefern, allerdings hatte Renner die steirische Delegation zuvor nach Hause geschickt. Es schien so, dass nicht so sehr die Steiermark, sondern vielmehr Tirol, Kärnten und das Sudetenland die zentralen Verhandlungspunkte bildeten.<sup>31</sup>

An dieser Stelle sei ein weiterer Grazer, der sich unter den Länderverrettern befand, vorgestellt. Dabei handelt es sich um den Kaufmann Dr. Emil Kraft (1865–1931), der eine bemerkenswerte politische Laufbahn aufzuweisen hatte. Er war zuvor Reichsratsabgeordneter von Bozen-Meran gewesen, dann Mitglied der Provisorischen beziehungsweise Konstitutionellen Nationalversammlung; er sollte übrigens der letzte österreichische Abgeordnete von Bozen-Meran sein.<sup>32</sup> Der promovierte Betriebswirt Kraft, der nicht nur Geschäfte im heutigen Grazer Stadtteil Mariagrün besaß, sondern auch in Baden und Meran, zog 1902 nach Meran, wo er 1908 zweiter Vizebürgermeister von Meran, Abgeordneter zum Tiroler Landtag und 1911 Reichsratsabgeordneter war. In der Zeit von 1922 bis 1923 fungierte er als Bundesminister für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten. Er gehörte der Deutschnationalen, später der Großdeutschen Partei an.<sup>33</sup> So wie Kamniker berichtete auch Kraft in der „Tagespost“ über seine Erfahrungen im Zuge der Pariser Friedensverhandlungen.<sup>34</sup>

Schließlich erfolgte die endgültige Überreichung der Friedensbedingungen am 2. September 1919 um 5 Uhr nachmittags. Dieser Vertrag war mit einer Begleitnote versehen, die eine Frist von fünf Tagen setzte, „innerhalb welcher von der Friedensdelegation die Erklärung gefordert wird, daß sie bereit sei, den Friedensvertrag, so wie er ist, zu unterzeichnen.“<sup>35</sup>

# Das Mitbringsel aus St. Germain.



Abb. 1: Karikatur abgedruckt in: Kikeriki, 21.9.1919, 1 (Quelle: ANNO/Österreichische Nationalbibliothek, Wien)

Renner reiste mit dem Rest der Friedensdelegation nach Wien, um sich am 5. September mit dem Hauptausschuss der Nationalversammlung über den Friedensvertrag auszutauschen und am Tag darauf von der ordentlichen Sitzung der Nationalversammlung die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu holen. Mittlerweile war dem Gesuch um Fristerstreckung stattgegeben worden und diese wurde auf den 9. September festgesetzt.

## **Grazer Abgeordnete der Provisorischen Nationalversammlung und der Friedensvertrag<sup>36</sup>**

In der 29. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung am 6. September 1919 erfolgte die Berichterstattung durch Staatskanzler Karl Renner. Schließlich legte er den Abgeordneten den Vertrag zur Abstimmung vor. Unter den Abgeordneten befanden sich auch gebürtige Grazer, wovon nur einige hier aufgezählt werden sollen: der sozialdemokratische Grazer Gemeinderat 1918 und Landtagsabgeordnete Anton Ebner (1876–1963)<sup>37</sup>; der ehemalige christlichsoziale Stadtrat von Graz (1907), Landtagsabgeordneter Christian Fischer (1879–1934); der Arzt und Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“ Dr. Michael Schacherl (1869–1939) von der sozialdemokratischen Partei, der Gründer des heutigen Stocker-Verlages, Leopold Stocker (1886–1950), Vorstandsmitglied des Steirischen Bauernbundes und Mitglied der Großdeutschen Partei; ebenfalls von der Großdeutsche Partei der Industrielle Dr.iur Viktor Wutte (1881–1962); der schon erwähnte Grazer Kaufmann Emil Kraft (1865–1931).<sup>38</sup> Weiters der Sozialdemokrat Hans Muchitsch (1881–1958), der spätere Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark, und schließlich der Grazer Gemeinderat und Bürgermeister, Vinzenz Muchitsch (1873–1942). Dieser gab im Namen der Abgeordneten, „deren Gebiete durch den Friedensvertrag vom Gebiete der deutschösterreichischen Republik losgelöst werden“<sup>39</sup> in der erwähnten, historischen Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung folgende Erklärung ab:

„Die Abgeordneten Alois Dengg<sup>40</sup>, Wolfgang Edlinger<sup>41</sup>, Christian Fischer, Dr. Georg Gimpl<sup>42</sup>, Simon Klug<sup>43</sup>, Karl Lischnegg, Hans Muchitsch und Johann Zwanzger<sup>44</sup> aus Steiermark; die Abgeordneten Dr. Hans Angerer, Bernhard Egger, Josef Gabriel, Florian Gröger, Philipp Größbauer, Georg Hubmann, Michael Paulitsch, Ambros Scharfegger und Maria Tusch aus Kärnten; die Abgeordneten Dr. Karl Buresch, Matthias Dersch, Leopold Diwald, Josef Eisenhut, Leopold Höchtl, Karl Kittinger, Hans Lensch, Ferdinand Hanusch, Karl Mühlberger, Franz Schöchtner, Dr. Ernst Schönbauer, Anton Weber, Rudolf Wedra und Richard Weigl aus Niederösterreich erheben namens der um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogenen Bevölkerung dieser Länder feierlich Verwahrung gegen den Raub des unveräußerlichen Rechtes auf nationale Zusammengehörigkeit mit den Stammesbrüdern in Deutschösterreich und erklären den ihnen auferlegten Vertrag nicht anzuerkennen.

Der den Deutschen in Österreich in St. Germain auferlegte Vertrag reißt wichtige Glieder des Volkskörpers aus ihrer Staatlichkeit, unterstellt sie einer nationalen Fremdherrschaft, löst sie aus der alten Kulturgemeinschaft der Deutschen. Die Gewalt des Siegers mag die Hand des Bevollmächtigten unserer Republik zur Unterschrift des Vertrages zwingen, das vergewaltigte Volk aber wird nicht rasten und ruhen, bis ihm sein unveräußerliches Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben wird, wird mit seinem ganzen Sinnen und Denken in der uralten Gemeinschaft seiner Stammesbrüder verbleiben, mögen auch Grenzpfähle zwischen sie gesetzt werden.

Das Friedensdiktat wird für Mitteleuropa nicht einen Zustand des Friedens bringen, sondern schafft einen neuen Balkan, neue unerlöste Gebiete, die nicht nach nationaler Einigung strebend, Herde der Beunruhigung des Kontinents sein werden, aus denen sich schon am Tage des Friedensschlusses ein neuer Weltenbrand zu erheben droht.<sup>45</sup>

Auf Muchitsch' Antrag folgten lebhafter Beifall und Händeklatschen.<sup>46</sup>

Die Nationalversammlung hatte beschlossen, den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen von St. Germain zur Kenntnis zu nehmen. Allerdings erhob sie „vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen“, dass Deutschösterreich das Selbstbestimmungsrecht genommen wurde und „ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande verweigert“<sup>47</sup> wird. Die Nationalversammlung erachtete „einen großen Teil der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen für undurchführbar und befürchtet, daß unser Volk sie einfach nicht ertragen kann.“<sup>48</sup> Schließlich bewerteten die Parlamentarier den Vertrag von St. Germain als „national ungerecht, politisch verhängnisvoll und wirtschaftlich undurchführbar.“<sup>49</sup> Die Ländervertreter der deutschen Sudetenländer sowie von Tirol, Kärnten, Steiermark, Nieder- und Oberösterreich verwahrten sich gegen diesen Vertrag, der das natürliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung „vergewaltigt“. Allesamt lehnten sie die „Einteilung der Völker in freie und unfreie einmütig ab“ und erklärten, „daß die durch einen solchen Friedensvertrag unter Fremdherrschaft gezwungenen dreieinhalb Millionen Deutsche für immerwährende Zei-

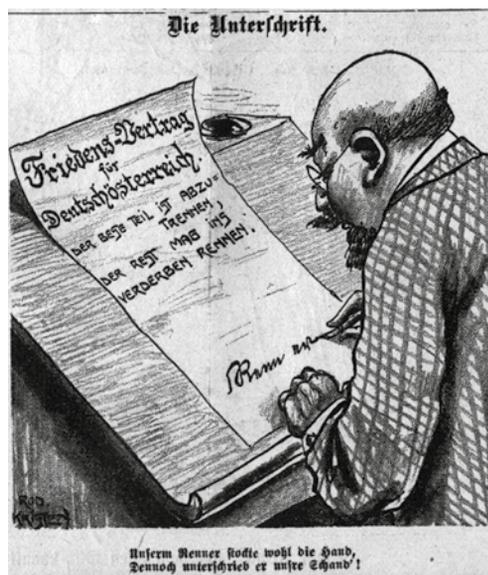


Abb. 2: Karikatur abgedruckt in: Kikeriki, 21.9.1919, 2 (Quelle: ANNO/Österreichische Nationalbibliothek, Wien)

ten auf ihrem Selbstbestimmungsrechte als der einzigen möglichen Grundlage der modernen Staatenbildung bestehen“ werden.<sup>50</sup> Für die Steiermark unterzeichnete Landeshauptmann Universitätsprofessor Dr. Anton Rintelen.<sup>51</sup>

Mit dieser Resolution der Nationalversammlung reiste Karl Renner wieder nach St. Germain zurück. Dort unterzeichnete der Staatskanzler am 10. September 1919 um elf Uhr vormittags im Schloß St. Germain-en-Laye den Vertrag gemeinsam mit den „alliierten und assoziierten Hauptmächten“ – den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien und Japan sowie den „alliierten und assoziierten Mächten“ Belgien, China, Kuba, Griechenland, Nicaragua, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, dem serbisch-kroatisch-slowenischen (SHS) Staat, Siam (das heutige Thailand) und der Tschechoslowakei.<sup>52</sup> Da der US-Senat die Ratifikation des Vertrages vorerst verweigerte, konnte der Kriegszustand Österreichs mit den USA erst am 21. August 1921 offiziell aufgehoben werden.<sup>53</sup>

### **Grazer Stimmen während der Friedensverhandlungen**

Bereits die Veröffentlichung des ersten Entwurfs des Friedensvertrages vom 2. Juni 1919 löste nicht nur in der Steiermark, sondern im gesamten Land Entsetzen aus. Die Zeitungen überschlugen sich mit Meldungen, das „Grazer Mittagsblatt“ titulierte seine erste Seite mit „Vernichtungsurteil von St. Germain“<sup>54</sup>, die „Kleine Zeitung“ mit „Der Gewaltfriede von St. Germain“<sup>55</sup>. Der „Arbeiterwille“ sprach von grausamen Vergewaltigungen in Bezug auf die Gebietsabtretungen Deutschösterreichs in der Steiermark an den SHS-Staat.<sup>56</sup> Alle Zeitungen waren sich zu diesem Zeitpunkt und in weiterer Folge der Friedensverhandlungen einig, dass der Republik Deutschösterreich Unrecht widerfahre, unterschiedlich waren lediglich die Ausdrucksweisen.<sup>57</sup>

In der konstituierenden Sitzung des Landesrates am 4. Juni 1919 erhob Landeshauptmann Rintelen starken Protest gegen den Inhalt des Friedensvertrages und der Landesrat formulierte einstimmig ein Protestschreiben, das über das Staatsamt für Äußeres der Friedenskommission nach St. Germain übermittelt werden sollte.<sup>58</sup> Am 13. Juni 1919 fand eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages statt. Der Landtag verabschiedete ebenfalls eine Protestnote, die nicht nur der Friedensdelegation, sondern auch den alliierten Mächten zur Kenntnis gebracht werden sollte.<sup>59</sup> St. Germain wurde erst wieder am 29. September Thema des steiermärkischen Landtages, als der christlichsoziale Abgeordnete Landeshauptmannstellvertreter und spätere Finanzminister (1924–1926) Dr. Jakob Ahrer (1888–1962) gemeinsam mit dem ehemaligen Reichsratsabgeordneten und Grazer Gemeinderat, dem späteren Bundesrat (1920–1923) Josef Pongratz (1863–1931)<sup>60</sup> von der Sozialdemokratischen Partei und Landesrat Dr. Heinrich Wastian (1876–1932) von der Großdeutschen Partei und „Genossen“ einen Dringlichkeitsantrag einbrachten.<sup>61</sup> Namens aller Parteien verwahrte sich Landesrat Wastian gegen den Gewaltfrieden, da dieser gegen das Selbstbestimmungsrecht verstoße, das Anschlussverbot beinhalte und betonte sich dagegen zu verwahren, dass „auch jetzt noch deutsche Volksgenossen im südslawischen Staate jeder Gewalttat ausgesetzt sind und gegen Recht und Gesetz sogar um Hab und Gut

gebracht werden.“ Der Dringlichkeitsantrag, der zur Abstimmung vorgelegt wurde, schloss mit folgenden Worten:

„Der steiermärkische Landtag ermächtigt die steiermärkische Landesregierung, alles zu unternehmen, um den in dieser Erklärung niedergelegten Grundsätzen Geltung zu verschaffen, weil diese nicht nur die unerträglichen Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain mildern und uns die Möglichkeit selbständigen Lebens sichern, sondern weil nur sie allein den Weg zu einem dauernd friedlichen Verhältnisse zwischen dem deutschen Volke und den ihm benachbarten Nationen anzubahnen vermögen.“<sup>62</sup>

Der Antrag wurde ohne weitere Wortmeldungen einstimmig angenommen.

Der Grazer Bürgermeister Vinzenz Muchitsch sprach im Zuge der Gemeinderats-sitzung am 3. Juli 1919 über den Vertragsentwurf von St. Germain folgende Worte: „Mit Bestürzung, Enttäuschung und Schmerz haben wir von dem Inhalte des Friedensvertrages Kenntnis genommen, der unserer Friedensdelegation am 20. Juni von der Entente übergeben wurde.“<sup>63</sup> Muchitsch erbat sich vom Gemeinderat die Erlaubnis, der deutsch-österreichischen Friedensdelegation eine Resolution für die Verhandlungen mitzugeben.

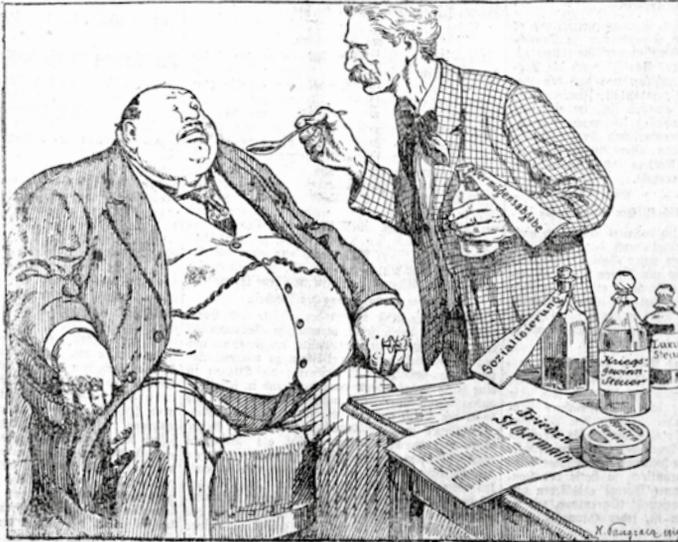
„Die territorialen, wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen des Vertragsentwurfes sind, wenn sie unverändert bleiben, nicht nur hart und drückend, sondern verurteilen das junge Staatswesen zur Lebensunmöglichkeit, bedingen die wirtschaftliche Verelendung und Versklavung mit Erwerbs- und Arbeitslosigkeit und allen sozialen Folgewirkungen. Territorial zerstückelt und zertrümmert soll nach dem Willen der Entente Deutschösterreich werden.“<sup>64</sup>

Muchitsch kritisierte die Einstellung der Entente, dass Deutschösterreich zum „Sündenbock der alten Monarchie“<sup>65</sup> gemacht werde: Man verwehre sich dagegen, „dass Deutschösterreich der alleinige Rechtsnachfolger und der Rest des alten, österreichischen Staates ist.“ Die aufgebürdeten Lasten empfand man als „absolut unerträglich. [...] Wie unter einer solchen dauernden Drohung Erwerbsinn, Arbeitsfreudigkeit und Unternehmenslust erstarken sollen, ist unerfindlich.“<sup>66</sup> Er befürchtete, dass die finanziellen Bestimmungen

„unweigerlich zu unserem Ruin führen müßten, weil sie alle unsere Lebensbedingungen abschneiden. Infolge der Kriegsfinanzierung ist unsere ganze Volkswirtschaft in völlige Abhängigkeit vom Staatskredit gebracht worden und wenn er erschüttert wird, bricht das ganze wirtschaftliche Gebäude zusammen.“<sup>67</sup>

Aus den hier auszugsweise zitierten Gründen erfolgte seitens des Gemeinderates ein Appell an die deutschösterreichische Friedensdelegation „sie möge in ihren Anstrengungen, die Entente von der Unmöglichkeit der Friedensbedingungen zu überzeugen,

## Kapitalismus und Sozialismus.



Ja, mein Lieber, jetzt heißt es nur: Arbeiten! — Vorher müssen Sie aber eine ausgiebige Genießungsur mitmachen!

Abb. 3: Karikatur abgedruckt in: Arbeiterwille, 7.9.1919, 4 (Quelle: ANNO/Österreichische Nationalbibliothek, Wien)

fortfahren, um die Bevölkerung Deutschösterreichs vor namenlosem Unheil zu bewahren.“<sup>68</sup> In den weiteren Gemeinderatssitzungen, die während der Zeit der Pariser Friedensverhandlungen abgehalten wurden, behandelte man den Friedensvertrag nicht mehr. Allein in der Gemeinderatssitzung vom 29. April 1920 stellte der stellvertretende Bürgermeister Mag. Adolf Fizia, damaliger Inhaber der „Hirschenapotheke“ und Vertreter der Deutsch-Bürgerlichen Vereinigung<sup>69</sup>, einen Dringlichkeitsantrag:

„So führte uns die wirtschaftliche Not, der wir seit den Tagen unserer Selbständigkeit in stetig steigendem Maße ausgesetzt sind und in der wir in kürzester Zeit unterzugehen Gefahr laufen, zur Erkenntnis, daß wir allein, ohne Deutschland, nicht bestehen können.“<sup>70</sup>

Damit zielte er eindeutig auf Artikel 88 „Anschlussverbot“ im Vertrag von St. Germain ab. Fizia meinte, dass der Zeitpunkt für diesen Antrag deshalb günstig sei, da der Vertrag vor der Ratifizierung stehe und man dann um die Aufnahme im Völkerbund ansuchen könne. Vom Völkerbund erhoffte sich Fizia im Namen seiner Partei, aber auch der christlichsozialen, der nationalen Mittelstandspartei und der Partei der Festbesoldeten, in deren Namen er den Antrag stellte, dass Österreich sich Deutschland anschließen könne. Im Dringlichkeitsantrag war festgehalten, dass der Gemeinderat

von Graz kundtat, dass Österreich aufgrund der durch den Vertrag „aufgedrungenen Gestaltung“ allein nicht bestehen könne. „Eine Gesundung der Republik und wirtschaftlicher Aufbau der Volkswirtschaft ist nur im engen Zusammenschlusse mit dem Deutschen Reiche möglich.“<sup>71</sup> So erbat der Grazer Gemeinderat von Regierung und Nationalversammlung die Revision des Vertrages und insbesondere die Aufhebung des Artikels 88 beim Völkerbund zu begehren.<sup>72</sup> Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Seitens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs bestätigte Stadtrat Alois Ausobsky (1863–1927),<sup>73</sup> auch für diesen Antrag stimmen zu wollen. Er wies darauf hin, dass im Zuge der Friedensverhandlungen einige Teile von Österreich und einzelne Parteien falsch reagiert hätten, da sie meinten, würden sie den Anschluss an Deutschland nicht ins Spiel bringen beziehungsweise diesen sogar ablehnen, der Friedensvertrag besser ausgefallen wäre. Der Stadtrat betonte, dass die Sozialdemokraten immer den Standpunkt vertreten haben, „daß eine Rettung von Österreich nur durch den Anschluß an Deutschland gegeben sei.“<sup>74</sup> Und Ausobsky weiter in einer vollkommenen Fehleinschätzung:

„Ich bin überzeugt und jeder, der politisch denkt, wird überzeugt sein, daß der Völkerbund nicht anders beschließen kann, als daß Österreich an Deutschland angeschlossen werden muß. Man wird zu dieser Ansicht gelangen, weil sich das uns aufoktroierte Selbstbestimmungsrecht als ein sehr schlechtes Geschäft für die Entente ergeben wird. Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß trotz der äußerst traurigen Situation, an der wir jetzt leiden, wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken können, daß der Anschluß an Deutschland in absehbarer Zeit erwirkt werden wird.“<sup>75</sup>

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Prophezeiungen des Stadtrates und die Hoffnung von Fizia, die man in den Völkerbund legte, waren Ausdruck der damaligen politischen Einstellung: Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker aller Parteien hofften auf den Völkerbund. Österreichs Aufnahme in den Völkerbund erfolgte 1920. Die in ihn gesetzten Hoffnungen konnte der Völkerbund jedoch nicht erfüllen: im Gegenteil in der Causa „Zollunion“ (auch Schober-Curtius-Plan 1931 genannt) entschied der Völkerbund, dass die geplante Zollunion zwar nicht gegen das Anschlussverbot verstößt, jedoch gegen das Genfer Protokoll, den Sanierungsplan für Österreich aus dem Jahr 1922.<sup>76</sup> An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die alliierten und assoziierten Mächte sehr bald nach der Unterzeichnung des Vertrages von St. Germain die österreichische Rechtsauffassung übernommen hatten und die 1918 gegründete Republik nicht als Rechtsnachfolger von Österreich-Ungarn ansahen.<sup>77</sup>

## Eine Grazerin gegen den Friedensvertrag

Die bürgerlichen und liberalen Frauen Österreichs, im „Bund Österreichischer Frauenvereine“ (BÖF) beziehungsweise im „Deutschösterreichischen Frauenstimmrechtsverein“ vereint, veröffentlichten in der letzten Ausgabe ihres Organs „Der Bund. Zentralblatt des Bundes österreichischer Frauenvereine“ eine Protestkundgebung gegen die Friedensbedingungen, die Anfang Juni erstmals präsentiert wurden.<sup>78</sup> Auch die steirischen Frauen waren Mitglied im BÖF, so etwa der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“ in Graz. Der Verein wurde 1913 von Sylvia Glowacki gegründet, unter den Mitgliedern befand sich unter anderem Oktavia Rollet.<sup>79</sup> Der BÖF wurde von Marianne Hainisch (1839–1936), der führenden Frau der ersten Stunde der österreichischen bürgerlichen Frauenbewegung, gegründet. Ihre Nachfolgerin war die gebürtige Grazerin Hertha Sprung (1862–1961). Sprung erblickte als Henriette Hauser in Graz das Licht der Welt. Hertha, wie sie von allen genannt wurde, war noch ein Kind, als ihre Familie aus der damaligen „Pensionopolis“ Österreichs nach Wien übersiedelte.<sup>80</sup> Dort lernte sie den Juristen Franz Sprung kennen, Sproß einer angesehenen steirischen Adelsfamilie. Hertha Sprung war Beamtin im Handelsministerium, wo sie für Fragen der gewerblichen Unterrichtsverwaltung zuständig war; sie ging als erster weiblicher „wirklicher Hofrat“ Österreichs in Pension.<sup>81</sup> Durch ihren Mann, einen Pionier auf dem Gebiet der Volksbildung, lernte die gebürtige Grazerin Marianne Hainisch kennen.<sup>82</sup> So begann sie sich nicht nur für die Mädchen- und Frauenbildung zu engagieren, sondern setzte sich gemeinsam mit Hainisch für die Gleichstellung der Frauen ein. Hertha Sprung wurde, wie bereits erwähnt, die Nachfolgerin von Marianne Hainisch, sie sollte bis zu ihrem Tod 1961 Ehrenpräsidentin des Bundes österreichischer Frauenvereine bleiben.

1919 protestierten die beiden Frauen gegen den Anfang Juni veröffentlichten ersten Entwurf der Friedensbestimmungen. Im Vorwort der erwähnten Zeitschrift bezeichnete Sprung das Friedensangebot als eines, das „unsere schlimmsten Erwartungen“ übertreffe:

„Die Durchführung dieses Friedens bedeutet vollste Rechtslosigkeit und Schuldklaverei Deutschösterreichs, das den slawischen Nachbarstaaten als wehrlose Beute hingeworfen wird. Die Unterzeichnung wäre Selbstmord, begangen unter dem höhnischen Beifall unserer Feinde.“<sup>83</sup>

Dann zählte sie die „schweren“ Kämpfe in Kärnten und Steiermark auf, die schon im vollen Gange waren, „nicht nur mit den Waffen, auch mit schamlosem Raub“. Mit „schamlosem Raub“ meinte Sprung die Besetzung der Frauenschulen in Maribor/Marburg und der Bürgerschulen in Ptuj/Pettau und Celje/Cilli durch den Königreich der Slowenen, Kroaten und Serben (SHS-Staat). Ähnliches befürchtete die Autorin auch für Klagenfurt. Schließlich rief sie die Frauen auf, „wo wir sind, aus allen Kräften gegen die sittliche Verlotterung anzukämpfen, gegen die Zerstörung des Rechtsgefühls“ gemeinsam mit den Männern und über alle Parteigrenzen hinweg.<sup>84</sup>

Am 12. Juni 1919 luden der BÖF und der „Deutschösterreichische Frauenstimm-

rechtsverein“ zu einer Protestversammlung, auf der Hainisch und Sprung als Hauptrednerinnen fungierten. Während Marianne Hainisch „in warmen Worten den Gefühlen aller Frauen beim Empfang dieser Friedensbedingungen Ausdruck“ verlieh, umriss Hertha Sprung „scharf und treffend“ ein Bild „von der vernichtenden Wirkung, die sich in der Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse unseres jungen Gemeinwesens aus dem uns aufdiktierten Frieden“<sup>85</sup> ergeben werde. Schließlich wurde auf Antrag von Marianne Hainisch ein Rundschreiben „an die Befreundeten aller ausländischen Staaten“ verfasst, „das ihnen die tatsächlichen Verhältnisse der früheren Monarchie und die jetzige Stellung des deutschösterreichischen Staates klar legen soll.“<sup>86</sup> Darin äußerten sie ihre Enttäuschung über den Friedensvertrag und versuchten, „den Schwesternverbänden in drei Weltteilen“ zu erklären, warum sie diesen Frieden als „Gewaltfrieden“ bewerteten: So erklärten die Unterzeichnenden, dass mit der Gründung von Deutschösterreich die Republik mit der Vergangenheit gebrochen habe und diese sich nicht als Nachfolgestaat der Monarchie sehe; wemgleich Deutschösterreich jedem Volk die Selbstständigkeit gönne, so die Frauen weiter, werden sie „in die Lostrennung deutscher Gebiete nimmer einwilligen.“<sup>87</sup> Der vorgeschlagene Friede verstoße gegen die freie Selbstbestimmung der Völker, dem grundlegendsten Versprechen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilsons, der diese im 14-Punkte-Programm darlegte, so ein weiterer Kritikpunkt! Darüber hinaus betonten die Frauen, dass bei der „Abfassung der Friedensbedingungen nur einseitigen Informationen Gehör geschenkt“ wurde, „da sie [die Konferenz in Paris; Anm. d. A.] lediglich die Gegner Deutschösterreichs zu Wort kommen ließ.“<sup>88</sup> Und schließlich:

„Die deutschösterreichische Republik kann sich ihren offenen Feinden nicht ausliefern lassen, sondern ist berechtigt zu fordern, unter den gleichen Bedingungen wie alle andern auf den Trümmern der Monarchie entstandenen Staaten in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden. Deutschösterreich müsste verelenden und zugrunde gehen, wenn dem schönen armen Lande die vorgeschlagenen Grenzen, die Verkehrshindernisse, die einseitigen Zollbestimmungen aufgezwungen würden. Es würde tragen müssen, was es nicht ändern kann, wenn ihm der Gewaltfriede aufgezwungen würde; aber es wird sein Todesurteil nicht unterschreiben.“<sup>89</sup>

Weiters verfassten die Frauen am Ende ihrer Versammlung eine Resolution an Staatskanzler Renner mit folgendem Inhalt:

„[...] Wir Frauen, die wir überzeugte Gegnerinnen jedes Krieges sind, haben keinen Teil an der Schuld des Ausbruches dieses Krieges. Wir haben auch während der ganzen langen Kriegsjahre niemals den Gefühlen des Hasses oder der Feindschaft gegen die Völker der anderen Staaten Raum gegeben, da wir genau erfaßten, daß sie wie wir, nur die Pflichten jedes Staatsbürgers, in der Not treu zu seinem Lande zu stehen, erfüllten.

Mit aller Kraft unserer Seele haben wir einen baldigen Friedensschluß herbeigeseht, der auch die Gesetze des Rechtes und der Menschlichkeit wieder zur

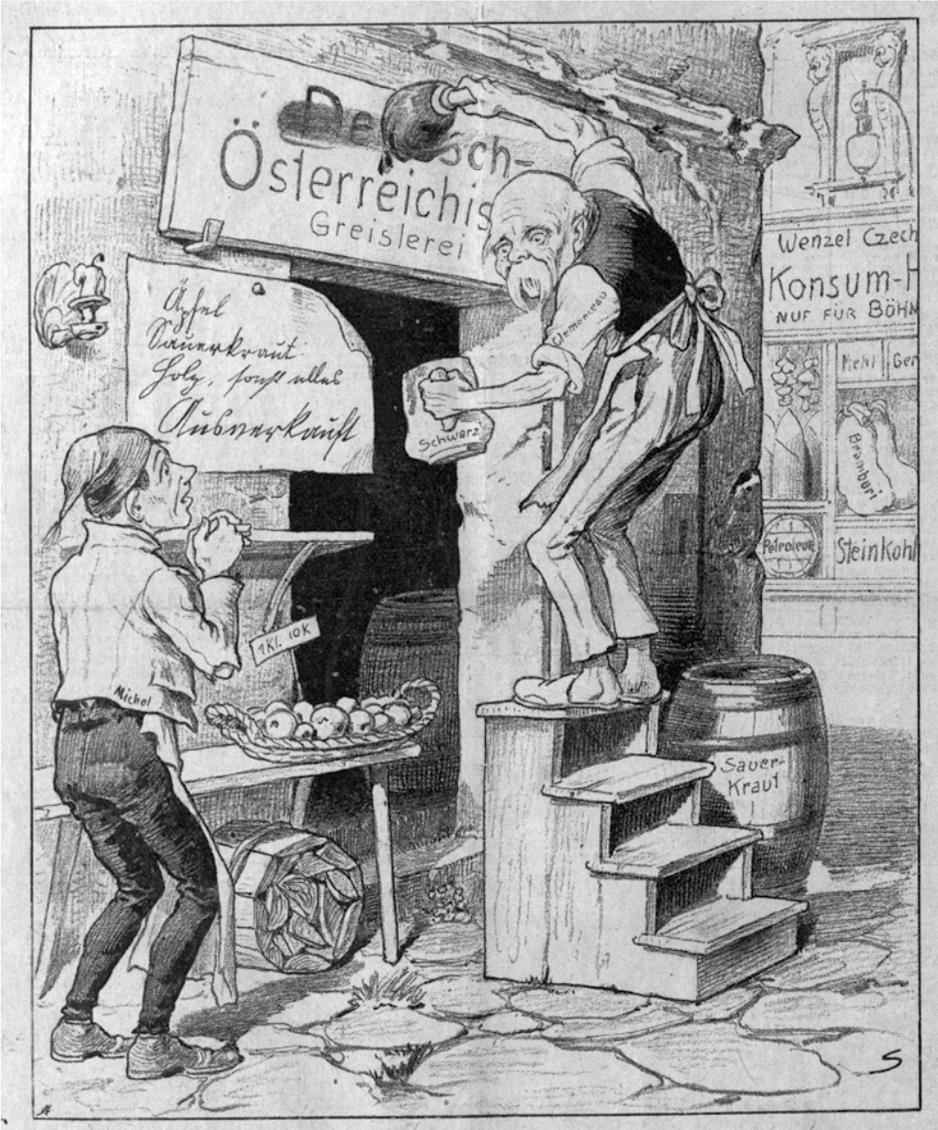


Abb. 4: Karikatur abgedruckt in: Kikeriki, 21.9.1919, 8 (Quelle: ANNO/Österreichische Nationalbibliothek, Wien)

Geltung bringen und den Weg zu einer dauernden friedlichen Völkerverständigung weisen sollte.

Die Friedensbedingungen aber, die jetzt unserem deutschen Land aufdiktiert werden sollen, haben unsere Hoffnung auf das Grausamste enttäuscht. Als Bürger unseres Staates, der der Vernichtung preisgegeben werden soll, als Frauen und Mütter, die ihr Teuerstes vor neuen Kriegen bewahren wollen, als Verfechterinnen des Gedankens der friedlichen Völkerverständigung müssen wir Frauen uns gegen die Unterzeichnung dieses Friedensvertrages verwahren, der nur den Krieg in Permanenz erklärt, Erbitterung und Rachsucht in Millionen von Herzen entflammen und die Wiederherstellung freundschaftlicher internationaler Beziehungen unmöglich machen würde.

Einmütig fordern wir Frauen daher die Leiter unseres Staatswesens auf, einen Vertrag nicht zu unterzeichnen, der in jedem Punkt den von der Entente feierlich gegebenen Zusagen widerspricht und sich als das Ergebnis grenzenloser Unkenntnis unserer Verhältnisse darstellt.<sup>90</sup>

Eine Reaktion seitens der „Leiter des Staatswesens“ liegt nicht vor.

### **Zusammenfassung**

Grazer Politiker und auch Wissenschaftler aus und in Graz waren Mitglieder der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain. Allen gemeinsam war die Unzufriedenheit mit dem „Diktat von St. Germain“. Diesen Unmut äußerten sie als Grazer Nationalratsabgeordnete in Wien, als Landtagsabgeordnete und Gemeinderäte. Der „Bund Österreichischer Frauen“, deren stellvertretende Präsidentin eine Grazerin gewesen war, versuchte ebenfalls mittels Rundschreiben an die „Schwesternbünde“ das internationale Interesse auf „Deutschösterreich“ zu lenken. Schließlich erhielt Staatskanzler Renner von der Provisorischen Nationalversammlung die Vollmacht, am 10. September 1919 in St. Germain-en-Laye den Friedensvertrag zu unterschreiben. Der Großteil der Politiker legte alle Hoffnung in den Völkerbund – er allein habe das Recht, Österreichs „Unabhängigkeit“ zu ändern. Dies sah der sogenannte „Anschlussartikel“ 88 vor: „Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.“<sup>91</sup> Dadurch erhofften sich die Österreicher, sich wieder Deutschland anschließen zu können. Die Jahre 1918 bis 1938 waren von dem „Anschluss“-Trauma und einer zunehmend zerrissenen Gesellschaft geprägt. All das sollte schließlich in den 12. März 1938 münden.

- 1 Zitiert bei Walter GOLDINGER, Dieter A. BINDER: Geschichte der Republik Österreich 1918–1938, Wien 1992, 42.
- 2 Stenografische Protokolle, 2. Session, 379. Beilage I, Bericht über die Tätigkeit der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye, 1.
- 3 Hannes P. NASCHENWENG: Die Landeshauptleute der Steiermark 1236–2002, Graz 2002, 208–210. [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00624/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00624/index.shtml) (abgerufen am 12.2.2018).
- 4 Stenografische Protokolle, 2. Session, 379. Beilage I, 3.
- 5 Horst MÖLLER: Europa zwischen den Weltkriegen (= Oldenburg Grundriss der Geschichte, 21), München 1998, 19. Dort logierten bereits 1871 die Deutschen nach der Schlacht von Sedan.
- 6 MÖLLER: Europa zwischen den Weltkriegen, 18.
- 7 Dr. Franz KAMNIKER: Steiermark und die Friedenskonferenz, in: Tagespost, 29.6.1919, 3.
- 8 Stenografische Protokolle, 2. Session, 379. Beilage I, 4.
- 9 Reinhard ZEILINGER: Geopolitische Begründung nationalstaatlicher Grenzen: Robert Sieger und seine „Geographische Kritik der Grenzlinie des Vertragsentwurfs“ von 1919, in: Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte (= Kritische Geographie, 14), Wien 2001, 64.
- 10 Stenografische Protokolle, 2. Session, 379. Beilage I, 2.
- 11 ZEILINGER, Geopolitische Begründung, 64.
- 12 Ebenda.
- 13 Ebenda, 65
- 14 Ebenda.
- 15 Ebenda, 66.
- 16 Ebenda, 77.
- 17 Ebenda, 65. In weiterer Folge sollte er neben seinen wissenschaftlichen Arbeiten über 100 Artikel in Tageszeitungen, Wochen- und Monatsschriften verfassen, in welchen er sich bemühte, die Anthropogeografie einem „breiten Leserkreis“ bekannt zu machen.
- 18 Vgl. dazu Karl ANDERWALD: Die brüchige antimarxistische Front. Kärntner Landtagswahlkämpfe in der Ersten Republik, in: Herbert DACHS, Michael DIPPELREITER, Franz SCHAUSBERGER (Hgg.): Radikale Phrase, Wahlbündnisse und Kontinuitäten. Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1919 bis 1932, Wien 2017, 74. Vgl. dazu auch Peter VODOPIVEC: Von den Anfängen des nationalen Erwachens bis zum Beitritt in die Europäische Union, in: Peter STIH, Vasko SIMONITI, Peter VODOPIVEC: Slowenische Geschichte. Gesellschaft-Politik-Kultur (= Veröffentlichungen der Historischen Landeskommision für Steiermark, 40), Graz 2008, 311–320.
- 19 Stenografische Protokolle, 2. Session, 379. Beilage Konstituierende Versammlung, 7.
- 20 Ebenda, 8.
- 21 Ebenda.
- 22 Stenografische Protokolle 2. Session, 379. Beilage I.
- 23 Ebenda, 2.
- 24 Stenografische Sitzungsprotokolle der Konstituierenden Nationalversammlung, 26. Juli 1919, 667.
- 25 Ebenda.
- 26 Vgl. dazu Hermann KURAHNS: Dr. Franz Kamniker in St. Germain. Zur Teilnahme des späteren Radkersburger Bürgermeisters an den Friedensverhandlungen im Mai und Juni 1919, in: Blätter für Heimatkunde 61, Graz 1987, 112–122. Kamniker wurde später Bürgermeister (1921) und steiermärkischer Landtagsabgeordneter (1923). Ders.: „Herr Kanzler geben Sie meinem Lande ... das Recht wieder“. Zur Tätigkeit des steirischen Delegationsmitgliedes Dr. Franz Kamniker im Juni und Juli 1919, in: Blätter für Heimatkunde, 63, Graz 1989, 41–55.
- 27 Stefan KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert, Graz 2000, 133.
- 28 Die Südgrenze der deutschen Steiermark. Denkschrift des akademischen Senats, Graz 1919.
- 29 Ebenda, 58.
- 30 Dr. Franz KAMNIKER: Steiermark und die Friedenskonferenz, in: Tagespost, 28.6.1919, 1, 3.
- 31 KARNER: Steiermark, 133.
- 32 Richard BAMBERGER et al. (Hgg.): Österreich-Lexikon, Band 1, Wien 1995, 644.
- 33 [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00949/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00949/index.shtml) (abgerufen am 17.2.2018).
- 34 Zum Beispiel Dr. Franz KAMNIKER: Steiermark und die Friedenskonferenz, in: Tagespost, 28.6.1919, 1, 3; oder Emil KRAFT: Deutschösterreichs letzte Stunden, in: Tagespost, 22.7.1919, 1; oder Derselbe: Das Verbrechen von St. Germain, in: Tagespost 4.9.1919, 1; beziehungsweise Tagespost, 5.9.1919, 1.

- 35 Stenografische Protokolle, 2. Session, 379. Beilage II, 5.
- 36 Aufgrund der gebotenen Kürze sei hier nur die Stimmung in der Konstituierenden Nationalversammlung anlässlich der Ermächtigung des Staatskanzlers zur Unterzeichnung des Friedensvertrages wiedergegeben.
- 37 [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00213/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00213/index.shtml) (abgerufen am 17.2.2018).
- 38 [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_00949/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00949/index.shtml) (abgerufen am 17.2.2018).
- 39 Stenografische Protokolle, 29. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung, 6.9.1919, 794.
- 40 Stenografische Protokolle, 29. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung, 6.9.1919, 794, Mühlenbesitzer in Deutschlandsberg.
- 41 Ebenda, Landwirtschaftlicher Arbeiter und Prüfungskommissär für Sachdemobilisierung, Zivilkommissär im Bundesministerium für Heereswesen, geboren in St. Lambrecht.
- 42 Ebenda, Pfarrer von Wettmannstätten.
- 43 Ebenda, Grundbesitzer in Groß-Söding.
- 44 Ebenda, Obmann des Verbandes der Bergarbeiter.
- 45 Ebenda, 794f.
- 46 Ebenda, 795.
- 47 Stenografische Protokolle, 2. Session. Beilage 379 II und davon Beilage 81, Mitteilung über die Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung und Übermittlung der Proteste der Nationalversammlung und Ländervertreter, 628.
- 48 Ebenda, 630.
- 49 Ebenda.
- 50 Ebenda, 631.
- 51 NASCHENWENG: Die Landeshauptleute, 200.
- 52 StGBI 303/1919 Staatsvertrag von St. Germain-en-Laye vom 10.9.1911.
- 53 BGBl 643/1921, Staatsvertrag zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika.
- 54 Grazer Mittagsblatt, 4.6.1919, 1.
- 55 Kleine Zeitung, 4.6.1919, 1.
- 56 Die Verluste in Südsteiermark und Kärnten, in: Arbeiterwille, 5.6.1919, 2.
- 57 Eine Analyse der steirischen Zeitungen in Bezug auf den Vertrag von St. Germain steht noch aus.
- 58 Protest der Landesregierung und des Landesrates gegen den Friedensinhalt, in: Arbeiterwille, 4.6.1919, 2.
- 59 Stenografischer Bericht über die 3. Sitzung des steiermärkischen Landtages, 13.6.1919, 17–22. Die Antwort des Landes Steiermark. Gegen die Zerstückelung unseres Landes und gegen die Vernichtung unserer Volkswirtschaft, in: Kleine Zeitung, 14.6.1919, 2.
- 60 [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01265/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01265/index.shtml) (abgerufen am 19.2.2018).
- 61 Stenografischer Bericht über die 9. Sitzung des steiermärkischen Landtages, 29.9.1919, 129.
- 62 Ebenda.
- 63 Stadtarchiv Graz (StAG), Gemeinderatssitzung vom 31. Juli 1919, Amtsblatt Nr. 25, 10.9.1919, 480.
- 64 Ebda.
- 65 Ebenda, 481.
- 66 Ebenda, 480.
- 67 Ebenda, 481.
- 68 Ebenda.
- 69 Gerhard MARAUSCHEK: Die Grazer Bürgermeister 1885–1919. Ein Überblick über die Deutsch-Nationale Periode der Stadtgemeinde Graz, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 27/28, Graz 1998, 27–49, hier: 41–43.
- 70 StAG, Gemeinderatssitzung vom 29. April 1919, Amtsblatt Nr. 14, 20.5.1919, 267.
- 71 Ebenda.
- 72 Ebenda.
- 73 Das interessante Blatt, 15.1.1914, 8f. Ausobsky war der erste sozialdemokratische Bürgermeister-Stellvertreter von Graz, er wurde am 8. Jänner 1914 gewählt. Der gelernte Drechler war auch ab 1910 Chefredakteur-Stellvertreter des „Arbeiterwille“.
- 74 StAG, Gemeinderatssitzung vom 29.4.1919, Amtsblatt Nr. 14, 20.5.1919, 267.
- 75 Ebenda.
- 76 GOLDINGER, BINDER: Geschichte der Republik Österreich 1918–1938, 180.
- 77 Ebenda, 45.
- 78 Ernestine von FÜRTH: Protestkundgebung der Frauen gegen die Friedensbedingungen, in: Der Bund. Zentralblatt des Bundes österreichischer Frauenvereine, 5, Wien 1919, 4–7.
- 79 Frauen in Bewegung: <https://www.onb.ac.at/forschung/ariadne-fraueindokumentation> (abgerufen am 9.2.2018). Der Verein wurde 1922 in Deutscher Frauenbund umbenannt. Er hatte seinen Sitz in der Bürgergasse 2 bzw. Albrechtgasse 3/1.
- 80 Hannes STEKL (Hg.): „Höhere Töchter und Söhne aus gutem Haus“. Bürgerliche Jugend in

Monarchie und Republik (= Damit es nicht verloren geht ...), Wien 1999, 78. Über Sprungs Engagement im Bildungswesen siehe Renate SEEBAUER: Frauen, die Schule machten (= Schul- und Hochschulgeschichte, 1), Wien 2007, 49.

81 STEKL: „Höhere Töchter“, 79.

82 Ebenda, 79.

83 Hertha SPRUNG, An die Bundesvereine, in: Der Bund. Zentralblatt des Bundes österreichischer Frauenvereine, 5, Wien, 1919, 2.

84 Ebenda.

85 FÜRTH: Protestkundgebung der Frauen, 4.

86 Ebenda.

87 Resolution, in: Der Bund. Zentralblatt des Bundes österreichischer Frauenvereine, 5, Wien 1919, 6.

88 Ebenda.

89 Resolution, 7.

90 Ebenda.

91 StGBI. Nr. 303/1920 idF BGBl. III Nr. 179/2002, Art. 88.

## **Selbstschutz – Heimatschutz – Frontmiliz: Eine kurze Geschichte der Heimwehrebewegung in Graz**

Das Phänomen der Heimwehren als im weitesten Sinne rechtsgerichtete politische und paramilitärische Organisationen im Österreich der Zwischenkriegszeit hat bisher – verglichen mit anderen Themen der historischen Forschung – vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit erhalten. Nach wie vor ist die Zahl der diesbezüglich veröffentlichten Arbeiten relativ überschaubar. Dies ist nicht der Ort, um die Gründe für diese Zurückhaltung zu erforschen; ebenso wenig soll hier den vorhandenen Werken zur Gesamtgeschichte der österreichischen (oder der steirischen) Heimwehrebewegung ein weiteres hinzugefügt werden.<sup>1</sup> Das Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, einige Schlaglichter auf die Entwicklung in der Landeshauptstadt Graz zu werfen; lokale Ereignisse und Besonderheiten zu beleuchten und in einen breiteren historischen Zusammenhang zu stellen.

Die drei – zunächst voneinander unabhängigen – Wurzeln der steirischen Heimwehrebewegung waren einerseits das „Untersteirische Bauernkommando“ des Arztes Willibald Brodmann, das sich südslawischen Gebietsansprüchen entgegenstellte, weiters der antimarxistisch orientierte „Deutsche Volksrat“, den der Judenburger Advokat Walter Pfrimer<sup>2</sup> im November 1918 gründete, und drittens die frühen Organisationen der Kriegsheimkehrer. Der faktische Zusammenbruch der k.u.k. Armee zu Kriegsende verhinderte eine geordnete Demobilisierung der Truppen. Die Folge davon war, dass sich Soldaten aus allen Teilen der früheren Monarchie ungeordnet und weitgehend führungslos auf den Weg in ihre neu entstandenen Heimatstaaten machten. Im Zuge dieser Wanderbewegung kam es fast flächendeckend zu Plünderungen und vielfach auch Gewalttaten. Zum Schutz gegen solche Übergriffe wurden – auch in Graz – neben der neu entstehenden „Volkswehr“ Hilfseinheiten gebildet, die man als „Allgemeine Sicherheitswehr“ oder teilweise auch „Heimwehr“ bezeichnete. Den ersten Aufruf zur Bildung von „Heimwehren in Graz“ unterfertigten am 5. November 1918 zwei

Mitglieder der Provisorischen Nationalversammlung, die als „Militärbevollmächtigte des Staatsrates und des Wohlfahrtsausschusses“ zeichneten: der Sozialdemokrat Hans Resel und der Deutschnationale August Einspinner.<sup>3</sup> Geeignete Männer jeden Alters wurden aufgefordert, sich zur Verfügung zu stellen und sich beim Militärkommando am Glacis beziehungsweise bei den Annensälen zu melden. Diese Einheiten können freilich trotz des bereits gleichlautenden Namens nur sehr bedingt als Vorläufer des späteren Steirischen Heimatschutzes – der steirischen „Heimwehr“ – betrachtet werden: Zum einen ist ihr offizieller Charakter hervorzuheben (die „Heimwehr-Kanzlei“ befand sich im zweiten Stock des Rathauses, Tür 162), zum anderen wurde die Zielsetzung dieser Einheiten von vorneherein als unpolitisch festgelegt, wie ein weiteres Flugblatt, unterzeichnet vom städtischen Kommandanten Hauptmann von Gribicic dokumentiert: „Jede politische Parteinahme ist ausgeschlossen, der Zweck lediglich Wahrung der Ordnung und Schutz öffentlichen und privaten Gutes“.<sup>4</sup>

Neben diesen sozusagen „planmäßig“ aufgebauten Einheiten, deren Bedeutung freilich über den eines Wachdienstes mit geringen hilfspolizeilichen Befugnissen nicht hinausging, entstanden Gruppierungen von kriegsheimkehrenden Soldaten und Offizieren, die den Zusammenbruch der alten Ordnung nicht nur als politischen, sondern als existenziellen Bruch erlebten. Der Verlust an materiellem und geistigem Halt, der mit diesem Bruch einherging, verstärkte die durch Kultur und Erziehung vorhandene militant anti-revolutionäre und anti-demokratische, zudem auch häufig anti-bürgerliche und anti-kapitalistische Haltung.<sup>5</sup> Neben der Negation des neu entstandenen Staatswesens und der scharfen Ablehnung marxistischer Umwälzungsversuche waren die ideologischen Bezüge noch recht diffus, aber in jedem Fall deutschnational-völkisch grundiert. Dies traf auf Graz als damals schon traditionelle Hochburg des deutschnationalen Milieus in erhöhtem Maße<sup>6</sup> zu: Die Ende 1918 gebildete „Studentenwehr“ bestand größtenteils aus heimgekehrten Kriegsteilnehmern, die nun an den Grazer Hochschulen ein Studium aufgenommen hatten. Am 22. Februar 1919 kam es am Rande einer kommunistischen Demonstration in Graz rund um den Südtirolerplatz (damals Murplatz) zu Ausschreitungen. Die Studentenwehr wurde als Folge dieser Ereignisse kurzzeitig entwaffnet. In den ersten Jahren der Republik war das aus der Studentenwehr hervorgegangene „Grazer Studentenbataillon“, das primär von Angehörigen der „nationalen“ Korporationen getragen wurde<sup>7</sup>, das aktivste Segment der (noch nicht so benannten) Heimwehrbewegung. Das Grazer Studentenbataillon hatte zu dieser Zeit etwa 300 Mitglieder<sup>8</sup> und stand unter dem Kommando des ehemaligen Oberleutnants Hanns Rauter<sup>9</sup>. Der Anführer dieser „mobilen Formationen“ berichtete mit sichtlichem Stolz: „Beide Studentenbataillone [Graz und Leoben, Anm. d. A.] haben bereits gelegentlich der Kärntner Abwehrkämpfe unter Führung Hptm. Ing. Obereggers, gelegentlich der Kärntner Volksabstimmung als Schutztruppe unter meiner Führung und gelegentlich der Oberschlesischen Kämpfe im Anschluss an das Freicorps Oberland, auch unter meiner Führung, gezeigt und bewiesen, dass sie überall dort zu finden sind, wo deutscher Boden in Gefahr sich befindet.“<sup>10</sup> Parallel zum Studentenbataillon sammelten sich in Graz und der Mittelsteiermark Kriegsheimkehrer und Selbstschutzgruppen in einer christlichsozialen Gruppierung unter dem späteren Finanzminister Jakob Ahrer, Bauern um den Landbund-Politiker Franz

Winkler und „nationale“ Kräfte um den Redakteur des Grazer Volksblattes Franz Ircher und den Mittelschulprofessor Andreas Patterer, der auch Leiter des einflussreichen völkisch-nationalen Grazer Vereins „Südmark“ war. Diese drei Gruppen vereinigten sich im August 1920 (ohne das Studentenbataillon) unter einer paritätisch besetzten, also gemeinsam christlichsozial-landbündlerisch-großdeutschen Führung. Tatsächlich war überall in Österreich Ähnliches zu beobachten: Die überwiegend spontan in den ersten Nachkriegsmonaten und -jahren gegründeten Heimwehr-Einheiten wurden der Aufsicht der bürgerlichen Parteien unterstellt; ihre Aktivitäten wurden demnach von den Interessen der Parteien (die durchaus unterschiedlich sein konnten) bestimmt: Eine Mobilisierung der Heimwehr war z. B. nur dann zulässig, wenn die Anordnung dazu von den Vertretern zumindest zweier beteiligter Parteien unterzeichnet wurde.<sup>11</sup> Diese „Parteiherrschaft“ erschien den Führern des Grazer Studentenbataillons wenig attraktiv. Sie fühlten sich wesentlich stärker vom militanten Aktionismus des Rechtsanwaltes Pfrimer angesprochen, der seinen „Deutschen Volksrat“ Ende 1918 gegründet hatte, und der als gut bewaffnet und organisiert galt. Hanns Rauter schloss sich mit Pfrimer zusammen. Nachdem eine Einigung sämtlicher Verbände, die Landeshauptmann Anton Rintelen 1921 vermittelt hatte, nach kurzer Zeit gescheitert war, gründeten Pfrimer, Rauter und ihre Anhänger im April 1922 auf einer Konferenz in Leoben den „Selbstschutzverband Steiermark“.<sup>12</sup> Die wesentlichen Impulse zur Spaltung gingen dabei von den Grazer und Leobener Studenten aus, die auch eine „Wiedervereinigung“ mit den parteigebundenen Heimwehren am entschiedensten ablehnten.<sup>13</sup> Im Frühjahr 1923 umfasste das Grazer Studentenbataillon laut Angaben Rauters sechs Infanteriekompanien, es verfügte über sechs Maschinengewehre, einen Geschützzug und eine eigene „Nachrichten- und Sprengabteilung“.<sup>14</sup> Im Herbst 1923 übernahm Walter Pfrimer die Leitung des Verbandes, der schließlich zu Jahresbeginn 1924 den Namen erhielt, unter dem er landesweit bekannt wurde: Heimatschutzverband Steiermark (umgangssprachlich „Steirischer Heimatschutz“). Die christlichsozial ausgerichteten Heimwehren nahmen an Bedeutung noch weiter ab, nachdem ihr Vorsitzender Landesrat Jakob Ahrer 1924 als Finanzminister nach Wien berufen worden war.

Während es an den Hochschulen weiterhin im völkisch-nationalen Sinne gärte,<sup>15</sup> waren die folgenden Jahre, in der sich Währung und Wirtschaft allmählich stabilisierten, für die militanten Kräfte eine Zeit des Niedergangs. Mehr und mehr wurden sie zu Veteranenverbänden, die kaum noch politische Wirksamkeit entfalteten. Für die spätere Entwicklung der Heimwehren war jedenfalls bedeutsam, dass die in der Steiermark tonangebende Christlichsoziale Partei von Männern dominiert wurde, die nicht dem klassischen Verbandskatholizismus entstammten, sondern eine durchaus „nationale“ Schlagseite hatten und als Vertrauens- und Hintermänner der Heimwehren galten: Landeshauptmann Anton Rintelen förderte Pfrimers Organisation ebenso wie der Grazer Vizebürgermeister Franz Georg Strafella<sup>16</sup>, der aus dem deutschnationalen Milieu der Untersteiermark stammte und zudem als Verbindungsmann zur steirischen Industrie fungierte.<sup>17</sup>

Zum eigentlichen Ausgangspunkt für den Aufschwung des Heimatschutzverbandes wurden die Ereignisse des Juli 1927. Nach dem Justizpalastbrand kam es auch in

der Steiermark und ihrer Hauptstadt zu Gewaltausbrüchen und teils bürgerkriegsähnlichen Vorgängen. In Graz errichtete der Republikanische Schutzbund der Sozialdemokraten Straßensperren und zwang Polizei und Gendarmerie zum Rückzug. Viele Geschäfte wurden gesperrt, der damals amtierende Landeshauptmann Hans Paul wick mit seiner Regierung nach Feldbach aus und verhielt sich abwartend. Während die staatlichen Stellen zunächst untätig blieben, mobilisierte Pfrimer nach Absprache mit Rauter und anderen Heimatschutzkommandanten seine Paramilitärs. Durch die heftige Gegenwehr überrascht, erklärten sich die sozialdemokratischen Kräfte zunächst in der Obersteiermark, dann auch in Graz zum Einlenken bereit. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juli endeten auch in Graz die Streiks und Straßensperren, nachdem Pfrimer – der sich der Unterstützung des damaligen Nationalratsabgeordneten Rintelen sicher sein konnte – ultimativ einen „Marsch auf Graz“ angedroht hatte.<sup>18</sup> Pfrimer, der sein neugewonnenes Image als „starker Mann“ und „Drachentöter“ sichtlich genoss, ging daran, seine Organisation weiter auszubauen: Ende 1927 schlossen sich die zahlenmäßig kleine, aber straff organisierte Grazer „Frontkämpfervereinigung“ und schlussendlich auch die christlichsoziale „Steirische Heimwehr“ dem Heimatschutzverband an, der somit alle rechtsgerichteten Paramilitärs des Landes unter einem Dach vereinigte. Im Sommer 1929 zählte der Verband etwa 25.000 militärisch mobilisierbare und noch einmal zumindest gleich viele unterstützende Mitglieder.<sup>19</sup>

Organisatorisch war der Heimatschutz in der Steiermark in Kreise (Bezirke), Gaue (Gerichtsbezirke) und Ortsgruppen (Gemeinden) geteilt, wobei die politischen Befehlshaber als Landesleiter, Kreisleiter etc., die militärischen Kommandanten jeweils als Landesführer etc. bezeichnet wurden. Die Kreisleitung Graz bestand aus vier Gauen, für deren „Gauführer“ Ende 1930 die Namen Marschall, Mejak, Landecker und Hahn genannt werden. Neben seiner paramilitärischen Organisation bildete der Heimatschutz auch im ganzen Land „Frauenhilfsgruppen“, die landesweit von Irma Pfrimer, der Ehefrau des Landesleiters, geführt wurden. Die Frauenhilfsgruppen waren vor allem als Vorfeldorganisation für soziale Aktivitäten, aber auch durch Spendenaktionen und Darlehen für die Finanzierung der Organisation von erheblicher Bedeutung. So musste die Kreisleitung Graz des Heimatschutzverbandes im September 1930 der Frauenhilfsgruppe mit Bedauern mitteilen, „daß es der Kreisleitung und dem Stadtkommando vorerst leider noch nicht möglich ist, das vom Kreis-Stabsleiter und Delegierten der Kreisleitung aufgenommene Darlehen von 200 Schilling zurückzuzahlen, da wir dringend Waffen und Munition kaufen müssen“.<sup>20</sup> Hinzu kam als Jugendorganisation das „Weiß-grüne Jungvolk“. Topografisch war der Heimatschutz in Graz an mehreren Orten beheimatet: Die Kanzlei der Landesleitung befand sich in der Radetzkystraße 20, die Redaktion der Wochenzeitung „Der Panther“ war wenige Gehminuten entfernt in der Grazbachgasse 39 anzutreffen. Der 1933 abgespaltene Starhemberg-treue Flügel der Heimwehren residierte später in der Hans-Sachs-Gasse 2.

In der Grazer Stadtleitung des Heimatschutzverbandes waren 1932 folgende Männer führend tätig: Stadtleiter war Hauptmann a. D. Hermann Wiesspeiner, ein Cousin Pfrimers<sup>21</sup>, Mitglieder der Stadtleitung waren unter anderen der Privatdozent Max de Crinis<sup>22</sup>, der Hauptmann a. D. Alfred Mitkrois und der Weinhändler Erich Pfrimer (ebenfalls ein Cousin des Landesführers). Die akademische Legion kommandier-

te Oberstleutnant Ernst Hassenbauer-Schiller, für das Jungvolk zeichnete Hans von Gadolla<sup>23</sup> verantwortlich. In der Landeshauptstadt zählte man 650 aktive, das heißt militärisch ausgebildete und mobilisierbare Mitglieder, die über insgesamt 40 schwere Maschinengewehre verfügten. Der Heimatschutz umfasste in Graz die Akademische Legion sowie die Sturmkompanien Leonhard, Jakomini, Lend, Gries und Geidorf.<sup>24</sup> Offenbar hatte sich Walter Pfrimer durch die Besetzung von Führungspositionen mit Verwandten eine Stärkung seines Einflusses auf die besonders militanten Grazer Heimatschützer erwartet. Dass nämlich Pfrimers Einfluss auf den Grazer Heimatschutz in früheren Jahren nicht allzu groß gewesen war, zeigt eine Episode aus dem Mai 1931; damals hatte Pfrimer gerade das Amt des Bundesführers der Heimwehren interimistisch übernommen<sup>25</sup>: Pfrimer ließ den Grazer Kreisführer Wilhelm Neuschitzer kurzerhand absetzen, da dieser für Pfrimers Geschmack nicht genug Abstand zur verhassten „Parteienwirtschaft“ hielt. Der abgesetzte Lokalkommandant Neuschitzer nahm das nicht ohne Weiteres hin und ließ demonstrativ die Räume der Kreisleitung aufbrechen und besetzen. Als Neuschitzer wenig später bei einer Versammlung eine eigene Splittergruppe mit dem Namen „Heimatschutzschar“ gründete, gingen mit ihm immerhin etwa 70 Grazer Mitglieder.<sup>26</sup>

Eine eingehende Darstellung der ideologischen Position(en) des Heimatschutzes kann und soll an dieser Stelle nicht erfolgen. Lediglich sei hier ein Liedtext erwähnt, den der Grazer Rechtsanwalt und Heimatschutz-Funktionär Kurt Kienzl für die „Sturmkompanie Geidorf“ verfasste und der auch auf einer Propaganda-Postkarte verbreitet wurde:

„[...]  
Wohlauf, Kameraden! Der Feind im Land,  
Der ist ärger als Russen und Serben:  
Sein schleichendes Gift, seine tückische Hand  
Die bringen die Heimat zum Sterben:  
Die Heimat, die Väter und Brüder bewahrt  
Um die Heimat geht es und ihre Art!

Wohlauf, Kameraden, kein Zaudern mehr,  
kein feiges Zittern und Bangen!  
Die Heimat ruft und die Stunde ist schwer,  
In der ihre Rufe erklangen.  
Ob im Arbeiter-, Bürger- im Bauernkleid,  
Euch erschallet der Ruf, es ist an der Zeit!  
[...]“<sup>27</sup>

Neben der klar antimarxistischen beziehungsweise antisozialistischen Stoßrichtung propagierte der Heimatschutz einen „neuen Staat“, der die „Parteiherrschaft“ überwinden sollte. Umso überraschender war es, dass im Vorfeld der Nationalratswahl 1930 Stimmen laut wurden, der Heimatschutz solle seine eigene Wahlliste als „parlamentarischen Kampftrupp“<sup>28</sup> aufbauen. Die Steiermark wurde zum Zentrum der

Wahlbewegung des neugeschaffenen „Heimatblocks“. Bei einer Großkundgebung in der Grazer Industriehalle sprachen am 31. Oktober (zehn Tage vor der Wahl) neben Justizminister Franz Hueber auch die steirischen Lokalgrößen Hanns Rauter und August von Meyszner.<sup>29</sup> Die Hoffnung, dass die organisatorische Stärke in Wählerstimmen umgemünzt werden könne, schien sich zumindest in der Steiermark einigermaßen zu erfüllen: Im Wahlkreis Graz und Umgebung (dieser enthielt nicht den Gerichtsbezirk Frohnleiten) erzielte der Heimatblock mit 13 Prozent sein zweitbestes Ergebnis österreichweit: Nur im Wahlkreis Obersteiermark war man mit 17 Prozent noch erfolgreicher. Österreichweit entschieden sich für den Heimatblock lediglich sechs Prozent der Wählerinnen und Wähler (im Wahlkreis Graz, wie auch in ganz Österreich, war das Verhältnis Männer/Frauen unter den Heimwehr-Stimmen relativ ausgeglichen, mit einem leichten Überhang bei den Männern, in Graz 14 zu 13 Prozent, österreichweit 7 zu 6 Prozent).<sup>30</sup> Ein Grundmandat erreichte der Heimatblock in Graz allerdings (knapp) nicht und blieb auch hinter dem betont heimwehr-feindlichen „Nationalen Wirtschaftsblock“ von Bundeskanzler Johann Schober. Der „Durchmarsch“ auf parlamentarischem Weg war bei der Nationalratswahl für die Heimwehren jedenfalls ausgeblieben. Auch intern hatte die Wahlbewegung für Verstimmung gesorgt. So beschwerte sich der Heimwehr-Gau Graz-West bei Wahlkampfleiter Meyszner über das „Feilschen um die Mandate hinter den Kulissen wie bei den Parteien“. Verdiente Heimatschützer seien bei der>Listenerstellung nicht zum Zug gekommen, stattdessen konstatierte der Gauführer Marschall auf der Liste Persönlichkeiten, „welche bisher nicht als Grundpfeiler der Bewegung gegolten haben“.<sup>31</sup>

Während des „Pfrimer-Putsches“<sup>32</sup> am 12. und 13. September 1931 blieb es in Graz verhältnismäßig ruhig, da die Hauptstoßrichtung des Putsches aus dem Mur- und Mürztal heraus Richtung Semmering beziehungsweise Wien gerichtet war. In der Landeshauptstadt wurde lediglich der Schlossberg von Putschisten besetzt; stärkere Heimatschutzverbände riegelten die Zufahrtsstraßen zur Stadt ab.<sup>33</sup> Auf dem Gaberl bei Köflach sammelte Hans von Pranckh mehrere Bataillone von Heimatschützern, die zu gegebener Zeit gegen Graz vorgehen sollten. Tatsächlich erhielt Pranckh keinen diesbezüglichen Befehl und wartete ab; die Spitzen seiner Einheit erreichten gerade den Raum Köflach, bevor sie umkehrten.<sup>34</sup> In Graz waren zu diesem Zeitpunkt etwa 2.000 Mann an Bundesheertruppen mit schweren Waffen stationiert.<sup>35</sup> Die Landeshauptstadt geriet erst im Dezember 1931 nachträglich ins Zentrum des Pfrimer-Putsches: Vor dem Straflandesgericht mussten sich Walter Pfrimer, der Mürztaler Heimatschutz-Führer Konstantin Kammerhofer und sechs weitere Angeklagte wegen Hochverrats verantworten. Pfrimer bestritt dabei jede Putschabsicht und sprach lediglich von einer „bewaffneten Demonstration“, die den Anstoß für wirtschaftliche Reformen geben sollte.<sup>36</sup> Den Ton der Verteidigung hatte schon am 5. Oktober Bundesführer Ernst Rüdiger Fürst von Starhemberg bei einer Kundgebung in der Grazer Industriehalle vorgegeben: Es könne überhaupt nicht von Hochverrat gesprochen werden, in einem „Staat, in dem nichts Hohes zu verraten ist“.<sup>37</sup> Der einhellige Freispruch aller Angeklagten am 18. Dezember 1931 war nicht zuletzt aus der Lage der öffentlichen (und veröffentlichten) Meinung in Graz zu erklären: Die meisten Tageszeitungen – allen voran das radikal deutschnationale „Grazer Tagblatt“ – billigten den

Putschisten patriotische und ehrenhafte Motive zu. Sogar Landeshauptmann Anton Rintelen sagte persönlich vor Gericht zugunsten der Angeklagten aus, er sei zu keinem Zeitpunkt an der Ausübung seiner Amtspflichten gehindert worden. Anhand der Konstellation der handelnden Personen wird das engmaschige Netzwerk des Steirischen Heimatschutzes in Graz deutlich: Vor Gericht sagte Landeshauptmann Rintelen – immerhin Professor für Zivilrecht an der Karl-Franzens-Universität – als Entlassungszeuge aus. Sein Bruder Max Rintelen war Pfrimers Rechtsbeistand. Der Weizer Heimatschutz-Kreisleiter Hans Georg Bilgeri, der an der Abriegelung der Hauptstadt beim Putschversuch maßgeblich mitgewirkt hatte, war Konzipient in der Kanzlei des dritten Bruders (ebenfalls Rechtsanwalt) Carl Rintelen. Bilgeri wiederum hatte 1921 gemeinsam mit Hanns Rauter beim Freikorps Oberland in Oberschlesien gekämpft und war wie dieser auch Mitglied einer deutschnationalen Studentenverbindung.<sup>38</sup> Pfrimers zweiter Rechtsanwalt, Werner Delpin, war Mitglied der Grazer Burschenschaft Arminia und erreichte in der NS-Zeit den Rang eines SS-Sturmabführers.

In der ersten Phase nach dem Putsch war der Heimatschutz in der Steiermark aus nachvollziehbaren Gründen desorientiert und desorganisiert. Nachdem Pfrimer kurzzeitig nach Jugoslawien geflüchtet war, übernahm Landesrat Meyszner provisorisch die Führung, da er sich als gewählter Mandatar vor einer Verhaftung sicher fühlte. Meyszner erklärte am 29. Oktober 1931 öffentlich, eine stärkere Zusammenarbeit von Heimatschutz und NSDAP sei wünschenswert. Zentrale Weichenstellungen für die Zukunft (und die zukünftige Spaltung) der gesamten österreichischen Heimwehren erfolgten in Graz: Am Allerheiligentag schlossen beide Organisationen im Rahmen einer Konferenz im Grazer Hotel Wiesler eine „Kampfgemeinschaft“.<sup>39</sup> Als sich Heimwehr-Bundesführer Starhemberg öffentlich gegen eine solche Zusammenarbeit aussprach, wurde er vom Grazer Studentenbataillon und seinem Umfeld (der „Grazer wehrhaften Studentenschaft“) de facto gezwungen, seinen Widerstand gegen diese Kooperation aufzugeben: Bei einer Sitzung am 30. November – wiederum im Hotel Wiesler – stimmte er einem Papier zu, in dem von gemeinsamen Zielen der Heimwehr und der Nationalsozialisten gesprochen wurde.<sup>40</sup> Wenngleich diese erste „Kampfgemeinschaft“ mit Jahresende wieder aufgelöst wurde, zeigte sich doch, dass die ideologische Übereinstimmung zwischen „Hahnenschwanz“ und „Hakenkreuz“ in der Steiermark sehr hoch war, wobei wiederum das studentische Grazer Milieu am entschiedensten die Zusammenarbeit forderte.

Trotz der sehr ähnlichen weltanschaulichen Stoßrichtung standen sich beide Bewegungen während des Jahres 1932 entschlossen ablehnend gegenüber. Während der Heimatschutz nach wie vor in der Steiermark stark verankert war und den desaströsen Pfrimer-Putsch immerhin als Beweis für seine Entschlossenheit im Kampf gegen das verhasste „System“ verkaufen konnte, bekam die NSDAP Rückenwind aus dem „Reich“, aber auch von Erfolgen bei Landtags- und Gemeinderatswahlen in mehreren österreichischen Bundesländern.

In diese Phase der Rivalität fielen der Austritt des „Ehrenlandesleiters“ Pfrimer aus dem Steirischen Heimatschutz im Mai 1932 und sein öffentliches Bekenntnis zu Adolf Hitler. Dies löste innerhalb des im weitesten Sinne völkisch-nationalen Lagers heftige Turbulenzen aus. Die neue Führung des Heimatschutzes unter Rauter und

Kammerhofer sah im Verhalten ihres ehemaligen Kameraden einen inneren Widerspruch: „Dr. Pfrimer war stets der radikalste Verfechter des illegalen revolutionären Heimatschutzes. Durch die Unterstellung unter Adolf Hitler bekennt sich Dr. Pfrimer zur Legalitätsformel und ist nunmehr der Meinung, mit dem Stimmzettel die Macht im Staate zu erobern“. In der traditionellen Metropole des nationalen Lagers geriet der Heimatschutz nun ins Visier der Nationalsozialisten, wie Kammerhofer und Rauter beklagten: „Die NSDAP ihrerseits provoziert mit Dr. Pfrimers Austritt in schwerer Weise den H.Sch., was besonders in Graz zu schweren, tätlichen Auseinandersetzungen geführt hat.“<sup>41</sup> Der Heimatschutz wollte sich demnach als radikalere (!) Alternative zur NSDAP präsentieren, was sich laut Kammerhofers Darstellung angeblich auch in erheblichen Mitgliederzuwächsen besonders in Graz und Bruck an der Mur niederschlug.<sup>42</sup> Tatsächlich scheint Pfrimers Übertritt dem Heimatschutz in Graz massiv geschadet zu haben, da gerade die studentische Anhängerschaft mehr und mehr zur NSDAP überwechselte, die zu diesem Zeitpunkt in Deutschland und Österreich von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilte. Bei einer Heimatschutz-Kundgebung in Mariatrost am 25. Mai ertönten sowohl Rufe „Heil Pfrimer!“ als auch „Pfrimer verrecke!“<sup>43</sup>

Auch auf der anderen, der heimwehr-internen Front brachte das Jahr 1932 einen deutlichen Bruch: Nachdem sich seit Ende 1925 christlichsoziale, gemäßigt deutschnationale und radikal-völkische Kräfte im gemeinsamen „Heimatschutzverband Steiermark“ versammelt hatten, war diese fragile „bürgerliche Einheit“ im Krisenjahr 1932 an ihr Ende gelangt: Die Starhemberg-treuen Kreisverbände Feldbach, Murau und Graz-Umgebung unterstellten sich direkt dem Fürsten und machten damit einen ersten deutlichen Schritt hin zur Abspaltung, die im März 1933 mit der Gründung des regierungstreuen „Österreichischen Heimatschutzes“ ihren Abschluss fand. Treibende Kraft dabei waren Baron Reinhart Bachofen-Echt (Lebring) und Egon Berger von Waldenegg (Fernitz). In Graz konnte man – obwohl in der Nachbarschaft der Landeshauptstadt prominent vertreten – erst nach und nach einige unzufriedene Heimatschutz-Mitglieder gewinnen. Im Juli 1933, als Sicherheitsminister Emil Fey die Steiermark bereiste, wurden ihm in der Stadt noch keine Ortsgruppen gemeldet; Ende November konnte Bundesführer Starhemberg hingegen eine Grazer Formation inspizieren.<sup>44</sup> Insgesamt kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich nur knapp ein Fünftel der steirischen Heimatschutz-Mitglieder dieser regierungstreuen Richtung anschloss, zumal auch in den zuerst abgespaltenen Bezirken Feldbach, Murau und Graz-Umgebung weiterhin Ortsgruppen des Kammerhofer-Heimatschutzes existierten – in Graz und Umgebung alleine 35 Ortsgruppen mit über 1.300 Mitgliedern, während Berger von Waldenegg in der Landeshauptstadt und ihrem Umkreis nur etwa 500 Anhänger hatte.<sup>45</sup>

Ein interessanter Nebenaspekt ist die offenbar auch noch lange nach der Spaltung der Bewegung anhaltende persönliche Verbundenheit zwischen Protagonisten des Heimatschutzes: Als Max de Crinis 1934 aufgrund seiner NS-Betätigung verhaftet wurde, setzte sich sein früherer Heimatschutz-Kamerad Andreas von Morsey erfolgreich für seine Freilassung ein. De Crinis konnte ins Deutsche Reich emigrieren, wo er zum führenden Psychiater der NS-Zeit avancierte. Nach dem „Anschluss“ 1938 wurde dann Andreas Morsey als ehemaliger Abteilungsleiter der Bundesleitung der Vater-

ländischen Front ins KZ Dachau und später ins KZ Buchenwald verschleppt. Nun setzte sich de Crinis für die Freilassung Morseys ein und intervenierte diesbezüglich beim Chef des SS-Geheimdienstes, Walter Schellenberg. Morsey wurde schließlich im Jahr 1943 aus der KZ-Haft entlassen.<sup>46</sup>

Obwohl der Steirische Heimatschutz sich ideologisch immer mehr der NSDAP anglich – spätestens die „Zwölf Grundsätze“ aus dem April 1932 waren massiv von nationalsozialistischer Diktion und Agitation durchdrungen<sup>47</sup> –, geriet die Bewegung mehr und mehr unter Druck der Nationalsozialisten. Auf der anderen Seite war die Spaltung von der Bundesorganisation der Heimwehr unter Starhemberg nun endgültig geworden: Am 6. August forderte eine Heimatschutz-Kundgebung in Graz (nicht zum ersten Mal) Starhembergs Rücktritt, die Heimatblock-Fraktion im Nationalrat war in der Zwischenzeit an der Frage der Zustimmung zur Lausanner Anleihe endgültig zerbrochen. Diesen Kampf an zwei Fronten gleichzeitig konnte Kammerhofers Organisation langfristig nicht bestehen: Sowohl das studentische Milieu als auch die obersteirische Industrie schwenkten nach und nach zur nationalsozialistischen Partei um. So verfolgte auch Kammerhofer allmählich Möglichkeiten einer Verständigung: Ein letzter großer Aufmarsch am 13. November 1932 in Graz versammelte noch einmal über 13.000 Heimatschutz-Mitglieder, anwesend waren auch Kärntner Einheiten sowie als Gast der SA-Stabschef Ernst Röhm. Am 12. Februar 1933 erklärte Kammerhofer, er sei bereit, „mit allen zusammenzuarbeiten“, die gleiche Ziele hätten.<sup>48</sup> Bei einer Großkundgebung am 28. März in den Grazer Steinfeldsälen erneuerte der Landesleiter vor etwa 1.000 Zuhörern sein Ziel einer „Einigung aller Deutschen“. Der Stadtkommandant Hauptmann Koschatzky „versprach unter jubelndem Beifall der Versammlung, namens der Grazer militanten Formationen mit ihm [Kammerhofer, Anm. d. A.] durchzukämpfen bis ans Ende. Mit dem Deutschlandlied, das alle Besucher stehend sangen, schloss die von hoher Begeisterung getragene Versammlung“.<sup>49</sup> Von diesem Auftritt bis hin zur endgültigen „Kampfgemeinschaft“, die Rauter und Kammerhofer am 22. April mit dem NS-Landesleiter Theo Habicht in Liezen schlossen, war es nur noch ein kurzer Weg.

Im Frühjahr 1933 eskalierte die politische Situation in Graz endgültig: Nach der Machtübernahme der NSDAP im Deutschen Reich und der Erneuerung der „Kampfgemeinschaft“ fühlten sich auch die Nationalsozialisten der Steiermark deutlich gestärkt; ihre Propaganda wurde noch offensiver und aggressiver. Dabei erhielten sie massive Schützenhilfe aus dem „Reich“: Am 15. Mai sprach der bayerische Justizminister Hans Frank (auch persönlicher Rechtsberater Adolf Hitlers) auf dem Grazer Schlossberg, bereits drei Tage zuvor war der NS-Landesleiter für Österreich, Theo Habicht, im kleinen Festsaal der Universität Graz aufgetreten. Schon Anfang Mai hatte in der Innenstadt eine gemeinsame Kundgebung von Nazis und Heimatschützern zum Protest gegen das Verbot nationalsozialistischer Uniformen stattgefunden.<sup>50</sup> Für die verbliebenen regierungstreuen Heimatschutz-Aktivisten spitzte sich die Lage immer mehr zu: „In Graz mehren sich die Fälle, dass Kameraden durch Nationalsozialisten oft aus Hinterhalten überfallen, verprügelt und erheblich verletzt werden. Die Kameraden werden überall von Nazi auf das gemeinste beschimpft und angepöbelt. Ich selbst habe den Eindruck, dass die Nazi ihre staatszersetzende, verflachende und

verrohende Tätigkeit nahezu ungehindert betreiben können [...].<sup>51</sup> Ein Brennpunkt nationalsozialistischer Aktivitäten waren einmal mehr die Schulen und Hochschulen, an denen das Tragen des Starhemberg-Heimatschutz-Abzeichens fast überall verboten wurde. Darüber hinaus „ergehen sich etliche national eingestellte Professoren in Schikanen gegen Schüler, die dem österreichischen Heimatschutzverband angehören“.<sup>52</sup> Die Grazer Hochschulen wurden im Juni vorübergehend geschlossen, da die ständigen Ausschreitungen einen geordneten Lehrbetrieb praktisch unmöglich machten. Heimatschutz und NSDAP gingen bei ihrer Propaganda- und Terrorkampagne mit Vehemenz vor – von kleineren Provokationen bis hin zu Bombenanschlägen. Heimatschutz-Mitglieder, die sich strafbar machten, konnten sogar mit einer finanziellen Unterstützung des Verbandes rechnen: So waren etwa 14 Tage Haft wegen Beleidigung von Bundeskanzler Dollfuß dem Unterstützungsfonds des Heimatschutzes immerhin 10 Schilling „Prämie“ wert.<sup>53</sup> Die Staatsgewalt blieb freilich nicht untätig: Allein im Juni 1933 wurden österreichweit 1.124 Nationalsozialisten verhaftet, davon über 340 (also fast jeder Dritte) in der Steiermark. Unter ihnen waren auch der steirische NS-Gauleiter Oberhaidacher und der Heimatschutz-Stabsleiter Hanns Rauter.<sup>54</sup> Am 19. Juni verbot die Bundesregierung die nationalsozialistische Partei und den mit ihr verbündeten Steirischen Heimatschutz, der seine Tätigkeit allerdings illegal auf breiter Basis fortsetzte.

Etwa 1.000 Mann des regierungstreuen Starhemberg-Heimatschutzes waren in der Steiermark bei den Kämpfen des Februars 1934 im Rahmen des Schutzkorps eingesetzt, das Sicherheitsminister Fey unterstand. In Graz kam es vor allem in Eggenberg und Gösting zu bewaffneten Zusammenstößen, bei denen die Heimwehr als Hilfstruppe von Bundesheer und Gendarmerie eingesetzt wurde. Während das I. Bataillon (Graz) den Hauptbahnhof sicherte, waren weitere Heimwehrmänner aus Feldbach und Radkersburg in den Kämpfen um die Eggenberger Glasfabrik und in Straßgang und Puntigam eingesetzt. Der Aufstand in Graz war in den Abendstunden des 13. Februar beendet; die Heimwehren waren dabei neben allgemeinen Aufgaben beim „Sicherungs- und Säuberungsdienst“ durchaus auch an schweren Kampfhandlungen beteiligt und verzeichneten unter anderem zwei Schwerverletzte.<sup>55</sup>

Beim Juliputsch der österreichischen Nationalsozialisten war die Steiermark eines der Hauptkampfgebiete – was wesentlich durch die organisatorische und personelle Stärke des ehemaligen Steirischen Heimatschutzes zu erklären ist. In Graz selbst blieb es ruhig, da sich die Putschisten hier starken staatstreuen Kräften – vor allem der Bundesheergarnison, der Polizei, der (christlichsozialen) Organisationen „Sturmscharen“ und „Freiheitsbund“ sowie regierungstreuen „österreichischen“ Heimatschützern gegenüber sahen. Es kam lediglich zu einem gescheiterten Angriff auf das Anhaltelager Messendorf bei Graz.<sup>56</sup>

Nachdem sich der allergrößte Teil der Mitglieder des Steirischen Heimatschutzes mit Kammerhofer der NSDAP angeschlossen hatte, führte die nunmehr „offizielle“ Starhemberg-Richtung nur ein Schattendasein. In dieser Phase konnte man sich in der Steiermark offenbar nur noch auf eine zahlenmäßig wie gesellschaftlich sehr kleine Schicht aus Aristokraten, ehemaligen Offizieren und Grundbesitzern stützen, die im Gegensatz zu den unentwegt tätigen „Illegalen“ wenig Dynamik ausstrahlten. Landes-

fürher war Barthold Graf Stürgkh aus Halbenrain (Bezirk Radkersburg), Stabsleiter der Grazer Major a. D. Wilhelm von Lahousen<sup>57</sup>, weiters im Vorstand der Landesorganisation Andreas von Morsey. Für diese letzte Phase der Heimwehrebewegung scheint das Urteil von Hans Dichand zutreffend, der als Jugendlicher die Endphase der Ersten Republik in Graz erlebte und anlässlich einer Demonstration der Vaterländischen Front „Strammheit von gestern, ein Hauch von Monarchie, wenig Jugend, sterbendes Alt-Österreich“ erkannte.<sup>58</sup>

Ein Indiz für die sehr geringe Organisationsstärke des regierungstreuen „Österreichischen Heimatschutzes in der Steiermark“ ist eine von der Bundesführung 1935 zusammengestellte Liste von Rednern, die befugt waren, im Namen der Organisation öffentlich aufzutreten: Aus der Steiermark findet sich (neben Landesführer Egon Berger-Waldenegg) lediglich Morsey, während z. B. Oberösterreich gleich 24 geschulte „Hauptredner“ namhaft machen konnte.<sup>59</sup>

Eine organisatorisch dermaßen schwachbrüstige Bewegung konnte kaum noch inhaltliche Akzente setzen, sodass die Auflösung der Heimwehren am 10. Oktober 1936 und ihre Überführung in die „Frontmiliz“ der Vaterländischen Front wenig mehr als eine Randnotiz zumindest in der Geschichte der steirischen (und Grazer) Heimwehrebewegung war. Ein letztes Mal trat in den Märztagen 1938 noch der „Kameradschaftsbund ehemaliger Heimatschützer“ mit Sitz in der Hans-Sachs-Gasse per Flugblatt an die Öffentlichkeit. Die „Kameraden der ehemaligen Wehrverbände“ wurden aufgefordert, sich bei der geplanten Volksabstimmung für Bundeskanzler Schuschnigg und die Unabhängigkeit Österreichs einzusetzen. Es zeichnete der ehemalige Landesführer Stürgkh.<sup>60</sup>

Zusammengefasst zeigt die Geschichte der Heimwehren in der Stadt Graz die Dominanz einer – auch innerhalb dieser insgesamt radikalen Bewegung – noch einmal kompromissloseren deutschnational-völkischen Richtung. Die Stimmung und das Milieu, aus denen der Steirische Heimatschutz sich nährte, hatten wesentlichen Anteil an jener Entwicklung, die im Jahr 1938 im nationalsozialistischen Graz als „Stadt der Volkserhebung“ mündete. Anzumerken ist freilich, dass auch hier die Geschichte keine Einbahnstraße darstellt: So treten aus dem Milieu der Grazer Heimwehren neben späteren NS-Größen wie Rauter, Meyszner oder de Crinis auch Charaktere wie Alfred Mitkrois (1941 im KZ Dachau ermordet) oder die Widerstandskämpfer Erwin von Lahousen und Josef von Gadolla, die aus zumindest heimwehr-nahen Familien stammten.

- 1 Für einen Überblick über die Geschichte der Heimwehren in der Steiermark siehe Andreas FRAYDENEGG-MONZELLO: Volksstaat und Ständeordnung. Die Wirtschaftspolitik der steirischen Heimwehren 1927–1933, Wien/Köln/Weimar 2015, 15–52. Als Grundlagenwerk nach wie vor relevant ist Bruce F. PAULEY: Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Steirischer Heimatschutz und österreichischer Nationalsozialismus 1918–1934, Wien et al. 1972. Eine Gesamtdarstellung für Österreich mit stärkerem Fokus auf die Jahre nach 1932 liefert Lothar HÖBELT: Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927–1936. Vom „Kettenhund“ zum „Austro-Fascismus“, Graz 2016.
- 2 Zu Pfrimer liegt noch keine umfassende wissenschaftliche Arbeit vor. Ansätze enthält Christian ZECHNER: Walter Pfrimer. Ein deutschnationaler Heimwehrführer als Wegbereiter für den Nationalsozialismus in der Steiermark. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2004.
- 3 Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Slg. 20. Jahrhundert, Karton 208, Heft 5, An die Bevölkerung von Graz! Flugblatt, 5. November 1918.
- 4 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 208, Heft 5, Männer heraus! Flugblatt [1918].
- 5 Eine hervorragende Studie über die emotionale und ideologische Lage dieser Generation, dargestellt anhand eines ihrer prominenten Protagonisten, ist Gregor FRÖHLICH: Soldat ohne Befehl. Ernst von Salomon und der Soldatische Nationalismus, Paderborn 2017.
- 6 So verwendete schon die Studentenwehr 1918/19 das Hakenkreuz als Symbol, siehe FRAYDENEGG-MONZELLO: Heimatschutz, 17.
- 7 Die zur Sicherung eingesetzte Studentenwehr hatte das Feuer eröffnet, dabei waren fünf Todesopfer zu verzeichnen. Später prominente Angehörige des Studentenbataillons waren u. a. der spätere NS-Gauleiter und Landeshauptmann Sepp Helfrich (Verein Deutscher Studenten Graz), der NS-Arzt Max de Crinis (Corps Joannea), der SS-Obergruppenführer Hanns Rauter (Corps Joannea) und der führende Grazer Putschist des Juli 1934, Hans Tita Probst (Burschenschaft Frankonia).
- 8 Walter WILTSCHEGG: Die Heimwehr – eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien 1985, 172.
- 9 Zu Rauter vgl. Wolfgang GRAF: Österreichische SS-Generäle. Himmlers verlässliche Vasallen, Klagenfurt 2012, 78–86; sowie (mit apologetischer Tendenz) Nikolaus v. PRERADOVICH: Österreichs höhere SS-Führer, Berg am See 1987, 73–80.
- 10 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 208, Heft 1, Brief Hanns Rauter an Major Gierlinger, 21. Dezember 1922.
- 11 Lothar HÖBELT: Die Heimwehren 1927–1929. Die Steiermark und der Bund, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark, Nr. 104 (2013), 219–264, hier: 220 und 225; sowie C. Earl EDMONDSON: The Heimwehr and Austrian Politics, Athens/Georgia 1978, 32.
- 12 PAULEY: Hahnenschwanz, 41f.
- 13 Vgl. StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 208, Heft 1, Schreiben der akademischen Burschenschaft Frankonia an die Landesleitung des steirischen Selbstschutzes, 4. Mai 1923, Zl. 89/40. Die Burschenschaft „beehrt sich [...] mitzuteilen, dass [...] die Burschenschaft Frankonia unbedingt an dem S. S. [Selbstschutz Steiermark, Anm. d. A.] festhält, so lange er unter der derzeitigen oder einer im gleichen Sinne geführten Leitung steht“. Brief des Leobener Studentenbataillons an das Abschnittskommando Radkersburg, 14. April 1923, ebenda: „Mit dem Grazer Studentenbaon steht das Leobner Studentenbaon im allerengsten Einvernehmen. Das Leobner Studentenbaon lehnt jede Fühlungnahme zur christlich soz.-bündlerischen HW (Ahrer-Winkler) ab“.
- 14 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 208, Heft 1, Brief Hanns Rauter an Major Gierlinger, 21. Dezember 1922.
- 15 Nach eigener Aussage war der Führer des Studentenbataillons, Hanns Rauter, 1923 in München bei Lagebesprechungen im Vorfeld des Hitlerputsches anwesend. Ein weiteres Zusammentreffen von Rauter und Pfrimer mit Adolf Hitler ist im Mai 1927 dokumentiert. Vgl. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (ÖStA, AdR), Akten zur Geschichte des österreichischen Bundesheeres, Karton 65, Akt Rauter, Handschriftlicher Lebenslauf Hanns Rauter, 15.2.1935.
- 16 Zu Strafella vgl. Gertrude ENDERLE-BURCEL: Christlich – ständisch – autoritär. Mandatare im Ständestaat 1934–1938, Wien 1991, 233f.
- 17 HÖBELT: Heimwehr, 144.

- 18 FRAYDENEGG-MONZELLO: Heimwehr, 24f.; sowie PAULEY: Hahnenschwanz, 48–50.
- 19 Francis L. CARSTEN: Faschismus in Österreich: von Schönerer zu Hitler, München 1977, 123.
- 20 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 48, Heft 1, Brief Heimatschutzverband Steiermark, Kreisleitung Graz an Elvira Gotter, Frauenhilfsgruppe Graz, 18. September 1930.
- 21 Zu den Familien Pfrimer/Pfriemer und Wiespeiner vgl. Harald HEPPNER: Familiengeschichte zwischen Politik und Historiographie (am Beispiel des Alpen-Adria-Donauraumes), in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark, 95 (2004), 103–110, hier: 106f.
- 22 Zu de Crinis' späterer Karriere im NS-Staat vgl. Hinrich JASPER: Maximilian de Crinis (1889–1945). Eine Studie zur Psychiatrie im Nationalsozialismus (= Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, 63), Husum 1991.
- 23 Hans Ritter von Gadolla (1907–1991) war der jüngere Bruder des als „Retter von Gotha“ bekannten Offiziers und Widerstandskämpfers Josef Ritter von Gadolla.
- 24 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 48, Heft 4, Stadtleitung Graz des Heimatschutzverbandes Steiermark.
- 25 Der offizielle Bundesführer, Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg, hatte sich beurlauben lassen, um seine zerrütteten Finanzen in Ordnung zu bringen. Im Sommer des gleichen Jahres wurde der Zwangsausgleich über die Starhemberg'sche Gutsverwaltung angenommen. Vgl. Gudula WALTERSKIRCHEN: Starhemberg oder Die Spuren der Dreißigerjahre, Wien 2002, 73.
- 26 Marina BRANDNER: Diskursverweigerung und Gewalt. Dimensionen der Radikalisierung des politischen Klimas in der obersteirischen Industrieregion 1927–1934, Innsbruck et al. 2011, 135f.
- 27 Propaganda-Postkarte der Sturmkompanie 3 Geidorf. Kopie im Archiv des Verfassers. Gesungen nach der Melodie von Christian Jakob Zahn zum Soldatenlied „Wohlauf Kameraden aufs Pferd!“
- 28 So bezeichnete ein Wahlkampf-Flugblatt des Heimatblocks den Zweck der Teilnahme an der Wahl. Vgl. FRAYDENEGG-MONZELLO: Heimwehr, 168, Anm. 497.
- 29 Flugblatt des Heimatblocks, 1930. Kopie im Archiv des Verfassers. Zu Meyszner siehe GRAF: Generäle, 78–80.
- 30 BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES: Die Nationalratswahlen vom 9. November 1930, 4, Tabelle 31. Online unter [https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/files/NRW\\_1930.pdf](https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/files/NRW_1930.pdf) (abgerufen am 14.5.2018).
- 31 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 48, Heft 2, Brief Heimatschutzverband Graz-West an August Meisner [sic!]. 22. Oktober 1930.
- 32 Die umfassendste Darstellung ist nach wie vor Josef HOFMANN: Der Pfrimer-Putsch. Der steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931 (= Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte, 4), Graz/Wien 1965.
- 33 WILTSCHEGG: Heimwehr, 178
- 34 HÖBELT: Heimwehren, 210.
- 35 PAULEY: Hahnenschwanz, 117.
- 36 FRAYDENEGG-MONZELLO: Heimat-schutz, 41. Dabei bezog er sich auf den im Mai 1931 stattgefundenen Zusammenbruch der Creditanstalt und die anschließende Rettung der Bank mit öffentlichen Mitteln.
- 37 HÖBELT: Heimwehren, 214.
- 38 Hans SCHAFRANEK: Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006, 40ff. Bilgeri war Mitglied des Corps Rhaetia Innsbruck.
- 39 HÖBELT: Heimwehren, 219.
- 40 PAULEY: Hahnenschwanz, 134–136.
- 41 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 208, Heft 4, Nachrichtenblatt des Heimatschutzverbandes Steiermark, 27. Mai 1932.
- 42 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 208, Heft 4, Nachrichtenblatt des Heimatschutzverbandes Steiermark, 27. Mai 1932.
- 43 PAULEY: Hahnenschwanz, 146f.
- 44 Vgl. Heimatschutz in Österreich. Herausgegeben unter Aufsicht des österreichischen Heimatschutzes, Amt des Bundesführers – Propagandastelle, Wien 1934, 130f.
- 45 WILTSCHEGG: Heimwehr, 181; sowie SCHAFRANEK: Sommerfest, 27, Anm. 23. Präzise Zahlen für die Stärke beider Organisationen im Mai 1933 in allen steirischen Bezirken nennt HÖBELT: Heimwehr, 275.
- 46 Vgl. Reinhard DOERRIES: Hitler's Intelligence Chief, New York 2009, 25. Zu Morsey vgl. ENDERLE-BURCEL: Mandatare, 163f.
- 47 Zu den „Zwölf Grundsätzen“ vgl. FRAYDENEGG-MONZELLO: Heimwehr, 127f.
- 48 PAULEY: Hahnenschwanz, 156.
- 49 N.N.: Österreichs Zukunft: Deutschland oder Frankreich?, in: Der Panther, 1. April 1933, 5.

- 50 PAULEY: Hahnenschwanz, 167–169.
- 51 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 48, Heft 4, Brief Hptm. Alfred Mitkrois an die Landesleitung des Österreichischen Heimatschutzes in der Steiermark, 30. Mai 1933. Mitkrois war zu dieser Zeit Kommandant des Starhembergjä-ger-Bataillons Graz.
- 52 Ebenda.
- 53 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 48, Heft 4, Auszahlungsbestätigung aus dem Hilfsfonds für Inhaftierte, 21. Juni 1933.
- 54 PAULEY: Hahnenschwanz, 170.
- 55 Vgl. die offizielle Heimwehr-Perspektive, in: Heimatschutz in Österreich, 140–142.
- 56 Zum Ablauf des Juliputsches in der Steiermark siehe SCHAFRANEK: Sommerfest, 125–155.
- 57 Lahousens jüngerer Bruder Erwin gehörte dem militärischen Widerstand um Admiral Wilhelm Canaris an und war 1945 einer der Hauptzeugen der Anklage beim Nürnberger Prozess. Vgl. Harry Carl SCHAUB: Abwehr-General Erwin Lahousen, Wien et al. 2015, 30.
- 58 Hans DICHAND: Hakenkreuz-Schmied war nicht allein. Als es in der Grazer Oper Kornblumen regnete, in: Thomas CHORHERR (Hg.): 1938. Anatomie eines Jahres, Wien 1987, 83.
- 59 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 48, Heft 2, Rednerliste.
- 60 StLA, Slg. 20. Jahrhundert, Karton 48, Heft 4, Kameraden der ehemaligen Wehrverbände! Flugblatt, Graz 1938.

# **Volksbildung in Graz am Beginn der Ersten Republik**

**Der Beitrag der „volkstümlichen Vorträge“ der Universität Graz**

## **Einleitung**

Die sogenannten volkstümlichen Vorträge an der Universität Graz gehören zu den nahezu vergessenen Volksbildungseinrichtungen, die in Graz ihren Mittelpunkt hatten. In Walter Brunners „Geschichte der Stadt Graz“, die durchaus als kompaktes Gedächtnis der Stadt gelten kann, ist es Alois Kernbauers Verdienst, kurz auf diese Initiative und deren Ursprung in Großbritannien hingewiesen zu haben.<sup>1</sup> Im Gegensatz zum 1895 ins Leben gerufenen Wiener Pendant, dem bereits ein monografischer Überblick gewidmet ist,<sup>2</sup> finden sich für die 1898 geschaffene Grazer Bewegung nur vereinzelte Hinweise in Walter Höflechners einschlägigen Werken zur Universitätsgeschichte, die freilich wie Kernbauers Artikel ein anderes Erkenntnisinteresse aufweisen.<sup>3</sup> Zudem existiert eine Auswertung des außerordentlichen Engagements der Medizinischen Fakultät.<sup>4</sup>

Angesichts dieser Situation kann hier keine verdichtete Geschichte der Erwachsenenbildung vonseiten der Universität Graz zwischen den Gedenkjahren 1918 und 1938 geboten werden. Dieses wünschenswerte Desiderat als Teil einer noch wünschenswerteren Gesamtdarstellung der universitären Bemühungen bleibt der Zukunft vorbehalten. Es darf aber als Impuls für weitere Forschungen gefragt werden, welche Grundlagen zur Verfügung gestellt wurden, die in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg bis etwa in die Mitte der 1920er-Jahre den Aufbau neuer Volksbildungsinitiativen begleiteten. Um diese Zusammenhänge zu umreißen, sind zunächst einige problemorientierte einführende Bemerkungen über die Entwicklung der Grazer Spielart der international sogenannten Universitätsausdehnung (*university extension*)<sup>5</sup> notwendig. Zweitens wird ein konzentrierter Blick auf das Angebot in der Zeit des Umbruchs fallen. Drittens wird im Sinne eines innovativen integrativen Ansatzes<sup>6</sup> das

Verhältnis zu den Anfängen der Grazer Urania, der Bildungsbestrebungen der Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermarks und des Volksbildungsheims St. Martin beleuchtet werden.

### **Die volkstümlichen Vorträge in Umrissen**

Die Erforschung der volkstümlichen Vorträge an der Universität Graz kann grundsätzlich auf aussagekräftige gedruckte und ungedruckte Quellen am Universitätsarchiv zurückgreifen. Die Akten des eigens eingerichteten Senatsausschusses umfassen etwa einen Laufmeter.<sup>7</sup> Zusätzlich sind die Sitzungsprotokolle dieses zentralen Leitungsgremiums zur Gänze vorhanden.<sup>8</sup> Verzeichnisse der beteiligten Vortragenden und ihrer Themen bilden die Hauptquelle, um sich von Quantität und Qualität ein zumindest oberflächliches Bild zu machen.<sup>9</sup> Teilweise sind in diesen Aufzeichnungen auch rudimentäre Aufschlüsse über die Stärke des Auditoriums enthalten. Während genauere Auswertungen, die auf dieser Datenbasis beruhen, bereits vom Ausschuss selbst vor dem Ersten Weltkrieg in regelmäßigen Berichten veröffentlicht wurden, fehlt diese hilfreiche offizielle Information für die Zeit nach dem Kriegsausbruch.<sup>10</sup> Die eigentlichen Inhalte der Vorträge können größtenteils nur annähernd über vergleichbare Themen im Œuvre der Vortragenden erschlossen werden. Bekannte erhaltene Manuskripte sind bis dato hingegen dünn gesät. Genauere Sondierungen für die Mitglieder der Grazer Medizinischen Fakultät und zu den Vorträgen aus Physik, deren Grundzüge aus populärwissenschaftlichen Schriften der Professoren destilliert werden können, lassen aber weitere substanzielle Funde erhoffen.<sup>11</sup>

Laut Statut von 1897<sup>12</sup> galten die universitären Bildungsbestrebungen „allen Jenen, welchen der regelmäßige Besuch der Universität unmöglich ist“. Vor allem wurde dabei an die Arbeiterschaft und an Frauen<sup>13</sup> gedacht. Regional sollte die gesamte Steiermark einbezogen werden, und mit entsprechender ministerieller Unterstützung wurden auch Aktivitäten in Kärnten und Krain vorgesehen. Inhaltlich legten sich die Professoren keine Beschränkung auf, allerdings würden Sachverhalte, „die sich auf politische, religiöse und sociale Kämpfe der Jetztzeit“ bezogen, ausgespart. Neben ministeriellen Subventionen sollten private Spenden, Zuschüsse von Vereinen und der Kartenverkauf die Finanzierung sichern. Als Output stehen 943 Einträge in den entsprechenden Listen zu Buche.<sup>14</sup> Die Liste der bespielten Orte in der Zeit vor 1914 weist auch tatsächlich ein dichtes Netzwerk bis nach Triest aus und bestätigt die Ausführung der diesbezüglich ins Auge gefassten Ambitionen.<sup>15</sup> Aus diesem Verzeichnis geht allerdings auch hervor, dass die Vorträge lediglich in deutscher Sprache gehalten wurden. Ausschließlich Italienischsprachige und Slawischsprachige blieben also ausgeschlossen. Der deutschnational dominierte und antiklerikale Steiermärkische Volksbildungsverein, dessen Eigenaktivitäten sich vor allem auf die Verbreitung von Büchern konzentrierten,<sup>16</sup> spielte in der Vortragsanbahnung im unmittelbaren Heimatland der Universität eine wichtige Rolle und gab bei aller Beteuerung von Neutralität<sup>17</sup> doch auch eine gewisse ideologische Stoßrichtung vor.

Schumpeter, Josef	Die Volkswirtschaft im Kriege und nachher.	Graz	1915/16
Kaindl, Raimund Friedrich	Die Deutschen in Polen.	Graz	1915/16
Kaindl, Raimund Friedrich	Die Deutschen in Rußland.	Graz	1915/16
Kaindl, Raimund Friedrich	Die Deutschen auf der Balkanhalbinsel.	Graz	1915/16
Polheim, Karl	Der Krieg als Problem in der Dichtung.	Graz	1915/16
Eichler, Albert	Der englische Staat und Zukunftsstaat nach den Romanen von H. G. Wells.	Graz	1915/16
Eichler, Albert	Der Gentleman nach englischer Auffassung.	Leoben	1915/16
Kaindl, Raimund Friedrich	Die Deutschen in Russland.	Leoben	1915/16
Sieger, Robert	Die geographischen Voraussetzungen des Weltkrieges.	Leoben	1915/16
Sieger, Robert	Weltstellung und Weltmacht Englands.	Kapfenberg	1915/16
Sieger, Robert	Der Anfang des Weltkrieges.	Kapfenberg	1915/16
Sieger, Robert	Südosteuropa.	Kapfenberg	1915/16
Dungern, Otto	Land und Volk Rumäniens.	Graz	1916/17
Eichler, Albert	Der Gentleman in der englischen Literatur.	Graz	1916/17
Kaindl, Raimund Friedrich	Polen und Ruthenen, Geschichte ihrer Staatenbildung und ihres Verfalles.	Graz	1916/17
Meringer, Rudolf	Kulturgeschichtliches im deutschen Wortschatz.	Graz	1917/18
Heberdey, Rudolf	Ausgewählte Denkmäler altgriechischer Plastik.	Graz	1917/18
Hilber, Vinzenz	Urgeschichte des Menschen in Steiermark.	Graz	1917/18
Polheim, Karl	Helden und Bauern des Nordlands (Islands Geschlechter).	Graz	1917/18
Zoth, Oskar	Der Hunger.	Graz	1917/18
Scala, Rudolf	Über das alte und das neue Griechenland.	Graz	1917/18
Eichler, Albert	Die Shakespeare-Bacon-Hypothese.	Graz	1917/18
Burkhard, Otto	Steiermärkische Kriegsinvalidenfürsorge.	Deutschlandsberg	1917/18
Dungern, Otto	Der Welthandel und die Freiheit der Meere.	Mürzzuschlag	1917/18
Dungern, Otto	Die Donau als Verkehrsstraße.	Capriva del Friuli	1917/18
Klemensiewicz, Rudolf	Über das Blut und den Blutstrom.	Capriva del Friuli	1917/18
Klemensiewicz, Rudolf	Über Aufnahmen des Blutstromes.	Gorizia	1917/18
Kratter, Julius	Arbeit und Krankheit.	Mürzzuschlag	1917/18
Kaindl, Raimund Friedrich	Polens Zerfall.	Leoben	1917/18
Linsbauer, Karl	Vererbung und Bestimmung des Geschlechtes.	Kindberg	1917/18
Polheim, Karl	Der Kriegsroman.	Leoben	1917/18
Sieger, Robert	Die Vereinigten Staaten als Weltmacht.	Leoben	1917/18
Sieger, Robert	Finnland.	Knittelfeld	1917/18
Sölch, Johann	Ukraine und ihre Nachbarn.	Knittelfeld	1917/18
Polheim, Karl	Wilhelm Busch, der Poet und Philosoph.	Graz	1918/19
Zauner, Adolf	Aus der französischen Erzählliteratur des Mittelalters.	Graz	1918/19
Polland, Rudolf	Die Geschlechtskrankheiten.	Graz	1918/19
Sölch, Johann	Die Ukraine.	Graz	1918/19
Benussi, Viktor	Aus der forensischen Psychologie.	Graz	1918/19
Brell, Heinrich	Die Entwicklung der Luftschiffahrt.	Graz	1918/19
Heberdey, Rudolf	Die kretisch-mykenische Kultur.	Graz	1918/19
Eichler, Albert	Allgemeine Laut- und Aussprachlehre.	Graz	1918/19
Scala, Rudolf	Das alte und das neue Italien.	Graz	1918/19
Böhmig, Ludwig	Insekten als Erreger und Überträger von Krankheiten.	Capriva del Friuli	1918/19
Kratter, Julius	Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Feuerbestattung.	Capriva del Friuli	1918/19
Kaindl, Raimund Friedrich	Der Ukrainer und wir.	Capriva del Friuli	1918/19

Tabelle 1: Volkstümliche Vorträge vom Studienjahr 1915/16 bis zum Studienjahr 1918/19 (1. Semester) (Quelle: UAG, VV, Verzeichnis der volkstümlichen Vorträge in Graz, Verzeichnis der auswärtigen Orte)

Der Erste Weltkrieg bildete in zweifacher Hinsicht einen Einschnitt. Während zuletzt noch das frontnahe Capriva del Friuli als äußerster Außenposten hinzukam und die Grazer Universität im Gegensatz zur Wiener<sup>18</sup> somit erfolgreich das Hinterland der Front bespielte, bedeutete das Ende der Monarchie auch eine regionale Einschränkung auf die Steiermark. Die Jahre bis 1922 gingen mit einem Rückzug nach Graz einher, wo der Einbezug der Technischen Hochschule intensiviert wurde.<sup>19</sup> Inhaltlich brach-

te der Erste Weltkrieg zwei grundlegende Änderungen. Nachdem die Theologische Fakultät 1908 aus der Ausschusstätigkeit ausgeschlossen worden war,<sup>20</sup> wurden religiöse Themen 1914 wieder diskutiert,<sup>21</sup> und kurz nach dem Ersten Weltkrieg wurde ausdrücklich auch die Geistlichkeit als Publikum sowie als Multiplikationsfaktor einbezogen.<sup>22</sup> Die Kampfhandlungen gaben außerdem den Ausschlag zu einer Politisierung.<sup>23</sup> Ende 1915<sup>24</sup> wurden unter diesem Vorzeichen Vortragende gesucht, „die in der Lage wären, Vorträge zu halten, die mit Rücksicht auf die Kriegszeit besonders aktuell sind.“ Vor allem Vertreter von Geografie und Geschichtswissenschaft schienen dazu prädestiniert, aber auch Literaturwissenschaftler.

Für die Zwischenkriegszeit sind in den Verzeichnissen immerhin noch 643 Vortragstitel evident.<sup>25</sup> An der Spitze stand die Vielfalt geisteswissenschaftlicher Themen (214) vor medizinischen Materien (135), dicht gefolgt von den Naturwissenschaften<sup>26</sup> (133). Die Geografie, die sowohl die Natur als auch menschliche Manifestationen berücksichtigte, brachte es auf 35 Beiträge. Unter den geisteswissenschaftlichen Vortragsankündigungen stachen die historischen<sup>27</sup> (73) und kunsthistorischen<sup>28</sup> (64) hervor. Die Philologien<sup>29</sup> in ihrer Gesamtheit (64) hinterließen durchaus ebenfalls Eindruck. Die Philosophie zeichnete für zwanzig Vorträge verantwortlich und entsprach damit der Anzahl der theologischen Darbietungen. Die junge Disziplin Volkskunde brachte es immerhin auf zwölf Beiträge. Die Rechtswissenschaft<sup>30</sup> schlug mit 51 Einträgen zu Buche und wirtschaftliche Inhalte<sup>31</sup> mit dreizehn.<sup>32</sup> Schließlich setzte die nationalsozialistische Machtübernahme der Grazer Universitätsausdehnung ein Ende, nachdem sich der Ausschuss mit dem autoritären Ständestaat noch zu arrangieren gewusst hatte. Sogenannte „Jedermann-Vorlesungen“<sup>33</sup> sollten an die Stelle der volkstümlichen Vorträge treten.

### **Die volkstümlichen Vorträge am Beginn der Ersten Republik**

Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie ging nicht nur in Graz mit einem Aufbruch im Volksbildungswesen einher. Das „Regulativ für die Organisation des Volksbildungswesens in Deutschösterreich“<sup>34</sup> bedeutete ein eindeutiges Bekenntnis des staatlichen Gestaltungswillens. Unter dem sozialdemokratischen Unterstaatssekretär Otto Glöckel<sup>35</sup> erlassen, sah es eine zentralisierende Organisation vor, die den bereits bestehenden Initiativen beratend zur Seite stehen sollte. An der Spitze rangierte das dem Unterrichtsministerium unterstehende Volksbildungsamt, das über die finanziellen Zuwendungen wachen und die privaten sowie öffentlichen Einrichtungen und Ressourcen bündeln sollte. Die untergeordneten Ebenen sollten mit sogenannten Landesreferenten und Ortsbildungsräten durchorganisiert werden. Die drei im Staatsverband verbliebenen Universitäten Wien, Graz und Innsbruck würden Sitz und Schaltstellen sogenannter Volksbildungs-Arbeitsgemeinschaften werden. Die Leitung stünde dem an der jeweiligen Universität für die volkstümlichen Hochschulkurse Verantwortlichen zu. Die Grazer Universität hatte demnach die Steiermark und Kärnten zu betreuen. Im Mittelpunkt der Koordinationsarbeit würden die Erfassung und der Aufbau von Ressourcen stehen. Lehrpersonen und Lehrmittel verschiedenster Art

sollten so aktiviert werden. Die hervorragende Rolle, die sich die Universitäten in der Monarchie erarbeitet hatten, wurde damit auch durch die Republik anerkannt. In einem Schreiben an den Grazer Ausschuss wies Glöckel selbst auf die „bedeutsame Aufgabe“ der Universität hin, die sie im „kulturellen Aufschwung“ sowie in der „geistigen und wirtschaftlichen Erzüchtigung [sic!] der Bevölkerung Deutschösterreichs“ erfüllen müsse.<sup>36</sup> Das Regulativ blieb allerdings größtenteils graue Theorie.<sup>37</sup> Nur die Institution des Landesreferenten für das Volksbildungswesen, die sich auch in den Ausschussprotokollen zeitnah niederschlug,<sup>38</sup> erlangte eine gewisse Relevanz, allerdings nicht unter sozialdemokratischer, sondern unter christlich-sozialer Ägide. Eine Volksbildungs-Arbeitsgemeinschaft ist in den Quellen des Universitätsarchivs nicht nachweisbar. Der Kontakt mit dem Ministerium erschöpfte sich in der Übersendung von jährlichen Tätigkeitsberichten und in Ansuchen um Subventionen.

Unmittelbare inhaltliche Auswirkungen auf die Grazer Universitätsausdehnungsbewegung im engsten Sinn bildeten an der Wende zur Republik die Ausnahme. Vielmehr wurde unterschwellig offensichtlich noch die im Ersten Weltkrieg beschrittene Bahn verfolgt, die einmal geöffnete Büchse der Pandora ließ sich trotz weiterer Neutralitätsbeteuerungen<sup>39</sup> anscheinend nicht mehr schließen. Einschlägig Engagierte und für ihr Engagement in der Forschung bereits Bekannte, wie der Geograf Robert Sieger oder der Historiker Raimund Friedrich Kaindl,<sup>40</sup> fuhren mit der Verknüpfung von Information und deutschnationaler Polemik fort. Wie in der Kriegszeit scheint sich die Kritik unmittelbar nach dem Krieg besonders auf Großbritannien eingeschossen zu haben. Den praktischen Problemen am Kriegsende wurde außerdem mit Informationen über Geschlechtskrankheiten, die dem Vortragenden zufolge vor allem auch Kriegsheimkehrern anhafteten, begegnet.<sup>41</sup> Der Krieg stand außerdem in Friedrich Byloffs Ausführungen zur Kriegsjustiz Pate, und auch der Historiker Wilhelm Erben trug zum Themenkomplex Militär, aus seinem Spezialgebiet, vor. Nur in Rudolf Bischoffs Auseinandersetzung mit der Sozialversicherung, die allerdings schon vor dem Ersten Weltkrieg informierend die Innovationen auf diesem Gebiet begleitet hatte, lässt sich eine direkte Verbindung zu den Errungenschaften der frühen Republik<sup>42</sup> denken. Die weitaus größte Gruppe von Vorträgen dürfte aber wohl als Vermittlung von neuen Erkenntnissen aus den Fachgebieten der Vortragenden zu verstehen sein. Ob es sich dabei zumindest teilweise um eine erbauliche Ablenkung von der Gegenwart handelte, wie sie Werner Auer für die Innsbrucker Vorträge gegen Kriegsende vermutete, sei dahingestellt.<sup>43</sup> Diese Ausrichtung und Zusammensetzung des Programms in der unmittelbaren Nachkriegszeit setzte sich auch im weiteren Verlauf der Ersten Republik *grosso modo* fort. Eine dezidiert demokratische und republikanische Stoßrichtung, wie sie etwa in Wien zumindest ansatzweise erkennbar ist,<sup>44</sup> fehlte im Programm der Grazer Spielart der Universitätsausdehnung.

Allerdings kann in diesem Zusammenhang die mehrschichtige Rolle des Rechtshistorikers Otto von Dungern als interessantes Fallbeispiel noch näher beleuchtet werden.<sup>45</sup> In seinem Wirken als Vortragender und populärer bis populistischer Publizist kommt das Nebeneinander von Nachkriegspolemik gegen eine der Siegermächte einerseits und der Auseinandersetzung mit den neuen staatlichen Fakten andererseits wohl am deutlichsten zum Ausdruck. Zwar sind bis dato keine Vortragstexte aus Dun-

Hamburger, Franz	Kinderaufzucht.	1918/19
Byloff, Friedrich	Kriminalpsychologische Erfahrungen der Kriegsjustiz.	1918/19
Sieger, Robert	Die Vereinigten Staaten als Weltmacht.	1918/19
Bischoff, Rudolf	Die österreichische Sozialversicherung a.) Arbeiterunfallversicherung.	1918/19
Bischoff, Rudolf	Die österreichische Sozialversicherung b.) Arbeiterkrankenversicherung.	1918/19
Bischoff, Rudolf	Die österreichische Sozialversicherung c.) Pensionsversicherung.	1918/19
Dungern, Otto	Die englische Weltherrschaft I. Die Grundlagen des englischen Welthandels.	1918/19
Dungern, Otto	Die englische Weltherrschaft II. Englands Herrschaft über den Weltverkehr.	1918/19
Dungern, Otto	Die englischer Weltherrschaft III. Die Methoden der englischen Weltpolitik.	1918/19
Kubart, Bruno	Die Kohle, ihr Werden und ihr Wert.	1918/19
Fritsch, Karl	Unsere Waldbäume.	1918/19
Lenz, Adolf	Kriminologie (Die Tatsachen des Verbrechenstums).	1918/19
Streicher, Hubert	Kriminologie (Die Tatsachen des Verbrechenstums).	1918/19
Kalman, Heinrich	Kriminologie (Die Tatsachen des Verbrechenstums).	1918/19
Klemensiewicz, Rudolf	Über das Blut und den Blutstrom.	1918/19
Linsbauer, Karl	Befruchtung und Vererbung.	1919/20
Heberdey, Rudolf	Die Akropolis von Athen.	1919/20
Böhmgig, Ludwig	Die Bedeutung der einzelligen Lebewesen für einige allgemeine Probleme des Lebens.	1919/20
Meister, Richard	Bildungsideal und Einheitsschulgedanke.	1919/20
Erben, Wilhelm	Vom Söldnerheer zur allgemeinen Wehrpflicht.	1919/20
Zauner, Adolf	Emile Zola.	1919/20
Polheim, Karl	"Deutsche" oder "Lateinschrift".	1919/20
Posch, Andreas	Die Christianisierung der Steiermark.	1919/20
Sieger, Robert	Die nordischen Länder.	1919/20
Srbik, Heinrich	Ignatius von Loyola.	1919/20
Byloff, Friedrich	Goethes Faust und die Rechtswissenschaft. I. Die Einwirkung des Hexenglaubens und der Hexenverfolgungen auf die Dichtung.	1919/20
Byloff, Friedrich	Goethes Faust und die Rechtswissenschaft. II. Das Motiv der Teufelswette.	1919/20
Byloff, Friedrich	Goethes Faust und die Rechtswissenschaft. III. Das Staatsbild in der Dichtung zweiter Teil.	1919/20
Wittek, Arnold	Unterernährung und Knochenerkrankung.	1919/20
Ranftl, Johann	Moriz von Schwind, ein österreichischer Malerromantiker.	1919/20
Rabl, Hans	Bau und Entwicklung des Auges.	1919/20
Pichler, Hans	Über das Wesen der Wissenschaft.	1919/20

Tabelle 2: Volkstümliche Vorträge vom Ende des Ersten Weltkriegs bis 1919/20 (sämtliche in Graz gehalten) (Quelle: UAG, VV, Verzeichnis der volkstümlichen Vorträge in Graz)

gerns Feder bekannt, sein materialreicher Nachlass am Steiermärkischen Landesarchiv mit zahlreichen relevanten Artikeln aus Zeitungen und Zeitschriften lässt jedoch Rückschlüsse zu. Die Blicke des Wissenschafters auf die britische Weltmachtspolitik, die eine adäquate Annäherung an die Tendenz seiner Nachkriegsvorträge erlauben, schwankten zwischen Bewunderung und Abscheu. In einem wissenschaftlichen Artikel<sup>46</sup> warf er in seinen allgemeinen einleitenden Gedanken den „Engländern“ vor, dass es ihnen „selbstverständlich“ sei, „dass Völkerverträge aller Art, auch die durch den Krieg nicht aufgehobenen, ja auch die gerade für einen Kriegsfall geschaffenen, nur soweit den britischen Staatsbürger binden, als sie nach Ansicht der gegenwärtigen englischen Regierung für das eigene Land von Nutzen sind.“ Lediglich die Deutschen seien hingegen „objektiven“ Maßstäben verpflichtet, was einer noblen „Selbstverleugnung“ gleichkam. Über den Charakter des „Engländer[s]“ machte sich Dungern in einem populäreren Beitrag über „Das englische Balkankomitee“<sup>47</sup> Gedanken: „Der

Engländer ist so verwachsen mit Interessen in allen Gegenden der Welt, er wird, selbst wenn er nur seine illustrierten Zeitungen liest, von Kind auf so sehr dafür erzogen, sich mit allen möglichen fremden Ländern und Völkern zu beschäftigen, daß bei ihm leicht auch ohne wissenschaftliches Forschungsbedürfnis oder kaufmännischen Unternehmungsgeist die Neugier nach ungewöhnlichen Reiseerlebnissen sich entwickelt.“<sup>48</sup> Die Regierung würde nicht nur aus kommerziellen oder militärischen Motiven, sondern selbst zum Schutz dieser „Abenteurer“ zu den Waffen greifen und so ihre Einfluss-sphäre vergrößern, wie Dungern mutmaßte.<sup>49</sup> Für den Gegenstand seines Aufsatzes und die Protagonisten dieses britische Interessen vertretenden Balkankomitees hegte Dungern allerdings durchaus Wertschätzung. Ähnlich achtungsvoll äußerte er sich noch am Ende des Ersten Weltkriegs in einem Zeitungsartikel über die englischen Ingenieursleistungen im Hinblick auf die Schiffbarmachung der Donau im 19. Jahrhundert.<sup>50</sup> Für das Agieren der Kolonialmacht in Ägypten konstruierte der Rechtswissenschaftler in einem tatsächlich zur Volksbildung bestimmten Vortrag schließlich einen Niedergang, weil die jüngste Beamtengeneration im Gegensatz zu ihren geschickten Vorgängern wenig qualifiziert und dekadent wirke.<sup>51</sup> In ähnlicher Weise knirsche die englische Kriegsmaschinerie hinter den Kulissen. Großbritannien sei demnach säumig in der Adjustierung seiner Sozialpolitik hin zu einer Dimension, die „das erwachte Menschentum unserer Tage verlang[e].“<sup>52</sup>

Eine weitere Facette in Dungereis Vortragstätigkeit ist signifikant, weil er offensichtlich als einziger Vertreter der Universität berufen und willens war, eine Stellungnahme zum Wechsel des Regierungsmodus abzugeben. Empfohlen hatte sich der Vortragende vielleicht vor allem durch eine dreiteilige Vortragsreihe in seiner Zeit in Tschernowitz,<sup>53</sup> in der er nach Begriffsbestimmungen und einem geografisch weiten und historisch tiefen Abriss speziell auf die Habsburgermonarchie und ihre Probleme einging, bevor die Ausführungen in Anmerkungen zum Funktionieren von Parlamenten in Dungereis damaliger Vorkriegsgegenwart (1911/12) sowie zum Beitrag der Sozialdemokratie mündeten und abschließend sogar „[d]as Ideal eines Völkerparlamentes“ entwarfen. Der Grazer Vortrag über „Volk und Volksregierung“ fand bezeichnenderweise außerhalb der volkstümlichen Vorträge statt und kam auf Anfrage der Regierung an die Universität zustande.<sup>54</sup> Der kurzen Inhaltsangabe zufolge ereiferte sich Dungern gegen die Ausgrenzung „sozialistisch[er]“ Bestrebungen in der Monarchie. Dieses „Unding“ des untergegangenen Reiches wäre ihm zufolge in gelehrten Kreisen bereits vor 1918 kritisiert worden. Harsche Kritik bekam auch die „Beamtenkaste“ ab. Bildung müsse schließlich den Übergang zu einer neuen Regierungsform begleiten. Der Widerhall im Publikum ließ laut journalistischem Kommentar auf Hoffnung schließen. Dass dieser Aufbruch nicht unbedingt auf ein eigenständiges Österreich gemünzt sein musste, geht aus Äußerungen hervor, die Dungern in seiner Funktion als Landtagspolitiker der Großdeutschen Partei als Verfechter des Anschlussgedankens ausweisen, der seiner Meinung nach klar demokratisch legitimiert sei.<sup>55</sup> Konsequenterweise konnte sich der Rechtsgelehrte später auch für die Machtübernahme Hitlers, „[e]ine[s] seltsam bescheidene[n] anspruchslose[n] Mann[es]“ abseits alter Eliten, begeistern.<sup>56</sup>

Es gilt hier noch, einen gewissen Höhepunkt des bescheidenen Strebens nach politischer Aktualität in der Ersten Republik anzusprechen, nämlich die umfassende

Auseinandersetzung mit dem Burgenland, nachdem dieses in den Staatsverband eingegliedert worden war.<sup>57</sup> Hier äußerte sich der Ausschuss auch das einzige Mal ausdrücklich zu Zugeständnissen an die Zeitumstände, die eine *Win-win*-Situation böten. Bei der Diabestellung für die Vortragsreihe merkte der Ausschuss nämlich an, dass dieses Unterfangen „nicht nur Wünschen aus dem Publikum, die den akadem. Senaten beider Hochschulen auch als Eingaben vorgebracht wurden, und patriotischen wie völkischen Gesichtspunkten“ Genüge täte, „sondern auch der pädagogischen Erwägung, dass [...] Gegenstände des augenblicklichen allgemeinen Interesses besonders vorteilhaft“ seien, „um weitere Kreise mit wissenschaftlicher Auffassung vertraut zu machen.“<sup>58</sup> Eine der nur äußerst selten erhaltenen Zuschriften aus dem Publikum just im entsprechenden Vortragsjahr zeigt allerdings, dass sich das Auditorium mit der Frequenz derartiger Aktualitätsbezüge nicht zufrieden gab:

„Euer Hochwohlgeboren! Als Besucher der volkstümlichen Universitätsvorträge möchte ich mir die Anregung erlauben, dass bei den nächsten Kursen auch die gegenwärtige Zeit berücksichtigende Vorlesungen stattfinden möchten. So wäre wohl ser [sic!] vielen statt einer Vorlesung zB. über das Zeitalter Metternichs eine kurze Darstellung des Weltkrieges und seiner Folgen erwünscht. Auch eine Vorlesung über die Verfassung unseres jetzigen Staates würde ser [sic!] viele Zuhörer anlocken. Oder eine Besprechung des gesamten deutschen Sprachgebietes und ähnliche mehr die Gegenwart berührende Themen.“<sup>59</sup>

Die bescheiden vorgetragene Kritik wurde äußerst wenig beherzigt, soweit dies aus den Titeln geschlossen werden kann.<sup>60</sup>

### **Die volkstümlichen Vorträge im Konzert ausgewählter Volksbildungseinrichtungen der Ersten Republik**

Der Beginn der Ersten Republik markierte auch in Graz die Schaffung neuer Plattformen für die Volksbildung. Zunächst sah sich der Ausschuss mit der Konkurrenz der neu begründeten Urania<sup>61</sup> konfrontiert, die in ähnlicher Weise primär bürgerliche Schichten ansprach.<sup>62</sup> In der Tat merkte der Ausschuss alarmiert an, dass diese neue Initiative ihre Vortragenden etwas besser bezahlte.<sup>63</sup> Die Vortragstätigkeit der Institution gestaltete sich in der Zwischenkriegszeit denn auch beeindruckend. Insgesamt entfielen von den 1.616 Vorträgen von 1919 bis 1938 293 auf die Geografie, auf den Plätzen folgten mit jeweils 152 das Gebiet „Medizin, Gesundheit, Ernährung“ und die Sparte „Kulturgeschichte, Völkerkunde“.<sup>64</sup> Naturwissenschaften waren mit 124 Darbietungen ebenfalls stark vertreten, genauso die Geschichte mit 115. Philosophie und Psychologie sowie die Auseinandersetzung mit Parapsychologie wurden in 108 Beiträgen gepflegt, während technische Inhalte in 93 Vorträgen vorkamen. Musisches war mit 75 Veranstaltungen aus „Literatur und Dichtung“, mit 68 aus „Musik, Theater“ sowie mit 39 aus „Malerei, Graphik, Plastik“ vertreten.

Die neue Organisation vermittelte anfangs außerdem den Eindruck, ganz ein Kind ihrer Zeit zu sein. Im *mission statement*, das die „Mitteilungen“ der Urania einleitete,<sup>65</sup> wurde klar der Konnex zum Zeitgeschehen hergestellt. Die Bildungsbestrebungen erwachsen demnach aus der „Notwendigkeit des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens“. Die „Steigerung des Bildungsbedürfnisses über den Rahmen der Schule hinaus“ und ein „Verständnis für die Arbeit der Wissenschaft“ seien Bausteine für dieses Aufbauwerk. Zudem wurde stark und optimistisch auf die individuelle Befriedigung kultureller Bedürfnisse Wert gelegt, denn Österreich bedürfe trotz der tristen Situation „froher Menschen“; „freie Menschen“ würden die Basis für ein Gemeinschaftsgefühl über den Verein hinaus bilden. Die einzelne Persönlichkeit könne im Bildungsangebot einen Ausgleich zum „harten Kampf mit dem Leben“ finden. Der Erlebnischarakter wurde betont, denn nicht nur der Geist, sondern auch die Gefühle müssten angesprochen werden. In dieser Erklärung zeigt sich schon ein wesentlicher Unterschied zu den volkstümlichen Vorträgen, die ursprünglich hauptsächlich intellektuelle Bildung und praktische Aufklärung zum Ziel hatten. Die Innovation der Urania fand ihren Ausdruck in der Veranstaltung von musischen Abenden, in denen Musik und Literatur zur Geltung kamen. Die im universitären Rahmen vernachlässigte körperliche Praxis wurde auf Wanderungen und an „[m]usisch-gymnastische[n] Abende[n]“ gepflegt.<sup>66</sup> Eine weitere Neuerung stellte die Einführung von – sicherlich auch beruflich verwertbaren – Sprachkursen und Kursen für Stenografie<sup>67</sup> dar. Mit Veranstaltungen für Kinder<sup>68</sup> beschrieben die Bildungsbestrebungen zudem einen weiteren Bogen. Letzte Stärken bildeten sich mit Filmvorführungen und Exkursionen heraus.<sup>69</sup> Die Institution bespielte mit ihren Veranstaltungen in der Zwischenkriegszeit schließlich nicht weniger als 67 steiermärkische Orte.<sup>70</sup> In diesem Zusammenhang kann die Urania als legitime Nachfolgerin der regional breit angelegten universitären Volksbildung vor dem Ersten Weltkrieg angesehen werden. Diese „Vorträge in der Provinz“ standen anfangs ebenfalls in engem Zusammenhang mit der „Festigung unserer jungen deutschösterreichischen Republik, ihr[em] innere[n] Aufbau in staatlicher, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung“, die einer „rege[n] Mitarbeit jedes einzelnen“ bedürfe.<sup>71</sup> Wenig bekannte Ambitionen, nicht nur regional breit zu wirken, sondern auch Bevölkerungsschichten außerhalb der Kernklientel anzusprechen, äußerten sich punktuell in der Vortragstätigkeit des Geschäftsführers des Steirischen Arbeitsnachweises, Egon Uranitsch,<sup>72</sup> oder in der Planung von „landwirtschaftlichen Vorträgen“ speziell für Bauern.<sup>73</sup> Ehrgeizig sollte in diesem letztgenannten Gebiet in Kooperation mit landwirtschaftlichen Fachschulen auch die Praxis mittels Veranstaltungen über „Hausschlachtungen, zweckmäßige Verwertung der Häute und Knochen, Herstellung von Würsten, Dauerware, Anlegung von Hausteichen, Hausgärten, sowie über zeitgemäße Kleintierzucht“ einbezogen werden. In der unterschwellig, inoffiziellen politischen Ausrichtung positionierte sich die Urania – wie der Volksbildungsverein und die volkstümlichen Vorträge vor ihr – im dritten Lager, in weiterer Folge wurde auch klar die Nähe zum Nationalsozialismus<sup>74</sup> evident.

Die Universität brachte sich in diese neue Bewegung von Anfang an ein und leistete in der Wissenschaftspopularisierung wohl eine wesentliche Starthilfe, bevor die Urania in größerem Maße auswärtige Vortragende verpflichten konnte. Personelle Überschnei-

dungen sind offensichtlich, vom Ausschussobmann Rudolf Klemensiewicz, der auch zum ersten Vorstand der Urania gehörte, abwärts.<sup>75</sup> Im Vorstand und im Beirat fanden sich die bereits bekannten Professoren Dungern und Sieger, der Anglist Albert Eichler, die Mediziner Franz Hamburger und Moritz Holl, der Botaniker Karl Linsbauer, der Philosoph Hans Pichler, der Kunsthistoriker Johann Ranftl (ein Priester) und der Historiker Heinrich Srbik.<sup>76</sup> Im Vollzugsausschuss der Grazer Urania,<sup>77</sup> dem die Planung des Programms oblag, zeichnete Dungern für die Rechts- und Staatswissenschaften verantwortlich. Eichler betreute die Sprachwissenschaften und Hamburger die Medizin. Die Philosophie war Pichler anvertraut, während Sieger die Geografievorträge und Srbik die Veranstaltungen aus Geschichte koordinierten. Insgesamt lehnte die neue Organisation ihre Tätigkeit an wissenschaftliche Standards an,<sup>78</sup> die Nachfrage wurde jedoch klarer von außen an die Wissenschaft herangetragen. Es gab sogar schon früh ein sogenanntes „Wunschkuch“.<sup>79</sup> Die Vorträge von Universitätsangehörigen im ersten Geschäftsjahr stellten teils *expressis verbis* Neuauflagen<sup>80</sup> von volkstümlichen Vorträgen dar. Die oben aufgezeigten Tendenzen zwischen politischer Polemik,<sup>81</sup> praktischen Problemen und allgemeinerer Wissensvermittlung, die sich schon auf universitärem Boden gezeigt hatten, spiegelten sich auch in den Vorträgen für die Urania wider. Auffallend ist auch, dass sich der Physiker Heinrich Ficker sowie der Zoologe Ludwig Böhmig ansatzweise und der Historiker Wilhelm Erben recht deutlich über ihre eigentlichen Spezialgebiete hinauswagten. Der Sprachwissenschaftler Meringer trug an der Universität nur aus der Volkskunde vor, im Rahmen des ersten Geschäftsjahrs der Urania hingegen über seine experimentalpsychologischen Versuche.

Für die Arbeiterschaft institutionalisierte in der Ersten Republik insbesondere die Kammer für Arbeiter und Angestellte<sup>82</sup> das systematische Vortrags- und Kurswesen, konnte dabei aber schon auf wesentliche Vorarbeiten in der Arbeiterbewegung und auch im Rahmen der volkstümlichen Vorträge zurückgreifen, die hier kurz angedeutet werden sollen. Entsprechend den verschiedenen Perspektiven auf das Problem Arbeiterschaftsbildung, die der Ausschuss berücksichtigte, oszillierten die vorgesehenen Vorträge zwischen Allgemeinbildung sowie Aufklärung einerseits und Aktivierung der menschlichen Arbeitskraft andererseits. In den Vorstellungen eines „Memorandums“ vom Juni 1905<sup>83</sup> treten die Anliegen der Arbeiterschaft hervor. Die Unterzeichner, Vinzenz Muchitsch, in seiner Funktion als Obmann des Landesverbandes der Arbeitervereine Steiermarks, und Anton Afritsch, als Obmann des Grazer Unterrichts-Comites innerhalb dieser Organisation, stützten sich dabei auf die von ihnen zwischen 1903 und 1905 gemachten Beobachtungen. Inhaltlich interessierten vor allem „die Naturwissenschaften, Geschichte und die Rechtswissenschaft“, die der unkundigen Hörschaft im Rahmen einer Schritt für Schritt aufbauenden Wissensvermittlung mit Diskussionsmöglichkeit erschlossen werden sollten. Ergänzend könne, „wenn die Zeit vorhanden [wäre], die der Arbeiterschaft so nahe liegende und vielfach ihr schon nahe gebrachte Hygiene“ Berücksichtigung finden. Die naturwissenschaftliche Bildung sollte auf das „Hauptthema ‚Darwinismus‘“ hinführen, das „für den proletarischen Hörer geradezu das Bild einer neuen, ihm innerlich verwandten Weltanschauung ergibt.“ Die Geschichtswissenschaft müsse ein „Bild der culturellen Entwicklung“ von den frühen Hochkulturen bis zum nationalen Erwachen

Vortragender	Vortragstitel	Ank./Inh.
Hamburger, Franz	Über die Tuberkuloseansteckung.	3/-
Eichler, Albert	Shakespeares Regiekunst.	3/-
Meringer, Rudolf	Die innere Stimme des Menschen. Was ist das?	3/-
Klemensiewicz, Rudolf	Die Infektionskrankheiten.	7/-
Kaindl, Raimund Friedrich	Wir und der Osten.	7/-
Dungern, Otto	England als Erzieher.	12/-
Scala, Rudolf	Steiermark im Altertum.	12/-
Sieger, Robert	Verkehrsgeographische Zukunftsfragen.	12/20
Witek, Arnold	Klimatische Heilwerke unserer Heimat.	22/31
Hilber, Vinzenz	Entstehung des Menschengeschlechtes.	29/31
Polland, Rudolf	Die Geschlechtskrankheiten [...] für Männer.	37/38f.
Erben, Wilhelm	Fichte.	37/39
Linsbauer, Karl	Das Werden der Lebewesen.	37/39
Egger, Hermann	Raffaelitische Madonnen.	45/47f.
Bohmig, Ludwig	Tod und Fortpflanzung.	45/48f.
Heberdey, Rudolf	Porträts berühmter Griechen.	45/49
Polland, Rudolf	Die Geschlechtskrankheiten (Nur Frauen und Mädchen zugänglich).	46/49
Sölch, Johann	Suez- und Panamakanal (Mittelschülervortrag).	46/-
Srbik, Heinrich	Benedek und Königgrätz.	46/49f.
Polheim, Karl	Fahrende Schüler und ihre Lieder (Mittelschülervortrag).	46/50
Meringer, Rudolf	Die Sprache der Kinder.	46/50
Sölch, Johann	Die Riesenstädte der Erde.	55/60
Sölch, Johann	Steppen und Wüsten der Erde.	56/-
Luschin-Ebengreuth, Arnold	Geld, Münze, Geldzeichen.	56/61
Kratter, Julius	Mord und Selbstmord.	56/61
Fritsch, Karl	Unsere Waldbäume.	69/72
Ficker-Feldhaus, Heinrich	Sinflythypothesen.	70/72
Losserth, Johann	Die Reformation und Gegenreformation in Österreich.	70/73
Sieger, Robert	Die neuen Alpengrenzen Deutschösterreichs.	71/73f.
Suida, Wilhelm	Klassische Kunst.	71/74
Eichler, Albert	Der englische Gentleman.	78/80
Mally, Ernst	Das Farbensehen.	78/81
Ranftl, Johann	Die Elfenbeinschreine in der Grazer Domkirche.	78/82
Suida, Wilhelm	Der Naturalismus.	78/74
Suida, Wilhelm	Moderne.	85/74

Tabelle 3: Universitäre Beiträge zum Vortragsprogramm der Urania im ersten Geschäftsjahr (mit Verweisen zu Ankündigungen und Inhaltsangaben in den „Mitteilungen“)

um 1800 entwerfen. „[Z]um Schlusse sollte, als Paradigma des modernen Staates die englische Verfassung besprochen sein.“ Explizit wurden auch die Kreuzzüge und die Reformation genannt. Dabei handelte es sich wohl um Spitzen gegen die katholische Kirche als Widersacherin der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Die Rechtswissenschaft würde letztlich vorrangig „Rechtsfragen des täglichen Lebens“ beisteuern. Die Vorträge, die in Kapfenberg mithilfe des Industriebetriebs Böhler ab 1902/03 abgehalten wurden,<sup>84</sup> können den betriebswirtschaftlichen Blickwinkel andeuten. Die Streuung entsprach zwar den vonseiten der Arbeiterschaft vorgetragenen Wünschen, die utilitaristische Schlagseite äußerte sich aber offensichtlich in einer Überbetonung gesundheitlicher Aspekte, auf die auch Muchitsch und Afritsch anspielten. Von den 62

Vortragsstunden bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs entfielen nämlich 27 auf die Gesundheitspflege, fünfzehn auf die Naturwissenschaften, dreizehn auf Geschichte, nur zwei auf juridische Fragen zur Arbeiterversicherung beziehungsweise zum Strafrecht und eine auf die künstlerische Ausgestaltung von Wohnungen. Die Berichte des Ausschusses gaben darüber Auskunft, dass die für die Arbeiterschaft gesetzten Maßnahmen vor dem Ersten Weltkrieg auch erkennbare, wenngleich bescheidene statistische Wirkung erzielten.<sup>85</sup>

Der gestiegene Grad der Emanzipation der Arbeiterbewegung in der Ersten Republik zeigte sich 1924 in einem Antwortschreiben des höchst professionell agierenden Arbeiterbildungsausschusses Eggenberg, als die Universität danach trachtete, ihr auswärtiges Kursprogramm wieder in Schwung zu bringen.<sup>86</sup> Laut Sekretär Andreas Korp interessierten sich die von ihm vertretenen Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem für Naturwissenschaften und Medizin sowie für Geografie. Abgesehen von diesen Schwerpunkten wünschten sich die Vereinsverantwortlichen auch einen Vortrag über „Hexenglaube u. Hexenverfolgung“. Dieses Detail zeigt sicherlich ebenfalls einen gewissen Berührungspunkt in der antiklerikalen Attitüde, während allerdings ausdrücklich schon eingangs auf die weltanschaulichen Unterschiede<sup>87</sup> zwischen Verein und Universität Bezug genommen wurde. „[S]oziale Fragen“ sollten offensichtlich intern ohne universitäre Hilfe und Einmischung bestritten werden.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte hatte im Jahr dieser Korrespondenz, und als der Ausschuss das erste Mal auch seine Fühler in Richtung dieser neuen Organisation ausstreckte,<sup>88</sup> die Bildung für die Arbeiterschaft bereits auf eine neue Stufe gehoben. Ihre Pflicht zu Bildungsinitiativen war gesetzlich verankert, und schon in der Gründungssitzung am 7. Mai 1921 konstituierte sich ein sechsköpfiger Bildungsausschuss.<sup>89</sup> Bereits bestehende Organisationen der Arbeiterschaft wurden in Evidenz genommen und durch finanzielle Unterstützungen begünstigt.<sup>90</sup> Als operative Basis für das Kursprogramm von 1923/24 wurde eine eigene Bildungsstelle gegründet.<sup>91</sup> Im Mittelpunkt standen zunächst die Errungenschaften zugunsten der Arbeiterschaft und das berufliche Fortkommen. Die erste Materialisierung der „Bildungsarbeit“ konzentrierte sich nämlich auf die Schulung von Ausbildnern, die wiederum die Betriebsräte unterweisen sollten.<sup>92</sup> Die Inhalte dieses „Betriebsräteinstruktorenkurses“ umfassten Grundlagen von Ökonomie, Arbeitsrecht, Sozialversicherung und Hygiene. In Graz war diese Initiative von Anfang an erfolgreich.<sup>93</sup> Es folgten unter anderem außerdem „technische Arbeiterkurse“, in denen neben praktischen Fertigkeiten auch Grundkenntnisse in Deutsch und Rechnen auf der Agenda standen. Sie entsprangen einer Zusammenarbeit mit dem steirischen Landesverband Deutschösterreichischer Ingenieure, vermittelt durch die Urania, die von der Arbeiterkammer wiederum finanzielle Zuwendungen erhielt.<sup>94</sup> Einen breit angelegten Bildungsschub für die Arbeiterschaft stellte die Arbeiterkammer aufgrund der finanziellen Probleme erst 1924 auf die Beine.<sup>95</sup> Es wurde betont, dass die Vorträge für Betriebsräte letztlich auch in die „Massenaufklärung“<sup>96</sup> Eingang finden sollten, während nun andererseits auch speziellere Programme für Berufsgruppen ins Leben gerufen wurden, etwa für Bauhandwerker oder für Bank-, Versicherungs- und Sozialversicherungsangestellte.<sup>97</sup> Ähnlich der Urania bot die Arbeiterkammer schließlich Stenografie und Fremdsprachenkurse

Juristische und sozialwissenschaftliche Vortraege	
Byloff, Friedrich	Rechtsfragen des täglichen Lebens (in freier Wechselrede!)
Ude, Johannes	Das warenoeconomische Problem.
Ude, Johannes	Christus und die soziale Frage.
Liszt, Eduard	Begriff und Grundzuege der Kriminalpolitik.
Historische Vortraege	
Pirchegger, Hans	Die Bauernkriege der Steiermark.
Pirchegger, Hans	Die gute alte Zeit in Vorstellung und Wirklichkeit.
Kaser, Kurt	Ueberblick ueber die europaeische Politik vom Wiener Kongress bis zum Dreibund. (1815 - 1879)
Volkskundliche Vortraege	
Geramb, Viktor	Deutsche Volkstrachten mit einer Führung im volkskundlichen Museum.
Biologische Vortraege	
Linsbauer, Karl	Befruchtung und Vererbung bei Pflanze und Tier.
Prausnitz, Wilhelm	Grundzuege der Rassenhygiene.
Boehmig, Ludwig	Entwicklungstheorien und die Abstammung des Menschen.
Heritsch, Franz	Vulkane und Erdbeben.
Heritsch, Franz	Geschichte der Erde und ihrer Lebewesen.
Heritsch, Franz	Wie entstanden die Oberflaechenformen der Umgebung von Graz?
Medizinische Vortraege	
Hamburger, Franz	Ueber Abhaertung.
Widowitz, Paul	Beziehungen zwischen Erkrankungen und Fehlern der Kinder.
Burkhard, Otto	Fehlurteile und Fehlmeinungen ueber die Tuberkulose.

Tabelle 4: Vorschage des Ausschusses für Vorträge für die Kammer für Arbeiter und Angestellte

an,<sup>98</sup> und auch die musische Dimension wurde durch den Einschluss von Musik, Literatur, Theater und bildender Kunst forciert.<sup>99</sup> Medizin und Hygiene spielten nach wie vor eine wichtige Rolle.<sup>100</sup> Diese umfassenden Bestrebungen unterschieden sich von den kleinteiligeren Strukturen mit regionalen Schwerpunkten, die sich in der Arbeiterbewegung zuvor herausgebildet hatten, und nahmen in vielfacher Hinsicht die Konzentration der Bildungsarbeit durch die Arbeiterkammer nach dem Zweiten Weltkrieg und die 1947 ins Werk gesetzte Gründung einer *expressis verbis* sogenannten Volkshochschule vorweg.

Aus dem recht breit angelegten Angebot der Universität, das sich wohl noch aus den früheren Erfahrungen des Ausschusses speiste,<sup>101</sup> wählte die Kammer Ende 1925 schließlich Franz Heritschs Vortrag ueber die „Geschichte der Erde und ihrer Lebewesen“ sowie alle naturwissenschaftlichen Vorschage seiner Kollegen aus und betonte den „unbedingten Wissenswert“ dieser Darbietungen für ihre Klientel.<sup>102</sup> Sie bildeten die perfekte Grundlage für die eher pädagogischen und medizinischen Themen von Paul Widowitz und Otto Burkhard.<sup>103</sup>

Im Schnitt hätten hundert Personen den Veranstaltungen beigewohnt.<sup>104</sup> Vonseiten der Universität wurde der durchschnittliche Besuch mit der Marke von 130 höher angesetzt.<sup>105</sup> Beide Schätzungen dürften sich berschlagartig aus der Größe des Vortragssaals und dessen Belegung ergeben haben. Zufrieden zeigte sich die Schirmherrin auch mit der reichen Bebilderung der Vorträge und mit der durchwegs einfachen Sprache.<sup>106</sup> Aus der Abrechnung ergibt sich im Detail, dass dem schon bestehenden Fundus weiteres Anschauungsmaterial hinzugefügt wurde. Linsbauer ließ 34 Dias anfertigen, gefolgt von Prausnitz mit dreieig, während Böhmig mit acht Neuanschaffun-

gen auskam. Zusätzlich wurden Stecktafeln eingesetzt.<sup>107</sup> Die Rassenhygiene als wohl auffallendstes Vortragsthema, an dem auch Poredos unter anderem das Abdriften der Urania in den Nationalsozialismus festmachte,<sup>108</sup> überrascht insofern nicht, als alle politischen Lager in Graz sich mit Eugenik auseinandersetzten.<sup>109</sup> Dass die juristischen Themen obsolet waren, hängt sicherlich mit der in der Kammer Ende 1922 eingerichteten „Arbeiterrechtsstelle“ zusammen, die einen derartigen mehr oder weniger theoretischen Schwerpunkt durch individuelle anlassbedingte Aktivitäten ersetzen konnte.<sup>110</sup> Die sozioökonomischen Inhalte waren schon in den Kursen für Betriebsräte vertreten und wurden vonseiten der Universität überdies von einem Exponenten des christlich-sozialen Lagers angeboten.

Die im „Regulativ“ vorgeschriebene Einrichtung von „Bauernhochschulen“<sup>111</sup> stellte anerkanntermaßen das bedeutendste Novum in der österreichischen Volksbildung dar. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das bäuerliche Bildungsbedürfnis insbesondere in St. Martin institutionalisiert.<sup>112</sup> Nach Ansätzen vor dem Krieg und während des Kriegs stand am Beginn der kontinuierlichen Tätigkeit der „Erste volkskundliche und volkspädagogische Ferienkurs für Landlehrer“ im September 1918 am Ausklang des Weltkriegs.<sup>113</sup> In „vier Wochen der Arbeits- und Lebensgemeinschaft“ wurde bei dieser Veranstaltung unter der Ägide des als charismatisch beschriebenen Priesters Josef Steinberger die Grundlage für eine heimatbezogene, bauerngerechte, praxisorientierte Erwachsenenbildung der Bauernschaft, die nach wie vor die Hälfte der steiermärkischen Bevölkerung bildete und für die Nahrungsproduktion unerlässlich war, gelegt. Insgesamt schwankte das gesamte Programm zwischen der Bejahung des Althergebrachten und der rücksichtsvollen sowie behutsamen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Erneuerung ohne Zwang. Moralische Persönlichkeitsbildung sollte auch hier eine wesentliche Rolle spielen und der beruflichen Weiterbildung zur Seite stehen. Eine enge Verbindung ergab sich mit dem Volkskundemuseum, an dem Viktor Geramb federführend wirkte. Viktor Zack brachte zudem das Volkslied als musikalisches Element ein. Walter Semetkowski steuerte seine Expertise in bildender Kunst bei. Als Politiker und Landesrat schaffte es Steinberger schließlich, die „bäuerliche Fortbildungsschule“ neben den beruflich ausgerichteten und nur einer besser gestellten Minderheit zugänglichen landwirtschaftlichen Fachschulen zu etablieren. 1920 wurde St. Martin in die finanziell abgesicherte Obhut des Landes Steiermark aufgenommen. Auf dieser höchsten Ebene des Volksbildungsheims wurden die Vorbereitung und Vernetzung der Lehrkräfte, die sich nicht nur aus Lehrern, sondern auch aus Priestern, Medizinern, Veterinären, Beamten am Land und erprobten Bauern rekrutieren sollten, bewerkstelligt. Wie in den dezentral gedachten und mit Erfolg organisierten ländlichen Einrichtungen, die über die Steiermark verteilt waren, wurden auch in St. Martin nach Geschlechtern getrennte Kurse veranstaltet. Kursteilnehmer wurden mit der „landwirtschaftliche[n] Naturkunde“<sup>114</sup> vertraut gemacht, die im Mittelpunkt stand. In der Realität war aber oft auch die Auffrischung von schulischen Grundkenntnissen vonnöten. Exkursionen dienten der Anschaulichkeit. In St. Martin wurde überdies auch landwirtschaftliche Buchhaltung unterrichtet. Das Kursprogramm für Mädchen und Frauen stellte einerseits die Hauswirtschaft in den Mittelpunkt und vermittelte Fertigkeiten in Küche und Schneiderhandwerk.

Neben wirtschaftlichen Belangen zielte die Wissensvermittlung auf Kindererziehung und grundlegende Kenntnisse zu Gesundheitserhaltung und Krankheitsbekämpfung ab. „Mütterlichkeit“<sup>115</sup> spielte eine Schlüsselrolle, die in St. Martin von Emilie Zeidler als „Hausmutter“ verkörpert wurde.<sup>116</sup> Darüber hinaus galt auch die soziokulturelle Komponente als Kernkompetenz der Bauersfrau. Zur körperlichen Ertüchtigung diente beiden Geschlechtern das „Bauernturnen“.<sup>117</sup> Das vermittelte Wissen sollte schließlich Interesse für weitere möglichst selbstständige Bildungsbestrebungen wecken. In Verbindung mit dem im Untergang der Monarchie Orientierung gebenden Heimatschutz standen letztendlich auch das Deutschtum und seine Leistungen an hervorragender Stelle.<sup>118</sup> In einem Schreiben des Vereins für Heimatschutz an das Präsidium des deutsch-österreichischen Staatsrates vom 1. Dezember 1918, das die Schlüsselpersonen Steinberger, Geramb und Semetkowski mitunterzeichneten,<sup>119</sup> stand eingangs eher der Kulturpessimismus Pate. Dem empfundenen Niedergang sollten der „Geist des Volkes“ und die „Heimatpflege“ entgegenwirken, um bei allen Bevölkerungsschichten dem „wahren [deutschen] Volkstum“ zum Durchbruch zu verhelfen.<sup>120</sup> Wenn „jedermann zur Mitarbeit und Mitverantwortung am Ganzen“ beitrüge, entspräche dies „wahre[r], echte[r] Demokratie“. Der Lehrerkurs in St. Martin hätte bereits ein wegweisendes Beispiel für die zukünftigen Bestrebungen gegeben. Diese Haltung ist insofern besonders brisant, als der slowenischsprachige Teil der steirischen Bauernschaft (der letztlich auch nördlich der neu gezogenen Grenze existierte)<sup>121</sup> von vornherein ausgeschlossen wurde.

Für die Universität blieb die Bauernschaft am wenigsten greifbar, auch wenn sich die Voraussetzungen am Ende der Monarchie günstiger gestalteten, und die Skepsis gegenüber der Theologischen Fakultät und gegenüber der für die Bauernschaft so eminenten Geistlichkeit insgesamt überwunden wurde (siehe oben). An Beziehungen zu Walter Semetkowski als zum Landesreferenten avancierten Proponenten St. Martins fehlte es ebenfalls nicht.<sup>122</sup> Der Ausschuss wurde auch selbstverständlich zu Veranstaltungen nach St. Martin eingeladen.<sup>123</sup> Inhaltlich blieb es allerdings lediglich bei punktuellen personellen Verknüpfungen. Der Grazer Ordinarius für Kinderheilkunde Franz Hamburger diente als Experte in medizinischen Belangen, und der Historiker Hans Pirchegger vermittelte „Heimatgeschichte und -forschung“.<sup>124</sup> Die für den Nährstand geschaffene Initiative wirkte in gewisser Weise erst umgekehrt in weiterer Folge auf die Sphäre des Lehrstands ein. So habilitierte sich Viktor Geramb 1924 und wurde zu einer wichtigen Figur für die volkstümlichen Vorträge.<sup>125</sup> Im ersten Studienjahr, das dem autoritären Ständestaat angehörte, veranstaltete die Universität schließlich bezeichnenderweise einen zehnteiligen Zyklus über das „Volk“, an dem Steinberger selbst als außenstehender Vortragender teilnahm.<sup>126</sup>

## Zusammenfassung und Ausblick

Die Volksbildungsschiene der Universität Graz hatte ihre große Zeit hinter sich, als sich das Volksbildungswesen am Beginn der Ersten Republik diversifizierte. In der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse an gebildete nicht-akademische Schichten hatte sie Wesentliches und Kontinuierliches geschaffen, auf das insbesondere die Urania aufbauen konnte. Auch die Leistungen für die Arbeiterschaft dürfen nicht übersehen werden, wenngleich sich die ideologische Kluft immer weiter auftat. Eine ideologische Kluft trennte die Professorenschaft auch von der Bauernschaft. Die neuen Volksbildungseinrichtungen brachten zusätzlich zur intellektuellen Bildung, der die Wissenschaftspopularisierung primär diente, musische und emotionale Elemente ein und förderten das konkrete berufliche Fortkommen. Auch die aktive Mitwirkung der zu Bildenden in mehrteiligen Kursen spielte eine größere Rolle als in den volkstümlichen Vorträgen, die letztendlich Frontvorträge blieben, so sprachlich zugänglich und visuell ansprechend sie auch sein mochten. Die Wissenschaftspopularisierung fügte sich so als Ergänzung in eine neue Fülle von Bildungsmöglichkeiten ein. Zukünftige Forschungsvorhaben sollten die ideologischen Profile weiter schärfen und die Andockmöglichkeiten, die hie und da bereits kurz angeklungen sind, genauer unter die Lupe nehmen.<sup>127</sup> Dadurch könnte auch das Oszillieren jeder der vorgestellten Spielarten von Volksbildung zwischen Neutralität, Pragmatik und ideologischem Substrat ausgelotet werden. Ein besonderes Augenmerk müsste künftig auch auf die Rolle der Frauen als Vortragende und passiv sowie aktiv Mitwirkende in verschiedenen Volksbildungsdispositiven gelegt werden. Gerade die Zwischenkriegszeit scheint hier in Graz im Gegensatz zur Vorkriegszeit neue Konstellationen möglich gemacht zu haben, wenngleich vorwiegend im Sinn traditioneller Geschlechterrollen.

---

- 1 Alois KERNBAUER: Universitäten, Hochschulen und Wissenschaft, in: Walter BRUNNER (Hg.): *Geschichte der Stadt Graz*, Bd. 3: Kirche – Bildung – Kultur, Graz 2003, 327–410, hier: 359f. Zu den noch bestehenden Institutionen finden sich Einträge ebenda, Bd. 4: *Stadtlexikon*, verfasst von Bernhard A. REISMANN und Franz MITTERMÜLLER, 313f. (Volksbildungsheim St. Martin), 501f. (Urania), 511 (Volkshochschule, vor allem in der Zweiten Republik).
- 2 Hans ALTENHUBER: *Universitäre Volksbildung in Österreich 1895–1937* (= Publikationen zur Erwachsenenbildung. Zur Geschichte der Erwachsenenbildung, 1), Wien 1995.
- 3 Walter HÖFLECHNER: *Die Baumeister des künftigen Glücks. Fragment einer Geschichte des Hochschulwesens in Österreich vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1938* (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz, 23), Graz 1988, 74, 82f., 103, 149, 195, 521; DERS. unter Mitarbeit von Ingrid Maria Wagner: *Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Von den Anfängen bis in das Jahr 2005* (= Grazer Universitätsverlag, Allgemeine Wissenschaftliche Reihe, 1), Graz 2006, 65.
- 4 Andreas GOLOB: *Das Engagement der Grazer Medizinischen Fakultät in der Universitätsausdehnungsbewegung. Grundfragen eines vernachlässigten Forschungsfeldes*, in: *Virus. Beiträge zur Sozialgeschichte der Medizin*, 10, Wien 2011, 11–33.
- 5 Vgl. für die Habsburgermonarchie in diesem Gefüge: Wilhelm FILLA: *Volkstümliche Universitätskurse – Ein historisches wie aktuelles Modell der Wissenschaftsverbreitung*, in: Peter FAULSTICH (Hg.): *Öffentliche Wissenschaft. Neue Perspektiven der Vermittlung in der wissenschaftlichen Weiterbildung* (= Theorie Bilden, 4), Bielefeld 2006, 51–72, hier: 54–57.
- 6 Wilhelm FILLA: *Von der freien zur integrierten Erwachsenenbildung. Zugänge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Österreich*. Ein Studienbuch, Frankfurt am Main 2014, 25f., 82.
- 7 Universitätsarchiv der Karl-Franzens-Universität Graz (UAG), Volkstümliche Vorträge (VV), Ausschussakten.
- 8 UAG, VV, Sitzungs-Protokoll des Ausschusses für volkstümliche Univ. Vorträge (zitiert als Sitzungsprotokoll inklusive Datum).
- 9 Vor allem: UAG, VV, Verzeichnis der Vortragenden in den auswärtigen Orten; UAG, VV, Verzeichnis der volkstümlichen Vorträge in Graz begonnen 1898/1899; UAG, VV, Verzeichnis der auswärtigen Orte, in welchen Vorträge gehalten wurden; UAG, VV, Protokoll über die eingelaufenen Geldbeträge für die volkstümlichen Vorträge und Statistik.
- 10 AUSSCHUSS FÜR VOLKSTÜMLICHE VORTRÄGE DER K. K. KARL FRANZENS-UNIVERSITÄT IN GRAZ: Bericht über die volkstümlichen Universitätsvorträge in den Studienjahren 1898/99, 1899/1900, 1900/01, Graz 1901; DERS.: Bericht über die volkstümlichen Vorträge der k. k. Universität Graz 1898–1907 und über den Universitäts-Ferialkurs für Lehrer vom 5. bis 24. August 1907 in Graz, Graz 1907; DERS.: Bericht über die volkstümlichen Vorträge der k. k. Universität Graz 1907–1910, Graz 1910; DERS.: Bericht über die volkstümlichen Vorträge der k. k. Universität Graz 1911–1913, Graz 1913.
- 11 GOLOB: Engagement, 13. Andreas GOLOB: *Graz Physicists as Agents of Popular Education. The Role of Physics in the Graz University-Extension Movement 1898–1938*, unveröffentlichtes Vortragstyposkript zu einem Vortrag gehalten im Rahmen des Annual Meeting of the Austrian Physical Society an der Universität Graz am 20. September 2012. Potenzial hätten auch noch die Feuilletonenteile in Zeitungen. Die Urania-Programme boten immerhin kurze Inhaltsangaben, vgl. unten.
- 12 COMMISSION FÜR DIE EINRICHTUNG VOLKSTHÜMLICHER CURSE: Statut der volkstümlichen Vorträge der Universität in Graz, Graz 1897, eingheftet in: UAG, VV, Sitzungsprotokoll.
- 13 Zum Frauenstudium in Graz: Alois KERNBAUER, Karin SCHMIDLECHNER-LIENHART (Hgg.): *Frauenstudium und Frauenkarrieren an der Universität Graz* (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz, 33), Graz 1996.
- 14 UAG, VV, Verzeichnis der volkstümlichen Vorträge in Graz und UAG, VV, Verzeichnis der auswärtigen Orte.
- 15 UAG, VV, Verzeichnis der auswärtigen Orte.
- 16 1870–1938. Vgl. <http://www.adulteducation.at/de/historiografie/institutionen/265> (abgerufen am 14.5.2018). Vgl. allgemein: Martin MOLL: *Politische Organisationen und öffentlicher Raum in der Steiermark*, in: Helmut RUMPLER, Peter URBANITSCH (Hgg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 8: Politische

- Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Teilband 1: Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation, Wien 2006, 397–449, hier: 414f. Kurt KOJALEK: Volksbildung in der Steiermark 1819–1979. Joanneische Wege in bewegten Zeiten. Eine Dokumentation, Graz 1999, 15–32. Über Arbeitervereine: Eduard STAUDINGER: Die Bildungs- und Fachvereine der Arbeiter in der Steiermark von 1848 bis 1873. Ungedruckte Dissertation, Graz 1977; DERS.: Die andere Seite des Arbeiteralltags. Sozialdemokratisches Vereinswesen in der Steiermark, 1918–1934, in: KURATORIUM DER WANDER-AUSSTELLUNG „FÜR FREIHEIT, ARBEIT UND RECHT“ (Hg.): Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938), Graz 1984, 133–185.
- 17 Die Betonung der Neutralität bürgerlicher Volksbildung, die in historiografischen Arbeiten von Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftlern von Filla abwärts kursiert, müsste einer eingehenden Kritik unterzogen werden. Eine Untersuchung der Universitätsausdehnungsinitiativen in Graz, aber auch in Prag und Innsbruck, wo gemischt-sprachige Gebiete betreut wurden, wäre dazu prädestiniert. So könnte das Profil der bisher am besten beforschten Wiener Institutionen geschärft oder auch hinterfragt werden. Vgl., entworfen v. a. im Gegensatz zur Bildung der Arbeiterschaft: FILLA: Von der freien zur integrierten Erwachsenenbildung, 24f.
- 18 ALTENHUBER: Universitäre Volksbildung, 61f.
- 19 Offiziell: UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 5.7.1922. Das durchaus beträchtliche, aber bis dato gänzlich unerforschte Engagement der Technischen Hochschule, beispielsweise auch im Hinblick auf Urania und Arbeiterkammer, kann in diesem Aufsatz nicht weiter verfolgt werden.
- 20 UAG, VV, Ausschussakten, Verschiedene Vorakten, Normalien, Anfrage wegen Theologen.
- 21 Vor allem forciert ab: UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 25.6.1914.
- 22 UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 6.2.1919. Zur Zulassung von Theologen letztlich: UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 23.3.1920.
- 23 Zu Wien: Klaus TASCHWER: Friedliche Volksbildung? Ergänzungen zur Geschichte der Wiener Erwachsenenbildung vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg, in: Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung, 7/2, Wien 1996, 12–31.
- 24 UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 15.11.1915. Vgl. das Ruhen der Ausschusstätigkeit seit 2.7.1914.
- 25 UAG, VV, Verzeichnis der volksthümlichen Vorträge in Graz, und UAG, VV, Verzeichnis der auswärtigen Orte.
- 26 Zur Binnengliederung: Zoologie (32) – Physik (24) – Erdwissenschaften (Geologie, Mineralogie, Paläontologie) (22) – Botanik (22) – Chemie (11) – Psychologie (in Graz ausgesprochen naturwissenschaftlich orientiert) (11) – Astronomie (7) – Anthropologie (eigentlich eher Rassenkunde Friedrich Keiters) (4).
- 27 Darunter auch Kirchengeschichte (11) und das selbstständige Fach Alte Geschichte (5).
- 28 Hier auch zugeordnet: Archäologie als Kunstgeschichte der Antike (10); vgl. auch den hohen Anteil christlicher Archäologie und Kunstgeschichte (20).
- 29 Zur Aufteilung: Klassische Philologie (23) – Germanistik (21) – Romanistik (9) – Slawistik (5) – Semitische Philologie (4) – Anglistik (1) – Vergleichende Sprachwissenschaft (1).
- 30 Inklusive zweimal Kirchenrecht.
- 31 Hauptsächlich Volkswirtschaft (12), nur einmal Betriebswirtschaftslehre.
- 32 Nicht weiter ins Gewicht fielen: Technik (6), Pädagogik (5), Bibliothekswissenschaft (4), Musikwissenschaft (3), Mathematik (2), Stenographie (als praktische Fertigkeit (!), vgl. unten; 2), Leibübungen (1).
- 33 UAG, Rektorat, Zl. 3503 ex 1939/40.
- 34 UAG, VV, Ausschussakten, Fasc. II. Abgedruckt auch bei Helmut ENGELBRECHT: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 5: Von 1918 bis zur Gegenwart, Wien 1988, 758–761. Eine regere Vernetzung des Ausschusses erfolgte signifikanterweise mit dem „Ausschuss der deutschen Volksbildungsvereinigungen“, dessen Sitzungsprotokolle die Ausschussakten durchziehen.
- 35 Vgl. zu Glöckel: Kathrin RANACHER: Otto Glöckel und die Volksbildung. Ungedruckte Masterarbeit, Graz 2012.
- 36 UAG, VV, Ausschussakten, Fasc. II, Schreiben des Unterstaatssekretärs für Unterricht Glöckel an das Rektorat der Universität vom 2.8.1919, beigeheftet dem Regulativ, in dieser Version mit Unterstreichungen.
- 37 Hans ALTENHUBER: Staat und Volksbildung

- in Österreich 1918–1938, in: Wilhelm FILLA, Elke GRUBER, Jurij JUG (Hgg.): *Erwachsenenbildung in der Zwischenkriegszeit* (= *Verband Österreichischer Volkshochschulen*, 15), Innsbruck/Wien 1999, 72–82, hier: 75f.
- 38 Für die Zusammenarbeit: UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 31.5.1920 und Sitzungsprotokoll, 27.1.1923.
- 39 Z. B.: UAG, VV, Ausschussakten, Fasc. II, Heft 8: *Auswärtige Vorträge 1923/24*, undatiertes Schreiben des Ausschusses an den Arbeiterbildungsausschuss Eggenberg (Konzept).
- 40 Zu Kaindl höchst aufschlussreich: Kurt SCHARR: *Ansichten eines Unverständenen? Der Historiker Raimund F. Kaindl (1866–1930)*, in: Alois KERNBAUER (Hg.): *Wissenschafts- und Universitätsgeschichtsforschung am Archiv. Beiträge anlässlich des Österreichischen Universitätsarchivkolloquiums*, 14. und 15. April 2015, zu den Fragen: *historische Wissenschaftsforschung, Universitäten im gesellschaftlichen Kontext, internalistische Wissenschaftsgeschichte, Disziplinen- und Institutionengeschichte* (= *Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz*, 45), Graz 2016, 123–148; Alexander PINWINKLER: *Raimund Friedrich Kaindl (1866–1930). Geschichte und Volkskunde im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik*, in: Karel HRUZA (Hg.): *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar 2008, 125–154. Zu Sieger: Paul SCHLIEFSTEINER: *Die Verklärung „Mittel-europas“: Die geopolitischen Konzepte Robert Siegers während des Ersten Weltkrieges*. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2014; Reinhard ZEILINGER: *Geopolitische Begründung nationalstaatlicher Grenzen. Robert Sieger und seine „Geographische Kritik der Grenzlinie des Vertragsentwurfs“ von 1919*, in: Reinhard ZEILINGER (Red.): *Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte* (= *Kritische Geographie*, Reihe 1, 14), Wien 2001, 64–77.
- 41 Vgl. später im Programm der Urania: Rudolf POLLAND: *Die Geschlechtskrankheiten (Nur Frauen und Mädchen zugänglich)*, in: *Urania-Mitteilungen* 1/6 vom 1.2.1920, 49.
- 42 Vgl. Heidemarie UHL unter Mitarbeit von Ursula Leiner: *Geschichte der steirischen Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Ersten Republik* (= *Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung*), Wien/Zürich 1991, 17f.
- 43 Werner AUER: *Kriegskinder. Schule und Bildung in Tirol im Ersten Weltkrieg* (= *Tirol im Ersten Weltkrieg. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, 7), Innsbruck 2008, 312. Für die Auseinandersetzung mit der bevorstehenden Abtrennung Südtirols und eine zaghafte Annäherung an die neuen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch der Monarchie: Ebenda, 313.
- 44 Vgl. ALTENHUBER: *Universitäre Volksbildung*, 116. Ausführlicher: Klaus TASCHWER: *Ende der Aufklärung? Die Entwicklung der volkstümlichen Universitätskurse in Wien zwischen 1918 und 1937*, in: *Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung*, 10, Wien 1999, 108–128. Vgl. zu Hans Kelsens Engagement: Tamara EHS: *Die Entzauberung von Staat und Recht. Hans Kelsen als Vortragender in der Wiener Volksbildung*, in: *Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung*, 17, Wien 2006, 61–92, insb. 67–69, 76f. Zur tendenziell demokratisierenden Wirkung von Volksbildung grundsätzlich: Christian STIFTER: *Aspekte der Demokratiezentriertheit ‚moderner‘ Erwachsenenbildung am Beispiel der Popularisierung von Wissenschaft*, in: Gerhard BISOVSKY, Christian STIFTER (Hgg.): *„Wissen für Alle“: Beiträge zum Stellenwert von Bildung in der Demokratie*, Wien 1996, 110–136, insb. 113f. Für die Grazer Universität kann hier allenfalls das sozial integrative Moment ins Feld geführt werden.
- 45 Vgl. zur Person den Eintrag in: Fritz FELLNER, Doris A. CORRADINI: *Österreichische Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon*, Wien/Köln/Weimar 2006, 101f. Ausführlicher: Hermann IBLER: *Otto Dungen +*, in: *Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark*, 59, Graz 1968, 213–219.
- 46 [Otto] von DUNGERN: *Völkerverträge über den Orient*, in: *Zeitschrift für Völkerrecht*, 10/3, Breslau, 1917/18, 350–367, hier: 350f. Teil von: *Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Nachlass Otto von Dungen*, K 6 H 28.
- 47 Otto von DUNGERN: *Das englische Balkankomitee*, in: *Der Balkan* (= *Süddeutsche Monatshefte* 12/12, September 1915), München/Leipzig 1915, 973–985. Zu finden in: *StLA, Nachlass Otto von Dungen*, K 6 H 30.

- 48 Ebenda, 975.
- 49 Ebenda, 973.
- 50 [Otto] v. DUNGERN: Die Freiheit der Donau, in: Grazer Tagblatt Nr. 88, 31.3.1918, 12. Für die Fundstelle im Nachlass: StLA, Nachlass Otto von Dungern, K 7 H 32.
- 51 Die politische und weltwirtschaftliche Lage Egyptens. Vortrag, gehalten am 18. Mai 1915 in der Wiener Urania, von Dr. Freiherrn v. DUNGERN, Professor an der Universität in Czernowitz, in: Wochenschrift für Volksbildung Urania 9/11, 11.3.1916, 156–160. Das entsprechende Heft liegt in: StLA, Nachlass Otto von Dungern, K 6 H 30. Vgl. auch das Niedergangsmotiv in Albert Eichlers Ausführungen über den englischen Gentleman: Albert EICHLER: Der Gentleman in der englischen Literatur, in: Zeitschrift für die deutschösterreichischen Gymnasien, 65, Wien 1919, 257–298, 540–565. Vgl. auch die unvermutete Polemik in einem physiologischen Vortrag über den Hunger: GOLOB: Engagement, 26f.
- 52 Otto DUNGERN: Englische Sorgen, in: Tagespost, Morgenblatt Nr. 142, 24.5.1915, 1, aufgefunden in: StLA, Nachlass Otto von Dungern, K 7 H 32.
- 53 Vgl. für das Ankündigungsflugblatt: StLA, Nachlass Otto von Dungern, K 22 H 87: II. Serie 1911/12. Nr. IV. Die Entwicklung des Parlamentarismus. Im Saale des Arbeiterheimes. Eingelegt in: Österreichisch-ungarisches Rotbuch. Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rumänien in der Zeit vom 22.7.1914 bis 27.8.1916, Wien 1916.
- 54 Volk und Volksregierung. Vortrag, gehalten von Universitätsprofessor Dr. DUNGERN. Graz, 22. Juli. [mit Feder ergänzt:] 1919. Zeitungsausschnitt: StLA, Nachlass Otto von Dungern, K 7 H 32. Nach der Schriftleitung zu urteilen wohl aus der „Kleinen Zeitung“.
- 55 Otto DUNGERN: Um den Anschluß, in: Tagespost, Morgenblatt, 3.11.1920, 1. In Dungerns Zeitungsausschnittsammlung: StLA, Nachlass Otto von Dungern, K 7 H 32.
- 56 StLA, Nachlass Otto von Dungern, K 7 H 32, „Volk ohne Partei“, Typoskript, laut Bleistiftnotiz vom Februar 1933.
- 57 UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 14.6.1922.
- 58 UAG, VV, Ausschussakten, Fasc. II, Heft Volkstüml. Universitätskurs Auslauf 1922, Schreiben des Ausschusses an das Volksbildungsamt (Konzept), Zl. 28/1922.
- 59 UAG, VV, Ausschussakten, Fasc. II, Zl. 4/1923 vom 11.1.1923.
- 60 Vgl. zur Präsenz der vorgeschlagenen Themen bis zum Ende der Ersten Republik nur den letztgenannten Wunsch: Sieger, Übersicht der Geographie des Deutschtums, 1924/25; Dungern, Der deutsche Reichsgedanke von einst und heute, 1933/34; vgl. UAG, VV, Verzeichnis der volksthümlichen Vorträge in Graz. Sieger, Der Lebensraum des deutschen Volkes, Kapfenberg, 1926/27; vgl. UAG, VV, Verzeichnis der auswärtigen Orte.
- 61 Kurt KOJALEK: Die Grazer Urania 1919–1938, in: Caesar Walter ERNST, Markus JAROSCHKA (Hgg.): Zukunft beginnt im Kopf. Festschrift 75 Jahre URANIA, Graz 1994, 120–134. Für die Kenntnisnahme durch die Universitätsausdehnung: UAG, Sitzungsprotokoll, 6.2.1919. Laut Kojalek stellte die Universität auch Räumlichkeiten zur Verfügung, vgl. KOJALEK: Urania, 128. Vgl. für die Entwicklung in Österreich: Sabine SUNTINGER: Die Volksbildungsarbeit der Urania in Österreich von 1897–1938. Ungedruckte Diplomarbeit, Klagenfurt 2009.
- 62 Vgl. für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: GOLOB: Engagement, 29.
- 63 UAG, VV, Ausschussakten 6, Heft Z 4 ex 1919, Schreiben des Ausschusses an das deutschösterreich. Staatsamt für Inneres und Unterricht vom 24.7.1919 (Konzept).
- 64 KOJALEK: Urania, 129; außer den genannten Kategorien: Soziologie, Kommunikation, Recht (70), Sport, Alpinistik (68), Architektur, Bauen, Wohnen (53), Politik (47), Wirtschaft, Arbeit (46), Bildung, Erziehung, Jugend (42), Volkskunde (42), Religionen, Kirche (22), Landwirtschaft (7).
- 65 DER VORSTAND: An unsere Mitglieder und an alle, die es werden wollen, in: Mitteilungen des Volksbildungshauses Urania, 1/1, 1.9.1919, 1.
- 66 Vgl. KOJALEK: Urania, 130. Zum Teil mit weltanschaulichem Hintergrund laut ebenda, 132f.
- 67 Mitteilungen des Volksbildungshauses Urania, 1/7, 1.3.1920, 63, 65.
- 68 KOJALEK: Urania, 129.
- 69 Caecilia POREDOS: Die Grazer Urania 1919–1938. Zur historischen Entwicklung einer Weiterbildungsinstitution. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2005, 29–31.
- 70 KOJALEK: Urania, 131.
- 71 N.N.: Vorträge in der Provinz, in: Mitteilungen

- des Volksbildungshauses Urania, 1/1, 1.9.1919, 7.
- 72 Egon URANITSCH: Arbeitslosenfürsorge, Arbeitsnachweis, Berufsberatung, in: Mitteilungen des Volksbildungshauses Urania, 1/2, 1.10.1919, 12.
- 73 N.N.: Vorträge in der Steiermark, in: Mitteilungen des Volksbildungshauses Urania, 1/2, 1.10.1919, 17. Vgl. für einen zustande gekommenen Kurs über Bienenzucht: Mitteilungen des Volksbildungshauses Urania, 1/7, 1.3.1920, 55, 74 und 82. Vgl. auch einen Vortrag von: Josef STEINBERGER: Stadt und Land, in: Mitteilungen des Volksbildungshauses Urania, 1/10, 1.6.1920, 85 und 87 (siehe zu Steinberger unten).
- 74 KOJALEK: Urania, v. a. 131–133. Hiezu ausführlich: POREDOS: Urania.
- 75 KOJALEK: Urania, 124.
- 76 DER VORSTAND: An unsere Mitglieder.
- 77 N.N.: Vollzugsausschuß der Grazer Urania, in: Mitteilungen des Volksbildungshauses Urania, 1/6, 1.2.1920, 50f., hier: 51.
- 78 Kojalek zufolge teils als Lockmittel, teils lediglich angeberisch, vgl. KOJALEK: Urania, 129.
- 79 N.N.: Wunschbuch, in: Mitteilungen des Volksbildungshauses Urania, 1/6, 1.2.1920, 53.
- 80 Eichler (beide Vorträge), Fritsch, Hilber, Klemensiewicz, Loserth, Luschin, Polland, Wittek. Vgl. UAG, VV, Verzeichnis der volkstümlichen Vorträge in Graz; UAG, VV, Verzeichnis der Vortragenden in den auswärtigen Orten. Es handelt sich hier nur um wörtliche Übereinstimmungen; inhaltlich war die Schnittmenge sicherlich noch größer.
- 81 V. a. bei Siegers Vortrag, der die Grenzziehung als sprachlich, national, „geographisch und verkehrsgeographisch [...] unnatürlich“ angriff, und das angewandte „Wasserscheidenprinzip veraltet und verknöchert“ nannte. Vgl. Robert SIEGER: Die neuen Alpengrenzen Deutschösterreichs, in: Mitteilungen des Volksbildungshauses Urania, 1/8, 1.4.1920, 73f.
- 82 Vgl. UHL: Geschichte. Vgl. für die Bildungsbestrebungen der Landwirtschaftskammer: Walter SEMETKOWSKI: Zehn Jahre St. Martin (1918–1928), in: Franz Maria KAPFFHAMMER (Hg.): St. Martin. Ein bahnbrechendes Werk österreichischer Volksbildung. Festgabe für Josef Steinberger. Dargestellt von seinen Freunden und Mitarbeitern, Wien 1949, 116–126, hier: 126; vgl. allgemein: Elke GRUBER: Zur Geschichte beruflicher Weiterbildung in Österreich – Zwischen 1918 und 1938, in: FILLA, GRUBER, JUG (Hgg.): Erwachsenenbildung, 111–133, hier: 122–124. Vgl. für die schon in der Monarchie etablierte Tätigkeit der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie: Elisabeth SZTANKOVITS: Geschichte der beruflichen Erwachsenenbildung in Österreich. Die Vorgänger der Wirtschaftsförderungsanstalten der Kammern der gewerblichen Wirtschaft (= Schriftenreihe der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, 43), Wien 1981, 58–60; vgl. auch GRUBER: Zur Geschichte beruflicher Weiterbildung, 118–120.
- 83 UAG, VV, Ausschussakten 5, 1897/98, Memorandum für volkstümliche Universitätsvorträge für die Arbeiterschaft.
- 84 UAG, VV, Verzeichnis der auswärtigen Orte, Kapfenberg. GOLOB: Engagement, 15.
- 85 GOLOB: Engagement, 29.
- 86 UAG, VV, Ausschussakten, Fasc. II, Heft 1923 und 1924, undatiertes Schreiben des Arbeiterbildungsausschusses Eggenberg an den Ausschuss, Zl 6/1924, eingelangt am 14.1.1924. Eggenberg gehörte damals noch nicht zu Graz und galt daher als auswärtiger Ort.
- 87 Vgl. parteipolitisch pointiert: Josef WEIDENHOLZER: Auf dem Weg zum ‚Neuen Menschen‘. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik (= Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien/München/Zürich 1981, 52.
- 88 Für erste Konsultationen: UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 7.11.1924. Konkret: UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 23.5.1925 und vor allem UAG, VV, Sitzungsprotokoll, 17.10.1925.
- 89 KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE STEIERMARKS IN GRAZ: Rechenschaftsbericht für die Zeit des Bestandes (Mai 1921 bis Mai 1926), 95. In diesem ersten Rechenschaftsbericht erstattete die Bildungsstelle einen eigenen Bericht: N.N.: Bericht der Bildungsstelle, in: Ebenda, 95–111.
- 90 KAMMER: Rechenschaftsbericht, 12 und 44. Wertvolle Einblicke kann auch die Rubrik „Bildungsarbeit“ in der sozialdemokratischen Zeitung „Arbeiterwille“ liefern, z. B.: N.N.: Arbeiter- und Volkswehrbildungsausschuß Eggenberg, in: Arbeiterwille, 30.3.1920, 4; N.N.: Arbeiterbildungsstätte Bruck an der Mur, Arbeiterheim Kapfenberg, in: Arbeiterwille, 6.6.1920, 6.

- 91 Ebenda, 29.
- 92 Ebenda, 9.
- 93 Ebenda, 95.
- 94 Ebenda, 95f. Für die Subventionen (auch an andere „Kulturvereinigungen“): Ebenda, 44.
- 95 Ebenda, 96, 15.
- 96 Ebenda, 103.
- 97 Ebenda, 98f.
- 98 Ebenda, 102 bzw. 100f.: Englisch, Französisch, Russisch, Italienisch.
- 99 Ebenda, 100f. In Zusammenarbeit mit dem Verein „Arbeiterbühne“.
- 100 Ebenda, 101.
- 101 UAG, VV, Ausschussakten, Fasc. II, Heft Ein u Auslauf 1925, Zl. 115, Verzeichnis der fuer die Arbeiterkammer angemeldeten Vortraege.
- 102 KAMMER: Rechenschaftsbericht, 107.
- 103 Ebenda, 108.
- 104 Ebenda, 108. Vgl. für die Liste der ausgewählten Vorträge und die Frequenz schon: UHL: Geschichte, 175, 195 – Vgl. hier auch die Einstellung im Jahr 1928. Für einen Überblick über das gesamte Bildungsprogramm der Arbeiterkammer: UHL: Geschichte, 167–181.
- 105 UAG, Rektorat, Zl. 13/1926 (19.1.1926): Bericht ueber die Taetigkeit des Ausschusses fuer volkstuemliche Vortraege der Universitaet Graz im Jahre 1925.
- 106 KAMMER: Rechenschaftsbericht, 107.
- 107 UAG, VV, Ausschussakten, Fasc. II, Heft Ein u Auslauf 1925, Zl. 163.
- 108 POREDOS: Urania, 52–56.
- 109 Thomas MAYER: Eugenik in Graz oder Grazer Eugenik? Versuche über eine Standortbestimmung eugenischer Positionen und Aktivitäten in der Zwischenkriegszeit, in: Virus. Beiträge zur Sozialgeschichte der Medizin, 7, Wien 2007, 117–129.
- 110 KAMMER, Rechenschaftsbericht, 16, auch 20 (zur Abspaltung der Mietauskunftstelle).
- 111 ALTENHUBER: Staat und Volksbildung, 76f.
- 112 Vgl. allgemein für die Einordnung der Leistung: Judith LELLECK: Bäuerliche Volksbildung in der Zwischenkriegszeit am Beispiel von St. Martin und Hubertendorf. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 1989, 89–95. Vgl. auch KOJALEK: Volksbildung, 36f. Für eine weitere, rezente Abschlussarbeit: Martin SCHMIEDBAUER: Volksbildungswerk St. Martin. Eine steirische Bildungsidee erobert die Welt. Ungedruckte Dissertation, Graz 2011, insb. 20–24.
- 113 Sofern nicht anders angegeben nach dem Bericht des stark eingebundenen Landesreferenten: SEMETKOWSKI: Zehn Jahre, insb. 116–119.
- 114 Ebenda, 121.
- 115 Ebenda, 123.
- 116 Ebenda, 124.
- 117 Ebenda.
- 118 KOJALEK: Volksbildung, insb. 40 und 42f. Auch: SEMETKOWSKI: Zehn Jahre St. Martin, 118. Vgl. zudem: Franz M. KAPFFHAMMER: Joseph Steinberger. Der Gründer von St. Martin. Leben. Wirken. Schriften, Graz/Wien/Köln 1970, 265f.; Dieter A. BINDER: Volksbildung und Politik. Am Beispiel Josef Steinbergers und seines Werkes St. Martin, in: Maximilian LIEBMANN, Dieter A. BINDER (Hgg.): Hanns Sassmann zum 60. Geburtstag. Festgabe des Hauses Styria, Graz/Wien/Köln 1984, 39–56, hier: 40, 46–48.
- 119 Franz DROBNY, Viktor v. GERAMB, Walter v. SEMETKOWSKI, Jos. STEINBERGER: Eingabe des Vereins für Heimatschutz in Steiermark an das Präsidium des deutsch-österreichischen Staatsrates vom 1.12.1918, zitiert nach KOJALEK: Volksbildung, 39–45.
- 120 Ebenda, 40 bzw. 41.
- 121 Matjaž KLEMENČIČ: Die Slowenen und Deutschen im Lichte der sprachlichen Statistik in der Südsteiermark und in der Untersteiermark 1830–1991, in: Christian STENNER (Hg.): Steirische Slowenen. Zweisprachigkeit zwischen Graz und Maribor, Graz 1994, 39–56, hier: 52f.
- 122 Für die Mitteilung seines Amtsantritts: UAG, VV, Ausschussakten 6, Schreiben Walter Semetkowskis an den Ausschuss vom 24.6.1921.
- 123 Z. B.: UAG, VV, Ausschussakten, Fasc. II, Zl. 93/1923: Einladung vom 31.10.1923 zur „volksbildnerische[n] Führertagung“, St. Martin, 4.–8.11.1923, ausgerichtet von: Südmark. Bund der Deutschen zur Erhaltung ihres Volkstums.
- 124 SEMETKOWSKI: Zehn Jahre St. Martin, 125.
- 125 Vgl. UAG, VV, Verzeichnis der volksthümlichen Vorträge in Graz: regelmäßige Vorträge ab 1925/26.
- 126 UAG, VV, Verzeichnis der volksthümlichen Vorträge in Graz.
- 127 Als Pionierarbeiten zu St. Martin bzw. zur Urania: BINDER: Volksbildung; POREDOS: Urania.

## **Stadt in Bewegung**

### **Turnen und Sport im Graz der Zwischenkriegszeit**

Der Erste Weltkrieg hatte von der Grazer Bevölkerung einen hohen Tribut gefordert. Tausende Männer waren an der Front gefallen, viele in Kriegsgefangenschaft geraten. Die soziale und wirtschaftliche Not der unmittelbaren Nachkriegszeit war geradezu erdrückend, und die Zukunft der aus der Erbmasse der Donaumonarchie entstandenen Republik (Deutsch-)Österreich schien höchst ungewiss. Das zeigte sich auch in der Steiermark, wo das neu gegründete Königreich der Slowenen, Kroaten und Serben (SHS-Staat) seine territorialen Ansprüche zunächst durch militärische Besetzung süd- und untersteirischer Gebiete zu untermauern suchte. Aufgrund der Bestimmungen des Vertrages von St. Germain verlor Österreich die Untersteiermark 1919 schließlich auch de jure an den SHS-Staat. Die Meinung, wonach der „Rumpfstaat“ Österreich wirtschaftlich nicht lebensfähig sei, war in der Steiermark weit verbreitet. 1921 wurde eine steirische Volksabstimmung über den sehr populären Anschluss an Deutschland im letzten Moment abgesagt.<sup>1</sup>

Viele Grazerinnen und Grazer suchten damals nach Zerstreuung und Ablenkung vom tristen Alltag – und fanden diese vielfach im Sport. So erfuhr das Sport- und Turnwesen in der steirischen Landeshauptstadt nach dem Ersten Weltkrieg eine rasche Wiederbelebung und erreichte eine überaus hohe gesellschaftliche Relevanz. Begünstigt wurde all dies durch eine moderne Sozialpolitik (unter anderem Achtstundentag), die nicht zuletzt der Arbeiterschaft bis dahin ungekannte Freizeitmöglichkeiten einräumte. Im wahrsten Sinn des Wortes war die Stadt in Bewegung: In Scharen pilgerten die Menschen zu den Sportveranstaltungen, viele engagierten sich – als Sportler und/oder als Funktionäre – in Vereinen: So wurde 1919 auf der Grazer Trabrennbahn ein Radrennen vor 5.000 Zuschauern ausgetragen. Zu einem wahren Volksfest mit hohem sportlichen Prestige avancierte der seit 1919 jährlich veranstaltete Staffellauf „Rund um den Schlossberg“: Nicht selten säumten über 10.000 Zuschauer die Strecke, während das Starterfeld mehr als 2.000 Läufer umfasste. Der Lauf wurde bis 1969 insgesamt 40 Mal ausgetragen.<sup>2</sup>



Abb. 1: Fußballmatch Steiermark vs. Schweden auf dem Grazer Sturmplatz (Quelle: Archiv SK Sturm/Herbert Troger)

Hohen Stellenwert genoss natürlich das runde Leder. Nach Wien, wo 1924 der Profifußball eingeführt wurde, galt der Grazer Fußball in den 1920er-Jahren als zweite Kraft in Österreich. Bereits in den jungen Jahren der Ersten Republik war das Zuschauerinteresse groß. Das Fußballspiel einer steirischen Auswahl gegen die Nationalmannschaft von Schweden fand 1921 auf dem Grazer Sturmplatz vor einer Rekordkulisse von 7.000 Besuchern statt.<sup>3</sup> Schon bald bildeten sich auch bei den Grazer Fußballklubs zumindest semiprofessionelle Strukturen heraus.

Neben Fußball erfreuten sich weitere Sportarten großer Beliebtheit: Allen voran das Turnen, für das eine nahezu ungebrochene Begeisterung herrschte. Allein die Vereine des Deutschen Turnerbundes umfassten 1919 nicht weniger als 3.323 Mitglieder (darunter immerhin 542 Turnerinnen).<sup>4</sup> Daneben etablierten sich beispielsweise aber auch Handball, Tennis, Tischtennis, Ringen und Boxen, der Ski- und Eisstocksport sowie der Wassersport. Letzterer erreichte durch die Großveranstaltung „Quer durch Graz“, bei der die Teilnehmer von der Militärschwimmschule bis zur Radetzkybrücke schwammen, besondere Popularität. Bei der Premiere im Juli 1919 starteten 46 Teilnehmer in sieben Gruppen; nicht weniger als 30.000 Zuschauer säumten die Strecke, sogar ein Filmteam war anwesend. Das Massenspektakel wurde in den Jahren danach mehrfach wiederholt, schief schließlich aber wegen der Murregulierung und der damit einhergehenden Gefährdung der Schwimmer durch zu hohe Fließgeschwindigkeit wieder ein.<sup>5</sup>

## Vereinswesen

Zu den traditionsreichsten Grazer Vereinen der Zwischenkriegszeit<sup>6</sup> überhaupt zählten die Turnvereine: allen voran der Allgemeine Deutsche Turnverein Graz (gegründet 1862 als Allgemeiner Turnverein Graz, ATG) und der 1864 gegründete Akademische Turnverein (ATV). Neben dem klassischen Turnen wurden in diesen Vereinen auch andere Sportarten (zum Beispiel Feldhandball, Leicht- und Schwerathletik, Wintersport) gepflegt. Eine frühe Blüte hatten zudem seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die Radsportvereine erlebt, in denen sich auch Frauen begeistert engagierten. Im Gegensatz zum Turnen war der Radsport in der Zwischenkriegszeit aber eher rückläufig.<sup>7</sup>

Von großer Bedeutung für den Grazer Sport der 1920er- und 1930er-Jahre waren die Allroundsportvereine. Am bekanntesten: der Grazer Athletiksport Klub (GAK, gegründet 1902)<sup>8</sup>, der mit seinen zahlreichen Sektionen (Fußball, Eishockey, Eislaufsport, Feldhandball, Leichtathletik, Schwimmen, Tennis, Tischtennis, Wasserspringen) große Erfolge feiern konnte. Der Körpersportklub Graz (1927 gegründet als Sport- und Kunstverein Kastner & Öhler Graz) war in den 1930er-Jahren insbesondere mit seiner Fußball- (FC Graz)<sup>9</sup>, aber auch mit der Boxsektion (BC Graz) erfolgreich. Den jüdischen Sport repräsentierte der 1919 gegründete SC Hakoah<sup>10</sup> (Sektionen unter anderem Fußball, Leichtathletik, Turnen, Schwimmen), der in den 1920er-Jahren seine Hochblüte erlebte.

Als Allroundverein versuchte sich zwischenzeitlich auch der Grazer Sportklub Sturm (gegründet 1909)<sup>11</sup> zu positionieren, indem er eine Handball- und eine Tennissektion unterhielt. Trotz einiger Achtungserfolge im Handball blieb Sturm aber im Wesentlichen auf den Fußball konzentriert und lieferte sich hier packende Duelle mit seinen Stadtrivalen Grazer Sportklub Straßenbahn (GSC, gegründet 1923)<sup>12</sup> und GAK. Als weiteres Spitzenteam konnte sich der SC Südbahn (gegründet 1921 als SC Südbahn-Heizhaus) etablieren.

Namhafte Vereine gab es auch in anderen Sportarten: im Boxen den BC Heros (gegründet 1931), in der Schwerathletik den Arbeiter Athletik Club Graz (AAC Graz, 1897 gegründet als Eisenbahner Arbeiter Athletik-Klub Herkules Graz, 1930 umbenannt in Athletik Club Graz); im Tennis und Tischtennis den Akademischen Sportverein (ASV, gegr. 1926), im Radsport Schönau Graz; im Fechten den Steiermärkischen Landesfechtclub (STLFC, gegründet 1876); im Skisport den Akademischen Skiklub Graz (ASC, gegründet 1911); im Eisstockschießen den ESV Kapellenwirt, im Eislaufen den Grazer Eislaufverein (gegründet 1921), im Kanusport den Faltboot Klub Wikinger, im Motorsport die Steirische Motor-Rennfahrer-Vereinigung (ab 1933 Grazer Motorsport-Club) und im Sportschießen den Schützenverein der Landeshauptstadt Graz.

## Sport, Ideologie und Politik

Die ideologischen und (partei-)politischen Verhältnisse der Zwischenkriegszeit bildeten sich auch im Turn- und Sportwesen der steirischen Landeshauptstadt ab. Das galt insbesondere für das Turnen, wo es neben den deutschnationalen (Deutsche Turngemeinde sowie die Traditionsvereine ADTV und ATV) christliche (Christlich-Deutsche Turnerschaft) und sozialdemokratische Bewegungen (ASKÖ) gab. Der in der Steiermark traditionell starke Deutschnationalismus schlug nicht zuletzt beim Allround-Sportverein GAK durch, der seit der Gründung 1902 bis 1938 durchgehend einen Arierparagraphen in seinen Satzungen verankert hatte. In den Gründungsstatuten des GAK hieß es folglich: „Mitglieder können nur Deutsche arischer Abkunft werden.“<sup>13</sup> Denselben Wortlaut trug der Arierparagraph in den Satzungen des SK Sturm aus dem Jahr 1912.<sup>14</sup> An den antisemitischen Auswüchsen im steirischen Fußball der 1920er-Jahre beteiligte sich Sturm zwar nicht, aus den Vereinsstatuten verschwand der Paragraph aber erst 1932.<sup>15</sup> Der GAK hingegen hielt während der gesamten Zwischenkriegszeit am Arierparagraphen fest. Soweit die Theorie, die in der Praxis jedoch immer wieder durchbrochen wurde – keineswegs nur dadurch, dass in den Reihen der GAK-Fußballer auch Spieler standen, die sich offen zu linken Ideen bekannten.<sup>16</sup> Unter anderem pflegte die Wasserballsektion des GAK zwischenzeitlich eine Spielgemeinschaft mit der Hakoah.<sup>17</sup> Die Widersprüchlichkeit des Antisemitismus beim GAK unterstreicht folgende Episode: Anlässlich der Feierlichkeiten zu ihrem 25-jährigen Bestehen 1927 verwiesen die Athletiker öffentlich zwar voller Stolz auf „ihren“ Arierparagraphen, erhielten bei dieser Gelegenheit aber gleichzeitig „Freundschaftsgeschenke“ von den Hakoah-Vereinen aus Graz und Wien.<sup>18</sup>

Auch im steirischen Skisport hatte der Arierparagraph zunächst seinen fixen Platz: Am 10. Oktober 1920 wurde in Graz der „Steirische Skiverband“ gegründet, der in seinen Satzungen festlegte: „Der junge Verband steht auf deutsch-arischer Grundlage und macht es seinen Mitgliedern zur Pflicht, nur Deutsche arischer Abstammung als Vereinsmitglieder aufzunehmen.“<sup>19</sup> Der Streit um den Arierparagraphen durchzog die ersten Jahre der Geschichte des ÖSV und führte mehrfach zu Verbandsspaltungen. Die Steirer, in erster Linie von Grazer Funktionären vertreten, gehörten hier meist zu den „Hardlinern“. Der steirische Verband zählte auch zu jenen Landesverbänden, die 1921 den „Deutschvölkischen Skiverband“ innerhalb des ÖSV bildeten. Dieser löste sich 1924 wieder auf.<sup>20</sup>

Die ab der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre stetig zunehmende innenpolitische Radikalisierung, namentlich vor allem zwischen sozialdemokratischem und bürgerlichem Lager, machte vor dem Sport nicht halt. So kam es im Jahr 1927 zu einer Spaltung im Fußball, die neben dem bürgerlichen Steirischen Fußballverband einen Steirischen Amateur-Fußballverband (den StAF, der seinerseits ein Unterverband der sozialdemokratischen Vereinigung der Amateurfußballer Österreichs, kurz VAFÖ, war) hervorbrachte.

Der StAF wurde im Jänner 1927 im Klubzimmer der Grazer Arbeiterkammer ins Leben gerufen. De jure handelte es sich hier um keine Neugründung, sondern schlicht um eine Umbildung, hatten die Befürworter der VAFÖ innerhalb des Steirischen Fuß-

ballverbandes (StFV) doch eine Majorität erreicht. Der StAF war daher genau genommen keine Abspaltung, sondern der eigentliche Rechtsnachfolger des StFV (ebenso verhielt es sich auf Bundesebene, wo die VAFÖ legitimer Nachfolger des ÖVF war).<sup>21</sup> Während der bürgerliche StFV in seinen Statuten stets Überparteilichkeit betont hatte, hieß es nun beim StAF: „Der StAF erkennt nur jene Fußballvereine in der Steiermark als Mitglieder an, die den Nachweis erbringen, dass mindestens 2/3 des Ausschusses Mitglieder der soz.[ialdemokratischen, Anm. d. A.] Partei sind“.<sup>22</sup>

Der StFV konstituierte sich daraufhin neu unter dem Dach des neu geschaffenen Allgemeinen Österreichischen Fußball-Bundes (AÖFB). Aufgrund der rechtlichen Verhältnisse war der AÖFB gezwungen, der VAFÖ sämtliche durch den ÖVF errungene Titel und die Mitgliedschaft in der FIFA abzukaufen. Typischen Merkmalen des Profifußballs wie Starkult und Individualismus (Rückennummern) stand die VAFÖ ablehnend gegenüber.<sup>23</sup>

Einige bekannte steirische Klubs, darunter Südbahn, Eggenberg und Gratkorn, traten der VAFÖ bei, nicht aber Donawitz und SK Kapfenberg, die großen Vereine aus der obersteirischen Industrieregion. 1928 benannte sich der StAF in Steirischer Arbeiterfußballverband um, mittlerweile gehörten ihm 27 Vereine an.<sup>24</sup> Nicht wenige prominente Vereine, die inzwischen auch im Arbeitermilieu stark verankert waren (etwa Sturm oder der GSC), waren damals durch die politischen Diskussionen – zahlreiche Mitglieder und Funktionäre sympathisierten offen mit der VAFÖ – ernsthaft von einer Spaltung bedroht. Sturm verlor zwar einige Spieler, konnte eine Spaltung jedoch mit Mühe verhindern.<sup>25</sup> Indessen trat aus dem GSC eine Gruppe aus und schloss sich als Sportklub Freier Straßenbahner dem VAFÖ an. Hieß es in den Gründungsstatuten der Freien Straßenbahner, dass „ausübende Mitglieder [...] nur Bedienstete der Straßenbahn und deren nächste Angehörige werden“ können,<sup>26</sup> so wurde dieser Passus 1929 geändert. Nun hieß es: „Ausübende Mitglieder können nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte, oder der sozialdemokratischen Partei angehörende Mitglieder werden.“<sup>27</sup>

Als Reaktion darauf positionierten sich der GSC und Sturm in ihren Statuten explizit als „unpolitisch“. Beim GSC hieß es etwa: „Der Verein steht auf vollkommen unpolitischer Grundlage und übt seine Tätigkeit im Rahmen der unpolitischen Sportverbände aus. Eine Stellungnahme zu politischen Fragen innerhalb des Vereins ist absolut unzulässig.“<sup>28</sup> Und bei Sturm: „Parteilpolitische Tendenzen sind ausgeschlossen, der Verein steht auf vollkommen parteiloser Grundlage.“<sup>29</sup>

Aufgrund der Weltwirtschaftskrise kehrten Anfang der 1930er-Jahre prominente Grazer VAFÖ-Vereine (Südbahn, Eggenberg) unter das Dach des bürgerlichen Verbandes zurück, dessen Spielbetrieb mehr Zuschauer anlockte und daher ökonomisch lukrativer war.<sup>30</sup> Die VAFÖ wurde schließlich am 19. Februar 1934, wenige Tage nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes von Teilen des Republikanischen Schutzbundes (Februarkämpfe), von der autoritären Regierung Dollfuß behördlich aufgelöst.<sup>31</sup>

Ein ähnliches Bild begegnet uns im Handball, wo es im Jahr 1929 nicht weniger als sieben miteinander konkurrierende Verbände gab. Die Palette der politischen Zuordenbarkeit reichte hier vom äußersten rechten Rand des Deutschnationalismus über

die Christlich-Deutsche Turnerschaft bis hin zu den sozialdemokratisch ausgerichteten Plattformen (Arbeiter-Handballverband beziehungsweise Arbeiter-Turnvereine). Das Chaos wurde schließlich durch die Existenz eines unpolitischen Handballverbandes und eines Heeressport-Verbandes komplettiert. Erst 1932 kam es zu einer Lösung, als sich die Verbände zum Steirischen Handballverband zusammenschlossen und dem Österreichischen Handballbund (ÖHB) beitraten.<sup>32</sup>

Dem politischen Rahmen entsprechend, schossen vor allem ab dem Beginn der 1930er-Jahre in der Steiermark allorts Vereine der paramilitärischen Heimwehren (Steirischer Heimatschutz) aus dem Boden. So auch in Graz, wo sich 1934 der Steiermärkische Heimatschutz-Sportklub (HSK) gründete, als dessen Präsident kein Geringerer als Landesstatthalter Graf Barthold Stürgkh fungierte. 1936, mit der Auflösung der Heimwehren, benannte sich der Klub in Grazer Sportvereinigung um<sup>33</sup> – als Relikt aus der Heimwehrzeit blieben die Vereinsfarben weiß-grün bestehen.

Überhaupt wurde der Sport- und Turnbetrieb ab 1934 von den Gleichschaltungsambitionen des autoritären „Ständestaates“ erfasst. Nach den Februartkämpfen wurden zunächst die sozialdemokratischen Vereine und Verbände, nach dem Juliputsch schließlich (vor allem Turn-)Vereine mit Nähe zur illegalen NS-Bewegung behördlich aufgelöst. Diese Auflösungen betrafen unter anderem auch den Steirischen Amateur-Fußballverband und den ATV. Die verbliebenen Verbände und Vereine, deren Mitglieder Sport und Turnen betrieben, wurden indes unter einem autoritären Dachverband, der Österreichischen Sport- und Turnfront (ÖSTF), zusammengefasst. An ihrer Spitze stand als Sportführer Vizekanzler und Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg. Dem Sportführer fiel auch die Aufgabe zu, in Abstimmung mit dem jeweiligen Landeshauptmann Sportkommissäre in den einzelnen Bundesländern einzusetzen. Landessportkommissär in der Steiermark wurde Franz Ircher, langjähriger Funktionär des GAK und nach dem Zweiten Weltkrieg Chefredakteur der Kleinen Zeitung.<sup>34</sup>

Nach dem „Anschluss“ 1938 wurde die ÖSTF vom Deutschen beziehungsweise Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen abgelöst. Anders als im „Ständestaat“, wo beispielsweise die Hakoah ein fester Bestandteil der ÖSTF gewesen war, wurden jüdische Vereine, Sportler und Funktionäre nun vom Sportbetrieb ausgeschlossen.<sup>35</sup> Die Grazer Hakoah wurde liquidiert.<sup>36</sup> Ein ähnliches Schicksal ereilte den Körpersportklub Graz. Der Verein stellte seine Tätigkeit 1938 ein,<sup>37</sup> nachdem sein von den Nationalsozialisten als jüdisch eingestufteter Präsident, der Großkaufmann Franz Öhler, zwangsweise aus dem Unternehmen Kastner & Öhler ausgeschieden und ins Ausland geflüchtet war.<sup>38</sup> Zum obersten NS-Sportfunktionär (Sportkreisführer) im Gau Steiermark wurde der aus Deutschland stammende Paul Geißler, ADTV-Funktionär und Professor für Leibesübungen im II. Bundes-Gymnasium (Oeversee), bestellt.

Zum Teil herrschte also eine klare politische Zuordnung der Sportvereine und -verbände, und von den Regimen 1934–1938 beziehungsweise 1938–1945 wurde der Sport instrumentalisiert. Nicht zu unterschätzen sind in diesem Zusammenhang jedoch Schlagworte wie Vereinsindividualismus und -egoismus. Viele Vereine ließen sich nicht in ein klares parteipolitisches Schema pressen, denn im Vereinsalltag standen im Allgemeinen sportliche Gesichtspunkte im Vordergrund. Der parteipolitische

Einfluss blieb hier begrenzt, wobei es im Ausmaß natürlich Unterschiede zwischen einzelnen Sportarten gab; so war etwa das Turnen ungleich ideologischer aufgeladen als beispielsweise der Fußball.<sup>39</sup>

## Sportstättenbau

Trotz der alles andere als rosigen Wirtschaftslage wurde in Graz durchaus in den Sportstättenbau investiert. Der Umstand, dass die steirische Landeshauptstadt eine Hochburg des österreichischen Wassersports war, schlug sich im Freizeitverhalten der Bevölkerung und somit in einer regen Bautätigkeit nieder: Schwimmbäder wie das Stukitzbad, das Margarethenbad, das Augartenbad oder das Pammerbad wurden in den 1920er- und 1930er-Jahren eröffnet. Zu den größeren Bauprojekten gehörten darüber hinaus das Stadion Eggenberg (errichtet von der Kammer für Arbeit und Wirtschaft) und der Landes-Turn- und Sportplatz.<sup>40</sup> Im aufstrebenden Skisport konzentrierten sich die Bemühungen indessen eher auf spektakuläre Neubauten in der Umgebung von Graz (Skisprungschanzen in Thal und Laßnitzhöhe).<sup>41</sup>

Besonders kräftig fielen die Investitionen jener Grazer Fußballklubs aus, die in den 1930ern bestrebt waren, den Anschluss an die starken Wiener Vereine zu finden. Mit der Unterstützung potenter Sponsoren – unter anderem Kastner & Öhler, die Brüder



Abb. 2: Das neu eröffnete Stadion des Grazer Sportklubs (Straßenbahn), 1937 (Quelle: Archiv Grazer Sportclub/Franz Janach)

Reininghaus und die Grazer Tramway Gesellschaft – erfuhren die infrastrukturellen Rahmenbedingungen eine deutliche Verbesserung. Vorzeigeprojekte waren die im Jahr 1934 eröffnete (und heute noch bestehende) Sitzplatztribüne am Sturmplatz<sup>42</sup> und das neue Stadion des GSC in der Conrad von Hoetzensdorf-Straße, welches 1937 in Betrieb ging. Dieses in unmittelbarer Nähe zum Ostbahnhof gelegene Stadion wurde im Zweiten Weltkrieg durch zahlreiche Bombentreffer völlig zerstört und konnte nach 1945 nur provisorisch wiedererrichtet werden. Ihre ursprüngliche Pracht sollte die noch bis 2006 bestehende Sportstätte der Straßenbahner, bei ihrer Eröffnung ein wahres „Schmuckkästchen“, nie wieder erreichen.<sup>43</sup>

Abgesehen von den Neuinvestitionen blieben die sportlichen Aktivitäten ansonsten auf die traditionellen Plätze, Hallen und Anlagen konzentriert, die noch in der Zeit der Monarchie errichtet worden waren: Ein bedeutsames Zentrum war der GAK-Platz in der Körösisstraße. Bei diesem handelte es sich um eine klassische Allroundsportanlage mit einem Rasenfeld für Fuß- und Handball, Leichtathletikbahnen und -anlagen sowie angeschlossenen Tennisplätzen. Für Sportveranstaltungen wurde auch die Trabrennbahn bei der Grazer Messe intensiv genutzt: Die Aschenbahn war unter anderem Schauplatz spektakulärer Rad- und Motorradrennen (Vorläufer des heutigen Speedway).

## **Persönlichkeiten und Erfolge**

In der Zwischenkriegszeit gab es in Graz zahlreiche Sportler, die über die Steiermark hinaus höchst erfolgreich waren.<sup>44</sup> Eine Klasse für sich: Die Leichtathleten des GAK, denen es gelang, die jahrelange sportliche Vormachtstellung ihrer Wiener Konkurrenten zu brechen. Herausragend waren die Topläufer Karl Glaser (1929 Österreichischer Meister über 100 Meter) und der mehrfache Österreichische Meister und Olympiateilnehmer Ferdinand Friebe, dessen Stärke die Mittelstrecken über 800 und 1.500 Meter waren. Mehrere österreichische Mittelstreckentitel errang auch Hubert Pügl. Bei den Österreichischen Meisterschaften im Speerwurf triumphierten Josef Kastner (1923) und Fritz Umfahrer (1924–1925 und 1927–1929). Letzterer war, ebenso wie sein Klubkollege Ernst Zahlbrucker (Österreichischer Meister 1930), auch ein überaus erfolgreicher Hochspringer und konnte in dieser Disziplin ebenfalls einen Staatsmeistertitel nach Graz holen (1927). Im Stabhochsprung stellte Raimund Held im Mai 1927 mit 3,70 Metern einen österreichischen Rekord auf, im Kugelstoßen errang Hans Volckmar als erster Nicht-Wiener 1922 den Österreichischen Meistertitel. 15 Jahre später sollte es Adolf Kamputsch (ebenfalls GAK) gelingen, dieses Kunststück zu wiederholen.

Was in der Leichtathletik der GAK, war im Geräteturnen der ADTV, der hier in den diversen Wettkämpfen von 1932 bis 1938 die einzige steirische Mannschaft stellte. 1938 wurde Jordan „Dano“ Fabian „Ostmarkmeister“ im Barrenturnen.

Auch Weltmeistertitel konnten in die Landeshauptstadt geholt werden: Der (bis heute) einzige Ringerweltmeister aus Graz hieß Viktor Fischer. Der Athlet vom AAC Graz errang 1920 bei der Heim-WM in Wien die Goldmedaille. Im Alpinen Ski-

sport der 1930er-Jahre zählte die Grazerin Gerda Paumgarten zu den Topläuferinnen. 1933 errang sie bei den FIS-Wettkämpfen in Innsbruck Bronze in der Abfahrt und Silber in der Kombination. 1936 gewann sie die FIS-Wettkämpfe in Innsbruck im Slalom und die Bronzemedaille in der Kombination. Beide Wettkämpfe wurden nachträglich als Weltmeisterschaften anerkannt.<sup>45</sup> Für die Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen war sie – wie so viele andere österreichische Athleten – als „Skilehrerin“ und damit als Profi wegen des olympischen „Amateurparagraphen“ nicht startberechtigt. Auch Gerda Paumgartens Bruder Harald war überaus erfolgreich: 1933 gewann er bei den Nordischen Weltmeisterschaften in Innsbruck Bronze mit der österreichischen Langlaufstaffel.

Indessen zeigte sich der Aufschwung des Wassersports nicht nur durch strukturelle Verbesserungen, sondern ebenso durch Vorzeigethleten und sportliche Erfolge: Robert Köllner, schon 1911 nach Graz übersiedelt und selbst erfolgreicher Schwimmer und Kunstspringer, avancierte zum erfolgreichen GAK-Trainer. Eine seiner Schülerinnen war Ludovika Sölkner. Sie gewann 1923 und 1926 die österreichischen Meisterschaften im Kunstspringen und nahm als erste Grazerin an Olympischen Spielen teil.<sup>46</sup> Bei den Olympischen Sommerspielen 1924 in Paris schied sie etwas unglücklich und nur knapp schon in der Vorrunde aus.<sup>47</sup>

Zu sportlichem Ruhm bei den Olympischen Winterspielen 1936 in Garmisch-Partenkirchen brachte es der Grazer Revierinspektor Ignaz Reiterer, Kommandant des Gendarmeriepostens von Liebenau. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hatte die Eisschützen eingeladen, ihren Sport als Vorführbewerb zu repräsentieren. Reiterer entschied das Zielschießen für sich. Seine „Goldene“ hatte zwar nur Symbolcharakter, dennoch wurde der Revierinspektor später als „erster steirischer Olympiasieger“ gefeiert.

Bemerkenswerte Erfolge gab es zudem in den Ballsportarten: Im Tennis erhielt 1927 Hermann von Artens (GAK) als erster Nicht-Wiener eine Berufung ins österreichische Daviscupteam. 1938 holte die Herrenmannschaft des GAK den Österreichischen Meistertitel. Die Handballer Walter Reisp und Franz Brunner (beide GAK) spielten bei den Olympischen Spielen 1936 höchst erfolgreich in den Reihen der Nationalmannschaft und errangen die Silbermedaille.

Der bekannteste Grazer Fußballer der Zwischenkriegszeit war zweifellos Rudi Hiden. Beim GAK groß geworden, wechselte der Torhüter 1927 nach Wien zum damaligen Spitzenklub WAC. Internationale Berühmtheit erlangte Hi-



Abb. 3: Torhüter von Weltformat: der Grazer Rudi Hiden (Quelle: Sammlung H. Rienessel/Hiden-Museum des StFV)

den als Keeper des legendären österreichischen Wunderteams. Ab 1933 spielte er in Frankreich für Racing Paris (und später sogar für die „Équipe Tricolore“).<sup>48</sup> Weitere Meilensteine im Fußball: Der GSC absolvierte 1934 eine aufsehenerregende Ostasientournee, wofür ihm große Ehre zuteilwurde: Von der Steiermärkischen Landesregierung erhielten die Straßenbahner die offizielle Berechtigung, den Panther, das offizielle steirische Wappentier, in ihrem Vereinseblem zu führen.<sup>49</sup> 1938 schaffte der GSC als erster steirischer Klub den Aufstieg in die höchste Spielklasse (damals „Gauliga“). 1929, 1931 und 1932 gewann der GAK, 1934 der SK Sturm den Österreichischen Amateurstaaatsmeistertitel.<sup>50</sup>

## Schluss

Insgesamt entfaltete sich im Graz der Zwischenkriegszeit ein durchaus reger Sportbetrieb – und zwar sowohl im Breiten- als auch im Spitzensport. Die Erfolge der steirischen Sportler und Athleten, Mannschaften und Vereine waren beachtlich.

Natürlich stellten der „Schwarze Freitag“ 1929 und die darauffolgende Weltwirtschaftskrise die Sport- und Turnvereine vor eine große ökonomische Herausforderung, an der schließlich so mancher Verein zerbrach. Und wenngleich sich Vereine wie der SK Sturm etwa mit Ausspeisungen sozial für ihre Sportler engagierten, wurde in dieser Zeit doch vielen die Existenzgrundlage entzogen. Nicht wenige Sportler näherten sich der (illegalen) NSDAP an beziehungsweise traten ihr bei.<sup>51</sup>

Dennoch blieb der Sport auch in diesem Umfeld ein Phänomen von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Nach dem „Anschluss“ 1938 von den neuen Machthabern als Mittel zur Ideologisierung (Sport als Wehrrtütigung) und – frei nach dem Motto „Brot und Spiele“ – zur Systemstabilisierung instrumentalisiert, bewahrte er sich diese Position – mit einer gewissen Resistenz, durchaus aber auch begünstigt durch die politischen Vereinnahmungsversuche, die sich nicht zuletzt in ökonomischen Zugeständnissen an die Vereine niederschlugen – zunächst auch in der Zeit des Nationalsozialismus. Erst im Zweiten Weltkrieg sahen sich die Sportler und Funktionäre zunehmend mit Schwierigkeiten konfrontiert. Je länger der Krieg andauerte, desto weniger war in Graz an einen geregelten Sportbetrieb zu denken. Im Herbst 1944 kam dieser aufgrund des alliierten Bombenkrieges schließlich völlig zum Erliegen.<sup>52</sup>

Die Reanimierung im Jahr 1945 gelang – wie schon nach dem Ersten Weltkrieg – sehr rasch. Wieder gab es zahllose Probleme politischer und wirtschaftlicher Natur; wieder war die Stadt in Bewegung, als sich die Grazer Bevölkerung auf der Suche nach Ablenkung und Zerstreung dem Sport zuwandte ...

- 1 Siehe Stefan KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur, Graz 2005.
- 2 Vgl. Harald SCHAUPP: Sportstadt Graz. Hundert Jahre Sport in der steirischen Landeshauptstadt, Graz 1998, 123–125.
- 3 Martin BEHR, Herbert TROGER: Wir sind Sturm! 100 Jahre Grazer Fußballgeschichte, Graz 2009, 30.
- 4 Arnold JARITZ: Sport in der Steiermark. Ungedruckter Endbericht, Graz 2005, 17.
- 5 Arnold JARITZ: Wassersport in Graz im 20. Jahrhundert, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 21/22, Graz 1991, 99–122, hier: 107.
- 6 Siehe hier, sofern nicht anders angegeben: SCHAUPP: Sportstadt Graz, sowie Walter M. IBER: Erst der Verein, dann die Partei. Der steirische Fußball und seine Traditionsclubs im Nationalsozialismus, Graz 2015.
- 7 Hilde HARRER: Grazer Radfahrvereine 1882–1900. Ein Beitrag zur Geschichte des steirischen Radfahrwesens, Graz 1998; DIES.: Radfahren in Graz bis 1900. Zur Entwicklung des Radfahrvereinswesens und des Radsports in Graz, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 21/22, Graz 1991, 47–97; Wolfgang WEHAP: frisch, radln, steirisch – eine Zeitreise durch die regionale Kulturgeschichte des Radfahrens, Graz 2005.
- 8 Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Sicherheitsdirektion, SD-Ver. 600/2001 (GAK), Gründungssatzungen von 1902.
- 9 StLA, LReg 206, So-39/1938, Vereinsakt Sportverein Kastner & Öhler.
- 10 StLA, Vereinskataster, LReg 206, So-012/1936 (SC Hakoah).
- 11 Die statutengerechte Gründung erfolgte allerdings erst im Jahr 1912. StLA, SD-Ver. 1253/2000 (Sturm Graz).
- 12 StLA, Sicherheitsdirektion, SD-Ver. 367/1979 (GSC).
- 13 StLA, Sicherheitsdirektion, SD-Ver. 600/2001 (GAK), Satzungen des Grazer Athletik Sportclubs v. 1902.
- 14 Archiv SK Sturm, Satzungen v. 1912.
- 15 StLA, Sicherheitsdirektion, SD-Ver. 1253/2000 (Sturm Graz).
- 16 Zu diesen zählte Franz Nemschak, 1931/32 Torhüter des GAK. Nemschak wuchs als Sohn einer Arbeiterfamilie in Graz auf und wandte sich in jungen Jahren der Sozialdemokratischen Partei, später, nach dem Februar 1934, der Kommunistischen Bewegung zu. In der NS-Zeit unterhielt der promovierte Rechts- und Staatswissenschaftler enge Kontakte zum Widerstand (Gruppe Eichholtzer) und galt als politisch unzuverlässig. Nach Kriegsende gründete Nemschak das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und hatte schließlich auch in der österreichischen Koordinationsstelle für den Marshallplan (ERP-Büro) eine federführende Rolle inne. Über ihn: WIFO-Monatsberichte 8/1987, 491.
- 17 Michael RATH: Zwischenkriegszeit (1918–1939), online unter: <http://www.grazerak.at/index.php/die-zwischenkriegszeit> (abgerufen am 15.7.2018).
- 18 GAK-Mitteilungen, Nr. 10. (Jubiläumsausgabe), 15.10.1927.
- 19 Theodor HÜTTENEGGER, Max PFLIEGER: Steirische Ski-Geschichte, Graz 1967, 84.
- 20 Es war dies freilich nicht das letzte Mal, dass es zu Verwerfungen im ÖSV kam. Siehe ausführlich bei: HÜTTENEGGER, PFLIEGER: Steirische Ski-Geschichte, 84.
- 21 StLA, LReg 206, Fu-17/1934 (Steirischer Fußballverband), Bescheid v. 31.1.1928.
- 22 Ebenda, Statuten des StAF v. 1927.
- 23 Michael JOHN: Österreich, in: Christiane EISENBERG (Hg.): Fußball, soccer, calcio. Ein englischer Sport auf seinem Weg um die Welt, München 1997, 65–93, hier: 71.
- 24 STEIRISCHER FUßBALLVERBAND (Hg.): 50 Jahre Steirischer Fußballverband, Graz [1961], 373f.
- 25 BEHR, TROGER: Wir sind Sturm, S. 42f.
- 26 StLA, LReg 206, So-37/1934 (Sportklub Freier Straßenbahner), Gründungsstatuten v. 1926.
- 27 Ebenda, Protokoll-Niederschrift, 4.4.1929: Statutenänderung in der Generalversammlung v. 16.3.1929.
- 28 StLA, Sicherheitsdirektion, SD-Ver. 367/1979 (GSC), Auszug aus dem Protokoll der außerordentlichen Vollversammlung vom 2.11.1928.
- 29 Archiv SK Sturm, Satzungen des Grazer Sportklubs „Sturm“ v. 1932. Sturm-Obmann Reistenhofer untermauerte dies, indem er das Tragen politischer Abzeichen bei Klubsitzungen und Vereinsveranstaltungen verbot. Stadtarchiv Graz (StAG), NS-Registrierung, A 2a 103 – R367/48, Niederschrift Franz Reistenhofer, 10.4.1948.
- 30 STEIRISCHER FUßBALLVERBAND: 50 Jahre, 375.
- 31 StLA, LReg 206, Fu-17/1934 (Steirischer Fuß-

- ballverband), Bescheid des Bundeskanzleramtes (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit), 19.2.1934.
- 32 Vgl. SCHAUPP: Sportstadt Graz, 54.
- 33 StLA, Reg 206 So-011/1936 (Sportvereinigung G.S.V.)
- 34 STEIRISCHER FUßBALLVERBAND: 50 Jahre, 53.
- 35 Heimo HALBRAINER: „Keine ausschließliche Turn- und Sportbewegung“. Jüdischer Sport in der Steiermark am Beispiel des jüdischen Turnvereins „Makkabi“ und der Hakoah, in: Gerald LAMPRECHT (Hg.): Jüdisches Leben in der Steiermark. Marginalisierung – Auslöschung – Annäherung, Innsbruck et al. 2004, 171–189, hier: 185.
- 36 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), ZNsZ RK Materie 1600, IVAc 31-N-20: Sportklub Hakoah Graz.
- 37 HALBRAINER: „Keine ausschließliche Turn- und Sportbewegung“, 135.
- 38 Öhler floh nach Zagreb und unterstützte von dort aus die Exilorganisation der Kommunistischen Partei Österreichs am Balkan. 1943 wurde Öhler verhaftet und ins KZ Buchenwald deportiert, wo er 1945, einen Tag nach der Befreiung, starb. Neue Steirische Zeitung, 14.6.1945, 4; Heimo HALBRAINER, Gerald LAMPRECHT, Ursula MINDLER: Unsichtbar. NS-Herrschaft: Widerstand und Verfolgung in der Steiermark, Graz 2008, 166.
- 39 Dazu ausführlich IBER: Erst der Verein, dann die Partei.
- 40 JARITZ: Sport in der Steiermark, 22.
- 41 Ebenda.
- 42 BEHR, TROGER: Wir sind Sturm, 58.
- 43 Franz JANACH: 85 Jahre Grazer Sportklub Straßenbahn 1923–2008. Unveröffentlichtes Manuskript [Graz 2009].
- 44 Hier und zum Folgenden, sofern nicht anders angegeben: SCHAUPP: Sportstadt Graz.
- 45 Elfriede WERTHAN, Heribert THALLER: Spuren die kein Wind verweht. 100 Jahre steirische Skigeschichte, Schladming 1990, 72–74.
- 46 Hannelore PFLIGER: Steirische Schwimmggeschichte bis 1945. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 1974, 112.
- 47 Sport-Tagblatt, 23.7.1924, 1; Christa HÖLLER: Olympia. Graz und die Olympischen Spiele 1912–2008, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 38/39, Graz 2009, 365–391, hier: 366.
- 48 <http://g-a-k.at/hiden/intro.htm> (abgerufen am 14.7.2018); David HERRMANN-MENG: Rudi Hiden. Die Hand des Wunderteams, Graz 2017.
- 49 JANACH: 85 Jahre Grazer Sportklub Straßenbahn.
- 50 Siehe STEIRISCHER FUßBALLVERBAND: 50 Jahre, 117–141 und 160–171.
- 51 Beispielsweise fanden sich unter jenen illegalen Nationalsozialisten, die nach dem Juliputsch ins Ausland flüchteten, einige Grazer Fußballer von Sturm, GAK und GSC. Vgl. IBER: Erst der Verein, dann die Partei, 54f.
- 52 Ebenda, 144.

# **Auf der Suche nach Freiheit und Selbstbestimmung**

**Ein Streifzug durch die anarchistischen Bewegungen in Graz 1918 bis 1938**

## **Was ist eigentlich Anarchismus?**

Kaum ein Begriff wurde so dauerhaft von Vorurteilen geprägt wie jener des Anarchismus. Bis heute verbreiten politische Kreise und beachtliche Teile der Massenmedien das Bild vom chaotischen, Bomben werfenden Anarchisten. Anhänger aller politischen, religiösen und vieler sozialen Bewegungen haben sich gewaltsamer Mittel bedient, auch einige Anarchisten. Doch wie der englische Philosoph Bertrand Russell schon 1918 betonte,

„Anarchisten benutzen Bomben, wie Regierungen es tun – für kriegerische Zwecke; aber auf jede Bombe, die ein Anarchist fabriziert, kommen viele Millionen von Regierungen hergestellte Bomben, und auf jeden Menschen, der durch anarchistische Gewalt getötet wird, kommen viele Millionen Menschen, die von der Gewalt der Staaten getötet werden.“<sup>1</sup>

Es ist kein Geheimnis, dass Anarchisten, vor allem Ende des 19. Jahrhunderts, Attentate begangen haben, und dass Anarchisten etwa während des Spanischen Bürgerkriegs im Kampf gegen den Faschismus auch zu Mitteln der Gewalt gegriffen haben. Doch Anarchisten haben auch radikal gewaltfreie Bewegungen ins Leben gerufen, die selbst das Recht auf Notwehr ablehnen.

In diesem Zusammenhang gilt es ein zweites Missverständnis aufzuklären. Unter „Anarchismus“ wird oft ein ideologisches System verstanden, zumindest eine einheitliche, festgeschriebene Weltanschauung. Tatsächlich handelt es sich aber um eine Vielzahl sozialer, ökonomischer und philosophischer Vorstellungen, die nur eines eint: das Ziel der Anarchie. „An die Stelle der Herrschaft von Menschen über Menschen tritt die Selbstorganisation der autonomen Persönlichkeiten, die ihre humanen Poten-

tialitäten voll realisiert haben.“<sup>2</sup> Zu solch einer Gesellschaft ohne Staat, ohne Parteien, ohne Zwangsverbände, ohne Kirchen, ohne institutionalisiertes Recht führen aus anarchistischer Sicht viele Wege, weshalb es letztlich auch ein Neben- und Miteinander sozial und wirtschaftlich unterschiedlich organisierter Gesellschaften geben soll. Verbindend sind nur: keine Herrschaft von Menschen über Menschen, Föderalismus und Dezentralismus, Selbstorganisation und freiwillige Verträge, Harmonie zwischen Mensch und Natur. So gesehen sollte man eigentlich von Anarchisten oder anarchistischen Bewegungen sprechen, und deren Vielfalt lässt sich auch am Beispiel der Stadt Graz nachvollziehen.

### „Vorgeschichtliches“<sup>3</sup>

Der sogenannte moderne Anarchismus war in Österreich ein Kind der Arbeiterbewegung. In dieser kämpften Anarchisten bis in die späten 1880er-Jahre gemeinsam mit Sozialdemokraten, radikalen Marxisten und Sozialrevolutionären. Ein Ende dieser von Anfang an problematischen Bruderschaft erfolgte im Mai 1887, als der Schneidermeister Johann Rismann (Grabe [zu Občina Središče ob Dravi]/Grabendorf 1864 – Graz 1936) in einem Wald bei Eggenberg (heute zu Graz) die Gruppe der „Autonomisten“ initiierte, die erste autonome anarchistische Gruppierung in Österreich. Diese war Basis der 1892 entstandenen österreichweiten anarchistischen Bewegung der „Unabhängigen Sozialisten“ mit den Zentren Wien, Graz, Linz und Klagenfurt.<sup>4</sup> Zu ihnen gehörte, als wohl bekanntester Grazer, seit 1893 der Bäckergehilfe Vinzenz



Abb. 1: August Krčal. Graz, um 1893 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

Muchitsch (Lenart v Slovenskih goricah/St. Leonhard in Windischbüheln 1873 – Mitterlaßnitz [zu Nestelbach bei Graz] 1942), der sich nach einer Haftstrafe 1896 aber der Sozialdemokratie zuwandte und später Grazer Bürgermeister wurde. Im Dezember 1893 fand in Graz der Aufsehen erregende Hochverratsprozess gegen Johann Rismann, den Bäckergehilfen August Krčal (Polná/Polna, Böhmen 1860 – Graz 1894)<sup>5</sup> und den Schriftsetzer Ferdinand Barth (Peggau 1862 – Wien 1913) statt, der zwar mit Freisprüchen endete, aber das Ende der „Unabhängigen Sozialisten“ in Graz einleitete.

Doch zuvor konnten zwei wichtige Institutionen geschaffen werden, die über Jahrzehnte zentrale Heimstätten der Grazer Anarchistinnen und Anarchisten waren. Die eine war die vom damaligen Obmann der anarchistisch geprägten „Gewerkschaft der Bäckerarbeiter Steiermarks“ Anton Notzar (Kutná Hora/Kuttenberg, Böhmen 1848 – Graz 1917) initiierte, am 27. November 1892 gegründete „Erste steiermärkische Arbeiter-Bä-

ckerei, reg. Gen. m. b. H.“ in Eggenberg Nr. 82 (heute Graz, Eggenberger Allee 30, 1903 verlegt zur Eckertstraße 55). Noch wichtiger wurde später der am 29. Juli 1893 konstituierte „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Verein“. In dessen Rahmen erschien auch am 5. April 1894 die Zeitschrift „Die Freiheit. Socialistisches Organ“ (Graz), die kurz darauf behördlich eingestellt wurde, deren Redakteur, der gelernte Handlungsgehilfe Samuel David Friedländer (Krnov/Jägerndorf 1865 – Vernichtungslager Treblinka 1942), 1894 zu neun Monaten schweren Kerkers verurteilt und 1895 aus dem Bezirk Graz Umgebung ausgewiesen wurde. Einen letzten Versuch startete die kleine Schar verbliebener „Unabhängiger Socialisten“ mit der Zeitung „Der Freie Socialist. Parteiloses Organ für geistige und wirthschaftliche Befreiung des Proletariats“ (Graz), von der aber vom Jänner bis März 1902 nur vier Nummern erschienen, die alle beschlagnahmt wurden.

Während die „Unabhängigen Socialisten“ fast jeden Einfluss auf die Grazer Arbeiterbewegung verloren hatten, gewann eine neue Tendenz anarchistischer Bewegungen an Bedeutung: die Kombination traditioneller anarchistischer mit sogenannten lebensreformerischen Ideen. Ein bemerkenswerter Vertreter dieser Strömung war Franz Prisching (Hart 1864 – Hart bei Graz 1919),<sup>6</sup> dessen Geburtshaus auf heutigem Grazer Gemeindegund, beim Parkplatz des Hauses Waltendorfer Hauptstraße 104, stand.

1897 schloss sich der Tagelöhner, der sich erst spät Lesen und Schreiben selbst beibrachte und der erst mit 31 Jahren eine Maurerlehre absolvierte, den „Unabhängigen Socialisten“ an und gab gemeinsam mit Mathias Trabi 1900 in Graz je eine Nummer zweier Zeitschriften heraus: im Februar „Neue Freiheit. Internationales Organ der Anarchisten deutscher Zunge“ und im März „Der freie Gedanke. Organ zur Verbreitung freiheitlicher Ideen“, beide undatiert und ohne Angabe des Erscheinungsorts. Zur Arbeiterbewegung zunehmend auf Distanz gehend, entwickelte Prisching eine durchaus eigene Form eines gewaltlosen, christlich-antikirchlichen, selbst- und lebensreformerischen Anarchismus. Im Zentrum seiner Weltanschauung stand das biblische Gebot „Du sollst nicht töten“, das nach Prisching zu einem „Ich will nicht töten“ weiterentwickelt werden sollte. Prisching, der vielfach bloß als Anhänger des gewaltfreien Anarchismus von Lev Nikolaevič Tolstoj (1828–1910) gesehen wurde, ließ sich keiner anarchistischen Bewegung zu- und unterordnen. Er wollte selbst kein „Tolstoianer“, sondern höchstens ein „Selberaner“ sein. Und als solcher strebte er danach, lebensreformerische Ideen wie Vegetarismus und Abstinenzlertum, Tierschutz, Bodenreform und Siedlungsbewegung, vor allem aber Gewaltlosigkeit, im alltäglichen Leben in beispielhafter Weise selbst vor- und auszuleben. Er gab mehrere



Abb. 2: Franz Prisching. Graz, im September 1904 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)



Abb. 3: Franz Sekanek. Graz 1904  
(Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

Broschüren und Flugblätter heraus, am 8. August 1903 die einzige Nummer der Zeitschrift „Der Radikale“ (Graz), schließlich vom September 1903 bis Februar 1914 die weitgehend von ihm selbst verfasste Monatsschrift „Der g’rode Michl“, seit 1908 „Der gerade Michel“ (Graz, seit 1910 Kulming, seit 1911 Raaba, seit 1912 Hart), die den bezeichnenden Untertitel „Parteilose Monatsschrift“ und seit 1904 „Parteilose Monatsschrift für allseitige Reform“ trug. Prisching, der bis November 1909 in Graz lebte, hatte einen Freund und Mitkämpfer: den Bademeister Franz Sekanek (Bzenec/Bisenz, Mähren 1871 – Graz 1947). Der Lebensreformer Sekanek, der einen christlichen Anarchismus in der Tradition von Lev Nikolaevič Tolstoj vertrat, war seit 1904 Pächter und später Besitzer der Naturheilanstalt für Sonnenlicht-, Luft-, Wasser- und Diätikuren „Bad Gesundbrunn“ in Graz, Wiener Straße 182. Obwohl, oder gerade weil er die Anlage 1910 um ein neuerrichtetes Pensionsgebäude

erweiterte, wurde die Naturheilanstalt 1912 zwangsversteigert.

Seit Jänner 1913 versuchte Sekanek, das diätetische und vegetarische Pensions- und Erholungsheim „Hofjärgut“ in Semriach, Windhof 70, zu einer Tolstoj-Kolonie zu gestalten, doch scheiterte das Projekt bereits im Oktober desselben Jahres. 1917 rief er in St. Peter bei Graz (heute zu Graz) den „Tolstoibund zur Gründung einer Kolonie“ ins Leben. Der Verein ermöglichte ihm die Gründung des vegetarischen Erholungsheims „Pension ‚Sonnenland‘“ in Attendorfberg (heute zu Hitzendorf), dem 1926 die Kolonie „Tolstoi-Siedlungsgemeinde ‚Neue Erde‘“ angeschlossen wurde. In Finanznot geraten, musste Sekanek 1930 diese Tolstoi-Siedlung verkaufen, zog nach Wien, wo er als Masseur arbeitete, und kehrte während des Zweiten Weltkriegs nach Graz zurück.<sup>7</sup>

Am 20. August 1910 wurde in Graz der „Freie politische Verein ‚Volkswille‘“ konstituiert, der zwischen 15. April 1911 und 15. Juli 1914 die Zeitung „Der Volkswille. Organ der freien Sozialisten Steiermarks“ (Graz) herausgab. Ursprünglich eine freisozialistische Organisation, übernahmen im Juli 1912 Anarchisten mit deren Wortführer, dem Elektromonteur Johann Hermentin (Lassing [zu Gösting an der Ybbs] 1887 – Wien 1965), den Verein und propagierten in der Zeitung eine Kombination von kommunistischem Anarchismus und dem damals noch relativ neuen Anarchosyndikalismus. Entsprechend sammelte sich auch die informelle Gruppe „Föderalistische Maurer“ um den später für die Grazer anarchistischen Bewegungen wichtigen Mauerergehilfen Gustav Kern (St. Veit am Vogau [zu St. Veit in der Südsteiermark] 1883 – Graz 1945), und es gab auch eine lose Gruppierung „Syndikalistischer Buchdrucker von Graz“. Allerdings wäre es übertrieben, von einer anarchistischen Bewegung in Graz zu sprechen. Nichts verdeutlicht dies mehr als der Umstand, dass die Polizei 1912 in der ganzen Steiermark nur knapp über 50 Personen als Anarchisten observierte.<sup>8</sup>

## „Der Sturmruf“ 1919

Während in Österreich, insbesondere in Wien, nach Kriegsende ein breites Spektrum anarchistischer Gruppierungen aufbrach, vor allem kommunistisch- und individualanarchistische sowie anarchosyndikalistische, gestaltete sich die Lage in Graz grundsätzlich anders. Franz Sekanek hatte Graz bereits verlassen, Franz Prisching fiel 1919 den Pocken zum Opfer, und viele der alten Garde der „Unabhängigen Sozialisten“ waren mittlerweile verstorben. Mitglieder des ehemaligen „Volkswillen“ versuchten nun, eine neue anarchistische Bewegung in Graz zu gestalten. In Anknüpfung daran gab der nach Graz zugezogene Südbahn-Oberrevident Nikolaus Nicolits (Wien 1872 – ?), seit 1904 ein eifriger anarchistischer und freidenkerischer Aktivist in Innsbruck bzw. seit 1913 in Maribor/Marburg an der Drau, am 15. Jänner 1919 die Zeitung „Der Sturmruf. Sozialistisches Organ für Politik, geistigen und kulturellen Fortschritt, Volkswirtschaft und Kunst“ (Graz) heraus, doch blieb es bei dieser einen Nummer. Anlässlich der Grazer Revolte vom 22. Februar 1919, bei der 15 Demonstranten getötet wurden, übersiedelte Nicolits nach seiner vorübergehenden Festnahme nach Wien, wo er, teilweise als „Nicolits-Hoffmann“, vor allem in der „Österreichischen okkultistischen Großloge“ aktiv war. Und der „Freie politische Verein ‚Volkswille‘“ wurde das zweite Standbein des neu entstandenen „Bundes herrschaftsloser Sozialisten“.

### *Der Grazer „Bund herrschaftsloser Sozialisten“ (B. h. S.)<sup>9</sup>*

In das Grazer anarchistische Vakuum nach dem Ersten Weltkrieg stieß Rudolf Großmann, besser bekannt unter seinem Kampfnamen „Pierre Ramus“ (Wien 1884 – auf dem Schiff „Guiné“ 1942).<sup>10</sup>

Er war, nach Jahrzehnten in den USA und in England, 1907 nach Österreich zurückgekehrt, um hier eine flächendeckende, anarchistische Bewegung ins Leben zu rufen. Im Zuge dessen hielt er bereits im August 1908 seinen ersten Vortrag in Graz, wo der begabte Redner und Publizist bald einige Anhänger gewinnen konnte. Diese schlossen sich dem von Pierre Ramus 1918 gegründeten „Bund herrschaftsloser Sozialisten“ (im Folgenden zitiert als B. h. S.) an. Ausgehend von den drei „Riesengestalten des Menschengeniuses“, Pëtr Alekseevič Kropotkin (1842–1921), Lev Nikolaevič Tolstoj und Eugen Heinrich Schmitt (1851–1916), schuf Ramus eine durchaus originale Form des Anarchismus. Indem er diesen auf „die Weltanschauung, die Verstandesrichtung, die ethi-



Abb. 4: Pierre Ramus, d. i. Rudolf Großmann (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

schen Werturteile und die sozialen Tendenzen im Menschen“ ausdehnte, erhob er ihn von einer bloßen Soziallehre zu einer umfassenden Weltanschauung,<sup>11</sup> deren zentrales ethisches Postulat „das Prinzip individueller Freiheit in sozialer Gemeinschaft“ sei.<sup>12</sup> Während ihm die individuelle Freiheit in der Abschaffung von Staat und Regierung innerhalb der Gesellschaft gesichert schien, sah er die soziale Gemeinschaft durch die Einführung eines Kommunismus zwangloser Assoziation ohne jedes Monopol gewährleistet. Nach Ramus war Anarchie

„eine freie Gemeinschaft, innerhalb welcher eine föderativ geregelte Bedarfs-  
wirtschaft, jedem Individuum die wirtschaftliche Sicherung seiner Existenz  
gewährleistet. In dieser freien Gemeinschaft gibt es nur die durch Freiwilligkeit  
und gemeinsamen Vertrag geregelte Arbeit des einzelnen, wie der sich bilden-  
den Fach-Berufs- und Betriebsorganisationen. Jedes autoritär-monopolistische  
und privilegierte Tauschmittel, also das Geld, ist als unproduktiv und schädlich  
abgeschafft; der Austausch der Produkte vollzieht sich auf der Grundlage des  
gegenseitigen Bedürfnisses aller, der Errichtung einer Bedarfswirtschaft“.<sup>13</sup>

Diese Utopie sollte zunächst für und durch Einzelne verwirklicht werden, und zwar im Rahmen des B. h. S. Dieser war keine Partei, auch kein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes, sondern „eine föderative Vereinigung örtlicher Gruppierungen, die in freier Autonomie miteinander verbündet sind“.<sup>14</sup> In Graz erfolgte dies einerseits im 1893 gegründeten „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Verein“, der vor allem für die kulturellen Veranstaltungen verantwortlich war, andererseits – bei starken personellen Überschneidungen – in dem am 20. August 1910 in Graz konstituierten „Freien politischen Verein ‚Volkswille‘“, der vorwiegend für die öffentlichen Versammlungen verantwortlich zeichnete. Die zwischen 1920 und 1934 aktive Grazer Ortsgruppe war nicht nur die größte steirische, sondern in Relation zur Einwohnerzahl auch die größte österreichische Ortsgruppe des B. h. S. Die Polizeiberichte über Versammlungen des Grazer B. h. S. verzeichnen für die Jahre 1920 bis 1929 eine durchschnittliche Zahl von 375 Sympathisantinnen und Sympathisanten,<sup>15</sup> wobei der harte Kern etwa 50 Personen umfasst haben dürfte. Wie rasch der Grazer B. h. S. wuchs, zeigen die Angaben der Polizei, die dessen Anhängerzahl 1924 auf etwa 200, 1929 bereits auf 400 bis 500 schätzte.<sup>16</sup> Es war vor allem der schon erwähnte Maurergehilfe Gustav Kern, der bereits für den 6. März 1920 eine Generalversammlung des „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Vereins“ im Stammlokal, im Gasthaus „Zum grünen Baum“, Mariahilferstraße 56, einberief. Für die Bedeutung des Grazer B. h. S. spricht auch, dass der erste gesamtösterreichische Kongress des B. h. S. am 25. und 26. März 1922 in Graz, Gasthaus „Zu den 3 Hacken“, Schulgasse 13, stattfand, an dem Delegierte aus Wien, Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und aus der Steiermark sowie 102 Gastdelegierte teilnahmen.

Da sich die Anhänger des B. h. S. eine soziale Revolution nur als gewaltlose Änderung der Gesellschaft vorstellen wollten, wurde die Idee der Erziehung zum grundlegenden Prinzip, die schriftliche und mündliche Propaganda zur wichtigsten Aktionsform. Dementsprechend organisierte man populärwissenschaftliche Vorträge, aber

auch verschiedene Unterrichtsveranstaltungen wie Stenografie-, Musik- und Tanzkurse. Im Mittelpunkt der pädagogischen Bemühungen in Graz stand der seit April 1912 pensionierte Bürgerschullehrer sowie ehemalige Freiland-Anhänger Dr. phil. (Chemie) Ignaz Fischer (Graz 1861 – Graz 1937), der auch unter den Pseudonymen „Glüo Fischer“ und „Klio“ publizierte.<sup>17</sup>

Besonderer Beliebtheit erfreute sich der seit Oktober 1922 regelmäßig abgehaltene Esperanto-Kurs. Initiator desselben war der Obstbaumeister Josef Eder (Wetzelsdorf [zu Jagerberg] 1895 – Graz 1993), der auch als österreichische Kontaktperson zur „Tutmondo Ligo de Esperantistoj Senstataoj“ (Weltbund der herrschaftslosen Esperantisten) fungierte. 1928 wurde sogar die Esperanto-Runde „Lumen!“ gegründet. Diese war eine von mehreren, gleichsam als Sektion anzusehende Gruppierung innerhalb des „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Vereines“, gleich wie beispielsweise die im Mai 1922 gegründete Frauengruppe und die im Dezember 1922 recht aktive Jugendgruppe „Francisco Ferrer-Bund“. Das verbindende und zweifels-



Abb. 5: Ignaz Fischer. Graz, um 1930 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)



Abb. 6: Ausflug der „Sängerrunde ‚Freiheit‘“ des B. h. S. auf die Platte bei Graz. Graz, um 1929 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

# Sängerrunde „Freiheit“

Sektion des Arbeiter-Bildungs- u. Unterstützungs-Vereines, Graz

**MOTTO:** Frei von allen Dogmen,  
Frei von allem Wahn,  
Frei ohne Grenzen  
Sei unsre Bahn!

## Frühlingslieder-Aufführung

am Sonntag, den 17. April 1932, im Volksbildungssaal an der  
Hauptschule im Fröbelpark, Eingang nur Wietnerstraße (Linie 3).

Leitung: Chormeister F. Wenzl.      Musikkapelle: Pergar.

### VORTRAGSORDNUNG

Musik: Die Nürnberger Puppe, Overture von A. Adam.  
Frühlingslied von F. Mendelssohn-Bartholdy  
Träumerei von R. Schumann  
Wiegenlied von Franz Schubert  
Männerchor: Der Mai von Sinding, mit Baritonsolo, ge-  
sungen von Herrn Hofer  
Am Aareensee von E. Neumann  
Lied: Frühlingslied von Mendelssohn-Bartholdy  
der Zeisig von M. Wittich, gesungen von Fr. Rader.  
Musik: Feldprediger, Potpourri von K. Millöcker  
Frühlingsstimmen, Walzer von Johann Strauß  
Frauenchor: Meine Muttersprache von Fischer jun., mit  
Baritonsolo, gesungen von Herrn Zehrasnik  
Gemischter Chor: Meine Feier von Ortmann  
Musik: Fest im Sattel, Marsch von Oscheit

### PAUSE

Musik: Lusia di Lammermoor, Phantasie von Donizetti  
Männerchor: 's Schnaberln von Th. Koschat  
Lusti g'lebt und lusti g'storb'n von Blöml  
Musik: Rosenlieder, Paraphrase zu Eitenburg v. M. Oscheit  
Frauenchor: Wanderlied und  
Maientraum, beide von Fischer jun.  
Musik: Dänischer Sommer, Walzer von K. Komzak jun.  
Gemischter Chor mit Orchesterbegleitung; Internationale  
von Schermann

Kassaeröffnung 3 Uhr nachm.      Beginn halb 4 Uhr nachm.

Karten im Vorverkauf 60 g, an der Kasse 1 S  
Garderobezwang! Gebühr für eine Person 10 g  
VORVERKAUFSKARTEN bei den Mitgliedern und im Vereins-  
heim, Idlhofgasse 36 a

Wir ersuchen unsere Gesinnungsfreunde um rege Teilnahme.  
DER AUSSCHUSS

Druck der Solidaritätskürpresse.

Abb. 7: Einladung der „Sängerrunde ‚Freiheit‘“ des B. h. S. zur „Frühlingslieder-Aufführung“ in Graz am 17. April 1932. Graz 1932 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

ohne tätigste Glied innerhalb dieser Gruppierungen war jedoch die Anfang 1921 gegründete „Freie Sänger- und Quartettmusikrunde“, welche kurz darauf zerfiel, aber im November 1921 wiederbelebt und anlässlich des 30-jährigen Gründungsjubiläums des „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Vereines“ am 18. Mai 1924 als „Sängerrunde ‚Freiheit‘“ neu gegründet wurde:<sup>18</sup>

„Denn das Lied hebt die Gefühle in der Brust von Jung und Alt, freier wird dadurch der Geist! Dies ist der beste Moment, ihn für unser Menschheitsideal zu gewinnen.“<sup>19</sup> Chorleiter war der Berufsmusiker Josef Ströbl, der auch den Wahlspruch des Chores komponierte: „Frei von allen Dogmen, frei von allem Wahn / Frei ohne Grenzen sei unsre Bahn.“ Diese Sängerrunde, die ein eigenes Vereinsorchester und seit Mai 1925 einen eigenen Frauenchor und kurz darauf auch einen Kinderchor hatte, fehlte fortan bei keiner Festveranstaltung des B. h. S., bei keiner Gedenkfeier und auch bei keinem Begräbnis einer Grazer Kameradin oder eines Grazer Kameraden.

Vornehmlich aus Mitgliedern der Sängerrunde rekrutierte sich auch eine Theatergruppe, welche beispielsweise am 17. Mai und am 12. November 1930 das Stück „Buchbinder Schwalbe“ des Librettisten und Schriftstellers Robert Bodanzky (1876–1923), ebenfalls Mitglied des B. h. S., in Graz aufführte.<sup>20</sup>

Ein zweites kulturelles Zentrum war die zunächst im jeweiligen Vereinslokal, später im eigenen Heim untergebrachte, etwa 500 Bände umfassende Bibliothek des „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Vereines“, welche neben anarchistischen und sozialistischen Klassikern vor allem populärwissenschaftliche Werke enthielt. Der



Abb. 8: Aufführung der Komödie „Buchbinder Schwalbe“ von Robert Bodanzky durch die Theatergruppe des B. h. S. Letzte Reihe, 2. von rechts: Mathias Pestiček, links von ihm Hubert Schwarzbeck. Neubauer-Neuber Kammerspiel-Theater, Graz, Bürgergasse 3, am 12. November 1930 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

im Mai 1926 erfolgte Zusammenschluss zu einem Lesezirkel aktivierte nicht nur die wöchentlich zweimal geöffnete Bibliothek, sondern bereitete auch die agitatorische Tätigkeit einiger Grazer Anarchisten vor. Ein weiterer Schritt zur propagandistischen Unabhängigkeit erfolgte im Oktober 1926, als die graue Eminenz der Grazer Anarchisten, der Schneidermeister Mathias Pestiček (Spodnja Velka [zu Šentilj]/Unterwölling 1864 – Graz 1943), zusammen mit vier Genossen eine Druckmaschine kaufte, die sogenannte „Kürpresse“. Da man zunächst nur fünf Setzkästen hatte, konnten anfangs nur kleinere Druckwerke wie Hand- und Flugzettel hergestellt werden. Aber im Jänner 1928 plante man bereits die Neuauflage der Broschüre von August Kréal von 1893. Stattdessen erschien im April 1929 eine Rede von Pierre Ramus als erste und einzige Broschüre der Schriftenreihe „Bibliothek ‚Freie Gesellschaft““ im Grazer „Kürpresse B. h. S. Verlag“.<sup>21</sup> Gleichzeitig veröffentlichte man auch die erste und zugleich letzte Nummer der Zeitschrift „Freie Gesellschaft. Anarcho-Kommunistische Monatsschrift“ (Graz), mit der man „gegen Krieg und Militarismus; gegen Kapital und Lohnsklaverei; für ein freies Leben auf freier Erde“ kämpfen wollte.<sup>22</sup> Einschneidend wirkte sich der Anfang 1927 erfolgte Schritt aus, als die Grazer Anarchisten gleichsam als „freikommunistischen Besitzstand“ einen Garten mit einem Stallgebäude kauften, welches in Eigenregie hergerichtet und am 5. April als Vereinsheim des B. h. S. (Graz) eröffnet wurde. Damit gab es endlich einen konstanten Standort, und man war nicht länger auf die energieaufwendigen Kämpfe mit Sozialdemokraten und Kommunisten um irgendwelche Lokale angewiesen. In diesem „Neue Heimat“ getauften Vereinsheim in der Idlhofgasse 36a begann am 18. Oktober 1927 unter der Leitung des Lokomotivheizers Heinrich Eckhardt (Linz 1900 – Graz 1933) der erste Rednerkurs, in welchem Anarchistinnen und Anarchisten als Agitatoren ausgebildet werden sollten. In den öffentlichen Versammlungen traten vor allem der Maurergehilfe Gustav Kern, der Messerschmied Josef Kriegler (Bad Radkersburg/Radkersburg 1876 – Graz 1939), der Bäckermeister Karl Labritz (unehelich geborener Gimpl, Graz 1889 – Graz 1983) und der Schlosser Max Selenko (Graz 1900 – Graz 1984) regelmäßig als Redner auf.

### **Bund der Kriegsdienstgegner, Zweig Graz der Kriegsdienstgegner Internationale**

Als Verein schloss sich dem Grazer B. h. S. der im März 1923 gegründete „Bund der Kriegsdienstgegner, Zweig Graz der Kriegsdienstgegner Internationale“ (im Folgenden zitiert als B. d. Kr.) an, eine Lokalorganisation der „War Resisters’ International“. Initiator und Obmann war Othmar (1899 bis 1919: Edler von) Zawodsky (Kuřim/Gurein, Mähren 1884 – um 1944). Der Sohn eines Feldmarschall-Leutnants schlug die militärische Laufbahn ein, gab diese jedoch als Leutnant der Artillerie auf. Seit 1904 in Graz, studierte er hier Rechtswissenschaften. Nach seiner Promotion zum Dr. jur. wurde er Rechtspraktikant beim Grazer Landesgericht und seit Jänner 1910 Auskulant beim Oberlandesgericht. Bei Beginn des Ersten Weltkriegs einberufen und im November 1914 zum Oberleutnant ernannt, wurde er nach seinen Kriegserlebnissen und seiner italieni-

schen Kriegsgefangenschaft 1918 bis 1919 ein engagierter Pazifist. Er studierte nun Chemie an der Universität Graz, wo er am 2. Juni 1920 zum Dr. phil. promovierte. Anschließend arbeitete er als Chemiker am Physikalisch-Chemischen Laboratorium des Chemischen Instituts der Universität Graz. Seit Dezember 1925 bis zum Berufsverbot 1939 war er als Rechtsanwalt in Graz, Gartengasse 26, tätig. Ihm folgte als Obmann des B. d. Kr. 1928 Alois Zahrastnik (unehelich geborener Gimpel, Graz 1897 – Graz 1969), Tapeziermeister und Dekorateur in der Idlhofgasse 36. Der B. d. Kr. gab vom 15. Februar 1925 bis 1. Jänner 1926 auch drei Nummern der Zeitung „Mitteilungen des Bundes der Kriegsdienstgegner, Zweig Graz der Kriegsdienstgegner-Internationale“ (Graz) heraus, für die Othmar Zawodsky verantwortlich zeichnete. Gemeinsam mit dem B. h. S. organisierte der B. d. Kr. bereits am 30. Juli 1923 eine Versammlung in den Steinfelder Sälen unter dem Motto „Nie wieder Krieg“.

Seither wurden am Jahrestag des Weltkriegbeginns regelmäßig die Antikriegskundgebungen auf dem Friedhof der ermordeten Kriegsgefangenen, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in Thalerhof organisiert. Eine wichtige Rolle spielte dabei seitens des Grazer B. h. S. die Industriellehrerin Emilie Salzmann (Split/Spalato 1885 – Wien um 1960), besser bekannt unter ihrem Kampfnamen „Emilie Suttner“.

Der B. d. Kr. unterhielt auch enge Beziehungen zu der im April 1922 gegründeten „Ortsgruppe Graz der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Oesterreich“, die erst im September 1936 behördlich aufgelöst wurde. Ferner gab es Kontakte zu der allerdings nicht als Verein im Sinne des Vereinsgesetzes im Februar 1924 gegründeten Gruppe Graz des „Internationalen Verbands für Selbstabrüstung“.



Abb. 9: Othmar (1899 bis 1919: Edler von) Zawodsky. Graz, im Jänner 1932 (Quelle: Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz)

## **Der (freie/neue) Republikaner**

Am 26. Jänner 1919 erschien die erste Nummer der Zeitung „Der Republikaner. Partei-Organ der Freien Republikaner Deutschösterreichs“ (Graz), das kurz darauf in „Der freie Republikaner“ umbenannt wurde. Herausgegeben und finanziert wurde die Zeitung von Franz Vasold (Liezen 1870 – Murau 1955), Großkaufmann, Holzhändler, Gastwirt und Lebzelter, der bei den Landtagswahlen 1909 noch für die Christlichsozialen kandidiert hatte. Er gehörte seit 1919 gemeinsam mit seiner Frau Anna Maria Vasold, geborene von Lehotzky (Murau 1878 – Murau 1957), dem B. h. S. an, den er auch finanziell unterstützte. Vasold war es auch, der ein weiteres Mitglied des B. h. S.,



## Frauen und Mütter!

Während Ihr diese Flugschrift leset, treffen sich die Geistesführer der Kriegsdienstgegner der ganzen Welt zu einem Kongreß in Waidhofen a. d. Vbbs. Einzelne Teilnehmer werden am

**1. August um 7 h 30 abends hier in Graz im Steinfelder - saal sprechen.**

Thema:

**Die Botschaft der Kriegsdienst-  
gegner an die Menschheit zur  
Vermeidung eines zweiten  
Weltkrieges.**

Redner:

**Exgeneral Schönleib, Deutschland — Fenner  
Brockway, Sekretär der Unabhängigen Arbeiter -  
partei Englands — Joe Mayer, Holland — Tarini  
Sinha, Indien — Madeline Vernet, Frankreich,  
Pierre Ramus, Österreich.**

Für Druck, (Kürpresse, B. h. S. Jllhofg. 36 a) Verlag u. Inhalt verant-  
wortlich: Karoline Teichmeisier, Lazarett siedlung, Florianig 26.

Abb. 10: Einladung des B. h. S. und des B. d. Kr. Graz zur Kundgebung gegen den Krieg in Graz am 1. August 1928 mit Rednern, die an der Internationalen Konferenz der „War Resisters' International“ im niederösterreichischen Sonntagsberg, Juli 1928, teilgenommen hatten. Vorderseite des Flugblatts. Graz 1928 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)



Abb. 11: Blumenkorso „Nie wieder Krieg“ des Grazer B. d. K.r. Im Auto stehend Emilie Suttner (d. i. Emilie Salzmann), links im Auto sitzend ihr Lehrling Maria Leeb, später verheiratete Rader. Die Transparentaufschrift „Friede“ wurde später aus Angst vor nationalsozialistischer Verfolgung auf dem Foto zu „Frieda“ umgeschrieben. Graz, am 30. August 1925 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

den Arbeiter und gelernten Schustergehilfen Adalbert Hirmke (Leoben 1900 – Wien 1981), der später in Wien eine bekannte Grabrednerschule gründete, einbrachte und diesen am 1. Oktober 1924 zum Geschäftsführer und Verwalter der Zeitung machte. Vasold musste diese jedoch am 30. Mai 1925 wegen finanzieller Unstimmigkeiten liquidieren, und Hirmke wurde wegen Veruntreuung im August 1926 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Nach diesem Eklat übernahm der bisherige Redakteur Franz Scheucher, unehelich geborener Stendl (Mühlthal [zu Leoben] 1883 – Graz 1958), das Blatt. Der Journalist und Schriftsteller, der auch das Pseudonym „Klaus Haim“ verwendete, war ohnedies die zentrale Persönlichkeit des „Republikaner“. Die Zeitung erschien seit 1925 unter dem Titel „Der neue Republikaner. Wochenschrift für Innenkultur und Volksaufklärung“ (Graz–Wien), definierte sich als „unabhängig, radikal freiheitlich, freisozialistisch, doch ohne Parteiwesen“, wechselte mehrmals den Untertitel und verstand sich seit 1929 als „Österreichisches unparteiisches Kampfblatt für alle werktätigen Stände“. Das mit der Nummer vom 26. Dezember 1931 eingestellte Organ wies neuerlich Verbindungen zu Anarchisten auf, denn offiziell wurde es nun von der „Kulturellen Arbeitsgemeinschaft“ herausgegeben, der bis 1926 auch Herbert Müller-Guttenbrunn angehörte. Und die Zeitung hatte vorübergehend auch eine Redaktion in Wien, die vom Schriftsteller und Anarchisten Rudolf Geist (Úvaly [zu Valtice]/Garschönthal 1900 – Wien 1957) geleitet wurde. Dieser hatte wesentlichen

Anteil an dem im Juli 1928 unternommenen Versuch der Arbeitsgemeinschaft des „Republikaner“, eine Plattform für Sozialisten, Kommunisten, Anarchokommunisten, Anarchisten und Syndikalisten zu gründen, doch nach dessen Scheitern zog sich Geist bald zurück. Weder Zeitung noch Organisation können als primär anarchistisch angesehen werden. Dieses Sammelbecken von Kapitalismusegegnern und politisch heimatlos gewordenen Sozialisten und Kommunisten diente Anarchisten nur vorübergehend als Propagandafeld. Dafür war zweifelsohne der nicht gerade umgängliche Redakteur Franz Scheucher mitverantwortlich, der sich zweifelsohne Verdienste um die Lebensreform in der Steiermark erwarb, letztlich aber ein politischer Wirrkopf war.

## Herbert Müller-Guttenbrunn

1923 bis 1929 lebte nahe Graz einer der originellsten Anarchisten Österreichs, der promovierte Jurist und Schriftsteller Herbert Müller-Guttenbrunn (Wien 1887 – Klosterneuburg 1945), der bis 1918 Herbert Müller hieß und auch das Pseudonym „Herbert Luckhaupt“ verwendete.<sup>23</sup>

Er erwarb 1923 die nahe Graz gelegene Rötschmühle in Thoneben (zu Semriach) und betrieb hier eine biologische, viehlose Landwirtschaft. Dem Bauernhof waren auch eine Bäckerei, eine Mühle und ein Sägewerk angeschlossen. Hier versuchte der „anarchistische Amateur“, wie er sich selbst charakterisierte, sein Ziel der ökonomischen Autonomie durch landwirtschaftliche Selbstverwaltung zu realisieren. Und er schuf eines der interessantesten und intelligentesten anarchistischen Organe Österreichs: „Das Nebelhorn“ (Graz, seit 1929 Wien).



Abb. 12: Herbert Müller-Guttenbrunn. Graz, um 1925 (Quelle: Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz)

„Das Nebelhorn“ (Graz, seit 1929 Wien). Diese weitgehend von ihm selbst verfasste Zeitschrift zielte vor allem auf eines ab: „Mord am Schwachsinn, d. h. an der – mit ihm leider schon identischen – Autorität.“<sup>24</sup> Seine Ablehnung von Autorität erstreckte sich auch auf – tatsächliche oder vermutete – Autoritäten innerhalb der anarchistischen Bewegungen, insbesondere gegen Pierre Ramus, den er in Anlehnung an dessen Kampfnamen als „Peter Zapfel“ verhöhnte. Er bezichtigte ihn einer Antipathie,

„die nicht nur auf die bürgerlichen Blätter beschränkt ist, sondern auch auf den Herrschaftsbezirk der österreichischen Herrschaftslosigkeitsbewegung übergegriffen hat, wo das Nebelhorn den anarchistischen Herrschern des gedruckten revolutionären Worts schon lange eines Anarchismus verdächtig ist, der so übertrieben ist, daß er nicht daran denkt, sich der Herrschaft des geschäftsmäßig betriebenen zu unterwerfen!“<sup>25</sup>

Herbert Müller-Guttenbrunn übersiedelte im September 1929 nach Klosterneuburg, wo er nicht nur sein landwirtschaftliches Projekt, sondern auch seine Angriffe auf Pierre Ramus fortsetzte und wo er am 10. April 1945 von einem russischen Soldaten irrtümlich als Nationalsozialist erschossen wurde.<sup>26</sup>

Einer der wenigen Mitarbeiter Herbert Müller-Guttenbrunns war Johannes Wohlfahrt (Graz 1900 – Graz 1975), dessen anarchistischer, aus zwölf Holzschnitten bestehender Proletarier-Zyklus 1929 im „Nebelhorn“ erschien.<sup>27</sup> Doch kurz nachdem Herbert Müller-Guttenbrunn Graz verlassen hatte, übersiedelte Johannes Wohlfahrt im Herbst 1929 nach Deutschland.

In diesem Zusammenhang sei auf zwei Künstler hingewiesen, die dem B. h. S. zumindest zeitweise angehörten. Der Maler, Grafiker, Bildhauer und Schriftsteller Carl Josef Habiger (Wien 1886 – Graz 1959), besser bekannt unter seinen Künstlernamen „Michael Zwoelfboth“ beziehungsweise „Johann Zwoelfboth“,<sup>28</sup> illustrierte zahlreiche anarchistische Publikationen, darunter auch Veröffentlichungen des B. h. S. Habiger, der während des Ersten Weltkriegs nach Graz übersiedelte, gründete und leitete hier im Oktober 1922 einen „Arbeiterkurs für Volksgraphik“. Später schloss er sich der Sozialdemokratie an und erlangte vor allem als Bohemien lokale Aufmerksamkeit. Der andere war der Universitätsgärtner Alexander Stern (Weidling [zu Klosterneuburg] 1894 – Graz 1970), der später als Fotograf und Erfinder bekannt wurde. Er stand zunächst dem Grazer B. h. S. nahe und war auch Mitarbeiter des „Republikaner“. Sterns Anti-Kriegsstück „Die Gekreuzigten“ wurde am 1. August 1927 in Graz unter Regie von Karl Drews (Trieste/Triest 1901 – Wien 1942) uraufgeführt und im Verlag „Erkenntnis und Befreiung“ des B. h. S. publiziert.<sup>29</sup> Auch dieser Pionier der politischen Fotomontage in Österreich wandte sich später der Sozialdemokratie zu.

## **Die Brüder Bartošek/Bartoschek**

Eine verschworene Gemeinschaft innerhalb des Grazer B. h. S. waren die Brüder Bartošek, Söhne eines aus Mähren gebürtigen, 1920 nach Graz zugezogenen Steueroberverwalters. Bald gestalteten sie den bereits am 2. Mai 1909 von Anarchisten gegründeten Verein „Freie Denker“ zur Domäne ihrer sogenannten „Arbeitsgemeinschaft Brüder Bartoschek“, gedacht als anarchistisches Gegenstück zu den sozialdemokratisch dominierten Freidenker-Vereinen. Im Zuge des allgemeinen Aufschwungs der anarchistischen Bewegungen anlässlich des Justizmordes an Sacco und Vanzetti gab dieser Verein auch ein – allerdings kurzlebiges – Organ heraus.<sup>30</sup>

Neben dem Kampf gegen die Institution Kirche und die Religion hatten die Brüder ein zweites, sie verbindendes Kampffeld: die Vasektomie, also die rückoperierbare Sterilisierung von Männern. Der älteste der fünf Söhne, „Hans“ Johann Bartošek (Ghijasa de Sus [zur Comuna Alțâna], Rumänien/Felsögezés, Ungarn 1897 – Graz 1970), studierte Medizin und wurde Assistent von Univ.-Prof. Dr. Hermann Schmerz (Brno/Brünn 1881 – Graz 1941), der als erster Vasektomien in Graz durchgeführt hatte. Nach der Verurteilung seines Chefs 1929 setzte Johann Bartošek, der auch unter dem Pseudonym „Prometheus“ publizierte, diese geheim fort. Er flüchtete nach



Abb. 13: Einladung zur Gedenkveranstaltung des B. h. S. in Graz am 22. August 1928 für die vor einem Jahr justizgemordeten US-amerikanischen Anarchisten Nicola Sacco (1891–1927) und Bartolomeo Vanzetti (1888–1927). Graz 1928 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

wo er zunächst einige Monate in Lyon, dann in Bordeaux Vasektomien durchführte. Als diese aufflogen, floh er im April 1935 nach Brüssel, wo er den Namen „Norbert Bartozek“ führte, wurde aber im Dezember 1935 an Frankreich ausgeliefert und in dem als „Stérilisé de Bordeaux“ bekannten gewordenen Prozess in Bordeaux als Hauptoperator der Vasektomien am 2. Mai 1936 zu drei Jahren Gefängnis und zu einem zehnjährigen Aufenthaltsverbot verurteilt, doch wurde die Strafe im Berufungsverfahren vom 1. Juli 1936 auf ein Jahr Haft reduziert. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis ließ er sich in La Faute-sur-Mer nieder, wo er weiterhin als Operator im Untergrund tätig war.<sup>31</sup> Im Mai 1938 flüchtete er nach Genf, war aber seit 1940 in Paris, wo er 1941 vorübergehend verhaftet wurde. In diesen Jahren begann er, sich mit Astrologie zu beschäftigen. Als er nach dem Zweiten Weltkrieg nach Graz zurückkehrte, veröffentlichte er, nunmehr unter dem Namen „Norbert Bartoschek“, mehrere, meist astrologische Schriften.<sup>32</sup> Anfang der 1950er-Jahre emigrierte Bartoschek nach Argentinien, wo er in Buenos Aires ein Importgeschäft mit südamerikanischen Waren betrieb, das aber beim Putsch gegen den Perónismus 1955 Pleite machte.

Aufdeckung der Vasektomien im September 1932 nach Spanien, weshalb er im – weiter unten behandelten – Grazer Vasektomie-Prozess nicht angeklagt wurde. Er kehrte später nach Graz zurück, wo er eine private Arztpraxis betrieb. Auch sein Bruder Klemens Bartošek (Radlje ob Dravi/Mahrenberg 1904 – Graz 1960), der sich später „Klement Bartoschek“ nannte, studierte Medizin und wurde Sekundararzt am Grazer Landeskrankenhaus. Er war ebenfalls an den geheim durchgeführten Vasektomien beteiligt, wurde im Grazer Vasektomie-Prozess angeklagt, jedoch freigesprochen. Die treibende Kraft war Norbert Bartošek (Radlje ob Dravi/Mahrenberg 1902– Buenos Aires 1959), der bisweilen fälschlich als Arzt bezeichnet wird. Er sollte im Grazer Vasektomie-Prozess 1933 angeklagt werden, flüchtete aber bereits 1932 nach Spanien. In Madrid wurde er im Dezember 1933 im Administrationsbüro der Zeitung der anarchosyndikalistischen „Confederación Nacional del Trabajo“ (CNT) vorübergehend verhaftet. Kurz danach begab er sich nach Frankreich,

**Das Ende des Bundes herrschaftsloser Sozialisten: Der „Sterilisationsprozess“**

1931 traten Differenzen unter den Grazer Anarchistinnen und Anarchisten im B. h. S. und gegenüber dessen Wortführer Pierre Ramus offen zutage. Eine immer größer werdende Gruppe warf Ramus einen von ihm zumindest mitgetragenen Kult um seine Person vor, besonders aber seinen zunehmenden Führungsanspruch innerhalb des B. h. S. Der Konflikt eskalierte, als Pierre Ramus, der schon lange für die verschiedensten Methoden der Geburtenregelung und -kontrolle eingetreten war, im Rahmen des B. h. S. eine breit angelegte Propagandakampagne für die Vasektomie startete.<sup>33</sup>



Abb. 14: Illustration zum sogenannten Sterilisationsprozess mit den Häusern Griesplatz 23 und Florianigasse 26 sowie mit den Hauptangeklagten: dem Arzt Dr. Theodor Akzentieff, der vor Prozessbeginn in seine polnische Heimat geflüchtet war, dem Arzt Dr. Cornel Bârsan, der während seiner neunmonatigen Untersuchungshaft einen Selbstmordversuch unternommen hatte, dem ehemaligen Straßenbahner Robert Schirmann (eigentlich Schirnik), dem Schmied Josef Ragosznig, dem Techniker Ing. Hubert Schwarzbeck, dem Maler- und Anstreichergehilfen Anton Vorhauser, dem Schriftsteller Pierre Ramus, der Schneiderin Maria Schwarzbeck (geborene Wolf), dem Kaufmann Karl Köstner und dem Arzt Dr. Ewstatij Anastasov-Karastasev. Graz 1933 (Quelle: Kleine Zeitung (Graz) vom 7. Juni 1933)

Dabei wollte er die von ihm vorgeschlagenen 175 bis 200 Schilling pro Eingriff für Propagandazwecke verwenden. Den Grazer Anarchisten war diese Summe viel zu hoch; sie verlangten nur 75 Schilling für B. h. S.-Mitglieder und 80 für andere Personen. Selbst die Aufforderung seines wichtigen Grazer Kampfgefährten Gustav Kern, „nicht so starrköpfig“ zu sein, und dessen Warnungen, dass „wegen des Dreckgeldes ungeheuerliche Missstimmungen hervorgerufen wurden“, schlug Ramus in den Wind.<sup>34</sup> In dieser für die anarchistische Bewegung kritischen Atmosphäre drangen am 28. August 1932 nach einer Anzeige von Mitbewohnern Wachebeamte in das Haus Griesplatz 23 ein und entdeckten dort eine auch von der sozialdemokratischen Presse skandalisierte „Geheimklinik zur Sterilisation von Männern“.<sup>35</sup>

Rasch wurde klar, dass es sich bei diesem unter dem Decknamen „Schachklub Graz“ laufenden Unternehmen um ein Netzwerk von in Privatwohnungen untergebrachten Vasektomie-Kliniken des B. h. S. in Wien, Wiener Neustadt und Linz sowie im organisatorischen Zentrum Graz handelte. Während der Hauptorganisator, der Grazer Malergehilfe Johann Vorhauser (Graz 1902 – Graz 1976), und seine wichtigen Grazer Mitarbeiter Johann und Norbert Bartošek sowie der Techniker Hubert Schwarzbeck (Maribor/Marburg 1906 – Graz 1989) nach Spanien flüchteten, gab es in den genannten Städten unzählige Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, darunter auch jene von Pierre Ramus. Nach fast einjähriger Vorbereitung fand zwischen dem 6. und 30. Juni 1933 der sogenannte Sterilisationsprozess vor dem Schöffensenat des Landesgerichts



Abb. 15: Siegesfeier anlässlich der Freisprüche im ersten Vasektomie-Prozess vor dem Heim „Neue Heimat“, Idlhofgasse 36a. Erste Reihe, in der Mitte, Pierre Ramus, zweite Reihe links, vor der Türmitte, der aus Spanien zurückgekehrte Johann Vorhauser. Graz, am 4. Juli 1933 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

in Graz statt. 21 Personen wurden vor allem des Verbrechens der schweren körperlichen Beschädigung angeklagt. Am 4. Juli wurden zur allgemeinen Überraschung alle Angeklagten freigesprochen, weil den Angeklagten die für den strafrechtlichen Tatbestand einer schweren Körperverletzung notwendige Absicht gefehlt habe.

Die vom Ersten Staatsanwalt sofort angemeldete Nichtigkeitsbeschwerde führte zu einer neuerlichen Verhandlung des Falles am 7. und 8. Mai 1934, diesmal vor dem Obersten Gerichtshof in Wien, zu der allerdings nur mehr fünf der Angeklagten erscheinen mussten. Diesmal wurden Pierre Ramus zu vierzehn Monaten schweren Kerkers, verschärft durch je einen Fasttag und ein hartes Lager pro Monat, ein Angeklagter zu strengem Arrest von zwei Monaten bedingt, die übrigen Angeklagten zu schwerem Kerker zwischen zwei und zehn Monaten unbedingt verurteilt, Gefängnisstrafen von zusammen acht Jahren und drei Monaten. In der Urteilsbegründung hieß es diesmal: „Die Angeklagten können sich nicht damit verantworten, dass jeder mit seinem Körper tun könne was er will, weil der einzelne nicht frei über seine körperliche Integrität verfügen kann, wenn er damit ein öffentliches Interesse verletzt.“<sup>36</sup> Dies war jedoch nur mehr das offizielle Begräbnis des B. h. S. Darüber konnten weder die in Graz stattgefundene Siegesfeier anlässlich des Freispruchs im ersten Vasektomie-Prozess vom 4. Juli 1933 hinwegtäuschen, noch die letzte öffentliche Veranstaltung der Grazer Anarchisten: das am 4. und 5. Juni 1933 abgehaltene Fest anlässlich des 40-jährigen Bestandes des „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Vereins“.



Abb. 16: Feier zum 40-jährigen Bestandsjubiläum des „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Vereins“. Dritte Reihe, 5. von links Gustav Kern, dahinter links Ferdinand Groß. Graz, Idlhofgasse 36a, am 5. Juni 1933 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

## Neuorientierungen und Reorganisationsversuche

Der Grazer B. h. S. war zwar die anarchistische Bewegung in der steirischen Landeshauptstadt schlechthin. Doch die Gruppe bedingungsloser Anhänger von Pierre Ramus wurde deutlich kleiner, hingegen jene, die dessen Personenkult und Führungsanspruch kritisierten, umso größer. Dazu kam ein weiterer, durch die aktuellen Ereignisse bedingter Konflikt- und Diskussionspunkt: Ramus' grundsätzliche Ablehnung von Gewalt. Eine Klärung dieser Frage innerhalb des B. h. S. konnte zumindest nicht mehr öffentlich stattfinden. Zwischen dem Staatsstreich der Christlichsozialen im März 1933 durch die Ausschaltung des Parlaments und der blutigen Niederschlagung des sozialdemokratischen Aufstandsversuchs im Februar 1934 hatte sich die „Ständestaat“-Diktatur in Österreich endgültig etabliert. Am 20. Mai 1934 wurde der über Jahrzehnte von den Grazer Anarchisten als öffentliche Diskussionsplattform genutzte „Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungs-Verein“ mit seinen damals laut Polizei über 500 Mitgliedern behördlich aufgelöst. Die verbliebenen Aktionswilligen stritten sich „um das Erbe des im Häfen sitzenden Ramus“, wie es der Hilfsarbeiter Josef Teichmeister (Judenburg 1902 – Graz 1993) später zusammenfasste.<sup>37</sup> Dabei ging es einerseits um die Frage, ob man weiterhin Vasektomien durchführen sollte. Vor allem aber wurde nun darüber diskutiert, ob man versuchen sollte, den Weg der öffentlichen Propaganda fortzusetzen (Fraktion der Vögel), oder ob man ausschließlich den Weg der Untergrundarbeit beschreiten sollte (Fraktion der Fische).



Abb. 17: Ausflug von Mitgliedern des ehemaligen B. h. S. in die Umgebung von Graz, um 1934 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

Tatsächlich führte eine kleine Gruppe ehemaliger Mitglieder des B. h. S. seit etwa Februar 1935 geheim Vasektomien in Graz und den heute zur Landeshauptstadt gehörenden Orten Andritz und Wetzelsdorf durch. Doch dieses Unternehmen währte nicht für lange, und am 8. Oktober 1935 verurteilte ein Schöffengericht in Graz alle fünf Angeklagten Anarchisten: als Operateur den Arzt Cornel Bărsan (Braşov, Rumänien/ Brassó, Ungarn 1899 – ?) wegen schwerer körperlicher Beschädigung zu einem Jahr schweren Kerkers und anschließendem Landesverweis, als Helfer den Schlossergehilfen Franz Schebesta (Graz 1899 – Kapfenberg 1963) zu vier Monaten schweren Kerkers, wegen Beistellung von Wohnungen und Schlepperdiensten den schon genannten Schlosser Max Selenko zu zwei Monaten schweren Kerkers, den ehemaligen Bahnangestellten und nunmehrigen Hilfsarbeiter Johann Jaendl (Oberandritz [zu Graz] 1902 – Graz 1950) zu sechs Wochen einfachen Kerkers und den Papiermaschinenführer Stefan Pansy (St. Vinzenz [zu Lavamünd] 1898 – Graz 1953) bedingt zu zwei Wochen strengen Arrests.

Im Dilemma von behördlicher Unterdrückung und persönlicher Enttäuschung erwiesen sich die seit den 1920er-Jahren gepflegten sonntäglichen Ausflüge der Grazer Anarchisten in die Umgebung der Stadt – zum Beispiel auf den Hochlantsch und die Hohe Rannach im Grazer Bergland, nach Plankenwarth (heute zu St. Oswald bei Plankenwarth) und Thalerhof (heute zu Kalsdorf bei Graz) – als eine wichtige Institution.

Sie sorgten nicht nur für den Zusammenhalt in der Illegalität, sie ermöglichten auch den staatspolizeilichen Ohren entzogene Diskussionen. Diese Ausflüge waren das Sprungbrett zur Bildung der zwei wohl bemerkenswertesten illegalen anarchistischen Gruppen in Österreich während des „Ständestaats“.

### *Die Untergrundgruppen Steflitsch („Brot und Freiheit“) und Leeb („Licht“)<sup>38</sup>*

Als im Juli 1936 der sogenannte Spanische Bürgerkrieg begonnen wurde, wirkte dies wie ein Fanal für die Grazer Anarchisten. Doch weder Impuls noch Informationen kamen von den im Zuge des Vasektomie-Prozesses nach Spanien geflüchteten Brüdern Johann und Norbert Bartošek sowie Johann Vorhauser, auch nicht von Hubert Schwarzbeck, der als Major für die Anarchisten in der Republikanischen Armee kämpfte, ebenso wenig von der Röntgenassistentin Goldy Parin-Matthèy (Graz 1911 – Zürich 1997), die seit Juni 1937 unter dem Kampfnamen „Liselot“ bei den Internationalen Brigaden tätig war und sich der spanischen anarcho-syndikalistischen Bewegung anschloss.<sup>39</sup> Es waren vor allem Anarchisten aus Bulgarien, meist Medizin- und Technikstudenten, die vor der Diktatur in ihrer Heimat nach Graz geflüchtet waren, die das Interesse der Grazer Anarchisten an den Ereignissen in Spanien weckten.

Eine besondere Rolle spielte dabei der Techniker, Redakteur und Schriftsteller Panajot Velikov Čivikov (Ruse 1904 – Ruse 1998), der heute zu den bekanntesten Anarchisten Bulgariens zählt. Auf seiner Flucht fand er seit Juli 1936 regelmäßig Unterschlupf im Haus einer ehemaligen B. h. S.-Aktivistin, der Hausbesitzerin Mitzi Zahrastnik, geborene Maria Dorner (Graz 1899 – Graz 1992), und des damals von ihr bereits geschiedenen ehemaligen Obmanns des Grazer „Bundes des Kriegsdienstgeg-



Abb. 18: Charalampij Dimitrov-Charalampiev (links) und ein weiterer bulgarischer Anarchist mit dem Decknamen „Pavlov“ im Stadtpark. Graz, um 1935 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)



Abb. 19: Otilie Leeb, verheiratete Binder, mit dem vom B. h. S. veröffentlichten Buch „Worte eines Rebellen“ von Pëtr Alekseevič Kropotkin. Graz, um 1930 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

ner“ Alois Zahrastnik. Hier traf Panajot Čivikov auf seine spätere Ehefrau „Sophie“ Sofia Paunovič (Graz 1905 – Ruse 1989) und auf deren Schwester „Grete“ Margaretha Paunovič (Graz 1910 – Graz 1998),<sup>40</sup> die beide als Lehrerinnen und Krankenschwestern in Spanien waren und die ihn nun nach ihrer Rückkehr in die Grazer anarchistische Szene einführten. Čivikov gelang es, zwei Untergrundgruppen ehemaliger Mitglieder des B. h. S. zu initiieren, die er mit Informationen über den Kampf der Anarchisten und Anarchosyndikalisten in Spanien versorgte. Die eine scharte sich um den Maler- und Lackiergehilfen „Steffl“ Josef Steflitsch (Maribor/Marburg 1907 – ?), zu deren harten Kern seine Lebensgefährtin, die Köchin „Fini“ Josefa Kapelari (Pongratzen [zu Großradl] 1908 – Graz 1980), der Installationslehrling Franz Schwab (Graz 1920 – gefallen um 1943), der bulgarische Medizinstudent Dimitrij Keremedžiev (Jambol 1912 – Prag 1976) und der bulgarische Technikstudent „Hari“ Charalampij Dimitrov-Charalampiev (Kjustendil 1915 – ?), gehörten. Als Verbindungsmann zur anderen Gruppe fungierte der damals arbeitslose Bäckergehilfe Maximilian Koller (Markt [zu Straden] 1918 – ?). Diese zweite Gruppe organisierte sich um die Schwestern Leeb: die nach dem Zweiten Weltkrieg erblindete „Otti“ Otilie Leeb (Graz 1909 – Graz 1982), später verheiratete Binder, und die gelernte Schneidergehilfin und nunmehrige

Hilfsarbeiterin „Mitzi“ Maria Leeb (Graz 1910 – Graz 1993), verheiratete Rader. Zu dieser Gruppe gehörten der gelernte Schlosser und nunmehrige Chauffeur der Stadtgemeinde Graz Alois Rader (Graz 1897 – ?), Ehemann von Maria Rader, der Schlossergehilfe „Sepp“ Josef Teichmeister (Judenburg 1902 – Graz 1993) sowie die oben erwähnte Hausbesitzerin Maria Theresia Zahrastnik, geborene Dorner. Im unmittelbaren Umfeld beider Gruppen war noch die Bedienerin „Anny“ Anna Schwab (geborene Piskar, Aalfang [zu Amaliendorf-Aalfang] 1898 – Graz 1976) aktiv, Mutter des oben genannten Franz Schwab. Beide Gruppen waren in ein größeres Feld von Sympathisanten eingebettet, welchem fast ausschließlich Mitglieder des ehemaligen B. h. S. angehörten.

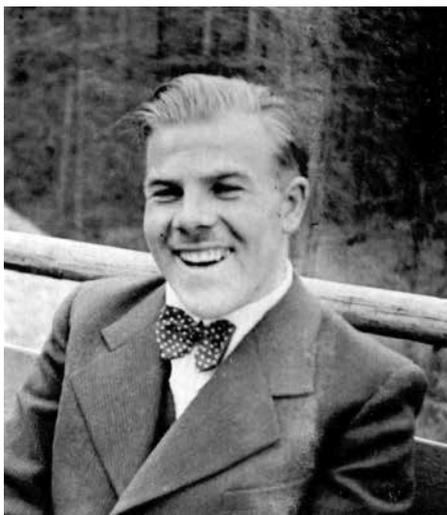


Abb. 20: Josef Teichmeister. Graz, um 1935 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)



Abb. 21: Mitglieder der Gruppen „Brot und Freiheit“ und „Licht“. Von links nach rechts, 1. Reihe: Selma Eckhardt, Margaretha Paunovič (später verh. Zahrastnik), Maria Zahrastnik (geb. Dorner), Irmgard Zahrastnik (später verh. Nievoll), eine Unbekannte; 2. Reihe: Dimitrij Keremedžiev, Josef Teichmeister, Charalampij Dimitrov-Charalampiev, bulgarischer Anarchist mit Decknamen „Pavlov“. Graz 1937 (Quelle: Sammlung Reinhard Müller, Graz)

Nachdem die Gruppe Steflitsch zwischen März und Juli 1937 vier Flugblätter zu den Ereignissen in Spanien illegal gedruckt und in Graz verbreitet hatte, machte sie sich an die Herstellung von hektografierten Untergrundzeitungen, die in einer Auflage von 100 bis 150 Stück erschienen, die einzigen anarchistischen Periodika in Österreich während der „Ständestaat“-Diktatur: „Mitteilungen der anarcho-kommunistische[n] Vereinigung Öosterreichs F. A. Oe.“ [Graz August 1937], gefolgt von „Brot und Freiheit. Organ der anarchistischen Föderation Deutscher Sprachkreis“ [Graz September 1937] und unter demselben Titel die Nummer 3 [Graz Oktober 1937]. Und die Gruppe Leeb gab zwei Hefte der ebenfalls hektografierten Zeitschrift „Licht“ [Graz September und Oktober 1937] heraus. Diese Zeitschriften, die nachts in Briefkästen vermutterter Interessierter gesteckt und auf öffentlichen Plätzen in Graz und Leoben verstreut wurden, beschäftigten sich fast ausschließlich mit dem Kampf der Anarchisten und Anarchosyndikalisten in Spanien. Nur vereinzelt wird auf die Lage in Österreich Bezug genommen, nur einmal zur Bildung anarchistischer Gruppierungen aufgerufen, um eine soziale Revolution in Österreich vorzubereiten. Schon am 22. November 1937 wurden nach einer nachbarlichen Denunziation neun Personen verhaftet. Bis 7. Dezember 1937 erfolgten zahlreiche Hausdurchsuchungen und weitere Verhaftungen in Graz und Leoben. Während die Gruppe „Brot und Freiheit“ um Josef Steflitsch fast vollständig aufgedeckt wurde, konnte die Gruppe „Licht“ um die Schwestern Otilie und Maria Leeb nicht zerschlagen werden. Am 2. Februar 1938 wurden in einem sogenannten beschleunigten Verfahren vor dem Landes- als Schwurgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit sieben Personen der Prozess gemacht, weil sie angeblich „zur gewaltsamen Veränderung der Regierungsform und Herbeiführung einer Empörung und eines Bürgerkrieges im Innern“ aufriefen. Dies ist natürlich ein bemerkenswerter Zynismus, war doch das herrschende politische System durch Putsch und Bürgerkrieg an die Macht gekommen. Die Verteidigung der Angeklagten nahm Othmar Zawodsky wahr, seine vermutlich letzte rechtsanwaltliche Tätigkeit vor seinem kurz darauf von den Nationalsozialisten verhängten Berufsverbot. Josef Steflitsch wurde zu zwei Jahren schweren Kerkers mit einem harten Lager vierteljährlich, seine Lebensgefährtin Josefa Kapelari zu zwei Jahren schweren Kerkers und – als jugoslawische Staatsbürgerin – nachfolgender Ausweisung verurteilt, der Hilfsarbeiter „Pierre“ Peter Fabian (Pyhrn [zu Liezen] 1904 – Leoben 1940), der Bäckergehilfe Augustin Dobay (Trofaiach 1885 – Knittelfeld 1967) und Maximilian Koller zu je einem Jahr schweren Kerkers. Lediglich die beiden bulgarischen Studenten Dimitrij Keremedžiev und Charalampij Dimitrov-Charalampiev wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen, jedoch sofort aus Österreich ausgewiesen. Wenige Wochen nach dem Prozess wurde die „ständestaatliche“ Diktatur von der nationalsozialistischen gestürzt. Das geplante Gerichtsverfahren gegen den Jugendlichen Franz Schwab, ebenfalls wegen Verbrechens des Hochverrats, fand nicht mehr statt, und die inhaftierten Grazer Anarchisten wurden nach drei Monaten als politische Gefangene im März 1938 amnestiert. Doch dies war keine Entlassung in die Freiheit, sondern in das soziale und politische Gefängnis eines noch besser und noch grausamer organisierten Faschismus. Doch etliche Mitglieder der beiden Untergrundgruppen waren die treibenden Kräfte zur Wiederbelebung einer anarchistischen Bewegung in Graz nach dem Zweiten Weltkrieg: ins-

besonders Ottilie Leeb-Binder, Maria Leeb-Rader und Josef Teichmeister in der 1947 bis 1949 erschienenen Zeitschrift „Die Freie Generation“ beziehungsweise „Neue Generation“ (Graz, zwischenzeitlich Wien), und Anna Schwab, nunmehr verheiratete Knödl, veröffentlichte pazifistische Gedichte.<sup>41</sup> Und ein anderes Mitglied des ehemaligen B. h. S., der Schlosser- und Drehermeister Ferdinand Groß (Wien 1908 – Graz 1998), der 1939 bis 1945 im KZ war, propagierte einen Anarchismus in der Tradition von Pierre Ramus, unter anderem in seinen Flugschriftenreihen „Informationen der unabhängigen parteilosen Antimilitaristen und Pazifisten“ (Graz), 1959 bis 1962, „Informationen der herrschaftslosen Sozialisten und Antimilitaristen“ (Graz), 1964 bis 1968, und „Information der herrschaftslosen Sozialisten – Anarchisten“ (Graz), 1974, sowie in seiner 1975 bis 1997 erschienenen Vierteljahrsschrift „Befreiung. Organ des herrschaftslosen Sozialismus für soziale und geistige Neukultur im Sinne des Friedens, der Gewaltlosigkeit und individuellen Selbstbestimmung; für freie Menschen und solche, die es werden wollen“ (Graz).<sup>42</sup>

Auch diese Reorganisationsversuche nach dem Zweiten Weltkrieg zeugen von der Bedeutung der steirischen Landeshauptstadt für den Anarchismus in Österreich. Graz war nicht nur 1887 die Geburtsstätte der ersten rein anarchistischen Bewegung in Österreich, Graz war zwischen den beiden Weltkriegen in Relation zur Einwohnerzahl sogar das Zentrum der anarchistischen Bewegungen in Österreich schlechthin. Mit dem auf die Arbeiterbewegung abzielenden sozialistischen Anarchismus eines Johann Rismann und August Krčal, mit dem lebensreformerischen Anarchismus eines Franz Prisching, mit dem christlichen Anarchismus eines Franz Sekanek, mit dem radikal gewaltfreien Anarchismus des „Bundes herrschaftsloser Sozialisten“, mit dem kulturkritischen Anarchismus eines Herbert Müller-Guttenbrunn, um nur einige zu nennen, ist Graz auch ein gutes Beispiel für die Vielfalt anarchistischer Ideen, Bewegungen und Persönlichkeiten.

---

- 1 Bertrand RUSSELL: Wege zur Freiheit. Sozialismus, Anarchismus, Syndikalismus (= edition suhrkamp, 447), Frankfurt am Main 1971, 41.
- 2 Peter LÖSCHE: Anarchismus (= Erträge der Forschung, 66), Darmstadt 1977, 18. Zu einer anarchistischen Perspektive vgl. Horst STOWASSER: Anarchie! Idee – Geschichte – Perspektive, Hamburg 2007.
- 3 Vgl. Reinhard MÜLLER: Der aufrechte Gang am Rande der Geschichte. Anarchisten in der Steiermark zwischen 1918 und 1934, in: R[obert] HINTEREGGER, K[arl] MÜLLER, E[duard] STAUDINGER (Hgg.): Auf dem Weg in die Freiheit (= Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte), Graz 1984, 163–195, vor allem 164–167.
- 4 Vgl. Reinhard MÜLLER: Manifest der Unabhängigen Sozialisten (1892). Das erste anarchistische Manifest in Österreich (= Edition Wilde Mischung, 22), Wien 2002.
- 5 Gegenstand dieses Hochverratsprozesses war eine von ihm verfasste, zur Gänze beschlagnahmte Broschüre, die erste anarchistische Buchpublikation in Österreich und bis heute – mehrfach wieder aufgelegt – wichtigste Darstellung der österreichischen Arbeiterbewegung aus anarchistischer Sicht; vgl. August KRČAL: Zur Geschichte der Arbeiter-Bewegung Oesterreichs. 1867–1892. Eine kritische Darlegung, Graz 1893.
- 6 Vgl. Reinhard MÜLLER: Franz Prisching 1864–1919. G'roder Michl, Pazifist und Selberaner, Nettersheim/Hart bei Graz 2006.
- 7 1946 gründete und leitete Franz Sekanek den „Weltbund Gottes der Tatchristen für gesellschaftliche Erneuerung im Sinne Tolstoi“; vgl. seine programmatischen, anonym erschienenen Schriften: Was wollen die Tatchristen? Graz [1946], Die Bergpredigt, Graz [1946].
- 8 Vgl. [POLIZEIDIREKTION WIEN]: Sozialdemokratische und anarchistische Bewegung im Jahre 1912, Wien 1913, 63.
- 9 Vgl. MÜLLER: Der aufrechte Gang, 167–182 und 184–186.
- 10 Er starb im Exil auf der Überfahrt vom Protektorat Französisch-Marokko (heute Marokko) nach Veracruz de Ignacio de la Llave, Mexiko. Zu Pierre Ramus siehe Gerfried BRANDSTETTER: Rudolf Großmann („Pierre Ramus“). Ein österreichischer Anarchist (1882–1942), in: Gerhard BOTZ, Hans HAUTMANN, Helmut KONRAD, Josef WEI-DENHOLZER (Hgg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. 10 Jahre Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien/München/Zürich 1978, 89–118; Gerda FELLAY, Reinhard MÜLLER (Hgg.): Hommage à la non-violence. Ein grosser freiheitlicher Erzieher: Pierre Ramus (1882–1942) (= La Collection „Les nouveaux humanistes“/Die Reihe „Die Neuen Humanisten“, 4), Lausanne 2000, und die Website der Wiener „Pierre Ramus Gesellschaft“: <http://www.ramus.at/> (abgerufen am 15.5.2018) sowie die digitalisierten Pierre Ramus Papers im Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, online verfügbar unter: <http://hdl.handle.net/10622/ARCH01162>.
- 11 Vgl. [Pierre RAMUS (d. i. Rudolf Großmann)]: Was ist und will der Bund herrschaftsloser Sozialisten? Die auf der Bundestagung am 25. und 26. März 1922 angenommenen Leitsätze und Richtlinien unserer Anschauung und Betätigung, Wien/Klosterneuburg [1922], 17. Vgl. auch Beatrix MÜLLER-KAMPEL, Reinhard MÜLLER: Anarchistische Katholizismuskritik zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Franz Prisching, Pierre Ramus, Herbert Müller-Guttenbrunn, in: Carsten JAKOBI, Bernhard SPIES, Andrea JÄGER (Hgg.): Religionskritik in Literatur und Philosophie nach der Aufklärung (= Massenphänomene, 2), Halle (Saale) 2007, 107–120.
- 12 Vgl. RAMUS: Was ist und will der B. h. S., 5.
- 13 Ebenda, 6–7.
- 14 Ebenda, 2.
- 15 Vgl. die Polizeiberichte im Steiermärkischen Landesarchiv (im Folgenden zitiert als StLA), 206 V-3/1929, Präs. Statth. E 91-Polizeiberichte über Versammlungen 1921–1925, 384 V-1/1926.
- 16 Vgl. Polizeibericht vom 14. Juni 1924, in: StLA, Präs. Statth. E 91-1131/1924, und Polizeibericht vom 25. Dezember 1929, in: StLA, 206 V-3/1929.
- 17 Vgl. Ign[az] FISCHER: Das erste Jahr der natürlichen Schule. Eine Studie als praktischer Beitrag zu Ewald Haufe's natürlicher Erziehung (= Stein's Handbücher für Lehrer, 25), Potsdam 1907; und Glüo FISCHER: Aus meiner Weltanschauung. Einleitung zu dem „Werdeschauwirk“. „Natürliche Erziehung“ im Sinne Dr. Ewald Haufes (= Bücherreihe: Die natürliche Erziehung, 1), Brünn [1930].

- 18 Ein Teil des Notenbestands befindet sich in der Sammlung Reinhard Müller, Graz.
- 19 G[ustav] K[ERN]: Freie Sänger, in: Erkenntnis und Befreiung, 6, 2, Wien 13. Jänner 1924, 4.
- 20 Vgl. Buchbinder Schwalbe. Komödie in drei Akten, in: Robert Bodanzky <Danton>: Revolutionäre Dichtungen und politische Essays, Wien/Klosterneuburg 1925, 169–247.
- 21 Vgl. Pierre RAMUS: Die Menschheitskrise und ihre Ueberwindung durch den Anarchismus. Auszügliche Wiedergabe eines Vortrages von Pierre Ramus, gehalten am 15. Mai 1926 in Graz (= Bibliothek „Freie Gesellschaft“, 1), Graz 1929.
- 22 [Oskar LEUTNER]: Die Gesellschaftskrise und unsere Aufgaben dagegen, in: Freie Gesellschaft. Anarcho-Kommunistische Monatsschrift, 1, 1, Graz April 1929, 3.
- 23 Vgl. Herbert MÜLLER-GUTTENBRUNN: Alphabet des anarchistischen Amateurs. Hg. von Beatrix MÜLLER-KAMPEL (= Batterien, 78), Berlin 2007; Beatrix MÜLLER-KAMPEL, Reinhard MÜLLER: Müller-Guttenbrunn, Herbert, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, 32. Bd., Nordhausen 2011, 983–990.
- 24 [Herbert MÜLLER-GUTTENBRUNN]: Das Nebelhorn, in: Das Nebelhorn, 1, 1, Graz 1. Jänner 1929, 3.
- 25 [Herbert MÜLLER-GUTTENBRUNN]: Der schweigsame „Anarchist“, in: Das Nebelhorn, 1, 22, Graz 15. November 1927, 16.
- 26 Er verlegte auch als einzige Publikation des Verlags „Das Nebelhorn“ die Gedichte seiner Geliebten aus Grazer Zeit unter deren Pseudonym: Freya BAUMGART: Amo, ergo sum! Wien 1930.
- 27 Vgl. Johannes WOHLFART: Ein Mensch und ein Jahr, in: Das Nebelhorn, 4, 57, Graz 1. Mai 1929, 8–10. Noch in Graz entstand Johannes WOHLFART: Proletarierleben. 12 Holzschnitte, Pfullingen bei Württemberg [1930]. Vgl. auch Reinhard MÜLLER: Die Episode mit dem anarchistischen Amateur – Johannes Wohlfart und Herbert Müller-Guttenbrunn, in: Günther HOLLER-SCHUSTER (Hg.): Johannes Wohlfart. Kühle Moderne unter Einfluss starker Hitze, Graz 2008, 22–34.
- 28 Vgl. ZWOELFBOTH: Schwert gegen Seele (= Das Neue Gedicht, [1]), Wien 1918 [recte 1917], und ders.: Sechs Zeichnungen für Sichte und Satte (Postkarten für Kriegsgewinner und andere Begeisterte!), Wien [1919], Mappe mit sechs Grafiken als Postkarten. Er verwendete mit seiner Ehefrau Maria auch das Pseudonym „Maria Karlund“.
- 29 Vgl. Alex[ander] STERN: Die Gekreuzigten. Revue in 6 Bildern aus den Tagen österreichischer Schlachtfeste, Wien/Klosterneuburg [1928]. Vgl. Günter EISENHUT: Alexander Stern, in: Günter EISENHUT, Peter WEIBEL (Hgg.): Moderne in dunkler Zeit. Widerstand, Verfolgung und Exil steirischer Künstlerinnen und Künstler 1933–1948, Graz 2001, 432–447.
- 30 Freie Denker. Organ der freigeistigen Bewegung (Graz), 1. Jg. (August – September 1927), 2 Nummern. Im Verein wirkte neben den unten genannten Brüdern auch der Beamte Oskar (Carl) Bartošek (Murau 1906 – Graz 1975). Zwei aus Italien in die USA ausgewanderte Anarchisten, der Schuhmacher und Nachtwächter Ferdinando „Nicolä“ Sacco (1891–1927) und der Fischhändler Bartolomeo Vanzetti (1888–1927), wurden wegen angeblicher Beteiligung an einem Raubmord 1921 in einem umstrittenen Prozess schuldig gesprochen. Nach mehreren abgewiesenen Revisionsanträgen wurden sie trotz weltweiter Proteste am 23. August 1927 in Charlestown, Massachusetts, hingerichtet. 1977, also 50 Jahre nach ihrer Hinrichtung, wurden sie vom Gouverneur von Massachusetts postum rehabilitiert.
- 31 Hier veröffentlichte er eine der wichtigsten anarchistischen Publikationen zur Vasektomie; vgl. Norbert BARTOSEK: La Stérilisation Sexuelle. Son importance Eugénique, Médicale, Sociale. Avant-propos de Hem Day [d. i. Marcel Camille Dieu], Bruxelles [1936].
- 32 Vgl. Norbert BARTOSCHEK: Die astrologische Praxis. Lehrgang der modernen astrologischen Wissenschaft, 3 Bände, Graz 1946–1947; Nostradamus und seine berühmten Prophezeiungen. Das Leben und Werk des astrologischen Sehers von Salon mit einem Ausblick auf 1947, Graz 1946; Atombombe droht? Graz 1947 (auch in Esperanto: Ĉu Atom-bombo minacas? Graz 1947); Astrologische Ephemeriden. 1881–1914, Graz 1947; Astrologische Ephemeriden. 1915–1950, Graz 1947; Ihr Schicksal 1947, Graz 1947; Ihr Schicksal 1948, Graz [1947]; Die Runengeomantik. Das Ur-Orakel der Menschheit, Innsbruck 1948; Astrologische Ephemeriden. 1951–1970, Innsbruck [1949] (auch Memmingen/Bayern [1950]).
- 33 Vgl. [Pierre RAMUS (d. i. Rudolf Großmann)]:

- Vasektomie, das Zaubermittel der Verjüngung! – Wie verhütet man ungewollte Empfängnis und Schwangerschaft? – Ein tatsächlicher Ratgeber für Alle! Stockholm [1931].
- 34 Vgl. Gustav KERN: Briefe an Pierre Ramus. Graz, am 5. Dezember 1931 und am 18. Oktober 1931, hier zitiert nach der Anklageschrift, 37 und 33, Akt des Landesgerichtes für Strafsachen Graz im StLA, 15 Vr-2842/1932.
- 35 [ANONYM]: Körperverstümmelungen am laufenden Band durch verbummelte bulgarische Studenten, in: Arbeiterwille, 43, 243, Graz 3. September 1932, 3.
- 36 Urteil, im Österreichischen Staatsarchiv, Akt des Obersten Gerichtshofes in Wien, 5 Os-1070/1933.
- 37 Interview von Reinhard Müller mit Josef Teichmeister, Graz, am 6. Mai 1983.
- 38 Vgl. Reinhard MÜLLER: „Wer pessimistisch in die Zukunft blickt, offenbart seinen schwachen Willen.“ Anarchistischer Kampf während des Austrofaschismus. Graz 1937 (= Institut für Anarchismusforschung, 4), Wien 2016.
- 39 Vgl. [Reinhard MÜLLER]: Goldy Parin-Matthèy, geborene Elisabeth Charlotte Matthèy-Guenet, verheiratete Parin (Graz 1911 – Zürich 1997), in: ders.: Anarchistinnen aus Österreich. Kalender 2017 der Anarchistischen Bibliothek u. Archiv Wien, Wien [2016], Monat Juni. Der Wandkalender enthält auch Biografien mit Bildern anderer Grazer Anarchistinnen: Maria Schwarzbeck, geborene Wolf (Graz 1905 – Graz 1941), Monat März; Mitzi Zahrastnik, geborene Maria Dorner (Graz 1899 – Graz 1992), Monat Mai; Grete Zahrastnik, geborene Paunović (Graz 1910 – Graz 1998), Monat Juli; Otti Binder, geborene Ottilie Leeb (Graz 1909 – Graz 1982), Monat August; Mitzi Rader, geborene Maria Leeb (Graz 1910 – Graz 1993), Monat November.
- 40 Zu der später bekannten Fotografin und ihrer Rolle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus vgl. Günter EISENHUT: Grete Zahrastnik (Paunovic), in: Günter EISENHUT, Peter WEIBEL (Hgg.): Moderne in dunkler Zeit. Widerstand, Verfolgung und Exil steirischer Künstlerinnen und Künstler 1933–1948, Graz 2001, 544–549.
- 41 Einige Hefte mit teils unveröffentlichten Texten befinden sich im Nachlass von Ferdinand Groß im Besitz von Reinhard Müller, Graz.
- 42 Vgl. Reinhard MÜLLER: Ferdinand Groß (Wien 1908 – Graz 1998). Aus dem Leben eines österreichischen Anarchisten und Antimilitaristen, in: friedolins befreiung, 2, Graz Juni 1998, 4–15.

## **Grazer Theaterleben der Zwischenkriegszeit**

### **Kultur-Politik und/oder Heterochronotopie – eine Spurensuche**

„Wir leben vor allem in einer eminent politischen Zeit; Politik ist uns zum brennenden Schicksal geworden, uns, der großen Masse des Publikums. [...] Das Theater aber kümmert sich nicht darum, das Theater vermeidet es ängstlich, ein politischer Faktor zu sein, die Kunst, so sagt man, habe mit Politik nichts zu schaffen.“<sup>1</sup> Die Diagnose Ernst Fischers, 1926 niedergeschrieben in seiner damaligen Funktion als Redakteur des sozialdemokratischen Organs für Steiermark und Kärnten, dem „Arbeiterwille“, erscheint plausibel und stimmig. Durch Fischer in Form einer Anklage oder eines Vorwurfs formuliert, erscheint die Formel des „unpolitischen Theaters“ aufmerksamen Kulturbeobachterinnen und Kulturbeobachtern durchaus vertraut, fand ungezählte Wiederholung über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg, diente manchen als praktischer und leicht verfügbarer Rettungsanker gegenüber kritischen Fragen nach Involvierung in Propaganda verschiedenster Art.<sup>2</sup> Dies weist bereits darauf hin, dass gleichzeitig zahllose Gegenbeispiele eminent politischer Interventionen auf und/oder durch das Theater bestehen, wobei das Ausmaß starken historischen Schwankungen zu unterliegen scheint.

Im folgenden Text wird der Zeitspanne der Zwischenkriegszeit nachgespürt. Dem Rahmen der Veröffentlichung entsprechend liegt der geografische Fokus der Betrachtungen auf Graz und seiner Unterhaltungslandschaft.

### **Theater als Heterochronotop und/oder Ort der (Kultur-)Politik – einführende Überlegungen**

Grundsätzlich ist jegliche Theateraufführung als politisch zu verstehen. Themen werden auf der Bühne verhandelt und geben damit Auskunft darüber, was von einer Gesellschaft als relevant erachtet wird, welche Ideen, Wünsche und Vorstellungen in ihr

kursieren.<sup>3</sup> Diesem breiten Verständnis von Politik können andere Ansätze entgegengestellt werden, die den Begriff „politisches Theater“ auf Stücke und/oder Inszenierungen beziehen, die explizit (tages-)politische Fragestellungen auf der Bühne verhandeln. In einem nochmals engeren Definitionsrahmen wären lediglich der Propaganda dienende Werke angesprochen.

Tatsächlich stellte die in Rede stehende Phase der Zwischenkriegszeit eine der Hochblüten der expliziten Agitation von der Bühne und mit Mitteln der Darstellungskunst dar. In einem deutschsprachigen Theaterraum waren Künstlerpersönlichkeiten wie Bert Brecht, der wohl als „die“ Symbolfigur schlechthin gelten kann, prägende Figuren auch einer politischen Auseinandersetzung fernab des Bühnengeschehens. Kunst und Kultur wurden (und werden) von Gruppen aller politischen Lager<sup>4</sup> als Feld der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung deklariert, wobei sie als Mittel der „Erziehung“ in die als jeweils wünschenswert empfundene Richtung zum Einsatz gelangen sollten. Dies trug in weiterer Folge zur besonderen Stellung bei, die Künstlerinnen und Künstlern zukam und die vor allem durch Uneindeutigkeiten geprägt war: Kam ihnen im einen extrem große Wertschätzung zu, war es in der Gegenposition massive Ablehnung, die ihnen ob ihres „unsteten“ Lebenswandels entgegenschlug.

Trotz der deutlichen Politisierung wurde – und wird bis in die Gegenwart – Theater aber gleichzeitig als Ort verstanden, der fernab jeglichen Zeitgeschehens steht. Ein Gedanke, der wohl in enger Verbindung zu dem Ansatz steht, wonach „die Kunst“ eine globale Kommunikationsmöglichkeit, ein a-historisch verbindendes Element bilde (und damit – vielfach ungewollt und unbewusst – koloniale Ansprüche vermittelte).<sup>5</sup> Daneben spielt aber auch der spezielle Charakter des Theaters als Unterhaltungsmedium eine entscheidende Rolle. Zwar hatte das Theater in den 1920er- und 1930er-Jahren die Vormachtstellung, die es noch im ausgehenden 19. Jahrhundert einnahm, durch die Konkurrenz anderer Ausdrucksformen darstellender Kunst wie beispielsweise Revuen und in erster Linie das Kino, bereits eingebüßt. Dennoch hatte es nach wie vor eine Art Vorreiterrolle in Fragen etwa des gesellschaftlichen Bedeutungsgehalts inne, was sich beispielsweise in begrifflichen Anleihen niederschlug („Lichtspieltheater“; Akt-Einteilung von Kinofilmen etc., was eindeutig darauf verweist, dass Theater als Vorbild verstanden wurde).

Auch im Zuge der verstärkten Auseinandersetzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit Fragen des Raumes wurde dem Theater eine Sonderstellung zugewiesen. Eine herausragende Rolle in der theoretischen Auseinandersetzung mit „Räumen“ nimmt nach wie vor Michel Foucault ein. Seine Überlegungen zu Hetero(chrono)topien nennen ebenfalls das Theater als eines der „typischen“ Beispiele „anderer Orte“.<sup>6</sup> Dabei ist es wichtig zu betonen, dass in diesem Konzept keineswegs eine Abkoppelung der „anderen Orte“ von der Umgebung gedacht wird, sondern vielmehr deren besondere Ausprägung.<sup>7</sup> Im Hetero(chrono)top werden gesellschaftliche Gegebenheiten auf besondere Art und Weise greifbar. Es ist nun deren Ausformung, die von Interesse ist. Dabei erscheint besonders bedeutsam, dass die von Foucault nur in einem Nebensatz erwähnte Einbeziehung der Dimension „Zeit“ eine wichtige Rolle spielt. Die Heterochronotopie bietet ein Herausgehobensein nicht allein aus den herkömmlichen räumlichen, sondern vielmehr auch den zeitlichen Bezügen – bedeutet

dies, dass im Theater/im Kino/in der Unterhaltung andere gesellschaftliche, politische Realitäten vorherrschen?

Im Folgenden wird diesen Gedanken nachvollziehend der Versuch unternommen, die Überlegungen für das Grazer Theaterwesen der Zwischenkriegszeit aufzugreifen. Dabei wird nicht der Weg einer Überblicksdarstellung gewählt, sondern es werden durch die Untersuchung einiger Fallbeispiele Einblicke in das Theatergeschehen erarbeitet. Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten sollen solchermaßen aufgezeigt, ihnen gezielte Aufmerksamkeit gezollt werden.

### **(Grazer) Theaterleben der Zwischenkriegszeit**

Die (mittel-)europäische Zwischenkriegszeit wird in all ihrer Ambivalenz immer wieder als jener Zeitraum beschrieben, der einer Kultur der Massen-Unterhaltung den Weg bahnte beziehungsweise wird das massenkulturelle Erleben als eines der konstitutiven Elemente jener Jahre bezeichnet.<sup>8</sup> Unterhaltung fand auf neuen Ebenen statt, die medialen Ausdrucksformen, die um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entwickelt worden waren, gelangten zum Durchbruch.<sup>9</sup> Gerade für die Steiermark und Graz scheint aber eine tatsächliche Umwälzung des Freizeitverhaltens nicht feststellbar. Neuerungen waren zwar spürbar und wurden durchaus auch intensiver Diskussion unterzogen (etwa die Nicht-/Eignung von Filmen als „hochstehende“ Unterhaltung), jedoch ist eher eine Verschiebung in die neuen Unterhaltungsformen, teilweise eine Verstärkung bereits bekannter Phänomene festzustellen.<sup>10</sup>

Der Wandel, den Österreich infolge des Ersten Weltkrieges erlebte, zeigt auch in kultureller und kulturpolitischer Hinsicht Konsequenzen. So kann einerseits der Sozialdemokratie in diesem Feld große Aufmerksamkeit zukommen. Die Bestrebungen, einen „neuen Menschen“ für die ersehnte völlig veränderte Gesellschaftsordnung hervorzubringen, umfassten auch ein umfangreiches bildungspolitisches Programm, das als einen zentralen Aspekt die „Arbeiterkultur“<sup>11</sup> beinhaltete. Deren genaue inhaltliche Definition war unter den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen umstritten. Während einige Exponentinnen und Exponenten vehement auf die Etablierung eigenständiger, vom bisherigen Kulturbetrieb vollständig unabhängiger Formen, Methoden und Inhalte drängten, waren – und diese Gruppe stellte gleichermaßen den sozialdemokratischen „Mainstream“ dar – andere davon überzeugt, dass eine Heranführung der Arbeiterinnen und Arbeiter an „klassisches“ Bildungs- und Kulturgut erfolgen müsse. Letztere setzten sich daher auch massiv für die verstärkte Öffnung der Kultureinrichtungen, etwa durch verbilligte Karten für das Theater, ein.<sup>12</sup> Die sozialdemokratischen und von der „Linken“<sup>13</sup> getragenen Initiativen waren auch in Graz von Relevanz, wie an späterer Stelle noch auszuführen ist.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums wurde „traditionellen“ Werten (alt-)österreichischer Kultur gehuldigt, wobei in besonderem Maße danach getrachtet wurde, den „deutschen Charakter“ der kulturellen Betätigung zu betonen. In Österreich wurde dem Bereich der Kultur ein besonderer Stellenwert zugemessen. Sie nahm eine entscheidende Rolle im Nationsbildungsprozess ein beziehungsweise wur-

de ihr eine derartige Position zugewiesen<sup>14</sup>: Seit der Niederlage in Solferino erfuhr das Bild von Österreich als „Kulturnation“ stetige Wiederholung und Betonung; Kultur wurde als entscheidender Faktor der „Größe“, ja der „Macht“ des Landes definiert. In immer wieder leicht adaptierter Form bis zum heutigen Zeitpunkt Gültigkeit besitzend, war das Kulturkonzept auch in der Zwischenkriegszeit von enormer Relevanz. Die regierenden konservativen und nationalen Kräfte setzten stark auf das Kulturelement, wobei das „Deutschtum“ einen zentralen Stellenwert besaß. Wie ab 1933/34 im Austrofaschismus explizit betont, wurde bereits in den Jahren zuvor das Konzept der österreichischen als der „besseren deutschen“ Kultur bedient.<sup>15</sup> Das Selbstverständnis sah für Österreich – in Fortführung der imperialen/kolonialen Tradition – eine Vorbildfunktion für alle deutschsprachigen Menschen (gerade auch in den Nachfolgestaaten der k. u. k. Monarchie) vor. Als insbesondere wichtig wurde die Aufrechterhaltung des Kontaktes zu „den Deutschen“ begriffen und kultureller Input hierfür als sehr geeignet angesehen (dass es sich immer, auch in den Zeiten der Monarchie, um einen Austausch wechselseitiger Natur handelte, in dem auch die nicht-deutschsprachigen Bevölkerungen äußerst intensiv mitwirkten, wurde geflissentlich übersehen). Das Konzept des Pan-Germanismus war über Partei- und selbst Lagergrenzen hinweg verbreitet, stellte eine Art „Matrix“ dar, innerhalb derer die verschiedenen Parteikonzepte sich entwickelten, das aber gleichsam einen gemeinsamen Hintergrund aller Überlegungen darstellte.<sup>16</sup>

Durch die Festigung des Selbstbewusstseins politischer Gruppierungen Anfang der 1920er-Jahre gelangten in einigen Fällen Separierungen zur Umsetzung: So wurden, oft unter großem Engagement und mithilfe von ungezählter Eigenleistung, eigenständige Räumlichkeiten errichtet; spezielle Kulturprogramme, die auf Bedürfnisse von Mitgliedern zugeschnitten sein sollten, gelangten zur Entwicklung. Der räumlichen Trennung stand – nicht nur, aber gerade auch – in Graz weiterhin eine deutliche Durchmischung gegenüber. Jenen keineswegs neuen Durchlässigkeiten soll nun nachgespürt werden.

Das Grazer Theaterleben der Zwischenkriegszeit verlief einerseits in wohlbekannten Bahnen, erlebte andererseits aber auch Veränderungen verschiedener Art. Die bestehenden Einrichtungen altbewährter Art wie das Schauspielhaus und die Oper hatten mit Zuschauerschwund zu kämpfen.<sup>17</sup> Dies war jedoch kein Phänomen, das spezifisch für Grazer Verhältnisse war. Theaterhäuser in ganz Europa sahen sich mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Auslastung war dabei stark abhängig von dem Genre, das am Programm stand: Gerade Opern und das klassische Schauspiel litten unter mangelndem Publikumsinteresse, während sich Operetten, Schwänke, Revuen und Ähnliches mehr großer Beliebtheit erfreuten. Somit ist keinesfalls von einer allgemeinen Theaterkrise auszugehen, sondern vielmehr davon, dass lediglich einige Aspekte von einer solchen betroffen waren.<sup>18</sup> Ein reger Unterhaltungsbetrieb war gegeben, der verschiedensten Geschmäckern und Ansprüchen gerecht werden konnte.<sup>19</sup>

Die Zäsur 1918 hatte auch das Theaterwesen betroffen. Bestens etablierte Verbindungen in den ehemaligen „Südosten“ der Monarchie waren nunmehr unterbrochen. Viele Truppen hatten neben Steiermark und Kärnten selbstverständlich auch Slowe-

nien bereist, die Stadttheater Graz und Klagenfurt immer wieder in regelmäßigen Abständen Gastspiele etwa in Maribor/Marburg gegeben. Beinahe zehn Jahre lang waren diese Kontakte fast vollständig unterbrochen, deutschsprachige Gastspielreisen nahezu ein Tabu.<sup>20</sup> Ab 1927 absolvierten auch die Grazer Städtischen Bühnen wieder Gastspiele in Slowenien. Graz und die Steiermark bildeten damit eine Ausnahme im internationalen Theatergeschehen: mehrheitlich waren – auch in anderen österreichischen Grenzkonstellationen – sonst nach kurzer Zeit des Abwartens nach dem Ersten Weltkrieg rasch die bewährten Mobilitätsrouten von Künstlerinnen und Künstlern wieder aktiviert worden.<sup>21</sup> Die lange Phase des Abwartens in der Steiermark ist ein deutliches Indiz einerseits für die Sonderstellung von Graz und seiner Umgebung als besonders nationalistisch geprägte Region und andererseits für die Bedeutung, die Theater-Kunst in diesem Themenfeld einnahm.

Das Kunstgeschehen in der Stadt Graz war mit all seinen Herausforderungen auch äußerst lebendig. Versuche des Puppenspiels wurden gestartet, Klassiker der Oper und des Dramas mit Marionetten zur Darstellung gebracht.<sup>22</sup>

Die Idee, große künstlerische Events in einem bestimmten zeitlichen Rahmen umzusetzen, diese eventuell in ein gemeinsames Konzept zu gießen, wie dies beispielweise bei den Salzburger Festspielen so erfolgreich eingeführt worden war, wurde auch in Graz aufgegriffen und in Form der „Schloßbergspiele“ realisiert.<sup>23</sup> 1930 kam es im Juli erstmals zur Umsetzung des Gedankens von Freiluftaufführungen in der Landeshauptstadt, der auch weit über die Grazer Grenzen hinaus beworben wurde.<sup>24</sup> In den Räumlichkeiten der Kasematten lokalisiert, gelangte zunächst im Juni, später auf den Juli ausgeweitet die gesamten 1930er-Jahre hindurch eine Reihe von Veranstaltungen zur Umsetzung.<sup>25</sup> Im ersten Jahr stand das Generalthema im Zeichen Walther von der Vogelweides und in den Medien wurde die Verbreitung „deutscher Vergangenheit und deutscher Zukunft“ als Grundprinzip der Schloßbergspiele erklärt.<sup>26</sup> Neben gerade an den Grazer städtischen Bühnen engagierten Kräften wurden auch Gäste eingeladen. Die meisten von ihnen genossen zwar Bekanntheit, waren aber keine Stars der internationalen Bühnenwelt.<sup>27</sup>

Neben den Festspielen standen unabhängig von der Jahreszeit stets auch Gastspiele verschiedenster Art am Grazer Veranstaltungskalender. Wandernde Truppen hielten immer wieder Einzug in Graz; das System ihrer Auftritte funktionierte entsprechend einer jahrhundertealten Tradition, neu war der teils explizit politische, teils gesellschaftliche (und damit implizit politische) Anspruch, der vertreten wurde.<sup>28</sup> So gelangten auch fertige Produktionen regelmäßig nach Graz, darunter internationale Projekte wie der „blaue Vogel“, der unter anderem 1928 hier gastierte. Die deutsch-russische Truppe mit „Stammsitz“ in Berlin unter der Leitung von Jascha Jusznyi erfreute sich großer Beliebtheit.<sup>29</sup> Das Konzept sah die Kreierung eines Gesamtkunstwerkes auf der Kleinkunsthöhne vor: Neben darstellender Kunst in all ihren Formen spielte die Einbeziehung von Malerei eine wichtige Rolle. Insbesondere in linken Kreisen mit Wertschätzung bedacht<sup>30</sup>, ging das Publikumsinteresse weit darüber hinaus. Die Symbolik des „blauen Vogels“ trug wohl maßgeblich zum Erfolg bei, sorgte in kunstafinen Kreisen für positive Assoziationen und war unter diesem Namen weit über das Künstlerkollektiv hinaus bekannt. Das Märchenspiel „L'Oiseau bleu“ von Maeterlinck

(1908) erfreute sich großer Beliebtheit und traf sich in seinen romantischen Zügen wiederum in der künstlerischen Ausgestaltung der Bühnenshows, die bei aller Bezugnahme auf Expressionismus und Surrealismus dennoch stark in der Folklore verhaftet blieb.<sup>31</sup>

Der Erfolg der Produktionen des „blauen Vogels“ überrascht kaum, führt man sich die Beliebtheit folkloristischer Inhalte vor Augen. Die Ausrichtung am Volksstück prägte zahlreiche professionelle Produktionen ebenso wie auch die Aufführungen von Laiinnen und Laien jener Jahre. Völlig unabhängig von gesellschaftlichen oder politischen Hintergründen bestand große Begeisterung für „Bauernstücke“, Possen und Ähnliches mehr. Zwar gab es auch hier Ansätze moderner, kritischer Umsetzung, doch diese bildeten eine verschwindende Minderheit.<sup>32</sup>

Die religiöse Ausrichtung vieler dieser Stücke und der starke Mittelalterbezug, der sich im Aufgreifen von Themen und Gestaltungsprinzipien widerspiegelte, sind keine Grazer Besonderheiten, vielmehr typisch für jene Jahre; die Erfolge dieser Konzepte belegen, dass die Mehrheit der Bevölkerung gemeinsame Wertvorstellungen einer vermeintlich „traditionellen“ Gesellschaftsordnung folgte.

Die Versuche einer konkret „anderen“ kulturpolitischen Arbeit sollen nun vorgestellt werden.

## **Sozialdemokratische Theaterarbeit**

Die bereits angesprochene rege theoretische Auseinandersetzung mit Fragen der Kultur auf sozialdemokratischer Seite zeigte auch in Graz konkrete Auswirkungen. In diesem Konnex muss die Etablierung des sozialdemokratischen Vereins „Arbeiterbühne“ Erwähnung finden. 1898 gegründet gelangen bereits in den ersten Jahren immer wieder erfolgreiche Veranstaltungsorganisationen, wobei in erster Linie Konzerte das Programm bildeten.<sup>33</sup> Die Verankerung auf breiterer Basis gelang ab 1918, wobei die Arbeiterbühne in zweierlei Hinsicht aktiv wurde. Einerseits sollte Arbeiterinnen und Arbeitern ein vereinfachter Zugang zu kulturellen Veranstaltungen verschiedenster Ausprägung ermöglicht werden. In Kooperation mit Veranstaltern wie dem Schauspielhaus wurden Kartenkontingente zur Verfügung gestellt. Das Angebot wurde mittels des „Arbeiterwille“, dem Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPÖ) in Steiermark und Kärnten, vor allem aber durch den unermüdlichen Einsatz begeisterter Kunstaktivistinnen und Kulturaktivisten innerhalb der Sozialdemokratie verbreitet.<sup>34</sup> Zusätzlich zum passiven Kunstgenuss bestanden andererseits auch immer wieder Initiativen, die eine aktive Teilhabe von Arbeiterinnen und Arbeitern an der Kunstproduktion zum Ziel hatten.<sup>35</sup> In Ergänzung der nahezu bereits klassischen Vereine, die sich Gesang oder Musik (bekannt sind etwa die Mandolinen-Orchester, aber auch einige Blasmusikformationen) widmeten, bestanden Initiativen, die sich – teils unter dem Dach eigenständiger Vereine organisiert – der darstellenden Kunst verschrieben.

Beide Formen des Kunsterlebens, das passive wie auch das aktive, beinhalteten ein äußerst breites Spektrum von Formen und Stilrichtungen. Tatsächlich Neues war

relativ selten gegeben; so konnte die Einstudierung eines Sprechchores daher bereits als Besonderheit und wegweisend empfunden werden. Zur Feier der Republik am 12. November 1925 hatte die Sozialdemokratie ein umfangreiches Festprogramm organisiert. Einer vormittäglichen Versammlung in der Industriehalle folgte abends eine Festveranstaltung im Opernhaus. Ein von Ernst Fischer verfasstes Passionsspiel gelangte durch professionelle Künstlerinnen und Künstler zur Aufführung, der musikalische Rahmen wurde durch das Opernorchester und Mitglieder von „Sängerbünden“ gestaltet.<sup>36</sup> „Niemals noch hat die Grazer Arbeiterschaft ihren Wert und ihr Wollen so herrlich bewiesen wie am Abend dieses 12. November“, war der Kommentator überzeugt.<sup>37</sup> Die Begeisterung Ernst Fischers aber rief der „Sprechchor“ der Arbeiterjugend hervor.<sup>38</sup> Der Sprechchor war keine Grazer Neuerung, sondern bereits in Wien und Berlin kurze Zeit zuvor eingesetzt worden, und bildete in einer weiten historischen Rückschau die eigentlichen Ursprünge des (griechischen) Theaters. Für das 20. Jahrhundert aber bedeutete der Einsatz großer Gruppen von Sprechenden in Formation eines Chores aus der Sicht des Publikums eine deutliche Veränderung der bisherigen Seh- und Hörgewohnheiten, stellte somit in gewissem Sinne eine radikale Umstellung dar.<sup>39</sup>

Auch für die Mitwirkenden war die Teilhabe an Sprechchören ein einschneidendes Ereignis.<sup>40</sup> Immer wieder wurde der Sprechchor der sozialistischen Arbeiterjugend eingeladen, die verschiedensten Texte in gemeinsamer Anstrengung zur Aufführung zu bringen.<sup>41</sup> Zunächst eine lose, sich zu bestimmten Anlässen zusammenfindende Gruppe, avancierte der Sprechchor bald zu einer fixen Einrichtung.<sup>42</sup> Die Leitung hatte die Künstlerin Grete Imle übernommen, sie studierte mit den Jugendlichen die Umsetzung des Stoffes ein. Das Auftreten in einer Veranstaltung der „bürgerlichen“ Theatereinrichtungen, die Chance, in Opern- oder Schauspielhaus im wahrsten Sinne des Wortes die Stimme zu erheben, war alles andere als alltäglich. Zudem war ein Gemeinschaftserlebnis damit verbunden – die Präsentation als Gruppe beziehungsweise „in der Masse“, ohne das Hervortreten einzelner Personen, bildete dabei ein zentrales Element. Nicht zufällig wurde der Sprechchor als „die künstlerische Ausdrucksform des Proletariats“ bezeichnet.<sup>43</sup>

Die enge Verbindung Ernst Fischers zur Idee des Sprechchores war kein Zufall, war er doch einer der progressivsten Vertreter linker Ideen – vor allem auch in künstlerischen Belangen – in der Steiermark. Die von ihm verfassten Theaterwerke zählen zu jenen wenigen Versuchen der tatsächlichen Eigenständigkeit in Kulturfragen, wie sie an vorangegangener Stelle angesprochen wurden. Der helllichtige Denker erkannte in seinen Analysen für den „Arbeiterwille“ die große Nähe, die vielen auch neuen Versuchen der Kunstausübung von „bürgerlicher“ wie von „proletarischer“ Seite innewohnte. Und während die Angebote, die von „linker“ Seite gestellt wurden, zwar immer wieder große Erfolge generierten, blieben sie zumeist dennoch ein „Minderheitenprogramm“: von mehr oder weniger überzeugten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten genutzt, teilweise auch darüber hinaus wohlwollend zur Kenntnis genommen, jedoch bei Weitem nicht die Mehrheit des kulturellen Angebotes bestimmend. Umgekehrt aber wurde das breite Spektrum des Kulturschaffens sehr wohl von einer Mischung breiter Bevölkerungskreise wahrgenommen.

Somit war auch die Entscheidung vonseiten der meisten Künstlerinnen und Künstler nachvollziehbar, die sich in ihrer großen Mehrheit politisch nicht eindeutig deklarierten, sondern mehrheitsfähige Geschäftsmodelle wählten.<sup>44</sup> Zumal die Lebensgestaltung auch für darstellende Künstlerinnen und Künstler mit den wirtschaftlichen Herausforderungen der Zwischenkriegszeit alles andere als einfach zu regeln war.

Einer der Vertreter, die mithilfe des Engagements bei einer Wanderbühne schließlich der erstrebte Sprung an eine „fixe“ Bühne gelang, wird in der Folge vorgestellt.

### **Akteur – Erich Strömer (1901–1934)<sup>45</sup>**

Erich Strömer kam 1901 in Beuthen/Bytom (Oberschlesien) zur Welt, der Vater verstarb kurz nach seiner Geburt, Großmutter und Mutter entschlossen sich zu einem Umzug nach Graz, wo das Kind ab 1902 aufwuchs. Dem Besuch der Volksschule und der Realschule (zwei Jahre davon in Knittelfeld)<sup>46</sup> folgte ein Studium, wobei er als Gasthörer der Literatur, Geschichte und Philosophie Grundlagen für seine Schauspieler-Karriere schaffen wollte. Erste Stationen führten über Gablonz, Linz und Salzburg zunächst wieder in die Steiermark, wo er ein schweres Augenleiden kurierte und im Anschluss die Chance erhielt, als „Christus“ in Calderons „Geheimnisse der heiligen Messe“ zwei Jahre lang an einer ausgedehnten Tournee durch Österreich und angrenzende Länder teilzunehmen. Einem Engagement in Graz in den Saisonen 1926/27/28 folgten mit Frankfurt am Main, Hamburg und Berlin die langersehnten Verpflichtungen an „internationale“ Bühnen. Wie zuvor war auch in Deutschland kein sofortiger Durchbruch gegeben. Strömer überzeugte mit kontinuierlicher Arbeit und konstantem Einsatz und konnte schlussendlich 1934 drei Antrittsgastspiele am Burgtheater in Wien absolvieren. Das Engagement tatsächlich anzutreten, war Erich Strömer nicht mehr vergönnt: Er verstarb am 30. Dezember 1934 an einer septischen Angina.

Strömer verstand die Schauspielerei als Erziehungsinstrument und formulierte es als zentrales Aufgabenfeld dieser Kunstrichtung, die Jugend an die „klassischen“ Werke der Dichtkunst heranzuführen.<sup>47</sup>

Das Verhältnis zum Beruf des Schauspielers war durchwegs ambivalent besetzt. Wie so oft in einem österreichischen Kontext bestand auch bei ihm der intensive Wunsch nach einer Berufung an das Burgtheater, das als „die“ Bühne und das berufliche Ziel schlechthin imaginiert wurde.<sup>48</sup> Gleichzeitig scheinen ihn aber immer auch Überlegungen begleitet zu haben, welcher andere Beruf eine Alternative darstellen könnte.

Bereits die Berufswahl war kurz entschlossen erfolgt; ein Schauspielstudium, das zu jener Zeit an einer der zahlreichen Theaterschulen in Graz erfolgen hätte können, strebte Strömer nicht an.<sup>49</sup> Vielmehr sprach er nach einem Gespräch mit einem Freund, der bereits als Schauspieler arbeitete, bei einem Agenten mit jenen zwei Rollen vor, die er hierfür einstudiert hatte, denn, wie er formulierte: „jahrelang zu lernen hatte ich nicht die geringste Lust.“<sup>50</sup>

Hier wird ein Zugang zum Beruf offenkundig, der im Vergleich zu zahllosen anderen Beschreibungen von Kolleginnen und Kollegen außergewöhnlich ist. Nicht die

absolute Hingabe an das Theater als gleichsam sakralen Ort steht im Mittelpunkt, sondern die schlichte Entscheidung einen bestimmten – Geld verheißenden – Arbeitsplatz für sich zu wählen. Die scheinbare Gleichgültigkeit der Bühne gegenüber fand Bekräftigung in der Schilderung möglicher Zukunftsaussichten. Denn wenn er erst einmal genug verdient habe, wolle er nicht Schauspieler bleiben, sondern sich „eine Wirtschaft in Kaindorf bei Graz“ kaufen, verkündete Strömer in einem Interview.<sup>51</sup>

Die Betonung der angestrebten „Bürgerlichkeit“ bildet hierbei ein zentrales Element. Der Rückzug von der „Welt des Scheins“ der Bühne aufs Land; das Leben als „simpler Spießbürger“ erfüllte, ebenso wie auch ein ostentativ zur Schau getragener Lokalpatriotismus, gesellschaftliche Ideale.<sup>52</sup> Gerade ab den 1920er-Jahren begann eine besondere Verehrung jener Stars und Vorbilder, die als stark „verwurzelt“ und „bodenständig“ galten und ihr Image dahingehend immer wieder bedienten.<sup>53</sup> Dies geschah auf verschiedensten Ebenen. Der Wahl der Bühnenrolle kam etwa dabei auch große Bedeutung zu. Die Zuschreibung gewisser Genres zu bestimmten Persönlichkeiten beruhten dabei oftmals nicht auf der Entscheidung der Betroffenen, sondern vielmehr auf den Sehgewohnheiten des Publikums: einmal mit einem „Typ“ verbunden, sollte diese Zuschreibung immer wieder bedient werden. Auch das Privatleben beziehungsweise wie dieses dargestellt wurde, war bedeutsam für die Beliebtheitswerte. Bestimmte Themen wirkten in besonderer Weise: So war die Bindung an eine bestimmte Stadt, die Betonung großer Verbundenheit etwa mit einer bestimmten Bühne ein Element, das immer wieder aufgegriffen wurde. Die gleichzeitige massive Reisetätigkeit, die zahlreichen Ortswechsel, die viele dieser Künstlerinnen und Künstler vollzogen, wurden dabei keineswegs als Widerspruch wahrgenommen.<sup>54</sup> Über ähnliche Zugkraft wie die „Sesshaftigkeit“ verfügte das Thema „Mutterschaft“ – wurde einer Künstlerin Mütterlichkeit attestiert, so war dies eines der größten Komplimente, das sie erhalten konnte.

Schauspielerinnen und Schauspieler nahmen somit in verschiedenster Hinsicht gesellschaftspolitische Position ein. Die Mechanismen der Positionierung waren meist subtil; nur wenige Künstlerinnen und Künstler betätigten sich aktiv im Sinne einer politischen Propaganda. Dies kann in gewissem Sinne auch Übertragung auf „das Theater“ als Ganzes finden.

## **Die Bühne als Platz der Arbeits-Kampfes**

Tatsächliche Involvierung in die Tagespolitik war selten, dennoch ist eine Reihe von Beispielen gegeben, die eben solchen Charakter aufwiesen.

Gewissermaßen ein Spezialfall ereignete sich zwischen Frühjahr und Herbst des Jahres 1923. Die Grazer „Theaterfrage“, teils auch als „Theaterkrise“ titulierte, wurde akut. Die Leitung der Grazer Theaterhäuser war erneut an den Industriellen Dr. Wutte vergeben worden, wogegen die Sozialdemokraten im Grazer Gemeinderat gestimmt hatten.<sup>55</sup> Kern der Problemstellung war, die bereits zuvor erwähnte zunehmende Schwierigkeit, eine befriedigende Auslastung von Schauspielhaus und Oper zu erreichen.

Während die Sozialdemokratie eine bessere Gestaltung des Spielplans – was implizit die Absetzung des Direktors bedeutete – und mehr Geld von der Gemeinde einforderte,<sup>56</sup> versuchte Wutte das mangelnde Interesse des Publikums – und damit verbunden die fehlenden Einnahmen – über das Personal wieder „hereinzuholen“. Nur mehr Neun-Monats-Verträge sollten bezahlt werden, was für die Belegschaft den Verlust von drei Monatsgehältern bedeutet hätte.<sup>57</sup>

Das im Vergleich zu anderen Bühnen ohnedies bereits schlecht bezahlte Personal begann sich daraufhin organisiert zur Wehr zu setzen. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter versuchten dabei zu keinem Zeitpunkt, den Spielplan oder andere künstlerische Belange zu beeinflussen, sondern lediglich, die wirtschaftliche Lage der Künstlerinnen und Künstler zu verbessern beziehungsweise deren finanzielles Überleben sicherzustellen.

Die Auseinandersetzung mit dem Betriebsrat drohte im Verlauf der Wochen und Monate immer mehr zu eskalieren. Die Forderung, wonach Vertrauensmänner nicht mehr gekündigt werden dürften, führte zu heftigen Auseinandersetzungen<sup>58</sup>; es wurde gar die komplette Schließung des Hauses in den Raum gestellt; aus „künstlerischen Erwägungen“ sollten Betriebsräte nicht mehr engagiert werden.<sup>59</sup> Eine internationale Sperre wurde durch die „Arbeitsgemeinschaft der drei Verbände der Bühnenangehörigen Österreichs“ über die Grazer Bühnen verhängt – eine Kampfmaßnahme, die erst nach Verhandlungen in Wien, die zu guter Letzt auch eine Lösung des Konfliktes herbeiführten, aufgehoben werden konnte.<sup>60</sup> Genauer Inhalt und Verlauf des Arbeitskampfes können an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden, die Gewerkschafter konnten sich aber schlussendlich mit ihren zentralen Forderungen durchsetzen.<sup>61</sup> Die Berichte der Grazer Medien – „Tagespost“ und „Arbeiterwille“ waren besonders involviert – spiegelten dabei deutlich Interessenslagen und politische Lager wider.

Der neue Direktor Theo Modes, der im Juni bestellt wurde, erwies sich als Schlüsselfigur zu Beendigung des Konfliktes. Er zeigte sich vom Willen getragen, seine Arbeit über politische Grenzen hinauszutragen. So schickte Modes als neu angetretener Direktor ein Schreiben an Zeitungen aller politischen Couleurs, in dem er bekräftigte, über Parteigrenzen hinweg gute und innovative Theaterarbeit leisten zu wollen.<sup>62</sup> Im Rahmen des in mehreren Zeitungen zitierten Textes betont er zudem Rücksicht auf die Bühnenkräfte nehmen zu wollen. Einzelleistungen seien wichtig, doch stünde die Ensembleleistung im Zentrum seiner Aufmerksamkeit.<sup>63</sup> Das Schreiben belegt die empfundene Notwendigkeit der Versicherung einer korrekten Vorgehensweise durch den Direktor ebenso wie auch die Bedeutung, die „der Politik“ im Rahmen des Theaters beigemessen wurde.

Der Arbeitskampf hinter und auf der Bühne war dennoch ein Eindringen der (Arbeitsmarkt-)Politik ins Theater auf außergewöhnlichem Wege, der aber das tatsächliche Bühnengeschehen kaum beeinflusste. Die Auseinandersetzung auf inhaltlicher Ebene war im Vergleich dazu mit deutlicher Präsenz im Theaterraum spürbar.

## Theaterskandale in Graz<sup>64</sup>

Die handgreiflichen Auseinandersetzungen entzündeten sich dabei jeweils an der Interpretation von Stücken oder mit deren Umsetzung betrauten Akteurinnen und Akteuren als „links“.

So beispielsweise an einer Inszenierung von Shakespeares „Sommernachtstraum“: Der Regisseur Bernhard Marholm wurde im Mai 1927 bei seinem Besuch in Graz als „Moskauer Regisseur“ angekündigt und – wie er selbst es formulierte – wie ein „exotisches Tier“ betrachtet.<sup>65</sup> In dem Versuch, dem entgegenzuwirken, betonte er „Österreicher“ zu sein.<sup>66</sup> Die Herkunft aus Brünn (Brno) verbinde ihn mit anderen österreichischen Künstlerinnen und Künstlern wie Maria Jeritzka oder Fritz Grünbaum.

In der Zuschreibung dürfte trotz aller Beteuerungen seinerseits allerdings die Verknüpfung mit „Russland“ sehr viel stärker gewirkt haben. Marholm lebte in Moskau und arbeitete mit dem weltbekannten Alexander Tairoff<sup>67</sup> zusammen, stand dadurch in engem Konnex zu modernen Inszenierungsformen. Sowohl Modernität als auch der „russische“ Hintergrund, der mit dem aktuellen sowjetischen Machtapparat gleichgesetzt wurde, sorgten – teilweise bereits im Vorfeld der Aufführungen – für Aufregung.

Im Zuge der letzten „Sommernachtstraum“-Vorstellung im Grazer Schauspielhaus kam es schlussendlich zum Skandal: Die Vorstellung wurde unterbrochen und konnte aufgrund der massiven Auseinandersetzungen im Publikum nicht wieder aufgenommen werden.<sup>68</sup> Studenten, die sich im gesamten Publikum verteilt hatten, begannen noch während des ersten Aktes mit massiven Störaktionen. Als daraufhin das Licht anging, forderte der Rest des Publikums die Fortführung des Stückes. Einer der Schauspieler, Herr Hoffmann, trat vor den Vorhang und bat um Ruhe, woraufhin vonseiten der Studenten die Erklärung abgegeben wurde, dass sie weder gegen Stück noch Inszenierung (!) demonstrierten, sondern den Regisseur ablehnten. Marholm sei ein „jüdischer Kommunist“ und erfahre deshalb ihre Ablehnung.<sup>69</sup> Befürworterinnen und Befürworter wie auch Gegnerinnen und Gegner von Stück und Regisseur versuchten gegenseitig einander akustisch niederzuringen, was schlussendlich dazu führte, dass die Aufführung endgültig abgebrochen wurde. Die Demonstration der Studenten aber nahm damit kein Ende, sondern wurde vielmehr vor dem Theatergebäude fortgeführt. Um die öffentliche Ruhe wiederherzustellen, schritt die Polizei ein und „säuberte“ den Platz von singenden Studierenden.<sup>70</sup>

Die Zuschreibung als „jüdischer Kommunist“ stellte gleichsam den Gipfel eines „othering“ dar – was in den Augen seiner Gegnerinnen und Gegner den schlimmstmöglichen Vorwurf bildete. Dies war kein Grazer Spezifikum, sondern, wie etwa der prominente Fall Alexander Moissis aufzeigt, oftmals geübte Praxis.<sup>71</sup> Die Selbstverortung der Betroffenen war dabei von keinerlei Relevanz, wie auch das Beispiel Bernhard Marholms belegt.

Ein weiterer Fall eines Grazer Theaterskandals entzündete sich an der Stückauswahl – die „Argumente“ der Ablehnung blieben dieselben. Zwei Jahre nach dem „Sommernachtstraum“ gelangte sechs Wochen nach der österreichischen Erstaufführung im Wiener Raimundtheater die „Dreigroschen Oper“ auch in Graz zur Aufführung.<sup>72</sup> Von

30. April bis 25. Mai 1929 waren laut Spielplan sieben Aufführungen in der Grazer Oper anberaumt.<sup>73</sup> Tatsächlich auf der Bühne war das Stück jedoch lediglich viermal. Bereits das Plakat, das am Balkon angebracht für Aufmerksamkeit sorgen sollte, rief Empörung hervor. Die Verwandlung des „Kunsttempels“ in eine „Schaubude“ wurde befürchtet.<sup>74</sup> Eine Kritik, die angesichts der Tatsache, dass in den Jahren zuvor in regelmäßigen Abständen Kinovorführungen im Opernhaus stattgefunden hatten, da man sich davon dringend benötigte Einnahmen erhoffte, überraschend erscheint und darauf verweist, dass weniger die Einführung neuer Konzepte, als vielmehr das konkrete Stück für Aufregung sorgte.

Bereits während der ersten Aufführung und in weiterer Folge mit einer Ausnahme auch in sämtlichen weiteren kam es zu heftigen Störaktionen durch Teile des Publikums. In der vierten und zu diesem Zeitpunkt bereits als solcher deklarierten letzten Aufführung gelangten gar Stinkbomben zum Einsatz. Zuvor waren es Pfiffe und Rufe gewesen beziehungsweise war auch versucht worden, in „verdeckter“ Form zu demonstrieren: Da einige Vorstellungen bei voller Beleuchtung abliefen, gingen die Gegner des Stücks von offenkundigen Störaktionen ab – fürchteten sie doch das Eingreifen der Polizei, die Störenfriede „geräumt“ hätte. Um einen ungestörten Verlauf der „Dreigroschenoper“ zu vereiteln, wurde zu intensivem Husten und Schnäuzen übergegangen.<sup>75</sup>

Der Großteil des Publikums solidarisierte sich mit Ensemble und Stück, unterstützte mit Beifall und schritt teils selbst mit handgreiflichen Mitteln zur Tat: So wurde auf mutmaßliche Störenfriede eingeschlagen.<sup>76</sup> Deren Identität blieb Großteils im Dunkeln, sie wurden nicht als Einzelpersonen wahrgenommen, sondern vielmehr in ihrem Kollektiv als „Deutschnationale Studenten“.

Der Theaterskandal erlangte eine Dimension, die selbst den Gemeinderat wachrief und zu einer intensiven Debatte herausforderte. Es scheint rein der sozialdemokratischen Stadtführung unter Vinzenz Muchitsch zu verdanken gewesen sein, dass die von konservativer Seite geforderten Zensurmaßnahmen nicht zur Umsetzung gelangten, sondern weiterhin das Prinzip der „Freiheit der Kunst“ Anerkennung fand.<sup>77</sup>

Ähnlich wie zwei Jahre zuvor bei der Aufführung des „Sommernachtstraums“ kam auch bei der „Dreigroschenoper“ der Vorwurf, es handle sich um „bolschewistisches“ Gedankengut, das auf der Bühne transportiert werde oder hinter der Konzeption der Aufführung stehe, der zur Eskalation führte.<sup>78</sup>

### **Politischer Heterochronotop – Fazit**

Theater-Realitäten stehen in engem Zusammenhang mit der Umgebung, den gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten des Umfeldes, in welchem die Bühnen positioniert sind. Dennoch ist gleichzeitig auch der Heterochronotop deutlich präsent. Auf der Bühne sollten Illusionen erzeugt werden, der Versuch der Herstellung einer ideal geordneten Welt überwog die Mehrheit der Produktionen auch in Graz. Für diese kann die eingangs eingeführte Definition des politischen Theaters zur Anwendung gelangen, wonach jeglicher Aufführung eine politische Dimension innewohnt, selbst

wenn der Inhalt scheinbar nichts mit der aktuellen Situation zu tun hat. Die zahllosen Bauernstücke, Operetten, Possen und folkloristischen Revuen spiegeln die gesellschaftlichen Sehnsüchte – die Rückschau auf eine – angeblich – ideale Vergangenheit, auf ebensolche Traditionen.

Der Großteil der Stücke entsprach dem Geschmack der Mehrheit des Publikums. Konservative wie auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zeigten sich von Volksstücken und Operetten begeistert. Jene wenigen Ausnahmen der Spielgestaltung, die als „links“ gedeutet wurden (und nicht von der Sozialdemokratie für Mitglieder organisiert worden waren), sorgten für Skandale in Form von Störaktionen. Dass jedoch die Pöbeleien nur von einer verschwindenden, besonders radikalisierten Minderheit – der Studentenschaft – getragen wurde, obgleich in den Theaterhäusern in jedem Fall mehr Menschen anwesend gewesen wären, deren Gedankengut keinesfalls „links“ bestimmt war, belegt, dass die Wirkung, die „Aura“ des Theaters – oder die Wirkung des Heterochronotops – präsent war. War doch das Publikum nicht lediglich passiv gegenüber den Störaktionen, sondern versuchte aktiv dagegen vorzugehen. Die Theaterbesucherinnen und Theaterbesucher wären im Theater neuen Themen und Inszenierungen offen gegenübergestanden.

Die tatsächlichen, explizit linken Stücke, meist durch die „Arbeiterbühne“ initiiert und vielfach in erster Linie für deren Klientel reserviert, verliefen ohne jegliche Störung: Von der Sozialdemokratie getragen war allem Anschein nach klar definiert, wer als Adressatinnen und Adressaten angesprochen werden sollte, und forderte zu keinerlei agitativem Widerspruch heraus. Für die Mitwirkenden und das Publikum der „Arbeiterbühne“ war die „Eroberung“ des „anderen Ortes“ Theater – und darauf verweist die euphorische Berichterstattung – stets ein herausragendes Ereignis. Besondere Festtage (Feier der Republik) wurden hier begangen; das Herausgehobensein aus dem Alltag, das außergewöhnliche des Anlasses solchermaßen nochmals betont.

In der Zusammenschau zeigt sich somit die ganze Ambivalenz des Theaters als Heterochronotop: eine Absenz des Politischen vom Theater war keinesfalls gegeben. Implizit und explizit bestand stetige Präsenz – jedoch im „anderen Ort“ in „anderer Form“.

- 1 Ernst FISCHER: Die Krise des bürgerlichen Theaters, in: Arbeiterwille, 21.3.1926, 10; auch abgedruckt bei Ernst FISCHER: Neue Kunst und neue Menschen. Literarische und essayistische Texte aus seinen Grazer Jahren (1918–1927), Graz 2016, 234–240, hier: 236.
- 2 Der Begriff des Rettungsankers kann wohl durch das Wort der „Ausrede“ Ersatz finden – eine intensive Diskussion zum Thema der Verantwortlichkeit von Kunstschaffenden etwa in der Zeit des Nationalsozialismus als bekanntestes Beispiel kann aber aus Platz- und inhaltlichen Gründen an dieser Stelle nicht erfolgen. Die Beispiele von Künstlerinnen und Künstlern, die sich nach 1945 mit einer „unpolitischen Haltung der Kunst“ verantworteten, sind in jedem Fall zahllos. Gleichzeitig bewegen sich auch unzählige Biografien in diversen Grauschattierungen zwischen begeisterter Unterstützung, Mitläufertum und – verstecktem – Widerstand.
- 3 Marc SILBERMAN: Die Tradition des politischen Theaters in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) 23–24, 2006, 13–21. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/29708/bertolt-brecht> (abgerufen am 11.4.2018).
- 4 Der Lager-Begriff, der explizit für die politische Situation des Österreich der Ersten Republik große Relevanz aufweist, wird in diesem Zusammenhang auch auf die historischen Perioden vor und nach der Zwischenkriegszeit angewandt. Julie THORPE: Pan-Germanism after Empire: Austrian „Germandom at Home and Abroad, in: Günter BISCHOF, Fritz PLASSER (Hgg.): From Empire to Republic: Post World War I Austria (= Contemporary Austrian Studies, 19), Innsbruck 2010, 254–272, hier: 255.
- 5 Die Ansprüche einer „weltumspannenden“, vermittelnden Kulturform – wobei meist zuvorderst der Musik diese Mittlerrolle zugesprochen wird – sprechen meist aus einer bestimmten Perspektive: jener der sogenannten Hochkultur mitteleuropäischer Prägung. Jahrhundertlang waren es einige wenige Werke, die in den Kanon „bedeutsamer“ Kulturgüter aufgenommen wurden, während sämtliche anderen Stilrichtungen und Ausdrucksformen vollständig ignoriert wurden.
- 6 Michel FOUCAULT: Andere Räume, in: Karl-Heinz BARCK (Hg.): Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik, Leipzig 1992, 34–46, hier: 42; Aleida Assmann, Gegenwart ist sinnlich nicht erfassbar, in: Thüringische Landeszeitung, 26.3.2016, online unter: <https://www.tlz.de/web/zgt/kultur/detail/-/specific/Aleida-Assmann-Gegenwart-ist-sinnlich-nicht-erfahrbar-1118667938> (13.6.2018).
- 7 Robert OSMAN, Daniel SEIDENGLANZ, Ondrej MULICEK: Urban Place as a Heterochronotopia. A Case Study of a Brno Locality, online unter [http://sreview.soc.cas.cz/uploads/b6f61c5b61c89d4567f1bb6b3b0b7eb9cbeb288e\\_16-6-07Osman17.indd.pdf](http://sreview.soc.cas.cz/uploads/b6f61c5b61c89d4567f1bb6b3b0b7eb9cbeb288e_16-6-07Osman17.indd.pdf) (abgerufen am 17.12.2017).
- 8 Vgl. Rezension Gunther MAI: Rezension zu: Barth, Boris: Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938. Frankfurt am Main 2016, in: H-Soz-Kult, 7.10.2016, online unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2016-4-012> (abgerufen am 7.10.2016). Zur konzeptionellen Weiterentwicklung bereits bestehender massenkultureller Medien im „Dritten Reich“ vgl.: Carsten WÜRMAN, Ansgar WARNER (Hgg.): Im Pausenraum des Dritten Reichs. Zur Populärkultur im nationalsozialistischen Deutschland, Bern 2008.
- 9 Als Klassiker sei an dieser Stelle das Kino angesprochen, aber auch Bereiche wie eine neue Form des Konsums (Entstehung großer Kaufhäuser für ein Breitenpublikum) dürfen keinesfalls vernachlässigt werden.
- 10 So wurden in einigen Regionen der Steiermark neue Bühnengebäude errichtet beziehungsweise Räume für derartige Zwecke – vorübergehend – adaptiert. Oftmals kam es zu einer Doppel- und Mehrfachnutzung der Räumlichkeiten (Versammlungs-Saal, Theaterbühne, Konzerthalle, Kino etc.). Die Etablierung neuer Gebäude stand (und auch dies steht in einer Tradition, die im 19. Jahrhundert ihren Ausgang nahm) vielfach in engem Zusammenhang mit dem Wunsch von Regionen, ihre touristische Beliebtheit zu wahren beziehungsweise sich als neue Zieldestinationen ins Gespräch zu bringen.
- 11 Es findet an dieser Stelle der historische Ausdruck Verwendung, weshalb auf die geschlechtergerechte Sprache verzichtet wird.
- 12 Vergleiche hierzu die Ausführungen von Christopher Balme, der aufzeigt, dass das heute in Deutschland und Österreich bestehende System staatlich finanzierter Theaterhäuser

- auf die sozialdemokratischen Initiativen einer „Kultur für alle“ zurückzuführen ist. Christopher BALME: Stadt-Theater. Eine deutsche Heterotopie zwischen Provinz und Metropole, in: Burcu DOGRAMACI (Hg.): Großstadt – Motor der Künste in der Moderne, Berlin 2010, 66–76.
- 13 Bis in das Jahr 1934 war in der Steiermark faktisch ein Alleinvertretungsanspruch der Linken durch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAPDÖ) gegeben. Kommunistinnen und Kommunisten wie auch Anarchistinnen und Anarchisten können bestenfalls als Kleinstparteien bezeichnet werden, wiesen teils sektenartigen Charakter auf. Durch die Ereignisse des Februar 1934, das endgültige Verbot für die Sozialdemokratie, kam es zu massiven Abfallbewegungen von der Partei. Ab diesem Zeitpunkt war es die Kommunistische Partei, die – aus dem Untergrund widerständige – linke Arbeit in der Steiermark leistete.
- 14 Philipp THER: Einführung in die Kulturpolitik der kontinentalen Imperien, in: Philipp THER (Hg.): Kulturpolitik und Theater. Die kontinentalen Imperien in Europa im Vergleich, Wien/Köln/Weimar 2012, 7–20, hier: 9. Siehe dazu auch: Peter STACHEL: „Das Krönungsjuwel der österreichischen Freiheit“. Die Wiedereröffnung der Wiener Staatsoper 1955 als Akt österreichischer Identitätspolitik, in: Sven Oliver MÜLLER, Jutta TOELLE (Hgg.): Bühnen der Politik. Die Oper in europäischen Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert, Wien/München 2008, 90–107, hier: 91f.
- 15 THORPE: Pan-Germanism after Empire, 255.
- 16 Ebenda. Die stetige Betonung des österreichischen Deutschtums war einer der Gründe, weshalb der Übergang zum Nationalsozialismus im Lauf der 1930er-Jahre so leicht verlief: Für die Mehrheit der Bevölkerung war nicht nachvollziehbar, weshalb man „deutsch“, nicht aber Teil Deutschlands sein sollte.
- 17 Robert BARAVALLE: 100 Jahre Grazer Schauspielhaus, hg. von der Stadtgemeinde Graz, Graz 1925; Maria OGRIS-BÜRGER: Die Rezeption Bertolt Brechts in der Steiermark im Kontext der Geschichte des steirischen Theaters. Ungedruckte Dissertation, Graz 2012.
- 18 Vgl.: Ernst FISCHER: Die Krise des bürgerlichen Theaters, in: Arbeiterwille, 21.3.1926, 10. Die Problematik mangelnder Auslastung war in der gesamten Steiermark gegeben. So konnte etwa das Stadttheater Leoben nicht mehr in der bisherigen Form mit eigenem Ensemble weiter betrieben werden. Die Diskussionen um die Grazer Bühnen, mögliche Subventionen usw. beschäftigten die Medienöffentlichkeit.
- 19 Als Beispiel sei der 4. Jänner 1920 genannt. An diesem Tag finden sich in der „Tagespost“ etwa Hinweise auf folgende Veranstaltungen: Alpenländische Volksbühne Andritz, Volksstück „D’Edelweißbroni“; Kabarettliederabend im Gagistensaal von Hans Donner und Delma Wied abgehalten; Wohltätigkeitskränzchen in den Brauhäusern in Gösting; Singspielgesellschaft Uhl und Roth im Gasthaus Sternwirt mit Frl. Rita Osten gab ein neues Programm mit flotten Possen. Siehe Tagespost, Morgenblatt, 4.1.1920, 10. Die Durchmischung verschiedenster Publikumskreise wird offenkundig, da etwa auch der „Arbeiterwille“ immer wieder Werbung für die Andritzer Volksbühne betrieb. Siehe Arbeiterwille, 8.5.1920, 3.
- 20 Wiener Bühnen gelang es bereits vereinzelt, wieder Auftritte zu organisieren. Theatermuseum Wien, Nachlass Erich Strömer, Zeitungsausschnitt o.A., Gastspiel der Grazer Städtischen Bühnen in Marburg, 11.5.[1927]; Matjaz BIRK: „Die wiedergewonnene Thalia“. Das Deutsche Drama in Maribor (Marburg/Drau) im II. Weltkrieg, in: Zagreber Germanistische Beiträge 13, Zagreb 2004, 255–268.
- 21 Dies bedeutet keinesfalls, dass die Auftritte deutschsprachiger Künstlerinnen und Künstler in den Ländern der ehemaligen Monarchie stets mit Begeisterung von allen Bevölkerungsgruppen aufgenommen wurden beziehungsweise friktionsfrei verliefen. Auch wenn die Künstlerinnen und Künstler teils überhaupt nicht diese Absicht vertraten, wurden sie meist als Vertreterinnen und Vertreter des „Deutschtums“ interpretiert (sowohl von deutschsprachiger wie auch nicht-deutschsprachiger Bevölkerung). Horst FASSEL, Paul S. ULRICH, Otto G. SCHINDLER (Hgg.): Deutsches Theater im Ausland vom 17. zum 20. Jahrhundert. Interkulturelle Beziehungen in Geschichte und Gegenwart (= Thalia Germanica, 3), Berlin 2007; Katharina WESSELY: Theater der Identität. Das Brünner deutsche Theater der Zwischenkriegszeit, Bielefeld 2011; Österreichische Zeitungen beobachteten das kulturelle Leben der „Nachfolgestaaten“ aufmerksam und berichteten ausführlich

- über die diversen Auftritte und Gastspiele österreichischer Künstlerinnen und Künstler – insbesondere wenn es sich um Gastspiele des Burgtheaters oder der Wiener Oper handelte. Vgl.: Neue Freie Presse, 23.3.1935, 7.
- 22 Künstlervereinigung „Freiland“ im Saale des Gagistenverbandes unter der Leitung von Fritz Silberbauer. Ernst FISCHER: Marionetten, in: Arbeiterwille, 27.7.1921, 5.
- 23 Die enge Bezugnahme und Vorbildwirkung Salzburgs zeigt sich etwa an der Tatsache, dass 1932 als Abschluss und Höhepunkt der Schloßberspiele der „Jedermann“ von Hugo von Hofmannsthal gegeben wurde. Neues Wiener Journal, 18.8.1932, 11.
- 24 Das interessante Blatt, 28.8.1930, 22; Tiroler Anzeiger, 23.6.1930, 11.
- 25 Sowohl Schauspiel als auch Oper wurden bedient; ob die Veranstaltungen über das Jahr 1939 hinaus fortgesetzt wurden, müsste eruiert werden. Neues Wiener Tagblatt, 5.4.1939, Abendblatt, 5; Das kleine Volksblatt, 27.7.1939, 11.
- 26 Tiroler Anzeiger, 23.6.1930, 11. Die Initiative war von Hilde le Harpe-Hagen ausgegangen, einer Leobnerin, die unter dem Pseudonym „Heinrich Spiller“ als Schriftstellerin aktiv war. Aus ihrer Feder stammte auch das Singpiel „Walthers Brautfahrt“, das 1930 aufgeführt worden war. Franz BRAUMANN: Steirische Fahrt, in: Salzburger Chronik, 8.8.1932, 3.
- 27 So war 1932 beispielsweise Angela Salloker als Bühnengast vertreten. Sie spielte zu diesem Zeitpunkt ansonsten in München. Neues Wiener Journal, 18.8.1932, 11.
- 28 1923 kam es etwa zu Auftritten der Jugendwanderbühne „Deutsche Volksspiele“, die im Grazer Rittersaal Märchen zur Aufführung brachte. Tagespost, 5.6.1923, 9; beworben durch die „Tagespost“ war es vor allem der „Arbeiterwille“, der immer wieder auf die Auftritte hinwies und deren Gehalt lobte. Arbeiterwille, 3.6.1923, 6. Vergleiche auch die Auftritte explizit „linker“ (teils kommunistischer) Truppen, die die Gattung des Kabarets für Propaganda nutzten: Die Grazer „Rote Trommel“, von Jugendlichen initiiert und betrieben, verarbeitete im Winter 1927/28 pointiert aktuelle Tagespolitik. 1930 trat der Verein „Rote Feuerreiter“ auf die Bühne, der neben der Ausbildung seiner Mitglieder caritative Arbeit und die Verbreitung professionistischer Kunst zum Ziel hatte. Die Inhalte der Revuen waren ebenfalls vornehmlich der Ereignispolitik gewidmet, so fand etwa der Pfrimer-Putsch besondere Aufmerksamkeit. Die zunehmende Radikalisierung des „Lagerdenkens“ erfuhr schließlich in den – vor allem in der Obersteiermark zahlreich vertretenen – Gruppen der „Roten Spieler“ seinen Niederschlag. Iris FINK: „Kabarettl im Rückspiegel“ Grazer Kabarett und Kleinkunst im historischen Kontext. Ungedruckte Dissertation, Graz 1994, 51; 66f.; 77f.
- 29 So waren auch nach 1934 erfolgreiche Gastspiele in Österreich (Wien) möglich. Vgl. hierzu vier Artikel der Presse, gesammelt in: Wienbibliothek im Rathaus, Tagblattarchiv, Mappe „Jushny, Jasha“. Im August 1947 berichtete der „Spiegel“ über die versprengten Reste der Truppe des „blauen Vogel“ und die Versuche, diesen zu revitalisieren. Der damalige Direktor Mansfeld erzählte auch über die Ursprünge: 1921 in Berlin verankert, zog der „blaue Vogel“ quer durch Europa, die USA und Afrika. Siehe: Blauer Vogel Nr. 2, in: Der Spiegel, 9.8.1947, o. S., online unter: <http://www.spiegel.de/spejel/print/d-41123213.html> (abgerufen am 11.9.2013; Ausdruck bei Autorin vorhanden).
- 30 Dass Direktor Jushny aufgrund seiner Konflikte mit den Bolschewisten Moskau verließ, wo er seit 1917 sein eigenes Theater betrieb (Arbeiterwille, 5.2.1928, 6), stellt hierzu keinen Widerspruch dar: Die Linke war in der Steiermark bis 1933/34 nahezu ausschließlich durch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (in verschiedenen Flügeln der Partei) bestimmt – diese standen in deutlichem Konflikt zur Kommunistischen Partei.
- 31 Marion KOSCHIER: Der Blaue Vogel, online unter: <http://litkult1920er.aau.at/?q=stichwort/der-blaue-vogel> (abgerufen am 31.5.2018).
- 32 Als Beispiel kann etwa Heinrich Lautensacks „Pfarrhauskomödie“ genannt werden, die 1927 in der Steiermark mehrfach zur Aufführung gelangte und im „Arbeiterwille“ begeisterte Aufnahme fand. Die Aufführungen in Leoben und im Grazer Orpheum wurden durch ein Ensemble junger Künstlerinnen und Künstler aus Wien bestritten, die durchwegs der Sozialdemokratie nahestanden. [Arbeiterwille, 16.2.1927, 10; 11.] Der Autor Heinrich Lautensack (1881–1919) stammte aus Bayern und hatte eine Reihe derb-deftiger Stücke,

- die das katholische Milieu seiner Umgebung beschrieben, verfasst. Er verstand sich selbst als Schüler Frank Wedekinds und verstarb, gebrochen durch die Teilnahme am Ersten Weltkrieg, in einer Nervenheilanstalt. Vgl. Schriftsteller Lautensack. Hübsch animalisch. Schriftsteller, in: Der Spiegel, 40, 20.9.1966, 144–147, online unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-46414308.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46414308.html) (abgerufen am 17.3.2015).
- 33 Zum 25-jährigen Jubiläum des Vereins „Arbeiterbühne“, in: Arbeiterwille, 15.4.1923, 5; VEREIN „ARBEITERBÜHNE“ GRAZ: 30 Jahre Arbeiterbühne – Tätigkeitsbericht 1927, Graz 1928.
- 34 So wurde bekanntgegeben, wo und bei wem Karten zu beziehen waren, wann diese abgeholt werden konnten und Ähnliches mehr. Arbeiterwille, 8.5.1920, 3; Arbeiterwille, 1.6.1920, 8; Arbeiterwille, 1.2.1928, 8.
- 35 Arbeiterwille, 19.2.1928, 8.
- 36 Arbeiterwille, 10.11.1925, 1.
- 37 N.N.: Ernst Fischer: Der ewige Rebell. Republikfeier des Vereines „Arbeiterbühne“, in: Arbeiterwille, 14.11.1925, 3f.
- 38 Ernst FISCHER: Sprechchor und Drama, in: Arbeiterwille, 18.11.1925, 5f.; auch abgedruckt bei FISCHER: Neue Kunst und neue Menschen, 219–223.
- 39 Jürgen DOLL, Theater im Roten Wien. Vom sozialdemokratischen Agitprop zum dialektischen Theater Jura Soyfers, Wien/Köln/Weimar 1997.
- 40 Franz TAUCHER: Schattenreise. Von Landsleuten und anderen Menschen, Zürich 1973, 55.
- 41 Arbeiterwille, 30.4.1928, 5.
- 42 Jeden Montag um halb acht Uhr abends fanden Proben statt, die allen Interessierten offenstanden. Adolf JOHANNESSEN: Die Idee des Sprechchores, in: Arbeiterwille, 19.10.1926, 5.
- 43 Ebenda.
- 44 Wobei Ausnahmen keinesfalls unerwähnt bleiben sollen. So hatte beispielsweise der Schauspieler Theodor Grieg einige Jahre (1920–1925) in Graz Theater gespielt und seine große Nähe zur Sozialdemokratie niemals verleugnet. Der Betriebsratsobmann wurde dafür gerade auch von der Arbeiterjugend richtiggehend verehrt. (H.G.: Alt-Grazer Theater: Zum Tode Theodor Griegs, in: Neue Zeit, 10.3.1957, 7.) Grieg war in mehrfacher Hinsicht Vorbild: Während des Nationalsozialismus wählte er nicht den einfachen Weg der Anpassung, sondern emigrierte und kehrte erst nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ins Ensemble des Volkstheaters in Wien zurück. Theodor GRIEG: Die Wiedergeburt, in: VOLKSTHEATER GES. M.B.H. (Hg.): 60 Jahre Volkstheater, Wien o. J., 73f.; Theodor GRIEG: Brief an eine Stadt, in: Wiener Kurier, 29.11.1945, dokumentiert in: Wienbibliothek im Rathaus, Tagblattarchiv, Mappe Grieg, Theodor.
- 45 Sämtliche Daten des Lebenslaufs sind, so nicht anders vermerkt, dem maschinschriftlichen Lebenslauf im Nachlass Erich Strömers entnommen. Theatermuseum Wien, Nachlass E. Strömer.
- 46 Hier bestehen unterschiedliche Angaben: der maschinschriftliche Lebenslauf verweist auf Graz und Knittelfeld; in einem „Selbstportrait“ in der Zeitung „Der Wiener Tag“ berichtete er anlässlich der Berufung als Vertretung an die „Burg“, dass er die Realschule in Wien besucht habe und dabei zum Stammgast auf der Galerie im Burgtheater avanciert sei. (Theatermuseum Wien, Nachlass Erich Strömer, Zeitungsausschnitt o. A., Erich Strömer, Gast am Burgtheater.) Die Widersprüche müssten in weiteren Forschungsschritten konkreter Prüfung unterzogen werden; sind aber für den Gegenstand der vorliegenden Ausführungen vernachlässigbar.
- 47 Ebenda.
- 48 Auch in den Nachrufen auf ihn wurde betont, dass er mit der Berufung ans Burgtheater am „Höhepunkt“ seiner Karriere verstorben sei. Vgl. Theatermuseum Wien, Nachlass Erich Strömer.
- 49 Zu den Theaterschulen in Graz vgl. den Abschnitt „Kultur“ in: Karin M. SCHMIDLECHNER, Anita ZIEGERHOFER, Michaela SOHN-KRONTHALER, Ute SONNLEITNER, Elisabeth HOLZER: Geschichte der Frauen in der Steiermark, Graz 2017, 311–418, insbesondere 373–376.
- 50 Theaterliebinger im Alltagslicht, in: Neues Grazer Tagblatt, 1.5.1927, Ausschnitt o. S., vgl. Theatermuseum Wien, Nachlass Erich Strömer.
- 51 Ebenda.
- 52 Ebenda.
- 53 Vergleiche beispielsweise den Kult, der nach dessen Tod um Alexander Girardi (1850–1918) betrieben wurde; auch die Schauspielerin Hansi Niese (1875–1934) stellt ein gutes Beispiel hierfür dar: Nach beiden wurden Straßen,

- Plätze und Gassen benannt; es wurden Denkmalkomitees gegründet, um entsprechende Gedenkzeichen zu errichten. Siehe dazu die Nachlässe der Künstlerin und des Künstlers im Theatermuseum der Stadt Wien.
- 54 Ute SONNLEITNER: Moving German Speaking Theatre: Artists and Movement 1850–1950, in: *Journal of Migration History* 2/1, o. O. 2016, 93–119.
- 55 Die Theaterkrise, in: *Arbeiterwille*, 26.4.1923, 2f.
- 56 Das Ende der Grazer Oper, in: *Arbeiterwille*, 8.4.1923, 5.
- 57 Die Theaterkrise, in: *Arbeiterwille*, 26.4.1923, 2f.
- 58 *Tagespost*, 5.6.1923, 6.
- 59 *Tagespost*, 6.6.1923, 7.
- 60 Lösung der Theaterfrage, in: *Arbeiterwille*, 12.6.1923, 4.
- 61 Ebenda.
- 62 Theo MODES: Pläne und Hoffnungen, in: *Neues Grazer Tagblatt*, 19.6.1923, 3; *Arbeiterwille*, 20.6.1923, 6.
- 63 *Arbeiterwille*, 20.6.1923, 6.
- 64 Wobei es zu betonen gilt, dass keineswegs nur in Graz das Potenzial für Theaterskandale gegeben war: 1928 wurde in Leoben das Schauspiel „Hinkemann“ verboten, nachdem es von der Heimwehr kritisiert worden war. Siehe *Arbeiterwille*, 1.2.1928, 3.
- 65 Theatermuseum Wien, Nachlass E. Strömer, Zeitungsausschnitt o. A., Gespräch mit Marholm. Der „Sommernachtstraum“ und andere Theaterträume.
- 66 Ebenda.
- 67 Alexander Tairoff/Tairow (1885–1950) wurde in der Zwischenkriegszeit mit seinen Inszenierungen weltweit berühmt. Vgl.: Alexander TAIROW: *Das entfesselte Theater*, Potsdam 1923.
- 68 Demonstrationen bei der „Sommernachtstraum“-Aufführung, in: *Tagespost*, 27.5.1927.
- 69 Ebenda.
- 70 Ebenda.
- 71 Im Österreichischen Reichenau an der Rax bewarfen ihn „Hakenkreuzler“ mit Stinkbomben. *Arbeiter-Zeitung*, 28.1.1932, 4; in Hamburg war ihm Ähnliches bereits 1920 zugestoßen: *Pester Lloyd*, 8.2.1920, 12; Alexander Moissi war in Triest geboren und seine Eltern albanischer Herkunft. Zeit seines Lebens, das er theaterspielend hauptsächlich in Deutschland und Österreich verbrachte (er war der erste „Jedermann“ in Salzburg), wurde er als „Südländer“ wahrgenommen. Auch seine besten Freunde betonten stets den „Exotismus“ seiner Erscheinung. Vgl.: Stuart HALL: *Cultural Identity and Diaspora*, in: Patrick WILLIAMS, Laura CHRISMAN (Hgg.): *Colonial Discourse and Post-colonial Theory: A Reader*, London 1994, 222–237.
- 72 OGRIS-BÜRGER: *Rezeption Bertolt Brechts in der Steiermark*.
- 73 Siehe Ergebnisliste laut Anfrage Grazer Opernarchiv. Die nächste Aufführung der „Dreigroschenoper“ ging in Graz erst wieder 1960 über die Bühne.
- 74 „Die Dreigroschenoper“, in: *Grazer Volksblatt*, 2.5.1929, 3.
- 75 Die Stinkbomben im Opernhaus, in: *Tagespost*, 8.5.1929, 5; Die Fünfschillingmandln gegen die „Dreigroschenoper“, in: *Arbeiterwille*, 5.5.1929, 12.
- 76 *Arbeiterwille*, 8.5.1929, 9.
- 77 Vgl. dazu: Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 16.5.1929, Nr. 10, 82, zit. nach: OGRIS-BÜRGER: *Rezeption Bertolt Brechts in der Steiermark*, 14.
- 78 Die Dreigroschenoper, in: *Grazer Tagblatt*, 2.5.1929, 2.

## **Der Versuch der Instrumentalisierung des „Tattermannbrauches“ in den 1920er-Jahren in Graz**

### **Einführende Überlegungen**

Im Jahr 2009 entbrannte, ausgehend von Antje Senarclens de Grancys Artikel im Historischen Jahrbuch der Stadt Graz,<sup>1</sup> eine Diskussion – auch durch diverse Medien getragen – ob ein Kunstwerk aus nationalsozialistischer Zeit im Rathaus der Stadt Graz ohne entsprechende Kontextualisierung hängen dürfe. Ganz bewusst wurde in diesem Werk die visuelle Darstellung von feindlichen Völkern aus früheren Jahrhunderten übernommen und aktualisiert. Dabei wurden die vorgeformten Merkmale des „Türkenbildes“ auf Juden und Slawen übertragen. Das Ende war die Entfernung des sogenannten Türken-Gobelins, der anschließend nochmals in einer Ausstellung über nationalsozialistische Kunst in einem anderen Kontext gezeigt wurde. Mit diesem Beispiel soll, wie von Jan Assmann beschrieben, die Dimension der Repräsentation für das soziale Herrschaftsgefüge gezeigt werden:

„In ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar: für sich und für andere. Welche Vergangenheit sie darin sichtbar werden und in der Wertperspektive ihrer identifikatorischen Aneignung hervortreten lässt, sagt etwas aus über das, was sie ist und worauf sie hinauswill.“<sup>2</sup>

Basierend auf Forschungsansätzen, die das Herausbilden kollektiver nationaler Identitäten als Konstruktion einer „imagined community“<sup>3</sup>, deren Grundlage eine gemeinsame Vergangenheit sowie gemeinsame Traditionen darstellt, sehen,<sup>4</sup> sollen in diesem Beitrag anhand des ausgewählten Beispiels die Prozesse und Strategien zur Durchsetzung von Identitätskonzepten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts untersucht werden. Hier wird der „Tattermannbrauch“ als Sinnbild einer solchen Instrumentali-

sierung herangezogen. Dabei handelte es sich ursprünglich lediglich um eine Sonderform der Mittfastenfeiern, die in Graz aus nicht näher erklärbaren Gründen auf den Johannistag verschoben wurde.<sup>5</sup>

Die grundlegende Frage dabei ist, welche Konstruktionen nationaler Identitäten das Geschichtsbild von Graz in den 1920er-Jahren geprägt haben und für welche politischen Zwecke diese instrumentalisiert wurden. Dabei geht es vor allem darum aufzuzeigen, wie Prozesse der Vergangenheit politische und gesellschaftliche Ziele der Gegenwart rechtfertigen können.<sup>6</sup> Es ist festzustellen, dass Gedächtnis ein zentraler Kohäsionsfaktor dieser „imagined community“ war und ist.

Die unterschiedlichen Vorstellungen von Zugehörigkeit basierten in dieser Grenzregion vor allem auf ethnisch-nationalen Motiven. Die Frage nach Identität wird besonders häufig im Zuge systemveränderter Ereignisse gestellt. Aleida Assmann hat darauf verwiesen, dass eine Umbildung einer Identität auch immer mit einer Veränderung des kollektiven Gedächtnisses in Zusammenhang steht.<sup>7</sup> Eine fortlaufende Weitergabe des Gedächtnisses ist nach Jan Assmann in kollektiv geteiltem Wissen einer Kultur und nicht in der Biologie verankert.<sup>8</sup> Die Aufgabe des kollektiven Gedächtnisses besteht darin, eine gemeinsame Identität zu vermitteln, besonders in politisierten Formen der Erinnerungen. Es handelt sich hier „um die Beschwörung der Geschichte zum Zwecke der Einschwörung auf gemeinsame politische Ziele mithilfe einprägsamer Formeln.“<sup>9</sup> Typische Medien dieser Gedächtnisform sind Denkmalsetzungen, Gedenktage mit entsprechenden Feiern und Riten sowie Lieder.<sup>10</sup> Das kulturelle Gedächtnis hingegen fokussiert auf „Fixpunkte in der Vergangenheit.“ Die Vergangenheit manifestiert sich symbolisch in sogenannten „Erinnerungsfiguren“. Diese repräsentieren wegweisende (mitunter auch tragische) Ereignisse aus der Vergangenheit, die „durch kulturelle Formung (Texte, Riten, Denkmäler) und institutionalisierte Kommunikation (Rezitation, Begehung, Betrachtung) wachgehalten“ werden.<sup>11</sup> Zu den Erinnerungsfiguren können auch Mythen zählen, wobei der Wahrheitsgehalt unerheblich ist. Ausschlaggebend hingegen ist nur die „erinnerte Geschichte“<sup>12</sup>, die wiedergegeben wird. Für Helmut König sind es vor allem zwei wesentliche Aspekte, die die Bedeutung des Gedächtnisses für eine politische Identität unterstreichen: Zum einen ist es die Aufgabe, eine bestimmte Erinnerungskultur zu etablieren, zum anderen sind es die politischen Konsequenzen, die diese in der Gesellschaft mit sich bringt.<sup>13</sup> Sind nun solche kollektiven Identitäten das Ergebnis von diskursiven Konstruktionen und symbolischen Handlungen, so sind es vor allem öffentliche Zeichen, die sich mit der Durchsetzung von Identitätsstiftung einer Gemeinschaft verbinden.<sup>14</sup> Von zentraler Bedeutung für die Konstruktion von Identität mittels eines Gedächtnisses war und ist das Konzept der Volkskultur. Daher kann mithilfe der Analyse von historischen Überlieferungen zum „Tattermannbrauch“ im Hinblick auf die politische Instrumentalisierung zu Beginn der 1920er-Jahre am Grazer Beispiel auch Rückschluss auf identitätsstiftende Diskurse und Parameter in dieser Zeit gezogen werden.

## Mythisierungen des „Tattermannbrauches“

Neben dem Jahr 1480 ist es häufig das Jahr 1532, auf das in der Erinnerung der Grazerinnen und Grazer rekurriert wird. Dabei handelt es sich hier um einen Mythos: Das Heer Sultan Suleimans I. zog nach der erfolglosen Belagerung der Festung Güns über die Steiermark ab und soll dabei die Stadt Graz für acht Tage eingenommen haben. Allerdings ist dies aus zeitgenössischen Quellen nicht zu belegen, es handelt sich hierbei um eine Sage, die erstmals von Johann Christoph Fyrtag erwähnt wird und durch Franz Mitterbachers Werk „Die Türken in Graz, oder: Das Jahr 1532“ weitere Verbreitung fand. Bei Fyrtag findet sich auch die Erklärung, dass der „Türke am Palais Saurau“ die Stelle markiere, bis zu welcher ein aus der Geschichte nicht näher bekannter „Ibrahim Bascha“ bei der angeblichen Eroberung von Graz im Jahre 1532 gekommen sei. Da er den Schloßberg nicht erobern konnte, sei er daraufhin unverrichteter Dinge wieder abgezogen.<sup>15</sup> Dass es sich dabei um eine sagenhafte Erzählung handelt, thematisiert bereits Mitterbacher auf den letzten Seiten seines Werkes selbst. Als Informationsquelle dieser Geschichte gibt er den „Türke[n] vom Saurauischen Palais“ selbst an, der ihm dies „in einsamer windstiller Nacht beim Scheine des Vollmondes“ erzählt habe.<sup>16</sup>

In einer weiteren Sage über die Figur am Palais Saurau wird berichtet, dass beim Abzug der Osmanen im Jahr 1532 ein Tatar zurückgeblieben sei, welcher daraufhin von der Grazer Bevölkerung durch die Stadt geführt und in der Karlau verbrannt worden sei. Als Ursprung für die „Tattermannfeiern“ taugt diese Geschichte allerdings ebensowenig, haben doch in Judenburg zur selben Zeit ebenfalls derartige „Tattermannzüge“ stattgefunden. Somit ist die Sage als ein weiterer Entstehungsmythos besagter Umzüge einzuordnen.<sup>17</sup> Für diese wurde in Graz eine Puppe aus Stroh und Hadern hergestellt, die mit Geschrei und Musik durch die Gassen von Graz getragen wurde, ehe sie am 24. Juni als Höhepunkt des Umzuges in der Kameralau unter Jubel der Bürger, Studenten und Handwerksburschen in Brand gesteckt wurde.<sup>18</sup>

Bereits 1814 hatte Johann von Kalchberg ganz im Sinne des aufkommenden deutschen Nationalismus – „jeder biedere Deutsche, seines Vaterlandes werth, wird ihre Ausübung wünschen [gemeint sind deutschnationale Siegesfeiern, Anm. d. A.], und Tausende hegen vermuthlich in ihrem Busen den Wunsch, hierzu nach ihren Kräften Beyträge leisten zu können“<sup>19</sup> – versucht die Entstehung des „Tattermannbrauches“ ins Jahr 1241 zu datieren und eine Verbindung zu Friedrich dem Streitbaren herzustellen. Dabei sieht er den Ursprung des Brauches im Sieg Friedrichs über ein Heer aus Osmanen und Tataren in Ungarn und den darauffolgenden siegreichen Einzug in Graz. In Erinnerung dessen solle

„alljährlich am Festtage Johann des Täufers von den gemeineren Bewohnern der Stadt Grätz ein Popanz verfertigt [worden sein], dem man den Nahmen [sic!] Tattermann gab; dieser wurde nach der Leinwandbleiche an dem Ufer der Mur geschleppt, dort auf einer hohen Stange befestigt, und mit brennenden Besen so lange beworfen, bis er Feuer fieng [sic!], und ihn die Flammen verzehrten. Mehr dann ein halbes Jahrtausend ward dieses Volksfest gefeyert; als

aber dessen historische Bedeutung vergessen wurde, sah man es in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts als eine Ausschweifung des Pöbels an, und seine Abschaffung hatte, da die Menschen die alten Gebräuche lieben, einige tragische Folgen“.<sup>20</sup>

Eine der von Kalchberg erwähnten Folgen ereignete sich bereits im Jahr 1711, als der „Tattermannbrauch“ wegen der ihm innewohnenden Brandgefahr erstmals durch die Feuerordnung Karls VI. verboten wurde.<sup>21</sup> Dass diese Feierlichkeiten von der Grazer Bevölkerung trotzdem weiter gepflegt wurden, zeigen die vielen Beschwerden der Innerösterreichischen Regierung an den Kreishauptmann von Graz: So wurde beispielsweise vermerkt, dass im Jahr 1758 „in der Leonharder Gassen mit einem sogenannten Todtermann in der Sammlung herumgegangen[e] schlosser bueben“ aufgegriffen und diese vorübergehend arretiert wurden. Ebenso wurde darauf verwiesen, dass die Grazer Stadtregierung den geltenden Vorschriften nicht entsprechend nachkommen würde.<sup>22</sup>

Bereits 1699 war es beim Abbrennen eines Johannisfeuers zu ersten Konflikten zwischen anwesenden Bürgern und der damals neu aufgestellten „Regierungs-Miliz“ gekommen. Dabei hatte diese auf Befehl des Kapitäns Georg Friedrich Sallakhovitsch in die Menschenmenge geschossen, wobei vier Studenten getötet und viele weitere verletzt worden waren. Die darauffolgenden Auseinandersetzungen endeten erst mit der Einkerkерung von Sallakhovitsch und dessen Soldaten im Rathausgefängnis.<sup>23</sup>

1773 kam es neuerlich zu Ausschreitungen von Teilen der Grazer Bevölkerung, weshalb der Polizeiführer durch Einsatz von Gewalt gezwungen war, dem Treiben Einhalt zu gebieten.<sup>24</sup> Schon zu dieser Zeit hatte sich der „Tattermannbrauch“ von seinem denkbaren, ursprünglichen Kerngedanken, der angeblichen Austreibung eines Tataren, immer weiter entfernt. Vielmehr wurde das Ritual als ein frühes politisches Statement genutzt.<sup>25</sup> So wurde beispielsweise der „Tattermann“ mit Kerzen und Seifen behangen, weil eine Verordnung Josefs II. die Seifensieder in Graz stark einschränkte. Auch andere kaiserliche Verordnungen sollen kritisch gewürdigt worden sein, gleichsam wie die Gestalt der Puppe an rezente – häufig freilich unliebsame – politische Persönlichkeiten angelehnt wurde.<sup>26</sup>

Obwohl Maria Theresia nach den oben erwähnten Ausschreitungen von 1773 die „Tattermannfeierlichkeiten“ erneut verboten hatte, wurde das Brauchtum in einigen Vororten des heutigen Graz trotzdem weiter gepflegt. Innerhalb der städtischen Grenzen war er allerdings weitgehend unterdrückt, sodass der Brauch schließlich zum Erliegen kam und in Vergessenheit geriet. Der genaue Zeitpunkt lässt sich aus den vorhandenen Quellen nicht mehr rekonstruieren. Johann Vinzenz Sonntag weiß darüber Folgendes:

„Diese Volksbelustigung artete jedoch zum pöbelhaften Unfug aus [gemeint ist hier das Jahr 1773, Anm. d. A.] und wurde daher in besagten [sic!] Jahr nicht ohne Gewalt von Seite der Regierung für immer untersagt. Wie sehr das Volk an dieser sonderbaren Herkömmllichkeit hing, beweiset der Umstand, dass man

den damaligen Statthalter von Innerösterreich in seinem Hause belagerte, weil er diesen Unfug nicht dulden wollte. Der edle und wirklich fein gebildete Grazer hat den „Tartarmann\*“ [sic!] und seine Zeit vergessen und entschädigt sich dafür durch das Annafest, welches mit Musik und Tanz in jedem Jahre recht vergnügt gefeiert wird.

\*In wenigen Gegenden wird das Feste des Tartarmannes [sic!] noch in jedem Jahre gefeiert. Der Gelehrte Historiograph A. v. Muchar behauptet, daß sich diese Belustigung auf eine eigenthümliche Art alter Frühlingsfeier, die man das ‚Todaustragen‘ nennt, beziehe.“<sup>27</sup>

Dennoch entstanden in weiterer Folge zahlreiche Tatarmannlieder, in denen die Bevölkerung mittels Spottversen zu zeitgenössischen Vorgängen und Verhältnissen ihrem Unmut Ausdruck verlieh:

„Bey der heurigen Sommerwende / Macht sich blutig ihre Hände / Die verfluchte Polizey, / Dies durch ihre Barberey. / Oh, was Schand für unsre Stählen, / Kerl und Unthier darf Befehlen.“<sup>28</sup>

### **Versuche des Wiederauflebens des „Tattermannbrauches“ in den 1920er-Jahren**

Im Juni 1923 erfolgte, ausgehend von den Grazer Persönlichkeiten Viktor von Geramb, Robert Baravalle und Dr. Robert Graf vom Verein „Südmark“, der Versuch der Wiederbelebung des „Tattermann-Umzuges“. Allerdings verwiesen die Initiatoren hierbei nicht allein auf die „Türkensagen“ als Ausgangspunkt des Brauches, vielmehr vermuteten sie die Grundlage der Feier im „arische[n] Brauch[tum]“: „Die Tattermann- oder, wie sie in den meisten anderen Ländern hieß, die Todtermannfeier, ist allen arischen Völkern gemeinsam und blühte vor allem beim deutschen Volke.“<sup>29</sup> In seinen Schilderungen interpretiert Baravalle den „Tattermannbrauch“ in Graz als einen „Abschied des Winters“ sowie einen „Willkommensgruß an den Frühling“. Schon in Franken soll an die Stelle des Winters der Tod getreten sein. Auch in Böhmen, Mähren und Görlitz gebe es Bräuche, bei denen ein Strohmann, als Tod dargestellt, in die diversen Flüsse geworfen werde. Schlussendlich befänden sich in der Steiermark bereits verschiedene „Tottermannkreuze“ und Benennungen nach dem „Tottermann“, die eine Verbindung zum Tod nahelegen würden. Allerdings verweist Baravalle selbst darauf, dass es für seine Theorien keine urkundlichen Überlieferungen gebe.<sup>30</sup> Auch etymologische Herleitungen unterstützen Baravalles Überlegungen nicht. Weder das Deutsche Wörterbuch<sup>31</sup> noch die Sammlung bayrischer Ausdrücke von Andreas Schmeller<sup>32</sup> sehen einen Zusammenhang zwischen Tod und „Tattermann“, vielmehr wird darin auf ein koboldartiges Gespenst aus mittelalterlicher Zeit – „der taterman ist jm auch holt, | der wil jm seine tochter geben“<sup>33</sup> – beziehungsweise auf „Zigeuner“ verwiesen. Johann Christoph Adelung leitet die Wortherkunft von „dem Engl. Tatter“ ab, das er mit „Lumpen“ übersetzt und dadurch wiederum eine Verbindung zu „Zigeu-

nern“ herstellt. Er resümiert, dass „daher eigentlich Lumpengesindel“ gemeint sein müsse.<sup>34</sup> Dennoch besteht Baravalle darauf, dass

„[nach] allem Gesagten [...] es wohl als erwiesen gelten [kann], daß die Grazer Tattermannfeier sich völlig gleich an alle arischen Winterendefeiern anschließt und nur durch untergeordnete Ereignisse von Mittfasten auf den Johannestag verschoben wurde.“<sup>35</sup>

Ebenso vermutet Geramb den Ursprung des Grazer „Tattermannbrauchs“ im Winteraustreiben: „Es ist das ein Brauch, der ähnlich wie das Todaustreiben, Winterverbrennen und anderes auf einen alten Abwehrzauber gegen feindliche Mächte zurückgeht.“<sup>36</sup> Auch Otto Lamprecht resümiert in seiner Abhandlung über den „Tattermann“ aus dem Jahr 1927: „Die Grazer Tattermannfeier ist also wohl nichts anderes als eine spezifisch steirische Abart des gemeindeutschen Brauches des Todaustragens. Eine Ansicht übrigens, die bisher auch von anerkannten Volkskundlern vertreten worden ist.“<sup>37</sup> Bei besagten anerkannten Volkskundlern handelt es sich beispielsweise um den oben erwähnten Viktor von Geramb.

Auf Baravalle und Geramb Bezug nehmend versuchte schließlich Alfred Webinger 1926 das Wort „Tattermann“ etymologisch vom mittelhochdeutschen „tattern“ herzuleiten, welches im Sinne von zittern gebraucht wurde. Er schließt daraus, dass es sich beim „Tattermann“ um einen Krankheitsdämon des Schüttelfrostes und der Idiotie handle. Als Artverwandter von mystischen Figuren wie dem Butzemann oder dem Tatalota reicht seine Gestalt noch immer von Kinderpuppen bis zu Vogelscheuchen oder Kinderschrecken, die vom Christentum ins Lächerliche transferiert worden seien.<sup>38</sup>



Abb. 1: Einladung zur Tattermann-Feier in der Zeitung „Arbeiterwille“ (Quelle: Arbeiterwille, 24.6.1923, 13)

Unter der Voraussetzung dieses volkskundlichen und „wissenschaftlichen Diskurses“ – dabei muss freilich bedacht werden, unter welcher Intention diese Artikel veröffentlicht wurden – wurden am 24. Juni 1923 erstmals „[a]lle Kreise der deutschen Bevölkerung“<sup>39</sup> durch Annoncen in allen Grazer Zeitungen eingeladen, um in entsprechender Landestracht an der „Tattermann-Feier“ teilzunehmen. Zeitgleich erschien in dieser Ausgabe der deutschnationalen „Grazer Tagespost“ wiederum ein Artikel von Baravalle, der abermals auf die historische Dimension des Brauches verweist:

„In unseren Tagen, da der Heimatgedanke wieder mächtig auflebt und die Volkskunde vergessene Bräuche neu belebt, mag die Erinnerung an die durch polizeiliche Willkür so blutig verlaufene letzte Grazer Tottermannsfeier [sic!] wohl am Platze sein. Ging doch damit ein Brauch zugrunde, der, altheidnischen Ursprunges, sich bei fast allen arischen Völkern vom Ganges bis an die grünen Küsten Irlands stellenweise bis heute erhalten hat.“<sup>40</sup>

Um dann weiter auszuführen, dass es die Schuld Maria Theresias sei – „die ja so viele deutsche Volksbräuche vernichtete“ –, dass auch „diese sicherlich harmlose Feier“ verboten wurde. Weder die tatsächlich stattgefundenen Ausschreitungen 1773 noch andere Gründe, die der völkisch-deutschen Intention der Veranstalter entgegenstehen würden, finden Erwähnung.<sup>41</sup>

Dieselbe Ausgabe der „Grazer Tagespost“ beinhaltet einen dritten Artikel, der sich dem geplanten Ablauf des neu aufgelegten „Tattermannzugs“ widmet:

„Die Tattermannfeier findet heute bei jeder Witterung statt. Abmarsch 8 Uhr nachmittags vom Karmeliterplatz über den Burgring, Opernring, Bismarckplatz, Herrengasse, Albrechtgasse, Griesgasse, Griesplatz, Karlauerstrasse, Herrgottwiesgasse, Laubgasse nach Puntigam. Dort um halb 9 abends feierliche Verbrennung des Tattermanns, mit mancherlei Überraschungen. Nachher Tattermannfest mit Musik und Tanz bei freiem Eintritt in der Brauerei Puntigam. Die Teilnehmer – möglichst zahlreiche Beteiligung aller Bevölkerungsschichten erbeten – versammeln sich um 5 Uhr nachmittags am Karmeliterplatz, Volkstrachten erwünscht, sonst steirische oder Straßenbekleidung. Von Puntigam Straßenbahnverkehr bis 1 Uhr früh. – Die Mitglieder der Kärntner Landsmannschaft in Graz werden ersucht, sich recht zahlreich an der Feier zu beteiligen.“<sup>42</sup>

Augenscheinlich gibt es in der Beschreibung des Ablaufes Überschneidungen mit den überlieferten Daten zur Durchführungen des Brauches. Ganz bewusst wurde hier die geschichtsträchtige Dimension der Feier akzentuiert, um an das historische Bewusstsein der Bewohner zu appellieren. Die Rückbesinnung auf vorchristliches, als „arisch“ oder „germanisch“ deklariertes Brauchtum war ein Spezifikum für das völkisch-deutsche Milieu, das auch der Nationalsozialismus aufgriff und propagandistisch zu verwerten versuchte. Im steirischen Raum und vor allem in Graz waren es vornehmlich die neuzeitlichen „Türkenkriege“, auf die dabei zurückgegriffen wurde.<sup>43</sup>

Die an den Folgetagen über den Umzug berichtenden Zeitungsartikel argumentieren in dieselbe Richtung. Hier wird wiederum auf die Rolle der „Südmark“ und das erklärte Ziel, „alle deutschen Parteien und alle Angehörigen unseres Volkes für eine gemeinsame völkische Arbeit zu gewinnen“, hingewiesen. Die stark deutschnationale Komponente und Ausrichtung des Zuges sowie die tagespolitische Programmatik als Demonstration gegen die alliierte Rheinlandbesetzung wird durch die Beschreibung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Festumzuges und dem als französischen Kolonialsoldaten dargestellten „Tattermann“ überdeutlich:

„Die Hauptgruppen des Festzuges waren nach Entwürfen des heimischen Künstler [sic!] Fritz Silberbauer zusammengestellt worden. Den Zug eröffnete ein Vorreiter in weiß-rottem Gewand, der eine Heroldsfigur darstellte. Seine Mütze war jenen der Hohepriester, der Tempelpriester, nachgebildet. Ihm folgten vier Reiter in den Farben weiß-grün. Ihre Kostüme waren den Trachten der mittelalterlichen Stadtreiter angepaßt. Nach ihnen schritten vier Fackelträger einher. Ihre Kostüme in schwarz-rot und gelb waren den Trachten der mittelalterlichen Scharfrichter und Kugelmänner nachgebildet. Als moderne Figur erschien im Zuge der Schimmelreiter; er war in Schwarz und Weiß gekleidet. Die vier Tattermannträger hatten Kostüme in vier Farben, in schwarz, weiß, grün und blau. Der Tattermannfigur schlossen sich Trachtenvereine unserer Stadt, ferner Studenten, Turn-, Gesang- und andere Vereine in langen Zügen an. [...] Das scharfe Gericht über Tattermann wurde auf einer Wiese hinter Puntigam vollzogen. Hier wurde die mächtige noch verhüllte Figur des Tattermann bei eintretender Dämmerung hoch über einem Holzstoß aufgepflanzt, worauf sie ihre Hülle fallen ließ und in voller Uniform als Schwarzer vom Rhein auf die vieltausendköpfige Menschenmenge niedergrinste. Nun bestieg der Schimmelreiter Herr Dr. Fritsch auf einer Leiter den Holzstoß und richtete an die Menge folgenden Spruch:

„Aus der Stadt, aus dem Haus, / Trugen wir den Tod hinaus, / Den Tod mit roten Hosen. / Seht den Tattermann Euch an, / Wie er sich verändern kann.“

[...] Der Kopf explodierte mit einem mächtigen Krach, worauf die Menge in Heilrufe ausbrach, die Hüte abnahm und begeistert ‚Die Wacht am Rhein‘ sang. [...]“<sup>44</sup>

Diese Schilderungen geben Anlass, mehreren Details die Aufmerksamkeit zu schenken. An erster Stelle sind es sicherlich die Kostüme der Teilnehmer, die sowohl einen Bezug zur historischen Stadt Graz und dem „arischen“ Brauchtum herstellen, als auch durch die gewählten Farben eine Verbindung der „deutschen Nation“ mit der Steiermark und Graz schaffen sollten. Auch der Verweis auf einen Schimmelreiter könnte freilich in diese Richtung gedeutet werden, wird diese Novelle von Theodor Storm doch ebenso im Nationalsozialismus für Propagandazwecke vereinnahmt. Ein weiterer Punkt ist sicherlich das Absingen des Liedes „Die Wacht am Rhein“, das bei vielen deutschnationalen Feierlichkeiten den Höhepunkt der Veranstaltung darstellte. Der Text des Liedes entstand im Zuge der sogenannten Rheinkrise, alle sechs Strophen – inklusive der 1870 hinzugefügten siebenten Strophe – sind klar antifranzösisch und pro deutsch. Die letzten Anzeichen für eine Beurteilung der Ausrichtung dieser Feier finden sich in der Tattermannfigur selbst. Die Bezeichnungen „Schwarzer vom Rhein“ sowie „Tod mit roten Hosen“ verweisen eindeutig auf die Uniformen der französischen Truppen. Zusätzlich handelt es sich hier um eine Stellungnahme der Deutschnationalen in Graz, die damit gegen die alliierte Rheinland- beziehungsweise Ruhrbesetzung demonstrierten. Als besonderes schändlich galt es, dass die Franzosen Kolonialtruppen als Besatzungssoldaten einsetzten, wodurch sich die Bezeichnung „Schwarzer vom Rhein“ herleiten lässt.<sup>45</sup> Durch die Er-

weiterung der Besetzung ist es auch nicht verwunderlich, dass dieser Brauch just im Jahr 1923 wieder aufleben sollte. Zusätzlich passt dieses Bild in die stark vorhandene antifranzösische Stimmung, die rund um den Ersten Weltkrieg beziehungsweise den Vertrag von St. Germain ohnehin in Graz vorhanden war. So berichtete beispielsweise die „Kleine Zeitung“ vom „Gewaltfriede[n] von St. Germain“<sup>46</sup>, das „Grazer Mittagsblatt“ sprach von einem „Vernichtungsurteil“<sup>47</sup>. Der Grazer Bürgermeister kritisierte den Vertrag dahingehend, dass Deutsch-Österreich zum Sündenbock der ehemaligen Monarchie gemacht werde. Dadurch sah er eine mögliche Eigenständigkeit der Nation als unmöglich an:

„Die territorialen, wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen des Vertragsentwurfes sind, wenn sie unverändert bleiben, nicht nur hart und drückend, sondern verurteilen das junge Staatswesen zur Lebensunmöglichkeit, bedingen die wirtschaftliche Verelendung und Versklavung mit Erwerbs- und Arbeitslosigkeit und allen sozialen Folgewirkungen. Territorial zerstückelt und zertrümmert soll nach dem Willen der Entente Deutschösterreich werden.“<sup>48</sup>

Auch wenn Geramb, einer der treibenden Kräfte hinter dieser Veranstaltung, in seinem Tagebuch für den 24. Juni 1923 vermerkt, dass er den „Tattermann fotografiert“ habe, so hat sich dieses Foto offenbar nicht erhalten. Dennoch scheinen nicht alle mit der antifranzösischen Stimmungsmache einverstanden gewesen zu sein, denn Geramb vermerkt lapidar den Satz: „Regierung macht Schwierigkeiten wegen Verbrennung des ‚Franzosen‘“.<sup>49</sup> Dies sicherlich auch wegen befürchteter diplomatischer Sanktionen, war man doch auf die Völkerbundanleihe angewiesen.

Im folgenden Jahr lädt das „große Trachten-Volksfest“ nach „Brünnl“. Im Zuge dessen wurde die Verbrennung des „Tattermanns“ auf den 10. Juni 1924 vorverlegt. Der Ablauf des Festzuges gestaltete sich wie im Vorjahr, auch die Kostümierungen waren ähnlich, lediglich der Ort der Verbrennung war diesmal der Festplatz von Strassgang, die Leitung oblag neuerlich dem Verein „Südmark“. Es erklang wiederum als Höhepunkt das Lied „Die Wacht am Rhein“:

„Begleitet von den Klängen der Wacht am Rhein, die die Tausende [sic!] von Zuschauern des romantischen Schauspieles begeistert mitsangen, ging der Tattermann im Flammenmeer unter. So endete das unvergessliche Fest, das nicht nur allen Heimischen gefallen, sondern auch den vielen Gästen aus dem Bruderreiche unvergessliche Eindrücke steirischen Volkstums gebracht, von denen sie ihren Volksgenosse freudig zu erzählen wissen werden.“<sup>50</sup>

Im Archiv des Vereines für Heimatschutz findet sich eine Abbildung des „Tattermannes“, auf der deutlich zu erkennen ist, gegen welches Feindbild dabei mobilisiert werden sollte.

Auch wenn am Umzug, wie von Geramb in seinem Tagebuch festgehalten, „ungeheure Menschenmassen“<sup>51</sup> – die Zeitungen sprechen von einer von Tausenden Men-



Abb. 2: Eine als Schwein in einer französischen Uniform gestaltete Tattermannfigur aus dem Jahr 1924 (Quelle: StLA, Verein für Heimatschutz, K126/H777)



Abb. 3: „Der Tattermann, geschmückt mit den Emblemen des ‚christlich autoritären‘ Österreich“ (Quelle: Grazer Tagespost, 22.2.1939, 5)

schen umsäumten Straße<sup>52</sup> – teilgenommen haben sollen, so scheint der neu initiierte Brauch im Laufe der 1920er-Jahre wieder verschwunden zu sein.

Zwar lädt die Zeitung für 1925 nochmals zu einer „Tattermannfeier“<sup>53</sup> Geramb verzeichnete für dieses Jahr einmal mehr „[m]assenhaft Menschen“<sup>54</sup>, allerdings verliert sich daraufhin die Berichterstattung in den Zeitungen. Das Interesse der Bevölkerung am „Tattermannbrauch“ war nicht allzu tief verankert, weshalb er sich offensichtlich nicht weiter etablieren konnte.

Die letzte bis dato bekannte „Tattermannfigur“ wurde in Graz nach einer mehr als zehnjährigen Pause im Jahr 1939 im Zuge eines Faschingsumzuges verbrannt. Wie bei den Feierlichkeiten Mitte der 1920er-Jahre wurde auch hier auf die Arbeiten von Baravalle Bezug genommen, allerdings mit der Erweiterung, dass es sich bei der Verbrennung der Strohuppe um ein Zeichen der Überwindung der „alten Zeit“ handle.<sup>55</sup> Eine Umgestaltung der „Tattermannfigur“ und des Umzuges als Abwertung des „Ständestaates“ ist daher nicht verwunderlich:

„[...] Und dann kam der Tattermann. Von der alten Strohuppe war nur mehr die überlebensgroße Puppe erhalten geblieben, unter deren Kopfbedeckung das

Stroh des Kopfes heraushing. Die schwarzgelb gestreifte Hose des Ungetüms und der rot-weiß-rote Gürtel waren die hervorstechendsten Merkmale der glücklich überwundenen Systemzeit, die ein ihr entsprechend scheußliches Angesicht trug. Auch der Tattermann hatte sein charakteristisches Gefolge. Zuerst kam, mit viel Heiterkeit begrüßt, ein Auto mit Starhemberg und Schuschnigg, denen einige Hahnenschwänzler und Sturmschärler als Bedeckung beigegeben waren. Nur hatten die beiden Größen ihr früheres Brauchtum den neuen Vorbildern angepaßt, sich nicht versteckt, sondern standen im Vordergrund des Wagens. Die Gruppe der in Trauergewänder gekleideten Miesmacher und die mit Ziegenköpfen geschmückten Meckerer, der von Amtsdienern alten Schlages geleitete Amtsschimmel und ein schreckhaft aussehendes, gewaltiges Rhinoceros durften in diesem Gefolge nicht fehlen. [...]“<sup>56</sup>

## Conclusio

Ausgehend von einem Brauch sollten die Möglichkeiten der Steuerung des kollektiven und kulturellen Gedächtnisses aufgezeigt werden. Dass der historische Kontext dabei nicht den Tatsachen entspricht, sondern hauptsächlich auf Mythen beruht, ist für die politische Instrumentalisierung, so lange sie den gewünschten Inhalt vermittelt, nebensächlich. Die angebliche Konnotation des „Tattermannbrauches“ – auch hierbei muss nochmals erwähnt werden, dass dessen Ursprung ebenfalls auf einem Mythos beruht – mit Tataren beziehungsweise „Türken“ wurde explizit auf eine andere Ethnie umgelegt. Bei der Wiederbelebung des „Tattermannbrauches“ durch deutschnationale Gruppen und Personen in den frühen 1920er-Jahren wurde das „Türkengedächtnis“ dezidiert auf das Feindbild des Franzosen übertragen und somit an die politischen Verhältnisse der Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges angepasst. Der „Tattermannbrauch“ wurde zwar in den 1920er-Jahren als eine spezielle Form des Erinnerens wieder aufgegriffen und sollte durch Umformung in das aktuelle kollektive Gedächtnis übertragen werden, allerdings war diesem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur eine äußerst kurze Lebensdauer beschieden. Wenn grundsätzlich kurzzeitig Mobilisierungspotenzial innerhalb der Bevölkerung vorhanden gewesen war, so relativiert sich die Bedeutung durch die knappe Zeitspanne des wiederbelebten Brauchs. Die versuchte Politisierung dieses Brauchs scheint trotz wissenschaftlicher Diskurse in deutschnationalen Medien dennoch keinen tiefgreifenden Anklang gefunden zu haben. Ebenso scheiterte offensichtlich der Ansatz, mythisierte Heimatgeschichte mit politischer Propaganda zu verbinden.

Dafür zeigt das Beispiel deutlich, dass die ursprüngliche Herkunft des „Tattermannbrauchs“ und dessen Grundgedanke trotz und gerade wegen Berufung auf ideologisch gefärbte historische und volkskundliche Forschungen für die Wiederbelebung keine Bedeutung hatte, sondern nur als Vorwand diente. Eine Abwandlung des Mittsommerfestes und eine Verschiebung um wenige Tage würden dabei noch nachvollziehbar erscheinen, die Verlagerung in den Februar würde allerdings jeder Sinnhaftigkeit entbehren.

Es bleibt also festzuhalten, dass trotz Berufung auf historische Begebenheiten die Verbrennung des „Tattermannes“ in der Zwischenkriegszeit als rein politische Propagandamaßnahme gesehen werden kann. Eine mögliche ursprüngliche Intention des Festes – beispielsweise die Austreibung des Winters – hat sich völlig verloren. Die einzige Konstante, die sich seit dem 18. Jahrhundert durch die Abhaltungen des „Tattermannbrauches“ zieht, ist die satirische Bezugnahme auf gegenwärtige politische Ereignisse.

---

- 1 Antje SENARCLENS DE GRANCY: „Graz, Stadt der Völkerhebung. Bollwerk gegen Südosten“ – Der „Türken-Gobelin“ im Grazer Rathaus – Propagandakunst der NS-Zeit, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 38/39, Graz 2009, 121–140.
- 2 Jan ASSMANN: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Jan ASSMANN, Tonio HÖLSCHER (Hgg.): Kultur und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1988, 18.
- 3 Siehe dazu: Benedict ANDERSON: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt am Main/New York 1988, 15.
- 4 Vgl. Eric HOBSBAWM, Terence RANGER (Hgg.): The Invention of Tradition, Cambridge 1993.
- 5 Viktor von GERAMB: Sitte und Brauch in Österreich. Ein Handbuch zur Kenntnis und Pflege guter heimischer Volksbräuche, Graz 1987, 96.
- 6 Diese Herangehensweise wurde auch von Werner Suppanz bei seiner Untersuchung über österreichische Geschichtsbilder des Ständestaates beziehungsweise der Zweiten Republik verwendet. Siehe dazu: Werner SUPPANZ: Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimation in Ständestaat und Zweiter Republik (= Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek, 36), Köln/Weimar/Wien 1998, 10.
- 7 Vgl. Aleida ASSMANN: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 2000, 62f.
- 8 Vgl. ASSMANN: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, 9.
- 9 Jan ASSMANN: Religion und kulturelles Gedächtnis. Zehn Studien, München 2000, 17f.
- 10 Vgl. ebenda, 18.
- 11 ASSMANN: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, 12.
- 12 Jan ASSMANN: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 2013, 52.
- 13 Vgl. Helmut KÖNIG: Das Politische des Gedächtnisses, in: Christian GUDEHUS, Ariane EICHENBERG, Harald WEIZER (Hgg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010, 115.
- 14 Vgl. Eva Maria HOIS, Peter KAROSHI, Volker MUNZ u. a.: Gedächtnis/Erinnerung und Identität – Konstruktionen kollektiver Identität in einer pluriethischen Region, in: Moritz CSAKY, Astrid KURY, Ulrich TRAGATSCHNIG (Hgg.): Kultur – Identität – Differenz. Wien und Zentraleuropa in der Moderne (= Gedächtnis – Erinnerung – Identität, 4), Innsbruck et al. 2004, 235.
- 15 Vgl. Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Hs. 445; Fritz POPELKA: Der Türke im Palast Saurau. Der geschichtliche Hintergrund der Sage, in: Grazer Tagespost, 27.1.1935, 15f.
- 16 Franz MITTERBACHER: Die Türken in Graz, oder: Das Jahr 1532, Graz 1857, 269f.
- 17 StLA, Judenburg Stadt, K 243/H385.
- 18 Vgl. Elke HAMMER-LUZA: Alltagsleben in Graz, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz, Bd. 2, Graz 2003, 459.
- 19 Johann von KALCHBERG: Patriotische Wünsche, in: Der Aufmerksame, 1.12.1814, 1.
- 20 Ebenda, 2f.
- 21 StLA, Graz Stadt K19/H200.
- 22 StLA, RuK 1754-VI-75½.
- 23 Vgl. Hannes DRAWETZ: Student sein in Graz ... Studentenhändel während der ersten Jahrhunderte des Bestehens der Universität in Graz, in: Blätter für Heimatkunde, Jg. 36, Graz 1962, 70.
- 24 Darüber berichtet die Franziskanerchronik recht ausführlich: Grazer Chronik. Auszüge aus der Hauschronik des Franciscaner-Klosters zu Graz v. (1451) 1514–1776, in: Steiermärkische Geschichtsblätter, Jg. 3, Graz 1882, 74–106, hier bes.: 103f.
- 25 Die – aus heutiger Sicht gesprochen – Slogans der Demonstranten haben sich in den Akten der Strafbehörde erhalten, weshalb sich hier ein relativ ausführliches Bild ergibt: StLA, Graz Stadt K19/H200; StLA, Zahn Joseph Nachlass Sch.4/H60.
- 26 Vgl. N.N.: Der Tattermanns-Tumult in Grätz 1773, in: Grazer Tagblatt, 25.8.1901, 1.
- 27 StLA, Nachlass Sonntag Johann Vinzent K14/H214, 203f.
- 28 Zit. nach: Robert BARAVALLE: Grazer Tattermannslieder, in: Blätter für Heimatkunde, Jg. 1, Graz 1923, 7f.
- 29 Robert BARAVALLE: Der Tattermannbrauch in Graz. Eine volkskundliche Erinnerung, in: Grazer Volksblatt, 10.6.1923, 5f.
- 30 Vgl. BARAVALLE: Der Tattermannbrauch in Graz, 1f.
- 31 Jacob GRIMM, Wilhelm GRIMM, Deutsches Wörterbuch, Bd. 21, Leipzig 1935, Sp. 158–160.
- 32 Johann Andreas SCHMELLER, Georg Carl FROMMANN: Bayerisches Wörterbuch, Sammlung von Wörtern und Ausdrücken, die

- in den lebenden Mundarten sowohl, als in der älteren und ältesten Provincial-Litteratur des Königreichs Bayern, besonders seiner ältern Lande, vorkommen, und in der heutigen allgemein-deutschen Schriftsprache entweder gar nicht, oder nicht in denselben Bedeutungen üblich sind, Bd. 1, München 1872, 631.
- 33 Karl EULING (Hg.): Kleinere mittelhochdeutsche Erzählungen, Fabeln und Lehrgedichte II. Die Wolfenbütteler Handschrift 2. 4. Aug. 2<sup>o</sup> (= Deutsche Texte des Mittelalters, 14), Berlin 1908, 85, Vers 538/14. Vergleiche dazu auch: Franz ILWOF: Die Einfälle der Osmanen in die Steiermark, in: Mittheilung des Historischen Vereines für Steiermark, Jg. 11, Graz 1862, 242–244.
- 34 Johann Christoph ADELUNG, Grammatisch-kritisches Wörterbuch der hochdeutschen Mundart, mit beständiger Vergleichung der übrigen Mundarten, besonders aber der Oberdeutschen, Bd. 4, Wien 1808, 538.
- 35 BARAVALLE, Der Tattermannbrauch in Graz, 3.
- 36 GERAMB, Sitte und Brauch in Österreich, 96.
- 37 Otto LAMPRECHT, Der tote Mann, in: Blätter für Heimatkunde, Jg. 5, Graz 1927, 16.
- 38 Vgl. Alfred WEBINGER: Der Tattermann, in: Wiener Zeitschrift für Volkskunde (Vormals Zeitschrift für österreichische Volkskunde), Bd. 31, Wien 1926, 82–91.
- 39 Grazer Tagespost, 24.6.1923, 36.
- 40 Robert BARAVALLE: Heute in Graz vor hundertfünfzig Jahren. Zur Erinnerung an die letzte Tattermanns-Feier am 24. Juni 1773, in: Grazer Tagespost, 24.6.1923, 15.
- 41 Ebenda.
- 42 N.N.: Die Tattermannfeier, in: Grazer Tagespost, 24.6.1923, 8.
- 43 Hans-Peter WEINGAND: „Stadt der Volkerhebung“. Nationalsozialistische Erinnerungskultur am Beispiel Graz, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 44, Graz 2015, 211–226; Zsuzsa BARBARICS-HERMANIK: „Türkensterz a la Graz?“ Motive und Bilder aus dem „Türkengedächtnis“ der steirischen Landeshauptstadt, in: Johannes FEICHTINGER, Johann HESS (Hgg.): Geschichtspolitik und „Türkenbelagerung“ (= Kritische Studien zur „Türkenbelagerung“, 1), Wien 2013, 211–234.
- 44 N.N.: Die Tattermannfeier, in: Grazer Tagespost, 25.6.1923, 4.
- 45 Die Besetzung des Rheinlandes durch französische Kolonialtruppen wurde in Deutschland als zusätzliche Demütigung der Kriegsverlierer betrachtet und in Propagandakampagnen der 1920er-Jahre stark angeprangert. Von einer „Schwarzen Schmach“ bzw. einer „Schwarzen Schande“ war die Rede, Darstellungen von wollüstigen und schändenden Afrikanern (auch teilweise als Gorilla) waren an der Tagesordnung. Vgl. dazu: Christian KOLLER: „Die schwarze Schmach“ – afrikanische Besatzungssoldaten und Rassismus in den zwanziger Jahren, in: Marianne BECHHAUS-GERST, Reinhard KLEIN-ARENDE (Hgg.): AfrikanerInnen in Deutschland und schwarze Deutsche – Geschichte und Gegenwart. Beiträge zur gleichnamigen Konferenz vom 13.–15. Juni 2003 im NS-Dokumentationszentrum (EL-DE-Haus) Köln (= History and Present of the African-European Encounter, 3), Münster 2004, 155–170; Christian KOLLER: „Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt“. Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914–1930) (= Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte, 82), Stuttgart 2001.
- 46 Kleine Zeitung, 4.6.1919, 1.
- 47 Grazer Mittagsblatt, 4.6.1919, 1.
- 48 Stadtarchiv Graz (StAG): AB Nr. 25 vom 10. September 1919, 480.
- 49 Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie Graz, Nachlass Geramb, Tagebuch Nr. 16, Eintrag vom 20. Mittwoch [20.6.1923].
- 50 HENSLER: Die Verbrennung des Tattermanns, in: Grazer Volksblatt, Abendausgabe, 10.6.1924, 5.
- 51 Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie Graz, Nachlass Geramb, Tagebuch Nr. 16, Eintrag vom 24. Sonntag [24.6.1923].
- 52 N.N.: Die Tattermannfeier, in: Grazer Tagespost, 25.6.1923, 4.
- 53 Grazer Volksblatt, 23.6.1925, 30.
- 54 Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie Graz, Nachlass Geramb, Tagebuch Nr. 18, Eintrag vom 21. Sonntag [21.6.1925].
- 55 Vgl. N.N.: Der Tattermann wird durch Graz getragen. Die Jugend erweckt einen alten Volksbrauch, in: Grazer Tagespost, 22.2.1939, 5.
- 56 Ebenda.

## **„Verkörperung des deutschen Dichters, Philosophen und Volksmannes“**

**Die Grazer Rosegger-Denkmal der Zwischenkriegszeit**

Die Enthüllung des Rosegger-Denkmal am Opernring, damals Dollfußring, mit Reden des Vorsitzenden der Rosegger-Gemeinde, des Bürgermeisters und des Landeshauptmannes, mit Trachtengruppen und Korporationen, Bürgerkorps, städtischen Kriegsteilnehmern und Bäumchen pflanzenden Waldschul-Kindern am 1. Mai 1936, dem Staatsfeiertag des Ständestaates, war sicher der Höhepunkt des Roseggerkults im Graz der Zwischenkriegszeit.<sup>1</sup> Um Zutritt zum Festplatz zu erhalten, musste man im Straßenverkauf am 30. April oder am 1. Mai für einen Schilling (Kaufkraft immerhin ca. 3,60 Euro) eine aus Metall getriebene Rosegger-Plakette erwerben, oder ein Papier-Abzeichen mit Rosegger-Portrait um 50 bzw. 20 Groschen.<sup>2</sup> Dafür stellte die Stadt 250 Helfer auf, die in Zivil, nicht in Uniform, die Abzeichen verkauften. „Körperschaften, von denen Sammler beigestellt worden sind“, durften 10 Prozent der Sammelbeträge behalten.<sup>3</sup> Gerechnet wurde mit einem Sammelergebnis von 2.000 Schilling, dies wurde jedoch mit 3.139,30 Schilling bei Weitem übertroffen.<sup>4</sup>

Das Denkmal im heute „Roseggergarten“ genannten Areal trägt auf der Rückseite unter dem Wappen der Stadt Graz die Inschrift: „Die Stadtgemeinde Graz hat unter dem Bürgermeister Hans Schmid dieses von der Rosegger-Gemeinde vorbereitete Denkmal errichtet. Enthüllt am 1. Mai 1936.“<sup>5</sup> Genau dieses Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und offiziellen Stellen im Graz der Zwischenkriegszeit soll am Beispiel der Rosegger-Denkmal mit erstmals verwendeten Quellen untersucht werden.<sup>6</sup>

„Über alle die Mühen und Sorgen, welche die immer schwierigere Aufbringung weiterer Geldmittel zur Übertragung des Modells in das mit den Resten der Sammlung und ihrer Zinsen erworbene Steinmaterial aus Südtiroler Laaser-Marmor schuf, über die oftmals erörterte Frage des Standortes für das Denkmal möchten wir um der Weihe der Stunde willen rasch hinweggehen.“<sup>7</sup>



Abb. 1: Die Denkmalenthüllung 1936 als Großveranstaltung am Staatsfeiertag am Dollfuß-Ring (Quelle: GrazMuseum, Postkartensammlung, Erika-Verlag, Foto Alfred Steffen)

Diese Bemerkung aus der Rede von Walter Semetkowski, damals Vorsitzender der Rosegger-Gemeinde, bei der Enthüllung, lässt zumindest anklingen, dass die Entstehungsgeschichte des Denkmals nicht so harmonisch verlief, wie dies in der Urkunde notiert wurde, die sich in einer Zeitkapsel mit Münzen im Sockel des Denkmals befindet.<sup>8</sup> Die erste öffentliche Anregung für ein Denkmal in Graz, nicht einmal einen Monat nach Roseggers Tod, kam von einem Freund, dem Schriftsteller Franz Goldhann:

„Wiewohl Rosegger immer wieder betonte, daß man von Denkmälern aus Stein und Erz absehen und lieber dahinwirken soll, daß die Werke der Dichter und Denker soviel als möglich verbreitet und auf diese Weise lebendige Denkmäler der geistigen Führer in den Herzen der Menschen errichtet werden, wäre ich dafür, daß in Graz, der Hauptstadt unserer grünen Mark, die Rosegger so sehr liebte und in der er den größten Teil seines Lebens verbrachte, von der aus auch sein Ruf in die weite Welt hinausging, ein würdiges, künstlerisch vollendetes Rosegger-Denkmal zu errichten.“<sup>9</sup>

Schon am Tag nach Roseggers Tod war der Grazer Gemeinderat am 27. Juni 1918 zu einer Trauersitzung zusammengekommen. Bürgermeister Adolf Fizia überschlug sich in deutschnationaler Rhetorik, gehe doch

„überall in der ganzen Welt, wo Deutsche wohnen, vom Dünenstrande der Nordsee bis zum Gestade der Adria [...] ein Schauer des Schmerzes durch die Seelen, denn Peter Rosegger, der kleine Waldpoet, war keinem Deutschen ein Fremder und auch keiner anderen Nation war er unbekannt.“<sup>10</sup>

Es überrascht auch nicht, dass die Initiatoren und Wortführer des Personenkomitees „Peter Rosegger-Denkmal in Graz“ politisch aus dem deutschnationalen Bereich stammten. Der Goldschmied August Einspinner hatte die Deutschnationalen im Grazer Gemeinderat, im Reichsrat und in der provisorischen Nationalversammlung vertreten, 1918/19 war er Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung. Als Präsident der Grazer Messe holte er sich bereits im Juli 1922 grünes Licht im Messe-Gremium<sup>11</sup> für die Unterstützung der Denkmal-Idee. 1923 wurden an den beiden letzten Messetagen im September 16,5 Millionen Kronen gesammelt, was heute einer Kaufkraft von ca. 7.650 Euro entsprechen würde.<sup>12</sup> „Schmucke Mädchen in Steirertracht und stramme junge Männer, meist Töchter und Söhne von Handwerksmeistern, waren an der Arbeit, Spenden für diesen Zweck entgegen zu nehmen.“<sup>13</sup>

National und international wurden Aufrufe verschickt, der Appell „Sammelt für das Rosegger-Denkmal!“ war von vielen Prominenten und politisch breit unterstützt. Für den Ehrenschatz stellten sich Bundespräsident Hainisch, Landeshauptmann Rintelen und Bürgermeister Muchitsch zur Verfügung, den Aufruf unterstützten unter anderen Edmund Graf Attems, Rudolf Hans Bartsch, HR Dr. Emil Ertl, Dr. Viktor Geramb, Franz Karl Ginzkey, Dr. Robert Hohlbaum, Hermann Kienzl, Dr. Johann Graf Meran, RR Dr. Anton Schlossar, Toni Schruf, Alfred Staackmann, HR Dr. Anton Wildgans. Am 1. Oktober 1923 erhielten alle Unterstützer ein Schreiben, das „für den

Rosegger-Denkmal-Ausschuß“ von Einspinner und von Heinrich Wastian unterzeichnet war. Mit dem ehemaligen Landtags- und Reichsratsabgeordneten und langjährigen Südmark-Obmann Wastian stand eine weitere höchst einflussreiche Person aus dem deutschnationalen Spektrum an der Spitze des Komitees.<sup>14</sup>

Für das Projekt spendete Roseggers Hausverlag Staackmann, der am 19. März 1923 500.000 Kronen zusagte, was einer Kaufkraft von ca. 230 Euro entsprach. Andererseits gab es zahlreiche Kleinspender: Wie man einer Übersicht aus dem Finanzheft entnehmen kann, brachten „Tagespost“-Abonnenten von April 1923 bis Juni 1929 in Summe 1.433,13 Schilling (Kaufkraft ca. 4.860 Euro) zusammen. Die Finanzunterlagen zur Zeit der Hochinflation zeigen Kontostände, die nur einen Bruchteil des Betrages Wert waren: Ende 1923 über 49 Millionen Kronen, Ende 1924 über 64 Millionen Kronen und im April 1925 wurde das Guthaben von 63.064.100 Kronen in 6.140,46 Schilling umgewandelt, was heute einer Kaufkraft von ca. 22.200 Euro entsprechen würde. Bei der Sitzung des Denkmal-Ausschusses am 30. April 1925 wurde festgestellt:

„Es ist besonders zu bemerken, dass ganz kleine Bauerngemeinden und auch Industriegemeinden, welche sozialdemokratische Gemeindevertretungen haben, sich mit verhältnismässig grossen Beträgen an der Sammlung beteiligt haben.“

Nach einstimmigem Beschluss reichten Einspinner und Wastian am 2. Mai über den sozialdemokratischen Bürgermeister Vinzenz Muchitsch das Gesuch ein, „den Stadtrat Graz zu bitten, als Aufstellungsplatz für das in Graz zu errichtende Rosegger-Denkmal den Felsvorsprung zwischen Uhrturm und Türkenbrunnen am Schlossberg zu genehmigen.“<sup>15</sup> Die Sammlung sei so weit fortgeschritten, dass eine Ausschreibung des künstlerischen Wettbewerbs stattfinden und die Entwürfe bei der Grazer Messe 1925 ausgestellt werden könnten. Dieser Bitte wurde in der Stadtratssitzung am 5. Mai entsprochen und „der Felsvorsprung zwischen Uhrturm und Gloriette“ bewilligt. Der Grazer Kunstbeirat erfuhr durch die Zeitungen von dem Beschluss, beklagte sich wegen der Nichteinbindung und hielt auch den Standort für „nicht passend.“<sup>16</sup>

Natürlich hatte es damals auch schon längst eine öffentliche Auseinandersetzung über Aussehen und Standort eines Rosegger-Denkmales gegeben. 1924 hatte sich die „Grazer Montags-Zeitung“ dem Thema gewidmet. Vorgeschlagen wurde ein Denkmal am Fuße des Schlossbergsteiges, im Stadtpark mit einem Teich und Wassergeflügel, am Schlossberg in einem Alpenblumengarten mit steilem Felsen und künstlichem Wasserfall, im Stadtpark gegenüber der Waldlilie, wo damals noch eine von Autos befahrene Straße verlief, auf dem Schlossberg, knapp vor dem Türkenbrunnen rechts abzweigend – das ist auf dem Felsen, auf dem der Chinesische Pavillon steht.<sup>17</sup> Auch Profis wandten sich direkt an das Komitee, so Architekt Friedrich Hofmann, der ein Denkmal auf einer Halbinsel eines großen Roseggerteiches im Stadtpark neben dem Franck-Denkmal vorschlug.<sup>18</sup> Ein Artikel in der „Tagespost“ plädierte für eine Darstellung als Halterbub am Eisernen Tor: „Kein Zweifel, daß man in dieser Gestalt auch ein Brunnendenkmal schaffen könnte, wozu sich der leere Brunnen am

Bismarck-Platz sehr gut eignen würde.“<sup>19</sup> Auch im „Rosegger-Denkmal-Ausschuß“ wurde die Standortfrage diskutiert: Ein Denkmal am Schlossbergaufstieg (gedacht wurde damals an den Aufstieg, den es vom Palais Herberstein aus gab) sei viel zu abgelegen, die Ersetzung und Verlegung des Schiller-Denkmales im Stadtpark (seit 1859 ein Ort deutschnationaler Manifestationen)<sup>20</sup> sei nicht angängig. Einspinner war gegen den Stadtpark, da sich dort schon vier Denkmäler befanden, für ihn war der beantragte Platz am Schlossberg ideal, zumal dieser Standort die Zustimmung der Familie Roseggers, des Bürgermeisters und des Landeshauptmannes hatte.

„Gegenstand der Darstellung ist die Verkörperung des deutschen Dichters, Philosophen und Volksmannes Peter Rosegger, des großen Schilderers des steirischen Wesens.“<sup>21</sup> Am 17. Mai 1925 wurde die Ausschreibung mittels Inserat veröffentlicht:

„Das Denkmal kommt zur Errichtung am Grazer Schlossberg auf niederem freien Felsen, wird von allen Seiten sichtbar sein und muß daher auch von allen Richtungen in der Silhouette wirken. Die Hauptfigur soll überlebensgroß (höchstes Körpermaß 2,20 m) und sitzend dargestellt sein.“

Geplant war ein Bronzeuß, Entwürfe waren mit Kostenvoranschlag bis 25. August bei der Grazer Messe einzureichen. Ausgelobt wurde ein Erster Preis mit 2.000, ein Zweiter Preis mit 1.500 ein Dritter Preis mit 1.000 Schilling und zwei Anerkennungspreise von 500 Schilling, in Summe somit Preisgelder von 5.500 Schilling.

„Bezüglich der Ausführung des Denkmals und dessen Wahl behält sich der Rosegger-Denkmal-Ausschuß freie Wahl vor, wobei er aber auch an keinen, der bei diesem Wettbewerb eingereichten Entwürfe gebunden ist. [...] Der Wettbewerb ist auf in Steiermark lebende bzw. in Steiermark geborene oder in Steiermark heimatberechtigte Künstler beschränkt.“<sup>22</sup>

Der letzte Punkt führte zu heftigem Protest der „Vereinigung der Reichsdeutschen“, da Rosegger eben „ein Deutscher war, für das ganze Deutschland gewirkt hat.“<sup>23</sup> In der Ausschuss-Sitzung am 28. Mai rechtfertigte man diese Entscheidung, dass nur Steirer das steirische Wesen Roseggers verstehen könnten. Die eingereichten Modelle wurden bei der Messe in einem eigens dafür errichteten Pavillon ausgestellt, ein großer Werbeeffekt, der allerdings auch mit erheblichen Kosten verbunden war: das Sammeln vor Ort im Pavillon brachte 5.854,45 Schilling, der Pavillon selbst schlug sich Ende 1925 jedoch mit 4.000 Schilling zu Buche.<sup>24</sup>

Am 26. August 1925 tagte schließlich das Preisgericht, um über die 18 eingereichten Modelle zu entscheiden. Der Jury gehörten folgende neun Herren an: Viktor Geramb (Vorstand des Volkskundemuseums), Edmund Helmer (Professor an der Akademie der bildenden Künste in Wien), Alfred Hofner (Vizepräsident der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens), Fritz Silberbauer (Maler, wurde für den kurzfristig verhinderten Bildhauer Hans Mauracher zugelassen), Anton Rath (Leiter der kulturhistorischen Sammlung des Joanneums), Hans Reininghaus (Gutsbesitzer auf Schloss Hart), Architekt Prof. Leopold Theyer sowie Heinrich Wastian und August Einspinner.

Nach zwei Durchgängen blieben von den 18 Entwürfen acht. Große Einigkeit herrschte auch über die drei besten Entwürfe: einstimmig wurden die Projekte „Scholle“ und „Deutscher Dichter“ und mit sieben Stimmen das Projekt „Hellmut“ für einen Preis in Aussicht genommen. Zu Mittag wurde die Sitzung bis 15 Uhr unterbrochen, was Geramb und weitere Jury-Mitglieder zu einem Lokalausgang am Schlossberg nutzten, wie man Gerambs Tagebuch entnehmen kann.<sup>25</sup> Um 15 Uhr plädierte Geramb dann für einen anderen Ort, nun fand die Idee eines überlebensgroßen Roseggers, der auf einem Felsen über Graz thronte, nicht mehr allgemeine Zustimmung. Ihm wurde mitgeteilt, dass eine nachträgliche Änderung der Ausschreibung schon aus Rechtsgründen nicht möglich sei.

Bei einer schriftlichen Abstimmung erhielt dann „Scholle“ mit vier Stimmen zu „Deutscher Dichter“ mit drei Stimmen bei zwei Enthaltungen den ersten Preis. Die Öffnung der Kuverts ergab, dass es vom Bildhauer Wilhelm Gösler und Architekt Bruno Fiedler eingereicht worden war. Bei einer folgenden Abstimmung, welcher der preisgekrönten Entwürfe zur Ausführung empfohlen werde, siegte „Deutscher Dichter“ mit fünf Stimmen: „Die Ausführung des Entwurfes ‚Scholle‘ auch mit den allenfalls notwendigen Änderungen wird abgelehnt.“ Dass über zwei Jahre später im Ausschuss dieses Protokoll in das Gegenteil umgeschrieben wurde, lässt erahnen, dass mangels eines breiten Konsenses für Standort und Ausführung eine zielstrebige Umsetzung des Denkmals nicht mehr möglich war.<sup>26</sup>

Neben Durchführung des Wettbewerbes und Auszahlung der Preisgelder wurde weiter gesammelt. Bei der Sitzung am 25. Februar 1927 konnte Einspinner berichten, dass wieder fast 8.200 Schilling verfügbar waren. Dieses Treffen bei dem bereits todkranken Einspinner – seine Tochter hatte zuvor auf ärztlichen Rat sogar Sitzungen abgesagt – nahm einige Weichenstellungen vor, andere wurden versäumt. Einspinner bat Wastian sein Stellvertreter zu werden, ebenfalls einstimmig wurden ein Kassier und zwei Rechnungsprüfer eingesetzt. Doch die Anregung einen Verein zu gründen, lehnte Einspinner ab: der Aufwand mit der Mitgliederverwaltung stehe in keiner Relation zur Höhe der Mitgliedsbeiträge. Einspinner begriff nicht, dass ein Verein den Vorteil bot, eine eigene Rechtspersönlichkeit zu sein. Vorweggenommen: Nach dessen Tod am 18. April 1927 dauerte es bis 1929, um im Nachlass-Verfahren die Gelder des Denkmalausschusses vom Privatvermögen zu trennen und von den Banken alle Kontoauszüge zu erhalten.<sup>27</sup>

In dieser Sitzung wurde auch in der Denkmalfrage Klarheit geschaffen, denn Einspinner wollte das Denkmal 1928 im Zusammenhang mit den 800-Jahre-Feierlichkeiten der Stadt Graz umgesetzt wissen. Auf Antrag von Emil Ertl wurde einstimmig Gösler mit der Ausführung betraut, inklusive einer Weiterentwicklung des Modells durch eine Änderung des Standortes: Das Denkmal sollte nun nicht mehr auf der Felsenkrone, sondern am Felsenfuß stehen. Aufgrund dieses Beschlusses legte Gösler am 24. Februar 1927 einen Kostenvoranschlag vor, um ein Bronzedenkmal im Frühjahr 1928 realisieren zu können, und bezifferte die Kosten inklusive Fundament und Sockel mit 24.900 Schilling (Kaufkraft ca. 88.400 Euro).<sup>28</sup>

Bei der nächsten Sitzung im September berichtete Wastian von der Mühsal mit Einspinner's Nachlass, Landeskonservator Walter Semetkowski sichtete die Unterla-

gen und der Papierhändler Hans Seewann die Finanzen. Im März 1928 konnte ein Bericht über Beschlüsse und die Einnahmen und Ausgaben vorgelegt werden, „u. a. wird auch die Redaktion des Protokolls des Preisgerichtes vom 25. August 1925 vorgenommen.“ Damit wurde im Konsens nachträglich der Beschluss eliminiert, dass der Vorschlag von Gösser nicht umgesetzt werden sollte – Gösser wurde weiters mit beratender Stimme in den Denkmalausschuss kooptiert.

Zur Geldbeschaffung regte Franz Goldhann eine Spendenaktion bei Deutsch-Amerikanern an und die Aufführung von Rosegger-Stücken auf großen Bühnen zugunsten des Fonds. Damit der zehnte Todestag Roseggers im Jubiläumsjahr der Stadt Graz 1928 nicht sang- und klanglos vorübergehen sollte, beantragte er die Errichtung einer Gedenktafel an der Fassade des Hauses Burggasse 16, was einstimmig angenommen und mit der Inschrift „In diesem Hause wohnte Peter Rosegger 34 Jahre“ auch umgesetzt wurde.

Ein Brief von Franz Goldhann vom 24. März 1928 zeigt einerseits, dass er, und wohl auch andere, mit der Beauftragung von Gösser nicht einverstanden war.<sup>29</sup> Weiters spiegelt er die öffentliche Debatte in der Denkmalfrage wider, die offensichtlich vom Schlossberg abrückte. Neue Platzvorschläge waren der Hilmteich, der Stadtpark gegenüber dem Café Promenade oder beim sogenannten Rosarium neben Roseggers Wohnung am Opernring. Ein Jahr später, am 10. April 1929, rückte auch der Denkmalausschuss vom ursprünglichen Plan ab:

„Vorsitzender ist dafür, Schlossberg aufzugeben. [Der Schriftsteller Ernst, Anm. d. A.] Coelln verweist auf Rosengarten beim Opernhaus. An Wechselrede beteiligen sich Gösser, Rath, Semetkowski. Beschluß vom Schloßberg abzusehen. Platz in der Stadt selbst in erster Linie in der Anlage links (nördlich) von Ausgang der Burggasse zum Opernring oder an Stelle Schillerdenkmal.“<sup>30</sup>

Mit einem Vermögen von 9.700 Schilling im Dezember 1929 war dies noch nicht umzusetzen. Dafür ging die Standortdebatte weiter: Gösser berichtete von einer Delegation bildender Künstler, die das Rosarium oder den Platz der Schillerbüste am geeignetsten gehalten hatten, er selbst plädierte für den „Dreiecksplatz“ beim Burgtor.<sup>31</sup> Im April 1930 machte Gösser ein Model für den Standort und am 20. Juni fand die Sitzung im Atelier statt, denn auf Wunsch der Familie gab es einen neuen Entwurf. Statt dem alten Peter Rosegger zeigte das Denkmal nun „Rosegger in der Vollkraft seiner Jahre.“ Am Vortag hatte der Ausschuss eine Eingabe an Bürgermeister Muchitsch gemacht und schon am 8. Juli konnte von einer Besprechung vor dem Burgtor berichtet werden: Das Denkmal müsse zum 90. Geburtstag Roseggers, also im Juli 1933 vollendet sein. Von der Landesregierung wurde eine Haussammlung vom 1. bis 8. April 1931 und eine Straßensammlung am 4./5. April genehmigt, die aber nicht durchgeführt wurden. Im Denkmalausschuss war Hans Reininghaus gegen die Straßensammlung, da eine Haussammlung taktvoller sei. Aus diesem Grund wurde am 12. März beim Landesschulrat eine Schulsammlung beantragt. Dort war offenbar maßgeblichen Kräften die Wankelmütigkeit des Denkmalausschusses suspekt – das Ansinnen wurde mit Mehrheit abgewiesen.<sup>32</sup>



Abb. 2: Wilhelm Gösser mit dem zweiten, umgesetzten Denkmalentwurf Ende 1931 in seinem Atelier (Quelle: Steiermärkische Landesbibliothek, Nachlass Hans Fraungruber, Postkarte vom 30. April 1932)

Durchgeführt wurde aber immerhin der Vorschlag von Coelln vom 7. März nach Gründung eines Vereins. Wastian reichte Ende März die Satzungen der „Rosegger-Gemeinde Graz“ ein mit dem Ziel, „das Andenken des grossen Dichters der steirischen Heimat wachzuhalten“. Erreicht werden sollte dies mithilfe von Stiftern, Förderern und den ordentlichen Mitgliedern und in erster Linie „durch Aufbringung der Mittel für das vom bestehenden Roseggerdenkmalausschuss bereits in Angriff genommene Denkmal“. Der Verein wurde am 11. April nicht untersagt.<sup>33</sup> Als Heinrich Wastian am 1. September 1931 unerwartet starb, war die Rosegger-Gemeinde dadurch auch weiterhin handlungsfähig. Zu Allerheiligen stellte Gösser das neue Modell in seinem Atelier aus und schlug statt dem Bronzeguss eine Marmorausführung vor, was mit 22.500 Schilling auch kostengünstiger sei.<sup>34</sup>

Nach neuen Vorschlägen im Jänner 1932 in Richtung Franck-Eiche, korrespondierend zum Hamerling-Denkmal, teilte das Bauamt nach der Debatte im Stadtrat am 4. März mit, der Denkmalausschuss möge doch den nördlichsten Teil des Rosariums in Erwägung ziehen. Und am 22. April 1932 nahmen sich die Vizebürgermeister Engelbert Rückl und Hans Schmid sowie die Stadträte Robert Schubert und Roman Herz die Zeit, mit dem Denkmalausschuss zu diskutieren, und erklärten nachdrücklich die Sichtweise der Stadt: „Man will Rosegger dem Volk und der Familie zeigen, wenn er bescheiden an lauschigem Platz aufgestellt wird, würde man den Dichter gerade zu verstecken“, argumentierte Schubert. „Für die Aufstellung im Rosarium treten nicht nur die Herren Goldhann und Rudolf Hans Bartsch, sondern auch die Familie Roseggers ein“, bekräftigte Schmid.

Mit einer Eingabe vom 31. Oktober warf die Rosegger-Gemeinde gegenüber der Stadt wiederum die Varianten Schillerdenkmal, Rosarium, Rosarium-Brunnen und Franck-Eiche auf. Im Stadtrat war dann offenbar klar, dass mit einem konsensualen Vorschlag von der Rosegger-Gemeinde selbst nicht zu rechnen war. Man teilte dem Verein am 16. Dezember 1932 daher mit, dass man nicht in der Lage sei, auf neuerliche Vorschläge einzugehen, und einen Standort nächst der Franck-Eiche zu wählen: „Hingegen ist die Stadtgemeinde bedacht, den Platz in dem östlich der Burggasse gelegenen Teil des Rosariums vor dem dort stehenden grossen Ahornbaum zur Verfügung zu stellen.“<sup>35</sup> Dagegen stimmte, aus welchen Gründen immer, der deutschnationale Stadtrat Roman Herz.<sup>36</sup>

Vielfältig waren die Bestrebungen der Rosegger-Gemeinde, zu Geld zu kommen. So große Würfe wie die Spendenaktionen zur Grazer Messe 1925 gelangen allerdings nie mehr: Zum Beispiel überwies 1931 der in Chicago gegründete Trachtenverein „Rosegger-Steirer-Klub“ 150 Schilling (23 Dollar). Die Städtischen Bühnen führten im Juni 1933 das Roseggerstück „Am Tage des Gerichtes“ auf, was jedoch nur 238,90 Schilling für den Rosegger-Denkmal-Fonds brachte. Hier wurde Rosegger klar überschätzt: „Ich habe aus wirklich nur grosser Liebe zu diesem Dichter sein Werk in den Spielplan aufgenommen und muss beschämt sehen, dass wir kaum ein halbbesuchtes Haus erreichen werden.“<sup>37</sup> Im Juni 1933 rechnete schließlich die Landesbibliothek die Postkarten vom „Rosegger-Denkmal-Ausschuss“ ab, die bei der Ausstellung anlässlich des 90. Geburtstages Roseggers verfügbar waren: von 600 Karten wurden 52 verkauft, was 7,80 Schilling einbrachte.<sup>38</sup> Zur Ausstellungseröffnung gab es zuguns-

ten des Denkmalfonds eine Veranstaltung im Rittersaal mit Gedenkworten von Max Mell, Lesung von Sepp Rosegger aus seines Vaters Werken und dem Vortrag eines von Wilhelm Kienzl vertonten Liedes.<sup>39</sup>

Dass gerade im Jubiläumsjahr 1933 bei Spenden erfolgreich auf Rosegger verwiesen werden konnte, zeigte Viktor Geramb. Er startete ab Mai 1933 eine „Rosegger-Gedächtnissammlung“, die bis Anfang September von den veranschlagten 14.000 Schilling (Kaufkraft heute ca. 50.000 Euro) für den Rohbau der volkskundlichen Verkaufsstelle bereits 13.391,97 Schilling einspielte, den sofortigen Baubeginn ermöglichte – und 1934 zur Gründung des Heimatwerks führte.<sup>40</sup>

„Sorgen um das Grazer Roseggerdenkmal“ machte sich, vom Verein lanciert, am 11. Mai 1933 das „Grazer Volksblatt“, waren doch mit der Finanzierung des naturgroßen Tonmodells, des für die Übertragung in Marmor unerlässlichen Gipsmodells sowie des von Gösser im Oktober 1932 angeregten Ankaufes eines Blocks von Laaser Marmor aus Südtirol um 3.500 Schilling die Mittel der Rosegger-Gemeinde erschöpft. Ende 1933 gab es jedoch klare Signale von Vizebürgermeister und Baureferenten Hans Schmid, dass die Stadt Graz den fehlenden Betrag mit einem Kredit abdecken könnte.<sup>41</sup>

Am 14. November reichte die „Rosegger-Gemeinde“ alle Unterlagen mit Modell, perspektivischer Skizze inklusive gartenarchitektonischer Gestaltung ein und bei der Verhandlung vor Ort im Rosarium am 4. Dezember 1933 mit Vizebürgermeister Hans Schmid und Stadtrat Robert Schubert als Obmann des städtischen Parkausschusses wurde voller Konsens erzielt: gleich im Frühling sollte mit der planmäßigen Bepflanzung begonnen werden, um das Denkmal im Herbst 1934 aufzustellen.<sup>42</sup>

Zu dieser Zeit schürte jedoch Franz Goldhann, der im April 1932 aus dem Komitee ausgetreten war,<sup>43</sup> im Hintergrund längst Zweifel an der Realisierung des Denkmals durch die Rosegger-Gemeinde. So kam es im Oktober 1933 auf expliziten Wunsch von Bürgermeister Muchitsch zu einer Aussprache von Vereinsobmann Walter Semetkowski mit dem steirischen Schriftstellerbund, dessen Kontaktversuche man ignoriert hatte: Dieser war nämlich der Ansicht,

„dass die Aussichten auf die Errichtung des Grazer Roseggerdenkmales nach dem Entwurf von Prof. Gösser infolge der Zeit- und Wirtschaftsverhältnisse sehr gering seien und daß die Stadt daher ein provisorisches Denkmal in Gestalt einer im Rosarium aufzustellenden Herme erhalten müsse.“

Semetkowski wies darauf hin, dass die Verfolgung dieses Planes wie eine Gegenaktion wirke und wohl das Gegenteil an Spendenfreude erreichen dürfte.<sup>44</sup> Auch Gösser informierte Semetkowski, dass Goldhann in Briefen schreibe, dass sich in Graz einige Freunde Roseggers zusammengefunden hätten, um eine Herme des Dichters zu errichten, da das geplante Denkmal in absehbarer Zeit nicht zur Aufstellung komme.<sup>45</sup>

Zu dieser Zeit wurde bereits ein Coup geplant, der in der Geschichte der Grazer Denkmalkultur wohl einmalig ist: eines Nachts im April 1934 wurde im Grazer Stadtpark eine Bronzebüste Peter Roseggers aufgestellt, mit Sockel ein ca. 600 kg schweres Monument, professionell mit betoniertem Fundament an prominenter Stelle.<sup>46</sup> Es

stand gegenüber der Zinzendorfgasse an der Hauptallee in Richtung Brunnen an der ersten Wegkreuzung,<sup>47</sup> aus heutiger Sicht ein paar Schritte vor den seit 1970 an der Hauptallee aufgestellten Figuren Austria und Styria. Die Initiatoren traten nun, ohne sich jedoch zu deklarieren, mit Zeitungsartikeln an die Öffentlichkeit, lobten die Qualität der Büste von Hans Mauracher und schufen damit Fakten. Dr. Robert Graf, der in Wirklichkeit den Standort ausgesucht hatte, schrieb am 11. Mai in einem umfangreichen Artikel auf der Titelseite der „Tagespost“:

„Die schöne Arbeit ist ohne jedes Gepränge, ohne zu festlichen Reden Anlaß zu geben, in aller Stille, ganz im Sinn des Dichters, man möchte sagen dem Stadtparke, den er so sehr liebte, geschenkt worden, dessen künstlerisch wertvollster Besitz sie nunmehr ist.“<sup>48</sup>

Eine mit Dr. R. G. gezeichnete Meldung lautete:

„Seit kurzem ziert eine Bronzestatue Peter Roseggers, von der Meisterhand Hans Maurachers geschaffen, die herrlichen Anlagen des Grazer Stadtparkes. Die Auffassung der Statue ist eine volkstümlich schlichte: sie entspricht ganz dem vergeistigt-gütigen Wesen des aus der grenzenlos einsamen, bäuerlichen ‚Waldheimat‘ hervorgegangenen steirischen Denkers und Dichters.“<sup>49</sup>



Abb. 3: Mit der illegalen Aufstellung der Rosegger-Herme von Hans Mauracher schufen Franz Goldhann und seine Freunde im Frühjahr 1934 einfach Fakten (Quelle: Stadtarchiv Graz, Glasdiapositivsammlung, Serie 125/62)

Franz Goldhann spottete später im „Heimgarten“ in Richtung „Rosegger-Gemeinde“:

„Also ist in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Werk zustande gekommen, an dem man seine helle Freude haben kann. Wir übergeben es der Stadtvertretung zu treuen Händen als Geschenk, ohne bombastische Aufmachung und langatmiges Wortgeklingel ...“<sup>50</sup>

Nachdem während der NS-Herrschaft Arbeiter die Einschmelzung dieser Büste verhindert hatten,<sup>51</sup> wurde sie 1951 vom Grazer Stadtrat in den Augarten transferiert, da sich dort damals kein einziges Denkmal befand. Dort steht sie bis heute.<sup>52</sup>

Nach dem Februar 1934 wurden die sozialdemokratischen Mitglieder der Stadtregierung, Bürgermeister Vinzenz Muchitsch und Finanzstadtrat Engelbert Rückl, abgesetzt. Hans Schmid wurde Bürgermeister, neu in die Stadtregierung zogen Theo Haupt für den Österreichischen Heimatschutz und Dr. Adelhart Fedrigoni für die Ostmärkischen Sturmcharen ein. Österreich-Kult war dem Ständestaat sehr wichtig: Fedrigoni initiierte im Frühsommer 1934 den Transfer des Tegetthoff-Denkmales nach Graz, das die Stadt schließlich 30.000 Schilling kosten sollte<sup>53</sup>, und Fedrigoni präsentierte sich im Herbst 1935 auch als *der* Initiator des Rosegger-Denkmales am mittlerweile in Dollfußring umbenannten Opernring. Zum Ärger von Bürgermeister Schmid, denn das Sitzungsprotokoll des Stadtrates vom 18. Oktober besteht in erster Linie aus der von ihm veranlassten handschriftlichen Korrektur:

„Stadtrat Dr. Fedrigoni ersucht den Bürgermeister festzustellen, dass die Anregung zur Aufstellung des Roseggerdenkmales von ihm gemacht worden sei. Der Bürgermeister kommt diesem Wunsche mit der Einbemerkung nach, dass ihm in dieser Angelegenheit von anderen Seiten mehrfach dieselbe Anregung gegeben wurde. Im Besonderen stellt der Bgm. fest, daß die Denkmalfrage die Stadtverwaltung seit Jahren befaßte u. auch er schon als Referent des Bauamtes seit den Anfängen mit der Sache eingehend mehrmals u. kommissionseitig befaßt war.“<sup>54</sup>

Die verbliebenen Kosten für das Denkmal ohne Sockel waren schon 1933 auf 9.000 Schilling geschätzt worden, dies war im Wesentlichen das halbe Jahr Arbeit des Steinbildhauers Franz Eisner, der mit der Punktiermethode das von Gösser geformte Standbild aus dem Marmorblock schlug. Die Stadt Graz budgetierte deshalb für das Denkmal 1936 Ausgaben von 10.000 Schilling, kam aber mit 8.599,02 Schilling aus.<sup>55</sup> Bei der Enthüllung am 1. Mai 1936 beschwor Bürgermeister Schmid „im Geiste Roseggers den gemeinsamen Dienst am Volk, Heimat und Vaterland“, dafür sei das Denkmal Sinnbild.<sup>56</sup>

Von der Aufgabe der Denkmalerrichtung befreit, konnte sich die „Rosegger-Gemeinde“ mit neuem Schwung einem neuen Ziel widmen: im November 1935 wurden 5.000 Postkarten mit dem Bild Peter Roseggers in Auftrag gegeben, im Dezember 3.200 Rundschreiben gedruckt.<sup>57</sup> Der Verein erweiterte in den Statuten die Vereins-

aktivitäten mit „Sicherung, Erhaltung und soweit dies möglich ist, Erwerbung von wesentlichen Rosegger-Gedenkstätten, Handschriften und Erinnerungsstücken.“<sup>58</sup> Im Frühjahr 1936 wurden 5.000 Prospekte gedruckt und verteilt: „An die Verehrer Peter Roseggers! Peter Roseggers Sterbehaus in Krieglach ist in Gefahr, in fremde Hände überzugehen.“<sup>59</sup> Gemeinsam mit dem Roseggerbund „Waldheimat“ in Krieglach wurde nun gesammelt, um Roseggers Sommerhaus zu erwerben. Dazu wurden auch neue Mitglieder geworben, die 2 Schilling, Gemeinden, Firmen und Vereine 5 Schilling bezahlen sollten, für Großspender war ein „Gründerbeitrag“ von 100 Schilling festgesetzt.<sup>60</sup>

Analysiert man die fragmentarisch erhaltenen Unterlagen, so kamen aufgrund der PSK-Abhebungen vom Februar 1935 bis Mai 1937 allein über diese Bankverbindung über 3000 Schilling herein. Am 26. Mai 1937 hatte die Rosegger-Gemeinde auf ihren Konten und in bar in Summe 5.719,03 Schilling (Kaufkraft ca. 20.500 Euro) angespart. Nach internen Aufstellungen von 1937 sollte Roseggers Sommerhaus mit dem „Studierstüberl“ und dem Grundstück in Krieglach ca. 34.000 Schilling kosten.

Da im Bestand „Rosegger-Gemeinde“ in der Steiermärkischen Landesbibliothek die Mitgliederkartei 1936/37 erhalten ist, kann diese nach der Bedeutung der Grazer Mitglieder ausgewertet werden:

Mitglieder der „Rosegger-Gemeinde“ mit Sitz in Graz 1936/37					
Personen		Institutionen		Mitglieder	
gesamt	davon Graz	gesamt	davon Graz	gesamt	davon Graz
518	309	120	42	638	351

Abb. 4: Mitgliederstruktur auf Basis der erhaltenen Mitgliederkartei in der Steiermärkischen Landesbibliothek. Auswertung und Berechnung anhand der Kartei: Steiermärkische Landesbibliothek, Nachlässe, Rosegger-Gemeinde

Von den Einzelmitgliedern war die große Mehrheit, 309 von 518 und damit 60 Prozent, aus Graz. Bei Einzelpersonen waren die Honoratioren auffällig häufig, die wenigen Frauen, die vorkommen, sind (pensionierte) Lehrerinnen. Bei den 120 Institutionen machte Graz mit 42 nur ca. 35 Prozent aus. Das ist naheliegend, denn unter den Institutionen befanden sich allein 34 Gemeinden, die natürlich außerhalb von Graz liegen müssen, weiters häufig Lehrervereine, Männergesangsvereine und ähnliche Vereine sowie (Gemeinde-)Sparkassen.

Unter den 20 Gründern beziehungsweise Stiftern (so in der Mitgliederkartei vermerkt) fanden sich die Großvereine „Deutscher und Oesterreichischer Alpenverein“ und der „Ostmärkische Sängerbund“, die „Deutsche Schillerstiftung“ mit Sitz in Weimar und der „Allgemeine Deutsche Sprachverein“ mit Sitz in Berlin. Es gab lokale Gesellschaften, wie den Lehrerhausverein in Wien, die „Oberlander z'Graz“ und den Roseggerbund „Waldheimat“ in Krieglach. Dann große Wirtschaftsbetriebe: die Oes-

terreichisch-Alpine Montangesellschaft, die Erste Grazer Aktien Brauerei, die Gösserbrauerei AG und die Brüder Reininghaus AG. Weiters die Steiermärkische Sparkasse und die Sparkassen von Bruck, Kindberg, Krieglach und Leoben und schließlich die Bundes-Handelsakademie Grazbachgasse und drei Einzelpersonen.

Nach dem „Anschluss“ wurde der Verein als „Reichswerk Buch und Volk, Roseggergemeinde“ in die Reichsschrifttumskammer eingegliedert und bekam mit Dr. Friedrich Pock einen kommissarischen Leiter. Die im März 1938 vorhandenen 5.953,35 Schilling versickerten zunächst in der NS-Kulturbürokratie,<sup>61</sup> obwohl der Verein zunächst die Sammeltätigkeit fortsetzte und in einem Aufruf betonte, dass es nun gelte, „auch die vielen jenseits der früheren Grenzpfähle wohnenden Verehrer unseres Dichters“ zu erreichen, um „das Sterbehau des großen Vorkämpfers dem deutschen Volke als eine Weihestätte zu erhalten.“<sup>62</sup> Als 1943 beträchtliche Rosegger-Propaganda zum 100. Geburtstag betrieben wurde – in der Steiermark wurden 380.000 Rosegger-Bilder unter das Volk gestreut<sup>63</sup> – erhielt der Verein noch 2.700 Reichsmark (Kaufkraft ca. 14.000 Euro) im Auftrag des Reichspropagandaamtes. Nach dem Ende der NS-Herrschaft wurde der Verein schließlich 1948 behördlich aufgelöst.<sup>64</sup>

## **Fazit**

Das organisierte Rosegger-Gedenken im Graz der Zwischenkriegszeit spiegelt die Andockmöglichkeiten aller politischen Richtungen wider. Die Denkmalaktivitäten entstanden auf deutschnationale Initiative, waren begleitet von sozialdemokratischem Wohlwollen und wurden schließlich im Sinne des ständestaatlichen Österreich-Kultes von christlichsozialen Politikern gemeinsam mit paramilitärischen Schutzbewegungen 1936 zum Abschluss gebracht. Nach dem „Anschluss“ 1938 stürzten die Nationalsozialisten das gegenüber im Rosarium stehende Dollfuß-Denkmal und setzten den Rosegger-Kult mit Betonung des deutschnationalen Steirers in den Gedenkjahren 1938 beziehungsweise 1943 praktisch bruchlos fort.

---

- 1 Neben der Einladung befindet sich in den Sammlungen des GrazMuseums auch ein Fotoalbum zu diesem Ereignis.
- 2 Tagespost, 26.4.1936, 7.
- 3 Stadtarchiv Graz (StAG), A 5 - 503/1936.
- 4 Vgl. Jahresrechnung über die Gebarung der Landeshauptstadt Graz für das Jahr 1936, Graz 1937, 77, E. Städtische Anlagen: Sammelgelder für das Roseggerdenkmal.
- 5 Mirella KUCHLING: Literarische Spaziergänge durch Graz. Eine Spurensuche, Graz 2004, 92.
- 6 Als Landeskonservator Walter Semetkowski den Dienstort nach Wien verlegte, übergab er 1949 Material aus seiner privaten Funktion als Vorsitzender des Vereins „Rosegger-Gemeinde Graz“ dem Steiermärkischen Landesarchiv. Dieses fälschlich mit „Landeskonservator“ beschlagwortete Material konnte von Herrn Mag. Dr. Franz Mittermüller als Karton 310 der Sammlung 20. Jahrhundert identifiziert werden. Es ist das Archiv zum Rosegger-Denkmal von 1922 bis 1936. Erstmals wird hier auch der Bestand „Rosegger-Gemeinde Graz“ aus der Nachlasssammlung der Steiermärkischen Landesbibliothek verwendet, der vor allem Material von 1935 bis 1939 enthält. Zu den obersteirischen Roseggervereinen und zur Rosegger-Gemeinde während der NS-Zeit vgl. Christian TOST: Die steirischen Rosegger-Vereine. Von ihrer Gründung bis 1945. Ungedruckte Diplomarbeit, Graz 2000.
- 7 Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 8, Ansprache des Obmannes der Roseggergemeinde, 2.
- 8 Text der Urkunde: Grazer Volksblatt, 23.4.1936, 3.
- 9 Franz GOLDHANN: Rosegger, in: Grazer Volksblatt, 23.8.1918, 4.
- 10 Zit. nach: Christian TEISSL: „Man kommt sich vor wie in der Wüste ...“ Der langsame Abschied des Peter Rosegger, Graz 2018, 152f.
- 11 Vgl. Grazer Volksblatt, 25.7.1922, 5.
- 12 Die Kaufkraft berechnet und gerundet nach dem VPI Börsenkurier 0717 ab 1800 (Juli 2017) der Statistik Austria.
- 13 Neues Grazer Morgenblatt, 14.9.1923, 2.
- 14 StLA, Archiv Verein für Heimatschutz, K. 60, H. 201: Aufruf und Antwortbrief mit Karikatur. Ein Aufruf „An die Freunde Roseggers in aller Welt!“, in: Grazer Messe-Zeitung Nr. 2, Juli 1923.
- 15 StAG, BA 1234/1925.
- 16 Ebenda.
- 17 Vgl. Grazer Montags-Zeitung, 9.3.1924, 4; 24.3.1924, 4; 31.3.1924, 7; Beilage zur Montags-Zeitung, 7.4.1924, 2.
- 18 StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 2, Unterlagen mit Plan.
- 19 Tagespost, 13.5.1925, 5.
- 20 Vgl. Stefan RIESENFELLNER: Der „moderne“ Denkmalkult an der Peripherie. Grazer Denkmäler von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg“, in: Stefan RIESENFELLNER (Hg.): Steinernes Bewusstsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern, Wien/Köln/Weimar 1998, 167–223, hier: 174f.
- 21 Inserat in der Tagespost, 17.5.1925, 31.
- 22 Ebenda.
- 23 StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 3, Protokoll der Sitzung des Denkmal-Ausschusses am 8.5.1925.
- 24 Vgl. StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 4, Beilage zur Sitzung vom 7.12.1929 sowie Heft 5, Gebarungskontrolle.
- 25 Die Tagebücher von Viktor Geramb befinden sich am Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Graz.
- 26 Das handschriftliche Original der Mitschrift und ein Revisionsentwurf sind zu finden in StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 3; das umgeschriebene Protokoll ebenda, Heft 4. Beide Varianten in: Hans-Peter WEINGAND (Hg.): Der unbekannte Peter Rosegger, Graz 2018, 238f.
- 27 StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 4, Protokoll der Sitzung des Denkmal-Ausschusses am 10.9.1927 und beiliegende Einantwortungsurkunde vom 5.8.1927; ebenda, Heft 5, Bericht der Gebarungskontrolle vom 7.12.1929.
- 28 Der Kostenvoranschlag abweichend von der Chronologie in StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 3.
- 29 „Die dem Bildhauer Professor Gösser von einer unvollständigen, kleinen Gruppe in Aussicht gestellte Übertragung der Arbeit halte ich nicht für bindend, da der ganze Vorgang ungehörig und unparlamentarisch war.“ StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 4, Brief Goldhann, 24.3.1928.
- 30 Vgl. auch: Grazer Volkblatt, 14.4.1929, 5.
- 31 Heute steht in dieser Gegend das Künstlerhaus. Damals wie heute wurde eine Seite des Dreiecks von der Erzherzog-Johann-Allee gegenüber dem Café Promenade gebildet und eine Seite vom Burgring. Die dritte, heute nicht

- mehr existierende Seite, war ebenfalls der Burgring, der auch vom Burgtor aus zusätzlich nach Süden schwenkte, vorbei an den Hausgärten der Burgring-Bewohner. Das Dreieck war somit eine große Verkehrsinsel und diente als Kinderspielplatz.
- 32 Vgl. StLA, Landesschulrat LSR 3R-12/1931.
  - 33 StLA, SiDi Ro-31/1948, fol. 7.
  - 34 Der Kostenvoranschlag vom 10.9.1931 im StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 6.
  - 35 Ebenda, Schreiben A 10 R 45/9/1932.
  - 36 Vgl. StAG, A-10 R 45/1932, Amtsvermerk.
  - 37 Dieses Material in StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 6.
  - 38 Steiermärkische Landesbibliothek (StLB), Nachlässe, Rosegger-Gemeinde.
  - 39 Vgl. Grazer Volksblatt, 11.5.1933, 3; Unterlagen zu dieser Veranstaltung im StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 2.
  - 40 Vgl. Hans-Peter WEINGAND: „Echte Erzeugnisse bodenständiger Heimatkunst“ Vorgeschichte, Aufbau und Entwicklung des steirischen Heimatwerks, in: Jahrbuch der steirischen Volkskultur 2017, Graz 2018, 160–187, hier: 171.
  - 41 Vgl. Tagespost, 8.11.1933, 2.
  - 42 StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 6, Unterlagen zur Einreichung vom 14.11.1933, Kommissionseinladung A 10 R 45/10/32 vom 30.11.1933; ebenda, Heft 7, Verhandlungsschrift vom 4.12.1933.
  - 43 Vgl. StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 7, Brief vom 20.4.1932; Hans Reininghaus war im Februar 1933 ausgetreten, da er den Aufstellungsort als „Diktat des Stadtrats“ empfand.
  - 44 StLA, Sammlung 20. Jh., K. 310, Heft 6, Semetkowski an Bürgermeister Muchitsch vom 14.11.1933.
  - 45 Vgl. ebenda, Heft 6, Schreiben Gösser an Semetkowski vom 16.12.1933.
  - 46 Vgl. N.N.: Peter Rosegger war illegal, in: Neue Zeit, 13.2.1951, 5.
  - 47 Den Standort konnte Frau Mag. Katharina Mraček-Gabalier vom GrazMuseum anhand von sichtbaren Fassaden auf historischen Fotos eindeutig bestimmen.
  - 48 Tagespost Abendausgabe, 11.5.1934, 1.
  - 49 Bilderwelt (Beilage zur Tagespost), 22.7.1934, 2 mit Foto der Büste.
  - 50 Franz GOLDHANN: Eine Rosegger-Herme im Grazer Stadtpark, in: Heimgarten 58, Graz 1934, 325f., hier: 326.
  - 51 N.N.: 40 Arbeiter retteten Peter Rosegger, in: Neue Zeit, 22.10.1948, 4.
  - 52 Vgl. KUCHLING: Literarische Spaziergänge, 100; der Standort des Denkmals ist gegenüber dem Pavillon beim Spielplatz.
  - 53 Vgl. Gerhard M. DIENES: Die Errichtung des Tegetthoff-Denkmales in Graz am 1. Dezember 1935. „Ein österreichisches patriotisches Fest“, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark 73, Graz 1982, 183–206, hier: 188.
  - 54 StAG, Stadtratssitzungsprotokolle 1935 Band VII, Ordentliche Stadtratssitzung vom 18.10.1935.
  - 55 Vgl. Jahresrechnung über die Gebarung der Landeshauptstadt Graz für das Jahr 1936, Graz 1937, 78, Denkmäler und Zierbrunnen: Aufstellung des Rosegger-Denkmales.
  - 56 Die Rede ist abgedruckt in: WEINGAND: Der unbekannte Rosegger, 239f.
  - 57 Vgl. StLB, Nachlässe, Rosegger-Gemeinde.
  - 58 StLA, SiDi Ro-031/1948, fol. 10.
  - 59 StLB Landesbibliothek, Nachlässe, Rosegger-Gemeinde.
  - 60 Alle diese Unterlagen in ebenda.
  - 61 Vgl. TOST: Die steirischen Rosegger-Vereine, 97–99.
  - 62 StLB, Nachlässe, Rosegger-Gemeinde. Aufruf „An die Mitglieder der Rosegger-Gemeinde!“
  - 63 Vgl. Tagespost, 27.6.1943, 4.
  - 64 StLA, SiDi Ro-031/1948, fol. 41.

# **Aktuelle Forschungen zur Stadtgeschichte**



## **Ein Verlust ist manchmal auch ein Gewinn: Beobachtungen zur Grazer Stadtbefestigung beim ehemaligen Kommodhaus**

Das Jahr 2003, als Graz Kulturhauptstadt war, lässt sich ohne Zweifel mit vielen kulturellen Highlights verbinden. Ironischerweise verlor die Innenstadt ausgerechnet in diesem Jahr eines ihrer denkmalgeschützten Gebäude: das sogenannte Kommodhaus an der Straßenecke Burggasse 15/Einspinnnergasse 7. Für viele Grazer war das namensgebende Lokal „Kommod“ sowie das Lokal „Triangel“ im Keller ein beliebter Treffpunkt. Für die Stadtgeschichte war das Gebäude aber auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil sich an der Stelle des Kommodhauses der erste Theaterbau von Graz im 18. Jahrhundert befand.<sup>1</sup> Nach einer langjährigen Debatte bezüglich des Zustands des Gebäudes wurde das Kommodhaus schließlich doch für den Abriss freigegeben.<sup>2</sup> Danach lag das Grundstück mehrere Jahre brach, bis dann im November 2015 der Spatenstich für eines neues Bauprojekt erfolgte, dem Büro- und Apartmentgebäude „Argos“.<sup>3</sup> Im Juni 2016 wurde dem Bundesdenkmalamt in Graz eine mächtige Mauer gemeldet, die in der Baugrube entdeckt wurde (Abb. 1). Nach einem Lokalaugenschein wurde bald klar, dass es sich um einen Teil der frühneuzeitlichen Stadtbefestigung handeln dürfte, welcher aber teilweise dem neuen Bauprojekt weichen musste.<sup>4</sup> Zwischen dem 16. und 21. Juni 2016 konnte der betroffene Mauerabschnitt aber zuvor noch archäologisch dokumentiert werden.<sup>5</sup> Die Ergebnisse sollen an dieser Stelle einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.<sup>6</sup>

## Historische Hintergründe und Baugeschichte

Das Areal bei der Burggasse 15/Einspinnnergasse 7 liegt im Südosten der Grazer Altstadt, am Fuße eines Hangbereiches, an dessen oberen Ende sich die Grazer Burg befindet. Nach den derzeitigen Überlegungen dürfte dieser Bereich knapp südlich der mittelalterlichen Stadtmauer des 13. Jahrhunderts liegen. Diese wird etwas weiter im Norden auf der anderen Straßenseite lokalisiert.<sup>7</sup> Aus Quellen des 16. Jahrhunderts lässt sich aber belegen, dass sich in diesem Bereich auch eine mittelalterliche Zwingermauer vor der eigentlichen Stadtmauer befand;<sup>8</sup> demnach wäre es möglich, dass ein Zwinger im Bereich des Grundstücks Burggasse 15/Einspinnnergasse 7 verlief. Zwingermauern dürften in Graz spätestens im 15. Jahrhundert an einigen Abschnitten errichtet worden sein,<sup>9</sup> doch zumindest der Abschnitt beim Franziskanerkloster dürfte nach archäologischen Forschungen schon in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts erbaut worden sein.<sup>10</sup>

Im 16. Jahrhundert wurde Graz zu einer Festung ausgebaut, somit war auch das hier behandelte Areal von diesen umfangreichen Bauarbeiten betroffen. Das Grundstück in der Burggasse 15/Einspinnnergasse 7 liegt zwischen der Grillbühelbastei im Osten (fertiggestellt 1549) und der Landschaftsbastei im Westen beim Eisernen Tor (fertiggestellt 1571).<sup>11</sup> Die Kurtine, die die beiden Basteien miteinander verband, wurde 1568 von den Polieren Dionisio und Giovanni Baptista Tadei errichtet. Anscheinend war das Ergebnis aber nicht befriedigend, denn bereits 1570 empfahl der Baumeister Salustrio Peruzzi einen Neubau beziehungsweise eine Verstärkung der Kurtine. Dabei

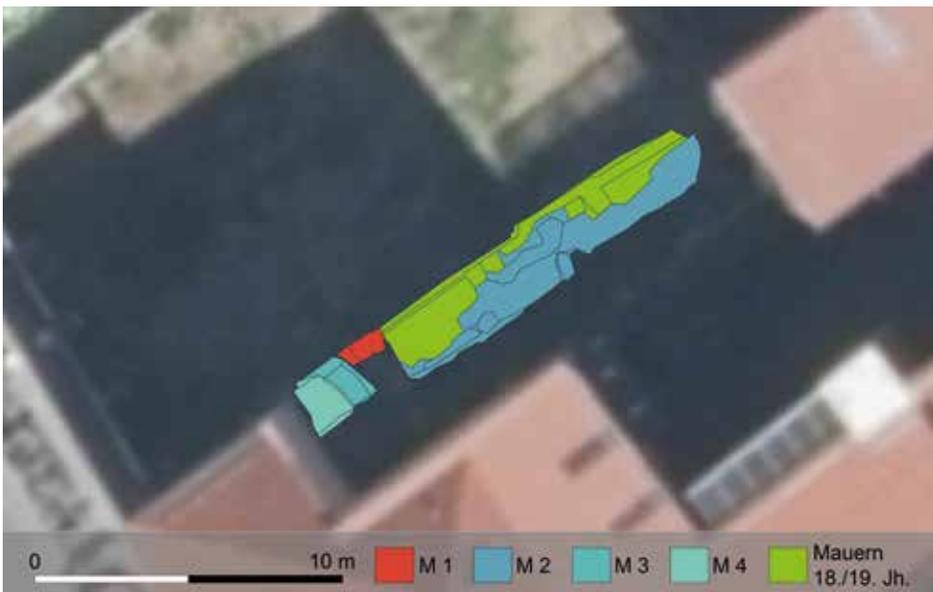


Abb. 1: Überblick der dokumentierten Mauern auf dem noch unbebauten Grundstück in der Burggasse 15/Einspinnnergasse 7 (Bildgrundlage Luftbild [www.gis.steiermark.at](http://www.gis.steiermark.at), digitale Nachbearbeitung Levente Horváth)

schlug er vor, die Kurtine gleich weiter nach Süden zu verlegen und die älteren Befestigungswerke abzureißen, um so Platz für einen Tummelplatz für Pferde und Reiter zu gewinnen.<sup>12</sup> Die südliche Außenkante der jüngeren Kurtine dürfte unter der Front der Gebäude am Opernring liegen.

In dem Areal der Burggasse 15/Einspinnergasse 7 wurde im 17. Jahrhundert eine Reitschule entlang der Kurtine errichtet. In diesen Baukomplex dürften Teile der älteren Befestigungsanlagen südlich der neuen Kurtine einbezogen worden sein,<sup>13</sup> bei der Neugestaltung des Areals wurden also die älteren Mauern nicht komplett geschleift.<sup>14</sup> Kaiserliche Inspektoren plädierten aus militärischen Überlegungen zwar für einen Abriss der Gebäude, doch die Reitschule blieb bestehen.<sup>15</sup>

Einen Teil der Reitschule, nämlich das Areal in der heutigen Burggasse 15/Einspinnergasse 7 überließ die Regierung im Jahr 1736 dem Theaterunternehmen Mingotti, worauf der Baukomplex in einen Theaterbau umgewandelt wurde.<sup>16</sup> Lange hatte das Theater nicht Bestand, denn schon 1770 wurde der Theaterbau als baufällig bezeichnet, 1781 sprach man vom verlassenen „Comödienhaus“.<sup>17</sup> Auf einem Plan von Josef Huber aus dem Jahr 1773 sieht man den Grundriss des Theaterbaus, welcher an eine stärkere Mauer nördlich der Kurtine angebaut ist,<sup>18</sup> womöglich handelt es sich um eines der erwähnten älteren Befestigungswerke, die in die Reitschule einbezogen wurden. Im Jahr 1813 wurde an der Stelle des Theaterbaus ein neues Gebäude errichtet, welches im späten 20. Jahrhundert als Kommodhaus bekannt und 2003 abgerissen wurde.<sup>19</sup> Erwähnenswert ist, dass das Gebäude nach Wiltraud Resch an der „alten Tummelplatzmauer“ errichtet wurde.<sup>20</sup> Demnach müssten auch zu diesem Zeitpunkt noch die alten Befestigungswerke sichtbar gewesen sein.<sup>21</sup>



Abb. 2: Blick auf die von jüngeren Mauerwerk überbauten Befestigungsmauern mit Mauerdurchbruch, Blick nach Süden (Foto Levente Horváth)

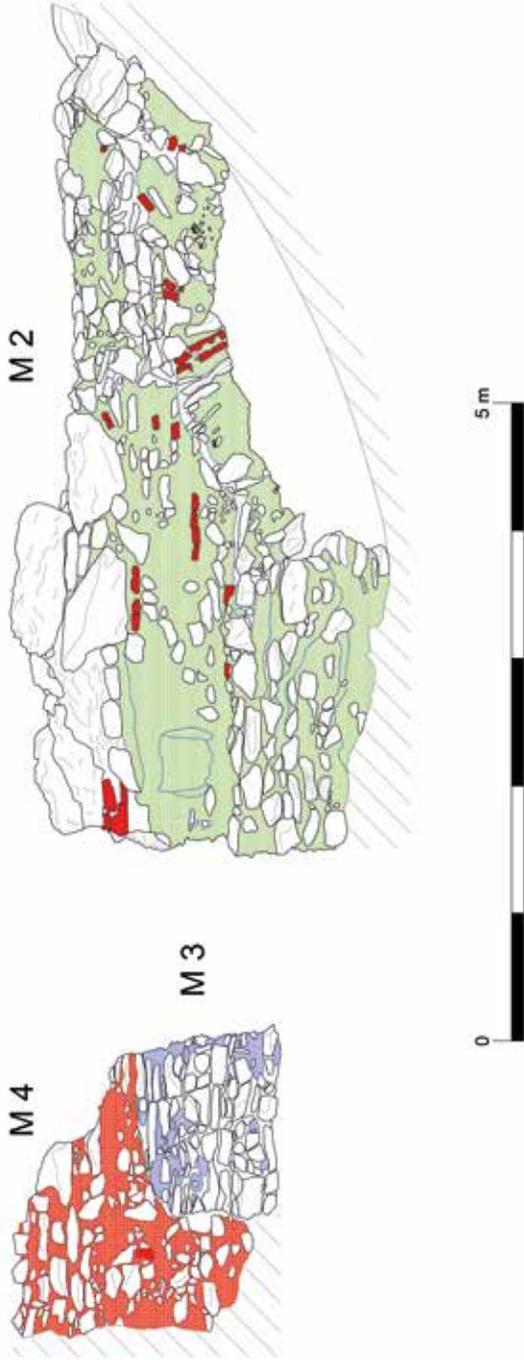


Abb. 3: Umzeichnung der fotogrammetrischen Aufnahmen des Mauerwerkes, Blick nach Norden (Grafik Levente Horváth)

## Archäologische Dokumentation und Befunde

Bei den Bauarbeiten im Jahr 2016 war es mit einiger Wahrscheinlichkeit diese „alte Tummelplatzmauer“, die dem Bundesdenkmalamt gemeldet wurde. Die Mauer befand sich an der Südseite des Baugrundstückes und diente auch als Fundamentmauer für das frühere Kommodhaus. Die Nordseite der Befestigungsmauer war von einer Ziegelmauer überbaut, welche die Wand des Kellers und des späteren Lokals „Triangel“ bildete. Darüber waren noch Teile eines Mischmauerwerks erhalten. Zum Zeitpunkt der archäologischen Dokumentation waren hier noch Reste der Infrastruktur des Lokals fassbar: Der Putz an der Ziegelmauer, das Parkett des Gästebereichs sowie die Fliesen und Abflussrohre der WC-Anlage. An einer Stelle war die Mauer durch die laufenden Bauarbeiten bereits durchbrochen (Abb. 2, im Folgenden als „Mauerdurchbruch“ bezeichnet). Westlich dieser Stelle war auch das Ziegelmauerwerk abgebrochen, weshalb an dieser Stelle das ältere Mauerwerk sichtbar war. Die Südseite war von keinen jüngeren Überbauungen betroffen. Somit konnte hier die bereits freiliegende Maueransicht, abzüglich der durchbrochenen Stelle, auf voller Länge dokumentiert werden (Abb. 3).

Da beim Beginn der Dokumentationsarbeiten die Bautiefe bereits erreicht war, waren weitere archäologische Grabungsarbeiten nicht mehr notwendig, die zu dokumentierenden Mauern mussten nur mehr von dem noch anhaftenden Erdmaterial befreit werden. Anschließend wurden alle Mauerreste fotografiert, fotogrammetrisch aufgenommen, eingemessen und beschrieben. Nach dem Abschluss der Dokumentationsarbeiten wurde der von den Bauarbeiten betroffene Mauerabschnitt abgerissen. Im Folgenden sollen die dokumentierten Baubefunde in chronologischer Reihenfolge vorgestellt werden.

Der älteste Befund im dokumentierten Areal war eine Überraschung, die sich erst nach dem Reinigen der zu dokumentierenden Mauern zeigte: eine schmalere, etwa 0,70 Meter starke Mauer, die von den wesentlich mächtigeren Mauerzügen der frühneuzeitlichen Stadtbefestigung überbaut wurde (Abb. 1 und 4). Die Stärke der Mauer, hier als M 1 bezeichnet,<sup>22</sup> war im erwähnten Mauerdurchbruch fassbar, ein Teil der Maueransicht mit Blick nach Süden ließ sich zudem westlich des Mauerdurchbruches beobachten. Die Mauer konnte auf einer Länge von 3,44 Metern verfolgt, die Enden aber nicht erfasst werden. Die Mauer war in Lehmbindung errichtet, verbaut waren überwiegend Bruchsteine unterschiedlichen Formates, aber auch einige Ziegelbruchstücke. Diese waren an den Mauerschalen partiell lagerhaft<sup>23</sup> verlegt, die meisten Steine waren eher flach, daneben waren auch einige größere Bruchsteinblöcke verbaut. Hervorstechend war ein regelmäßig behauener Kalksteinblock, der mit einiger Sicherheit als Spolie, also als wiederverwendetes Baumaterial eines älteren Gebäudes, angesprochen werden darf (Abb. 5).

Die Mauer M 1 wurde von den Befestigungswerken des 16. Jahrhunderts überbaut, somit muss sie früher erbaut worden sein. Die Verwendung von Ziegelbruchstücken legt aber eine jüngere Datierung nahe (zumindest in das Spätmittelalter).<sup>24</sup> So wäre eine Errichtung im 15. Jahrhundert oder im frühen 16. Jahrhundert denkbar, wobei diese Einschätzung nicht mit „harten Fakten“ untermauert werden kann.<sup>25</sup> Aufgrund



Abb. 4 links:  
Blick auf M 1 im Mauer-  
durchbruch (Foto Johanna  
Kraschitzer)

Abb. 5 unten: Maueran-  
sicht von M 1 westlich des  
Mauerdurchbruches, Blick  
nach Süden (Foto Johanna  
Kraschitzer)



der Bauweise in Lehmbindung darf die Mauer M 1 mit einiger Sicherheit als Fundamentmauer angesprochen werden. Nach dem angenommenen Verlauf der mittelalterlichen Stadtmauer würde sich die Mauer M 1 außerhalb der Befestigung befinden haben. die Interpretation von M 1 als Stadtmauer kann aufgrund ihrer geringen Stärke ausgeschlossen werden.<sup>26</sup> Häuser und sonstige Gebäude, die sich so knapp vor der mittelalterlichen Stadtmauer befanden, wären aus militärischer Sicht unpraktikabel, sind aber nicht vollkommen auszuschließen. Südöstlich der Stadt befand sich zwar das 1480 abgerissene Dominikanerinnenkloster mit einem Meierhof,<sup>27</sup> es ist aber fraglich, ob sich der Baukomplex bis an das heutige Grundstück in der Burggasse 15/Einspinnergasse 7 erstreckte. Wie oben aber erwähnt, ist aus Quellen des 16. Jahrhunderts bekannt, dass sich in diesem Bereich eine Zwingermauer befand. Insofern erscheint es plausibel, die Mauer M 1 als Fundamentmauer einer spätmittelalterlichen Zwingermauer anzusprechen. Vorstellbar wäre noch, dass es sich um die Fundamentzone einer Contrescarpe (feindseitige Mauer) eines früheren Stadtgrabens handelt.<sup>28</sup> Da die jüngeren Befestigungswerke dem Verlauf der älteren Mauer auch exakt folgen, erscheint eine Interpretation als Befestigungsinfrastruktur zusätzlich plausibel.

An einer ausgebrochenen Stelle im Mauerwerk an der Nordseite der dokumentierten Mauern konnte ein Holzpfosten beobachtet werden, der, soweit feststellbar, in die Mauer M 1 eingelassen war (Abb. 6).<sup>29</sup> Der Pfosten, vermutlich ein Nadelgehölz, maß im Durchmesser etwa 15 cm und wurde oben durch ein waagrechtes Holzbrett abgeschlossen. Es erscheint grundsätzlich plausibel, dass der Pfosten ein konstruktiver Bestandteil der älteren Mauer war, allerdings ließ sich die Situation durch die kleine ausgebrochene Stelle nicht zweifelsfrei klären.

Wie schon erwähnt, liegen über der Mauer M 1 die wesentlich mächtigeren Befestigungswerke des 16. Jahrhunderts; im Durchschnitt haben diese eine Breite von knapp über 1,7 Metern. Bei näherer Untersuchung zeigte sich, dass es sich hierbei nicht um einen einzigen durchgehenden Mauerzug handelt, sondern um mehrere Mauerabschnitte. Zunächst ist festzuhalten, dass die jüngeren Befestigungsmauern nicht unmittelbar auf der älteren Mauer M 1 errichtet wurden. Infolge des anzunehmenden Abrisses der Mauer M 1 dürfte ein Fundamentgraben für die neue Stadtbefestigung ausgehoben worden sein. Im erfassten Ausschnitt wurden noch vor der Errichtung der Mauerfundamente kleinere Rollsteine und



Abb. 6: Der Pfosten westlich des Mauerdurchbruches, Blick nach Süden (Foto Johanna Kraschitzer)



Abb. 7: Blick auf den Mauerabschnitt M 2, Blick nach Norden (Foto Johanna Kraschitzer)

Bruchschutt in einem sandigen Material aufgeschüttet. Diese Planierung diente als Unterlage für die Fundamente der Befestigungswerke und bedeckte die ältere Mauer M 1 zum Großteil. Nur westlich des Mauerdurchbruchs, wo die Mauer M 1 höher erhalten war, lagen die jüngeren Mauern unmittelbar auf dem älteren Mauerstumpf auf.

Östlich des Mauerdurchbruchs erstreckte sich der als M 2 bezeichnete Mauerabschnitt (Abb. 1, 3 und 7).<sup>30</sup> Der tiefste Punkt der Unterkante des Mauerabschnittes konnte zwar nicht erfasst werden, die sichtbare, erhaltene Höhe betrug aber bis zu 3,4 Meter. Die Seehöhe des historischen Bodenniveaus des 16. Jahrhunderts ist zwar nicht bekannt, allerdings lässt sich aufgrund des Mauerwerks der Großteil des erfassten Mauerabschnittes als Fundamentmauerwerk ansprechen. Die Mauer besteht überwiegend aus Bruchsteinen, eine Tendenz zu horizontalen Lagen ist nur stellenweise zu beobachten; grundsätzlich ist das Mauerwerk nur partiell lagerhaft. Neben den Bruchsteinen wurden auch Ziegel und Ziegelbruchstücke verbaut; stellenweise gleich mehrere nebeneinander, stellenweise nur als einzelne Stücke. Große Flächen der Maueransicht werden aber von dem hervorquellenden Mörtel verdeckt, der beim Bau offenbar großzügig verwendet wurde. An einer Stelle sind im Mörtel zudem Reste einer Holzverschalung zu erkennen.

Allein in den obersten erhaltenen Lagen finden sich einige große, grob behauene Blöcke, die etwa eine Länge von einem Meter aufweisen. Möglicherweise handelt es sich hier um den Ansatz des aufgehenden Mauerwerks, welches zumindest in den untersten Lagen nicht aus Ziegeln, sondern aus großen Steinblöcken bestand.

Den auffälligsten Befund im Fundamentmauerwerk bildete aber ein grob gearbeiteter Bogen, der auf einer Länge von knapp vier Metern dokumentiert werden konnte. Der östliche Ansatz konnte nicht erfasst werden, da dieser außerhalb der abgebochten Baugrube lag. Ziegel und Bruchsteine wurden in diesem Bereich hochkant verlegt, allerdings wurde auch hier mit dem Mörtel nicht gespart. Die grobe Verarbeitung ist auch daran erkennbar, dass der eigentliche Bogen etwas abgesunken ist, wodurch ein Spalt zum restlichen Mauerwerk entstand. Der Bogen war aber nie freistehend, sondern lag auf einer Schicht aus Bruchschutt und Rollsteinen auf (dem Material, mit dem der Fundamentgraben verfüllt wurde). Insofern war dies optisch betrachtet kein Problem, zu statischen Problemen scheint es nie gekommen zu sein.<sup>31</sup>

Bögen im Fundamentbereich von Stadtbefestigungen sind kein unbekanntes Phänomen und sind seit dem Mittelalter nachgewiesen.<sup>32</sup> Grundsätzlich bieten sich zwei Erklärungen an. Eine ist militärischer Natur: Für Stadtmauern war eine der größten Gefahren (vor allem vor der Entwicklung schlagkräftiger Artillerie) die Unterminierung durch den Feind. Dabei wurde unter der Stadtmauer ein Tunnel gegraben, der dann zum Einsturz gebracht wurde; die darüberliegende Befestigung konnte so stark beschädigt werden oder gar einstürzen. Mit unterirdischen Bögen im Fundamentbereich konnte man dem entgegenwirken. Solange ein Tunnel nicht einen tragenden Pfeiler zwischen den Bögen unterminierte, war die Mauer in Sicherheit. Da die Bögen von außen nicht sichtbar waren, war es für die Belagerer bei den ersten Versuchen kaum abzuschätzen, an welcher Stelle sie mit der aufwendigen Anlage eines Tunnels beginnen sollten.<sup>33</sup>

Diese Überlegung lässt sich zumindest auf die mittelalterliche Kriegsführung anwenden. Im 16. Jahrhundert, als Kanonen und Schießpulver schon ein Teil der Kriegsführung waren, ist die militärische Bedeutung von Fundamentbögen fraglich. Die Unterminierung war zwar nach wie vor Teil der Belagerungstechnik, allerdings zündete man nun Schießpulver in den Tunneln; dadurch kam es nicht nur zum Einsturz des Tunnels und darüberliegender Strukturen, sondern auch zu einer Explosion, die bei den Befestigungswerken enormen Schaden anrichten konnte.<sup>34</sup> Ob Fundamentbögen in so einem Fall einen Mehrwert darstellten, erscheint fraglich.

Neben wehrtechnischen Überlegungen gibt es auch eine weniger spektakuläre Erklärungsmöglichkeit: Sparsamkeit. Der Bau einer Stadtmauer verschlang ungeheure Mengen an Material und Arbeitszeit. Frühneuzeitliche Stadtbefestigungen verursachten langfristig oft sogar noch höhere Kosten als mittelalterliche.<sup>35</sup> Fundamentbögen konnten hier eine gewisse Entlastung bringen. Der Arbeitsaufwand beim Bau eines Fundamentbogens dürfte sich in Grenzen gehalten haben, da beim Bau keine Brettverschalung notwendig war, man konnte den Bogen direkt auf die aufgeschüttete Fundamentverfüllung setzen, eine optisch ansprechende Mauertechnik war nicht notwendig.<sup>36</sup> So wäre es denkbar, dass der Bau eines Fundamentbogens weniger Zeit in Anspruch nahm als eine massive Bauweise. Ferner konnte bei einer regelmäßigen Errichtung von Fundamentbögen unterm Strich eine erhebliche Menge an Baumaterial eingespart werden. Welche Überlegungen beim Bau des vorgestellten Fundamentbogens eine Rolle spielten, lässt sich aus dem archäologischen Befund nicht mit Gewissheit erschließen. Da in der frühneuzeitlichen Belagerungstechnik der militärische



Abb. 8: Blick auf die Mauerabschnitte M 3 und M 4, Blick nach Norden (Foto Levente Horváth)

Wert von Fundamentbögen infrage gestellt werden kann, spielten Sparmaßnahmen aber womöglich eine größere Rolle.

Westlich des Mauerdurchbruches lassen sich die Fundamente des Befestigungswerkes aufgrund einer Baufrage in zwei Mauerabschnitte trennen. Die ältere Mauer, M 3,<sup>37</sup> liegt unmittelbar westlich des Mauerdurchbruches und wurde von diesem auch gestört (Abb. 1, 3 und 8). Erhalten ist die Mauer nur auf einer Länge von 1,6 Metern und einer Höhe von 1,1 Metern. Bemerkenswert ist, wie sehr sich die Mauer von der zuvor beschriebenen Mauer M 2 unterscheidet, obwohl die Mauern ehemals aneinanderstoßen mussten.<sup>38</sup> Beim Bau der Mauer M 3 wurde wesentlich sparsamer mit Mörtel umgegangen, im Gegensatz zur Mauer M 2 quillt der Mörtel nicht so stark zwischen den Fugen hervor. Ferner waren im Mauerwerk von M 3 keine Ziegel erkennbar, dafür wesentlich häufiger Rollsteine. Ansonsten ist das Mauerwerk auch hier als annähernd bis partiell lagerhaft anzusprechen und besteht hauptsächlich aus Bruchsteinen unterschiedlichen Formats. Ein weiterer Unterschied zur Mauer M 1 ist die geringere Tiefe der Fundamentunterkante (Abb. 3).

Da die Mauern M 2 und M 3 durch den rezenten Mauerdurchbruch getrennt wurden, ließ sich nicht mehr unmittelbar feststellen, welcher Abschnitt zuerst errichtet wurde. Logisch wäre aber, dass die Mauer M 2 mit der tieferen Fundamentierung den älteren Abschnitt repräsentiert. Das seichtere Fundament der Mauer M 3 liegt einerseits auf der stellenweise höher erhaltenen Mauer M 1 auf (siehe oben), andererseits auf den Planierschichten aus losem, steinigem Material. Hätte man die Mauer M 3

vor der Mauer M 2 errichtet, wäre das lose Material unter der Mauerunterkante wohl abgerutscht.

Der recht kurze Mauerabschnitt von M 3 erreichte auch nicht die Höhe der erhaltenen Oberkante von M 2, sondern wurde von M 4<sup>39</sup> überbaut, dem Mauerabschnitt des Befestigungsfundaments, der sich weiter nach Westen unter dem angrenzenden Gebäude (Burggasse 17) fortsetzt (Abb. 1, 3 und 8). Die beiden Mauern werden von einer deutlich sichtbaren Baufuge getrennt, zudem unterscheidet sich auch die Bauweise. Bei Mauerabschnitt M 4 wurde nämlich wieder mehr Mörtel verwendet und vereinzelt wurden auch Ziegelbruchstücke verbaut, die Bauweise ähnelt somit mehr dem Abschnitt M 2 östlich des Mauerdurchbruches. Allerdings finden sich in den obersten Lagen keine so großen Steinblöcke wie bei M 2, obwohl die erhaltene Oberkante der beiden Mauern etwa auf derselben Höhe liegt. In der Baufuge zwischen M 3 und M 4 befand sich ein Gerüstloch, welches durch die gesamte Mauerstärke hindurchreichte.

### Das Fundmaterial

Während der archäologischen Maßnahme wurden kaum Funde geborgen, was bei dem geringen Materialabtrag auch nicht weiter überraschend ist. Aus der Planierschicht, auf der die Befestigungsmauern des 16. Jahrhunderts errichtet wurden, stammen einige wenige Keramik- und Tierknochenfragmente. Da diese Schicht älter sein muss als die Befestigungsmauern, sollten auch die getätigten Funde nicht später als im 16. Jahrhundert entstanden sein. Die Keramikfragmente sind durchwegs oxidierend gebrannt (orange Färbung), auf der schnell drehenden Töpferscheibe hergestellt und haben eine glatte bis feinraue Oberfläche. Diese Kriterien machen eine Datierung in das 16. Jahrhundert grundsätzlich möglich, bei den meisten Fragmenten handelt es sich aber um formal wenig aussagekräftige Wandfragmente. Nur ein Fragment ist ein Randbruchstück, formal handelt es sich um einen sogenannten „Kragenrand“ (Abb. 9). In diversen Ausformungen ist der „Kragenrand“ ein sehr langlebiger Randtyp, allerdings finden sich zu dem vorliegenden Stück formale Vergleiche, die in die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts datieren.<sup>40</sup> Derart wenige Fragmente haben bei der Datierung eines Befundes zwar eine geringere Aussagekraft, dennoch passen die Fundstücke auch gut zur historischen Interpretation.

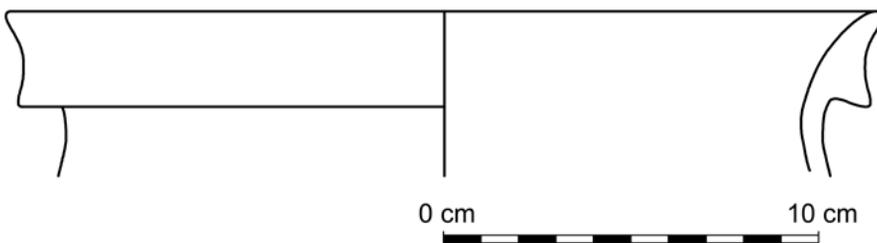


Abb. 9: Zeichnerische Rekonstruktion des Randfragments (Grafik Levente Horváth)

## Zusammenfassung

Den ältesten erfassten Baubefund stellt die Mauer M 1 dar, bei der es sich am ehesten um das Fundament einer spätmittelalterlichen Zwingermauer oder Contrescarpe handeln dürfte. Diese Mauer wurde von wesentlich mächtigeren Mauern überbaut (M 2–M 4). Aufgrund der Mauerstärke, der Bauweise und der Lage scheint die Interpretation als Fundamentmauern der frühneuzeitlichen Befestigung recht sicher zu sein; bei der Anlage der jüngeren Befestigungswerke orientierte man sich somit in diesem Bereich womöglich an der äußersten Linie der älteren Befestigungswerke. Wie eingangs erwähnt, dürften die Fundamente der Kurtine der jüngsten Ausbauphase aber unter der Front der Gebäude am Opernring liegen. Bei dem behandelten Mauerabschnitt könnte es sich demnach um die erste Kurtine handeln, die 1568 errichtet und dann später in die Reitschule und das Theatergebäude einbezogen wurde.

Interessanterweise wurden die Fundamente dieser Mauer aber nicht in einem Zug errichtet. Unterschiede in der Bauweise, der Fundamenttiefe sowie Bau fugen zeugen von mehreren Bauabschnitten. Der erfasste Fundamentbogen in M 2 darf wohl als sparsame Bauweise angesehen werden. Vor dem historischen Hintergrund – die Kurtine musste ja bereits wenige Jahre nach ihrer Fertigstellung umgebaut beziehungsweise abschnittsweise neu gebaut werden – ist die Vermutung verlockend, dass sich in der unregelmäßigen und sparsamen Bauweise eine übereilte und unsaubere Bauplanung widerspiegelt. Andererseits kann das Fundament in seiner Konstruktion auch nicht als „Pfuschi“ bezeichnet werden. Immerhin hatte die darauf erbaute Mauer anscheinend mehrere Jahrhunderte Bestand und das Fundament als solches erfüllte seinen Zweck bis in das Jahr 2003.

## Vergleich mit der Kurtine zwischen Burgbastei und Karmeliterbastei

Als in den frühen 2000er-Jahren im Bereich des sogenannten Pfauegartens (nordöstlich des Karmeliterplatzes) eine neue Tiefgarage errichtet wurde, kam es im Vorfeld in den Jahren 2002 und 2003 zu umfassenden archäologischen Grabungsarbeiten. Neben vielen prähistorischen Befunden konnten auch Teile der frühneuzeitlichen Stadtbefestigung freigelegt werden, darunter Teile der Kurtine zwischen Burgbastei und Karmeliterbastei auf einer Länge von 140 Metern. In dem erfassten Bereich ließen sich auch die historisch nachweisbaren Bauphasen aus den 1580er-Jahren sowie aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im Mauerwerk differenzieren.<sup>41</sup> Der ältere Abschnitt im nördlichen Bereich des Pfauegartens besteht aus Mischmauerwerk (Bruchstein und Ziegel), das Mauerwerk der jüngeren Umbauphase besteht fast ausschließlich aus Ziegeln. Im nördlichen, älteren Bereich reichte das Fundament 12 Meter in die Tiefe, im südlichen Bereich 14 Meter. Im gesamten Bereich waren der Kurtine im Fundamentbereich zudem 24 Mauerpfeiler vorgestellt, die die Stabilität erhöhen sollten.<sup>42</sup>

An der Außenseite sieht man nur wenig vom originalen Baubestand. Die heute sichtbare Face (Brustwehr) geht auf eine Neugestaltung von 1836 zurück. Der steinerne Rundkranz und die darunterliegende schräge Escarpe gehen im Kern noch auf die historische Bausubstanz zurück.<sup>43</sup>

Diese Situation ist mit jener in der Burggasse/Einspinnnergasse kaum vergleichbar. Nicht nur, dass beim Pfauengarten keine Fundamentbögen errichtet wurden, die Fundamente sind auch deutlich tiefer und erscheinen mit den Stützfeilern mächtiger, stabiler und kostenintensiver. Tatsächlich liegen zwischen der Errichtung der beiden Kurtinen mehr als zehn Jahre und es wirkten andere Baumeister. Die Kostenfrage, erwartete Bedrohungsszenarien und eine fortschreitende Erfahrung in der Befestigungstechnik sind mögliche Erklärungen für die unterschiedliche Bauweise der Kurtinen. Auf jeden Fall zeigt sich auch in diesem Beispiel, dass die frühneuzeitliche Stadtbefestigung nicht in einem Guss geplant wurde, sondern das Ergebnis eines langwierigen Prozesses mit mehreren Abschnitten und Umbauten ist.

## **Resümee**

Dank der Schrift- und Bildquellen war von vornherein klar, dass sich im Bereich der Burggasse/Einspinnnergasse Befestigungswerke befinden könnten, die in spätere Gebäude integriert wurden (Reitschule, Theater und Kommodhaus). Deren Nachweis war im Grunde genommen keine große Überraschung. Mit den dokumentierten Mauerbefunden lassen sich nun diese überlieferten Befestigungswerke dennoch konkreter fassen. Zudem zeigte sich, dass die Befestigungsfundamente unter den angrenzenden Gebäuden noch weiterlaufen; sollte es hier in Zukunft zu Bauprojekten kommen, können diese Befunde bei der Bauplanung von vornherein entsprechend berücksichtigt werden.

Der eigentliche Erkenntnisgewinn liegt aber im Detail: mit der Mauerstärke, der Konstruktionsweise und den Bauabschnitten kommen weitere Mosaiksteinchen hinzu, die unser Bild über die Stadtbefestigungen in Graz und im Allgemeinen bereichern. Dieser Gewinn bietet einen gewissen Ausgleich gegenüber dem Verlust des Kommodhauses.



- 1 Wiltraud RESCH: Die Kunstdenkmäler der Stadt Graz. Die Profanbauten des I. Bezirkes, Altstadt (= Österreichische Kunsttopographie, 53), Wien 1997, 659.
- 2 Hierzu liegen mehrere Berichte aus den Medien vor. Siehe u. a.: <https://diepresse.com/home/diverse/immoapp/4871018/Grosse-Augen-fuer-Grazer-City>; <https://derstandard.at/1442966/Grazer-Kommod-Haus-Fuer-Denkmalshuetzer-illegaler-Abbruch>; [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/grazumgebung/4853455/Spatenstich-im-November\\_Kommodhaus\\_Nebau-laeuft-nun-wirklich-vom](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/grazumgebung/4853455/Spatenstich-im-November_Kommodhaus_Nebau-laeuft-nun-wirklich-vom); siehe auch: [http://www.grazwiki.at/Burggasse\\_15](http://www.grazwiki.at/Burggasse_15) (alle abgerufen am 11.5.2018).
- 3 <http://www.argos-graz.at/spatenstich> (abgerufen am 11.5.2018).
- 4 Die mittelalterliche Stadtmauer konnte bereits an mehreren Stellen archäologisch dokumentiert werden und ist in ihrer Bauweise mit der Mauer in der Burggasse 15/Einspinnergasse 7 in keiner Weise vergleichbar. Insofern lässt sich die Interpretation als Stadtmauer des 13./14. Jahrhunderts ausschließen. Siehe u. a.: Manfred LEHNER: Die Stadtwerdung von Graz aus archäologischer Sicht, in: Ferdinand OPLL (Hg.): Stadtgründung und Stadtwerdung. Beiträge von Archäologie und Stadtgeschichtsforschung (= Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, 22), Linz 2011, 239–241; Erik HILZENSAUER, Astrid STEINEGGER: Arm, alt und krank zu Beginn des 14. Jahrhunderts in Graz. Die Ergebnisse der archäologischen Grabung in der Grazer Burg 2010, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 43, Graz 2013, 51–90, hier: 86, Taf. 7.
- 5 An dieser Stelle sei der Burggasse 15/Einspinnergasse 17 GmbH & Co OG herzlich für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit gedankt.
- 6 Der archäologische Vorbericht wird in den Fundberichten aus Österreich publiziert: Levente HORVÁTH, KG Innere Stadt, SG Graz, in: Fundberichte aus Österreich, 55, Wien 2018, 459–460 und D6848-D6858. Die Dokumentationsunterlagen werden bei den Fundakten am Bundesdenkmalamt, Abteilung Bodendenkmalpflege in Graz aufbewahrt.
- 7 RESCH: Kunstdenkmäler, LIX. Resch verweist auf frühere Berichte, wonach beim Wiederaufbau des Hauses in der Burggasse 13 in den 1950er-Jahren die alte Stadtmauer nachgewiesen werden konnte. Aus archäologischer Sicht sind solche Meldungen ohne eine nachvollziehbare Dokumentation aber mit Vorsicht zu genießen. Zum Verlauf der Stadtmauer siehe auch Fritz POPELKA: Geschichte der Stadt Graz, 1, Graz<sup>2</sup>1984, 186; Fritz POSCH: Die Besiedelung des Grazer Bodens und die Gründung und die früheste Entwicklung von Graz, in: Wilhelm STEINBÖCK (Hg.): 850 Jahre Graz. 1128–1978, Graz/Wien/Köln 1978, 67–107, hier: 96; Leopold TOIFL: Stadtbefestigung – Wehrwesen – Krieg, in: Walter BRUNNER (Hg.): Geschichte der Stadt Graz, 1: Lebensraum – Stadt – Verwaltung, Graz 2003, 450–600, hier: 459; LEHNER: Stadtwerdung, 241, Abb. 7.
- 8 TOIFL: Stadtbefestigung, 465. Ob es eine um die ganze Stadt umlaufende Zwingermauer gab, ist unklar.
- 9 Schriftlich werden Zwingermauern das erste Mal im 15. Jahrhundert erwähnt, lassen sich aber aufgrund von Quellen dieser Zeit nicht genauer lokalisieren. Siehe ebenda.
- 10 Manfred LEHNER: Stadt Graz, KG Innere Stadt, in: Fundberichte aus Österreich, 45, Wien 2007, 750f., hier: 751.
- 11 Zur Grillbüchelbastei (auch als Dietrichsteinbastei bekannt) siehe TOIFL: Stadtbefestigung, 488–490. Zur Landschaftsbastei siehe ebenda, 493f.
- 12 POPELKA: Geschichte der Stadt Graz, 249; TOIFL: Stadtbefestigung, 489f.
- 13 POPELKA: Geschichte der Stadt Graz, 249.
- 14 Auf dem Kupferstich von Laurentius Van de Sype und Wenzel Hollar (1630/1635) erkennt man hinter der Kurtine westlich der Grillbüchelbastei eine weitere Mauer. Es wäre denkbar, dass es sich hier um einen Teil der älteren Kurtine handelt. Hierbei könnte es sich auch um die Mauer handeln, die in die Reitschule einbezogen wurde.
- 15 POPELKA: Geschichte der Stadt Graz, 249; TOIFL: Stadtbefestigung, 490.
- 16 POPELKA: Geschichte der Stadt Graz, 249.
- 17 RESCH: Kunstdenkmäler, 659.
- 18 Ebenda, 659, Abb. 1021.
- 19 Ebenda, 55.
- 20 Ebenda.
- 21 Die Befestigung in diesem Areal wich aber ohnehin erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts einer zivilen Bebauung. Siehe TOIFL: Stadtbefestigung, 491.
- 22 Für eine einfachere Rezeption wurde im vorliegenden Beitrag die Nummerierung der Mau-

- ern angepasst. M 1 wurde in der Originaldokumentation als M 6 bezeichnet.
- 23 Die Terminologie des Mauerwerks orientiert sich in dem vorliegenden Beitrag an Elmar ALTWASSER: Die Erschließung von Mauerwerk als historische Quelle, in: Horst Wolfgang BÖHME, Otto VOLK (Hgg.): Burgen als Geschichtsquelle (= Kleine Schriften aus dem Vorgeschichtlichen Seminar Marburg, 54), Marburg 2003, 55–65, hier: 63.
- 24 Vereinzelt sind Mauerziegel in Österreich seit dem 13. Jahrhundert belegt, spielen bei mittelalterlichen Bauwerken aber meist eine marginale Rolle (Paul MITCHELL: Ziegel als archäologische Artefakte. Technologie – Verwendung – Format – Datierung, in: Beiträge zur Mittelalterarchäologie in Österreich, 29, Wien 2013, 64f.
- 25 Bei publizierten Grabungen und Baubeobachtungen in Graz konnten in mittelalterlichem Mauerwerk noch kaum original verbaute Ziegel nachgewiesen werden. Einige Beispiele: In der Zwingermauer des 14. Jahrhunderts beim Franziskanerkloster befanden sich im Fundamentmauerwerk Dachziegelfragmente. Siehe LEHNER: Innere Stadt, 751. Im Mauerwerk der Grazer Burg wurde in einer Bauphase aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts Ziegelmaterial nachgewiesen. Siehe dazu Eva KLEIN, Markus ZECHNER: Vogelpracht und Kaisermacht. Baugenetische und kunstwissenschaftliche Erschließung der neu aufgefundenen und mit Wandmalereien ausgeschmückten Wandöffnung an der Hofseite des Karlstraktes der Grazer Burg, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 43, Graz 2013, 199–218, hier: 205.
- 26 Beim Admonterhof wies die mittelalterliche Stadtmauer im Fundament eine Stärke von 2 Metern auf, im Aufgehenden eine Stärke von 1,7 Metern. Siehe Manfred LEHNER: Der Admonterhof und die Grazer Stadtmauer. Bericht über die archäologischen Untersuchungen in der Nordwestecke der mittelalterlichen Stadt Graz, in: Fundberichte aus Österreich, 43, Wien 2005, 621–660, hier: 626.
- 27 TOIFL: Stadtbefestigung, 488.
- 28 Immerhin ist aus Quellen des 16. Jahrhunderts auch ein Stadtgraben in diesem Bereich belegt. POPELKA: Geschichte der Stadt Graz, 249.
- 29 Der Pfosten wurde zum Großteil von Frau Dipl. Rest.<sup>in</sup> Anne-Kathrin Klatz geborgen. Weitere naturwissenschaftliche Untersuchungen wären grundsätzlich möglich, der zu erwartende Erkenntnisgewinn hält sich in Grenzen. Immerhin lassen sich die Baubefunde in dem vorliegenden Fall auch ohne naturwissenschaftliche Untersuchungen einigermaßen gut datieren.
- 30 In der Originaldokumentation als M 4 und M 5 bezeichnet.
- 31 Fundamentbögen konnten auch bei Grabungen in der alten Universität nachgewiesen werden. Das Gebäude stammt aber schon aus dem frühen 17. Jahrhundert. Siehe Jörg FÜRHNHOLZER: Archäologische Grabungen in der Alten Universität. Bericht über die Begleituntersuchungen Februar bis April 2003, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 33, Graz 2003, 19–40, hier: 23f.
- 32 Allerdings gibt es bisher wenige archäologisch erforschte Beispiele. Siehe Thomas BILLER: Die mittelalterlichen Stadtbefestigungen. Ein Handbuch, Bd. 1: Systematischer Teil, Darmstadt 2016, 75.
- 33 Zum Militärischen von Fundamentbögen siehe BILLER: Stadtbefestigungen, 76.
- 34 Hagen HAAS: Belagerungskrieg. Absolutistische Festungsstädte im Ausnahmezustand, in: Thomas KOLNBERGER, Ilja STEFFELBAUER (Hgg.): Krieg in der europäischen Neuzeit, Wien 2010, 289–318, hier: 304.
- 35 Besonders die Instandhaltung und die Garnisonen verursachten Kosten, die die Städte nicht mehr allein tragen konnten. Siehe ebenda, 292.
- 36 BILLER: Stadtbefestigungen, 76.
- 37 In der Originaldokumentation als M 8 bezeichnet.
- 38 Nach Aussage der örtlichen Bauleitung war vor dem Durchbrechen der Mauer keine Lücke an dieser Stelle erkennbar.
- 39 In der Originaldokumentation als M 2 bezeichnet.
- 40 Vergleiche mit einem Kragenrandfragment bei Bernhard HEBERT, Manfred LEHNER: Frühneuzeitliches Fundmaterial von der Burg Strechau, Steiermark, in: Fundberichte aus Österreich, 34, Wien 1996, 305–328, hier: 319, Nr. 33. Abgesehen von der Glasur auf der Innenseite des Fundstückes aus Strechau bietet sich dieses Fragment als brauchbarer Vergleich an. Das Fragment stammt aus einem Fundkomplex, welcher zwischen 1528 und 1561 in die Erde gelangt sein sollte. Siehe ebenda, 305.
- 41 Zu den historischen Hintergründen siehe TOIFL: Stadtbefestigung, 481–486; und Leopold TOIFL: Vom Bollwerk zur Tiefgarage.

Der Pfauengarten im Wandel der Zeit, in: Schild von Steier, Kleine Schriften 20, Graz 2004, 53–63, hier: 62.

- 42 Zu den Grabungen und den neuzeitlichen Befunden siehe Christine FEICHTENHOFER, Martina ROSCHER: SG Graz, KG Innere Stadt: in Fundberichte aus Österreich, 42, Wien 2004, 817f.; und Christine FEICHTENHO-

FER, Martina ROSCHER: Grabungsbericht 2002–2003. Archäologische Untersuchung im Zuge des Tiefgaragenprojektes Karmeliterplatz/Pfauengarten, Graz, in: Schild von Steier, Kleine Schriften 20, Graz 2004, 35–39, hier: 35–37.

- 43 TOIFL: Vom Bollwerk zur Tiefgarage, 62.

## Die Wiederentdeckung einer Glocke des barocken Grazer Glockengießermeisters Conrad Seiser

### Einleitung

Im Sommer 2017 wurde in der Marktgemeinde Wildon auf Schloss Schwarzenegg, im östlichen Teil des Dachstuhls, eine frühbarocke Glocke wiederentdeckt, welche dort zwischen zwei Querbalken hängend gelagert war. Die Entdeckung erfolgte im Zuge von Revitalisierungsarbeiten, die im Schloss durchgeführt wurden, nachdem es 2011



Abb. 1 (links): Schwarzenegger Glocke, wie am Fundort vorgefunden, 2017 (Foto: Susanne Pink)

Abb. 2 (oben): Untersicht der Glocke mit Wendeisen, 2017 (Foto: Susanne Pink)

vom heutigen Besitzer, dem Notar Dr. Bernhard Frizberg, erworben worden war. Unter anderem war auch eine Restaurierungsfirma<sup>1</sup> vor Ort und eine Mitarbeiterin<sup>2</sup> dieser Firma wurde auf die historische Glocke, insbesondere auf die darauf befindliche Jahreszahl 1649, aufmerksam und begann daraufhin mit Recherchen.

Durch die Zusammenarbeit mit mehreren Experten<sup>3</sup> war rasch klar, dass es sich hierbei um eine bislang unbekannte Arbeit des barocken Grazer Glockengießermeisters Conrad Seiser handelt. Die Glocke selbst war bis dato in keiner der bekannten Glockenlisten angeführt, welche vor dem Ersten Weltkrieg erstellt worden waren, und schien auch in keinen weiteren Bestandslisten auf.

Der Fund ist umso bemerkenswerter, da sich bis heute nur zwei Glocken dieses Meisters erhalten haben, und die Schwarzenegger Glocke somit die dritte erhaltene Glocke darstellt.

Die älteste dieser drei Glocken wurde 1640 für die Kapelle des Schlosses Neuschloss in der steirischen Gemeinde Wundschuh gegossen. Eine weitere stammt aus dem Jahr 1651 und wurde für die Ferialkirche St. Ladislaus im Ortsteil Siget in der Wart im burgenländischen Oberwart angefertigt.<sup>4</sup>

Generell wurden in der Mitte des 17. Jahrhunderts nur wenige Glocken gegossen, da es durch die Reformation zu einem Niedergang des Glockengusses kam, und die Gegenreformation, in der es wieder einen Aufschwung gab, erst im Werden begriffen war. Glocken aus der Frühbarockzeit sind daher in Österreich allgemein sehr selten.



Abb. 3: Detail des Glockenrands mit der Jahreszahl 1649, 2018 (Foto: Susanne Pink)

## Beschreibung der Glocke

Die Schwarzenegger Glocke hat einen Durchmesser von 41,5 cm, ein Gewicht von circa 60 kg und wurde 1649 gegossen. Für die Barockzeit ist sie untypisch dickwandig und für eine relativ kleine Glocke außergewöhnlich reich verziert. Die Gussausführung ist von hervorragender, sauberer Qualität. Die Glocke wurde auch im Laufe der Zeit bereits einmal gewendet<sup>5</sup>, was am innen befestigten Wendeeisen, an welchem der Klöppel zuletzt befestigt war, erkennbar ist. Innen ist die Glocke stark ausgeschlagen, was darauf hinweist, dass sie sehr häufig geläutet wurde.

Es befinden sich zwei Ornamentbänder am Glockenmantel, wovon das oberste aus sich abwechselnden Puttenköpfen<sup>6</sup> und Akanthusblättern besteht. Darunter folgt, zwischen zwei glatten Zierleisten, eine deutsche Inschrift in lateinischer Kapitalschrift: „+ MEIN STIM LOBET GOTT DEN HERRN“<sup>7</sup>.



Abb. 4: Die Glocke samt Joch von der Seite mit dem Medaillon, 2018 (Foto: Susanne Pink)



Abb. 5: Die Glocke samt Joch von der anderen Seite, 2018 (Foto: Susanne Pink)

Es folgt ein Fries mit Puttenköpfen und Festons<sup>8</sup>, die sich ebenfalls im Verzierungsverlauf abwechseln. Direkt über dem Schlagring ist ein Zierleistenbündel mit vier glatten Zierleisten ausgeführt und darunter das zweite Ornamentband, bestehend aus kleinen stehenden Palmetten<sup>9</sup>. Die zweite Inschrift, wiederum innerhalb von zwei glatten Zierleisten, bildet den unteren Abschluss der Ausgestaltung. Hier steht folgender Text, der mit einer auf den Textanfang hinweisenden Zeigehand beginnt: „+ ✠ CONRAD SEISER ZV GRAZ HAT MICH GO [...] ANNO 1649“<sup>10</sup>. Da der Rand der Glocke durch einen zu tief gehängten Klöppel an zwei Stellen ausgeschlagen ist, bricht der Schriftzug an einer Stelle ab.

Ein Medaillon auf dem Glockenmantel ist jedoch das Außergewöhnlichste an diesem Fundstück. Dargestellt ist der heilige Franziskus von Assisi während seiner Stigmatisation<sup>11</sup> 1224 auf dem Berg La Verna in Italien.<sup>12</sup> Franziskus kniet auf dem rechten



Abb. 6: Das Medaillon auf dem Glockenmantel im Detail, 2018 (Foto: Susanne Pink)

Bein in der Bildmitte in seinem Ordensgewand, dem Habit mit Zingulum<sup>13</sup>, an welchem auch die drei Knoten der Franziskanermönche erkennbar sind. Diese stehen für die drei Gelübde: Armut, Keuschheit und Gehorsam. Er sieht zu dem über ihm schwebenden sogenannten Seraph empor, einem göttlichen Engelswesen mit Gesicht und sechs Flügeln in der Umrissform eines Kreuzes. Rechts im Hintergrund ist eine kleine Kirche zu sehen, welche mit großer Wahrscheinlichkeit Santa Maria degli Angeli ist, die noch zu Lebzeiten des Heiligen auf La Verna errichtet wurde. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass es sich um die Kirche San Damiano handelt, in welcher Franz von Assisi 1206 zum ersten Mal die Aufforderung für seine christliche Mission erhielt.

Am linken unteren Rand des Medaillons befindet sich ein unscharf erkennbares Gesicht unter einem Baum. Wahrscheinlich zeigt es einen Mitbruder, der stellvertretend für die kleine Glaubensgruppe steht, welche den Heiligen einst nach La Verna begleitete.<sup>14</sup> Diese Figur scheint vom Geschehen selbst nichts zu bemerken. Ein symbolischer Verweis darauf, dass Franziskus zeit seines Lebens die Stigmata an seinem Körper verschwiegen hatte und diese erst bei seinem Tod bemerkt wurden. Darüber hinaus sind im Medaillon noch Felsen und Vegetation dargestellt, sie sollen die Einsamkeit in der Natur zum Ausdruck bringen.<sup>15</sup>

Im Allgemeinen finden sich Darstellungen der Stigmatisation des heiligen Franziskus ab dem 13. Jahrhundert, wobei er der erste Heilige ist, welcher Stigmata erhielt.<sup>16</sup>

Bisher ist ein solches Medaillon mit dieser Art Darstellung auf Glocken gänzlich unbekannt und somit einzigartig.

Einen Seltenheitswert hat auch das zur Glocke gehörige hölzerne Joch<sup>17</sup>, wenn es auch nicht original aus der Gusszeit der Glocke stammt und es sich um eine etwas jüngere Ergänzung, vermutlich aus dem 18. Jahrhundert, handelt.<sup>18</sup> Solche Joche haben sich nämlich nur selten bis heute erhalten.

Bedauerndswert an der Wiederentdeckung ist der Umstand, dass der Glockenklöppel zu Beginn der Revitalisierungsarbeiten noch im Dachgeschoß von mehreren Personen gesehen wurde, aber zu Beginn der Recherchen über die Glocke verschwunden war und nicht wieder aufgetaucht ist.



Abb. 7: Das Glockenjoch im Detail, 2018  
(Foto: Susanne Pink)

### **Schlosskapelle Mariä Heimsuchung und ihre beiden Glocken**

Die Entstehungsgeschichte der Schwarzenegger Glocke hängt mit der Errichtung der Schlosskapelle „Mariä Heimsuchung“ zusammen.

Im Jahr 1600 war Ferdinand Maschwander von und zu Schwanau der Besitzer von Schloss Schwarzenegg und er erwarb im selben Jahr zusätzlich Schloss Herbersdorf bei Stainz, in welchem er auf dem Dachboden eine hölzerne Figur Marias mit dem Jesuskind auffand.

Daraufhin richtete er in Herbersdorf einen Altar zu Ehren dieser wiederaufgefundenen Heiligendarstellung ein. In weiterer Folge wurde die Figur religiös verehrt und es kam 1636 zu einer so bezeichneten ersten Gebetserhörung, wodurch die Heiligenfigur eine noch verstärkte Anbetung erfuhr. Diese war besonders am 2. Juli, dem Feiertag Mariä Heimsuchung, hoch.

Der 2. Juli wurde 1263 durch den Heiligen Bonaventura, den Ordensgeneral der Franziskaner, als christlicher Feiertag eingeführt und fand durch das schnelle Wachsen des Ordens in der ganzen westlichen Kirche rasch Verbreitung. Im 16. Jahrhundert, unter Papst Pius V., wurde der Feiertag dann in den allgemeinen römischen Kalender übernommen.

An dieser Stelle erklärt sich auch, warum ein Franziskus-Motiv für den Glockenmantel ausgewählt wurde, da eben ein Franziskaner den Feiertag des Patroziniums (Mariä Heimsuchung) der Kapelle einführte.

Ferdinand Maschwander verstarb 1619, und einer seiner Nachkommen, Johann Gabriel Maschwander, übertrug im Jahr 1642 den Altar samt der Statue von Herbersdorf nach Schloss Schwarzenegg und ließ dafür extra eine Kapelle im Schloss (im Ost-Trakt) errichten.



Abb. 8: Lithografie von Schloss Schwarzenegg mit der Kapelle Mariä Heimsuchung im links vorspringenden Bauteil, 1850 (Quelle: Steiermärkisches Landesarchiv)

Die Kapelle entwickelte sich immer mehr zu einem beliebten und weithin bekannten Wallfahrtsort, insbesondere, als es 1656 auch noch zum ersten so interpretierten Wunder durch die Schwarzenegger Maria kam.<sup>19</sup> Zur Hochblüte der Wallfahrtskapelle wurden beispielsweise am 2. Juli bis zu 19 (!) Messen am Altar gelesen und es wurde rund 1.500 Gläubigen die Kommunion erteilt.

So wurde im Lauf der Zeit, um die Kapelle für die große Zahl an dorthin pilgernden Gläubigen zu vergrößern, ein rechteckiger chorturmartiger Anbau über zwei Geschoße reichend ans Schloss angebaut.

Die Kapelle war in ihrer größten Ausdehnung 18m lang, 4,75m breit und 7m hoch, wobei sie auch ein Kreuzrippengewölbe mit darüberliegender Empore besaß.

Außerdem war die Kapelle um 1891 mit einer Orgel und – hier findet sich ein entscheidender Eintrag – tatsächlich zwei (!) Glocken<sup>20</sup> ausgestattet. In der Schlosskapelle Mariä Heimsuchung gab es also nicht nur eine, sondern sogar zwei Glocken, und es kann nur vermutet werden, ob die zweite Glocke als Motiv eine Mariendarstellung, passend zum Patrozinium, aufwies. Das Dach des Kapellenzubaus kann jedenfalls als Aufhängungsort der beiden Glocken angenommen werden und auch, dass sie von dort aus geläutet wurden.

Schließlich ging das Schloss noch im 17. Jahrhundert in den Besitz der gräflichen Familie Lengheim über und diese setzte sich intensiv dafür ein, dass die Kapelle nicht nur weltlich, sondern auch kirchlich als religiöse Stätte anerkannt wurde. Sie erreichten

letztendlich, dass die Kapelle am 2. Juli 1696 von der katholischen Kirche konsekriert wurde. Das bedeutete unter anderem, dass ab diesem Zeitpunkt in der Kapelle den Gläubigen Ablass erteilt werden durfte. Zuletzt bewilligte die Ordinariatsverordnung im Jahr 1839 der Kapelle auch noch den Status einer „capella publica“<sup>21</sup>.

Während des Ersten Weltkrieges kam es allerdings 1916 bereits zu ersten Glockenablieferungen, um für den Krieg Metall als Kriegsmaterial zur Verfügung zu haben.<sup>22</sup> Es wurden Glockenlisten erstellt und die einzelnen Glocken ihrer Wertigkeit nach in Gruppen unterteilt, welche minderer Qualität waren und zuerst verhüttet wurden und welche erst später an die Reihe kamen.<sup>23</sup>

Es bleibt zu vermuten, dass im Zuge der Glockenablieferungen jemand versuchte, zumindest eine Glocke der Kapelle zu retten, indem die Schwarzenegger Glocke in jener Kriegszeit im Dachstuhl des Schlosshaupttraktes (beim heutigen Fundort) gelagert wurde.<sup>24</sup>

Das Interesse an der einst so stark frequentierten Wallfahrtskapelle war zu Beginn des 20. Jahrhunderts kaum noch vorhanden, und die Kapelle selbst war nach dem Zweiten Weltkrieg baufällig. So suchte man 1959 um Profanierung<sup>25</sup> der Kapelle an und entschloss sich, den zweigeschoßigen Kapellenraum zu unterteilen, indem eine durchgehende Tonne als Decke zwischen dem ersten und zweiten Geschoß eingezogen wurde, und den Anbau gänzlich abzubrechen. Ein Großteil des Inventars wurde schließlich in die damals neu errichtete Dorfkapelle Zehndorf bei Wettmannstätten<sup>26</sup> transferiert. Die Kapelle Mariä Heimsuchung existiert somit nicht mehr.

Heute, im Zuge der Revitalisierung des Schlosses, soll wieder ein kleiner Kapellenraum (in der ehemaligen Sakristei, die sich nördlich an den ehemaligen Kapellenraum anschließend befindet) mit Altar eingerichtet werden und auch die Schwarzenegger Glocke wird aktuell einer Restaurierung unterzogen und soll danach, in einer eigens dafür geschaffenen Dachgaube im östlichen Teil des Schlossdaches, wieder läutfähig aufgehängt werden.

### „Hof-, Stuck- und Glockengießer“ Conrad Seiser

Über das Leben und Wirken des Grazer Glockengießermeisters Conrad Seiser<sup>27</sup> gibt es nur wenige Informationen.

Er wurde am 18. November 1610 in Linz geboren und sein Vater, Christoph Seiser, war dort als bürgerlicher „Rotschmied, Stuck- und Glockengießer“ tätig. Davor hatte

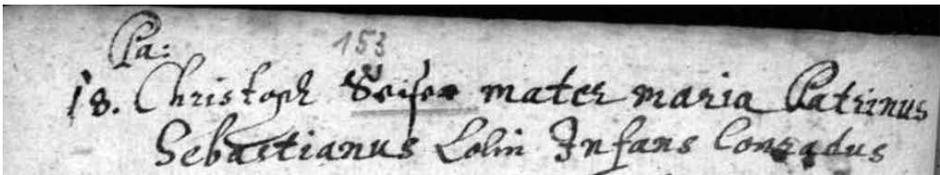


Abb. 9: Der Geburtseintrag Conrad Seisers im Matrikenbuch der Stadtpfarrkirche Linz, 1610 (Quelle: Linz, Stadtpfarre (Stadtpfarrkirche Mariä Himmelfahrt), Signatur 101/01, Taufbuch 01 (1) vom 1. Jänner 1603 bis 31. Dezember 1617)

der Vater eine Stelle als Glockengießer in Passau innegehabt. Er zog 1603 nach Linz, wo er mit seiner Frau Maria insgesamt sechs Kinder hatte.<sup>28</sup>

Ein weiterer Verweis auf Conrad Seiser findet sich erst am 19. Jänner 1639 wieder. An diesem Tag ehelichte er in der Grazer Kirche zum Heiligen Blut<sup>29</sup> Katharina Sturm, die Tochter des Grazer Bürgers und Hutmachers Andreas Sturm, mit der er zwei Kinder bekam.<sup>30</sup>

Noch im August desselben Jahres wurde er zum „Hof-, Stuck- und Glockengießer“ ernannt und bezog das Haus seines Vorgängers am Sacktor, welches auch als Hofgießhaus bezeichnet wurde. Conrad Seiser war somit Inhaber der kaiserlichen Gusschütte in Graz, die damals zu den bedeutendsten Gussstätten in Österreich zählte.<sup>31</sup>

Nach der „Türkengefahr“ von 1529 wurde die Stuckgießerei 1530 auch in Graz von Amts wegen befohlen und die Gießer stellten primär Geschütze, aber eben auch Glocken her.<sup>32</sup> Es gab zudem in Graz mehrere Gießer gleichzeitig.<sup>33</sup>

In den Archiven ist weiters vermerkt, dass Seiser im Jahr 1642 einen Auftrag der Hofkammer für das Gießen von drei Kanonen erhielt. Es handelte sich hierbei um das Umgießen von türkischen Kartaunen<sup>34</sup>, welche in der Festung gelagert waren. Diese Arbeit war im Februar des darauffolgenden Jahres abgeschlossen.<sup>35</sup>

Von der Hofkammer wurde ihm 1643 die Zahlung eines Jahreszinses von 20 Gulden für das von ihm und seiner Familie bewohnte Gießhaus auferlegt. Daraufhin argumentierte Seiser, dass ihm das Haus 1639 ohne Bedingung übergeben worden war und er hoffe, dass er dieses Gebäude – wie auch seine „antecessores“<sup>36</sup> – weiterhin ohne Zins genießen werde können. Daraufhin erließ ihm die Hofkammer am 29. Mai 1643 tatsächlich die Zahlung, allerdings unter der Bedingung, Nachbesserungen am Haus von Zeit zu Zeit selbst durchzuführen.

1647 lieferte er ein Wasserhebewerk für ein Quecksilberbergwerk nach Idria<sup>37</sup> und er arbeitete außer in Graz auch in der damaligen Grafschaft Görz.<sup>38</sup>

Insgesamt beschäftigte er sich hauptsächlich mit technischem Guss und fertigte Pumpwerke und Kanonen, wobei die Stücke mit vielen Figuren und Zierrat ausgeschmückt waren. Als Gießer von Glocken trat der „Hof-, Stuck und Glockengießer“ hingegen weniger in Erscheinung.<sup>39</sup>

Ab dem Jahr 1652 wurde Conrad Seiser schwer krank und bettlägerig und bat daher um Abschied aus seinem Dienst. Er verstarb am 31. März 1654 und wurde am 2. April 1654 bestattet.

- 1 Restaurierungswerkstatt Zottmann mit Firmensitz in Gratwein-Straßengel.
- 2 Dipl.-Ing. Susanne Pink, auch Verfasserin dieses Artikels.
- 3 Dipl.-Ing. Dr. Jörg Wernisch, Vorstandsmitglied des Glockenarchivs Österreich, gab hier dankenswerterweise die entscheidenden Hinweise zur Erforschung und hat auch ein Datenblatt der Glocke erstellt.
- 4 Andreas WEIBENBÄCK, Josef PFUNDNER: Tönendes Erz. Die Abendländische Glocke als Toninstrument und die historischen Glocken in Österreich, Graz/Köln 1961, 158 und 513.
- 5 Eine Glocke wenden bedeutet, dass der Klöppel danach an einer neuen, sozusagen frischen Stelle anschlägt.
- 6 Das Wort Putto kommt vom lateinischen „putillus“ (Bübchen) und stellt eine kindliche Gestalt (meist mit Flügeln) dar.
- 7 Das Kreuz im Schriftverlauf ist ein sogenanntes Initialzeichen und deutet den Beginn eines Satzes an.
- 8 Fachbegriff für ein girlandenförmig ausgeführtes Verzierungselement.
- 9 Symmetrische Abstraktion eines Blattes der Fächerpalme.
- 10 Das Z ist im Original seitenverkehrt abgebildet.
- 11 Hierbei werden die Kreuzigungs-Wundmale Jesu Christi auf einen Menschen übertragen.
- 12 Der erste Hinweis, worum es sich bei der Darstellung handelt, kam dankenswerterweise von Dr. Norbert Allmer, Diözesanarchiv.
- 13 Eine Art dicker Strick, der um die Mitte des Ordensgewandes gebunden getragen wird.
- 14 Nach Ansicht des Diözesankonservators Mag. Heimo Kaindl.
- 15 Gleichfalls nach Ansicht von Mag. Kaindl.
- 16 Die Analyse des Medaillon-Inhalts wurde dankenswerterweise vom Diözesankonservator der Steiermark, Mag. Heimo Kaindl, durchgeführt.
- 17 Eine Glocke ist an ihrer Krone mit Eisenbändern am drehbar gelagerten Tragbalken, dem sogenannten Joch, befestigt.
- 18 Nach Ansicht des Glockenarchiv-Vorstandsmitglieds Dipl.-Ing. Dr. Jörg Wernisch.
- 19 Hannes P. NASCHENWENG: Das Mirakelbuch der Gnadenkapelle Mariä Heimsuchung im Schloss Schwarzenberg, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, Jg. 98, Graz 2007, 215–259.
- 20 Ignaz Heinrich JOHERL: Wildon. Einst und jetzt. Chronik, Graz 1891, 139.
- 21 Die Kapelle war damit zu einer öffentlichen Kapelle geworden. Es durften Messfeiern und gottesdienstliche Feiern ohne speziell eingeholte Erlaubnis abgehalten werden und die Kapelle war damit auch allen Gläubigen zugänglich. Diözesanarchiv Graz-Seckau (DAGS), Schlossbenefizium 117-e-9/2, Graz 1695–1900.
- 22 Josef PFUNDNER: Zweiter Nachtrag zum Bestand der historischen Glocken Österreichs, in: Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege, Heft 1/2, Wien 1975, 78.
- 23 DAGS, Ordinariatskanzlei Altbestand, Glockensachen 1915–1946, Glockensachen 1917.
- 24 Läutfähig aufgehängt war sie am Fundort jedenfalls nicht, sie war nur mit zwei Bohrungen in den jeweiligen Querbalken, in welche das Joch eingehängt war, gesichert.
- 25 Die Aufgabe eines kirchlichen Gebäudes in der römisch-katholischen Kirche ist mit einem gottesdienstähnlichen Akt verbunden und wird als Profanierung bezeichnet.
- 26 Im Bezirk Deutschlandsberg in der Steiermark.
- 27 Es scheinen auch folgende Schreibweisen auf: Seysser / Seisser / Seyßer.
- 28 Jörg WERNISCH: Glockenkunde von Österreich, Lienz 2006, 138.
- 29 Die heutige Stadtpfarrkirche in der Herrngasse.
- 30 Wann genau Conrad Seiser nach Graz kam, ist unbekannt. Die Kinder: Hans Christoph, geb. 2.9.1640, und Maria Magdalena, geb. 17.7.1643.
- 31 Josef WASTLER: Der Bronzeguss und dessen Meister in Steiermark, in: Kulturbilder aus Steiermark, Graz 1890, 207–227, hier: 217f.
- 32 Bis zum Ende des 14. Jahrhunderts war die Glockengießerei ausschließlich in kirchlichen Händen.
- 33 Augustin JUNGWIRTH: Die Glockengießer von Österreich (Ostmark) und Krain, abgeschlossen 1935. Herausgegeben von Margarete Schilling, Apolda 2000, 247.
- 34 Eine Kartaune war ein Vorderlader-Geschütz im 15. und 16. Jahrhundert.
- 35 Josef WASTLER: Die kaiserliche Erzgießhütte und die Rothgießer in Grätz, in: Mitteilungen der Zentralkommission, Wien 1889, 1–10.
- 36 Lateinisch: Vorläufer.
- 37 Eine Gemeinde im heutigen Slowenien.
- 38 Dieses Gebiet lag im heutigen nördlichen Italien und grenzte an Kärnten an.
- 39 WERNISCH: Glockenkunde von Österreich, 166.



## **Der Musentempel als Musentümpel**

**Über eine homosexuelle Affäre an den Grazer Bühnen im Jahre 1910.  
Ein „Theaterskandal“ im Spiegel der zeitgenössischen Presse  
samt Folgen für die städtische Kulturpolitik**

Bereits in seinem Beitrag für den Jahresband 1998 des „Historischen Jahrbuches der Stadt Graz“ wies Hans-Peter Weingand auf einige ruchbar gewordene Homosexualitätsdelikte im Graz der 1900er-Jahre hin, wie sie von der heimischen Tagespresse jener Zeit berichtet wurden.<sup>1</sup> Tatsächlich gab es in den Zeitungen eine oftmals zwar verklausulierte, jedoch durchaus kontinuierliche Berichterstattung über Fälle im Übrigen ausschließlich männlicher Homosexualität. Freilich galt in weiten gesellschaftlichen Kreisen Homosexualität nach wie vor als höchst anstößig, weswegen das Thema auch weitgehend tabuisiert wurde. Gleichwohl hatte seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vornehmlich die sexualpathologische Forschung verstärkt ihr Interesse auf das Phänomen, für das unter anderem noch die Termini Uranismus oder Conträrsexualität gebräuchlich waren, gerichtet. Eine Reihe von Studien war erschienen, darunter gerade welche eines Grazer Mediziners. Richard Freiherr von Krafft-Ebing, Universitätsprofessor hierorts von 1872 bis 1889, bis 1880 auch Leiter der „Landesirrenanstalt“ am Feldhof und 1902 in Graz verstorben, betrachtete Homosexualität als ererbte neuropsychopathische Störung und trat insbesondere in seiner Schrift „Der Conträrsexuelle vor dem Strafrichter“<sup>2</sup> für sexualtherapeutische Behandlung und nicht zuletzt für Entkriminalisierung ein. Tatsächlich verstärkten sich in der Folge die sexualreformerischen Bestrebungen, wenngleich die diesbezügliche Strafgesetzgebung weiterhin durchwegs strikt blieb.

Dem Themenkomplex, vielmehr Peter Roseggers verstreuten Äußerungen zur Homosexualität, wandte sich Weingand erneut in einem Aufsatz im Doppelheft 3/4 des 88. Jahrganges der „Blätter für Heimatkunde“ (2014) zu.<sup>3</sup> Darin erwähnte er nebenbei auch eine homosexuelle Affäre im Jahre 1910 im Grazer Theatermilieu. Die Kurznotiz nun war Anlass einer eigenen Recherche hauptsächlich in der zeitgenössischen Presse, denn die Affäre – dies sei vorweggenommen – weitete sich alsbald zu einem größe-

ren, publizistisch tüchtig befeuerten Theaterskandal aus, mit dem sich zu beschäftigen auch die Stadtpolitik letztlich nicht umhin konnte. Das Interesse richtete sich somit vordringlich auf die (kontroverse) Berichterstattung in den heimischen Zeitungen, in denen ein publizistisches, theaterpolitisches, teils ideologisiertes, wohl auch kulturkämpferisches und damit sehr zeittypisches Ersatzgefecht ausgetragen wurde. Und da, wie erwähnt, das Mediengeplänkel doch erhebliche Unruhe in der Stadtpolitik auslöste, interessierte ferner, wie deren Repräsentanten mit der pikanten Angelegenheit umgingen. Dabei wurde noch ein weiterer Aspekt hochinteressant – die anfangs homosexuelle Affäre wurde nämlich für eine grundsätzliche kultur- oder theaterpolitische Diskussion über die (bisweilen auch heute noch virulente) Frage der Grundstruktur städtischer Bühnen beziehungsweise der geschäftlichen, künstlerischen und politischen Verantwortlichkeit zum Anlass genommen.<sup>4</sup>

In Graz gab es zumindest seit 1906 nachweislich eine homosexuelle Szene. Ihre Mitglieder agierten mehr oder weniger offen, man verteilte immerhin einschlägiges Schrifttum und schaltete, wie Weingand berichtet, in der Presse unmissverständliche Anwerbungsinserate.<sup>5</sup> Der „Bund der warmen Brüder“, wie man sich recht unverhohlen nannte, war gar vereinsmäßig organisiert und scheute sich nicht, im Grazer „Orpheum“, der zu dieser Zeit in der Stadt allseits beliebten Vergnügungsstätte,<sup>6</sup> als „Schönheitskonkurrenzen“ kaum getarnte schwule Abende zu veranstalten. Die polizeilichen Ermittlungen führten schließlich zu Verurteilungen von zumindest drei Mitgliedern der Szene, wobei mit dem Schauspieler Cornelius Zimka auch jemand aus dem Theatermilieu betroffen war.<sup>7</sup>

Mit Beginn des Jahres 1910 nun gerieten ausschließlich Theaterleute ins Visier der Behörde, die nach einer anonymen Anzeige just aus Schauspielerkreisen, so wurde kolportiert, tätig werden musste. Schon seit geraumer Zeit kursierten in der Stadt Gerüchte um homosexuelle Umtriebe in den beiden Grazer Theaterhäusern, dem Theater am Franzensplatz sowie dem erst 1899 erbauten Stadttheater (heutiges Schauspielbeziehungsweise Opernhaus). Im Zentrum des ominösen Geredes standen mit dem Leiter der vereinigten Bühnen, Heinrich Hagin, und seinem Oberregisseur, Max Alberty, ausgerechnet zwei Männer der FührungscREW, die beide verdächtigt wurden, anstößige Beziehungen zu jungen männlichen Ensemblemitgliedern zu unterhalten.<sup>8</sup>

Im Haus rumorte es hörbar. Für Unmut soll, so hieß es später, besonders die direktoriale Besetzungspolitik gesorgt haben, denn die Theaterleitung zeigte nach Auffassung etlicher Bühnengehöriger eine deutliche Präferenz für junge männliche Schauspieler. Manche Altgediente fühlten sich zusätzlich bei Verhandlungen um Vertragsverlängerungen zurückgesetzt.

Der 1875 geborene Hagin leitete die beiden Häuser seit dem 1. August 1908 und war nach Otto Purschian und Alfred Cavar, die jeweils von 1899–1903 beziehungsweise von 1903–1908 wirkten, der dritte Intendant der Grazer Bühnen seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Er kam aus Deutschland, wo er zunächst als Schauspieler tätig war und bald verschiedene Theaterbühnen (Baden-Baden, Würzburg, Karlsruhe) leitete.<sup>9</sup>

Von Hagin erwarteten die Kulturredaktionen der Zeitungen, die theaterinteressierte städtische Bürgerschaft und nicht zuletzt die Stadtväter, welche die Pachtverträge für die beiden Bühnen zu verhandeln hatten, vor allem eine künstlerische Niveausteigerung.

Der durchaus beliebte Vorgänger Cavar hatte, indem er den Spielplan bevorzugt auf den Allgemeingeschmack ausrichtete, zwar ökonomisch recht erfolgreich gewirkt, er habe dabei aber, wie zumindest der Grazer Theaterhistoriker Robert Baravalle urteilte, die hohe Bühnenkunst vernachlässigt.<sup>10</sup> Hagin wurde von den Theaterkritikern der heimischen Blätter vorerst einmal wohlwollend aufgenommen, seiner Spielplangestaltung sah man mit Interesse entgegen.<sup>11</sup> Er erfüllte die Erwartungen dann auch weitgehend, auch das theaterhistorische Urteil fiel schließlich recht günstig für ihn aus. Bescheinigt wurde ihm vor allem, dass durch ihn moderne Regiepraktiken sowie verstärkt zeitgenössische Dramatik Eingang am Grazer Theater fanden.<sup>12</sup> Allerdings vergaß Baravalle doch nicht zu erwähnen, dass Hagins „Temperament ihm manchen Streich gespielt [hat]“.<sup>13</sup>

Von der besagten Anzeige gegen die Theaterleitung und den aufgenommenen behördlichen Untersuchungen erhielt schließlich auch die Presse Kenntnis. Erwähnung fand beides aber zunächst in Zusammenhang mit einem mysteriösen Vorfall, der sich in der Samstagnacht vom 12. auf den 13. Februar 1910 ereignete. Zumindest zwei hiesige Zeitungen und ein Wiener Blatt brachten darüber unmittelbar Kurzmeldungen. Die „Tagespost“ vom 14. Februar 1910 berichtete von einem vermutlich aus einer Flobertpistole abgegebenen Schuss und einem Steinwurf, wodurch zwei Fenster einer im Parterre gelegenen Villenwohnung in der Schubertstraße, in der sich gerade eine zehnköpfige, zumeist aus Herren vom Theater bestehende, Gesellschaft aufgehalten habe, zertrümmert worden seien. Zwar habe niemand einen Schaden davongetragen, die Herren seien jedoch „in ihrer persönlichen Sicherheit arg gefährdet“<sup>14</sup> gewesen. Sofortige Nachforschungen des herbeigerufenen Wachmannes hätten jedoch nichts ergeben. Ähnlich fiel der Bericht im „Arbeiterwille“ vom selben Tag aus, der unter dem Titel „Dunkle Geschichten“ indes einen eher kryptischen Zusammenhang herzustellen versuchte zu einem zunächst erwarteten Trubel in den beiden Grazer Theaterhäusern während zweier Wochenendvorstellungen.<sup>15</sup> Weil man, so schrieb das sozialdemokratische Parteiblatt, mit Unmutsäußerungen beziehungsweise Demonstrationen gerechnet habe, sei das Wachaufgebot verstärkt worden. In ihrer Ausgabe vom 14. Februar vermeldete auch die Wiener „Neue Freie Presse“ den Vorfall in der Schubertstraße, zusätzlich findet sich da schon der explizite Hinweis auf eine wohl zu vermutende Verbindung zwischen dem nächtlichen Hausangriff und begonnenen polizeilichen Erhebungen gegen zwei Herren des Theaters.

Binnen einer Woche griffen das skandalträchtige Thema noch andere namhafte Zeitungen auf, die Grazer Blätter ohnehin, aber auch einige hauptstädtische.<sup>16</sup> Die Kunde von der Grazer Theateraffäre verbreitete sich gar bis ins deutsche Kaiserreich, wo ein Berliner sowie ein Leipziger Blatt zumindest in der ersten Phase des Skandals Meldungen brachten.<sup>17</sup>

Die regionalen Grazer Zeitungen – zu nennen wären „Tagespost“, „Arbeiterwille“, „Grazer Tagblatt“, „Grazer Volksblatt“, „Grazer Montags-Zeitung“ sowie „Grazer Wochenblatt“<sup>18</sup> – beschäftigte die weitere Entwicklung, wenngleich in unterschiedlicher Intensität, schließlich über mehrere Wochen bis ins Frühjahr des Jahres 1910 hinein. Während die konservativen und liberalen Blätter vor allem anfangs eher abwartend und zurückhaltend darüber berichteten, betrieb der linke „Arbeiterwille“ eine regelrechte Kampagne gegen Hagin, auch Alberty, mit dem offensichtlichen Ziel,

das Führungsduo abzusägen. Von Beginn an übernahm man die Rolle des investigativ-aggressiven Anklägers, der für seine Attacken gegen die beiden bürgerlichen Homos und das aus seiner Sicht konservative Establishment einen ausgesprochen polemischen Ton wählte. Veranlasst sah man sich dazu – so steht zu vermuten – eben durch die zögerliche, teils sogar exkulpernde Haltung der anderen Blätter. Die „Tagespost“ ließ sich mit einem nächsten Bericht auch tatsächlich bis zum 17. Februar 1910 Zeit, die dezidierten Konkurrenzblätter, das katholische „Grazer Volksblatt“ sowie das deutschnationale „Grazer Tagblatt“, brachten in ihren Ausgaben vom 15. Februar 1910 zwar erste Berichte über die heiklen Vorgänge in den Grazer Theaterhäusern, aber wohl nicht in der aus Sicht des „Arbeiterwille“ gewünschten kritischen Weise. Das „Volksblatt“ begnügte sich vorerst mit einem vagen Hinweis auf wegen Sittlichkeitsverfehlungen begonnene Erhebungen in Künstlerkreisen.<sup>19</sup> In der Abendausgabe wurde man dann doch konkreter – zur Sprache kommen in dem Artikel mit dem Titel „Ein Gerücht und seine Folgen“ zunächst die seit Dezember 1909 laufenden Erhebungen sowie die samstagnächtlichen Vorgänge in der Schubertstraße. Genannt wird der Name Alberty, der dort wohnhaft sei, ebenso der Name Hagin. Indes werden beide Herren gegen einen Bericht in der namentlich genannten „Wiener Allgemeinen Zeitung“ ausdrücklich in Schutz genommen beziehungsweise werden dort geäußerte, allein auf Gerüchten, wie man betont, basierende Behauptungen richtigzustellen versucht. Alberty, so will man erfahren haben, habe Samstagabend „mehrere Bühnenmitglieder, mit denen er auf gespanntem Fuße stand, zu sich zu einem Versöhnungsmahl geladen“<sup>20</sup> und Hagin sei von Karlsruhe keineswegs wegen ähnlicher Umtriebe, wie sie nun Grazer Stadtgespräch seien, abgegangen, vielmehr sei er vom dortigen Stadtrat zur Wiederbewerbung der Leitung des Sommertheaters, das er, neben seinem Grazer Direktorenamt, bis 1911 ohnehin leite, aufgefordert worden.

Ebenso warf sich das „Grazer Tagblatt“ für das Duo Hagin-Alberty in die Bresche und sah sich vor allem wegen der „handgreiflichen Entstellung[e]n“<sup>21</sup> einzelner Wiener Zeitungen gedrängt, korrigierend gegen das kursierende Gemunkel anzuschreiben. Solange das Strafgericht seine aufgenommenen Erhebungen nicht abgeschlossen habe, gelte es den schon seit längerer Zeit umlaufenden Gerüchten über „sittliche Verirrungen“ der Theaterchefs zunächst einmal entgegenzutreten, wenngleich die, wie das Blatt einräumte, leicht immer wieder neue Nahrung finden könnten. So etwa mussten die an manche Bühnenmitglieder ausgezahlten Gehaltsvorschüsse oder die von Alberty für einen in prekären Verhältnissen lebenden Schauspieler prächtig eingerichtete Wohnung samt wertvoller Bibliothek die Gerüchte naturgemäß verdichten. Dabei habe Hagin die Vorschüsse aus reiner Gutmütigkeit gewährt und Albertys Wohnungshilfe sei auch – und da erwies sich der Schreiber schon als sehr blauäugig – nur aus „an Narretei grenzende[r] Munifizenz“<sup>22</sup> geschehen. Die Errichtung einer Elevenschule – nach Meinung der Kritiker Hagins diene sie hauptsächlich der Rekrutierung direktorialer Lustknaben – erschien in dem allgemeinen Gerüchteklima natürlich auch ominös. Wie das „Volksblatt“ glaubte auch das „Tagblatt“ herausgefunden zu haben, dass Hagin in Karlsruhe keineswegs demissionieren müsse.

Nach dieser Reinwaschungsberichterstattung der beiden Blätter entschloss sich der „Arbeiterwille“ offensichtlich endgültig, zum Frontalangriff auf die Theaterleitung

überzugehen, und trat damit in bewusste Opposition zu den Konkurrenzzeitungen. Es darf vermutet werden, dass das sozialdemokratische Blatt die Theateraffäre als willkommene Gelegenheit für die Austragung einer journalistischen, sicher auch kulturpolitischen Fehde mit der Konkurrenzpresse – solche Konfrontationen waren zu dieser Zeit häufig – betrachtete. Mit der lag man schon einmal in einem ökonomischen Clinch, ferner ging es gewiss auch um territoriale journalistische Hegemonie. Hauptsächlich jedoch sahen sich die weltanschaulich und politisch deutlich positionierten Zeitungen – das klerikale, antisemitische „Grazer Volksblatt“, das ebenso antisemitische, jedoch antikleriale wie antisozialistische, einem kämpferischen Deutschnationalismus anhängende „Grazer Tagblatt“, der „Arbeiterwille“ als das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei und die vergleichsweise gemäßigte, nationalliberale, (bildungs-)bürgerliche „Tagespost“ – in einem strikten politisch-ideologischen Gegensatz. Insgesamt wurden ja in jener Epoche vor und nach dem Jahrhundertwechsel Konflikte oftmals als regelrechte Kulturkämpfe ausgetragen und gerade das Theater war als Ort der symbolischen Repräsentation ästhetischen sowie weltanschaulichen Selbstverständnisses ein bevorzugtes kulturpolitisches, sogar ideologisches Kampffeld.<sup>23</sup>

Ein kulturkämpferisches Element wird jedenfalls – wenigstens im Hintergrund – auch im Falle der Grazer Theateraffäre von 1910 deutlich. Anfänglich war es eine Auseinandersetzung um eine recht aktuelle sexualmoralische und -gesetzliche Problematik. Der „Arbeiterwille“ brachte dabei, teilweise gar in Klassenkampfmanier, gegen das politisch und ökonomisch dominante bürgerliche Establishment den in dieser Zeit gebräuchlichen, vielfach gewiss auch berechtigten Doppelmoralvorwurf in Anschlag – nach außen hin versuche die dekadente Bourgeoisie zwar stets den reinen Schein zu wahren, doch in Wahrheit sei sie moralisch durch und durch verderbt. Dass sich das sozialdemokratische Parteiblatt allerdings bei aller berechtigten Kritik zuweilen in einem ungunsten proletarischen Sexualpurismus verhedderte, ist nicht zu übersehen.

Von diesem ersten sexualmoralischen Aspekt deutlich getrennt wurde die Auseinandersetzung aber doch auch zum Anlass genommen, eine nicht unwesentliche theaterstrukturelle beziehungsweise -ökonomische Grundfrage zu diskutieren. Nicht zuletzt deswegen war auch die Gemeindepolitik in ihrer Verantwortung für eine wichtige kulturelle Institution, wie sie ein Stadttheater darstellte, gefordert. Um künstlerische Qualitätsfragen ging es demgegenüber höchstens am Rande.

Der erste kritische und ausführliche Bericht findet sich am 16. Februar 1910 im „Arbeiterwille“. Er ist im Redaktionsteil „Grazer Lokalnachrichten“ gleich an erster Stelle platziert und trägt den polemisch-wortspielerischen Titel „Musentempel oder Musentümpel? Eulenburgiaden beim Grazer Theater“.<sup>24</sup> Darin rekapituliert der Redakteur die Vorgeschichte seit dem Aufkommen der ersten Gerüchte und konkretisiert diese auch – zur Sprache kommen dabei die hierorts schon zu Beginn erwähnten Vergünstigungen, die Hagin einzelnen männlichen Jungschauspielern gewährt haben soll. Die Passage gipfelt in dem Satz:

„Das Gerücht sagte, daß sich Hagin einen Stab dieser jungen Leute herangebildet habe, die nicht nur in seinem Schlafzimmer, sondern auch auf der Bühne, ganz ohne Rücksicht auf ihre künstlerische Fähigkeit, die Hauptrollen spielen,

wodurch das jetzige künstlerische Niveau unserer Bühnen herabgesetzt und Künstlerinnen zurückgesetzt wurden.“<sup>25</sup>

Es ging dem Blatt zuvorderst zweifellos um die Aufdeckung der behaupteten Günstlingswirtschaft im Theaterhaus, namentlich um gewährte und aus seiner Sicht allzu großzügige Gehaltsvorschüsse für einzelne Mitglieder der Bühnen. Wegen der hohen Summe – es werden 90.000 Kronen angegeben – sorgte man sich um die Zahlungsfähigkeit des Theaterbetriebs. Hagins System der „warmen Freundschaft[en]“<sup>26</sup> korrumpiere zudem das gesamte Theaterleben. Eine einigermaßen moralinsaure Pose nahm der „Arbeiterwille“ freilich ein, wenn er schrieb, der Grazer Musentempel solle wieder mehr zur „Kunst, und zwar nicht nur der griechischen“ zurückkehren, damit nicht weiterhin „junge Leute zugrunde gerichtet“ würden. Die Moral hielt der „Arbeiterwille“ im weiteren Verlauf seiner Berichterstattung nochmals turmhoch, indem er in einem späteren Artikel Hagin vorwarf, das Grazer Theater „zu einem Pfuhl der Korruption, zu einem männlichen Bordell“, ja zu einer „Pestbeule“ gemacht zu haben, und die „männliche Prostitution“, die „bisher nur in vereinzelt Exemplaren im Verborgenen [blühte]“, sei unter ihm „bühnenfähig“<sup>27</sup> geworden. Vehement wandte man sich in dem Artikel, in dem die Affäre erstmals als „Theaterskandal“ bezeichnet wurde, gegen die Ausnützung junger, abhängiger Menschen und nannte das ausdrücklich ein moralisches Verbrechen. Über die Novellierung der Perversitätsparagrafen zu diskutieren, konnte sich die „Arbeiterwille“-Redaktion durchaus vorstellen, sie wolle auch, wie sie schrieb, nicht über das sexuelle Treiben erwachsener Leute urteilen, aber „junge Leute zur Perversität zu kaufen und zu verführen“, ging aus ihrer Sicht gar nicht, denn wenn – und da wird die Moralhüterposition schon sehr penetrant – „man schon Bedenken haben muß, seinen jungen Sohn zum Theater zu geben, dann hört sich’s auf“<sup>28</sup>.

Schon in dem Artikel vom 16. Februar 1910 trat man auch Hagins auf der Bühne geäußelter und schließlich von einem bürgerlichen Blatt kolportierter Behauptung entgegen, er selber habe die staatsanwaltlichen Erhebungen veranlasst. Davon könne keine Rede sein, vielmehr sei die Staatsanwaltschaft nach der anonymen Anzeige an den Stadtrat herantreten, damit der „in streng vertraulichem Wege Erhebungen über Hagin, Dr. Alberty und noch fünf andere Schauspieler“<sup>29</sup> einleite. Aber auch nach dem aufgrund einer Intervention (des Bürgermeisters selbst) erfolgten Wechsel des Untersuchungsauftrages von der (parteiischen beziehungsweise bürgeraffirmativen) städtischen zur staatlichen Polizei sei es, da auch der neu beauftragte Kommissär größte Zurückhaltung an den Tag legte, zu keiner Anklage gekommen. Die Einstellung der Erhebungen habe, so das „Organ des arbeitenden Volkes für Steiermark und Kärnten“, im Schauspielerkreise für Empörung gesorgt, die ihren Ausdruck – und damit wird die mutmaßliche Täterschaft konkretisiert – in dem samstäglichen Angriff auf die Wohnung Albertys gefunden habe.

Der „Arbeiterwille“ setzte seine Attacken gleich in den nächsten Tagen fort und brachte eine Woche lang praktisch in jeder Ausgabe angriffige Artikel über die Grazer Theateraffäre. Deutlich wird dabei, dass die gesamte Grazer Sozialdemokratie zu einer konzertierten Aktion übergegangen war, denn einer ihrer führenden Parteige-

nossen hatte die Angelegenheit nun auch aufs politische Tapet gebracht. Gemeinderat Josef Jodlbauer sprach in seiner zusätzlichen Eigenschaft als Mitglied des städtischen Theaterausschusses bei Bürgermeister Franz Graf, Mitglied der „Deutschen Volkspartei“, vor und urgierete dabei insbesondere eine Klärung der von Hagin gewährten hohen Gehaltsvorschüsse beziehungsweise überhaupt die Klärung der nach wie vor virulenten Frage der Theaterkaution. Der „Arbeiterwille“ brachte über Jodlbauers Bürgermeisterbesuch selbstredend einen ausführlichen Bericht.<sup>30</sup> Demnach sprach Jodlbauer zunächst einmal seine Bedenken wegen der Vorauszahlungen an, vor allem aber wies er darauf hin, dass wegen der offenen Kautionsfrage bald einmal größere Probleme für den Theaterbetrieb entstehen könnten. Der Hintergrund der Jodlbauer'schen Bedenken war: Die beiden Grazer Bühnen wurden zu dieser Zeit per Pachtvertrag einem Theaterleiter übergeben, der nach einem nicht unwesentlichen Vertragspassus zur finanziellen Sicherstellung eine Kautionsfrage von 50.000 Kronen auf ein Sparkassenbuch oder in pupillarsicheren Papieren zu erlegen hatte. Hagins Kautionsfrage bestand aber aus Aktien. Der Theaterausschuss kritisierte das stets und bestand auf vertragsgemäße Sicherstellung. Jodlbauers Anfrage, schreibt der „Arbeiterwille“, beantwortete Bürgermeister Graf damit, dass Hagin zwar mehrmals versichert habe, den Umtausch der Kautionsfrage vorzunehmen, erfolgt sei dieser jedoch bislang nicht. Das veranlasste den „Arbeiterwille“ denn auch sogleich, die rasche Erledigung dieser Frage zu fordern.

Das Blatt sah sich alsdann zu einer Korrektur der in der Ausgabe vom Vortag genannten 90.000 Kronen für Gehaltsvorschüsse gezwungen – das sei einem Druckfehler zuzuschreiben, es hätte 30.000 heißen sollen, bloß liege die wahre Zahl ohnehin bei 36.000 Kronen, wie die konkrete Nachfrage Jodlbauers bei Graf ergeben habe. Immerhin ließ der „Arbeiterwille“ auch Hagin zu Wort kommen, druckte sein an die Redaktion gerichtetes Schreiben mit der Forderung nach Berichtigung der geäußerten Behauptungen, Anwürfe etc. im Artikel vom 16. Februar 1910 ab, um es freilich sogleich ordentlich auseinanderzunehmen.

Bevor der „Arbeiterwille“ am 18. Februar 1910 seine Enthüllungs- und Kampfabendartikel zur Angelegenheit Hagin fortsetzte, äußerte sich in der Ausgabe vom Vortag auch die „Tagespost“ nach längerem Zuwarten, es wurde schon angedeutet, zu Wort und erklärte ihr bisheriges Schweigen. Man habe „aus Gründen des guten Geschmacks [...] es für angemessen erachtet, diese unreinliche Angelegenheit so wenig als möglich zu berühren“, weil, wie es noch heißt und wie man wohl noch heute uneingeschränkt zustimmen kann, das „Privatleben eines Bühnenleiters [...] erst dann der öffentlichen Kritik [unterliegt], wenn es auf die ihm anvertraute künstlerische Wirksamkeit abfärbt, wenn, mit einem Worte, öffentliche Interessen gefährdet sind, oder gefährdet werden können“.<sup>31</sup> Diesen Zeitpunkt sah das liberal-bürgerliche Blatt nun aber für gekommen und deswegen hielt es, wie im Artikel deutlich zum Ausdruck kommt, die Befassung der Stadtverantwortlichen mit der Sache für geboten. Egal wie die laufenden Erhebungen gegen die Theaterführung – in diesen Tagen wurde eine große Zahl von Mitgliedern der beiden Bühnen einvernommen – ausgehen, der Ruf des Grazer Theaters habe, so fand man, unbestritten gelitten und die „gedeihliche Fortentwicklung der Bühnen“ sei infrage gestellt. Die Gemeinde habe eine Vertragsauflösung doch zu überlegen, sie müsse sich einfach fragen, ob sie „sich jetzt noch wohl genug

fühle, ein Verhältnis aufrecht zu erhalten, das ihr starke Verlegenheiten wenigstens moralischer Natur bereitet“<sup>32</sup>.

Diesen Artikel der „Tagespost“ vermochte der „Arbeiterwille“ bloß despektierlich zu kommentieren. Endlich sei die „Tante aus der Stempfergasse“ zur Erkenntnis gekommen, „dass das Totschweigen nichts nützt“, wengleich man ihr die Rechtfertigung dafür sogleich um die Ohren schlug – der „gute Geschmack“<sup>33</sup>, der sie hinsichtlich der warmen bürgerlichen Theaterpartie stillschweigen lasse, habe sie nämlich nicht daran gehindert, ausführlich über einen angezeigten und umgehend inhaftierten Sittlichkeitsverbrecher aus Arbeiterkreisen zu berichten. Der „Arbeiterwille“ erhob hier nichts weniger als den Vorwurf journalistischer Klassenjustiz. „Bei einem gewöhnlichen Sterblichen gibt es für die ‚Tagespost‘ keine Rücksicht auf Reinlichkeit und ihr guter Geschmack entwickelt sich erst beim Theaterdirektor“, der vom Schreiber noch als „Freilogenspender“<sup>34</sup> angegiftet wurde. Zufrieden registrierte man immerhin, dass das Großbürgerblatt Kritikpunkte und Appelle des „Arbeiterwille“ (gemeint sind die Günstlingswirtschaft und die zu überlegende Vertragsauflösung) übernommen hatte. Zuletzt schärfte man den Angriff auf den Theaterleiter noch gehörig nach und drängte auf dessen Entfernung.

„Daß Herr Hagin als Theaterdirektor auch nur auf kurze Sicht unmöglich ist, liegt auf der Hand, denn schon jetzt erheben sich im Publikum unheimliche Stimmen. Außerdem haben die Vorgänge, die man vielleicht nicht beweisen kann, aber allgemein glaubt, eine vollständige Zerrüttung und Anarchie im Personal hervorgeufen, die zu einem Streit nach dem anderen, von einer Ehrenbeleidigungsklage zur anderen führen. Die Protektionswirtschaft, die in den Gerüchten auf sexuelle Beweggründe zurückgeführt wird, muß den ganzen Theaterbetrieb unmöglich machen. Wie schwer der Ruf des Grazer Theaters durch die Haginaden für lange Zeit geschädigt worden ist, läßt sich gar nicht ermessen.“<sup>35</sup>

In den nächsten Tagen verfolgten dann alle Grazer Tages-, schließlich auch Wochenzeitungen die aktuelle Entwicklung der Theateraffäre. Endgültig verlagerte sich der Schwerpunkt hin zur theaterpolitischen Diskussion einerseits betreffend Hagins Vertragsauflösung, andererseits betreffend die Frage der aktuellen finanziellen Lage der städtischen Bühnen und – damit verknüpft – speziell die Frage, von welcher Art künftige Pachtverträge sein sollten.

Zunächst einmal legte Hagin selbst ein Kündigungsschreiben vor, datiert mit 15. Februar 1910 und adressiert an Bürgermeister Graf.<sup>36</sup> Darin dankte er ihm und den Theaterrausschussmitgliedern ausdrücklich für die bislang gewährte Unterstützung. Da die Anwürfe ihm einigermaßen zusetzen würden, ließ Hagin das Stadtoberhaupt wissen, habe er die Zurücklegung seines Direktionsamtes überlegt, nur nehme er von seiner sofortigen Demission doch Abstand, weil diese wohl als Schuldeingeständnis und Verantwortungsflucht ausgelegt werden würde. Deswegen wolle er von seinem „contractlichen Kündigungsrechte bis 31. Juli 1911 Gebrauch“ machen. Hagin hatte somit beschlossen, die Affäre auszusetzen und die Theaterleitung erst ein Jahr später aufzugeben.

Nach dem Eingang des Kündigungsschreibens musste sich damit vor allem der Theaterrausschuss befassen. Der hauptverantwortliche stadträtliche Theaterreferent, Gemeinderat Heinrich Casper, legte einen Kurzbericht vor, in dem er vor allem drei Optionen, wie nun in der Frage der Selbstkündigung Hagins verfahren werden könnte, skizzierte und schließlich den Antrag stellte, die Kündigung vorläufig einmal zur Kenntnis zu nehmen und bis zur weiteren Abklärung der Angelegenheit zuzuwarten.<sup>37</sup> Am 19. Februar hielt der Theaterrausschuss dann eigens eine Sitzung ab. Wegen der dienstlichen Abwesenheit Caspers wurde die Klärung der Sachlage vorerst auf die nächste Gremiumssitzung eine Woche später vertagt.

Sämtliche Tageszeitungen brachten über den neuen Stand Meldungen, druckten sogar Hagins Schreiben ab.<sup>38</sup> Der „Arbeiterwille“ wusste von einer erregten Stimmung bei der Sitzung zu berichten.<sup>39</sup> Zwist sei entstanden, weil zum einen plädiert wurde, Hagin den sofortigen Abschied dringlich nahezu legen, zum anderen namentlich Bürgermeister Graf gemeint habe, es sei erst das Ergebnis der Untersuchungen abzuwarten. Die sozialdemokratische Fraktion brachte jedenfalls neuerlich ihre Bedenken wegen der drohenden Belastungen für die Stadtkasse vor, urgierte auch nochmals die Kautionsfrage und stellte dementsprechende Anträge, die trotz des bürgermeisterlichen Widerstandes auch angenommen wurden.

Es meldeten sich nun auch die ersten Anwärter für die Übernahme der Grazer Bühnen.<sup>40</sup>

Mit Spannung wurde die nächste Sitzung des Theaterrausschusses, sie war für den 26. Februar angesetzt, erwartet. Bis dahin trachtete der „Arbeiterwille“ das Theaterthema aber zumindest am Köcheln zu halten. In der Ausgabe vom 23. Februar vermeldete man einen schweren, wenngleich glimpflich verlaufenen Bühnenunfall, für den man tatsächlich den für das Stück zuständigen, jedoch abwesenden Oberregisseur Alberty verantwortlich machte. In Aufdecker-Manier berichtete man ferner von Hagins Versuchen von Zeugenaushorchungen und schlug die neuerliche Befragung von schon staatsanwaltlich einvernommenen Zeugen vor, um herauszufinden, was Hagin sie gefragt und ob er sie genötigt habe. Wenig später wiederholte das Blatt seinen schon im Artikel vom 21. Februar 1910 erhobenen Vorwurf gegen die Gerichts- und Polizeibehörden, weil sie einen „Meistbeteiligten an dem Skandal“, den Schauspieler Alba, entweichen ließ – überhaupt ermögliche man, dass einer nach dem anderen „verduftet“, während die Hauptschuldigen, „die Verführer der jungen Leute“<sup>41</sup>, doch tatsächlich bis 1911 bleiben wollen. Gleich auch wurde das gesamte Establishment, im Konkreten Theaterrausschuss, Gemeinderat, Presse und das bürgerliche Publikum, angegriffen. Deren Spiel aber werde man nicht dulden und schon zu verhindern wissen, dass – und da wird der polemisch-populistische, moralinsaure Ton abermals spürbar – die „Kunstbühne zum Männerbordell herab[ge]würdig[t]“<sup>42</sup> werde. In einem weiteren Bericht vom 25. Februar fasste der „Arbeiterwille“ die in einer Gemeinderatssitzung vortragene Erklärung des sozialdemokratischen Gemeinderates Jodlbauer zusammen, auch in den Morgenausgaben der „Tagespost“ sowie vom „Grazer Volksblatt“ vom selben Tag wurde die sozialdemokratische Stellungnahme ausführlich rapportiert. Die Zustände an den vereinigten städtischen Bühnen, betonte Jodlbauer in seiner Erklärung, seien, egal was die Ermittlungen ergeben, mittlerweile untragbar geworden. Die

Schuld dafür sah der sozialdemokratische Funktionär ausschließlich beim Führungsduo Hagin–Alberty. Neuerlich wurden von ihm Kautionsfrage und zu befürchtende Außenstände angesprochen. Seine diesbezüglichen Anträge im Theaterausschuss, hielt Jodlbauer den anderen Fraktionen, die er der falschen Rücksichtnahme Hagin gegenüber zieh, vor, seien negiert worden, deswegen lehne er für die Sozialdemokratie ab nun jede politische Verantwortung für die möglichen Folgen des Skandals ab.

Die Sozialdemokraten trachteten somit, politisch nicht unklug, sich sicherheitshalber schon im Voraus zu exkulpieren, um im gegebenen Fall – also bei einem etwaigen finanziellen Theater-Crash – mit schweren politischen Geschützen auffahren zu können. Die sozialdemokratische Gemeindefraktion legte es sichtlich darauf an, politisch zu punkten, das heißt, die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat in Bedrängnis zu bringen, sie begehrte aber zu Recht Aufklärung hinsichtlich einiger theaterfinanzieller Fragen.

Nach der Theaterausschusssitzung am 26. Februar intensivierte sich die allgemeine Berichterstattung wieder deutlich, allein schon deswegen, weil den Zeitungen seitens der Stadtgemeinde ein offizieller Revisionsbericht über die aktuelle finanzielle Lage der Grazer Bühnen übermittelt wurde. Darin wurde festgestellt, dass die Gesamtvorschüsse sowie die Zahlungsrückstände so besorgniserregend nicht seien und in Kassen- und Buchführung durchaus Ordnung herrsche. Casper, bei der Ausschusssitzung nun wieder zugegen, erörterte nach Berichten in sämtlichen Grazer Tageszeitungen<sup>43</sup> zunächst Möglichkeiten des Umgangs mit Hagins Kündigungsschreiben und sprach sich schließlich für die offizielle Information des Gemeinderates aus. Auch stellte er den Antrag, den Theaterausschuss mit der Ausfertigung eines neuen Theatervertrages zu betrauen. Bei der Sitzung war auch Direktor Hagin anwesend, dem zudem das Recht auf eine Stellungnahme eingeräumt wurde. Hagin schloss jede klammheimliche Flucht aus, vielmehr sehe er, wie er betonte, dem Ende der Erhebungen gelassen entgegen. Heftig beklagte er die Hatz der Sozialdemokraten und die „unerhörte Verfolgung durch männliche und weibliche Klatschmäuler“<sup>44</sup>, die allein ihn veranlasst habe, seinen Vertrag zur erstmöglichen Frist zu kündigen.

Deutlich zeigen sich in der Berichterstattung wieder die journalistischen Fronten. Das „Grazer Tagblatt“ kritisiert den Auftritt des Sozialdemokraten Jodlbauer in der Gremiumssitzung vehement. Anders sieht das klarerweise der „Arbeiterwille“ – danach sei die Sitzung abermals ausgesprochen heftig verlaufen, die Fraktionen habe speziell die Frage der Kautionsentzweit. Die Position des „Arbeiterwille“ ist eindeutig: Die sozialdemokratischen Urgegnen werden uneingeschränkt unterstützt, die Nachsicht der bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit betreffend die vertragsmäßige Kautionserlegung dagegen heftig gescholten. Keine Rede könne obendrein von einer beruhigenden Finanzlage im Theaterhaus sein, den Revisionsbericht nennt man ungeschminkt einen „Waschzettel“, der höchstens die Hagin gnädig gesonnene „Päderastenpresse“<sup>45</sup> zufriedenzustellen vermag. Und schon gar nichts abgewinnen kann das Parteiblatt dem Gejammere Hagins über die vermeintliche sozialdemokratische Hetzjagd.

Der Schwerpunkt des „Theaterskandals“ verlagerte sich ab nun zusehends. In den Vordergrund trat die Frage, wie ein etwaiger neuer Theaterpachtvertrag aussehen sollte beziehungsweise überhaupt die Frage nach der künftigen Struktur der derzeit ver-

einigten Grazer Bühnen sowie der Neuvergabe des Theaters, die nach dem absehbaren Ende der Direktionszeit Hagins im Jahr darauf dringlich zu klären war.

Ein erster Diskussionsbeitrag dazu stammte vom „Grazer Tagblatt“, das einen „Vorschlag zur Revision des Theatervertrages“ schon in seiner Morgenausgabe vom 24. Februar 1910 unterbreitete. Hingewiesen wurde vorab auf das gehörige Finanzdilemma, das für die Stadt mit den Bühnen, speziell seit dem Neubau und der Neueröffnung des Stadttheaters 1899, stets verbunden sei. Höchst unbefriedigend verhalte es sich auch mit den Pachtverträgen, die überdies immer wieder abgeändert wurden, ohne dass die für Pächter und Stadtgemeinde wichtige Frage der künstlerischen Freiheit und finanziellen Verantwortung wirklich geklärt werden konnte. Das „Grazer Tagblatt“ plädierte sodann nachdrücklich für die getrennte Verwaltung der beiden Häuser, ebenso für die Vergabe an zwei Direktoren, weil das allein – wie deutsche Erfahrungen lehrten – den Wettbewerb fördere und einen unweigerlichen Niveauverlust verhindere. Eine solche Zwei-Häuser-Lösung mit zwei Direktoren habe es in Graz, führte der Schreiber mit Hinweis auf die 1860er-Jahre ins Treffen, ja auch schon gegeben. Vorgeschlagen wurde, das Franzenstheater als reine Schauspiel-, das Stadttheater dagegen als ausschließliche Opernbühne zu installieren, was gewiss, wie man meinte, die städtischen Subventionszahlungen reduzieren helfe. So gutgemeint die Vorschläge im „Grazer Tagblatt“ sein mochten, ob sie, indem die Forderung erhoben wurde, das Theater dürfe keinesfalls zu einem „reinen Handelsgeschäft werden“ und müsse unbedingt seinen Charakter als „Kunstinstitut“<sup>46</sup> behalten, die Grundproblematik wirklich lösen würden, musste doch zweifelhaft bleiben. Einen Tag später druckte das „Grazer Tagblatt“ zur Stützung der Blattlinie einen beipflichtenden Leserkommentar eines „alten Grazers“ ab.<sup>47</sup> Dass die wesentliche Problematik der Grazer Theatersituation in der besonderen Vertragskonstruktion gesehen wurde, belegt ein weiterer Gastkommentar im „Grazer Wochenblatt“ dieser Tage, der die schlichtweg unmögliche, weil gänzlich abhängige, unfreie Lage des jeweiligen Theaterleiters hervorhob. Vermieden werden müsse vor allem, dass der „Leiter unserer Bühnen ein Strohmann einer bestimmten Partei“<sup>48</sup> sei. Als geeigneten Mann nannte der Schreiber dann Gustav Starcke, dessen Vorzüge breit und mit beseelten Worten aufgelistet werden und der als „einst gefeierter Liebling der Grazer“ doch für die Theaterdirektion gewonnen werden solle, zumal der derzeitige Lehrer der dramatischen Kunst am Dresdener Konservatorium ohnehin jährlich in sein „Dichterheim auf unserem Schloßberge“ zurückkehre.

Auf diese Initialkommentare folgte eine umfängliche Stellungnahme des Gemeinderates Franz Pichler, die das „Grazer Tagblatt“ abdruckte.<sup>49</sup> Nach eingehender Abwägung der Diskussionsbeiträge kommt Pichler unter Vorbringung gewichtiger Gegenargumente allerdings zur Ablehnung des Vorschlages der Häuser-Trennung und des Doppeldirektoriums. In den 1860er-Jahren, als es diese Trennung gab, seien die Verhältnisse doch andere gewesen, auch einen automatischen Niveausprung durch verstärkten Wettbewerb bezweifelt er. Vor allem betont er die vielen Unwägbarkeiten, die den Theaterbetrieb kaum kalkulierbar machen. Zum Schluss bringt er einen älteren Vorschlag seines Gemeinderatskollegen Eduard Gargitter vom November 1909 in Erinnerung, der die Vergabe der Theaterhäuser zur freien Verwendung anregte. Einzige Auflage: die Theaterleitung müsse eine bestimmte Anzahl von klassischen

Vorstellungen vorsehen. Auch solle, fügt Pichler an, die Stadt ab nun nur mehr eine fixe, limitierte Jahressubvention garantieren.

Die nächsten Zeitungsberichte beziehen sich dann auf die Kündigungs- beziehungsweise Theatervertragsdiskussion in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen.<sup>50</sup> Danach referierte Casper, der Sprecher des Theaterausschusses, nochmals ausführlich über die verkorkste Situation, insbesondere erläuterte er die geltenden Bestimmungen des Theatervertrages. Hagins Kündigung erst mit dem Vertragsende 1911 könne man einfach nur zur Kenntnis nehmen, für die von einigen Gemeinderatsmitgliedern geforderte frühzeitige Ablöse Hagins fehle schlichtweg jede rechtliche Handhabe, meinte Casper. Nach den Zeitungsberichten verwies er in seinem Referat noch darauf, dass die umlaufenden Gerüchte bislang nicht einmal zur Einleitung einer Voruntersuchung gegen Hagin geführt hätten, weswegen der Theaterausschuss nicht aktiv werden könne. Zu bedenken gab Casper vor allem, wie ein etwaiger künftiger Theatervertrag – Casper stellte sogleich den Antrag, dass der Gemeinderat den Theaterausschuss mit der Ausarbeitung beauftrage – gestaltet sein solle. Er wiederholte im Wesentlichen die schon in seinem unlängst vorgelegten Kurzbericht skizzierten Optionen: Beibehaltung des jetzigen Systems oder reiner Pachtvertrag mit ausschließlich direktoraler Eigenverantwortung, und wog die jeweiligen Pro- und Contra-Argumente ab. Er selber sprach sich letztlich für die Beibehaltung des gegenwärtigen gemischten, wenngleich zu reformierenden Systems aus, vertraglich unbedingt festgesetzt werden solle jedenfalls ein Limit für die jährlichen städtischen Zuwendungen. Die schon geäußerten Befürchtungen, dass Bewerber für die Theaterleitung sich bei einer derartigen Vertragskonstruktion nicht finden werden, trachtete Casper mit dem Hinweis, dass jetzt schon genügend Meldungen vorliegen, auszuräumen – die Interessenten wollen, äußerte Casper, nur zugesichert haben, dass der Vertrag nicht zu einer „absichtlich schikanösen Auslegung und Handhabung“ benützt werde, die „Sicherung wichtiger Interessen der Stadtgemeinde“<sup>51</sup> gestünden sie dieser jedoch zu.

Heftig wurde die Sitzung offenkundig, als Casper den Sozialdemokraten ungeschminkt die parteipolitische Instrumentalisierung des Falles Hagin vorwarf. Der schon mehrfach genannte sozialdemokratische Gemeinderat Jodlbauer stellte das strikt in Abrede und geißelte aufs Neue das „System Hagin“. Den von Casper aufgezählten Verdiensten Hagins um die Grazer Theaterkultur hielt er die vielen begangenen Fehler des Direktors entgegen, die Günstlingswirtschaft, die dadurch verursachte Polarisierung der Belegschaft, ferner die beträchtliche Rufschädigung mit der Folge reduzierter Einnahmen für die Bühnen. Das zusammen habe letztlich die mittlerweile unmögliche Situation herbeigeführt. Trotz der ungünstigen Rechtslage solle man den Vertrag mit Hagin am besten sofort lösen, auf dem Wege des gegenseitigen Einvernehmens müsse das möglich sein. Zustimmung hinsichtlich der sofortigen Vertragsauflösung beziehungsweise der zukünftigen Verpachtung der Theater erfuhr Jodlbauer immerhin von den nicht-sozialistischen Gemeinderäten Eduard Gargitter und Adolf H. Bercht. Erörterungspunkt in der Sitzung war schließlich noch die leidige Kautionsfrage, die gegen den Widerstand der Sozialdemokraten zugunsten Hagins geregelt wurde.

Die Berichterstattung in den Zeitungen ging nun merklich zurück, das Thema Grazer Theater wurde in der Folge nur mehr gelegentlich aufgegriffen. Einzig der

„Arbeiterwille“ ließ auch weiterhin nicht locker. In der Ausgabe vom 7. März ereiferte man sich über die Abreise Albertys in das sonnige Italien und das Verschwinden eines weiteren Involvierten des Skandals – beide würde man gewiss nicht mehr wiedersehen. Das Thema Hagin beendete das Blatt mit einem längeren Artikel, betitelt „Die Grazer Theaterschande“, erst Ende März, nachdem bekannt geworden war, dass die Staatsanwaltschaft die Untersuchungen gegen Hagin wegen des Paragraphen 129b endgültig abgeschlossen hatte.<sup>52</sup> Der „Arbeiterwille“ hatte nichts anderes erwartet. Nochmals wurden Anklagen erhoben sowie die Versäumnisse der Behörden und der bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit aufgelistet.<sup>53</sup> Das sozialdemokratische Blatt schmerzte sichtlich, dass seiner Kampagne bestenfalls nur ein halber Erfolg beschieden war – Hagins Abgang sei nun zwar fix, er bleibe aber noch eine ganze Theatersaison im Amt. Dafür trage, betonte das Blatt, allein die deutschnationale Mehrheit im Gemeinderat die Schuld, die einen „Justamentstandpunkt“ eingenommen habe, nur „weil die Sozialdemokraten vom Standpunkt der Moral und der Kunst die Entfernung dieses der ärgsten Korruption junger, hübscher Schauspieler im äußersten Maße verdächtigen Direktors“<sup>54</sup> verlangt habe. Den Kampf um die Rettung des Theaters war der „Arbeiterwille“ dennoch nicht gewillt aufzugeben. Deswegen wurden noch alle jene sich zu melden aufgefordert, die Mitteilungen über das System Hagin machen wollen, denn – so theatralisch schließt der Artikel – „der Grazer Musentümpel muß trocken gelegt werden“<sup>55</sup>.

Die Stadt indes interessierte nun unmittelbar hauptsächlich die Neuvergabe der Grazer Bühnen, der Theaterausschuss war mittlerweile auch mit der von ihm anbotenen Neuausschreibung beauftragt worden. Vertragsentwürfe für die Leitung der Bühnen sollte das Theaterausschussmitglied, Stadtrat Rudolf Spohn, aufsetzen, wobei ein Entwurf, wie die „Grazer Montags-Zeitung“ berichtete, in Richtung reines Geschäftstheater gehen sollte, ein zweiter sollte nach dem derzeitigen Muster, allerdings mit mancher Abänderung, abgefasst sein.<sup>56</sup> Die prinzipielle Entscheidung, wie der künftige Theatervertrag aussehen sollte, hatten die Stadtoberen also nach wie vor nicht zu treffen gewagt. Dabei lagen Entscheidungshilfen schon vor. Immerhin hatte Heinrich Casper in seinem Referat in der oben angesprochenen Gemeinderatssitzung Optionen für den künftigen Theatervertrag schon skizziert, in einem von der „Grazer Montags-Zeitung“ publizierten Gastkommentar „Zur Grazer Theaterfrage“ hatte er drei klar ausformulierte Vertragsmodelle auch der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.<sup>57</sup> Reines Geschäftstheater, städtischer Eigenbetrieb und ein Mischsystem stünden nach Casper zur Auswahl. Für diese Vertragsmodelle listete er nochmals Vor- und Nachteile auf, wobei seine Darstellung, wie man sagen muss, durch außerordentliche Klarsicht und Argumentationsschärfe besticht. Der Entscheidung wollte Casper keinesfalls vorgreifen, das „Wohl und Wehe des künftigen Theaterbetriebes“, befand er aber, hänge ohnehin weniger von der Vertragsgestalt ab als von der Eignung des Theaterleiters, deswegen – so schloss er seinen Kommentar – „Möge die Wahl eine glückliche sein!“<sup>58</sup>

Sukzessive wurden nun die nächsten Schritte gesetzt. Am 27. Juni 1910 genehmigte der Gemeinderat mit einigen Abänderungen den vom Theaterausschuss vorgelegten Entwurf eines neuen Theatervertrages, der sogleich für den Abdruck in etlichen nationalen, auch deutschen Blättern freigegeben wurde.<sup>59</sup> Schon in einer Sitzung am

20. Juni hatten sich die Gemeinderäte entschieden, vom bisherigen Modell abzugehen und die Bühnen künftig als „Geschäftstheater“ an einen unabhängigen Unternehmer zu vergeben. Gleichzeitig wurde eine fixe jährliche Beitragsleistung seitens der Gemeinde festgelegt. Die vereinigten städtischen Bühnen sollten, wie es in einer bürgermeisterlichen Kundmachung hieß, ab 1. August 1911 auf drei beziehungsweise sechs Jahre zur Vergabe kommen, die Bewerbungsfrist wurde mit 13. August 1910, 12 Uhr mittags festgesetzt.<sup>60</sup> Ausdrücklich festgehalten wurde die zu erbringende Kautionssumme von 100.000 Kronen in bar oder in mündelsicheren österreichischen Wertpapieren, zu erlegen auf einem Konto der Stadtkasse Graz.

Wie aus einem späteren Bericht des stadträtlichen Theaterreferenten Casper vom 20. September 1910 ersichtlich, meldeten sich insgesamt zwölf Bewerber, wovon drei aber bald zurückzogen.<sup>61</sup> Die neun verbliebenen Kandidaten stellte Casper in seinem Papier mit ihren jeweiligen biografischen Daten und ihrem bisherigen beruflichen Werdegang näher vor. Schließlich unterbreitete er einen gereihten Dreivorschlag.<sup>62</sup> Seinen Erstgereihten, Julius Grevenberg, geboren 1858 in Stettin, bisher als Schauspieler an mehreren Bühnen (darunter im Übrigen auch in Graz zwischen 1897 und 1899) tätig gewesen und aktuell Oberregisseur in Berlin-Charlottenburg, beschloss der Theaterrausschuss in seiner Sitzung vom 15. September dann dem Gemeinderat in Vorschlag zu bringen.

Grevenberg wurde schließlich auch der neue Grazer Theaterdirektor. Von 1911 leitete er, die schwierigen Kriegsjahre hindurch, die beiden Grazer Häuser und schied erst 1921, nachdem er sich nach allgemeiner Einschätzung viele Verdienste erworben hatte, von Graz.

Von Hagin wäre noch zu berichten, dass zwischen ihm und der Stadtgemeinde Graz nach langen Streitverhandlungen und einem Feststellungsprozess, das berichtete das „Grazer Tagblatt“, schließlich ein einvernehmlicher Ausgleich hinsichtlich ausstehender strittiger Finanzfragen erzielt werden konnte.<sup>63</sup> Geklärt wurden auch die endgültigen Gewinn- und Verlustkonti der Theatersaisonen, für die Hagin verantwortlich zeichnete – letztlich stieg die Stadt aus dem „Abenteuer Hagin“ finanziell doch ohne Schaden aus. Nach seinem Abgang aus Graz – man stellte ihm im Übrigen trotz der Querelen ein sehr vorteilhaftes Amtszeugnis aus<sup>64</sup> – hatte Hagin zunächst in Magdeburg, Berlin und Wien leitende Funktionen inne. 1924/25 übernahm er das Landestheater in Linz (gleichzeitig Leiter des Sommertheaters in Gmunden), er feierte viele künstlerischen Erfolge, schlitterte unter Verlust seines eigenen Vermögens aber schließlich in den finanziellen Ruin. Am 3. September 1925 schied er in Linz freiwillig aus dem Leben.

- 1 Vgl. Hans-Peter WEINGAND: „Im Sumpfe der Großstadt.“ Männliche Homosexualität in Graz um 1900, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 27/28, Graz 1998, 709–722. Vgl. ferner ders.: „... Wo sich die Schwulen trafen.“ Der Grazer Stadtpark als Treffpunkt homosexueller Männer. Vom Tatort zum Erinnerungsort, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 44, Graz 2015, 311–337, hier bes.: 314.
- 2 Richard VON KRAFFT-EBING: Der Conträrsexuelle vor dem Strafrichter. Eine Denkschrift, Leipzig/Wien 1894. Zu erwähnen wäre noch Krafft-Ebings Hauptwerk „Psychopathia sexualis“, erschienen 1886.
- 3 Vgl. Hans-Peter WEINGAND: Peter Rosegger und die Homosexuellenbewegung, in: Blätter für Heimatkunde, 88, H. 3/4, Graz 2014, 128–137.
- 4 Zum gesellschafts- und kulturpolitischen Hintergrund allgemein: Stefan KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Gesellschaft – Wirtschaft – Kultur, Graz 2000, 73–103.
- 5 Vgl. WEINGAND: Im Sumpfe der Großstadt, 715.
- 6 Das „Orpheum“ bestand seit 1899 als vorstädtisches Varietétheater an eben dem Ort, wo es sich noch heute befindet. Es bot ein buntes „kulturelles“ Veranstaltungsprogramm etwa mit Dressurvorfürungen, Auftritten von Artisten und Zauberern, musikalischen Abenden u. dgl. – In den 1900er-Jahren wurde es von einem Leiterduo geführt, dessen Homosexualität stadtbekannt war, nachdem 1906 anlässlich eines Gerichtsverfahrens Berichte darüber in wenigstens zwei städtischen Blättern erschienen waren. Zum Orpheum allgemein: Rezka Theresia KANZIAN: „... von Sinnen“. Das Grazer Varieté Orpheum. Ausstellungsdokumentation im Stadtmuseum Graz, Graz 1999, bes. 18ff.
- 7 Ausführlich dazu WEINGAND: Im Sumpfe der Großstadt, 715–717.
- 8 Der § 129 des Strafgesetzes von 1852 („Unzucht wider die Natur“) betraf sowohl die Unzucht mit Tieren als auch die mit Personen gleichen Geschlechts.
- 9 Vgl. ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN (Hg.): Österreichisches Biografisches Lexikon 1815–1950, Bd. II, Graz/Köln 1959, 145f.
- 10 Vgl. Robert BARAVALLE: 100 Jahre Grazer Schauspielhaus. Geschichte des Grazer Schauspielhauses von seinen Anfängen bis auf die heutige Zeit, Graz 1925, 139f. Ähnlich in der Folge noch Walter ZITZENBACHER: Schauspiel in Graz, in: VEREINIGTE BÜHNEN GRAZ (Hg.): Das Grazer Schauspielhaus, Graz 1964, 77–169.
- 11 Vgl. die Berichterstattung der Presse von Anfang September 1908.
- 12 Vgl. Robert BARAVALLE: Grazer Opernhaus. Die ersten fünfundzwanzig Jahre im neuen Hause. 1899–1924, Graz 1924, 16; sowie ZITZENBACHER: Schauspiel, 125.
- 13 BARAVALLE: Grazer Opernhaus, 16.
- 14 Grazer Tagespost, Abendblatt, 14.2.1910, 2.
- 15 Arbeiterwille, 14.2.1910, 3. – Man bezog sich dabei auf eine knappe Meldung in der „Grazer Montags-Zeitung“ vom selben Tag.
- 16 Etwa Neues Wiener Tagblatt, 15.2.1910, 9, und Neues Wiener Journal, 15.2.1910, 4, ebenso Neue Freie Presse, 20.2.1910, 15.
- 17 Die jeweiligen Artikel der Berliner Morgenpost vom 15.2.1910 sowie der Leipziger Abendzeitung vom 17.2.1910 finden sich in: Vierteljahrsberichte des Wissenschaftlich-humanitären Komitees, 1, H. 3, Leipzig 1910, 307f.
- 18 Zur Grazer Tagespresse zu Beginn des 20. Jahrhunderts vgl. etwa KARNER, Steiermark, 98ff.
- 19 Grazer Volksblatt, Morgenausgabe, 15.2.1910, 5.
- 20 Grazer Volksblatt, Abendausgabe, 15.2.1910, 3.
- 21 Grazer Tagblatt, Abendausgabe, 15.2.1910, 2.
- 22 Ebenda.
- 23 Vgl. dazu etwa Heidemarie UHL: Moderne als Provokation. Zur Funktion von Theaterskandalen in Graz um 1900, in: Werner SUPPANZ, Heidemarie UHL (Hg.): Moderne als Konstruktion II. Debatten, Diskurse, Positionen um 1900 (= Studien zur Moderne, 15), Wien 2006, 163–177, siehe ebenso Heidemarie UHL: „Großstädtisch“ und „deutsch“. Das Stadttheater als Repräsentation kultureller Identität in Graz um 1900, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 27/28, Graz 1998, 517–533.
- 24 Arbeiterwille, 16.2.1910, 9f., hier: 9 – Mit „Eulenburgiade“ wird angespielt auf den sogenannten Eulenburg-Skandal, der sich im Mai 1907 im Deutschen Kaiserreich ereignete.
- 25 Ebenda. Extra betont wird, dass Hagin schon in Karlsruhe mit dem Unzuchtparagraphen kollidierte.

- 26 Ebenda.
- 27 Arbeiterwille, 21.2.1910, 2.
- 28 Ebenda.
- 29 Arbeiterwille, 16.2.1910, 9.
- 30 Arbeiterwille, 17.2.1910, 9.
- 31 Tagespost, Abendblatt, 17.2.1910, 2.
- 32 Ebenda. – In gleicher Weise äußerte sich auch das Wochenblatt Grazer Montags-Zeitung, 21.2.1910. In einem langen, ausgewogenen, Vorgeschichte und Verlauf der Theateraffäre übersichtlich rekonstruierenden Kommentar wird die gegen Hagin geführte, ihn vorverurteilende Hass- und Misgunstkampagne vornehmlich des „Arbeiterwille“ gerügt und demgegenüber für das Abwarten der laufenden Erhebungen plädiert. Behörden wie Stadtregerung genießen, wie deutlich wird, sichtlich das Vertrauen des Blattes. Den Grund für Hagins spontane Vertragskündigung sieht man in einer begreiflichen „seelischen Depression“.
- 33 Arbeiterwille, 18.2.1910, 9.
- 34 Ebenda. Die Ungleichbehandlung kritisierte der „Arbeiterwille“ nochmals in einer Meldung vom folgenden Tag (19.2.), nachdem er erfahren zu haben glaubte, dass Oberregisseur Alberty das Weite gesucht habe, ohne dass ihn die Behörden daran gehindert hätten. Die behauptete Flucht Albertys Richtung Italien bildete sodann im Übrigen einen Nebenschauplatz der journalistischen Fehde – das Grazer Tagblatt, Abendausgabe, 19.2.1910, dementierte Albertys Abreise, worauf der „Arbeiterwille“ auf einige seine Behauptung stützende Zeugenberichte verwies, die Frage der Flucht nun aber doch für offen erklärte. Siehe Arbeiterwille, 20.2.1910, 5; dafür wird in der Ausgabe vom nächsten Tag die Abreise des Dieners oder Kochs Hagins mit akkurat recherchierten Details gemeldet. Völlig unverständlich fand das Blatt, dass die Behörden die Einvernahme des „bildhübsche[n] junge[n] Mann[es]“ unterlassen hatten, denn dessen Aussagen hätten gewiss einiges über das Treiben im Hause Hagins ans Tageslicht bringen können. Arbeiterwille, 21.2.1910, 2.
- 35 Arbeiterwille, 18.2.1910, 9. – Was die angesprochenen Händel betrifft, sind zumindest zwei (sowohl Hagin als auch Alberty waren involviert) durch eine Meldung darüber im „Grazer Tagblatt“ dokumentiert. Vor Gericht traf sich das Milieu bald einmal. Siehe Grazer Tagblatt, Abendausgabe, 17.2.1910, 2f.; Von einem Prozess (wieder mit Hagin contra Ensemblemitglieder) berichtete ein gutes Jahr später etwa die „Tagespost“, siehe Tagespost, Morgenblatt, 31.5.1911, 5.
- 36 Grazer Stadtarchiv (StAG), Präsidial Akte G III 114a, 243 (1910).
- 37 Ebenda.
- 38 Grazer Tagblatt, Abendausgabe, 19.2.1910, 7, und Grazer Tagblatt, Morgenausgabe, 20.2.1910, 3, ebenso Tagespost, Abendblatt, 19.2.1910, 2, und Tagespost, Morgenblatt, 20.2.1910, 23, und schließlich das „Grazer Volksblatt“, das bei dieser Gelegenheit doch sichtlich von Hagin abrückte. Siehe Grazer Volksblatt, Morgenausgabe, 20.2.1910, 5.
- 39 Arbeiterwille, 20.2.1910, 5.
- 40 Das „Grazer Tagblatt“ listete auch Namen auf. Siehe Grazer Tagblatt, Morgenausgabe, 20.2.1910, 3.
- 41 Arbeiterwille, 26.2.1910, 8. – Als Antwort auf eine Meldung des „dümmste[n] Blatt[es] von Graz“ (gemeint das „Grazer Tagblatt“) über Albas selbst beantragte Vertragskündigung und Rückkehr in seine Heimatstadt München brachte der „Arbeiterwille“ am darauffolgenden Tag einen Kurzbericht und betitelte ihn einigermaßen hämisch mit: „Heim zu Muttern.“ Darin drückte er ferner seine Hoffnung aus, dass das Heimweh nach Muttern gar epidemisch werden und noch andere junge, von Hagin geförderte Herren befallen möge.
- 42 Ebenda.
- 43 Grazer Tagblatt, Abendausgabe, 26.2.1910, 4, bzw. Grazer Tagblatt, Morgenausgabe, 27.2.1910, 3; Arbeiterwille, 27.2.1910, 6; Grazer Volksblatt, Morgenausgabe, 27.2.1910, 5.
- 44 So zitiert im Grazer Tagblatt, Morgenausgabe, 27.2.1910, 3.
- 45 Arbeiterwille, 27.2.1910, 6.
- 46 Grazer Tagblatt, Morgenausgabe, 24.2.1910, 1f.
- 47 Grazer Tagblatt, Abendausgabe, 25.2.1910, 4.
- 48 Grazer Wochenblatt, 27.2.1910, 5.
- 49 Grazer Tagblatt, Morgenausgabe, 9.3.1910, 5f.
- 50 Grazer Tagblatt, Morgenausgabe, 11.3.1910, 17f.; Grazer Volksblatt, Morgenausgabe 11.3.1910, 5f.; Arbeiterwille, 11.3.1910, 5, und Tagespost, Morgenblatt, 11.3.1910, 4f. – Der Artikel des sozialdemokratischen Parteiblattes fällt abermals parteiisch aus, unbestritten sachlicher, vor allem aber informativer sind jene in den übrigen Tageszeitungen, vornehmlich der in der „Tagespost“.
- 51 Zit. nach Tagespost, Morgenblatt, 11.3.1910, 5.

- 52 Arbeiterwille, 27.3.1910, 6. Einen guten Monat später berichtete man nur mehr, dass während einer Theateraufführung ein „Liebling des Theaterdirektors“ von einem Schauspielerkollegen verprügelt worden sei. Arbeiterwille, 23.4.1910, 6.
- 53 So wurde etwa die nicht unterbundene, gleichsam über Schleichwege erfolgte Abreise des Leibkochs und Dieners Hagins mit allen Einzelheiten geschildert.
- 54 Arbeiterwille, 27.3.1910, 6.
- 55 Ebenda.
- 56 Grazer Montags-Zeitung, 4.4.1910, 2.
- 57 Grazer Montags-Zeitung, 29.3.1910, 1.
- 58 Ebenda.
- 59 StAG Präsidial Akte G III 114a, 243 (1910).
- 60 Ebenda.
- 61 Ebenda.
- 62 Casper leistete sich dabei einen kaum verkappeten, freilich zeitbedingten Antisemitismus, indem er bei seinem Drittgereichten, Karl Johannes Schwarz, als schwerwiegendes Manko dessen „nicht arische Abstammung“ anmerkte – „ein Umstand, der für seine Ablehnung für Graz ausschlaggebend sein dürfte“.
- 63 Grazer Tagblatt, Abendausgabe, 2.7.1912, 1.
- 64 StAG Präsidial Akte G III 114a, 1044 (1910). – In einem zumindest mittelbaren Zusammenhang mit dem „Theaterskandal“ stand ein weiterer Konflikt, den Hagin für den Rest seiner Direktionszeit in Graz noch auszutragen hatte, nämlich einen Gerichtsprozess mit dem Schriftsteller und Theaterkritiker Ernst von Dombrowski. Dazu Näheres bei Harald MIESBACHER: Zeitung gegen Bühne. Ein Gerichtsprozess zwischen dem Schriftsteller und Theaterkritiker Ernst von Dombrowski und dem Grazer Theaterdirektor Heinrich Hagin im Jahre 1910, in: Blätter für Heimatkunde, 92. Jg., H. 1/2, Graz 2018, 53–64.



## **„Mit blanken Waffen“**

### **Kultureller Heimatschutz im Ersten Weltkrieg**

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 brachte für die meisten mit künstlerischen, baukulturellen und denkmalpflegerischen Fragen befassten Vereine tiefgreifende Veränderungen mit sich, die zunächst darin bestanden, dass weniger Ressourcen für nicht unmittelbar kriegsnotwendige kulturelle Tätigkeiten zur Verfügung standen. Das galt auch für den erst rund fünf Jahre zuvor gegründeten, aber in der bürgerlichen Grazer Bildungselite und in zahlreichen steirischen Ortsgruppen bereits fest etablierten „Verein für Heimatschutz in Steiermark“.<sup>1</sup>

Bis dahin hatten sich die zum Teil prominenten, einem kulturkonservativen und mehrheitlich deutschnationalen urbanen Milieu angehörenden Vereinsmitglieder auf Bewusstseins- und Geschmacksbildung der breiten Öffentlichkeit bei baulichen Interventionen in die traditionellen Landschafts- und Ortsbilder konzentriert.<sup>2</sup> Sie verhielten sich dabei nicht nur als Vermittler, sondern auch als Geschmacksrichter, die mit oft geradezu missionarischem Eifer ihre Vorstellungen durchzusetzen trachteten. Die Mittel zur Verteidigung des „Bodenständigen“, „Heimatlichen“ und Althergebrachten bestanden in einer zeitgemäßen Volksbildungs-, Lobbying- und Öffentlichkeitsarbeit mit Presseaussendungen, Diavorträgen, Wanderausstellungen, Broschüren sowie projektbezogenen Bauberatungen und Kommentaren zu Gesetzesentwürfen. Da aufgrund der enormen Teuerung der Baumaterialien und des Kriegsdienstes zahlreicher Bauarbeiter in Österreich die Bautätigkeit, vor allem im privaten Bereich, fast vollständig zum Erliegen kam,<sup>3</sup> gab es für den Heimatschutzverein kaum mehr Gutachter- und Beratungstätigkeiten für geplante Neubauten. Damit fiel das wichtigste Standbein des Vereins, dem sich die aktiven Vertreter (vor allem Architekten, Kunsthistoriker, Volkskundler) in der Vorkriegszeit mit besonderer Energie gewidmet hatten, nahezu vollständig weg, zumal sich auch in der Wiedererrichtung zerstörter Bauten, die für andere österreichische Heimatschutzvereine eine neue Aufgabe darstellte, in der Steiermark kein zusätzliches Betätigungsfeld eröffnete, da kaum Kriegsschäden zu verzeichnen waren.

Doch statt den Verein während der Kriegsjahre quasi auf Eis zu legen, wie dies manche Kunstvereine taten,<sup>4</sup> entschieden sich die Protagonisten, ihre Prioritäten zu verändern, ihre Themenstellungen der Kriegssituation anzupassen und gleichzeitig auch die eigene gesellschaftliche Rolle neu zu argumentieren. Auf die Tagesordnung kamen nun Inhalte und Aktivitäten, die im Sinne der „Heimatfront“ zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft beitrugen, zum Teil aber von den eigentlichen Vereinszielen wegführten. Der Jahresbericht 1914/15 hob neben den trotz angespannter Lage durchgeführten üblichen Tätigkeiten vor allem die Erfolge „auf dem Gebiete der kulturellen Kriegsfürsorge“<sup>5</sup> hervor. Im Folgenden soll am Beispiel des Vereins für Heimatschutz in Steiermark gezeigt werden, wie sich ein zunächst primär mit ästhetischen Fragen befasster Kulturverein, der gesellschaftlich Einfluss zu nehmen suchte, unter dem Eindruck des Krieges transformierte und neue Aufgabenstellungen entwickelte, durch Texte und Aktivitäten nicht mehr nur kulturell, sondern politisch und gesellschaftlich Stellung bezog und nun auch im Hinblick auf eine nationalistische Verschärfung aktiv zur öffentlichen Meinungsbildung beitrug.

### **Teil eines (inter-)nationalen Netzwerks**

Der 1909 gegründete Verein für Heimatschutz in Steiermark war besonders in seinen Anfängen kein isoliertes, ausschließlich auf die Region bezogenes Gremium, sondern agierte im internationalen Kommunikationsraum der bürgerlichen Kultur- und Lebensreformbewegungen im Deutschen Reich und in den österreichischen Kronländern. Hervorgegangen war der Verein aus der in Deutschland entstandenen Bewegung des Heimatschutzes, die, basierend auf Krisen- und Verlustgefühlen, Ende des 19. Jahrhunderts auf die „Verunstaltungen“ der Stadt- und Landschaftsbilder durch Industrialisierung und Modernisierung reagiert hatte. In den Schriften der Bewegung, für die sich vor allem der Berliner Musikprofessor Ernst Rudorff und der Architekt und Publizist Paul Schultze-Naumburg im Umkreis der Zeitschrift „Kunstwart“<sup>6</sup> engagierten, manifestierte sich von Beginn an eine starke deutschnationale Haltung.

Noch während des Krieges stand der steirische Heimatschutzverein in regem Austausch mit dem Bund Heimatschutz (ab 1914 Deutscher Bund Heimatschutz), der seit 1904 als Dachverband für Deutschland fungierte, aber auch mit regionalen Vereinen, vor allem in Bayern, Sachsen und Thüringen kooperierte. In Österreich bestand ein enger Kontakt zu dem 1912 gegründeten Verband österreichischer Heimatschutz-Vereine, der unter der Leitung von Karl Giannoni versuchte, sich als übergeordnete Einrichtung zu etablieren, jedoch nicht dieselbe Durchsetzungs- und Integrationskraft wie der Deutsche Bund Heimatschutz erreichte. Durch die geringeren finanziellen Mittel während des Krieges konnte der Verband weder die geplante Einrichtung einer „Bauberatungsstelle der Hauptkommission für den Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Ortschaften Südwestösterreichs“<sup>7</sup> noch die Herausgabe einer „Zeitschrift für Heimatschutz und Denkmalpflege“, die die Vereine in Österreich auf eine gemeinsame Linie bringen sollte, realisieren. Ein Projekt konnte Karl Giannoni – auch mit

Unterstützung des steirischen Vereins – in den ersten Kriegsjahren jedoch umsetzen: die 1916 eröffnete Ausstellung „Heimatschutz und Bauberatung“ im damals neuen Technischen Museum in Wien.<sup>8</sup>

Der Verein für Heimatschutz in Steiermark ist aber nicht nur als Teil der Heimatschutz- und Denkmalpflegevereine in Deutschland und Österreich zu verstehen, sondern kommunizierte auch intensiv mit den Vertretern anderer Reformbewegungen, etwa der an der Erneuerung von Kunsthandwerk und Architektur arbeitenden Werkbundbewegung, der Gartenstadtgesellschaften, die mit planmäßigen Stadtmodellen auf die schlechten Wohn- und Lebensverhältnisse in den stark angewachsenen Großstädten reagierten, sowie bei konkreten Bauprojekten auch mit den Wohnungsfürsorgevereinen. Ab 1915 wurden die Ideen der Kriegerheimstättenbewegung ebenfalls von Deutschland übernommen. Gerade während des Krieges, wo sich die Diktion des Heimatschutzvereins generell verschärfte, entwickelte sich auch eine engere Zusammenarbeit mit dem zunehmend antislawisch und antijüdisch agierenden Schutzverein Südmark, die in der Zwischenkriegszeit weitergeführt werden sollte.

### **Tagesgeschäfte im Krieg**

Welche konkreten Veränderungen ergaben sich nun ab Sommer 1914 durch die historischen Ereignisse für den Verein für Heimatschutz in Steiermark? Eher symbolische Bedeutung für die Vereinsarbeit hatte die Ermordung des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand, der den Verein seit 1910 als Protektor mit sozialem Kapital ausgestattet hatte.<sup>9</sup> Ein wichtigerer personeller Einschnitt bestand darin, dass der auf den ersten Geschäftsführer, Walter von Semetkowski,<sup>10</sup> folgende Architekt Ludwig Lepuschitz 1915 zum Militärdienst einberufen wurde, und deshalb interimistisch Adolf von Inffeld<sup>11</sup> die Leitung der Geschäftsstelle übernehmen musste. Kriegsbedingt wurden die Subventionen aus öffentlicher Hand (vor allem von den Ministerien für öffentliche Arbeiten und für Kultus und Unterricht) um die Hälfte reduziert, auch bei den Mitgliedsbeiträgen waren starke Einbußen zu verzeichnen. Aufgrund von Materialengpässen erschienen ab dem Jahr 1916 keine gedruckten Jahresberichte mehr, in denen in den ersten Bestandsjahren die Vereinsaktivitäten detailgenau dokumentiert worden waren. Die gebündelten Jahresakten, die seit der Vereinsgründung geradezu bürokratisch die Tätigkeitsprotokolle und Korrespondenzen sammelten, wurden, vor allem im Jahr 1917, immer schmäler, belegen aber, dass die Mitglieder selbst in den Kriegsjahren noch bei einigen als Notstandsbauten errichteten Schulbauten zur Beratung herangezogen und auch untergeordnete Themen wie die Gestaltung von Portalen oder der Kampf gegen die Aufstellung von Reklamelaternen behandelt wurden.

Um den steigenden Anfragen bezüglich der künstlerischen Gestaltung von Kriegerdenkmälern zu begegnen, gab der Verein, als Höhepunkt des Jahres 1915 die Flugschrift „Steirische Kriegerdenkmale“<sup>12</sup> mit zahlreichen Entwurfsbeispielen heraus und verteilte diese kostenlos an alle steirischen Gemeinden. Da Manfred Graf Clary und Aldringen, k.k. Statthalter in Steiermark, seit der Gründung Vereinspräsident war, konnten Vortragsreihen und Liederabende in unregelmäßigen Abständen im



Abb. 1: VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Steirische Kriegerdenkmale. Fünfte Flugschrift, Graz 1915, Titelblatt (Quelle: Steiermärkisches Landesarchiv)

prestigeträchtigen Rahmen der Grazer Burg veranstaltet werden. Diese wurden auch in der Kriegszeit fortgesetzt.

1915 startete der Verein neben der erwähnten Flugschrift mit den Kriegsflugblättern „Heimatgrüße“ ein weiteres umfangreiches Projekt. Die 16-seitigen Hefte erschienen von Februar 1915 bis Mai 1918<sup>13</sup> in 52 Ausgaben zunächst im Zweiwochenintervall, später unregelmäßig. Sie wurden kostenlos an die steirischen Frontsoldaten verschickt und waren, zur teilweisen Kostendeckung, im „Hinterland“ auch an den Zeitungskiosken um 20 Heller erhältlich. Zu ihrer Herstellung müssen viel ehrenamtlicher Einsatz und finanzielle Mittel aufgebracht worden sein, dennoch wurde im letzten gedruckten Jahresbericht des Vereins von 1914/15 nur relativ kurz von dieser Arbeit berichtet.<sup>14</sup>

### **Stoßrichtungen des Heimatschutzes: Verstädterung, Nivellierung und „Scheinkultur“**

Der Begriff „Heimatschutz“, der zuvor nur im militärischen Sinn verwendet worden war, wurde 1897 von Ernst Rudorff in der Zeitschrift „Die Grenzboten“ als ganzheitliches Reformkonzept in einen kulturellen Kontext eingeführt.<sup>15</sup> Rudorff forderte in diesem Text zum unmittelbaren Handeln und zur organisatorischen Bündelung der Kräfte auf. 1903 veröffentlichte er gemeinsam mit anderen Mitstreitern, darunter auch Peter Rosegger, den „Aufruf zur Gründung eines Bundes Heimatschutz“, ein frühes, kämpferisches Manifest der Bewegung. Darin wird der Vergleich zwischen den Zerstörungen der Heimat durch historische Kriege und jenen durch die aktuell beobachtete Modernisierung gezogen:

„Heimatschutz fordern wir! Einen fremden Eindringling zwar haben wir nicht zu befürchten, wohl aber die einheimischen Vandalen. [...] Ja, die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges haben nicht so verheerend gewirkt, so gründlich in Stadt und Land mit dem Erbe der Vergangenheit aufgeräumt, wie die Übergriffe des modernen Lebens mit seiner rücksichtslos einseitigen Verfolgung praktischer Zwecke.“<sup>16</sup>

Dem Schutz der Heimat vor unerwünschten Veränderungen durch Industrialisierung und Verstädterung hatte sich auch der Verein für Heimatschutz in Steiermark von Beginn an verschrieben, und zwar ebenfalls in einem ganzheitlichen Sinn. Die Satzungen, die sich (zum Teil fast wörtlich) an Vorbildern in Deutschland orientierten, nannten als Ziel, „die natürliche und kulturelle Eigenart des Landes zu erhalten und zu pflegen“, und zwar:

„a) durch Schutz der landschaftlichen Naturbilder und Ortsbilder vor jeder Art von Entstellung; b) durch Pflege der Überlieferung der ländlichen und städtischen Bauweise; c) durch Förderung einer künstlerischen Bauentwicklung und Landschaftspflege; d) durch Schutz der Naturdenkmäler aller Art und e) durch Schutz alter guter Sitten, Gebräuche und Trachten.“<sup>17</sup>

Auch wenn der Verein steirische Liederabende und Vorträge zu Themen wie Denkmalpflege, Naturschutz oder Weihnachtsbräuche veranstaltete und Heimatliteratur publizierte, sah er von Anfang an die Architektur und den Schutz der gebauten Umwelt – präziser: die Beeinflussung des zeitgenössischen Bauens „im Sinne des Heimatschutzes“ – als eigentliche Kernaufgabe an. Neubauten sollten sich künftig harmonisch in die vertrauten Landschafts- und Stadtbilder integrieren.

Obwohl die wertenden Formulierungen zu Beginn meist noch relativ moderat erschienen („unschön“, „schlechte“ Gestaltung, „Beeinträchtigung“) und die Sprache erst kurz vor 1914 aggressiver wurde, verwiesen die Autoren bereits in den ersten beiden Flugschriften des Vereins auf die Bedrohung, Gefahr, Entstellung und Verunstaltung der Natur- und Kulturlandschaft. Die erklärten Feindbilder wurden in den oft als „Scheinkultur“ bezeichneten Auswüchsen des Historismus der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts gesehen (gegen die übrigens zur selben Zeit auch „moderne“ Architektenpersönlichkeiten wie Otto Wagner und Adolf Loos polemisierten), in der Verstädterung der ländlichen Ortschaften und in der Zerstörung der Landschaft durch unpassende Bauten. In der Nachfolge von Paul Schultze-Naumburg, der in seiner ab 1901 herausgegebenen Buchreihe „Kulturarbeiten“<sup>18</sup> vor allem die Gründerzeitarchitektur der zweiten Jahrhunderthälfte heftig kritisiert hatte, richteten sich die Grazer Heimatschützer gegen die „Verhandlungen“ des Stadtbildes durch „öde Neubauten“, „Dachwüsten mit Schotter“, „Zinskasernen“ und an Gefängnisse erinnernde Schulbauten. Der als monoton aufgefassten Reihenverbauung des Historismus zog man den „lebendigen“ Charakter der alten (vormodernen) Stadtbilder vor, wobei auch Camillo Sitte ein besonderes Vorbild war. In den ländlichen Orten wurde vor allem die Errichtung von „schlechten städtischen Mietshäusern“<sup>19</sup> oder ähnlichen in den Großstädten entstandenen Bautypen bekämpft. Auch gegen das internationale Phänomen eines „unechten“ Landhaus- und Heimatstiles (der auch Schweizer- oder Tirolerstil genannt wurde) traten die Heimatschützer vehement auf. Im Gegenzug wurde eine Bauweise, die auf alten Überlieferungen beruhte und sich an süddeutschen Vorbildern orientierte, befürwortet und in zahlreichen Bildpaaren durch „Gegenbeispiele“ und „Besserungsvorschläge“ verdeutlicht.

### **Argumente für den kulturellen Heimatschutz im Krieg**

Mit Kriegsbeginn gerieten die Heimatschützer mit ihren auf das äußere Erscheinungsbild der Heimat zielenden Forderungen im Hinblick auf den lebensgefährlichen Einsatz der Soldaten an der Front in Argumentationsnotstand (wohl auch im Hinblick auf schwindende Mitgliederzahlen und verringerte öffentliche Subventionen). Sie reagierten darauf mit Rechtfertigungen und Selbstvergewisserungen in verschiedene Richtungen. Eine davon betraf die eigene Schützerfunktion gegen den „inneren“ Feind der Heimat, gegen den Unverstand der bereits zitierten „einheimischen Vandalen“. Im Oktober 1915 schrieb Max Wagner in einem in den „Heimatgrüßen“ veröffentlichten Aufsatz über den Verein für Heimatschutz in Steiermark, manche Soldaten würden sich fragen, was denn Heimatschutz heißen solle, da ja sie selbst die Heimat schützen würden. Darauf antwortete Wagner:

„Ja, gegen den Feind schon, den hält eure Eisenfaust fern. ,Und was gäbe es sonst noch zu schützen?‘ höre ich fragen. Das, was an unserer Steiermark die Heimat ausmacht. Das, was nicht ungarisch, nicht böhmisch, nicht nachbarländisch, sondern eben steirisch ist. Die Art, wie die Steirer von altersher ihr Haus bauen, wie sie ihr Haus einrichten, wie sie ihr eigenes Gewand tragen und wie sie singen und ihre Feste feiern. Das alles braucht einen Schutz, und zwar gleich, ehe es ganz zu spät ist. ,Ja gegen wen denn?‘ Gegen den Unverstand, gegen die Gleichgiltigkeit, gegen die Gleichmacherei des modernen Verkehrs, gegen die Steirer selber, die so gern denken, das, was aus der Großstadt kommt, am Ende gar aus dem Ausland, müßte besser, feiner und wertvoller sein, als was daheim gemacht ist.“<sup>20</sup>

Eine zweite Argumentationskette hob die kathartische Kraft des Krieges hervor, der nach einer dekadenten Zeit nun den „Kern“ der Heimat zum Vorschein kommen lasse und deshalb als willkommene Möglichkeit zur Stärkung der begonnenen Heimatschutzarbeit gesehen wurde. Der Zusammenbruch dieser als unehrlich verstandenen Scheinkultur durch eine dem Krieg entspringende heroische Energie wurde zumindest in den ersten Kriegsjahren begrüßt, ja sogar eingefordert (wie das im Übrigen ja auch für andere Kulturvereinigungen galt). Im Hinblick auf die konkrete Heimatschutzarbeit hieß es im Jahresbericht des Vereins von 1914/15:

„Bei diesem Streben hat er [der Verein] einen mächtigen Bundesgenossen an der Gewalt dieser Zeit, welche das Echte und Grundfeste emporsteigen läßt, und er weiß sich dabei auch an der großen Aufgabe mittätig, die innere Fülle des Deutschtums durch das redliche und freundliche Verstehen der Stämme untereinander zu fördern. [...] Schale und Kern des heimatlichen Wesens stärke, die Auswüchse aber beschneide diese eiserne Zeit.“<sup>21</sup>

Ein weiteres Argument für die Sinnhaftigkeit der Heimatschutzarbeit wurde – nun im Hinblick auf den Durchhaltewillen an der Front – eingeführt: In den „Heimatgrüßen“ schrieb Max Wagner mit indirektem Bezug auf die Sinnhaftigkeit des Engagements des Heimatschutzvereins: „Die Vaterlandsliebe, die Heimatliebe macht es, die macht aus den Menschenmassen Soldaten, gute und tapfere Soldaten, sonst bleiben sie eine große Herde in Uniformen!“<sup>22</sup> Heimatliebe, die anfänglich vorwiegend den baulichen und landschaftlichen Erscheinungsformen gegolten hatte, und Kriegsbegeisterung wurden auf diese Weise fest ineinander verzahnt. Umgekehrt wurde auch erhofft, dass die „Tugenden des Feldes [...] im Hinterlande und in den Zeiten des einstigen Friedens in den Menschen und Stämmen als echte heimische Art lebendig bleiben.“<sup>23</sup>



### Zur Frage der Kriegerheimstätten.

Zu dieser wichtigen, vom Bunde der „Deutschen Bodenreformer“ aufgerollten Frage, über die wir im 26. „Gruß“ im Anschlusse an den Vortrag Adolf Damajkcs, des Führers der ganzen Bewegung, einen ausführlichen Bericht brachten, seien diesmal mehrere hervorragende österreichische Stimmen mitgeteilt.

Als ersten lassen wir unserem geliebten Rosegger das Wort. Er schrieb folgenden Brief an

Herrn A. Damajkcs,  
Vorsitzender des Bundes „Deutscher Bodenreformer“,  
Berlin.

Graz, den 14. Jänner 1916.

Hochgeehrter Herr!

Haben Sie allerwärmsten Dank für Ihr Bodenreformbuch, das ein großes Kulturwerk einleitet.

Besonders nahe geht mir Ihr Kriegerheimstättenplan, in welchem das erstemal klar ein Anliegen ausgesprochen wird, das uns allen heute auf dem Herzen liegt. Wie wird es sein, wenn unsere Helden von den Schlachtfeldern zurückkehren? Soll es wieder so werden, wie nach dem Deutsch-Französischen Kriege von 1870? Oder, wie die Dinge jetzt liegen, noch unvergleichlich schrecklicher?

Dem beugen Sie vor. Der Mann, der für die Heimat sein Leben einsetzt, muß selbst ein Stück Heimat haben. — Was ist

Abb. 2: Heimatgrüße. Kriegsflugblätter des Vereines für Heimatschutz in Steiermark, 10. März 1916, 9 (Quelle: Steiermärkisches Landesarchiv)

## **Ausblendung – Ausgrenzung – Verteidigung „mit blanken Waffen“**

Neben diesen selbstrechtfertigenden und die Bedeutung der eigenen Arbeit hervorhebenden Reaktionen trug der Verein für Heimatschutz in Steiermark aber über die Einflussnahme in ästhetischen Fragen auch zur zunehmenden Nationalisierung der bürgerlichen Gesellschaft bei, die schließlich im Aufruf zur Verteidigung der Heimat „mit blanken Waffen“ mündete.

Die zeitgenössischen Eingriffe in das Althergebrachte wurden sowohl als „moderne[r], jede Eigenart ertötende[r] Nivellierungsrechen“ im Sinn einer architektonischen Einheitssprache als auch als „Fremdkörper“<sup>24</sup> im trauten Ortsbild scharf kritisiert. In seinen Publikationen argumentierte der Verein aber wie bereits erwähnt nicht nur *gegen* „Verunstaltungen“ durch Industrialisierung, Verstädterung und falschen Kitsch, sondern auch *für* eine „bodenständige“ und „heimatliche“ Architektur. Diese Architektur, die durchaus aus einem Reformwillen zur Überwindung des überholten Historismus heraus verstanden wurde, sollte ein deutlicher süddeutscher Einschlag (polygonale Erker, hohe Walm- oder Mansarddächer etc.) kennzeichnen. München – und im Bereich des Bauens vor allem die Münchner Architekturschule um Theodor Fischer – war für das deutschnationale Graz um 1900 eine wichtige Referenzstadt. Die tatsächlich bestehenden südlichen Elemente der Grazer Architektur (etwa die von lombardischen Baumeistern errichteten Renaissance-Arkadenhöfe der Bürgerhäuser) wurden hingegen bei dieser aus nationalistischer Perspektive unternommenen Konstruktion einer „heimischen“ Bauweise ausgeblendet.

Während die Formulierungen bezüglich der nationalen Zugehörigkeit in der ersten Bestandszeit noch recht vage gehalten waren und sogar die Frage gestellt wurde, „ob nicht etwa der Heimatschutzgedanke wenigstens gegenüber dem Bauwerke oder der Natur die Kraft hat, einen Ausgleich der Völkerstämme auf geistigem Gebiete anbahnen zu helfen“<sup>25</sup>, mutierte in den Jahren vor Kriegsbeginn und schließlich besonders während des Krieges die Heimat, die es zu schützen galt, vollends zur „deutschen Heimat“. Nationale Themen erhielten immer größere Bedeutung, wie etwa das Beispiel des sonst mit Hausformen und Trachten beschäftigten Volkskundlers Viktor von Geramb zeigt, der 1918 einen Vortrag „Vom deutschen Wesen“ hielt.<sup>26</sup> Die ideologische Akzentverschiebung lässt sich auch am Beispiel der Tracht zeigen.<sup>27</sup> Unter dem Titel „Was ziehe ich nach dem Kriege an?“<sup>28</sup> wurde mit der im Dezember 1918 erschienenen 6. Flugschrift für die „Wiederbelebung der steirischen Volkstracht“ als Zeichen für „völkisches Selbstbewusstsein“<sup>29</sup> geworben, um sich von Engländern und Franzosen deutlich zu unterscheiden und Herkunft und Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Das traditionelle textile Material erhielt dabei symbolische Bedeutung: „Die bajuvarische Bauernhand, die alles genau so verlässlich führt wie den Krieg, sie bringt einen Hausloden zustande, der [...] d u r c h h ä l t wie Stahl und Stein.“<sup>30</sup>

Konsequenterweise suchten die Vereinsmitglieder während des Krieges zunehmend die Nähe zum antislawisch und antisemitisch agierenden deutschnationalen Schutzverein Südmark. Verbunden mit einem Spendenaufruf für den Heimatschutzverein endete die im Dezember 1919 erschienene letzte Nummer der noch vor Kriegsende eingestellten<sup>31</sup> „Heimatgrüße“, in welchen der Krieg „oftmals nur als eine andere

Form des ‚Volkstumskampfes‘ erschien<sup>32</sup>, mit einem Appell zum „inneren, geistigen Wiederaufbau unserer Heimat und unseres Volkstumes“.<sup>33</sup> In einem Werbeauftrag am Ende des Heftes wird der Konnex von Heimatschutz- und nationaler Aufbauarbeit deutlich hergestellt: Die ab 1920 erscheinende neue Zeitschrift der Südmark werde „g a n z im Geiste unserer Heimatgrüße“ gehalten und ihr Preis so niedrig angesetzt sein, dass jeder, „der heimatlich, deutsch und zukunftsfröhlich denkt und arbeitet“<sup>34</sup> diese abonnieren könne.

Auf diskursiver Ebene war es von der Ausgrenzung (Exklusion) des Fremden beziehungsweise Fremdartigen im Bauen bis zur Verteidigung der Heimat mit Waffen gegen eine äußere Bedrohung schließlich nur mehr ein kleiner Schritt. Der Schutz der Heimat mit volksbildnerischen Mitteln wurde nun mit der militärischen Verteidigung untrennbar verschmolzen. Im Nachruf des Heimatschutzvereins auf den kunsthistorischen Landeskonservator der Steiermark, Paul Hauser, der ein aktives Mitglied gewesen war und bereits im September 1914 in der Schlacht von Gródek (Galizien) starb, hieß es, die Begeisterung für „unsere gerechte Sache“ habe ihn „vom Schutze geistiger Güter und Werte der Heimat zu ihrer Verteidigung mit blanken Waffen gerufen!“<sup>35</sup>. Und auch der im November 1914 ebenfalls in Galizien gefallene Fürstenfelder Richter Viktor Mandl, der die Volksliederabende des Heimatschutzvereins in der Grazer Burg mitgestaltet hatte, habe „seine Heimatliebe in Leben und Kunst durch seine ganze echte Art betätigt und sie mit dem Tod für Kaiser und Reich besiegelt.“<sup>36</sup>

### **Neue Betätigungsfelder: Das Thema Krieg**

Der Krieg veränderte nicht nur Wortwahl, Rhetorik und Argumentation, sondern auch die konkreten Themenstellungen, denen sich der Verein widmete. War im Dezember 1914 noch, quasi als Relikt der Friedenszeit, eine Flugschrift über „Peter Rosegger und die Volkskunde“<sup>37</sup> erschienen, so standen ab nun alle Publikationen und Veranstaltungen im Zeichen des Krieges.

Die Vortragsreihen in der Grazer Burg wurden durch zeitbezogene Themen ergänzt, 1916 sprach beispielsweise ein Referent über den Wiederaufbau kriegszerstörter Schutzhütten. Im Jänner 1918 hielt Walter von Semetkowski einen Vortrag über „Heimische Denkmalpflege während der Kriegszeit“, bei dem es auch um die kriegsbedingte Einziehung von Kupferdächern, Kirchenglocken und Orgelpfeifen aus Zinn ging.<sup>38</sup> Bei den Liederabenden wurden nun aus den üblichen (begrifflich neutraleren) „Volksliedern“, denen der Verein bereits Anfang 1914 eine eigene Flugschrift gewidmet hatte,<sup>39</sup> „Heimatlieder“, deren Bezeichnung stärker eine räumliche Zugehörigkeit ausdrückte und eine subtile Verstärkung der ideologischen Kodierung ablesen lässt. Das Repertoire dieser Abende, das der ehemalige Lehrer und Volksliedforscher Viktor Zack in Zusammenarbeit mit Viktor von Geramb aus seinen eigenen Sammlungen zusammenstellte, wurde nun durch Soldatenlieder ergänzt.<sup>40</sup>

Ein weiteres Arbeitsfeld, an dem sich die kriegsbedingt veränderte Fokussierung der Vereinstätigkeit ablesen lässt, eröffnete sich in der Bewerbung der Idee der Kriegerheimstätten zur Versorgung von Not leidenden Kriegsheimkehrern, Kriegsinvaliden

# Vortragsreihe 1917/18

Festsaal der k. k. Burg, Hofgasse 13, 1. St., 7½ Uhr abends.

<p>Mittwoch den 5. Dezember 1917:  <b>Deutscher Volks- und Kinder-            Liederabend</b>            unter Leitung des Herrn Direktor Viktor Zank, mit Lichtbildern.</p>	<p>Mittwoch den 6. Februar 1918:            Hochschulprofessor Dr. Alexander Fornquist  <b>Das Leben der Berge</b>            mit Lichtbildern.</p>
<p>Mittwoch den 19. Dezember 1917:            Universitätsprofessor Dr. Robert Sieger  <b>Steirische Landschaften</b>            mit Lichtbildern.</p>	<p>Mittwoch den 20. Februar 1918:            Rektor, Oberbaurat, Professor Franz Brobny  <b>Das steirische Bürgerhaus</b>            mit Lichtbildern.</p>
<p>Mittwoch den 9. Jänner 1918:            Dr. Viktor Ritter v. Geramb  <b>Vom deutschen Wesen.</b></p>	<p>Mittwoch den 6. März 1918:            Regierungsrat Dr. Karl Hassak  <b>Von steirischen Industrien</b>            mit Lichtbildern.</p>
<p>Mittwoch den 23. Jänner 1918:            Dr. Walter v. Semetkowsky  <b>Heimische Denkmalpflege            während der Kriegszeit</b>            mit Lichtbildern.</p>	<p>Mittwoch den 20. März 1918:            Professor Alfred v. Schrötter  <b>Die deutschen Romantiker in der            bildenden Kunst des 19. Jahrh.</b>            mit Lichtbildern.</p>
<p>Mittwoch den 3. April 1918:  <b>Steirischer Volksliederabend</b>            unter Leitung des            Herrn Direktor Viktor Zank.</p>	

Lichtbildapparat von der Direktion der k. k. Handelsakademie in Graz freundlichst beigelegt.

Eintrittskarten zu jedem Vortrage an der Abendkasse zu 2 und 1 Krone für Sitzplätze und 60 Heller für Stehplätze. Reservierte Sitze zu jedem Vortrage in den ersten zwei Reihen zu je 3 Kronen an der Abendkasse oder brieflich bei der Geschäftsstelle des Vereines (k. k. Burg, 2. Stock). Karten für die gesamte Vortragsreihe für obige Sitzplätze zum Preise von 24, 14 und 7 Kronen sind vom 1. bis einschließlich 3. Dezember beim Burgwart erhältlich.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Kerschbaumers in Graz.

Abb. 3: Plakat der Vortragsreihe 1917/18 des Vereins für Heimatschutz in Steiermark (Quelle: Steiermärkisches Landesarchiv)

und deren Angehörigen mit Wohnbauten auf minimalen Grundrissen, einer Vorform des genossenschaftlichen und kommunalen sozialen Wohnbaus der Zwischenkriegszeit, die allerdings kaum in die Realität umgesetzt werden konnte. Vorgesehen waren hygienisch einwandfreie Wohnhäuser mit Nutzgärten zur Selbstversorgung (Wohnheimstätten) sowie landwirtschaftliche Anwesen (Wirtschaftsheimstätten). In Wien entwickelte die Stadtgemeinde in Hirschstetten-Aspern ein konkretes, jedoch nicht realisiertes Projekt für 700 Familien.<sup>41</sup>

Adolf Damaschke, der Vorsitzende des „Bundes Deutscher Bodenreformer“ und „Führer“ der Kriegerheimstättenbewegung, hatte die Frage der Kriegerheimstätten als „eine Schicksalsfrage für das deutsche Volk“<sup>42</sup> bezeichnet. Am 15. Jänner 1916 hielt er in Graz einen Vortrag über sein Programm. In einem aus diesem Anlass verfassten, in den „Heimatgrüßen“ veröffentlichten Brief an ihn schrieb Peter Rosegger emphatisch: „Der Mann, der für die Heimat sein Leben einsetzt, muß selbst ein Stück Heimat haben“<sup>43</sup>. Die Förderung einer im Sinne des Heimatschutzes „guten“ Architektur, mit der der steirische Verein in der Friedenszeit vor allem im Bereich der Schulbauten in kleineren steirischen Gemeinden Erfolge erzielte,<sup>44</sup> konnte hier mit dem Hinweis auf den moralischen Einsatz für die heimgekehrten Soldaten weitergeführt werden. Walter von Semetkowski berichtete 1916 in den „Heimatgrüßen“<sup>45</sup> über die Frage der Kriegerheimstätten, die, besonders im Hinblick auf die Finanzierbarkeit und die städtebauliche Anlage in gartenstadtähnlichen Siedlungen, in Flugschriften verschiedener Vereinigungen und in Zeitschriftenaufsätzen heftig diskutiert wurde. Mit stärkerem Akzent auf die Schutzfunktion der deutschen Sprachgrenzen („eine treue, verlässliche Deutschgesinnung“<sup>46</sup> sei Bedingung für die Vergabe) setzte sich in der Steiermark auch der Verein Südmark für Kriegerheimstätten ein. Schon vor dem Krieg bestanden zahlreiche Kontakte zwischen dem steirischen Heimatschutzverein und dem Wohnungsfürsorgeverein, die vor allem die Begutachtung von Wohnbauprojekten durch Ersteren betrafen. Nun ging es in der Bauberatung und -begutachtung aber weniger um ästhetische als um praktisch-bauphysikalische Fragen. Bei einem 1917 vom Wohnungsfürsorgeverein geplanten Bau einer Kriegerheimstätte in Neudorf bei Puntigam protestierte der Heimatschutzverein etwa gegen die vorgesehenen Betonbauten, bei denen eine schlechte Isolierung gegen Wärme und Kälte und hohe Luftfeuchtigkeit befürchtet wurde und weil der Verbauungsplan für dieses Projekt allen Grundsätzen neuzeitlicher Kleinwohnungsanlagen in Deutschland widerspreche.<sup>47</sup>

Eine Aktivität, die, wie erwähnt, viel Einsatz erforderte, dabei aber über die eigentlichen Ziele des Vereins für Heimatschutz in Steiermark weit hinausging, war die Herausgabe und Versendung der nach reichsdeutschem Vorbild konzipierten Kriegsflugblätter „Heimatgrüße“<sup>48</sup>, deren Schriftleitung Viktor von Geramb übernommen hatte (von ihm und Max Wagner stammten auch die meisten Beiträge) und die „unseren Landsleuten im Felde, namentlich im entnervenden Stellungskriege, die Überzeugung von der heißen Teilnahme der Heimat an ihrem tapferen Ringen erhalten, ihren seelischen Zusammenhang mit dem Hinterlande in Ernst und Scherz pflegen sollen.“<sup>49</sup> Diese Hefte sind auch deshalb außergewöhnlich, da sie in der Vereinsgeschichte (mit Ausnahme einer ab 1954 einige Jahre erscheinenden Zeitungsbeilage) das einzige regelmäßige Publikationsorgan darstellen.

Die Beschreibung der Blätter im Jahresbericht des Vereins von 1914/15 mutet wie die einer harmlosen Heimatzeitung an: „In den Heimatgrüßen, welche der Verein ins Feld schickt, zeigt sich steirisches Menschenwesen im Denken, Träumen, Witz und Sang und steirische Landschaftsschönheit in Bildern.“<sup>50</sup> Tatsächlich boten diese Flugblätter, wie Werner Suppanz gezeigt hat, nicht nur Information und Unterhaltung für die Frontsoldaten, sondern dienten vor allem auch deutschnationaler Identitäts- und Kulturpolitik und dem Wecken eines „Heimatgefühls“.<sup>51</sup> Zur Unterstützung der „Moral“ und des Durchhaltewillens an der Front umfassten sie jeweils einen Überblick über die politische Lage und die heroischen Taten der Mittelmächte, Nachrichten über die Kriegsbewältigung in der Steiermark sowie zur Aufheiterung Gedichte und Soldaten- und Kriegsgeschichten, Kriegswitze, die die feindlichen Nationen propagandistisch abwerteten, Rätsel, Soldatenlieder, „Heiteres aus der Heimat“ und sogar praktische Ratschläge wie erprobte Mittel gegen Ungeziefer, Kälte und Hunger.

### **Flugschrift Steirische Kriegerdenkmäler**

Bald nach Kriegsbeginn erschlossen sich die Vertreter des Vereins für Heimatschutz in Steiermark mit der Gestaltungsberatung in Bezug auf Kriegerdenkmäler und Kriegsgräber ein neues, aus ihrer Sicht ideales Betätigungsfeld, das sich noch dazu mit dem Hauptziel, in künstlerischen Fragen der gebauten Umwelt regulierend und reglementierend einzugreifen, deckte. Im Hinblick auf die selbst definierte Kernkompetenz als Geschmacksrichter und den selbst gestellten Beratungsauftrag in ästhetischen Fragen rief der Verein immer wieder dazu auf, sich diesbezüglich an ihn zu wenden. Aus den Jahresakten geht denn auch hervor, dass sowohl die Stadt Graz<sup>52</sup> als auch zahlreiche kleinere steirische Gemeinden um Unterstützung baten.

Als massenwirksame Grundlage für die Beratungstätigkeit erschien 1915 die von Viktor von Geramb verfasste rund 100-seitige Flugschrift „Steirische Kriegerdenkmäler“.<sup>53</sup> Zweck dieses Heftes war es, „die Errichtung von Erinnerungszeichen an den Völkerkrieg [...] in allen Gemeinden Steiermarks nicht nur anzuregen, sondern auch in gute, kunstmäßige und heimliche Bahnen zu lenken“<sup>54</sup>, also die Initiativen der steirischen Gemeinden „im Sinne des Heimatschutzes“ zu steuern. Ausdrücklich wurde dabei „trotz der ungeheure[n] Blutschuld“ auf die „Gefahr der Übereilung“ hingewiesen, da „alle Kriegerdenkmale, die wir für die gefallenen Helden der Heimat errichten, die ersten Zeugen sein werden, die ‚nach der gewaltigen Remedur‘ an der Schwelle einer neuen, gesünderen Zeit stehen sollen“<sup>55</sup>. Bald schon kamen Anfragen und Bestellungen der Flugschrift aus verschiedenen österreichischen und deutschen Städten, darunter aus Bremen, Braunschweig und Kiel.

Der Verein agierte in dieser Frage wie bei den meisten seiner Projekte innerhalb einer breiten Bewegung. Ab 1915 lenkten Heimatschutz-, Denkmalpflege- und Kunstvereine, aber auch Einzelpersonen in Österreich und Deutschland in unzähligen Zeitschriftenaufsätzen, Handbüchern und Broschüren die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Frage der Gestaltung von Soldatengräbern und Kriegsdenkmälern – unabhängig von den jeweils ursprünglichen Vereinszielen.<sup>56</sup> Im Dezember 1916 eröffnete bei-

spielsweise der „niederösterreichische Denkmalpflege- und Heimatschutzverein“ gemeinsam mit dem Kriegsministerium in Wien und der Städtischen Kunsthalle Mannheim die Ausstellung „Kriegergrab und Kriegerdenkmal“ und richtete kurz darauf eine amtliche Beratungsstelle für Kriegerehrungen ein. Prominente österreichische Architekten wie Oskar Strnad und Josef Hoffmann, beide wichtige Vertreter des Österreichischen Werkbundes, sowie Kunstgewerbestudenten, Bildhauer und Grafiker stellten Vorbilder zur Verfügung, etwa für das vom k.k. Gewerbeförderungs-Amt bereits 1915 herausgegebene Buch „Soldatengräber und Kriegsdenkmale“.<sup>57</sup> Für den mit dem Heimatschutz verwandten Verein Deutsche Heimat veröffentlichte der damals noch wenig bekannte Architekt Clemens Holzmeister eine Reihe von Entwürfen.<sup>58</sup>

Einhellig wurde in diesen Texten der Schwulst und Kitsch der Kriegerdenkmäler des 19. Jahrhunderts kritisiert und beanstandet, dass diese Bauaufgabe bisher ganz aus einer unkünstlerischen Perspektive betrachtet worden sei. 1915 formulierte Karl Giannoni in einem vom Verband österreichischer Heimatschutz-Vereine zum Thema Kriegerehrungen herausgegebenen „Merkblatt für Gemeinden und Denkmal-Ausschüsse“, dass

„Soldatengräber und Kriegsdenkmale, wenn man der Bevölkerung ihre Schaffung ohne Rat überläßt, eine tausendfache Vervielfältigung öder Schablone, bombastischer Allegorie und süßlicher Sentimentalität [sein würden], statt der würdige und schlichte Ausdruck für die herbe einfache Grösse erfüllter Todespflicht zu sein“<sup>59</sup>.

Die meisten der Publikationen enthielten konkrete Forderungen, wie solche Denkmäler gestaltet sein sollten. Abstraktion und Reduktion der gewählten Formen auf das „Typische“ standen im Vordergrund. In der Regel wurden auch Anweisungen für die Verwendung bestimmter Steinarten oder anderer Materialien („gehacktes, nicht gesägtes Holz, gemeißelten und nicht geschliffenen Stein, gehämmertes und nicht poliertes Eisen [...] verständliche, unverkünstelte, ehrliche Handarbeit“<sup>60</sup>) gegeben.

Auch die in der Flugschrift propagierten steirischen Kriegerdenkmäler sollten unaufdringlich sein, aus einfachen Materialien wie Eichen- oder Tannenholz und Schmiedeeisen bestehen und den heimatlichen Formen und Traditionen angepasst werden. Neben Zeichnungen historischer Bildstöcke, Kreuze und Kapellen der Grafikerin Emmy Singer wurden Gestaltungsvorschläge von den Architekten und Professoren Adolf von Inffeld, Franz Drobny, Clemens Frömel und Ludwig Lepuschitz sowie dem Bildhauer Oskar Stolberg gezeigt.

Die vorgeschlagenen Kriegerdenkmäler konnten die unterschiedlichsten Formen haben: schlichte Ehren- und Gedenktafeln in heimatlicher Manier, einfache Grabkreuze oder hölzerne Totenbretter, Gedenkbrunnen in Anlehnung an Marktbrunnen, schmiedeeiserne Grabkreuze, Bildstöcke, Kapellen wie auch größere Kriegerfriedhöfe. Auch auf die Eignung von Bäumen und Baumgruppen als Erinnerungszeichen – zumal in einer Zeit, in der es an Materialien wie Stein und Metall mangelte – wurde besonders hingewiesen. Es wurden nicht nur bewusst traditionelle Beispiele gewählt, sondern auch solche, die aus modernen, secessionistischen Formen mit Anklängen

an die Wiener Werkstätte und die Otto-Wagner-Schule schöpften – ein Hinweis auf eine für die Anfangszeit typische ambivalente Haltung des Vereins in ästhetischen Fragen.<sup>61</sup> Allerdings solle – wie das bereits aus Vorkriegspublikationen bekannt war – auf alles Fremde in der Kunst verzichtet werden, weshalb „exotische“, das heißt ungewöhnliche fremdartige Gebilde<sup>62</sup> wie Pyramiden, Obelisken und Löwen ebenso wie große Sieergesten heftig abgelehnt wurden. Denn auch die nun massenhaft erforderlichen Soldatendenkmäler sollten – so die Hoffnung Viktor von Gerambs – „von jener großen, heilsamen Heimatsbewegung“<sup>63</sup> erfasst werden und als solche zur kulturellen Gesundung und Läuterung in der Nachkriegszeit beitragen.

## Fazit

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die als „kulturelle Kriegsfürsorge“ bezeichneten (beziehungsweise in solche umbenannten) Aktivitäten des Vereins für Heimatschutz in Steiermark auf die propagandistische und beratende Unterstützung der „Heimatfront“ und der Steigerung des Durchhaltewillens – sowohl der Bevölkerung (Flugschrift „Kriegerdenkmäler“, Vorträge, Liederabende) als auch der Frontsoldaten (Kriegsflugblätter „Heimatgrüße“, Einsatz für Kriegerheimstätten) zielten. Die verschiedenen propagandistischen und multiplikatorischen Aktivitäten während des Ersten Weltkrieges sind aber nicht nur im Sinne eines Spiegels als Vorboten zur (nationalistischen und völkischen) Verschärfung des kulturellen und kulturpolitischen Klimas in der Steiermark der 1920er- und 1930er-Jahre zu verstehen, sondern müssen als aktive, gesellschaftsgestaltende Beiträge dazu gedeutet werden.

In der Zwischenkriegszeit, wo in der Steiermark die Betonung, ja Beschwörung des „Heimischen“ quasi zum kulturellen Standard wird, kann eine direkte Kontinuitätslinie vom Heimatschutzverein zu verschiedenen Institutionen und Initiativen gezogen werden, auch wenn der Verein selbst nach Kriegsende an gesellschaftlicher Bedeutung verlor. Ein wichtiges Beispiel für zahlreiche inhaltliche und personelle Überschneidungen ist der Steiermärkische Werkbund, der 1923 in Graz seine Tätigkeit aufnahm. Er setzte dem Bild einer kulturell „nivellierenden“, überfremdeten modernen Großstadtkultur das Modell einer mit dem „Bodenständigen“ und „Steirischen“ versöhnten Modernität entgegen, die schließlich mit wenigen Ausnahmen in eine dem nationalsozialistischen Kulturverständnis entsprechende oder zumindest diesem nahe stehende Haltung münden sollte.

- 1 Zur Vereinsgeschichte vgl. Antje SENAR-CLENS DE GRANCY (Hg.): Identität – Politik – Architektur. Der „Verein für Heimatschutz in Steiermark“ (= architektur + analyse, 4), Berlin 2013.
- 2 Zu unterschiedlichen Haltungen der Heimatschutzbewegung vgl. Sándor BÉKÉSI: Heimatschutz und Großstadt. Zu Tradition und Moderne in Wien um 1900, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, Jg. 20, Innsbruck/Wien 2009, H. 1, 94–130.
- 3 Vgl. Edmund MELCHER: Die Bautätigkeit und der Krieg, in: Der Bautechniker, Jg. 36, Wien 1916, Nr. 26, 202–203. Allerdings war die Bautätigkeit schon 1913 aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation zurückgegangen. Vgl. VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1913, Graz 1914, 9.
- 4 Kunstvereine mussten in vielen Fällen ihre Ausstellungstätigkeit einstellen oder zumindest einschränken. Die mit dem Heimatschutz in zum Teil engem Kontakt stehenden Werkbund-Vereinigungen in Deutschland und Österreich waren besonders mit dem Stillstand der Bauwirtschaft konfrontiert. Vgl. Bernd NICOLAI: Der Werkbund im Ersten Weltkrieg – eine Gratwanderung, in: Winfried NERDINGER: 100 Jahre Deutscher Werkbund 1907–2007, München et al. 2007, 70–74; Astrid GMEINER, Gottfried PIRHOFER: Der österreichische Werkbund. Alternative zur klassischen Moderne in Architektur, Raum- und Produktgestaltung, Salzburg/Wien 1985, 40–50.
- 5 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1914 und 1915, Graz 1916, 18.
- 6 Vgl. Rüdiger VOM BRUCH: Kunstwart und Dürerbund, in: Diethart KERBS, Jürgen REULECKE (Hgg.): Handbuch der deutschen Reformbewegungen, Wuppertal 1998, 429–438.
- 7 Vgl. Theodor BRÜCKLER: Zur Geschichte der österreichischen Heimatschutzbewegung, in: Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege, Jg. 43, Wien/München 1989, H. 3/4, 145–156, hier: 149.
- 8 Vgl. Bernhard TSCHOFEN: Heimatschutz und Bauberatung, in: ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE (Hg.): Schönes Österreich. Heimatschutz zwischen Ästhetik und Ideologie, Wien 1995, 43–57 und 70–77.
- 9 Erzherzog Franz Ferdinand war unter anderem auch Protektor der k.k. Zentralkommission für die Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale. Er war für seinen konservativen Kulturgeschmack bekannt.
- 10 Der junge Kunsthistoriker Walter von Setmekowski, engagierter Mitinitiator des Heimatschutzvereins und späterer NS-Gaukonservator, wurde Mitte 1914 im Landeskonservatorenamt für Steiermark definitiv angestellt, weshalb er seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Vereins zurücklegte.
- 11 Inffeld, einer der prominentesten Grazer Architekten dieser Zeit, war ehemaliger Schüler Otto Wagners, Professor an der Grazer Staatsgewerbeschule und Gründungsmitglied des Heimatschutzvereins.
- 12 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Steirische Kriegerdenkmale. Fünfte Flugschrift, Graz 1915.
- 13 Im Dezember 1919 erschien als Abschluss der „Heimatgrüße“ noch der 52. Gruß.
- 14 Vgl. VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1914 und 1915, Graz 1916, 36.
- 15 Ernst RUDORFF: Heimatschutz, in: Die Grenzboten, Jg. 56, Leipzig 1897, Nr. 2, 401–412.
- 16 Zit. n. Helmut FISCHER: Hundert Jahre für den Naturschutz. Heimat und regionale Identität. Die Geschichte eines Programms, Bonn 2004, 32f.
- 17 Satzungen des Vereines für Heimatschutz in Steiermark, gedruckte Fassung, Graz 1911, 3.
- 18 Paul SCHULTZE-NAUMBURG: Kulturarbeiten, Jena 1901–1917. Vgl. Julius POSENER: Kulturarbeiten, in: Ders.: Berlin auf dem Wege zu einer neuen Architektur. Das Zeitalter Wilhelms II., München/New York 1995, 191–222; Norbert BORRMANN: Paul Schultze-Naumburg 1869–1949. Maler. Publizist. Architekt. Vom Kulturreformer zum Kulturpolitiker im Dritten Reich, Essen 1989, 25–61.
- 19 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Erste Flugschrift, Graz 1911, o. S.
- 20 Max WAGNER: Heimatschutz, in: Heimatgrüße, 18. Gruß, Graz 8.10.1915, 4–9, hier: 4.
- 21 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1914 und 1915, Graz 1916, 38.
- 22 Max WAGNER: Wie's jetzt steht, in: Heimatgrüße, 1. Gruß, Graz 12.2.1915, 2–6, hier: 3.

- 23 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1914 und 1915, Graz 1916, 38.
- 24 Ansprache von Vereinspräsident Manfred Graf Clary und Aldringen am 7.6.1913 in Klagenfurt, zit. n. VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1913, Graz 1914, 12.
- 25 Steiermärkisches Landesarchiv, Bestand Verein für Heimatschutz in Steiermark (StLA VHSt), K. 42, H. 156, Jahresakten, Zl. 104/1911, Walter von SEMETKOWSKI: Maschingschriebener Entwurf für ein Referat bei der Gemeinsamen Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz in Salzburg 1911, 16.
- 26 Vortrag in der Grazer Burg von Dr. Viktor von Geramb: Vom deutschen Wesen, 9.1.1918.
- 27 Vgl. Max WAGNER: Heimatschutz, in: Heimatgrüße, 18. Gruß, Graz 8.10.1915, 4–9, hier: 6.
- 28 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Was ziehe ich nach dem Kriege an? Sechste Flugschrift, verfasst von Georg Gaß, Graz 1918.
- 29 Ebenda, 3.
- 30 Ebenda, 10.
- 31 Der 51. Gruß stammt vom 15. Mai 1918, der letzte (52.), der auch ein Inhaltsverzeichnis umfasste, erschien erst eineinhalb Jahre später, im Dezember 1919.
- 32 Werner SUPPANZ: Eine Liebesgabe für das deutsche Herz. Die Kriegsflugblätter Heimatgrüße des Vereins für Heimatschutz im Ersten Weltkrieg, in: Antje SENARCLENS DE GRANCY (Hg.): Identität – Politik – Architektur. Der „Verein für Heimatschutz in Steiermark“ (= architektur + analyse, 4), Berlin 2013, 55–70, hier: 70. Siehe unten im Abschnitt „Neue Betätigungsfelder“.
- 33 Viktor GERAMB: An alle Leser der „Heimatgrüße“, in: Heimatgrüße, 52. Gruß, Graz im Dezember 1919, 14f., hier: 14.
- 34 Ebenda, 15.
- 35 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1914 und 1915, Graz 1916, 5.
- 36 Ebenda, 9.
- 37 Diese Flugschrift ging aber auf einen Vortrag zurück, den Geramb bereits ein Jahr zuvor gehalten hatte. VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Peter Roggers Bedeutung für die Volkskunde. Vierte Flugschrift, verfasst von Viktor von Geramb, Graz 1914.
- 38 StLA VHSt, K. 53, H. 181, Jahresakten, Zl. 78/1917.
- 39 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Das steirische Volkslied. Dritte Flugschrift, Graz 1914.
- 40 Auch in den „Heimatgrüßen“ wurden immer wieder Soldatenlieder abgedruckt und dieserart verbreitet. Vgl. Viktor ZACK: Steirische Soldaten-Lieder, hg. zur Weihnachts-Kriegsmesse 1915, Graz 1915.
- 41 Vgl. F. K.: Kriegerheimstätten der Gemeinde Wien, in: Der Bautechniker, Jg. 35, Wien 1915, Nr. 46, 361–363.
- 42 Adolf DAMASCHKE: Kriegerheimstätten. Eine Schicksalsfrage für das deutsche Volk. Vortrag, gehalten in öffentlicher vom Deutschen nationalen Verein für Oesterreich einberufenen Versammlung am 8. Jänner 1916 in Wien, Wien 1916.
- 43 Publiziert auch in: Ebenda, o. S.
- 44 Vgl. VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Schulhausbauten im Sinne des Heimatschutzes. Zweite Flugschrift, Graz 1913.
- 45 Walter von SEMETKOWSKI: Zur Frage der Kriegerheimstätten, in: Heimatgrüße, 29. Gruß, Graz 10.3.1916, 9–12.
- 46 Josef A. HOYER: Kriegerheimstätten, die Kriegerdenkmäler des Weltkrieges, Graz 1918, o. S.
- 47 StLA VHSt, K. 53, H. 181, Jahresakten, Zl. 19/1917.
- 48 Vgl. SUPPANZ, Eine Liebesgabe; sowie allgemein zu diesem Medium: Matthias GERING: Kriegsflugblätter als Propagandamedium, in: Raoul ZÜHLKE (Hg.): Bildpropaganda im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2000, 213–238.
- 49 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1914 und 1915, Graz 1916, 40.
- 50 Ebenda, 36.
- 51 Vgl. SUPPANZ, Eine Liebesgabe.
- 52 So begutachtete der Verein die Entwürfe eines Kriegerfriedhofes und -denkmales am Grazer Zentralfriedhof, mit dessen Planung bereits im Oktober 1914, wenige Monate nach Kriegsbeginn, begonnen wurde. StLA VHSt, Jahresakten, K. 50, H. 173, Zl. 393/1914. Vgl. VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1914 und 1915, Graz 1916, 28–30.
- 53 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.), Steirische Kriegerdenkmale.

- Fünfte Flugschrift, Graz 1915. Vgl. Stefan RIESENFELLNER: Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur am Beispiel von Kriegerdenkmälern in Graz und der Steiermark von 1867–1934, in: Stefan RIESENFELLNER, Heidemarie UHL (Hgg.): Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar 1994, 1–75, hier: 20–23.
- 54 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Jahresbericht 1914 und 1915, Graz 1916, 40.
- 55 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Steirische Kriegerdenkmale. Fünfte Flugschrift, Graz 1915, 3f.
- 56 Der Deutsche Werkbund widmete beispielsweise den gemeinsam mit dem Deutschen Bund Heimatschutz herausgegebenen Band 1916/17 seines Jahrbuches dem Thema „Kriegergräber im Felde und daheim“.
- 57 K.K. GEWERBEFÖRDERUNGS-AMT: Soldatengräber und Kriegsdenkmale, Wien 1915.
- 58 Vgl. Wilfried POSCH, Georg RIGELE: Die Karriere Clemens Holzmeisters zwischen Kunst und Politik, in: 9. Österreichischer Kunsthistorikertag. „kunstrealitäten“ – Blinde Flecken der Kunstgeschichte, Wien 1997, 95–105.
- 59 StLA VHSt, K. 51, H. 175, Jahresakten, Zl. 4/1915, Aufruf von Karl Giannoni, dem Leiter des Verbandes österreichischer Heimatschutzvereine im Frühjahr 1915.
- 60 K.K. GEWERBEFÖRDERUNGS-AMT: Soldatengräber und Kriegsdenkmale, Wien 1915, 87.
- 61 Vgl. Antje SENARCLENS DE GRANCY: Heimatschutz und moderne Architektur. Ambivalente Beziehungen am Beispiel Graz vor 1914, in: Heidemarie UHL (Hg.): Kultur – Urbanität – Moderne. Differenzierungen der Moderne in Zentraleuropa um 1900 (= Studien zur Moderne, 4), Wien 1999, 197–242.
- 62 VEREIN FÜR HEIMATSCHUTZ IN STEIERMARK (Hg.): Steirische Kriegerdenkmale. Fünfte Flugschrift, Graz 1915, 5.
- 63 Ebenda, 6.

## **Jazz in Graz von 1965 bis heute**

**Geschichte und Identität einer Jazz(haupt)stadt**

### **Vorbemerkung**

Die historische Entwicklung des Jazz in Graz stand im Mittelpunkt des Forschungsprojekts „Jazz & the City: Identität einer Jazz(haupt)stadt“.<sup>1</sup> Das Projekt wurde im Zeitraum von 2011 bis 2013 vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF finanziert und in Kooperation der beiden Institute für Jazz und Jazzforschung an der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz durchgeführt. Die Forschung basierte auf der Auswertung zahlreicher schriftlicher Dokumente aus privaten Sammlungen und institutionellen Archivbeständen, unter anderem an der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz, der Steiermärkischen Landesbibliothek und dem Rockarchiv Steiermark. Mittels narrativer Interviews wurden Erinnerungen von Zeitzeugen aufgezeichnet und mit den Erkenntnissen aus schriftlichen Quellen in Beziehung gesetzt. Die kritische Auswertung der vielfältigen Informationen erfolgte nach musikwissenschaftlichen Standards sowie unter Einbeziehung des „Insiderwissens“ des Autors als langjähriger, aktiver Teilnehmer der Grazer Jazzszene. Die Ergebnisse der historischen Studie, einschließlich einer künstlerisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Grazer Jazzpraxis, wurden in der Monografie „Jazz & the City: Jazz in Graz von 1965 bis 2015“ veröffentlicht.<sup>2</sup> Der vorliegende Aufsatz bietet einen geschichtlichen Überblick zur Entwicklung des Jazz in Graz von seiner akademischen Etablierung im Jahre 1965 bis heute. Die Arbeit untersucht wesentliche Aspekte zur Identität im Spannungsfeld von lokal ausgeprägten Traditionen und der im beobachteten Zeitraum zunehmenden Institutionalisierung, Internationalisierung und Professionalisierung des Jazz. Damit wird ein musikwissenschaftlicher Beitrag zur Bewertung der kultur- und kunstgeschichtlichen Rolle des Jazz als wesentlicher Bestandteil der Grazer Kulturentwicklung während der vergangenen fünf Jahrzehnte bereitgestellt.

## Ausgangssituation

Die wenigen verfügbaren historischen Studien beschreiben die Frühgeschichte des modernen Jazz in Graz in engem Zusammenhang mit dem kulturellen Aufschwung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den künstlerischen Aktivitäten an dem 1958 gegründeten Forum Stadtpark. Die Jazzforscherin Elisabeth Kolleritsch bewertet diese Entwicklung zudem als „Protest kritisch denkender und künstlerisch begabter junger Menschen gegen eine [ab 1955 intensiv einsetzende, Anm. d. A.] nationale und konservative Kulturgesinnung“.<sup>3</sup>

„[...] die Geschichte des Jazz in Graz [ist] eng mit dem Aufbruch verbunden, der 1958 zur Gründung des Forums Stadtpark geführt hat. Nachdem während der Besatzungszeit im Grazer Kulturleben eine Öffnung gegenüber internationalen Einflüssen spürbar und eine gewisse Aufbruchsstimmung auch zu registrieren gewesen waren, setzte nach dem Abzug der Briten erneut Konservatismus, verbunden mit Ablehnung alles Neuen, ein. Diese Tendenz veranlasste junge Künstler aller Kunstrichtungen entgegenzusteuern und motivierte sie, der zeitgenössischen Kunst eine Plattform zu verschaffen. Mit der Gründung des Forums Stadtpark im Jahre 1958 wurde ein Zentrum der Avantgarde ins Leben gerufen [...].“<sup>4</sup>

Dieser Befund basiert vornehmlich auf den Ergebnissen von Elisabeth Wiesmayrs Arbeit zur Geschichte der Zeitschrift „manuskripte“ sowie auf Interviewaussagen von Emil Breisach, Mitbegründer des Forum Stadtpark, demzufolge Graz nach Abzug der britischen Besatzungstruppen „plötzlich wieder zur verschlafenen Provinzstadt“ geworden war.<sup>5</sup> Der Jazzforscher Maximilian Hendl ergänzt Kolleritschs Analyse in seinem, auf Erinnerungen und „Umfragen“ basierenden Überblick zur Grazer Jazzentwicklung von 1960 bis 1980 und beschreibt „restaurative Tendenzen“ nach Abzug der Besatzungsmacht, denen die Bedürfnisse einer jungen Generation von Jazzmusikern gegenüberstanden.<sup>6</sup> Studien zur lokalen Entwicklung der Literatur und Malerei zeichnen ein ähnliches Bild und beschreiben den Weg in die Moderne als „Traditionsbruch“,<sup>7</sup> der die Ablehnung eines „Großteil[s] des Grazer Bildungsbürgertums und [der] politischen Parteien“<sup>8</sup> in Graz hervorrief. Entgegen der offensichtlich erlebten Widerstände von Vertreterinnen und Vertretern einzelner Kunstsparten basierte die Einrichtung des Forum Stadtpark auf einer konzertierten Initiative und signalisierte erfolgreich einen Richtungswechsel in der Kunst.<sup>9</sup> Die „Aktion Forum Stadtpark“, die sich zum Lukrieren von Spenden für den Umbau des desolaten Caféhauses im Stadtpark zusammengefunden hatte, zeichnete sich in ihren öffentlichen Aktivitäten durch einen weitgefassenen Kultur- und Kunstanspruch, die Kompromissbereitschaft gegenüber der „Tradition und dem steirischen Landesstolz“ und die Betonung von Bedürfnissen der „jungen und ‚zeitaufgeschlossenen‘ Kunst“ aus.<sup>10</sup> Nach erfolgtem Umbau und der Betriebsaufnahme im Jahr 1960 war das „Nachholen“ der Moderne, deren Rezeption durch den Nationalsozialismus unterbrochen worden war, [...] als wesentlicher Impuls in den Programmkonzepten aller im Forum Stadtpark vertretenen Kunstsparten erkennbar“<sup>11</sup>.

Jazz war von Anfang an ein wesentlicher Programmpunkt am Forum Stadtpark und wurde später zur dominierenden Musikrichtung in dieser Institution.<sup>12</sup> Der Trompeter Friedrich Körner (geb. 1931) war einer der Co-Referenten für Musik und zugleich Leiter der New Austrian Big Band, die im Forum Stadtpark probte und als Sammelbecken für die jungen, modern ausgerichteten Jazzmusiker der Stadt fungierte. Daneben entwickelten sich einige kleinere Formationen wie das Josel Trio, das Glawischnig Trio, das Neuwirth Trio und das Bernd Kainz Quintett. Das Trio der Brüder Rudolf und Manfred Josel (geb. 1939 bzw. 1944) konnte bereits 1961 im Rahmen seiner Teilnahme am Amateur-Jazz-Festival in der Schweiz auf sich aufmerksam machen und reüssierte in der Folge bei weiteren internationalen Wettbewerben und Festivals. 1962 und 1963 siegte das Josel Trio auch bei dem, von 1962 bis 1969 jährlich in Wien ausgetragenen, Österreichischen Amateur-Jazz-Festival in der Stilrichtung „Modern“. Weitere erste Plätze bei diesem Wettbewerb errangen die New Austrian Big Band (1963) und die vom Pianisten Harald Neuwirth (geb. 1939) geleiteten Ensembles We Three (1964) und We Four (1965). Weitgehend unabhängig von den Entwicklungen am Forum Stadtpark hatte sich der Grazer Posaunist Erich Kleinschuster (1930–2018) bereits im Jahre 1958 auf internationaler Ebene etabliert und durch seine Mitgliedschaft in der International Youth Band mit einem Auftritt am Newport Jazz Festival in den USA Kontakte zu zahlreichen Größen des internationalen Jazz erschlossen.<sup>13</sup>

Kleinschusters Netzwerk und die Erfolge der Musiker am Forum Stadtpark legten den Grundstein zur Wahrnehmung des modernen Jazz als Teil der damaligen künstlerischen Avantgarde, die sich deutlich von der primären Unterhaltungsfunktion der bisher mit „Jazz“ assoziierten Musizierpraxis in Graz abgrenzte.<sup>14</sup> In Übereinstimmung mit der zunehmenden Anerkennung des Jazz als Hochkultur entwickelten sich Bemühungen zur Einrichtung eines akademischen Institutes für Jazz. Die 1963 erfolgte Überführung des Landeskonservatoriums in eine, vom Bund geführte, Akademie für Musik und darstellende Kunst bot die Möglichkeit dazu. Körner engagierte sich in besonderem Maße für die Umsetzung dieses Vorhabens.<sup>15</sup> Weitere Faktoren, die begünstigend in der Gründungsphase des 1964 offiziell genehmigten Institutes für Jazz wirkten, waren ein Empfehlungsschreiben des renommierten österreichischen Pianisten Friedrich Gulda (1930–2000), die akademischen Dokortitel der Gründungsmitglieder Glawischnig, Körner, Neuwirth, Manfred Straka (geb. 1937) und Friedrich Waidacher (geb. 1934) sowie die Befürwortung der Institutsgründung durch Erich Marckhl, dem ersten Präsidenten der Akademie.<sup>16</sup>

Die gesellschaftliche Etablierung des modernen Jazz in Graz stand im Zeichen der steirischen Kulturpolitik der 1960er-Jahre. Unter dem damaligen Kulturreferenten Hanns Koren (1906–1985) erfolgte eine Betonung des Fortschrittgedankens in der Kunst bei gleichzeitiger Würdigung der kulturellen Traditionen des Landes. Diese Grundhaltung manifestierte sich in der Unterstützung zahlreicher neuer Veranstaltungsreihen und Initiativen wie dem Forum Stadtpark, der Steirischen Akademie, der Dreiländer-Ausstellung TRIGON und dem Festival „Steirischer Herbst“, die auch dem modernen Jazz eine Bühne boten. Für Kolleritsch war die Förderung der zeitgenössischen Kunst in Graz eine Folge von politischem Pragmatismus und kulturellen Bedürfnissen: Man hatte

„[...] von öffentlicher Seite her bald erkannt, dass Defizite im Bereich der Gegenwartskultur für eine Stadt in der Größe und Sozialstruktur von Graz nicht mehr länger tragbar gewesen wären. Die Suche nach einem politischen Image der Fortschrittlichkeit und die wirkliche Überzeugung von einer kulturellen Notwendigkeit sind dabei sicher parallel gelaufen.“<sup>17</sup>

## **Das Institut für Jazz**

Der offizielle Arbeitsbeginn am Institut für Jazz erfolgte am 1. Jänner 1965 mit Körner als erstem Institutsleiter.<sup>18</sup> Die ersten festgestellten Dozenten waren größtenteils Mitglieder der New Austrian Big Band. Zudem wurde die Mitarbeit einiger auswärtiger Dozenten in Anspruch genommen, darunter der slowenische Komponist und Arrangeur Janez Gregorc (1934–2012, Lehre von 1965–1976), der schwedische Posaunist Eje Thelin (1938–1990, Lehre von 1967–1972) und der slowenische Gitarrist Milan Ferlez (1940–2006, Lehre von 1974–1975). Im Verlauf der folgenden Jahrzehnte wurden weitere internationale Jazzmusikerinnen und -musiker als Gastprofessorinnen und -professoren und/oder temporäre Gastdozentinnen und -dozenten engagiert; unter den am häufigsten eingeladenen Gästen waren die amerikanischen Sängerinnen und Sänger Jay Clayton, Sheila Jordan, Andy Bey und Mark Murphy, der deutsche Arrangeur und Komponist Peter Herbolzheimer, der amerikanische Pianist Bill Dobbins und der ebenfalls aus den USA stammende Bassist Ron McClure.<sup>19</sup>

Während der ersten Monate des Jahres 1965 durchlief das Institut eine Entwicklungsphase, in der einige sogenannte „Jazzseminare“ organisiert wurden. Diese dienten der Einstudierung von konzertanten Programmen mit heimischen und internationalen Gastsolisten, die anschließend im Rahmen öffentlicher Konzerte präsentiert wurden. Das erste Jazzseminar fand am 26. März 1965 mit dem Friedrich Gulda Trio statt, dem der amerikanische Bassist Jimmy Woode (1929–2005) und der amerikanische Schlagzeuger Albert „Tootie“ Heath (geb. 1935) angehörten. Im selben Jahr wurde ein weiteres Seminar mit dem aus Jamaika stammenden Saxofonisten Wilton Gaynair (1927–1995) durchgeführt. 1966 kamen der in Serbien geborene Trompeter Duško Gojković (geb. 1931) und der amerikanische Saxofonist Sal Nistico (1940–1991) nach Graz. 1968/69 wurden gleich mehrere amerikanische Gastsolisten eingeladen, darunter der Trompeter Art Farmer (1928–1999) sowie die Saxofonisten Jimmy Heath (geb. 1926) und Lee Konitz (geb. 1927). 1973 erfolgte ein Big Band-Seminar mit dem ebenfalls in den USA geborenen Posaunisten und Komponisten Slide Hampton (geb. 1932). Interessanterweise lehnte Körner eine Anfrage des bekannten amerikanischen Bassisten Charles Mingus (1922–1979) ab, der im Jahre 1966 durch seinen italienischen Manager Giuseppe Barazetta um Arbeitsmöglichkeiten am Institut für Jazz angefragt hatte.<sup>20</sup>

Das Curriculum für ein vollwertiges Diplomstudium wurde rasch realisiert und der Trompeter Eduard Holthamer (geb. 1944) konnte sein Studium im Jahre 1969 als erster Absolvent abschließen.<sup>21</sup> Nach der 1970 erfolgten Überführung der Akademie für Musik und darstellende Kunst Graz in den Status einer Hochschule für Musik und

darstellende Kunst wurde der Studiengang umgebaut, sodass nach einem Studium an der nunmehrigen „Abteilung für Jazz“ der akademische Titel eines „Magister Artium“ erlangt werden konnte. Seit 1998 ist die Institution eine Kunstuniversität und die Abteilung wird wieder als „Institut für Jazz“ mit einem Angebot an international vergleichbaren „Bachelor“- und „Master“-Studien geführt.

Die Instituts- und Abteilungsleiter waren zunächst erfolgreiche, einheimische Musiker. Seit 2007 wird das Institut für Jazz vom amerikanischen Posaunisten, Komponisten und Arrangeur Edward Anthony „Ed“ Partyka (geb. 1967) geleitet. Die folgende Liste veranschaulicht die Abfolge der Institutsleiter:

Friedrich Körner (tp)	1965–1970
Dieter Glawischnig (p)	1970–1975
Harald Neuwirth (p)	1975–1982
Karlheinz Miklin (sax)	1983–2000
Karl Heinz Czadek (tb, comp)	2000–2002
Harald Neuwirth (p)	2002–2007
Edward Anthony Partyka (tb, comp)	seit 2007

Nachdem Körner das Institut erfolgreich eingerichtet hatte, initiierte er verschiedene Aktivitäten zur Bewerbung und Entwicklung des Institutes.<sup>22</sup> Der österreichische Rundfunk (ORF) produzierte eine Dokumentation über die Institutsarbeit, die im April 1965 als zweiteiliger Film („Jazz I“ und „Jazz II“) in der Reihe „Klang aus Menschenhand“ ausgestrahlt wurde. Körner kümmerte sich um Beiträge in Jazzmagazinen und Tageszeitungen, hielt Vorträge bei internationalen Fachtagungen und organisierte zahlreiche Konzerte mit dem Instituts-Ensemble, bestehend aus Lehrenden und internationalen Gastsolisten. Das Ensemble spielte regelmäßig im Grazer Stefaniensaal und gastierte in umliegenden Städten. 1966 trat die Gruppe in Antibes (Frankreich), Bled (Slowenien), Prag (Tschechische Republik) und Nürnberg (Deutschland) auf. Zudem rekrutierte Körner talentierte Studierende, wie den in Brasilien geborenen Trompeter Claudio Roditi (geb. 1946), der einige Monate in Graz verbrachte, nachdem er 1966 am Internationalen Wettbewerb für Modernen Jazz in Wien teilgenommen hatte, und den polnischen Saxofonisten Leszek Zadło (geb. 1945), der ebenfalls ein Teilnehmer dieses Wettbewerbes gewesen war.<sup>23</sup> Von 1970 bis 1975 übernahm Glawischnig die Leitung der nunmehrigen Abteilung für Jazz, während sich Körner vermehrt der Jazzforschung zuwandte. Glawischnig brachte seine Erfahrungen von Studienaufenthalten in den USA in die Gestaltung des Lehrplanes ein und installierte neue, jazzspezifische Lehrveranstaltungen wie „Ear-Training“. Unter Neuwirths Leitung von 1975 bis 1982 wurde das „Zwei-Säulen-Modell“ implementiert, das auf der Integration einer klassischen Grundausbildung am Instrument und der Absolvierung jazzspezifischer Unterrichtsfächer basierte. Mit der Durchführung der „Deutschlandsberger Big Band-Seminare“ mit Lehrenden, Studierenden und internationalen Gastsolisten unter der Leitung von Peter Herbolzheimer konnte Neuwirth im Zeitraum von 1978 bis 1982 internationale Medienaufmerksamkeit erlangen. 1982 war Neuwirth maßgeblich für die Organisation eines Jazz-Schwerpunktes im Rahmen des Weltmusik-Festivals der

Internationalen Gesellschaft für Neue Musik (IGNM) in Graz und Wien verantwortlich. Ein Meilenstein zu Beginn der von 1983 bis 2000 andauernden Leitungstätigkeit von Karlheinz Miklin (geb. 1946) war die, mit international bekannten Solisten und Solistinnen aufwändig inszenierte, ORF-Produktion von George Gruntzs Jazzoratorium „The Holy Grail of Jazz and Joy“. In der Folge entwickelte sich die Möglichkeit zur Jazzgesangsausbildung an der Grazer Jazzabteilung, die ab 1991 fest im Studienplan verankert werden konnte. In Zusammenarbeit mit der Grazer Jazzinitiative „GamsbART“ installierte Miklin ab 1987 zunächst die Konzertreihe „Graz Meeting“, der ab 1992 ein gleichnamiges Festival folgte. Miklin engagierte sich zudem als Mitglied der „International Association of Schools of Jazz“ (IASJ) – ab 1996 als Vorstandsmitglied und von 2003 bis 2012 als Vorstandsvorsitzender. Nach kurzer Leitungstätigkeit durch Karl Heinz Czadek (geb. 1944) von 2000 bis 2002 übernahm Neuwirth erneut die Funktion des Institutsvorstandes. Unter Partykas Leitung ab 2007 wurde ein „Artist in Residence“-Programm mit zahlreichen international renommierten Gastdozenten und -dozentinnen eingerichtet und 2011 der als Triennale etablierte Jazzkompositionswettbewerb „Jazz-Comp-Graz“ erstmals ausgetragen. Zudem entwickelte sich das Institut für Jazz mit einer Frequenz von etwa 140 Konzerten pro Jahr zu einem der aktivsten Jazzveranstalter in Graz.

Körner und Glawischnig wurden bereits im Jahre 1972 als ordentliche Hochschulprofessoren bestellt. 1976 erfolgte die Einrichtung einer Lehrkanzel für Afro-Amerikanistik und die Berufung des Musikwissenschaftlers und -ethnologen Alfons M. Dauer (1921–2010) auf die damit verbundene Professur. 1981 wurde der Grazer Posaunist Erich Kleinschuster (1930–2018) als außerordentlicher Professor für Improvisation an die nunmehr als Abteilung für Jazz geführte Einrichtung berufen. Ab 1983 erfolgte die dienstrechtliche Hebung folgender bestehender Hauptfach-Lehraufträge zu ordentlichen Hochschulprofessuren: Eduard Holnthaner (Jazz-Trompete), Manfred Josel (Jazz-Schlagzeug), Erich Kleinschuster (Jazz-Posaune), Karlheinz Miklin (Jazz-Saxofon), Harald Neuwirth (Jazz-Klavier) und Harald Pepl (Jazz-Gitarre). Czadek wurde als Professor für Jazztheorie bestellt und der Bassist Wayne Darling (geb. 1945) übernahm als erster amerikanischer Musiker eine Hauptfach-Professur (Jazz-Bass) an der Abteilung für Jazz. Der Hauptfachunterricht Jazz-Gesang wurde ab 1986 nach erfolgreichen Vokal-Seminaren mit Sheila Jordan (geb. 1928) und Bobby McFerrin (geb. 1950) zunächst durch Gast-Professuren unterstützt. Nach der ersten Gast-Professorin Lauren Newton (geb. 1952) wurde diese Stelle von 1988 bis 2002 zumeist semesterweise alternierend von Jordan, Jay Clayton (geb. 1941) und Mark Murphy (1932–2015) betreut. Weitere Gastprofessorinnen und -professoren in diesem Hauptfach waren Ward Swingle (1990), Andy Bey (1991–1994), Marguerite Juene-mann (1998), Michele Hendricks (1998–1999), Tom Lellis (2001–2002) und Laurie Antonioli (2002–2006).

1999 leitete der amerikanische Posaunist, Komponist und Arrangeur Ed Neumeister (geb. 1952) den Generationswechsel im Professorenkollegium am Institut für Jazz ein und folgte Kleinschuster auf die Professur für Jazz-Posaune. Die seit 1996 vakante und bis 2003 mit den Gastlehrenden Wayne Brasel, Guido Jeszenszky, Karl Ratzter und Christian Röver betreute Professur im Hauptfach Jazz-Gitarre wurde 2004

schließlich permanent an Jeszenszky (geb. 1959) übertragen. Im selben Jahr übernahm der slowenische Pianist Renato Chicco (geb. 1962) die Professur für Improvisation und 2005 wurde der Amerikaner Howard Curtis (geb. 1953) mit der Professur für Jazz-Schlagzeug betraut. Im darauffolgenden Jahr übernahmen Partyka die Professur für Jazztheorie und die ebenfalls aus den USA stammende Vokalistin und Pianistin Dena DeRose (geb. 1966) die nun fix eingerichtete Professur für Jazz-Gesang. 2008 folgte der Deutsche Olaf Polziehn (geb. 1970) auf die Professur für Jazz-Klavier und 2010 wurde der Amerikaner James „Jim“ Rotondi (geb. 1962) als Professor für Jazz-Trompete berufen. 2013 übernahm der Däne Morten Ramsbøl (geb. 1970) die Professur für Jazz-Kontrabass und 2015 folgte der Brite Julian Argüelles (geb. 1966) auf die Professur für Jazz-Saxofon.

Zahlreiche Absolventinnen und Absolventen, aber auch einige ehemalige Studierende ohne formalen Studienabschluss machten als international erfolgreiche Solistinnen und Solisten beziehungsweise Leiterinnen und Leiter von Ensembles auf sich aufmerksam und/oder wurden gefragte Professorinnen, Professoren, Dozentinnen, Dozenten, Forscherinnen und Forscher an renommierten Jazzausbildungs- und Jazzforschungseinrichtungen.<sup>24</sup>

### **Die Internationale Gesellschaft für Jazzforschung (IGJ) und das Institut für Jazzforschung**

1968 intensivierte Körner seine Anstrengungen, die Jazzforschung als neues Teilgebiet der Musikwissenschaft zu etablieren. Obgleich er nominell weiterhin als Vorstand des Institutes für Jazz agierte, übertrug er die Leitung der Unterrichtsaktivitäten an Glawischnig. Gemeinsam mit Glawischnig gründete er im April 1969 die Internationale Gesellschaft für Jazzforschung (IGJ) und richtete nur wenige Tage danach die erste jazzwissenschaftliche Tagung in Graz aus.<sup>25</sup> Laut Körner verfolgte die IGJ das Ziel, dem Mangel an Publikationsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Jazzforschung entgegenzuwirken und „in ihren Reihen alle Musikwissenschaftler, Ethnologen, Volkskundler, Soziologen, Psychologen, Historiker, andere Forscher von Teil- und Randgebieten, Kritiker, Musikerzieher, praktische Musiker, Diskographen und Interessenten [zu] vereinigen, die an einer systematischen Jazzforschung interessiert sind“.<sup>26</sup> Die Gründungsmitglieder der IGJ wählten Körner als 1. Präsidenten, Glawischnig als 1. Vize-Präsidenten, Gernot Gruber als 2. Vize-Präsidenten, Herbert Huber als Kassier, Dietrich Kraner als Kassier und Waidacher, Neuwirth und Heinz Hönig als Beiräte.<sup>27</sup> Die Referenten der ersten jazzwissenschaftlichen Tagung kamen aus Berlin, Bremen, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Nürnberg, Prag und Zürich. Die Tagungsbeiträge wurden im ersten Band der Publikationsreihe Jazzforschung/Jazz Research veröffentlicht. Die als Jahrbuch der IGJ geführte Reihe umfasst bisher 46 Bände und gilt als älteste regelmäßig erscheinende und weltweit führende Veröffentlichung im Bereich der Jazzforschung.<sup>28</sup> Die Aufsätze des ersten Bandes umfassten ein weites thematisches Feld und definierten damit die, bis heute maßgebliche, interdisziplinäre Ausrichtung der Jazzforschung. Parallel zur ersten Ausgabe des Jahrbuchs wurde die

erste Ausgabe der Reihe Beiträge zur Jazzforschung/Studies in Jazz Research herausgegeben, die in unregelmäßigem Veröffentlichungsrhythmus ebenfalls bis heute weitergeführt wurde und bisher 14 Bände umfasst. Seit 2000 werden die beiden Publikationen durch eine dritte Reihe Jazz Research News komplettiert. Die Austragungsorte der weiteren jazzwissenschaftlichen Tagungen waren Strobl am Wolfgangsee (1972), Schielleiten am Stubenbergsee (1977), Hamburg (1980), Graz (1998, 2003, 2005, 2007, 2009 und 2018), Paris (2011) und Darmstadt (2013). Ausgewählte Konferenzbeiträge erschienen jeweils im darauffolgenden Jahrbuch.

Das österreichische Kunsthochschulgesetz von 1970 ermöglichte die Teilung des Institutes für Jazz in eine künstlerisch-praktische „Abteilung für Jazz“, die von Glawischnig geleitet wurde, und in ein wissenschaftliches „Institut für Jazzforschung“, dessen Leitung Körner von 1971 bis 1992 übernahm. Franz Kerschbaumer folgte als Vorstand des Institutes von 1992 bis 2015 und seit 2016 leitet André Doehring die akademische Einrichtung. In einer Dokumentation der Institutsarbeit definierte Kerschbaumer fünf Forschungsschwerpunkte: 1. Strukturanalytische Forschung, 2. Jazzgeschichte, 3. Jazzwissenschaftliche und ethnologische Grundlagenforschung, 4. Interdisziplinäre historische Forschung und 5. Vortragstätigkeit und internationale Projekte.<sup>29</sup> Das Institut verfügt heute über eine umfangreiche Fachbibliothek mit ca. 5.800 Druckwerken und eine Mediathek mit etwa 42.500 Ton- und Bildträgern (20.000 LPs, 20.300 CDs, 1.200 Videos, DVDs, Tonbänder und Schellackplatten), die durch Ankäufe und Schenkungen laufend erweitert werden. Seit 2010 wird die institutionelle Forschungsarbeit durch drittmittelfinanzierte Projekte ergänzt.<sup>30</sup> Die aktuelle Schwerpunktsetzung des Institutes umfasst die „Beschäftigung mit Jazz und populärer Musik, die in historischer, sozialer, kultureller und theoretischer Perspektive erforscht werden. Eine weithin anerkannte Spezifität der hiesigen Arbeit stellt die auf Transkriptionen basierende strukturelle Analyse von Genres und Personalstilistiken dar.“<sup>31</sup> Im Zeitraum von 1994 bis 2015 wurden 20 Dissertationen zu unterschiedlichen Themen der Jazz- und Populärmusikforschung approbiert sowie zwei Habilitationen (Franz Krieger und Bernd Hoffmann) verliehen.

## **Internationale Reputation**

Das Grazer Institut begann bereits kurz nach seiner Gründung mit einem vollausgebauten Studienangebot im Bereich Jazz und der, im damaligen europäischen Hochschulraum einzigartigen, Möglichkeit zum Erwerb eines staatlich anerkannten Diplomabschlusses. In der Rezeption des Grazer Jazzinstitutes wird auch heute häufig auf diese Pionierleistung verwiesen. Die Ursachen dazu liegen einerseits in dem, aus historischer Sicht erfolgreichen, Bestreben der Institutsgründer zum Ausbau der internationalen Reputation und andererseits in aktuelleren Bemühungen, die historische Vorbildwirkung als Alleinstellungsmerkmal des Institutes hervorzuheben. Erste Beispiele finden sich 1969 in Körners Aufsatz „Graz: Zentrum der Jazzforschung“.<sup>32</sup> In einem 2016 veröffentlichten Bericht zum 50-jährigen Jubiläum des Institutes für Jazz wird die Institution als „eine der ältesten und renommiertesten Ausbildungsstätten

weltweit“ beschrieben.<sup>33</sup> Auch im aktuellen Entwicklungsplan der Universität für Musik und darstellende Kunst steht zu lesen: „Mit dem Jazz-Studium in Graz wurde 1965 die erste akademische Ausbildungsmöglichkeit für diese Musikform in Europa eingerichtet“<sup>34</sup>.

Jedenfalls erregte die Arbeit am Grazer Institut für Jazz schon bald nach seiner Gründung das Interesse von Vertretern verschiedener europäischer Institutionen, in denen die Einrichtung ähnlicher Institute beabsichtigt war. Die im Universitätsarchiv aufbewahrte Korrespondenz belegt Besuche der Präsidenten der Sibelius Akademia und der Hochschule für Musik und Theater in Hannover.<sup>35</sup> Auch die Initiativen zur Einrichtung von akademischen Jazzkursen in Wien (1969), Rotterdam (1976), Köln (1979) und Hamburg (1985) basierten nachweislich auf persönlichem Austausch von Informationen zum Grazer Institut für Jazz: Kleinschuster wurde im Jahre 1969 Initiator und erster Leiter des Jazzkurses am Konservatorium der Stadt Wien;<sup>36</sup> der holländische Saxofonist Leo van Oostrom besuchte Graz in den frühen 1970er-Jahren und brachte seine Eindrücke in die curriculare Entwicklung des Jazzkurses in Rotterdam ein;<sup>37</sup> der Posaunist Oliver Haydn „Jiggs“ Whigham erlebte die Institutsarbeit als Gastsolist, bevor er 1979 zum ersten Leiter des Jazzkurses in Köln bestellt wurde;<sup>38</sup> Glawischnig besprach die Bedeutung des Grazer „Zwei-Säulen-Modells“ für seine Arbeit als Leiter des Fachbereiches Jazz und Populärmusik an der Musikhochschule in Hamburg.<sup>39</sup> Walter Turkenburg, Gründer und Geschäftsführer der International Association of Schools of Jazz (IASJ), bezeichnete die Einrichtung des Institutes für Jazz in Graz als „Eisbrecher“ hinsichtlich der Durchführbarkeit von akademischen Jazzinstituten in Europa.<sup>40</sup>

Das Institut für Jazz war zur Zeit seiner Gründung weder die erste noch die einzige Ausbildungsstätte für Jazz. Bereits 1928 initiierte Mátyás Seiber (1905–1960) einen Jazzkurs am Dr. Hoch’schen Konservatorium in Frankfurt am Main, der jedoch 1933 von den Nationalsozialisten eingestellt wurde. 1957 begann ein Angebot von Jazzkursen unter der Leitung von Kurt Edelhagen (1920–1982) an der Musikhochschule für Musik und Theater Köln. Im Jahre 1958 wurde ein ähnlicher Kurs an der Akademie Remscheid eingerichtet und um 1965 begannen Jazz-Programme am Béla Bartók Konzervatórium in Budapest und am Leeds Music Centre in England.<sup>41</sup> Weitere Möglichkeiten zur Jazzausbildung wurden im Rahmen von Kursen im Bereich der Unterhaltungsmusik angeboten, wie etwa an der Abteilung für Tanz- und Unterhaltungsmusik an der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig.

Seit den 1980er-Jahren steht das Grazer Institut für Jazz im Wettbewerb mit einer zunehmenden Zahl an Jazzausbildungsstätten in Europa. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit Stakeholdern der lokalen Szene, vor allem jedoch durch international sichtbare künstlerische, pädagogische und wissenschaftliche Leistungen von Lehrenden und Studierenden gelingt es auch weiterhin, talentierte Studierende aus aller Welt für ein Jazz-Studium in Graz zu gewinnen.

## Konflikte und Kritik

Ungeachtet der internationalen Reputation verlief die Entwicklung des Grazer Institutes für Jazz nicht konfliktfrei. Aussagen von Zeitzeugen und Zeitungsberichte belegen sowohl externe als auch interne Kritik an der institutionellen Struktur und Arbeitsweise. Als Reaktion auf ein Konzert, das im Rahmen des Festivals 1. Internationale Grazer Jazztage 1966 vom Institut für Jazz organisiert worden war und im Grazer Stefaniensaal stattgefunden hatte, erschienen erste kritische Stimmen zur Institutsarbeit in lokalen Zeitungsberichten. Auslöser waren offensichtlicher Alkoholmissbrauch und damit verbundenes ungebührliches Verhalten von einigen Mitgliedern des amerikanischen Max Roach Quintetts (Freddie Hubbard, tp; James Spaulding, as; Ronnie Mathews, p; Jymie Merritt, b; und Roach, dr) bei deren Festival-Auftritt am 2. November 1966. Das Ereignis erregte das Ärgernis des Publikums, zog eine behördlich verordnete Strafzahlung und die vorübergehende Inhaftierung von Hubbard und Spaulding nach sich. Lokale Zeitungen berichteten über die vermeintliche Verschwendung von öffentlichen Fördergeldern für diese Veranstaltung.<sup>42</sup> Das Interesse an diesem Vorfall reichte über die Grenzen der Stadt hinaus, so erkundigte sich der bekannte deutsche Jazzjournalist und Buchautor Joachim Ernst Berendt brieflich bei Körner über den tatsächlichen Verlauf.<sup>43</sup> Erich Marckhl, der Präsident der damaligen Akademie für Musik und darstellende Kunst Graz, sah sich genötigt, eine Objektivierung des Sachverhalts in einem Brief an das österreichische Bundesministerium für Unterricht darzustellen.<sup>44</sup> Die geplante Fortführung des Festivals wurde eingestellt. Erst acht Jahre später, am 26. und 27. Juni 1974, wurde die dritte Ausgabe der Internationalen Grazer Jazztage in stark verkleinerter Form im „Haus der Jugend“ und als Teil des Festivals „Steirischer Herbst“ abgehalten.

Zusätzlich zur externen Kritik an der Arbeit des Institutes für Jazz begannen während der 1970er-Jahre interne Konflikte innerhalb der Universität und des Institutes für Jazz. Zeitungen berichteten von Uneinigkeiten im Kollegium hinsichtlich der Verteilung von finanziellen Mitteln, der Karriereentwicklung von Institutsmitgliedern und den Besetzungsplänen von neu eingerichteten Positionen am Institut für Jazz sowie von studentischen Protesten gegen curriculare Anforderungen und Beschränkungen.<sup>45</sup>

Der Widerstand von einigen Lehrenden und Studierenden gegen die zunehmend gefestigten akademischen Anforderungen und Konventionen erklärt sich im Zusammenhang mit der Ausbildung von künstlerischen Identitäten im Free Jazz der späten 1960er- und 1970er-Jahre. Einige Anhänger des Free Jazz positionierten sich nicht nur in musikalischer, sondern auch in ideologischer Widerständigkeit gegenüber dem, als freiheitsbeschränkend empfundenen, Regelwerk des sogenannten „Mainstream“. Der Posaunenstudent Radu Malfatti (geb. 1943) protestierte durch das Tragen eines „knallroten“ Hemdes während einer gemeinsamen Aufführung der Instituts-Big Band und des Akademie-Orchesters im Dezember 1968 in Laibach gegen die Orchesterordnung und wurde daraufhin mit einem mehrwöchigen Auftrittsverbot belegt.<sup>46</sup> Die führende Persönlichkeit in der Entwicklung des Free Jazz in Graz war der bereits international erfolgreiche, schwedische Posaunist Eje Thelin.<sup>47</sup> Von 1967 bis 1972 leitete er die Posaunenklasse und die, größtenteils der freien Improvisation gewidmete, „Improvi-

sation Group“. Thelins Unterricht beinhaltete unkonventionelle Methoden, die von der Institutsleitung kritisch betrachtet wurden und mit dem Auslaufen von Thelins Lehrauftrag endeten.<sup>48</sup> Die unterschiedlichen Perspektiven zum Grazer Jazz wurden auch in den Medien diskutiert und verhärteten somit die Wahrnehmung einer Trennung der bisher einheitlich auftretenden Jazzszene in Graz in ein „konservatives“ und „freies“ Lager. Der Journalist und Veranstalter Otmar Klammer (geb. 1957) empfand die „Aufbruchsstimmung“ des Grazer Free Jazz nach 1975 als prägend für die eigene Arbeit.<sup>49</sup>

Dennoch gab es einige Musiker, die sich sowohl in traditionsverbundener als auch freier Spielweise ausdrücken konnten. Dazu gehörte paradoxerweise Thelin selbst, der neben seinem Status als Grazer Leitfigur des Free Jazz auch als technisch versierter Improvisator in verschiedenen Jazzstilen auftrat und Aufnahmen produzierte. Der Bassist Adelhard Roidinger (geb. 1941), dessen spätere internationale Karriere maßgeblich von seiner studentischen Zusammenarbeit mit Thelin geprägt war, bestätigte, dass Thelin „die ganze Bebop-Kultur beherrschte“ als auch „dieses strukturierte freie Spielen“.<sup>50</sup> Roidinger betätigte sich ebenfalls sowohl als freier Improvisator als auch im Bereich des „Mainstream“. Roidingers Experimente als Improvisator fanden zum Teil in Zusammenarbeit mit Neuwirth statt, der im Allgemeinen dem traditionsbewussten „Lager“ zugeordnet wurde. Der Bassist Ewald Oberleitner (geb. 1937), der bereits in den späten 1950er-Jahren im Duo mit Glawischnig an der Entwicklung freier Improvisationsmodelle gearbeitet hatte, engagierte sich in verschiedenen musikalischen Kontexten:<sup>51</sup> Er spielte mit bekannten Vertretern der amerikanischen Jazzgeschichte, darunter mit dem Gitarristen Herb Ellis (1921–2010), dem Pianisten Ellis Marsalis (geb. 1934) und dem Trompeter Art Farmer (1928–1999), und ist ein Gründungsmitglied des Karlheinz Miklin Trios, das als führende Formation des österreichischen modernen Jazz der 1980er-Jahre gilt. Glawischnig, dessen künstlerische Ausrichtung eher der improvisierten Musik zugerechnet wird, trat auch in Verbindung mit der Jazztradition in Erscheinung, etwa als Mitglied der Grazer Swing- und Oldtime-Jazzband Murwater Ramblers und als Leiter der NDR-Big Band mit Gastmusikern wie dem amerikanischen Trompeter Chet Baker.<sup>52</sup> Laut Roidinger und Neuwirth hatten einige von Thelins Anhängern die Ausdrucksform Free Jazz gewählt, da sie aufgrund mangelnder instrumentalmischer und theoretischer Kompetenzen nicht in der Lage waren, den komplexen formalen, rhythmischen, harmonischen und melodischen Anforderungen des modernen Jazz gerecht zu werden.<sup>53</sup>

## **Netzwerk Jazzszene**

Die Grazer Jazzszene ist ein komplexes Netzwerk verschiedener Stakeholder, deren Aktivitäten den Verlauf der vergangenen fünf Jahrzehnte geprägt haben. Die akademischen Institute für Jazz und Jazzforschung nahmen dabei eine wichtige und weithin sichtbare Rolle ein. Weitere wesentliche Faktoren waren Veranstaltungsorte, Festivals und Konzertreihen sowie die dafür zuständigen Veranstalterinnen und Veranstalter. Zunächst fungierte das Institut für Jazz als Hauptveranstalter von Jazzkonzerten und

Festivals auf wechselnden Bühnen wie dem Stefaniensaal, dem Kammersaal und dem „Haus der Jugend“. Von 1974 bis 1977 fand das jährlich durchgeführte Festival „Jazz Live“ statt, das von Helmut Tezak (geb. 1948) organisiert wurde. 1975 begann die Durchführung von Konzerten im katholischen Studentenheim in der Münzgrabensstraße 59, das unter den Bezeichnungen „Münze“ und „M 59“ bekannt wurde. Sowohl Neuwirth, der damalige Leiter des Institutes für Jazz, als auch Heimo Steps (geb. 1946) waren für die Etablierung dieser Konzertreihe verantwortlich. Von 1990 bis 2007 wurde die Konzerttätigkeit im „M 59“ von Gerhard Kosel (geb. 1959) weitergeführt. Kosel übernahm auch die von Steps gegründete Kulturinitiative „GamsbART“ (gegr. 1984) und leitet deren Veranstaltungen bis heute. 1981 wurde der Royal Garden Jazz Club gegründet, dessen wöchentlich abgehaltenen Konzerte seither von Diethard „Burschi“ Wachsmann (geb. 1940) organisiert werden. Klammer gründete 1995 den heute ebenfalls noch aktiven Verein „Stockwerk Jazz“. Anfang der 1990er-Jahre nahm „open music“ seine Tätigkeit auf und seit 1996 organisiert der Verein „V:NM“ Konzerte im Grenzbereich zwischen Neuer Musik, experimenteller und improvisierter Musik sowie Jazz. Die 1992 gegründete Konzertreihe „WIST Jazz“ entstand in enger Beziehung zu den Aktivitäten des Institutes für Jazz und wird seit 2007 als Festival „Herbstzeitlose“ fortgeführt. Das von 1998 bis 2011 am Mariahilferplatz durchgeführte Festival „Jazzsommer Graz“ erreichte den höchsten Publikumszuspruch in der Geschichte des Jazz in Graz. Der 2007 von einer Gruppe junger Jazzmusikerinnen und -musiker gegründeten Jazzinitiative „Jazzwerkstatt Graz“ wurde besonders in den ersten Bestandsjahren großes Medieninteresse entgegengebracht.

Eine Studie der Programme von Festivals und Konzertreihen der vergangenen 50 Jahre in Graz offenbart eine, auf den ersten Blick unüberschaubare, Flut an Namen von Ensembles, Ensembleleiterinnen und -leitern sowie Solistinnen und Solisten. Einige Gruppen und Personen zeichnen sich jedoch durch eine hohe Frequenz an Auftritten, die Dauer ihrer Aktivität und/oder ihre regelmäßige Präsenz bei renommierten Veranstaltungen und in der medialen Berichterstattung aus. Daraus ergibt sich eine Auswahl an erfolgreichen Grazer Ensembles:

Josel Trio (gegr. 1960)  
 Messengers (1964–1972)  
 Big Band des Institutes für Jazz (gegr. 1965, auch Großes Akademie-Jazzorchester, Instituts-Big Band, MHS Big Band, KUG Big Band und KUG Jazz Orchester)  
 Serenaders (gegr. 1950)  
 Murwater Ramblers (gegr. 1957)  
 Royal Garden Jazz Band (gegr. Ende der 1950er-Jahre)  
 Neuwirth Consort (1968 – Mitte der 1980er-Jahre)  
 Neighbours (1974–2000)  
 Old Stoariegler Dixieland Band (gegr. 1976)  
 Karlheinz Miklin Trio (gegr. 1978)  
 Big Band Süd (1979–1999)  
 Studio Percussion (gegr. 1979)  
 Orchesterforum (1981–1989)

Berndt Luef Trio (gegr. 1982)  
Broadlahn (gegr. 1982)  
Klammer & Gründler Duo (gegr. 1986)  
Jazztett Forum Graz (gegr. 1992)  
Jazz Big Band Graz (gegr. 1999)  
Sandy Lopičić Orkestar (1999–2015)  
Folksmilch (gegr. 2000)  
radio.string.quartet.vienna (gegr. 2000)  
Beefölk (2001–2011)  
Global Kryner (2002–2013)  
Ed Partyka Jazz Orchestra (gegr. 2007)

Zu den bisher noch nicht genannten Personen, die das Grazer Jazzleben über längere Zeiträume als Solisten und/oder Leiter von erfolgreichen Projekten geprägt haben, zählen der Pianist André Jeanquartier (geb. 1941), der Gitarrist Harald „Harry“ Pepl (1945–2005), der Vibrafonist Berndt Luef (geb. 1952), der Pianist Gerd Schuller (geb. 1953), die Perkussionisten Nikola „Nicos“ Jaritz (geb. 1953) und Günter Meinhart (geb. 1957), der Posaunist Christian Muthspiel (geb. 1962), der Gitarrist Wolfgang Muthspiel (geb. 1965), der Pianist Ulrich „Uli“ Rennert (geb. 1960) sowie die Saxofonisten Siegfried „Sigi“ Feigl (geb. 1961) und Heinrich von Kalnein (geb. 1960).

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Grazer Jazzszene bis Mitte der 1980er-Jahre von Männern dominiert wurde. Abgesehen von gelegentlichen Gastauftritten von Sängerinnen wie Marianne Mendt mit dem Harald Neuwirth Consort (1978) und Sandra Wells mit den Murwater Ramblers (1982) sind Frauen erst seit den erfolgreichen Vokal-Workshops mit Sheila Jordan und der darauffolgenden Einrichtung der Gesangsausbildung am Institut für Jazz regelmäßig in den Programmen von Jazzkonzerten vertreten. Instrumentalistinnen waren schon während der 1990er-Jahre in der Grazer Jazzszene aktiv, in zunehmendem Maße jedoch erst seit den 2000er-Jahren. Eine Absolventin des Grazer Institutes für Jazz mit herausragender internationaler Karriere ist die Saxofonistin Karolina Strassmayer (geb. 1971), die nach einem mehrjährigen Aufenthalt in New York als erste festangestellte Frau der WDR Big Band auf sich aufmerksam machte.

## **Zusammenfassung und Fazit**

Begünstigt durch die Aufbruchsstimmung während und nach der britischen Besatzungszeit entwickelte sich in Graz eine junge Generation modern spielender Jazzmusiker, deren nationale und internationale Erfolge maßgeblich für die 1964 eingeleitete Akademisierung des Jazz an der heutigen Universität für Musik und darstellende Kunst Graz verantwortlich waren. Das Institut für Jazz erlangte rasch internationale Bekanntheit als vorbildhafte akademische Einrichtung. Die wissenschaftlichen Aktivitäten der 1969 gegründeten Internationalen Gesellschaft für Jazzforschung (IGJ) und des 1971 eingerichteten Institutes für Jazzforschung stärkten die Position des Jazz

als akademischem Gegenstand sowie die internationale Wahrnehmung von Graz als Stadt des Jazz.

Die ersten Maßnahmen am Institut für Jazz dienten der Etablierung von internationalen Kontakten, der Verdichtung von Beteiligungen innerhalb der lokalen Kulturlandschaft und der Sicherung des akademischen Personals. Die Strategien zur Einbindung von internationalen Gastmusikerinnen und -musikern wurden im Verlauf der Jahrzehnte kaum verändert und unter verschiedenen Bezeichnungen jeweils in Zusammenarbeit mit lokalen Konzertveranstaltern und mit kulturpolitischer Unterstützung umgesetzt. Auch die Gestaltung der Ausbildung im Gesang und an den Hauptinstrumenten (Trompete, Posaune, Saxofon, Gitarre, Klavier, Bass und Schlagzeug) sowie die als „Zwei-Säulen-Modell“ rezipierte Integration von jazzspezifischen und instrumentaltechnischen Aspekten in der Jazzausbildung wurden im Verlauf der Jahrzehnte in ihren Grundzügen beibehalten. Die großen Ensembles des Institutes für Jazz standen von Beginn an im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit und haben diese Funktion bis heute beibehalten. Das Institut für Jazzforschung initiierte und pflegte internationale Kontakte mittels regelmäßiger Herausgabe der eigenen Publikationsreihen und der Organisation von Tagungen.

Im Verlauf der Jahrzehnte reagierten die Leiter der Institute für Jazz und Jazzforschung auf wechselnde Bedingungen im akademischen, kulturellen und politischen Umfeld und entwickelten neue Programme zur Sicherung der jeweils geltenden Qualitätsmaßstäbe. Zur Mitte der 1980er-Jahre wurde das Ausbildungsangebot am Institut für Jazz durch die Einrichtung einer Vokalklasse erweitert. Seit den 1990er-Jahren ermöglichte ein Tonstudio die Aufnahme studentischer CD-Produktionen. Zu Beginn der 2000er-Jahre erfolgte im Zuge des Bologna-Prozesses die Umstellung auf Bachelor und Master Studien. Die Forschung am Institut für Jazzforschung wird seit einigen Jahren zum Teil mittels kompetitiv erworbener Forschungsgelder finanziert und durch die Neubesetzung der Professur für Jazz- und Populärmusikforschung im Jahre 2016 wurde eine inhaltliche Öffnung des musikwissenschaftlichen Forschungs- und Ausbildungsangebots eingeleitet.

Im Umfeld der beiden Institute entwickelten sich zahlreiche Ensembles sowie mehrere Generationen von Musikerinnen und Musikern, Forscherinnen und Forschern sowie Pädagoginnen und Pädagogen. Deren lokale und internationale Aktivitäten prägten die Grazer Jazzgeschichte und somit die Identität der Kulturstadt Graz. Die Grazer Jazzszene stellt einen exemplarischen Knotenpunkt des internationalen Kulturlebens dar, dem durch die pionierhafte Entwicklung und internationale Reputation der akademischen Institute für Jazz und Jazzforschung eine besondere historische Bedeutung zukommt.

- 1 Das Projekt fand unter der Leitung von em.Univ.Prof. Dr. Franz Kerschbaumer statt. Weitere Mitglieder des Projektteams waren Univ.Prof. Edward Anthony Partyka, Vorstand des Institutes für Jazz, und Mag.Art. Michael Kahr, M.Mus., Ph.D. Weiterführende Informationen auf der Projektwebseite: <http://www.jazzandthecity.org> (abgerufen am 25.5.2018).
- 2 Michael KAHR: *Jazz & the City. Jazz in Graz von 1965 bis 2015*, Graz 2016.
- 3 Elisabeth KOLLERITSCH: *Jazz in Graz. Von den Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu seiner akademischen Etablierung. Ein zeitgeschichtlicher Beitrag zur Entwicklung des Jazz in Europa* (= Beiträge zur Jazzforschung/Studies in Jazz Research, 10), Graz 1995, 126.
- 4 Ebenda, 207.
- 5 Ebenda, 117–126; vgl. Elisabeth WIESMAYR: *Die Zeitschrift „manuskripte“ 1960–1970*, Königstein 1980.
- 6 Maximilian HENDLER: *Die Jazzszene in Graz (1960–1980)*, in: Karl ACHAM (Hg.): *Kunst und Geisteswissenschaften aus Graz. Werk und Wirken überregional bedeutsamer Künstler und Gelehrter: vom 15. Jahrhundert bis zur Jahrtausendwende* (= Kunst und Wissenschaft aus Graz, 2), Wien/Köln/Weimar 2009, 395.
- 7 Wendelin SCHMIDT-DENGLER: *Graz, die unheimliche Literaturhauptstadt*, in: Karl ACHAM (Hg.): *Kunst und Geisteswissenschaften aus Graz. Werk und Wirken überregional bedeutsamer Künstler und Gelehrter: vom 15. Jahrhundert bis zur Jahrtausendwende* (= Kunst und Wissenschaft aus Graz, 2), Wien/Köln/Weimar 2009, 307.
- 8 Götz POCHAT: *Moderne Malerei in der Steiermark*, in: Karl ACHAM (Hg.): *Kunst und Geisteswissenschaften aus Graz. Werk und Wirken überregional bedeutsamer Künstler und Gelehrter: vom 15. Jahrhundert bis zur Jahrtausendwende* (= Kunst und Wissenschaft aus Graz, 2), Wien/Köln/Weimar 2009, 247.
- 9 Stefan KARNER: *Steiermark. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Innsbruck/Wien 2012, 124.
- 10 Christine RIGLER (Hg.): *Forum Stadtpark. Die Grazer Avantgarde von 1960 bis heute*, Wien/Köln/Weimar 2002, 14–17.
- 11 Ebenda, 20.
- 12 KOLLERITSCH: *Jazz in Graz*, 21.
- 13 Vgl. Elisabeth KOLLERITSCH: *Erich Kleinschuster. Posaunist, Bandleader und Pädagoge*, in: Franz KERSCHBAUMER, Franz KRIEGER (Hgg.): *Jazzforschung/Jazz Research*, 33, Graz 2001, 137–154; und Michael KAHR: *Zur musikalischen Entwicklung des modernen Jazz in Graz (1953–1955)*, in: Christian GLANZ, Manfred PERMOSER (Hgg.): *Anklaenge 2016. Studien zur Österreichischen Populärmusik im 20. Jahrhundert* (= Wiener Jahrbuch für Musikwissenschaft), Wien 2017, 161–176.
- 14 Vgl. KAHR: *Zur musikalischen Entwicklung*.
- 15 Zeitzeugen bestätigen Körners außerordentliches Engagement um die Gründung des Institutes für Jazz. Körners Korrespondenz im Archiv der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz (KUG-Archiv) enthält weitere Belege in den Ordnern X-32-1964/65 bis X-32-1969/70 und StLA K37 H70. Vgl. Friedrich KÖRNER: *Die Geschichte des Institutes für Jazz in Graz*, in: Friedrich KÖRNER, Dieter GLAWISCHNIG (Hgg.): *Jazzforschung/Jazz Research*, 3/4, Graz 1972/73, 206–216.
- 16 KAHR: *Jazz & the City*, 21.
- 17 KOLLERITSCH: *Jazz in Graz*, 207.
- 18 Ebenda, 194.
- 19 Für eine ausführliche Übersicht aller Gastprofessorinnen und -professoren sowie Gastdozentinnen und -dozenten im Zeitraum von 1965 bis 2015 vgl. KAHR: *Jazz & the City*, 35–42.
- 20 Die im KUG-Archiv einsehbare Korrespondenz enthält Barzettas Anfrage an Körner (22.6.1966) sowie Körners Antwort (4.7.1966).
- 21 Eine Liste mit allen Absolventinnen und Absolventen des Institutes für Jazz ist in der Jubiläumsbroschüre des Institutes veröffentlicht: *INSTITUT FÜR JAZZ: 50 Jahre Institut Jazz–Kunst Uni Graz*, Graz 2015, 16.
- 22 Hier und im Folgenden vgl. KAHR: *Jazz & the City*, 47–49; und KÖRNER: *Die Geschichte des Institutes für Jazz in Graz*, 206–216.
- 23 Zadlo wurde später Professor an den Akademien für Musik in Würzburg und München.
- 24 Vgl. KAHR: *Jazz & the City*, 42–44.
- 25 Webseite der Internationalen Gesellschaft für Jazzforschung/Institut für Jazzforschung, <http://www.jazzresearch.org> (abgerufen am 12.6.2018).
- 26 Friedrich KÖRNER: *Graz: Zentrum der Jazzforschung*, in: Friedrich KÖRNER, Dieter GLAWISCHNIG (Hgg.): *Jazzforschung/Jazz Research*, 1, Graz 1970, 12.
- 27 Elisabeth KOLLERITSCH: *20 Jahre „Internationale Gesellschaft für Jazzforschung“ in der*

- Arbeit des „Institutes für Jazz“ in Graz, in: Alfons M. DAUER, Franz KERSCHBAUMER (Hgg.): *Jazzforschung/Jazz Research*, 21, Graz 1989, 156–157.
- 28 Henry MARTIN: *Jazz Theory: An Overview*, in: Henry MARTIN (Hg.): *Annual Review of Jazz Studies*, 8, Lanham/Maryland 1996, 11.
- 29 Franz KERSCHBAUMER: *Jazzforschung in Österreich*, in: Franz KERSCHBAUMER, Franz KRIEGER (Hgg.): *Jazzforschung/Jazz Research*, 42, Graz 2010, 197–199.
- 30 Vgl. <https://jazzforschung.kug.ac.at/institut-16-jazzforschung/forschung.html> (abgerufen am 23.6.2018).
- 31 Vgl. <https://jazzforschung.kug.ac.at/institut-16-jazzforschung.html> (abgerufen am 23.6.2018).
- 32 KÖRNER: Graz, 8–14.
- 33 Günther BRÜCK: *Musik kennt keine Grenzen*, in: INSTITUT FÜR JAZZ/UNIVERSITÄT FÜR MUSIK UND DARSTELLENDEN KUNST GRAZ (Hg.): *KUG Jazz Live!*, 1, Graz 2016, 3.
- 34 KUNSTUNI GRAZ: *Entwicklungsplan 2019 bis 2024*. Universität für Musik und Darstellende Kunst Graz, 7.5.2018, online unter: [https://www.kug.ac.at/fileadmin/media/orgrecht\\_30/Dokumente/Downloads/Richtlinien/mb\\_18\\_s\\_3a\\_Entwicklungsplan\\_2019-2024\\_Änderung\\_Mai\\_2018.pdf](https://www.kug.ac.at/fileadmin/media/orgrecht_30/Dokumente/Downloads/Richtlinien/mb_18_s_3a_Entwicklungsplan_2019-2024_Änderung_Mai_2018.pdf) (abgerufen am 29.5.2018).
- 35 KUG-Archiv, StLA K37 H70, X-32-1967/68, Brief von Taneli Kuustistos, Rektor der Sibelius Akademia in Helsinki, an Erich Marckhl, Präsident der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Graz, 16.2.1967; KUG-Archiv, StLA K37 H70, X-32 1970/71, Brief von Richard Jakoby, Präsident der Hochschule für Musik in Hannover, an Friedrich Körner, Vorstand des Institutes für Jazz in Graz, 1970.
- 36 KOLLERITSCH: Erich Kleinschuster, 137–154.
- 37 Loes RUSCH: *Jazzpracticum. Over de institutionalisering van jazzonderwijs in Nederland*. Ungedruckte Masterarbeit, Amsterdam 2007.
- 38 Persönliche Information von Neuwirth an den Autor.
- 39 Gabriele BENEDIX: *Ein Studiengang wird volljährig*, in: *Jazzzeitung*, 3, Regensburg 2003, <http://www.jazzzeitung.de/jazz/2003/03/education-hamburg.shtml> (abgerufen am 25.5.2018).
- 40 Die Aussage von Turkenburg erfolgte in der auf einen Vortrag des Autors folgenden Diskussion auf der Tagung „Growing up: Jazz in Europe 1960–1980“ in Luzern vom 6. bis 8. November 2014.
- 41 Ein Überblick zur europäischen Jazzausbildung in den 1960er-Jahren findet sich in KÖRNER: Graz. Eine Beschreibung der Entwicklung der Jazzausbildung in Deutschland, einschließlich einer Betrachtung des Jazzkurses in Köln ist Teil der Publikation von Rolf SUDMANN: *Popmusik in Studiengängen deutscher Hochschulen*, in: Dieter BAACKE (Hg.): *Handbuch Jugend und Musik*, Opladen 1997, 466–467. Auch das Leeds College of Music wirbt mit historischer Pionierleistung im Bereich der Jazzausbildung: „The conservatoire opened in 1965 as Leeds Music Centre, providing a Light Music course with a significant focus on Jazz. In 1993 Leeds College of Music launched the first Jazz degree in Europe“, <https://www.lcm.ac.uk/about-us/about-leeds-college-of-music> (abgerufen am 25.5.2018). Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Forschungsprojekts *Rhythm Changes* verweist jedoch auf den Beginn der formellen Jazzausbildung in Leeds in den frühen 1970er-Jahren, vgl. Catherine TACKLEY, Peter J. MARTIN: *Historical Overview of the Development of Jazz in Britain*, in: Tony WHYTON, Christa BRUCKNER-HARING (Hgg.): *Rhythm Changes. Historical Overview of Five Partner Countries*, Graz 2013, 3–27, hier: 22.
- 42 Vgl. O. V.: Graz. Krawalle bei Jazzkonzert, in: *Neue Zeit*, 13.11.1966, 7; O. V.: Die Kultur desavouiert, in: *Kleine Zeitung*, 15.11.1966, 3; und Dietmar POLACZEK: Was vom Jazz noch übrigblieb, in: *Neue Zeit*, 16.11.1966, 4; KAHR: *Jazz & the City*, 57–61; und Michael KAHR: *The Jazz Institutes in Graz. Pioneers in Academic Jazz and their Impact on Local Identity*, in: Thomas GARTMANN et al. (Hgg.): *European Journal of Musicology*, 16/1, Bern 2017, 45–59, hier: 55–57, <http://www.european-musicology.eu/assets/Volumes/2017/2017-16-1-04-Kahr-45-59.pdf> (abgerufen am 23.6.2018).
- 43 KUG-Archiv, Ordner StLA K84 H173, X-32-1966/67, Brief von Berendt an Körner, 7.12.1966.
- 44 KUG-Archiv, StLA K84 H173, X-32-1966/67, Brief von Marckhl an das österreichische Bundesministerium für Unterricht, 15.11.1966.
- 45 Zeitzeugen verifizierten die Berichte und

- reagieren vielfach emotional in Bezug auf die Ereignisse. Vgl. Berndt LUEF: Als Jazzer in Österreich, 2002, <http://www.kultur.at/see/luef/set01/luef06.htm> (abgerufen am 25.6.2018); KAHR: The jazz institutes in Graz, 55–57; Peter VUJICA: Das dunkle Berufsgeheimnis, in: Kleine Zeitung, 13.3.1974; Peter VUJICA: Revolte gegen die Theorie, in: Kleine Zeitung, 7.6.1974; Bernd SCHMIDT: Jazz als progressives Alibi, in: Kleine Zeitung, 8.1.1981; O. V.: Auseinandersetzungen um Jazz an der Grazer Hochschule, in: Die Presse, 18.1.1981; Gunther BAUMANN: Heftiger Streit um neue Jazz Professuren, in: Kurier, 20.11.1982; und Astrid PRANGE: Gerangel um neue Jazz-Professuren, in: Südost-Tagespost, 25.11.1982.
- 46 KUG-Archiv, StLA K37 H70, X-32-1968/69, Brief von Körner an Marckhl, 6.12.1968; Laura PILLER: Das Wirken des Jazz-Posaunisten Eje Thelin in Graz und sein Einfluss auf die Entwicklung des Free Jazz (1967–1972). Ungedruckte Masterarbeit, Graz 2015, 38–41.
- 47 Ebenda.
- 48 KAHR: Jazz & the City, 244.
- 49 Ebenda, 429.
- 50 Interview von Laura Piller mit Adelhard Roidinger am 20.4.2013; vgl. PILLER: Eje Thelin, 34.
- 51 Andreas FELBER: Die Wiener Free-Jazz-Avantgarde. Revolution im Hinterzimmer, Wien 2005, 30–32.
- 52 Chet BAKER: The Last Great Concert. My Favourite Songs Vol. I & II, Enja Records 607422, 1990.
- 53 KAHR: Jazz & the City, 244.



## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Bernadette **Biedermann**, Institut für Geschichte, Universität Graz, Atemsgasse 8/III, 8010 Graz, bernadette.biedermann@uni-graz.at

Mag. Dr. Wolfram **Dornik**, Stadtarchiv Graz, Stadtmuseum Graz GmbH, Schiffgasse 4, 8020 Graz, wolfram.dornik@stadt.graz.at

Mag. Dr. Andreas **Fraydenegg-Monzello**, Nechelheim 1, 8642 St. Lorenzen, andreas.fraydeneggmonzello@gmail.com

Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Nicole-Melanie **Goll**, Haus der Geschichte Österreich, Josefsplatz 1, 1015 Wien, nicole.goll@hdgoe.at

Mag. Dr. Andreas **Golob**, Institut für Geschichte, Universität Graz, Atemsgasse 8/III, 8010 Graz, an.golob@uni-graz.at

Mag. Levente **Horváth**, Institut für Archäologie, Universität Graz, Universitätsplatz 3/II, 8010 Graz, levente.horvath@uni-graz.at

Mag. Dr. Walter M. **Iber**, Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte, Universität Graz, Universitätsstraße 15/F2, 8010 Graz, walter.iber@uni-graz.at

Univ.-Prof. Mag. Dr. Gerald **Lamprecht**, Centrum für Jüdische Studien, Institut für Geschichte, Universität Graz, Beethovenstraße 21, 8010 Graz, gerald.lamprecht@uni-graz.at

Mag. Michael **Kahr**, MMus Ph.D., Institut 8, Jazz, Kunstuniversität Graz, Moserhofgasse 39–41, 8010 Graz, michael.kahr@kug.ac.at

Mag. Harald **Knoll**, Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung, Schörgelgasse 43, 8010 Graz, harald.knoll@bik.ac.at

Heribert **Macher-Kroisenbrunner**, MA, Centrum für Jüdische Studien, Universität Graz, Beethovenstraße 21, 8010 Graz, heribert.macher-kroisenbrunner@uni-graz.at

Mag. Dr. Harald **Miesbacher**, Franz-Nabl-Institut für Literaturforschung, Universität Graz, Elisabethstraße 30, 8010 Graz, harald.miesbacher@uni-graz.at

Robert **Moretti**, MA BA BA, Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung, Schörgelgasse 43, 8010 Graz, robert.moretti@bik.ac.at

Prof. Reinhard **Müller**, Institut für Soziologie, Universität Graz, Universitätsstraße 15/G4, 8010 Graz, reinhard.mueller@uni-graz.at

DI<sup>in</sup> Susanne **Pink**, Doblbergasse 3, 8020 Graz, s.pink@gmx.at

ao.-Univ.-Prof. Mag. Dr. Klaus **Reisinger**, Institut für Geschichte, Universität Graz, Attemsgasse 8/III, 8010 Graz, nikolaus.reisinger@uni-graz.at

ao.-Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Karin M. **Schmidlechner**, Institut für Geschichte, Universität Graz, Attemsgasse 8/II, 8010 Graz, karin.schmidlechner@uni-graz.at

Ass.-Prof.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Antje **Senarclens de Grancy**, Institut für Architekturtheorie, Kunst- und Kulturwissenschaften, Technische Universität Graz, Technikerstraße 4/III, 8010 Graz, antje.grancy@tugraz.at

Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Ute **Sonnleitner**, ÖGB Steiermark – Bildung/Freizeit/Kultur, Karl-Morre-Straße 32, 8020 Graz, ute.sonnleitner@oegb.at

Markus **Trebuch**, Institut für Geschichte, Universität Graz, Attemsgasse 8/III, 8010 Graz, markus.trebuch@uni-graz.at

Viktoria **Wind**, BA, Institut für Geschichte, Universität Graz, Attemsgasse 8/II, 8010 Graz, viktorija.wind@edu.uni-graz.at

Hans-Peter **Weingand**, Salzamtsgasse 7, 8010 Graz, weingand@gmx.at

ao. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Anita **Ziegerhofer**, Institut für Rechtswissenschaftliche Grundlagen, Universität Graz, Universitätsstraße 15/A1, 8010 Graz, anita.ziegerhofer@uni-graz.at

# Historisches Jahrbuch der Stadt Graz

Band 1 (1968): 40 Jahre Stadtmuseum Graz 1928–1968, Schriftleitung: Maria Schaffler

Band 2 (1969), Schriftleitung: Maria Schaffler – VERGRIFFEN

Band 3 (1970), Schriftleitung: Maria Schaffler – VERGRIFFEN

Band 4 (1971), Schriftleitung: Maria Schaffler

Band 5/6 (1973), Schriftleitung: Maria Schaffler – VERGRIFFEN

Band 7/8 (1975), Schriftleitung: Maria Schaffler

Band 9 (1977), Schriftleitung: Maria Schaffler

Band 10 (1978), Schriftleitung: Maria Schaffler – VERGRIFFEN

Band 11/12 (1979/1980), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch

Band 13 (1982), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch

Band 14 (1983), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch

Band 15 (1984): Theater in Graz, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch

Band 16/17 (1986), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch – VERGRIFFEN

Band 18/19 (1988): Graz 1938, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch – VERGRIFFEN

Band 20 (1989), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch – VERGRIFFEN

Band 21/22 (1991), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch

Band 23/24 (1993), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch

Band 25 (1994): Graz 1945, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch

Band 26 (1996), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitisch

- Band 27/28 (1998): Graz um 1900, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitich – VERGRIFFEN
- Band 29/30 (2000), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitich
- Band 31 (2001), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Helfried Valentinitich
- Band 32 (2002), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 33 (2003), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 34/35 (2005): Graz 1955, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 36 (2006), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 37 (2007): Stadt und Eisenbahn. Graz und die Südbahn, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 38/39 (2009): „Achter-Jahre“, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 40 (2010), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 41 (2011): Graz im langen 18. Jahrhundert. Eine Spurensuche ins heute ..., Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 42 (2012), Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 43 (2013): Archäologische Streifzüge um die Grazer Burg, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 44 (2015): Graz 1914 – 1934 – 1944 ... und darüber hinaus ..., Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Nikolaus Reisinger
- Band 45/46 (2016): Graecensien. Archive und Museen zu Graz, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Wolfram Dornik, Otto Hochreiter, Nikolaus Reisinger, Karin M. Schmidlechner.
- Band 47 (2017): GeschlechterGeschichten, Schriftleitung: Friedrich Bouvier, Wolfram Dornik, Otto Hochreiter, Nikolaus Reisinger, Karin M. Schmidlechner.